



2015

2014

2013

2012

2011



2014

# Jahresbericht

**Kanton Basel-Stadt**

# **Jahresbericht 2014**

bestehend aus

**der Jahresrechnung**

**dem 168. Bericht des Appellations-Gerichts über die Justizverwaltung**

**dem 27. Bericht der Ombudsstelle**

**an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt**



# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Die Einleitung</b>	<b>5</b>
1.1 Wichtigstes in Kürze . . . . .	6
1.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen . . . . .	13
1.2.1 Weltwirtschaft . . . . .	13
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft . . . . .	14
<b>2 Der Rechenschaftsbericht zur Planung</b>	<b>17</b>
2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates . . . . .	18
2.1.1 Überblick . . . . .	18
2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken . . . . .	19
2.1.3 Als Region zusammenwachsen . . . . .	24
2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen . . . . .	27
2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen . . . . .	31
2.2 Finanzentwicklung . . . . .	39
2.3 Entwicklung der Departemente . . . . .	43
2.3.1 Präsidialdepartement . . . . .	43
2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement . . . . .	46
2.3.3 Erziehungsdepartement . . . . .	50
2.3.4 Finanzdepartement . . . . .	54
2.3.5 Gesundheitsdepartement . . . . .	57
2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement . . . . .	61
2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt . . . . .	64
2.3.8 Gerichte . . . . .	67
2.3.9 Behörden und Parlament . . . . .	69
<b>3 Die Jahresrechnung</b>	<b>71</b>
3.1 Erfolgsrechnung . . . . .	72
3.2 Bilanz . . . . .	73
3.3 Investitionsrechnung . . . . .	74
3.4 Geldflussrechnung . . . . .	75
3.5 Eigenkapitalnachweis . . . . .	77
3.6 Anhang . . . . .	78
3.6.1 Erläuterungen zur Rechnungslegung . . . . .	78
3.6.2 Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung . . . . .	90
3.6.3 Weitere Erläuterungen . . . . .	124
3.7 Bericht der Finanzkontrolle zur Jahresrechnung . . . . .	137
<b>4 Der Kanton</b>	<b>139</b>
4.1 Jahresrechnung Kanton . . . . .	140
4.1.1 Personalentwicklung . . . . .	141
4.2 Jahresrechnung Zweckgebundene Positionen . . . . .	151
4.2.1 Präsidialdepartement . . . . .	154
4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement . . . . .	198
4.2.3 Erziehungsdepartement . . . . .	234
4.2.4 Finanzdepartement . . . . .	268
4.2.5 Gesundheitsdepartement . . . . .	284
4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement . . . . .	304
4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt . . . . .	324
4.2.8 Gerichte . . . . .	347

4.2.9	Behörden und Parlament	374
4.2.10	Regierungsrat und Übriges	384
4.3	Konsolidierung Stammhaus	390
4.4	Jahresrechnung Nichtzweckgebundene Positionen	391
4.4.1	Finanzdepartement	392
4.4.2	Gesundheitsdepartement	397
4.4.3	Justiz- und Sicherheitsdepartement	397
<b>5</b>	<b>Die Investitionen</b>	<b>399</b>
5.1	Kommentar zu den Investitionsbereichen und den darin enthaltenen Investitionsvorhaben	400
5.1.1	Investitionsplafonds	400
5.1.2	Die grössten Vorhaben	401
5.1.3	Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	401
5.1.4	Öffentlicher Verkehr	402
5.1.5	Hochbauten im Verwaltungsvermögen	402
5.1.6	Informatik	403
5.1.7	Bildung	403
5.1.8	Kultur	404
5.1.9	Übrige	404
5.2	Investitionsübersichtsliste	405
5.2.1	Ausschöpfung der Plafonds	405
5.2.2	Investitionsübersichtsliste	405
<b>6</b>	<b>Die Zahlungsströme an eigene, ausserkantonale und an private Institutionen</b>	<b>425</b>
6.1	Beiträge an eigene Institutionen	426
6.2	Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen	428
<b>7</b>	<b>Die gesonderten Berichte</b>	<b>435</b>
7.1	Staatsanwaltschaft	436
7.1.1	Allgemeines	436
7.1.2	Abteilungen	437
7.2	Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen	443
7.3	Rekurskommissionen	444
7.3.1	Baurekurskommission	444
7.3.2	Steuerrekurskommission	444
7.3.3	Personalrekurskommission	445
7.4	Immobilienbericht Finanzvermögen	447
<b>8</b>	<b>Über die Beteiligungen des Kantons Basel-Stadt wird separat berichtet</b>	<b>449</b>
<b>9</b>	<b>Über die konsolidierte Jahresrechnung wird separat berichtet</b>	<b>451</b>
<b>10</b>	<b>Das Glossar</b>	<b>453</b>
<b>11</b>	<b>Die weiteren Berichte zum Jahresbericht im Internet</b>	<b>471</b>

# **1 Die Einleitung**

## 1.1 Wichtigstes in Kürze

**Die Rechnung 2014 des Kantons Basel-Stadt schliesst um 177.1 Millionen besser ab als budgetiert** Die Rechnung 2014 des Kantons Basel-Stadt schliesst mit einem Überschuss von 179.3 Millionen Franken ab. Budgetiert war ein Plus von 2.2 Millionen Franken. Rund 100 Millionen Franken sind auf Sonderfaktoren und einmalige Effekte zurückzuführen, davon rund 75 Millionen Franken im Steuerbereich. Der Finanzierungssaldo fällt positiv aus, sodass die Nettoschulden um 84.3 Millionen Franken abgebaut werden. Die Nettoschuldenquote sinkt von 3.2 ‰ im Jahre 2013 auf 3.0 ‰ im Jahre 2014. Damit angesichts schlechterer Wachstumsprognosen aufgrund der Frankenstärke und der geplanten Unternehmenssteuerreform III auch mittelfristig keine strukturellen Defizite entstehen, ist das vom Regierungsrat beschlossene Entlastungspaket weiterhin notwendig.

**Rechnung besser als budgetiert** Der im Jahr 2014 erzielte Überschuss von 179.3 Millionen Franken ist in erster Linie der Ertragsseite zu verdanken: So lag der Steuerertrag um 90.6 Millionen Franken und der Anteil an der direkten Bundessteuer um 24 Millionen Franken über Budget. Aber auch die Betriebsbudgets der Departemente konnten um 34.8 Millionen Franken unterschritten werden. Da der Deckungsgrad der Pensionskasse mehr als 100% beträgt, konnte die Rückstellung für die Unterdeckung der Pensionskasse Basel-Stadt in Höhe von 30.8 Millionen Franken komplett aufgelöst werden. Aber auch weitere, zum Teil gegenläufige Entwicklungen und Sonderfaktoren sind für das bessere Betriebsergebnis der Departemente verantwortlich. So überstiegen die Einnahmen des Mehrwertabgabefonds aufgrund grosser Bauprojekte das Budget um 9.5 Millionen Franken. Des Weiteren wurde für die Planung und Projektierung Dritter weniger Geld ausgegeben (-7.7 Millionen Franken). Das Betriebsergebnis negativ beeinflusst haben demgegenüber die nicht budgetierten Rückstellungen für den Atomreaktor-Rückbau der Universität Basel und für die Altlastensanierung der Deponie Muttenz sowie Mindererträge bei den Bussen. Abschreibungen auf Grossinvestitionen und Investitionsbeiträgen sowie Wertberichtigungen belasten hingegen die Rechnung um 37.5 Millionen Franken stärker als erwartet, was aber durch das Finanzergebnis teils kompensiert werden konnte, das um 27.9 Millionen Franken besser ausfällt. Verantwortlich für das bessere Finanzergebnis sind vor allem eine Netto-Aufwertung des Immobilienportfolios im Finanzvermögen und der tiefere Zinsaufwand aufgrund des historisch tiefen Zinsniveaus.

**Höhere Steuererträge** Der mit Rechnung 2013 erstmals festgestellte negative Effekt der Unternehmenssteuerreform II in der Höhe von rund 70 Millionen Franken zeigt sich bei den Einkommenssteuern, welche 59.6 Millionen Franken unter Budget liegen. Trotz diesem Effekt fallen die Steuererträge insgesamt rund 91 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Sie liegen zudem auch um 137.8 Millionen Franken über dem Ergebnis des Vorjahres und nehmen damit trotz den sich auf die Rechnung 2014 auswirkenden Steuersenkungsmassnahmen von rund 32 Millionen Franken erstmals seit 2010 wieder zu. Gegenüber Budget 2014 ist dieser Zuwachs vor allem auf die direkten Steuern der juristischen Personen zurückzuführen, die um 55.1 Millionen Franken höher als erwartet ausfielen. Die negative Budgetabweichung bei den Einkommenssteuern wird durch höher als erwartete Vermögens- und Quellensteuern praktisch kompensiert. Die übrigen direkten Steuern liegen knapp 32 Millionen Franken über Budget, was mit 26.4 Millionen Franken vor allem auf die Erbschafts- und Schenkungssteuern zurückzuführen ist.

Gegenüber Vorjahr hingegen sind es in erster Linie die höheren Steuererträge der natürlichen Personen (+127.4 Millionen Franken) und in zweiter Linie die Steuererträge der juristischen Personen (+19.6 Millionen Franken), die zu einem besseren Fiskalertrag führen. Das ist zum einen vor allem auf die gute Börsen- und Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen, daneben wirkt sich aber auch das Bevölkerungswachstum aus.

Zum Teil ist das gute Ergebnis auch auf Sonderfaktoren und einmalige Effekte (Steuererträge aus früheren Jahren und Abgrenzungskorrekturen) und ausserordentlich hohe Steuereinnahmen zurückzuführen, die für die nächsten Jahre nicht auf diesem Niveau erwartet werden können. Das nachhaltige Niveau der Steuereinnahmen dürfte um rund 75 Millionen Franken tiefer liegen.

Mit den übrigen oben erwähnten primär positiven Sonderfaktoren in der Rechnung 2014 summieren sich die Sonderfaktoren und einmaligen Effekten auf rund 100 Millionen Franken, ohne diese läge das Gesamtergebnis 2014 bei rund 79 Millionen Franken.

**Steigende Investitionsausgaben aus eigenen Mitteln finanziert** Die geplanten Investitionen in den Investitionsbereichen wurden zu 90.8% ausgeschöpft und liegen mit 312 Millionen Franken rund 50 Millionen Franken höher als im Vorjahr. Die Nettoinvestitionen liegen mit 315.5 Millionen Franken rund 33 Millionen Franken unter dem budgetierten Wert, was primär durch höher als budgetierte Investitionseinnahmen zu begründen ist. Bei den Darlehen und Beteiligungen resultiert Netto ein Rückgang um 45.1 Millionen Franken, wodurch der Saldo der Investitionsrechnung entsprechend entlastet wird. Der Finanzierungssaldo fällt positiv aus und beträgt 84.3 Millionen Franken, budgetiert war ein negativer Saldo von -179.8 Millionen Franken. Die Nettoschulden konnten entsprechend um 84.3 Millionen Franken abgebaut werden und liegen neu bei 1'949.9 Millionen Franken. Die Nettoschuldenquote sinkt von 3.2 Promille im Vorjahr auf 3.0 Promille im Berichtsjahr. Auch der Selbstfinanzierungsgrad liegt über 100% und erreicht im Jahr 2014 einen Wert von 130.3%. Damit konnten die Investitionen entgegen den Erwartungen aus eigenen Mitteln finanziert werden.

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-2'476.5	-2'596.3	-2'561.6	34.8	1.3	-85.1	-3.4
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	2'527.8	2'564.9	2'716.8	151.9	5.9	189.0	7.5
Abschreibung Grossinvestitionen, -investitionsbeiträge	-174.7	-134.1	-171.6	-37.5	-28.0	3.1	1.8
<b>Betriebsergebnis (Erfolgsrechnung)</b>	<b>-123.4</b>	<b>-165.5</b>	<b>-16.4</b>	<b>149.2</b>	<b>90.1</b>	<b>107.1</b>	<b>86.7</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>208.8</b>	<b>167.8</b>	<b>195.7</b>	<b>27.9</b>	<b>16.6</b>	<b>-13.2</b>	<b>-6.3</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>85.4</b>	<b>2.2</b>	<b>179.3</b>	<b>177.1</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>93.9</b>	<b>&gt;100.0</b>
- Abschreibung Grossinvestitionen	-161.1	-129.0	-168.2	-39.2	-30.4	-7.1	-4.4
- Abschreibung Kleininvestitionen	-4.9	-5.6	-5.6	0.0	-0.3	-0.7	-14.7
- Amortisation PK-Spezialfinanzierung Destinatäre	0.0	-54.2	0.0	54.2	100.0	0.0	n.a. <sup>1</sup>
- Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-9.3	-7.8	-11.1	-3.3	-43.0	-1.8	-19.6
- Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	8.6	2.8	12.1	9.3	>100.0	3.5	40.6
- Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen	-11.9	0.0	-2.5	-2.5	n.a.	9.4	79.0
- Veränderung Eigenkapital	-0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.2	100.0
<b>Selbstfinanzierung</b>	<b>264.2</b>	<b>196.0</b>	<b>354.6</b>	<b>158.6</b>	<b>79.6</b>	<b>90.4</b>	<b>34.2</b>
Investitionsausgaben	-291.6	-359.6	-354.1	5.5	1.5	-62.4	-21.4
Investitionseinnahmen	135.1	11.0	38.6	27.6	>100.0	-96.5	-71.4
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-156.6</b>	<b>-348.6</b>	<b>-315.5</b>	<b>33.1</b>	<b>9.5</b>	<b>-158.9</b>	<b>&lt;-100</b>
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-91.0	-27.2	45.1	72.3	>100.0	136.1	>100.0 <sup>1</sup>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-247.6</b>	<b>-375.8</b>	<b>-270.3</b>	<b>105.5</b>	<b>28.1</b>	<b>-22.7</b>	<b>-9.2</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>16.6</b>	<b>-179.8</b>	<b>84.3</b>	<b>264.1</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>67.7</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Selbstfinanzierungsgrad in %</b>	<b>106.7</b>	<b>52.2</b>	<b>130.3</b>				
<b>Nettoschulden</b>	<b>-2'034.2</b>	<b>-2'213.8</b>	<b>-1'949.9</b>				
Nettoschuldenquote in ‰ BIP Schweiz	3.2	3.4	3.0				<sup>2</sup>

#### Kommentar

- 1 Die Reduktion des Vorschusses an die Destinatäre wurde nicht wie budgetiert unter Amortisation PK-Spezialfinanzierung verbucht, sondern als Rückzahlung von Darlehen in der Position Veränderung Darlehen, Beteiligungen.
- 2 Aufgrund einer Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des SECOS hat sich das Schweizer Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöht. Hierbei wurde nicht nur das BIP des Jahres 2014 angepasst, sondern auch diejenigen der zurückliegenden Jahre, was rückwirkend tiefere Nettoschuldenquoten über alle Jahre zur Folge hat, die Nettoschuldenquote betrug für 2013 ursprünglich 3.4 Promille und liegt jetzt 0.2 Promille tiefer.

**Ausblick unsicher** Die Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung ist gross, da die Schweizerische Nationalbank Mitte Januar 2015 überraschend den Mindestkurs von 1.20 Schweizer Franken pro Euro aufgehoben hat. Zum heutigen Zeitpunkt kann noch nicht gesagt werden, wo sich



der neue Wechselkurs einpendeln und wie negativ sich dieser auf die Basler Wirtschaft auswirken wird. BAKBASEL hat ihre Prognose für die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts von Basel-Stadt nach dem Entscheid der Schweizerischen Nationalbank deutlich nach unten korrigiert. Ging sie vor dem Entscheid noch von einer Entwicklung von über 3% für die Jahre 2015 und 2016 aus, sind es neu nur noch 1.0% für 2015 und 1.6% für 2016. Die Euroabwertung kann den Staatshaushalt auf der Ausgabenseite entlasten, weil gewisse Produkte und Dienstleistungen günstiger beschafft werden können und die Teuerung voraussichtlich tiefer ausfallen wird, als bisher unterstellt. Zum anderen ist aber bei einer Konjunkturabkühlung auf der Aufwandseite mit steigenden Sozialkosten zu rechnen und auf der Ertragsseite werden die Steuereinnahmen sowohl der natürlichen als auch juristischen Personen ab Budget respektive Rechnung 2016 negativ beeinflusst. Finanzpolitische Unsicherheiten bestehen auch aufgrund der Unternehmenssteuerreform III. Mindestens vorübergehend negativ könnte sich ein möglicher Ausfall der Gewinnausschüttung der SNB von jährlich 15.6 Millionen Franken auswirken. Positiv wirken sich gesamtstaatlich die tieferen Refinanzierungskosten aufgrund der nochmals gesunkenen Zinssätze aus. Neben den erwähnten Effekten aufgrund der Euroabwertung kommt des Weiteren hinzu, dass im Jahr 2016 eine ausserordentliche, einmalige Belastung durch die Totalrevision des Pensionskassengesetzes von rund einer Milliarde ansteht.

**Angekündigte Entlastungsmassnahmen notwendig** In Folge der oben genannten Gründe und des gleichzeitig hohen Investitionsbedarfs der nächsten Jahre sind die vom Regierungsrat beschlossenen Entlastungsmassnahmen weiterhin notwendig, um in den kommenden Jahren ein strukturelles Defizit zu vermeiden. Für die Jahre 2015 bis 2017 wird das Ausgabenwachstum von insgesamt 4.5% auf 1.5% reduziert, was bei momentan steigender Bevölkerungszahl einem Einfrieren der Pro Kopf-Ausgaben gleichkommt. Diese Massnahmen entlasten den Staatshaushalt um wiederkehrend 69.5 Millionen Franken pro Jahr. Trotz der Massnahmen wird sich eine Erhöhung der Nettoschulden aufgrund der Sonderbelastung der Totalrevision des Pensionskassengesetzes sowie der weiterhin hohen Investitionen in den Lebens- und Wirtschaftsstandort Basel nicht vermeiden lassen. Ein genügend hoher Abstand zur maximal zulässigen Nettoschuldenquote von 6.5 Promille sollte aber gewährleistet sein.

### Wichtigste Veränderungen zwischen Jahresrechnung 2014 und Budget 2014 respektive Jahresrechnung 2013

in Mio. Franken, + entlastend/- belastend	Abw. abs.	
	R14/B14	R14/R13
<b>Zweckgebundenes Betriebsergebnis (ZBE)</b>		
<b>Entlastungen:</b>		
Auflösung Pensionskasse Basel-Stadt Rückstellung	30.8	
Mehrwertabgabefonds	9.5	
Planung und Projektierung Dritter	7.7	1.3
Behindertenhilfe	4.1	0.7
Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	4.1	0.5
Entschädigungen von Bund, Kantone und Gemeinde	3.5	1.2
Gemeinwirtschaftliche Leistungen öffentliche und private Spitäler	3.3	12.9
BVD Allmendverkäufe und Landwirtschaftserträge	3.2	2.4
Debitorenverluste Gerichte	3.0	5.2
Gebühren für Amtshandlungen	2.7	1.3
<b>Belastungen:</b>		
Rückstellungen für Abbau Atomreaktor Universität Basel und für Altlastensanierung Deponie Muttenz	-15.5	-15.5
Bussen	-6.7	-2.1
Sozialhilfe	-6.0	-2.7
Kantonsanteil für stationäre Spitalbehandlungen	-5.2	-5.6
Verschiebung Gewinnablieferung Schweizerische Rheinhäfen von ZBE zu Finanzergebnis	-2.8	0.0
Stationäre Jugendhilfe	-2.4	-2.0
Standortförderungsfonds	-2.2	-3.5

in Mio. Franken, + entlastend/- belastend	Abw. abs.	
	R14/B14	R14/R13
Straf- und Massnahmenvollzugskosten	-1.5	-11.2
Globalbeitrag Universität Basel	-0.1	-3.8
Prämienverbilligung aufgrund Vergütung von uneinbringlichen Krankenkassenprämien		-7.0
Prämienverbilligung aufgrund steigender Krankenkassenprämien		-5.2
Mehrwertabgabefonds		-9.3
Auflösung Pensionskasse Basel-Stadt Rückstellung		-9.2
Globalbeitrag FHNW		-5.1
Ergänzungsleistungen netto		-5.4
Saldo übrige Positionen	5.3	-23.1
<b>Veränderung Zweckgebundenes Betriebsergebnis</b>	<b>34.8</b>	<b>-85.1</b>
<b>Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis (NZBE)</b>		
<b>Entlastungen:</b>		
Steuerertrag	90.6	137.8
Verschiebung Gewährsträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank von Finanzergebnis zu NZBE	19.4	19.4
Periodengerechte Verbuchung der Gewährsträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank für 2014	19.4	19.4
Anteil direkte Bundessteuer	24.0	9.8
Debitorenverluste Steuerverwaltung	13.0	18.0
<b>Belastungen:</b>		
Nationalbankgewinn	-15.6	-15.6
Saldo übrige Positionen	1.2	0.3
<b>Veränderung Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis</b>	<b>151.9</b>	<b>189.0</b>
<b>Veränderung Abschreibungen Grossinvestitionen, Investitionsbeiträge</b>	<b>-37.5</b>	<b>3.1</b>
<b>Veränderung Betriebsergebnis</b>	<b>149.2</b>	<b>107.1</b>
<b>Finanzergebnis</b>		
<b>Entlastungen:</b>		
Liegenschaften FV	40.5	5.2
Zinsaufwand	12.5	9.0
Verschiebung Gewinnablieferung Schweizerische Rheinhäfen von ZBE zu Finanzergebnis	3.1	3.1
<b>Belastungen:</b>		
Verschiebung Gewährsträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank von Finanzergebnis zu NZBE	-25.6	-25.6
Ertrag öffentlicher Unternehmen (Basler Kantonalbank, Industrielle Werke Basel)	-5.3	-5.6
Saldo übrige Positionen	2.8	0.7
<b>Veränderung Finanzergebnis</b>	<b>27.9</b>	<b>-13.2</b>
<b>Veränderung Gesamtergebnis</b>	<b>177.1</b>	<b>93.9</b>

**Wichtigste Veränderungen zwischen Rechnung 2014 und Budget 2014** Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget 2014 erläutert. Der Kanton Basel-Stadt unterscheidet das Gesamtergebnis in ein Zweckgebundenes Betriebsergebnis, ein Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis, Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen sowie das Finanzergebnis. Für die Departemente und Dienststellen ist vor allem das Zweckgebundene Betriebsergebnis relevant, da es die eigentliche Budgetvorgabe darstellt. Im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis sind z.B. allgemeine Steuererträge und Transferleistungen von und an den Bund enthalten.

Das Zweckgebundene Betriebsergebnis ist um 34.8 Millionen Franken besser ausgefallen als budgetiert. Dies ist vor allem auf die folgenden positiven und negativen Faktoren zurückzuführen:

#### **Entlastungen:**

- Der Personalaufwand fällt um 31.0 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Hauptverantwortlich hierfür ist die Auflösung der Rückstellung für die Pensionskasse Basel-Stadt (30.8 Millionen Franken), da die Deckungslücke geschlossen werden konnte.
- Die Einnahmen des Mehrwertabgabefonds übersteigen das Budget um 9.5 Millionen Franken. Zum Zeitpunkt der Budgetierung war unklar, wann diese Mehreinnahmen anfallen werden.
- Aufgrund des Nichtzustandekommens geplanter Projekte resultieren in der Summe Minderausgaben in Höhe von 7.7 Millionen Franken. Den grössten Teil macht hierbei die Planungspauschale im Bau- und Verkehrsdepartement aus, welche um 4.9 Millionen Franken nicht ausgeschöpft wurde.
- Aufgrund niedrigerer Projektkosten fallen die Ausgaben des Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit um 4.1 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert.
- Beim Erziehungsdepartement fielen die Entschädigungen von Bund, Kantonen und Gemeinden um 3.5 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Dies geht einerseits auf gestiegene Entschädigungen für erbrachte Leistungen gegenüber dem Gemeinwesen zurück – u.a. wurden beispielsweise deutlich mehr Leistungen für die Gemeindeschulen Bettingen/Riehen erbracht – andererseits konnte im Zusammenhang mit den Schulabkommen wesentlich mehr als budgetiert abgerechnet werden.
- Das Budget für gemeinwirtschaftliche Leistungen der öffentlichen und privaten Spitäler wurde vor allem aufgrund einer geringeren Beanspruchung der Beiträge für die Versorgung von Langzeitpatienten in den Spitälern sowie der geringer als erwarteten durch den Kanton zu finanzierenden ungedeckten Kosten der Lehre und Forschung um rund 3.3 Millionen Franken nicht ausgeschöpft.
- Die Budgetunterschreitung von 3.0 Millionen Franken beim Debitorenverlust der Gerichte ist primär auf eine Korrekturbuchung beim Gericht für Strafsachen zurückzuführen, welche vorgenommen werden musste, da die Delkredere-Wertberichtigung im Rahmen des Restatements für 2013 zu hoch ausgewiesen war.
- Nebst tieferen Aufwendungen bei der Behindertenhilfe (4.1 Millionen Franken) waren des Weiteren die Landwirtschaftserträge und Allmendverkäufe (3.2 Millionen Franken) sowie die Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen (2.7 Millionen) höher als erwartet.

#### **Belastungen:**

- Für den Abbau des Atomreaktors der Universität Basel sowie die Altlastensanierung der Deponie Muttenz wurden Rückstellungen in Höhe von 10 Millionen Franken respektive 5.5 Millionen Franken gebildet.
- Die Bussenerträge haben den budgetierten Wert um rund 6.7 Millionen Franken nicht erreicht.
- Das Budget der Sozialhilfe wurde aufgrund steigender Fallzahlen vor allem auch in der Migration um 6 Millionen Franken überschritten. Auch bei der stationären Jugendhilfe wurde das Budget um 2.4 Millionen Franken nicht eingehalten, weil sich die Platzierungen langsamer als angestrebt reduzieren und sich bei einzelnen Platzierungen steigende Kosten abzeichnen.

- Beim Kantonsanteil für stationäre Spitalbehandlungen fielen 5.2 Millionen Franken mehr als budgetiert zu Buche. Hier ist vor allem der um rund 5 Millionen Franken höhere Beitrag an die Universitären Psychiatrischen Kliniken zu erwähnen, welcher u.a. eine Erhöhung der Rückstellungen für Tarifriskiken enthält (1.6 Millionen Franken) und höhere Beiträge an Behandlungen von forensischen Patienten aufgrund einer veränderten Abrechnungspraxis zwischen den UPK, dem Gesundheitsdepartement sowie dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (rund 1 Million Franken).
- Die Gewinnablieferung der Schweizerischen Rheinhäfen wird neu nicht mehr unter dem Zweckgebundenen Betriebsergebnis, sondern unter dem Finanzergebnis verbucht. Dies führt zu einer Belastung des Zweckgebundenen Betriebsergebnisses von 2.8 Millionen Franken.
- Durch die vom Regierungsrat lancierte Kongressförderung fallen die Ausgaben des Standortförderungsfonds um 2.2 Millionen Franken höher aus als budgetiert.
- Aufgrund vermehrter Umwandlung von Bussen in Haftstrafen entstand bei der Staatsanwaltschaft ein Mehraufwand von 1.5 Millionen Franken im Bereich der Vollzugskosten. Dies ist eine direkte Folge der neuen Jugend- und Strafprozessordnungen.

Auch das Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis verbessert sich gegenüber dem Budget und zwar um 151.9 Millionen Franken. Dabei sind die folgenden Faktoren zu erwähnen:

#### **Entlastungen:**

- Im Vergleich zum Budget können um 90.6 Millionen Franken höhere Steuererträge ausgewiesen werden. Zwar fallen die Erträge aus der Einkommenssteuer natürlicher Personen unter Budget aus (-59.6 Millionen Franken) – eine Folge der unerwartet hohen Einbussen aus der Unternehmenssteuerreform II – Mehreinnahmen aus der Vermögens- und Quellensteuer und übrigen direkten Steuer natürlicher Personen (63.7 Millionen Franken) gleichen dies aber auf Stufe der natürlichen Personen aus. Inklusiv der höher als erwarteten Steuereinnahmen sowohl bei den juristischen Personen (55.1 Millionen Franken) als auch den Erbschafts- und Schenkungssteuern (26.4 Millionen Franken) werden schliesslich die budgetierten Fiskalerträge deutlich übertroffen.
- Die Gewährsträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank (BKB) wird neu nicht mehr unter dem Finanzertrag, sondern unter dem Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis verbucht. Zudem fallen im Jahr 2014 nicht nur der Beitrag des Vorjahres 2013 (19.4 Millionen Franken), sondern auch der prognostizierte Beitrag für das Jahr 2014 an, da die Gewährsträger-Abgeltung neu periodengerecht verbucht werden muss. Dies führt zu einer Budgetüberschreitung von 38.7 Millionen Franken.
- Der Anteil an der direkten Bundessteuer fällt gegenüber dem Budget um 24.0 Millionen Franken höher aus.
- Die Debitorenverluste der Steuerverwaltung waren um 13.0 Millionen Franken tiefer als erwartet.

#### **Belastungen:**

- Da die Schweizer Nationalbank (SNB) im Jahr 2013 einen Verlust schrieb, kam es im Berichtsjahr 2014 zu keiner Ausschüttung an Bund und Kantone. Der budgetierte Wert von 15.6 Millionen Franken fiel somit nicht an.

Die Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen überschreiten das Budget um 37.5 Millionen Franken. Dies ist grösstenteils auf Abschreibungen der Hochbauten im Verwaltungsvermögen zurückzuführen, welche um 36 Millionen Franken über Budget liegen. Dieser Abschreibungsumfang hat sich primär durch die Umstellung auf das neue Rechnungslegungsmodell der Kantone (HRM2) ergeben und war zum Zeitpunkt der Budgeterstellung im Mai 2013 noch nicht bekannt.

Das Finanzergebnis fällt um 27.9 Millionen Franken besser aus als budgetiert. Ein tieferer Zinsaufwand, Wertberichtigungen von Anlagen des Finanzvermögens aufgrund von Arealentwicklungen sowie die neuerdings unter dem Finanzertrag verbuchte Gewinnablieferung der Schweizerischen Rheinhäfen beeinflussen das Ergebnis positiv. Das Finanzergebnis wurde durch den um 6.9 Millionen Franken tieferen Beteiligungsertrag der BKB auf Basis des Unternehmensergebnisses 2013

sowie den buchhalterische Effekt der nicht mehr unter dem Finanzertrag verbuchten Gewährsträger-Abgeltung getrübt, welche mit 25.6 Millionen Franken dort noch budgetiert war.

**Wichtigste Veränderungen zwischen Rechnung 2014 und Rechnung 2013** Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber der Rechnung 2013 erläutert. Das Zweckgebundene Betriebsergebnis verschlechtert sich im Vergleich zur Vorjahresrechnung um 85.1 Millionen Franken. Belastend gewirkt haben insbesondere Mehraufwendungen bei den Straf- und Massnahmevollzugskosten (11.2 Millionen Franken) sowie Rückstellungen für den Atomreaktor der Uni Basel und die Altlastensanierung der Deponien in Muttenz (15.5 Millionen Franken). Aber auch tiefere Einnahmen beim Mehrwertabgabefonds (9.3 Millionen Franken) sowie Mehraufwendungen in Zusammenhang mit dem Kantonsanteil für stationäre Spitalbehandlungen (5.6 Millionen Franken) belasten die Rechnung. Zu Entlastungen gegenüber Vorjahr haben hingegen vor allem Minderaufwendungen im Rahmen der gemeinwirtschaftlichen Leistungen öffentlicher und privater Spitäler (12.9 Millionen Franken) sowie tiefere Debitorenverluste bei den Gerichten (5.2 Millionen Franken) geführt.

Das Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis fällt um 189.0 Millionen Franken höher aus als im Vorjahr. Hierfür verantwortlich sind vor allem höhere Steuererträge, tiefere Debitorenverluste der Steuerverwaltung und die im Vergleich zum Vorjahr höheren Einnahmen aus dem Anteil an der direkten Bundessteuer. Hinzu kommt noch die Gewährsträger-Abgeltung, welche nicht nur neu unter dem Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis, sondern neu auch periodengerecht verbucht wird, was eine einmalige Verbuchung der Abgeltung zweier Jahre (2013 und 2014) zur Folge hat. Demgegenüber hat die ausgefallene Gewinn-Ausschüttung der Schweizer Nationalbank das Ergebnis negativ beeinflusst.

Die Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen fallen um 3.1 Millionen Franken tiefer aus als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vorjahr verschlechterte sich schliesslich das Finanzergebnis um 13.2 Millionen Franken. Hauptverantwortlich für die negative Veränderung gegenüber Vorjahr sind der tiefer ausgefallene Ertrag der Basler Kantonalbank und die nicht mehr unter dem Finanzergebnis verbuchte Gewährsträger-Abgeltung.

**Keine Wertberichtigung aufgrund neuem Pensionskassengesetz** Per Wirksamwerden des neuen Pensionskassengesetzes per 1. Januar 2016 wird der Vorschuss an die Pensionskassen-Destinatäre aus der PK-Ausfinanzierung 2008 und der PK-Sanierung 2010 von dann noch rund 600 Millionen Franken wegfallen. Dafür wird aber in der Rechnung 2014 und in der Rechnung 2015 keine Wertberichtigung vorgenommen, da es die Meinung und das Verständnis des Regierungsrates und des Grossen Rates war, die gesamte Belastung durch die Revision des Pensionskassengesetzes in der Rechnung 2016 zu zeigen (siehe auch Anhang zur Jahresrechnung, Kapitel 3.6.2, Bilanz Kontogruppe 144 Darlehen Verwaltungsvermögen).

## 1.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 1.2.1 Weltwirtschaft

In einem politisch schwierigen Umfeld entwickelte sich die weltweite Konjunktur nur moderat positiv, wobei die Wachstumsraten je nach Region stark divergieren. So scheint die USA im Gegensatz zu Europa einen selbsttragenden Aufschwung bewerkstelligt zu haben. Russland befindet sich in einer Rezession und in China scheint sich das langfristige Wachstum auf einem tieferen Niveau einzupendeln. Die zweite Jahreshälfte war zudem gekennzeichnet vom starken Ölpreisverfall, welcher einerseits einen weiteren Abwärtsdruck auf die Teuerung bewirkt, andererseits den ölimportierenden Ländern Auftrieb geben könnte. BAKBASEL prognostiziert, dass die Weltwirtschaft im Jahre 2014 um 2.6% gewachsen sein dürfte (2013: 2.4%).

Die USA scheint wieder ihre gewohnte Rolle als Lokomotive der Weltwirtschaft einzunehmen. Sinnbild für den konjunkturellen Aufschwung ist hierbei die Abkehr von der expansiven Geldpolitik. Da sich nebst der Wirtschaft auch der Arbeitsmarkt erholt – die Arbeitslosenquote lag Ende 2014 nur noch bei 5.8% und somit vier Prozent unter dem Höchst von 2009 – ist sogar eine Zinserhöhung nicht ausgeschlossen. Träger des Wirtschaftswachstums sind der zunehmende private Konsum sowie die gestiegenen Investitionen. Eine Folge des nach dem Ausbruch der Immobilienkrise einsetzenden, kontinuierlichen Schuldenabbaus des privaten Sektors, wodurch die Haushalte nun wieder einen grösseren Ausgabenspielraum haben.

In Japan hatte die expansive Geld- und Fiskalpolitik («Abenomics») nicht den erwarteten Aufschwung zur Folge. Die Mehrwertsteuererhöhung Anfang 2014 führte nicht die gewünschte Inflationserwartung herbei und bewirkte zudem einen Einbruch der Konjunktur. Obwohl die Exporte von der Tieferebewertung des Yen profitieren konnten, schwächelt die private Konsumnachfrage weiterhin. Zugute kommen könnte der Wirtschaft aber der tiefere Erdölpreis, da Japan – seit dem angekündigten Ausstieg aus der Kernkraft – den Grossteil der Energie importieren muss. Positiv stimmt zudem die weiter gesunkene Arbeitslosenquote, welche im Dezember 2014 saisonbereinigt 3.4% betrug.

Im Euroraum bremst weiterhin die hohe Schuldenlast – sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor – die Konjunktur. Hierbei erfuhr auch das bisher robuste Deutschland eine Wachstumsdelle. Positive Impulse setzen dürfte aber der Wertverfall des Euros, welcher die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Euroländer erhöht. Nicht vom Tisch sind hingegen die Deflationsbefürchtungen, welche vom Ölpreiserfall zusätzlich befeuert werden. Auch die Industrie stagniert: Der Einkaufsmanagerindex für Industrie der Eurozone verschlechterte sich bis zum Jahresende und lag mit 50.6 Punkten im Dezember 2014 nur noch knapp über 50 Punkten, welche die Schwelle zwischen wachsender und schrumpfender Industrieproduktion markieren (Ende 2013: 52.1 Punkte). Gleichwohl geht BAKBASEL für das Gesamtjahr 2014 von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in der Eurozone von 0.9% aus – der erste Zuwachs nach zwei Jahren mit negativem Wachstum. Das BIP-Wachstum vor der Finanzkrise bleibt hiermit aber weiterhin unerreicht. Auch die Arbeitslosenquote verringerte sich nicht merklich und war mit 11.5% im November 2014 nahezu doppelt so hoch wie in den USA.

Die Schwellenländer waren geprägt von einem tieferen Wachstumstrend. Russland befindet sich aufgrund des im Rahmen des Ukraine-Konflikts verhängten Embargos sowie des tiefen Erdölpreises in der Rezession. China treibt weiterhin die Umstrukturierung zu einem Binnenkonsum-getriebenen Wachstum voran. Die Umstellung von Exporten und öffentlichen Investitionen auf privaten Konsum schlägt sich dabei im langfristigen Wachstum nieder, welches sich in Richtung 6-7% bewegt. Von den restlichen BRICS-Staaten weist Brasilien nahezu Nullwachstum und Südafrika nur noch ein moderates Wachstum aus. Indien zeigt Aufwärtstendenzen, kämpft aber mit Inflationsdruck.

Bei den Rohstoffen setzte der Erdölpreis Mitte 2014 zu einem starken Preisverfall an. Innerhalb von wenigen Monaten fiel der Preis für ein Fass Nordsee-Brent von 110 US-Dollar auf 70 US-Dollar. Gründe hierfür sind unter anderem die Schieferölförderung in den USA sowie die bisherige Uneinigkeit der OPEC-Länder Produktionskürzungen vorzunehmen. Die Rohstoffpreise für Industrie- und Agrarrohstoffe hingegen erfuhr keine grosse Änderung.

Ein Auseinanderdriften gab es auch im Bereich der Zentralbankpolitik. So markierte das Auslaufen des Taperings – die monatliche Reduktion der Anleihenkäufe durch die US-Notenbank FED – das Ende der expansiven Geldpolitik in den USA. Die europäische Zentralbank hingegen verfolgt weiterhin eine expansiven Kurs und senkte den Leitzins im September 2014 auf 0.05%. Der zunehmende Aufwertungsdruck des Schweizer Frankens zum Euro erforderte schliesslich auch ein erneutes Einschreiten der Schweizerischen Nationalbank: Um Anlagen in Schweizer Franken unattraktiver zu machen – und somit die Nachfrage zu reduzieren – führte die SNB Mitte Dezember 2014 erstmals seit den 1970er Jahren wieder Negativzinsen ein.

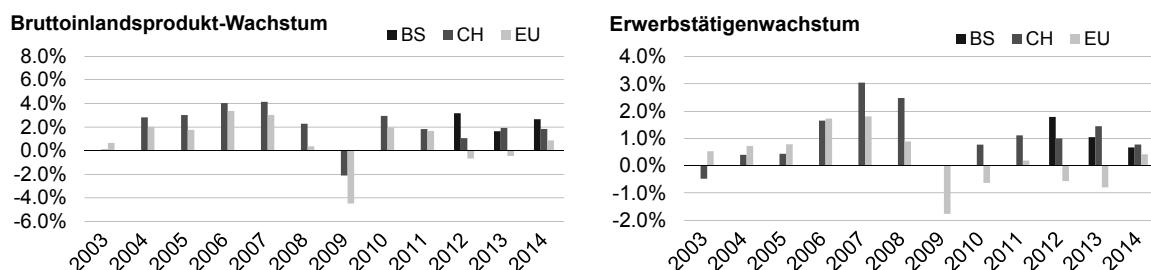
## 1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft

Dank robuster Inlandnachfrage und stabilen Warenexporten zog die Schweizer Konjunktur auch 2014 an. Gemäss BAKBASEL dürfte das **Schweizer Bruttoinlandsprodukt** im Jahr 2014 um 1.8% (2013: 1.9%) gewachsen sein. Die Schweiz schnitt somit im Vergleich zu den Euro-Nachbarstaaten abermals besser ab.

Die kontinuierliche Zuwanderung, die tiefen Zinsen und die fehlende Inflation förderten weiterhin inländorientierte Wirtschaftssektoren wie Bau sowie öffentliche und private Dienstleistungen. Die gesunde Finanzlage der Schweiz – dank wirksamer Schuldenbremse und keiner überbordenden Verschuldung im Privatsektor – machten in den letzten Jahren weder im öffentlichen noch im privaten Sektor gravierende Einschnitte notwendig. Auch dank dem von der Schweizerischen Nationalbank im Jahr 2014 aufrechterhaltenen Mindestkurs des Schweizer Frankens zum Euro von 1.20 und Produktivitätssteigerungen von Unternehmen zeigt sich die Export-Situation weiterhin freundlich. Insbesondere die Exporte von pharmazeutische Produkten und Präzisionsinstrumenten konnten gute Zahlen aufweisen.

Eingetrübt hat sich 2014 die Konsumentenstimmung in der Schweiz. Der Gesamtindex der Konsumentenstimmung fiel nach einer Erholung über die letzten zwei Jahre wieder unter den langjährigen Durchschnittswert. Die zukünftige Wirtschaftsentwicklung wird von den Haushalten weniger optimistisch eingeschätzt. Der Konsum dürfte aber dank steigender Reallöhne – leichte Nominallohnerhöhung bei Nullsteuerung – weiterhin stabil bleiben. Die Zahl der Arbeitslosen blieb im Jahre 2014 weitgehend konstant, die Arbeitslosenquote beträgt wie im Vorjahr 3.2%. Dementsprechend hat sich auch die **Zahl der Erwerbstätigen** in der Schweiz nur minimal verändert. Nach Angaben des BAKBASEL hat die Zahl im Jahr 2014 zwar um 0.8% zugenommen, gegenüber dem Vorjahr mit 1.4% bedeutet dies aber einen Rückgang.

(BAKBASEL ist zurzeit daran, alle Modelle auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 umzustellen. Historische Daten vor 2012 sind zurzeit – mit Ausnahme der Preisentwicklung in der Schweiz – nur auf nationaler Ebene erhältlich. Demgegenüber fehlen noch die kantonalen historischen Daten nach ESVG 2010 für die Jahre vor 2012, welche daher in den folgenden Grafiken nicht enthalten sind.)

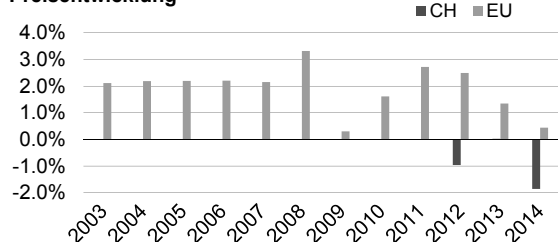


Die **Teuerung** entwickelte sich in der Schweiz im Jahr 2014 negativ: Die Preise gingen laut BAKBASEL im Durchschnitt um -1.9% zurück, was auf die Frankenstärke sowie den Erdölpreisverfall

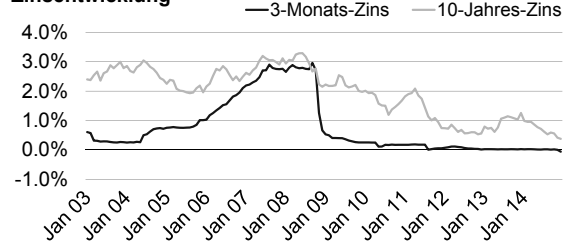
zurückzuführen ist. Gemäss dem vom Bundesamt für Statistik berechneten Landesindex der Konsumentenpreise entwickelte sich die Teuerung insbesondere im Dezember 2014 mit -0.3% gegenüber dem Vorjahresmonat negativ. Eine deflationäre Entwicklung – auf breiter Front sinkende Preise und Löhne – hat sich bisher aber nicht eingestellt und ist bei einer weiterhin starken Konjunktur auch nicht zu erwarten.

Um den Franken zu schwächen hat die Schweizerische Nationalbank Mitte Dezember 2014 angekündigt, Guthaben auf Girokonten der SNB mit einem Zins in Höhe von -0.25% zu belasten und das Zielband für den **Dreimonats-Libor** auf -0.75 - 0.25% auszudehnen. Der Dreimonats-Zins sank daraufhin unter null. Die Zinsen auf dem **Kapitalmarkt** blieben im Jahre 2014 auf tiefem Niveau. Auch die Rendite auf Bundesanleihen mit einer 10-jährigen Laufzeit nahm im Jahresverlauf um knapp 0.9 Prozentpunkte von 1.25% auf 0.4% ab. Als Folge der weiterhin tiefen Zinsen blieb der Aufwärtstrend an der Börse bestehen.

Preisentwicklung



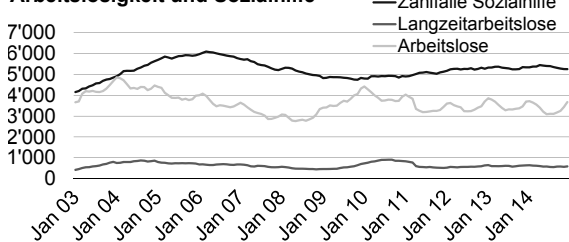
Zinsentwicklung



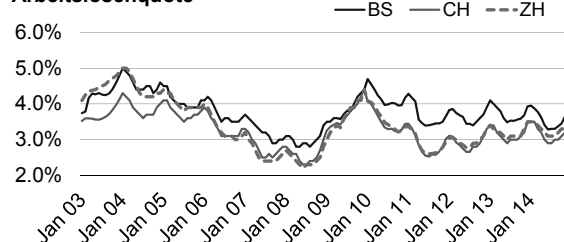
Die **Basler Wirtschaft** entwickelte sich im Jahre 2014 überdurchschnittlich gut. Das BIP des Kantons lag mit 2.7% annähernd ein Prozentpunkt über dem schweizerischen Durchschnitt von 1.8%. Ein Treiber des Wachstums waren die starken Pharmaexporte. Die Branche profitiert mitunter vom weiter fortschreitenden demographischen Wandel in China. Dies zeigt sich auch an der Bruttowertschöpfung der Chemie-Pharma, welche in Basel gegenüber Vorjahr um 4.4% (2013: 1.5%) wuchs.

Die **Arbeitslosenzahlen** nahmen im Jahre 2014 im Vergleich zum Vorjahr geringfügig ab. Waren in Basel 2013 im Durchschnitt 3'504 Personen von Arbeitslosigkeit betroffen, waren es 2014 noch 3'362 Personen. Die Arbeitslosenquote lag 2014 mit 3.6% leicht tiefer gegenüber Vorjahr (2013: 3.7%). Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahm leicht ab, und zwar von im Durchschnitt 611 auf 591 Personen. Die **Zahlfälle der Sozialhilfe** nahmen hingegen im Durchschnitt marginal zu, und zwar von 5'307 auf 5'347.

Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe



Arbeitslosenquote







## **2 Der Rechenschaftsbericht zur Planung**

## 2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates

### 2.1.1 Überblick

#### Übersicht Leitsätze und Schwerpunkte Legislaturplan 2013-2017

Leitsatz	Schwerpunkt
<b>Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken</b>	Wirtschaftsstandort stärken Basel als Wissenszentrum positionieren
<b>Als Region zusammenwachsen</b>	Basel ist Zentrum des Metropolitanraums Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner
<b>Basel als urbanes Zentrum festigen</b>	Urbane Standortqualität Kulturstadt mit Ausstrahlung
<b>Nachhaltig Lebensqualität schaffen</b>	Chancengleichheit Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen Lebensqualität und Sicherheit

Der Legislaturplan 2013-2017 ist der zweite Bericht im neuen Konzept und beinhaltet die mittel- bis langfristige politische Planung des Regierungsrates. Vier Leitsätze bilden die Klammer um die gesamte regierungsrätliche Planung. Aus diesen Leitsätzen leiten sich Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit ab, wobei jeder dieser Schwerpunkte konkrete Ziele und Massnahmen beinhaltet.

Auf den nachfolgenden Seiten folgt im Rahmen der einzelnen Schwerpunkte eine aktuelle Berichterstattung zu den Zielen und den zugehörigen Massnahmen.

Bei den Zielen handelt sich um qualitative Einschätzungen des derzeitigen Zielerreichungsstands, die sich teilweise auch auf Indikatoren abstützen. Die Indikatoren sind auf der Internetseite des Statistischen Amtes aufgeschaltet, um die jeweils aktuellste Datenlage abbilden zu können. Die Texte zu den einzelnen Massnahmen bilanzieren kurz die entsprechenden Aktivitäten im Berichtsjahr.

## 2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken

### Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein wachstumsstarker und international bekannter Wirtschaftsstandort.** Der Kanton Basel-Stadt zeigte auch im Berichtsjahr ein überdurchschnittliches BIP-Wachstum gegenüber der ganzen Schweiz und den vergleichbaren Metropolitanregionen Zürich und Genf. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf die positiven Geschäftsverläufe der Life-Sciences-, Logistik- und Versicherungsbranche. Die baulichen Massnahmen und der zuversichtliche Ausblick der Life-Sciences-Branche lassen auch für die kommenden Jahre ein solides ökonomisches Wachstum erwarten. Die von BaselArea unterstützten Ansiedlungen in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie im Kanton Jura konnten 2013 zahlenmässig gesteigert werden. Die Unsicherheiten bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zeigten bis jetzt kaum negative Effekte auf das Ansiedlungsinteresse internationaler Unternehmen. Eine bedeutende Herausforderung bleibt der Mangel an grossen zusammenhängenden Büro- und Laborflächen.
- **Die Stadt Basel ist eine wichtige Gastgeberin von internationalen Messen und Kongressen sowie sportlichen und kulturellen Grossveranstaltungen. Sie ist eine wirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutende Tourismus- und Begegnungsstadt.** Basel kann seinen weltweit guten Ruf mit den Weltmessen BaselWorld und Art Basel halten. Die Schwestermessen in Miami Beach und die zum zweiten Mal stattfindende Art Basel Hongkong fördern die internationale Vernetzung. Die mit der erfolgreichen Durchführung der OSZE-Ministerratskonferenz und weiteren Kongressen angelaufene Umsetzung der Kongressförderstrategie stärkt die internationale Positionierung. Die Anzahl Flugdestinationen nahm zu. Die Übernachtungszahlen stiegen wegen der Stärke der Wirtschaft, der Investitionen in Messe- und Kongressinfrastruktur, des attraktiven Kultur- und Eventangebotes und auch aufgrund zusätzlicher Hotelkapazitäten auf einen neuen Rekordwert. Mit der Badminton Team-EM im Februar etablierte sich der Kanton weiter als sportliches Zentrum von internationaler Bedeutung. Mit dem Campus der Künste auf dem Dreispitz schafft sich Basel zusammen mit der Hochschule für Gestaltung und Kunst einen neuen Ort für Kunstschaffende und eine an Kreativität und Kunst interessierte Öffentlichkeit.
- **Der Kanton Basel-Stadt ist eine Drehscheibe für den Personen- und Güterverkehr in Europa.** Die Schweizer Stimmbevölkerung nahm die Vorlage zur „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur“ (FABI) an. Die Kantone der Planungsregion Nordwestschweiz erarbeiteten ihre Angebotsvorstellung für den Schienenverkehr und reichten diese dem Bund ein. Der Kanton Basel-Stadt setzt sich für eine möglichst geringe Beeinträchtigung des regionalen Schienenverkehrs auf der Juralinie im Laufental ein, welche die SBB im Zusammenhang mit Bauarbeiten im Raum Lausanne vorgesehen hat. Bei einer Stau-Studie, welche die Credit Suisse für verschiedene Schweizer Agglomerationen durchgeführt hat, schnitt die Region Basel gut ab. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt den Bund bei den Verhandlungen mit Frankreich zu arbeits- und steuerrechtlichen Fragen beim EuroAirport. Im Rahmen von „RheinPort Basel-Mulhouse-Weil“ unterschrieben die Schweizerischen Rheinhäfen eine Absichtserklärung zur verstärkten Zusammenarbeit mit den Häfen des Südsass (F) und von Weil am Rhein (D).
- **Die Life-Sciences-Region positioniert sich als bedeutendste in Europa und weltweit als eine der führenden.** Die Life-Sciences-Branche verzeichnet weiterhin ein überdurchschnittliches Wachstum. Das Festhalten am Basler Standort manifestierte sich im Berichtsjahr durch eindrucksvolle Investitionstätigkeiten. Mit einem Anteil von rund 34% des BIP ist diese Branche das wichtigste Standbein der kantonalen Wirtschaft. Der Strukturwandel von der chemischen zur pharmazeutischen Industrie ist weitgehend abgeschlossen, wobei die Innovationskraft der Branche durch gezielte Massnahmen weiter unterstützt werden soll. Die koordinierte Zusammenarbeit zwischen den regionalen Wirtschaftsakteuren der Life-Sciences-Branche und den kantonalen und nationalen Behörden trägt zu einer weiteren Stärkung des Standortes bei. Im Rahmen des „Schweizer Innovationspark Region Nordwestschweiz“ wird ein erstes Projekt an der Stadtgrenze in Allschwil im 1. Quartal 2015 realisiert werden.
- **Unternehmen der Life Sciences und der anderen Zielbranchen sowie ausgewählter Technologiefelder werden im Kanton Basel-Stadt oft gegründet, entwickeln sich positiv und siedeln**

**sich im Kanton an.** Die Zahl der Neugründungen von Unternehmen schwankt weiterhin. Sie bewegt sich auf einem eher tiefen Niveau. Die weitgehende Abwesenheit einer eidgenössischen technischen Hochschule und die knappen Platzverhältnisse hemmen die Gründungsdynamik. Mit dem „Technologiepark Basel“ und dem „Basel Inkubator“ wurden Voraussetzungen geschaffen, um Neugründungen und Ansiedlungen zu fördern. Der Erfolg dieser beiden Institutionen löste einen weiteren Ausbau des Technologieparks aus. Die Rückmeldungen der Unternehmen zur Standortqualität sind überwiegend positiv. Hervorgehoben werden die guten staatlichen Dienstleistungen, insbesondere der Steuerbehörden und die effiziente Praxis bei Arbeitsbewilligungen.

- **Der Kanton Basel-Stadt verfügt über eine kundenorientierte und effiziente Verwaltung, die den Einwohnerinnen und Einwohnern und den Unternehmen optimale Dienstleistungen erbringt.** Rückmeldungen der Unternehmen und die Bevölkerungsbefragung zeichnen im Berichtsjahr ein weiterhin positives Bild der Verwaltung. Dennoch gilt es, den steigenden Ansprüchen der zunehmend digital orientierten Kundschaft gerecht zu werden. Der internetbasierte Zugang zu staatlichen Dienstleistungen wird deshalb intensiv und kontinuierlich ausgebaut. Interne Abläufe werden vereinfacht und effizienter und kostengünstiger gestaltet. Ein besonderer Fokus liegt darauf, dass diese Angebote und Dienstleistungen möglichst durchgehend online zugänglich sind. Um das Vertrauen im Bereich E-Government zu gewährleisten, wird der Datensicherheit hohes Gewicht beigemessen. Neben diesen Entwicklungen bleibt der persönliche Kundenkontakt zentral. Dafür stehen weiterhin diverse Anlaufstellen zur Verfügung.

### Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Massnahmen

- **Anforderungen an den Standort im weltweiten Wettbewerb kennen** Die Datenbank der Standortförderung im Amt für Wirtschaft und Arbeit wurde gegen Ende des Berichtsjahres technisch erneuert. Auf einen Ausbau der Unternehmenspflege musste wegen fehlender Ressourcen verzichtet werden.
- **Als Standort steuerlich konkurrenzfähig bleiben** Im Mittelpunkt stand die aktive Mitarbeit an der eidg. Unternehmenssteuerreform III, welche zum Ziel hat, dass die Schweiz auch nach der Abschaffung der Steuerprivilegien steuerlich konkurrenzfähig bleibt und die notwendigen Steuereinnahmen erhalten bleiben. Zudem wurden im Steuerjahr 2014 die Einkommenssteuern um 10 Mio. Franken gesenkt.
- **Rekrutierung und Ausbildung von Fachpersonal** Fachkräfte sind wegen der guten Konjunktur sehr gesucht. Insbesondere die weltweit tätigen Konzerne sind auf Arbeitsbewilligungen für Personen aus aller Welt angewiesen, beispielsweise für Kaderrotationen, die Abwicklung von konzernweiten Projekten oder die Anwerbung der besten Forscherinnen und Forscher. Die vorhandenen Kontingente an Bewilligungen reichten im Berichtsjahr noch knapp aus.
- **Leistungsfähige Standortvermarktung** Die im Vorjahr lancierten Pilotprojekte (mit Fokus auf bestimmte Firmen und Branchen) haben erste positive Ergebnisse gezeigt. Die Kontakte zu Immobilienvermittlern in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura wurden weiter ausgebaut.
- **Stärkung der regionalen Funktionen von BaselArea** Die Zusammenarbeit der Kantone Jura, Basel-Landschaft und Basel-Stadt in der Wirtschaftsförderung ist etabliert und bewährt sich.
- **Stärkung des Standorts Basel durch Städtepartnerschaften** Die Unterzeichnung des Memorandum of Understanding 2014-17 festigte die Partnerschaft mit Shanghai, während das Konfuzius-Institut der Universität Basel und die China Business Platform Kooperationen in Bildung und Wirtschaft vertieften. Mit Massachusetts galt es Akteure in Bildung, Forschung und Wirtschaft zu koordinieren und aus Miami Beach konnte an der Art Basel eine Delegation begrüsst werden.
- **Internationale Grossanlässe als Promotions- und Netzwerkplattformen nutzen** Die OSZE-Ministerratskonferenz in Basel wurde genutzt, um Basel als professionellen Organisator und Gastgeber zu profilieren. Gleichzeitig wurden die Planungsarbeiten für die Basler Präsenz an der Weltausstellung 2015 in Mailand vorangetrieben. Darüber hinaus wurden die alljährlichen Weltmessen sowie die kulturellen Festivals und sportlichen Grossanlässe für das Standortmarketing genutzt.
- **Stärkung des Messe- und Kongressstandorts Basel** Der Regierungsrat beschloss im

Berichtsjahr das Konzept zur Stärkung des Kongressstandortes Basel. Die Umsetzung startete umgehend. Die Zusammenarbeit aller Kongress-Akteure im Congress Board Basel ist eng und gut. Zudem wurde Ende des Berichtsjahres die OSZE-Ministerratskonferenz erfolgreich in Basel durchgeführt.

- **Akquisition von Grossveranstaltungen** In den Bereichen Sport und Kultur wurden grosse Akquisitionsanstrengungen unternommen. Diese Bemühungen wurden im Rahmen der neuen Kongressstrategie auch auf den Kongressbereich ausgedehnt. Zudem wurde im Berichtsjahr mit den Planungsarbeiten für die Herren-Curling-Weltmeisterschaften 2016 begonnen.
- **Fussgängerorientierungssystem** Der Ratsschlag betreffend Umsetzung eines neuen Fussgängerorientierungssystems Basel-Stadt wurde auf Basis des Vorprojekts ausgearbeitet. Der Grosse Rat hat im September den entsprechenden Kredit in Höhe von 3 Mio. Franken für die Umsetzung bewilligt.
- **Leistungsfähige Verkehrsverbindungen** Der EuroAirport hat sein Angebot auf über 70 Destinationen ausgeweitet. Der Kanton unterstützt den Bund bei seinen Bemühungen, den binationalen Flughafenstatus zu sichern. Durch die Engpassbeseitigung auf der Nationalstrasse A2 durch einen neuen Tunnel wird die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandortes Basel via Autobahn für Personen und Güter auch weiterhin gewährleistet. Basel-Stadt und Basel-Landschaft sagen Ja zum Vorprojekt Herzstück Regio-S-Bahn.
- **Weiterentwicklung der Rheinhäfen** Der trimodale Containerterminal Basel Nord (mit Hafenbecken 3) bildet das Schlüsselprojekt für den Logistikstandort Kleinhüningen und ist Hauptbestandteil der nationalen Terminalstrategie im kombinierten Verkehr. Bei der Revision des Gütertransportgesetzes hat die Verkehrskommission des Nationalrats die Weichen für eine Mitfinanzierung des Bundes gestellt.
- **Implementierung und Weiterentwicklung der regional abgestimmten Life-Sciences-Strategie** Der Regierungsrat erneuerte

die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und der Handelskammer beider Basel. Mit verschiedenen Massnahmen sollen der Life-Sciences-Standort weiter gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik verbessert werden.

- **Dynamik in den wirtschaftlichen Schwerpunktgebieten ermöglichen** Für den Campus Novartis hat das Parlament dem Bebauungsplan „Hochhauszone“ zugestimmt. Die Bebauungspläne für die Areale Aeschengraben (Baloise) und Centralbahnplatz (BIZ) wurden verabschiedet. Für die Areale Rosental und Äusseres St. Johann liefen planungsrechtliche Vorbereitungen. Der angekündigte Ausbau des Roche-Standorts löst 2015 ein Bebauungsplanverfahren aus.
- **Förderung von Unternehmertum und Innovation** Der Ausbau des Technologieparks Basel wurde im Sommer des Berichtsjahres planmässig abgeschlossen. Die zusätzlich erstellten Labor- und Büroarbeitsplätze für junge und innovative Unternehmen sind bereits wieder fast vollständig belegt.
- **Optimierung Bewilligungswesen** Mit Hilfe des Formulardienstes (Online Zugänge), der Bewilligungsplattform, des Bewilligungsportals sowie des Firmenzugangs konnte das Bewilligungswesen sowohl auf Seiten der externen Nutzer (Bürger, Firmen und Institutionen) wie auch innerhalb der Verwaltung wesentlich vereinfacht und optimiert werden. Als nächste Optimierung ist die Integration in das geplante E-Government Portal geplant.
- **E-Gov-Impulsprogramm** Seit der Initiierung des E-Gov-Impulsprogrammes wurden rund 25 Projekte realisiert. Die Ziele bzw. Ergebnisse dieser Projekte lassen sich auf 3 Ebenen ansiedeln.
  - Konkrete Projekte
  - Optimierung von Bewilligungen
  - E-Government Basisdienste

Im Jahr 2015 ist die Realisierung des Kundenportals mit integrierten Fachanwendungen sowie bestehenden E-Government Services geplant.

### Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Ziele

- **Mit den öffentlich finanzierten Hochschulen und privaten Partnern bietet Basel die Rahmenbedingungen für eine hochstehende Forschung und Entwicklung.** Die für die Fachhochschule Nordwestschweiz eingerichtete vierkantonale Organisation funktioniert gut. Der letzte Leis-

tungsbericht der bikantonalen Universität belegt die hohe Qualität der Hochschule, beispielsweise durch eine Zunahme der Auszeichnungen. Erfreulich ist auch die Absichtserklärung der Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft für eine gemeinsame Trägerschaft des neuen Standortes des Schweizerischen Tropen- und Public Health Institut (Swiss THP) in Allschwil. Ein letzter und wichtiger Baustein der Neuausrichtung der Universität gemäss Strategie 2014 – 2017 wurde mit dem Beschluss für den Neubau des Departements für Biosysteme der ETHZ (D-BSSE) gelegt. Kritisch sind hingegen die möglichen Folgen der Annahme zur Masseinwanderungsinitiative. Eine hochstehende Forschung und Entwicklung ist auf internationalen Austausch angewiesen.

- **Sowohl das Bildungsangebot als auch die Forschung und Entwicklung sind hochstehend und innovativ: Sie positionieren Basel als Zentrum der Wissensregion.** Sowohl Fachhochschule wie Universität intensivierten ihre Zusammenarbeit, etwa mit dem gemeinsamen Institut für Bildungswissenschaften oder im Fach Musik. Die weiterhin leicht wachsende Zahl an Studierenden ist ein Hinweis für die Attraktivität der Bildungsangebote. An der Universität ist die von Universität und Trägerkantonen angestrebte Zahl von 13'000 Studierenden erreicht, wobei der Anteil an inländischen Studierenden stagniert. Gleichzeitig schliessen die ersten zahlenmässig starken Jahrgänge ab. Das Halten der gewünschten Grösse wird damit zur Herausforderung, muss die Universität zum Erhalt ihrer Qualität doch eine gewisse Mindestgrösse aufweisen. Erfreulicherweise wurde das für die Qualitätssteigerung der FHNW notwendige erhöhte Budget trotz kritischer Stimmen im Vorfeld durch alle vier Kantonsparlamente bewilligt. Die Fachhochschule ist damit für ihre qualitative und quantitative Weiterentwicklung mit den nötigen Mitteln ausgestattet.
- **Das regionale universitär-medizinische Zentrum positioniert sich mit hochstehender Lehre und seiner innovationsfördernden translationalen Grundlagenforschung sowie patientenorientierten klinischen Forschung international in den vorderen Rängen.** Das 2013 gegründete Tumorzentrum des Universitätsspitals Basel vereint alle am Universitätsspital verfügbaren Disziplinen zur optimalen Diagnose und Behandlung von Tumoren. Das Zentrum bietet dadurch den Patientinnen und Patienten eine fächerübergreifende Diagnostik und Behandlung. Die Aufbauphase des Departements Klinische Forschung wurde von der neuen Leitung erfolgreich gestartet. Mit der Besetzung der für die deutschsprachige Schweiz einmaligen strukturellen Professur für Forensische Psychiatrie konnte Basel in den Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) die Exzellenz in der universitären Forschung und Lehre konsequent weiterverfolgen und ein weiteres Zeichen als unverzichtbarer Partner der Universität Basel setzen. Das Felix Platter-Spital bleibt das federführende Zentrum in der Altersmedizinischen Lehre und Forschung (Ernährung, Mobilität, Kognition).

### Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Massnahmen

- **Förderung der Vernetzung im Hochtechnologiebereich** Die Nordwestschweizer Innovationsförderung „i-net innovation networks“ hat ihr Angebot weiter ausgebaut und ist gut unterwegs.
- **Partnerschaftliche Standortentwicklung für die Hochschulen** Die HGK der Fachhochschule Nordwestschweiz konnte ihren Campus auf dem Dreispitzareal beziehen. Auf dem Schällemätteli wurden die universitären Grossprojekte Biozentrum und Biomedizin vorangetrieben. Dazu gehört auch der Neubau für das Departement Biosysteme, den die ETHZ zusammen mit der Universität plant und errichtet.
- **Hochschul- und Universitätsentwicklung** Für die Fachhochschule Nordwestschweiz konnte der Leistungsauftrag 2015–2017 in allen vier Parlamenten verabschiedet werden.
- Die Universität Basel hat das erste Jahr der Leistungsperiode 2014–2017 erfolgreich bestritten. Das ETH-Departement für Biosysteme weist nach wie vor eine überdurchschnittliche Entwicklung aus.
- **Förderung von Kindern im Vorschulalter und Bildungswege in der Volksschule sowie auf der Sekundarstufe II** Die Förderung im Vorschulalter und von Tagesstrukturen verbessert die Voraussetzungen für den Schulerfolg. Die Bildungswege an den Volksschulen erhalten Anschluss an die übrige Schweiz und werden zusammen mit den Kantonen der Nordwestschweiz weiterentwickelt.
- **Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken** Das 2013 gegründete Tumorzentrum vereint alle am Universitätsspital Basel verfügbaren Disziplinen zur Dia-

gnose und Behandlung von Tumoren, die sich oft nicht einem einzigen Fachbereich zuordnen lassen. Ein Tumorzentrum bietet den Patientinnen und Patienten eine fächerübergreifende Diagnostik und Behandlung an. Dadurch ist eine optimale Therapie mit allen beteiligten Spezialisten gewährleistet.

- **Clinical Research Center** Die Aufbauphase des Departement Klinische Forschung am Universitätsspital Basel wurde von der neuen Lei-

tung mit folgenden strategischen Schwerpunkten erfolgreich gestartet:

- a) Ausbau der Unterstützungsangebote für klinisch Forschende
- b) Aufbau eines Doktoratsprogramms in Klinischer Forschung
- c) Ausbau der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Studienfachpersonal



### 2.1.3 Als Region zusammenwachsen

#### Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt trägt wesentlich zur Identität des Metropolitanraums Basel und zur Identifikation der Menschen mit dem Metropolitanraum Basel bei.** Massgeblich zur Identifikation mit dem Metropolitanraum Basel tragen u.a. publikumswirksame Veranstaltungen mit regionalem Charakter bei. Neben den traditionellen jährlich stattfindenden Veranstaltungen war der Kanton Ehrengast am Marché-Concours im jurassischen Saignelégier. Hingegen wurden die der Basel-Jura Kooperation bereitgestellten Gelder nicht genutzt. Die Kooperation läuft Ende 2014 aus und wird mangels Resonanz nicht erneuert. Die Ablehnung der Fusionsinitiative offenbarte gewisse emotionale Gräben zwischen dem Stadtkanton und dem Kanton Basel-Landschaft. Kritisch kann angemerkt werden, dass im Abstimmungskampf nur eine geringe Identifikation mit dem Metropolitanraum spürbar war.
- **Ein attraktives Verkehrssystem sichert die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandorts und fördert eine stadtgerechte Mobilität – zur Entlastung von Umwelt und Wohnbevölkerung.** Im Rahmen des Tramnetzausbaus wurde die Tramlinie 8 nach Weil am Rhein in Betrieb genommen. Der Grosse Rat bewilligte den Realisierungskredit für den grenzüberschreitenden Ausbau der Tramlinie 3 nach Saint-Louis. Die beiden Parlamente Basel-Stadt und Basel-Landschaft stimmten dem Vorprojektkredit für das „Herzstück“ der Regio-S-Bahn zu. Der Regierungsrat genehmigte den Teilrichtplan Velo. Die Realisierung der Parkraumbewirtschaftung und Umbauprojekte zugunsten des Velo- und Fussverkehrs wurde vorangetrieben. Der Bund schlug eine neue Variante zur Beseitigung des Engpasses auf der Osttangente Basel vor. Sie soll die Erreichbarkeit der Stadt gewährleisten und Ausweichverkehr auf das Stadtstrassennetz vermeiden. Mit der detaillierten Prüfung wurde begonnen. Der Regierungsrat hat eine externe Vernehmlassung zum verkehrspolitischen Leitbild durchgeführt.

#### Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Massnahmen

- **Gemeinsam über die Grenzen wachsen** Die Internationale Bauausstellung IBA Basel 2020 entfaltet weiterhin eine grosse Dynamik in der Region: Nachdem die Lancierungsphase mit der Projektschau und 4'000 Besucherinnen und Besuchern erfolgreich abgeschlossen wurde, befindet sich die IBA jetzt in der Realisierungsphase. Es wurden 43 Projekte inhaltlich weiterentwickelt, um eine qualitätsvolle Umsetzung bis zum Jahr 2020 zu garantieren.
- **Verlagerung auf den Velo- und Fussgängerverkehr** Das fussgängerfreundliche Verkehrskonzept Innenstadt wurde umgesetzt. Zur Verkehrsberuhigung dient die Umsetzung des Tempo 30-Konzepts und die Einrichtung weiterer Begegnungszonen. Mit dem Teilrichtplan Velo wurde das künftige Veloroutennetz definiert. Des Weiteren wurden weitere Einbahnstrassen für den Velogegenverkehr geöffnet und neue Veloabstellplätze erstellt oder vorhandene neu ausgerüstet.
- **Ausbau des öffentlichen Verkehrs** Der Grosse Rat hat die Ausgabenbewilligung „Ausbau Tramnetz nach Saint-Louis“ beschlossen. Im Dezember ging die grenzüberschreitende Tramlinie nach Weil am Rhein in Betrieb. Die beiden Basler Parlamente beschlossen die Ausgabenbewilligung für das Vorprojekt „Herzstück Regio-S-Bahn“. Die Nordwestschweizer Kantone haben ihre Vorstellungen zur Weiterentwicklung des Bahnangebots beim Bund deponiert.
- **Leistungsfähige Strassenverkehrsachsen** Für die Engpassbeseitigung auf der Osttangente schlägt der Bund eine unterirdische und damit quartierverträglichere Variante vor. Beide Kantone haben die grundsätzliche Machbarkeit bestätigt. Die weitere Planung des Gundeli-Tunnels (ABAC) stimmt der Regierungsrat auf die Entscheide von Basel-Landschaft zum Strassennetz südlich von Basel (ELBA) ab. Der Umbau Luzernerring / Wasgenring ist weitgehend abgeschlossen.

### Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein zuverlässiger, zugkräftiger und kooperativer Partner für die anderen Gebietskörperschaften und Organisationen im Metropolitanraum Basel.** Der Kanton intensivierte im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz die regionale Zusammenarbeit. Die Grundlagen in den Bereichen Bildung, Forschung sowie Innovation und Verkehr, die mit der Metropolitankonferenz 2012 gelegt wurden, konnten weiter entwickelt werden und führen zu einer Stärkung der grenzüberschreitenden Region Basel. Das Agglomerationsprogramm trägt wesentlich zu einer kohärenten und zugkräftigen Entwicklung der Infrastruktur in der Metropolitanregion Basel bei. Die Interessensvertretung auf Bundesebene wurde intensiviert, insbesondere mit einem gemeinsamen Sessionsgespräch und Netzwerkanlässen zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft.
- **Der Kanton Basel-Stadt gestaltet die Bildungslandschaft in Abstimmung mit den Kantonen der Nordwestschweiz und versteht sie als Teil eines nationalen Bildungsraums.** Die Umsetzung von HarmoS und des Sonderpädagogikkonkordats erzielte die geplanten Fortschritte. Die Einführung der neuen sechsjährigen Primarschule mit ihren Standorten, Schulleitungen und Lehrkräften in den Schulen der Stadt und Gemeindeschulen ist im Gang und wird im Juli 2015 abgeschlossen. Der Lehrplan 21 wurde von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) im Herbst freigegeben und vom hierzu zuständigen Erziehungsrat am 1. Dezember als Lehrplan für Basel-Stadt erlassen. Erstmals wurde der Leistungscheck P6 (Primarschule 6. Klasse) in der Nordwestschweiz durchgeführt. Die Umsetzung der integrativen Schule wurde einer externen Evaluation unterzogen. Basel-Stadt erhielt von den Experten der Hochschule für Heilpädagogik, Zürich, hervorragende Noten. Insgesamt konnte die Strukturharmonisierung in der Nordwestschweiz und auch national gut aufgegleist werden, bei der konkreten Umsetzung stehen die Kantone aber vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen.
- **Der Kanton Basel-Stadt entwickelt und steuert das Verkehrssystem gemeinsam mit den staatlichen und privaten Partnern des Metropolitanraums Basel.** Der Bund entschied Projekte des Agglomerationsprogramms zweiter Generation der Agglomeration Basel mit 93 Millionen Franken zu unterstützen. Die organisatorische Struktur des Agglomerationsprogramms Basel wurde mit einer trinationalen Trägerschaft auf neue rechtliche Grundlagen gestellt. Für die Eingabe des Agglomerationsprogramms dritter Generation haben die Arbeiten an einer gemeinsamen „Strategie Strasse“ begonnen. Ein trinationales Angebotskonzept zur Regio-S-Bahn wurde erarbeitet. Die beiden Vorhaben „Herzstück“ und „Margarethenstich“ konnten zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft weiter vorangetrieben werden. Der Pendlerfonds als Finanzierungsinstrument mit Pioniercharakter etabliert sich zunehmend. Der Tarifverbund Nordwestschweiz erhielt eine neue Struktur in Form eines Vereins.
- **Die integrierte Gesundheitsversorgung garantiert unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen eine optimale medizinische Versorgung in einem anzustrebenden regionalen Gesundheitsversorgungsraum.** Mit der Anfang des Berichtsjahrs eingeführten Freizügigkeit in der Spitalwahl in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurden erste Erfahrungen gesammelt. Im Rahmen zweier Tagungen nahmen Akteure des regionalen Gesundheitswesens eine Auslegeordnung der anzugehenden Themen vor.

### Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Massnahmen

- **Kooperation in der Nordwestschweiz** Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) und die Metropolitankonferenz Basel wurden mit der Erarbeitung gemeinsamer Positionen gestärkt. Gleichzeitig verbesserte die personelle Verstärkung des Sekretariats die Ausstrahlung der NWRK. Im Berichtsjahr wurden ausserdem die Subventionen für die Interkantonale Koordinationsstelle Regio Basiliensis und die Oberrheinkonferenz verabschiedet.
- **Institutionalisierung der Interessensvertretung auf Bundesebene** Die institutionalisierte Interessenvertretung konnte mit dem Einbezug von Basel-Landschaft gezielt gestärkt werden. Hierzu gehören die gemeinsame Durchführung von Sessionsgesprächen und Netzwerkanlässen für Kaderangestellte

der Bundesverwaltung.

- **Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit** Die Konzentration auf die wichtigsten Organisationen innerhalb der Nordwestschweiz – dem trinationalen Metropolitanraum und dem Kooperationsraum Oberrhein – wurde konsequent weitergeführt und im Sinne einer Straffung der Organisationsstrukturen konkretisiert. Die Idee eines „Haus der Region“ wird nach einer kritischen Überprüfung nicht mehr verfolgt.
- **Öffnung in Richtung anderer Metropolitanräume** Die Zusammenarbeit mit den Städten Genf und Zürich im Rahmen des Städteauftritts an der Weltausstellung 2015 in Mailand sowie die Neulancierung der Interessengruppe „Grosse Kernstädte“ im Rahmen des Städteverbands sind die wichtigsten Beispiele für die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Metropolitanräumen.
- **Basel-Stadt als Kern der grenzüberschreitenden Agglomeration** Das Raumkonzept 3Land, die Internationale Bauausstellung IBA Basel 2020 und das Agglomerationsprogramm wurden in Koordination mit den Partnern im Trinationalen Eurodistrict Basel weiterentwickelt; das Projekt „Grenzüberschreitender Naturkorridor“ wurde erfolgreich abgeschlossen. Im Rahmen des Agglomerationsprogramms zweite Generation wurde für neun baselstädtische Projekte eine Förderung durch Bundesmittel erreicht.
- **Harmonisierung der Schulen** Mit den Konkordaten HarmoS und Sonderpädagogik 2010 erhalten die beiden Basel die gleiche Schullaufbahn. Mit dem Volksschulabschluss treten die Jugendlichen zum gleichen Zeitpunkt in die Berufsbildung, ans Gymnasium oder die FMS über. Die Umsetzung des Projekts „Gemeinsames prüfen vor Ort“ läuft.
- **Agglomerationsprogramm** Der Bund unterstützt die Projekte des Agglomerationsprogramms Basel zweiter Generation mit 93 Mio. Franken. Die Trägerschaft des Programms hat als Verein eine neue Struktur erhalten, in der nun auch die ausländischen Partner vollwertiges Mitglied sind. Die Arbeiten an der Vorbereitung der dritten Generation und an der Umsetzung der ersten Generationen laufen auf Hochtouren.
- **Gesundheitsraum Nordwestschweiz** An einer gemeinsamen Sitzung der Regierungen Basel-Landschaft und Basel-Stadt wurde beschlossen, eine Gesamtbetrachtung zur regionalen Gesundheitsversorgung und den Herausforderungen für die Zukunft vorzunehmen. An einer im Anschluss durchgeführten Tagung mit Fachpersonen aus dem Gesundheitswesen wurden die Anforderungen einer künftigen Gesundheitsversorgung der Nordwestschweiz analysiert.

## 2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen

### Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein gefragter Lebensmittelpunkt für Menschen mit vielfältigen Lebensentwürfen aus dem In- und Ausland.** Die Einwohnerzahl wächst weiterhin moderat, die Nachfrage nach Wohnraum ist ungebrochen hoch. In den vergangenen Jahren betrug der Bevölkerungszuwachs knapp 1% pro Jahr, vor allem dank Zuwanderung aus dem Ausland. Deutschland ist dabei nach wie vor das wichtigste Herkunftsland. Die Zuwanderung aus Deutschland nimmt seit 2013 nach einer Phase des leichten Rückgangs wieder zu. Gerade für junge Menschen ist der Kanton ein beliebter Zuzugsort. Knapp 95% der in Basel-Stadt wohnhaften Jugendlichen leben sehr gerne oder gerne im Kanton, wie die 2013 zum zweiten Mal durchgeführte Jugendbefragung zeigte. Die im selben Jahr durchgeführte Familienbefragung zeichnet ein ähnlich positives Bild; 91% der Familien leben gerne in ihrem Quartier und sind mit den Angeboten im Quartier zufrieden. Von den Befragten hegen 11% einen Umzugswunsch; 73% von ihnen möchten in Basel-Stadt wohnhaft bleiben.
- **Die Siedlungsentwicklung im Kanton Basel-Stadt erfolgt weitgehend innerhalb des ausgewiesenen Siedlungsgebietes und richtet sich nach innen.** Ein Schwerpunkt der im Jahr 2013 vorgenommenen Anpassung des kantonalen Richtplans war die Siedlungsentwicklung nach innen. Bestandteil der Anpassung sind die Positionierung des basel-städtischen Teils im trinationalen Vorhaben 3Land und das Gundeldingerquartier. Zahlreiche bedeutende Arealentwicklungen für Wohn- und Arbeitsraum befinden sich in Planung oder bereits in Umsetzung. Unter Wahrung und Steigerung der Wohnqualität sowie einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung und punktuellen Wachstums in die Höhe, tragen diese zu einer qualitätsvollen Verdichtung bei. Die knappe Ablehnung der Projekte Stadtrandentwicklungen Ost und Süd bedeutet einen Rückschlag für die regierungsrätliche Strategie zur Realisierung neuen Wohnraums.
- **Im Kanton Basel-Stadt wird neuer Wohnraum von hoher Qualität für unterschiedliche Ansprüche geschaffen und bestehender Wohnraum aufgewertet.** Im Berichtsjahr stieg die Nettoproduktion von Wohnungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich an. Insgesamt kamen über 400 neue Wohnungen auf den Markt. Neben einer regen Neubautätigkeit führte eine positive Umbau-bilanz zu diesem Ergebnis. Aus Dachstockausbauten, Wohnungszusammenlegungen und Umnutzungsprojekten (Umwandlung von Büro-/ Gewerbeflächen in Wohnungen) resultierten 319 neue oder neuwertige Wohnungen. Die Leerstandsquote, welche jeweils am 1. Juni ermittelt wird, ging im Berichtsjahr auf 0.2% zurück. Jedoch wurde ein Grossteil der Wohnungen erst im zweiten Halbjahr fertiggestellt. Per 1. Juli trat das Gesetz über die Wohnraumförderung (WRFG) in Kraft. Eine darauf aufbauende Leistungsvereinbarung mit dem Dachverband der Wohnbaugenossenschaften ist inzwischen aufgegleist. Durch das WRFG kann der Kanton gemeinnützige Wohnbauträger (zusätzlich zur bereits praktizierten Abgabe von Land im Baurecht an Genossenschaften) mit Bürgschaften, Darlehen und Beratungen unterstützen.
- **Der Kanton Basel-Stadt anerkennt die ökologische und soziale Bedeutung von Frei- und Grünflächen und ermöglicht deren vielfältige funktionale Nutzung.** Ein hoher Standard von Frei- und Grünflächen, insbesondere von Kinderspielmöglichkeiten, ist wichtig für die Attraktivität des Wohn- und Arbeitsortes wie auch für die Stärkung von sozialen Netzen. Das Projekt „sanfte Öffnung Schwarzpark“ wurde Mitte 2014 abgeschlossen und verbindet nun die beiden Quartiere Lehenmatt und Gellert. Das Projekt für den Stadtplatz (Max Kämpf-Platz) auf dem Erlenmatt-Areal wird zugunsten eines wesentlich höheren Grünanteils als das jurierte Wettbewerbsprojekt überarbeitet. Der neue grosse städtische Platz auf der Erlenmatt mit Gebäuden für Jugendliche (Stadtterminal) wurde vom Regierungsrat verabschiedet und wird 2015 dem Grossen Rat zum Beschluss unterbreitet.
- **Der öffentliche Raum ist vielfältig nutzbar und ein wichtiger Faktor der Lebensqualität in Basel.** Ein vielfältiges Nutzungsangebot im öffentlichen Raum ist wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Dabei ist eine ausgewogene Mischung von kommerziellen und nicht kommerziellen Veranstaltungen gewünscht. Die Entwicklung der Boulevardflächen hat das Leben im öffentlichen Raum massgeblich verändert. Mehr Toleranz zwischen den verschiedenen Nutzergruppen

wird gefördert. Ebenfalls soll der öffentliche Raum weiterhin für Fussgängerinnen und Fussgänger attraktiver gemacht werden. Der Entwicklungsrichtplan und das Gestaltungskonzept bilden die zentralen Grundlagen zur Weiterentwicklung der Innenstadt.

- **Die Qualitäten der Basler Innenstadt sowie der Riehener und Bettinger Dorfzentren sind langfristig gesichert und werden nachhaltig weiterentwickelt.** Mit dem Entwicklungsrichtplan Innenstadt wurde ein Instrument für die Koordination der Planungen in den Bereichen Gestaltung, Nutzung und Verkehr geschaffen. Das Gestaltungskonzept als Leitfaden für Strassen und Plätze liegt vor; für die Umsetzung von daraus resultierenden Massnahmen werden Mittel beantragt. Das Verkehrskonzept Innenstadt wird per Januar 2015 umgesetzt. Damit erfolgt eine erhebliche Entlastung der Innenstadt vom motorisierten Individualverkehr. Aktuell wird die Elisabethenstrasse umgebaut; sie wird weniger Autoverkehr und mehr Raum für Fussgängerinnen und Fussgänger und Velofahrerinnen und Velofahrer aufweisen und damit mehr Attraktivität und Aufenthaltsqualität bieten. Die Riehener Stimmbewohner stimmte im April einer Neugestaltung des Dorfzentrums zu. Die geplanten Gestaltungsmassnahmen sollen auch hier die Attraktivität und Aufenthaltsqualität erhöhen und einen Mehrwert für den Detailhandel bringen. Die Umsetzung erfolgt 2015.

### Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Massnahmen

- **Umsetzung der Entwicklungsvision 3Land**  
Mit dem abgeschlossenen Raumkonzept 3Land wird eine Kohärenz zwischen den Planungen in Basel, Weil am Rhein und Huningue erzielt. 2015 soll das Konzept der Politik, Gesellschaft und wichtigen Planungspartnern vorgestellt, weiterentwickelt und verabschiedet werden. Mit einer Erneuerung der Planungsvereinbarung sollen die Planungen ab 2016 weiter konkretisiert und erste Umsetzungen vorbereitet werden.
- **Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus**  
Die Umsetzung des Konzepts Verkehrsberuhigung Gundelingen wurde aufgrund der Kritik aus dem Quartier sistiert. Die Verkehrs- und Busführung wird beibehalten und punktuelle Massnahmen (z.B. Erweiterung Tempo 30) werden geprüft. Die Arbeiten für eine Verbesserung des Grün- und Freiraums wurden gestartet. Das neue Objektblatt im kantonalen Richtplan bildet die Grundlage für einen neuen Stadtteilrichtplan.
- **Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot**  
Das Wohnraumförderungsgesetz trat per 1. Juli in Kraft. Nicht alle Massnahmen können sofort greifen. Unabhängig davon wurde die anvisierte jährliche Nettowohnungsproduktion von 440 Wohnungen im Berichtsjahr mit 496 Einheiten netto erstmals erreicht. Das negative Abstimmungsergebnis zu den Stadtrandentwicklungen Ost und Süd erschwert die mittelfristige Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum.
- **Unterstützung der Wohnpolitik durch Einbezug der Immobilien des Finanzvermögens**  
Die aktive Boden- und Immobilienpolitik wurde weitergeführt. Die Wohnpolitik wird mit Zukäufen von Immobilien und Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus unterstützt. Auf dem Areal Maiengasse wurde der Rückbau des neuen Wohnbauprojekts gestartet. Für das Areal Niederholz wurde der Bauvertragsvertrag mit einer Wohngenossenschaft abgeschlossen. Bei weiteren Arealen steht dieser kurz vor Abschluss.
- **Konzept für den öffentlichen Raum**  
Die planenden Stellen nutzen das Konzept zur Erarbeitung von Projekten und Fragestellungen, beispielsweise im Projekt „Uuse uff d’Strooss!“. Um die Nutzungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum für das anliegende Gewerbe noch transparenter aufzeigen zu können, werden bei Umgestaltungsprojekten in Zukunft Pläne erarbeitet, die aufzeigen, welche Flächen kommerziell genutzt werden können.
- **Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch Messen und Märkte**  
Die Herbstmesse wurde auf dem Messeplatz und in der Hallenmesse gemäss neuem Platzkonzept erfolgreich durchgeführt. Der Weihnachtsmarkt ist verbessert und international gestärkt worden. Bauarbeiten auf dem Kasernenareal und Barfüsserplatz werden jedoch in den nächsten Jahren diese Anlässe vor Herausforderungen stellen. Der Stadtmarkt ist dank Zusatzangeboten attraktiver gestaltet worden.
- **Bewirtschaftung des öffentlichen Raums**  
Im Nachgang zum neuen Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NÖRG) wird die Allmendverordnung durch eine neue Ver-

ordnung abgelöst werden. Diese schafft mehr Transparenz bei der Bewirtschaftung des öffentlichen Raums. Die kantonseigenen Lärm-Beurteilungsinstrumente für Veranstaltungen haben sich bei der Bewertung der Bespielungsintensität auf öffentlichem und privatem Grund bewährt.

- **Attraktive und belebte Innenstadt** Mit dem Entwicklungsrichtplan Innenstadt wurde ein Instrument für die Koordination der Planungen in den Bereichen Gestaltung, Nutzung und Verkehr geschaffen. Das Gestaltungskonzept als Leitfaden für Strassen und Plätze liegt vor. Das neue Verkehrskonzept Innenstadt gilt ab Janu-

ar 2015. Für wichtige Plätze werden spezielle Nutzungspläne erarbeitet und vom Parlament verabschiedet werden.

- **«Welcome»** Um den Ersteindruck von Gästen und Neuzuziehenden zu verbessern, wird auf ein gepflegtes Erscheinungsbild Basels Wert gelegt. Zur Stärkung der Gastfreundschaft und sozialen Vernetzung wurden neun Informationsanlässe für Neuzuziehende durchgeführt. Eine Evaluation des Ersteindrucks der Neuzuziehenden Ende des Berichtsjahres wird die künftige Umsetzungsausrichtung der Massnahme mitbestimmen.

### Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein wichtiges kulturelles Zentrum mit internationaler Ausstrahlung. Er verfügt über eine lebendige Kulturszene und setzt in den Bereichen bildende Kunst, Musik, Theater wie auch Architektur bedeutende Akzente.** Die Besucherzahlen der Museen wuchsen stetig. Der Erweiterungsbau des Kunstmuseums verläuft nach Plan und soll im Frühjahr 2016 eröffnet werden. Ausstellungen und Wegweisungen zu den Ausstellungsorten während der Schliessung des Kunstmuseums 2015, um der Bevölkerung und Besucherinnen und Besuchern dennoch ein Teil der Werke des Kunstmuseums zugänglich zu machen, sind vorbereitet. In der Kulturförderung konnten mit den Fachausschüssen in unterschiedlichen Sparten wichtige Projekte unterstützt werden. Für die Filmförderung wurde zudem im Berichtsjahr ein neues Förderkonzept erarbeitet.
- **Der Kanton Basel-Stadt etabliert und sichert starke Partnerschaften mit privaten und öffentlichen Trägern, die das Kulturangebot mitgestalten und die kulturellen Zentrumsleistungen mittragen und mitfinanzieren.** Der Zusammenarbeit mit Basel-Landschaft kommt weiterhin hohe Bedeutung zu. Auf der kantonal unterstützten Crowdfunding-Plattform „wemakeit“ konnten zahlreiche Projektfinanzierungen erfolgreich abgeschlossen werden. Die Plattform hat in Basel-Stadt im schweizweiten Vergleich die höchste Erfolgsquote und wird durch Coachings fachspezifisch begleitet. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Departementen sowie mit Stiftungen und Initiativen wie dem Kulturbüro bleibt eng.
- **Die staatlichen und subventionierten Kulturinstitutionen berücksichtigen in ihren Angeboten die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung. Der Kulturvermittlung kommt ein hoher Stellenwert zu.** Zu den Trends in der Schweizer Kulturlandschaft wurde zusammen mit dem Studienzentrum Kulturmanagement der Universität Basel im Mai eine Fachtagung veranstaltet. Des Weiteren wurden Projekte wie das Wildwuchs-Festival, die Schulhausromane und verschiedene Kooperationen mit der „Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige“ (GGG) unterstützt, um so ein vielfältiges Kulturangebot einer möglichst grossen Allgemeinheit zugänglich zu machen.

### Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Massnahmen

- **Kulturpolitik** Im Berichtsjahr wurden 34 Institutionen subventioniert. Durch die Fachausschüsse und Kommissionen, den Swisslos-Fonds, die Kulturpauschale, den Rockförderverein, die Education Projekte und den Wettbewerb *kult&co* wurden zudem vielfältige und qualitätsreiche Projekte gefördert. Die Arbeiten an wichtigen Bauprojekten verlaufen planmässig (z.B. Erweiterungsbau Kunstmuseum oder Sanierung Theater Basel).
- **Raum für kreative Aktivitäten** Die Nachnutzung des Kasernenareals ab 2015 wird wesentlich zur Förderung der Kulturszene, der Kreativwirtschaft sowie von weiteren kulturellen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten beitragen. Das Projekt Bandproberäume in der

Kuppel und weitere Projekte zur Schaffung neuer Produktions- und Proberäumen wurden begleitet.

- **Förderstrategie des Kulturleitbilds** Drei Jahre nach Veröffentlichung des Kulturleitbilds konnten erneut zahlreiche Teilprojekte aus verschiedenen Bereichen bearbeitet oder initiiert werden, z.B. die Erstellung der Museumstrategie, des Orchesterkonzepts, die Erarbeitung des Reglements für die Jugendkulturpauerschale, der Aufbau einer Jugendkulturförderung oder die Einführung eines Evaluationsystems bei subventionierten Institutionen.
- **Interkantonaales Finanzierungsmodell** Im Berichtsjahr hat sich der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft gegen einen Er-

höhungsantrag des Theaters Basel von 1'406'000 Franken ausgesprochen. Die Abgeltung der zentralörtlichen Leistungen im Bereich Kultur durch den Nachbarkanton soll nun baldmöglichst – wie in anderen Regionen der Schweiz – abgestützt auf die Regeln des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen gestaltet werden.

- **Education- und andere Vermittlungsprojekte** Neben der Weiterführung der Education Projekte der Region Basel und des Wettbewerbs *kult&co* für Projektinitianten aus der freien Szene wurden neu die sog. Impulsprojekte eingeführt. Auch weitere Vermittlungsangebote durch die museen basel (z.B. Museumsslam) konnten erfolgreich umgesetzt werden.

## 2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen

### Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Ziele

- **Frauen und Männer sind in ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben gleichgestellt.** Am 9. Februar hiess die Stimmbevölkerung mit 57% die Geschlechterquote in Strategie- und Aufsichtsgremien von öffentlich-rechtlichen Institutionen und Unternehmen gut. Damit soll Frauen der Weg in Entscheidungsgremien geöffnet werden. Ein Rückschritt ist hingegen die Abnahme des Frauenanteils im Grossen Rat in der Legislaturperiode 2013-17 auf 31% gegenüber der Vorperiode mit 37%. Der Wunsch vieler Männer, das Arbeitspensum zu reduzieren, zeigt sich in Basel-Stadt deutlich, wo bereits heute vergleichsweise viele Männer (22.5%) in Teilzeit arbeiten. Der Kanton griff diese aktuellen Entwicklungen mit der Kampagne „Männersache“ und der Public Private Partnership „Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“ auf.
- **Alle Kinder und Jugendlichen erhalten optimale Bildungschancen und können in angemessener Form am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen.** Das Programm „Frühe Deutschförderung“ konnte ein sehr erfolgreiches zweites Jahr seit Einführung des Obligatoriums verzeichnen. Auch Kinder von jenen fremdsprachigen Eltern, die bislang nur schwer erreichbar waren, konnten damit zur Kooperation verpflichtet werden. Das Förderangebot „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) konnte erfolgreich verstärkt werden und wird nun an allen Primarschulstandorten angeboten. Für Jugendliche ohne Berufsperspektive gibt es verschiedene Unterstützungsangebote wie das eidgenössische Berufsattest (EBA), die Brückenangebote oder das Programm „Gap, Case Management Berufsbildung“. Die verstärkte Teilautonomie der Schulstandorte ermöglicht im Rahmen der Sonderpädagogik eine bessere Integration von Kindern mit einer Behinderung. Der Aufbau von Schulsozialarbeit auch an den Primarschulstandorten beginnt vielversprechend und stösst bei den Schulen auf Interesse.
- **Mindestens 95% der jungen Menschen erreichen am Ende der Sekundarstufe II einen qualifizierten Abschluss.** Die Datenlage ist nach wie vor unzureichend, schätzungsweise erreichen 90% nach der Sekundarstufe II einen qualifizierten Abschluss. Damit die Quote gesteigert werden kann, soll die duale Berufsausbildung aufgewertet und die Berufsmaturitätsquote erhöht werden. Die stärkere Durchlässigkeit bei den Angeboten auf der Sekundarstufe II soll ebenfalls dazu beitragen. Jugendlichen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie den Übertritt ins Berufsleben nicht erfolgreich meistern, bietet „Gap“ eine Langzeitbegleitung von der Früherkennung im 11. Schuljahr bis zum erfolgreichen Einstieg in eine Berufsausbildung oder den Arbeitsmarkt. Daneben dienen die Lehrstellenvermittlung und das Triage-Verfahren dazu, Jugendliche wo nötig am Ende der Volksschule bedarfsgerecht in die Brückenangebote zu vermitteln.
- **Migrantinnen und Migranten haben gleiche Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie gleichberechtigten Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem und können am öffentlichen Leben teilnehmen.** Grundsätzlich entwickelt sich die Gymnasialquote der ausländischen Bevölkerung identisch mit jener der einheimischen. Das seit dem 1. Januar 2013 durch das Schulgesetz geregelte Obligatorium zur gezielten Deutschförderung vor dem Kindergarten trägt zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Chancengerechtigkeit von fremdsprachigen Kindern bei. Dank gezielten Informationsangeboten des Kantons nimmt die Zahl der Einbürgerungen kontinuierlich zu.
- **Menschen mit einer Behinderung können gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen.** Die integrative Schule erfährt zunehmende Akzeptanz, sowohl seitens der Lehrkräfte und Eltern wie auch von Kindern mit und ohne Behinderung. Breite Unterstützungsangebote im Bereich der Logopädie und Heilpädagogik sollen dafür sorgen, dass Kinder mit Behinderung wenn immer möglich in den Regelklassen bleiben können. Integrationsbemühungen auf Ebene der Hochschulen entwickeln sich positiv, wobei insbesondere der Nachteilsausgleich innerhalb der jeweiligen Fakultäten immer besser geregelt und akzeptiert ist. Mobilitätseinschränkungen im öffentlichen Raum wurden durch verschiedene bauliche Massnahmen weiter reduziert. Die BVB setzte neue behindertengerechte Trams ein und erste Tramhaltestellen sind hindernisfrei. Mit verkehrsberuhigenden Massnahmen konnte die Sicherheit, insbesondere für Kinder und ältere Menschen, erhöht werden.



## Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Massnahmen

- **Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung und Tagesstrukturen**  
Die Tagesbetreuung und die Tagesstrukturen wurden weiter ausgebaut. Damit genügend Plätze in Tagesheimen geschaffen werden, werden weiterhin Investitionsbeiträge ausgerichtet.
- **Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel»**  
Die Public Private Partnership fokussierte auf das Thema familienfreundliche Arbeitszeitmodelle für Männer. An einer Tagung für HR-Verantwortliche und Führungskräfte präsentierten Unternehmen ihre väterfreundliche Unternehmenspolitik. Die Kampagne „Männersache“ wurde fortgesetzt und mit einem Beratungsangebot des Männerbüros erweitert, welches rege in Anspruch genommen wurde.
- **Eine kinder- und familienfreundliche Stadt**  
2013 erhielt die Stadt Basel das UNICEF-Label „Kinderfreundliche Gemeinde“. Der Aktionsplan wird in Zusammenarbeit mit verschiedenen Departementen und Privaten bis Ende 2017 umgesetzt. Am Kindermitwirkungstag entstanden vier neue Projekte: ein „Anti-Müll-Strassentheater“, eine Kinderkunst-Ausstellung, ein Kindercafé und ein Projekt zur bunten Mitgestaltung von zwei Trams.
- **Integrative Volksschule**  
Die vom Grossen Rat 2010 beschlossene 3-stufige Förderung der Lernenden mit besonderem Bildungsbedarf stärkt die Integrationskraft der Regelklassen. Die Schulen nutzen bei Gestaltung und Zuteilung der Förderangebote Teilautonomie und ausreichende Ressourcen. In Ausnahmefällen werden Lernende in Sonderschulen eingeteilt. Eine Evaluation stellt der integrativen Volksschule Basel-Stadt ein gutes Zeugnis aus.
- **Ausbau der frühen Förderung und Bildung**  
Seit 2013 werden Kinder mit zu wenig Deutschkenntnissen ein Jahr vor dem Kindergarten zur Deutschförderung verpflichtet (2014/2015 rund 35% des entsprechenden Jahrgangs). Das Pilotprojekt „schritt:weise“ läuft bis 2016; aktuell nehmen 35 Familien am Hausbesuchsprogramm teil. Die Bewegungsförderung des Projekts „Burzelbaum“ läuft neben dem Kindergarten nun auch in Tagesheimen und Spielgruppen.
- **Bildungsförderung**  
Ein Abschluss auf Sek. II (eidg. Fähigkeitszeugnis, Berufsattest, Berufs- und gymnasiale Maturität, Fachmittelschulabschluss) ist Voraussetzung, um in unserer anspruchsvollen Wissensgesellschaft eine Existenz aufbauen zu können. Auf allen Bildungsstufen sind an den Nahtstellen persönlichkeits- und bildungsfördernde Massnahmen sowie beratende und begleitende Angebote eingerichtet worden.
- **Angebote und Räume für Kinder und Jugendliche**  
Das Siedlungsprojekt „Klybeck Mitte“ hat eine prekäre Wohnsituation für Kinder und Jugendliche entschärft. Das neue Jugendkulturhaus an der Reinacherstrasse 105 begegnet dem Mangel an Proberäumen. Jugendliche sind an der Vorbereitung des „Stadterminals Erlenmatt“ beteiligt. Das Freizeitzentrum Landauer in Riehen hat seine altersgruppen-spezifischen Angebote verstärkt.
- **Öffnung der Berufswahl**  
Im Fokus stand die Teilnahme an der Berufs- und Weiterbildungsmesse mit Botschafterinnen und Botschaftern aus geschlechtsuntypischen Berufen. Für die spielerische Verankerung der Genderthematik im Kindergarten wurden theaterpädagogische Angebote entwickelt. Zudem thematisieren ein Film und ein Theater Berufswahl und Geschlechterstereotypen. Der Kanton beteiligte sich am Nationalen Zukunftstag.
- **Nachholbildung, Erwachsenenbildung**  
Erwachsene können einen eidg. anerkannten Berufsabschluss nachholen (Art. 31 und 32 BBV). 2014 erhielten 187 Personen die Zulassung zur Lehrabschlussprüfung. Im gleichen Jahr haben 196 Personen die Prüfung abgelegt (62 % CH, 61 % Frauen, 39% Männer). Seit August läuft die Pilotphase des Projekts „Enter“, das Personen vor der Aussteuerung Möglichkeiten zur Nachholbildung anbietet.
- **Sprachförderung**  
Schwerpunkt der Fachstelle Erwachsenenbildung ist die Förderung von Deutsch- und Integrationskursen für in Basel-Stadt wohnhafte Migrantinnen und Migranten. 2014 nutzten 1'828 Personen das Angebot (308 Kurse von 11 Anbietern). Zusätzlich wurden 213 Vorschulkinder sprachlich gefördert und betreut. 8% (904) der in den letzten beiden Jahren neu Zugezogenen besuchten einen subventionierten Sprachkurs.
- **Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten**  
Die Chancengleichheit wurde durch die Qualitätssicherung des Gerichtsdolmetschens verbessert und die Jung-

bürgerfeier für ausländische Jugendliche geöffnet. Die Kampagne „Basel zeigt Haltung“ hat die Bevölkerung für mehr Offenheit und gegen Xenophobie sensibilisiert. Die berufliche Integration wird durch das Zentrum für Brückenangebote, Berufsberatung und „Gap Case Management“ gefördert.

- **Förderung der Selbständigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit**

**einer Behinderung** Der Entwurf des neuen Behindertenhilfegesetzes ging in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft in die Vernehmlassung. Sein Kern ist die Ausrichtung der Unterstützung am individuellen Bedarf der behinderten Person. Durch weitere Absenkungen von Trottoirs, einer Zunahme von Leitlinien, Behindertenparkplätzen und hindernisfreien Trams hat sich die Mobilität im öffentlichen Raum verbessert.

### Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Ziele

- **Gemessen am Bruttoenergieverbrauch weist der Kanton Basel-Stadt einen stark steigenden Anteil an erneuerbaren Energien auf.** Beim Strom liegt der Anteil an erneuerbaren Energien bereits seit 2009 bei 100%, bei der Wärme stammt die Hälfte als erneuerbare Fernwärme aus der Kehrrechtverwertungsanlage. Um den Anteil an erneuerbaren Energien zur Wärmenutzung zu erhöhen, ist ein zweites Holzkraftwerk in Planung. In Riehen wird die Nutzung der Geothermie durch den weiteren Ausbau des Wärmeverbundnetzes sukzessive erhöht. Das Gebäudeprogramm im Bereich der Förderung von erneuerbaren Energieanlagen etabliert sich schrittweise. Um den Energieverbrauch im Verkehrsbereich durch erneuerbare Energien zu ersetzen, liegt der Fokus weiterhin auf Elektro-Mobilität. Eine Infrastrukturstudie lieferte Grundlagen für die Einrichtung von Ladestationen. Im Rahmen der 2000-Watt-Gesellschaft wurden in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft Themen wie erneuerbare Energien im Mobilitätsbereich, dezentrale Energiespeicher und smart city bearbeitet.
- **Der Kanton Basel-Stadt nimmt beim Energiekonsum eine Vorbildfunktion ein, insbesondere im Gebäudebereich und bei der Mobilität. Er ist ein starker Innovationsort im Bereich erneuerbarer Energien und setzt mit einer fortschrittlichen Energiepolitik positive Impulse für neue Unternehmen.** Im Rahmen der Schulhaussanierungen konnten Lösungen gefunden werden, die aus energetischer Sicht optimal sind und gleichzeitig die Ansprüche von Schule und Denkmalpflege erfüllen. Die Zielvereinbarungen mit grösseren Unternehmen wurden weitergeführt. Dieses Instrument ermöglicht die Erreichung der kantonalen Ziele und bietet den Unternehmen einen gewissen Freiraum. Im Rahmen dieser Zielvereinbarungen wurden Arealentwicklungen in innovativer Weise ganzheitlich angegangen.
- **Die räumliche und verkehrliche Entwicklung im Kanton Basel-Stadt folgt den Grundsätzen der nachhaltigen Raumentwicklung. Sie ist koordiniert und inhaltlich kohärent mit derjenigen der angrenzenden Gebietskörperschaften.** Im September beschlossen die eidgenössischen Räte, im Rahmen der zweiten Generation des Agglomerationsprogramms Basel insgesamt 93 Mio. Franken für die Umsetzung von Verkehrsprojekten freizugeben. Damit konnten zusammen mit Partnern in der Region wichtige Projekte, wie zum Beispiel die Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint-Louis, die Anpassung der Verkehrsknoten rund um das Dreispitzareal sowie ein Investitionspaket für Fussgänger- und Velomassnahmen mit einer Velostation am Südausgang des Bahnhof SBB, finanziert werden. Die Arbeiten am Agglomerationsprogramm dritter Generation sind bereits in vollem Gange, wobei insbesondere die Entwicklung eines trinationalen S-Bahn-Angebotskonzepts vorangetrieben und die korridorweise Zusammenarbeit unter den Gemeinden der Region gefördert werden. Beispielsweise wird im Korridor Birstal ein Raumkonzept Birsstadt erarbeitet, worin die Gemeinden von Basel und Birsfelden bis und mit Pfeffingen und Dornach ihre Raumplanungen aufeinander abstimmen.
- **Verkehrslärm und -immissionen werden verringert.** Verkehrslärmreduktionen konnten mit dem Einbau von lärmdämmenden Strassenbelägen am Morgartenring/Wasgenring/Luzernerberg sowie der Riehenstrasse, der Realisierung von Gleisschmieranlagen sowie der kontinuierlichen Umsetzung des vom Grossen Rat für Basel verabschiedeten Tempo 30-Konzepts und der Einrichtung weiterer Begegnungszonen erzielt werden. Bei Liegenschaften, welche einer Lärmbelastung über dem Immissionsgrenzwert ausgesetzt sind, wurde der Einbau von Schallschutzfenstern

subventioniert. Folgeprobleme des Schwerverkehrs, beispielsweise Vibrationen, konnten dadurch aber nicht behoben werden. Der Strassenlärmkataster über das gesamte Kantonsgebiet wurde grösstenteils fertiggestellt.

- **Im Kanton Basel-Stadt sinkt die Belastung der Luft durch Luftschadstoffe unter die Jahresgrenzwerte. Es wird haushälterisch mit Wasser und anderen Ressourcen umgegangen. Die Belastung der Gewässer nimmt ab.** Die vom Regierungsrat Ende 2013 genehmigten Verkehrsmassnahmen zum Aktionsplan „Gesunde Luft in Wohnquartieren“ werden nun in die Verkehrsplanung einbezogen. Die Sanierungen von Grosse mittlen nach dem Stand der Technik wurden veranlasst. Deren Umsetzung dauert zwei bis fünf Jahre. Aufgrund des sehr regnerischen Sommers (höchste Niederschlagsmenge seit 1956) wurden sehr tiefe Ozon-, Stickstoffdioxid- und Feinstaubwerte verzeichnet. Der Regierungsrat verabschiedete den Ratschlag zur Projektierung der Erweiterung der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProRhen AG zuhanden des Grossen Rats. Die Rheinüberwachungsstation Weil am Rhein (RÜS) feierte ihr zehnjähriges Bestehen. Mit immer genaueren Messmethoden kann sie Fehleinleitungen präziser feststellen und mit geeigneten Massnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität beitragen.
- **Der Kanton Basel-Stadt investiert in Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Finanzhaushaltes. Er geht mit seinen finanziellen Ressourcen haushälterisch um. Die Nettoschuldenquote bleibt dabei immer unter der gesetzlich vorgegebenen Maximalquote.** Mit der Rechnung 2013 wurde klar, dass die Unternehmenssteuerreform II unerwartet hohe Ausfälle von jährlich 70 Mio. Franken verursacht. Umgehend hat der Regierungsrat das Ausgabenwachstum im Budget 2015 um 12 Mio. Franken reduziert und ein Entlastungspaket im Umfang von 65 Mio. Franken ausgearbeitet. Damit sollte die Erfolgsrechnung langfristig ausgeglichen sein, das heisst der Staatshaushalt befindet sich grundsätzlich im Gleichgewicht. Durch die Sonderbelastung aufgrund der Totalrevision des Pensionskassengesetzes und aufgrund der hohen Investitionen in den Lebens- und Wirtschaftsstandort Basel wird sich die Nettoverschuldung in den kommenden Jahren gleichwohl erhöhen, aber dabei einen genügenden Abstand zur maximal zulässigen Nettoschuldenquote von 6.5 Promille behalten.

### Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Massnahmen

- **Die «2000-Watt-Gesellschaft» als Leitmotiv** Die elf vom Grossen Rat im Januar 2013 bewilligten Projekte für die Weiterführung der „2000-Watt-Gesellschaft – Pilotregion Basel“ sind in Umsetzung. Erste Demonstrationsprojekte sind bereits fertig erstellt. Die „Klimaneutrale Verwaltung“ unterstreicht die Vorbildrolle des Kantons im Bereich Bauen. Bei allen Um- und Neubauten wird das Energiethema konsequent einbezogen.
- **Nachhaltige Raum- und Verkehrsentwicklung** Die Region Basel wächst weiterhin. Mit der Anpassung des Richtplans wurde die Absicht bekräftigt, dieses Wachstum nachhaltig zu gestalten. Das Abstimmungsergebnis zu den Stadtrandentwicklungen ist diesbezüglich als Rückschlag zu werten. Mit der Gesamtzonenplanrevision für Riehen hat der Einwohnerrat die Grundlage für eine massvolle, die wertvollen Naturräume berücksichtigende Siedlungsentwicklung gelegt.
- **Lärmschutz gewährleisten** Das vom Grossen Rat verabschiedete Konzept für Tempo 30-Zonen wird Schritt für Schritt umgesetzt. Auch die Einführung von „Tempo 30 nur nachts“ wird für gewisse Strassen geprüft. Tempo 30-Strassen und die wachsende Zahl von Begegnungszonen führen zu einer Verkehrsberuhigung, reduzieren den Lärm und verbessern die Verkehrssicherheit.
- **Luftbelastung vermindern** Der Regierungsrat genehmigte Ende 2013 die Verkehrsmassnahmen zum Aktionsplan „Gesunde Luft in Wohnquartieren“. Die Massnahmen werden nun in die Verkehrsplanung einbezogen. Betriebe mit erheblichen Lösemittellemissionen müssen nach dem Stand der Technik sanieren. Der Abschluss der gemäss Massnahmenverordnung verlangten Sanierungen wird bis 2018 erwartet.
- **Ressourcen schonen mit Abfallbewirtschaftung** Im Kanton geht rund die Hälfte aller Siedlungsabfälle in die Wiederverwertung. Zur Verwertung von Küchenabfällen werden diese in Riehen mit der Grünabfuhr eingesammelt, in der Stadt sind aktuell acht „Bioklappen“ installiert; ein Ausbau mit Unterflurcontainer wird geprüft. In der Kehrichtverbrennungsan-

lage wurde eine Niederdruckdampfturbine in Betrieb genommen, um die Stromgewinnung zu verbessern.

- **Nachhaltige Ausgabenpolitik** Um ein strukturelles Defizit in der Finanzplanung zu vermeiden, hat der Regierungsrat ein Entlas-

tungspaket in der Höhe von 65 Mio. Franken beschlossen, das in den Jahren 2015-17 umgesetzt wird. Trotz den Belastungen durch das neue PK-Gesetz und die hohen Investitionen in den Standort Basel wird damit die maximal zulässige Nettoschuldenquote von 6.5 % in den kommenden Jahren nicht überschritten.

### Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Ziele

- **Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen fühlen sich im Kanton Basel-Stadt sicher und leben friedlich zusammen.** Mit 113,5 Straftaten pro 1000 Einwohner im Jahr 2014 liegt Basel bei der Häufigkeit erneut am unteren Rand der Städte und urbanen Zentren. Die Stadt Lausanne liegt mit einer Häufigkeit von 167,3 an der Spitze – vor den Städten Genf (143,9), Bern (139,2) und Zürich (123,8). Die für das Sicherheitsempfinden wichtigen Zahlen zu Raub (-34%), Entreisssdiebstahl (-50%) und Einbrüchen (-16%) sind, wie die Anzeigen (-10%) insgesamt, im Jahr 2014 gemäss Polizeilicher Kriminalstatistik deutlich gesunken. Die Bevölkerungsbefragung 2011 zeigt, dass sich 92.9 Prozent (2007: 94.6%) der Befragten im Alltag sicher fühlen. 78.9 Prozent (75.3%) zeigen sich mit der öffentlichen Sicherheit zufrieden.
- **Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein soziales Sicherungssystem, das den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht. Die materielle Existenz ist gesichert, so dass die Handlungsfähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt bleibt.** Die Ausgaben für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV steigen weiter. Dies hängt unter anderem mit der erhöhten Lebenserwartung und dem damit verbundenen Fallwachstum sowie mit den gestiegenen Gesundheitskosten zusammen. Im Bereich der Ergänzungsleistungen steht auf Bundesebene eine Reform in Aussicht. Wegen einer basel-städtischen Standesinitiative diskutiert der Bund die Erhöhung des Mietzinsbeitrages. Eine Herausforderung besteht im Mangel von bezahlbarem Wohnraum, wobei diese Problematik Einzelpersonen und Familien gleichermaßen betrifft. Das neue Gesetz über die Wohnraumförderung (WRFG) bietet zwar ein Instrumentarium zur Entschärfung der Problematik. Verschiedene Beratungsstellen melden jedoch Schwierigkeiten, Wohnungen für ihre Klienten zu finden.
- **Der Kanton Basel-Stadt stellt eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung bereit, die insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich ist.** Mit seinen medizinischen Angeboten hat der Kanton Basel-Stadt eine Zentrumsfunktion für die umliegenden Kantone und das grenznahe Ausland. Deshalb übersteigt das Gesamtangebot den Eigenbedarf und stellt so die Grundversorgung bis hin zur hochspezialisierten Medizin sicher. Basel-Stadt weist die höchsten Krankenkassenprämien auf, was insbesondere auf die in der Schweiz einzigartige rein städtische Siedlungsstruktur zurückzuführen ist. Der Grosse Rat hat von einem ausführlichen Grundlagenbericht zu Fakten und Finanzierung des Gesundheitswesens des Kantons Basel-Stadt Kenntnis genommen. Die Volksinitiative „Bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt“ wurde daraufhin zurückgezogen.
- **Die Verkehrssicherheit im Kanton Basel-Stadt ist hoch. Die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen wird bis zum Jahr 2020 auf Basis der Unfallstatistik BS 2011 um 30 Prozent gesenkt.** Die Zufriedenheit der Baslerinnen und Basler mit der Verkehrssicherheit ist mit 84.7 Prozent hoch. Dies geht aus der Bevölkerungsbefragung 2011 hervor. Vier Jahre zuvor lag der Wert bei 81.2 Prozent. Im Jahr 2014 sind 437 Personen bei Verkehrsunfällen verletzt worden. Diese Zahl ist grösser als jene in der Unfallstatistik 2013 (399 Personen). Dies lässt sich vorab auf eine – vermutlich witterungsbedingte – Zunahme der Anzahl von Velo- und E-Bike-Unfällen (2014: 163/2013: 110) zurückführen. Die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen lässt sich aufschlüsseln in 347 (2013: 315) Leichtverletzte und 88 (82) Schwerverletzte. Zwei (2) Personen starben bei Verkehrsunfällen.
- **Der Kanton Basel-Stadt setzt sich im Sinne einer modernen Gesundheitspolitik für Erhalt und Förderung der Gesundheit von Mensch und Tier ein, sorgt für einen starken Konsumentenschutz und unterstützt seine Bevölkerung in einer gesundheitsbewussten Lebensweise.**

Der Gesundheitsschutz hat Untersuchungen, Kampagnen und Monitorings in den Bereichen Lebensmittelallergene, Radioaktivität in Lebensmitteln, mikrobiologischer Status Weich-, Halbhart- und Hartkäse sowie Tätowiertinten vorgenommen. Die Resultate dieser Untersuchungen werden den Konsumentinnen und Konsumenten jeweils mit dem Newsletter des Kantonalen Labors bekannt gemacht. Zudem wurden im Rahmen der „ONE HEALTH am MITTAG“-Anlässe Themen wie „tiergestützte Aktivitäten bei Seniorinnen und Senioren“, „Zahngesundheit“, „Allgemeingesundheit“ und „Risiken der Ausbreitung der Tigermücken“ einem fachspezifischen Zielpublikum bekannt gemacht.

- **Der Kanton Basel-Stadt anerkennt das Engagement von Menschen, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einsetzen.** Im Berichtsjahr wurde der Anerkennungspreis „Prix schappo“ zweimal an freiwillig engagierte Personen bzw. Gruppen verliehen. Zusätzlich ist das Projekt „schappo ist...“ angelaufen, welches freiwilliges Engagement insbesondere auf Nachbarschaftsebene würdigt und auf gute Resonanz stösst. Am 5. Dezember dankte der Regierungsrat von Internationalen Tag der Freiwilligen all jenen, die sich für das Wohlergehen unserer Gesellschaft freiwillig oder ehrenamtlich einsetzen. Weiterhin bietet der Kanton Weiterbildungen für Vereinsvorstände an. Im Gundeldingerquartier fand im Zusammenhang mit dem Projekt „engagiert!“ eine Haushaltserhebung zum freiwilligen Engagement statt. Anhand der Auswertung werden 2015 konkrete Fördermassnahmen umgesetzt.
- **Die Angebotsplanung im Bereich Wohnen, Mobilität, Sicherheit und Betreuung ist der demografischen Entwicklung angepasst.** Die Nettoproduktion im Wohnungsbau konnte im Berichtsjahr deutlich gesteigert werden, da einige Neubauten auf den Markt kamen. Durch die Ablehnung der Projekte Stadtrandentwicklungen Ost und Süd kann der geplante Wohnraum für 2200 Einwohnerinnen und Einwohner nicht realisiert werden. Die Plätze in den Tagesstrukturen und Tagesheimen wurden stark ausgebaut, sodass die hohe Nachfrage bislang gedeckt wird. Herausforderungen bleiben passende Räumlichkeiten und die Rekrutierung von Fachkräften. Engpässen bei den Fachkräften wird durch verstärkte Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten entgegengewirkt.
- **Das Elementarschadenrisiko ist bekannt und wird präventiv weitestgehend reduziert.** Das Erdbebenrisiko stellt im Kanton die Naturgefahr mit dem grössten Schadensausmass dar. Um das Erdbebenrisiko nachhaltig anzugehen, initiierte der Kanton mehrere Projekte. Zum einen ist die Erdbebentüchtigkeit fester Bestandteil der Bau- und Planungsverordnung, und deren Einhaltung wird strichprobenartig überprüft. Zum anderen hat das mit dem Schweizerischen Erdbebendienst betriebene Forschungsprojekt „Erdbebenvorsorge Basel-Stadt (2012-2015)“ auch zum Ziel, eine Methode zur Echtzeitprognose von Erdbeben zu entwickeln und Schadensszenarien für ausgewählte Gebäudetypen (Schulhäuser des Kantons) zu ermitteln. Zudem wird die Erdbebenertüchtigung der Lifeline-Gebäude laufend vorangetrieben.

### Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Massnahmen

- **Verstärkte polizeiliche Bewirtschaftung von Brennpunkten und gezielter Ausbau der Prävention** Die Umsetzung dieses regierungsrätlichen Beschlusses im Kontext der damaligen «Sicherheitsinitiative» wurde planmässig fortgesetzt. Von den 2014 neu geschaffenen elf Stellen sind zehn dem Einsatzelement Brennpunkte und eine dem Community Policing zugutegekommen. Namentlich durch das Einsatzelement Brennpunkte verstärkt die Kantonspolizei ihre Präsenz in der Innenstadt und in den Quartieren.
- **Zugang zu Notwohnungen** Die neue Zellenstation plangemäss in Betrieb genommen. Das Vorprojekt für die Erweiterung des Gefängnisses Bässlergut ist im Dezember abgeschlossen worden. Auf dessen Grundlage entscheiden Regierungsrat und Grosse Rat 2015 über das Bauprojekt.
- **Zugang zu Notwohnungen** Der Kanton verfügt über ca. 120 Notwohnungen. Sie werden jeweils für ein halbes Jahr an Familien mit minderjährigen Kindern vermietet. Im Berichtsjahr wurden die Notwohnungen an der Theodor Herzl-Strasse renoviert. Die permanent hohe Auslastung wird in den nächsten Jahren durch den Ausbau bestehender Liegenschaften mit 50 zusätzlichen Notwohnungen entschärft.
- **Zusätzliche Strafvollzugs- und Haftplätze** Im Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt stehen zusätzlich neun Plätze für die Untersuchungshaft zur Verfügung. Anfang Mai wurde

- **Sicherung und Überprüfung von Qualität, Wirtschaftlichkeit und Bedarfsgerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung** Am „Tag der Qualität“ – einer Informations- und Austauschveranstaltung für Spitalleitungen – wurde auf das Thema Medikamentensicherheit eingegangen. Basel-Stadt hat die Spitalliste 2015-2017 auf Grundlage von Fallzahlen und vorgeschriebenen qualitätssichernden Mindestfallzahlen erlassen.
- **Zahlbare Krankenversicherungsprämien** Im Berichtsjahr bezogen 28% der Versicherten in Basel-Stadt Prämienverbilligung. Der Prämienanstieg per 2015 ist mit 4.1% höher als in den Vorjahren. Er wird durch eine entsprechende Erhöhung der Prämienverbilligung abgedeckt. Der Grosse Rat beschloss über den Vorschlag des Regierungsrates zur Ausformulierung der kantonalen Volksinitiative für „bezahlbare Krankenkassenprämien im Kanton Basel-Stadt“, die Initiative wurde daraufhin zurückgezogen.
- **Verkehrssicherheitsplan** Die Ausarbeitung des Plans als grundlegendes Instrument zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ist weiter vorangeschritten; der Plan soll bis Ende 2016 vorliegen. Er dient künftig als departementsübergreifendes Entscheidungsinstrument für Verkehrssicherheitsmassnahmen.
- **Sicherheitsmanagement für die Strasseninfrastruktur** Die Infrastruktur-Sicherheitsinstrumente (ISSI) sind im Kanton Basel-Stadt bereits im Einsatz und werden umfänglich erfolgreich angewendet. In Basel-Stadt ist die Umsetzung schweizweit am weitesten fortgeschritten.
- **Gesundheitsförderung und Prävention** Das Projekt „Café Balance“ wurde ausgebaut und ist mittlerweile an elf Standorten in Basel und Riehen aktiv. Bei der Umsetzung des Konzepts Gesundheitsförderung und Prävention wurden in den Themenfeldern psychische Gesundheit, gesundes Körpergewicht, Alter und Gesundheit sowie Suchtprävention (Verhaltensabhängigkeiten) wichtige Schritte in der Umsetzung der Schwerpunktprogramme erzielt.
- **Sicherheit bei Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen, Industrieanlagen und Verkehrswegen** Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Kontrollen vorgenommen. So wurden im Hafen Kleinhüningen und im Bahnhof St. Johann die Massnahmen zur Bekämpfung von gentechnisch verändertem Raps fortgeführt. In Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Basel-Stadt wurden mehrere Schwerpunktkontrollen beim LKW-Strassenverkehr durchgeführt. Fehlbare wurden entsprechend gebüsst und Verbesserungsmaßnahmen durchgesetzt.
- **Konsumentenschutz** Im Aufgabenfeld Konsumentenschutz werden jährlich unangemeldet rund 1100 Inspektionen von Lebensmittelbetrieben, rund 80 Betriebshygienekontrollen und Screenings (inkl. Spitäler und Pflegeheimen) sowie Fleischuntersuchungen bei Schlachttieren durchgeführt. Zur Unterstützung der Betriebe wurden das Selbstkontrollkonzept sowie zehn Merkblätter überarbeitet und zur Verfügung gestellt.
- **Strategie Sucht** Schwerpunkte waren die Mitgestaltung der Europäischen „Harm Reduction Konferenz“, bei der mehr als 700 Experten aus 30 Ländern nach Basel kamen, die Erarbeitung der Publikation RAUSCH EXSTASE SUCHT und einer zugehörigen Ausstellung in den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel. Dazu wurden Massnahmen im Bereich der so genannten neuen Abhängigkeitserkrankungen konzipiert, geplant und umgesetzt.
- **Krebsstrategie** Das Mammografie Screening Programm wird im Kanton seit Mitte 2014 umgesetzt. Die Grundkonzeption zur Modernisierung des Krebsregisters beider Basel aufgrund neuer Rahmenbedingungen liegt vor und wird 2015 umgesetzt.
- **Palliative Care** Es wurde erstmals eine Koordinationskonferenz mit Leistungserbringern und weiteren involvierten Stellen (Krebsliga, Seelsorge, Patientenstellen, Krankenversicherer usw.) durchgeführt. Die Veranstaltung soll regelmässig durchgeführt werden.
- **Anerkennungspreis schappo für freiwilliges Engagement** Im Mai erhielt der Verein „ASK Basel“ für sein Engagement zur Förderung des Austauschs zwischen allen Bevölkerungsgruppen den Anerkennungspreis schappo. Ende Oktober wurde ein schappo an die „Pfadi Trotz Allem“ verliehen, in welcher auch behinderte Kinder und Jugendliche Pfadfinder sein können. Der Preis wurde jeweils an einer öffentlichen Feier durch den Regierungspräsidenten übergeben.
- **Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement verdanken** Am Internationalen Tag der Freiwilligen verdankte der Regierungspräsident das Engagement der freiwillig Tätigen im Kanton. Die Feier im Volkshaus Basel schloss nach dem offiziellen Teil mit einem

Apéro. An der Feier nahmen über 700 Personen teil, die Einladungs- und Dankeskarte wurde mit Unterstützung von GGG Benevol, BE-NEVOL Riehen-Bettingen, Kirchen und Vereinen an die Freiwilligen verteilt.

- **Antizipation der demografischen Entwicklung** Die Gratis-Zeitung „Basel 55+“ wurde zweimal per Post im Kanton verteilt. Die Frage, ob der Kanton ein Kompetenzzentrum für Altersfragen braucht, war Thema einer Netzwerktagung am 22. September mit beteiligten Partnern. Die Gemeinde Riehen hat das Projekt „Leben in Riehen – 60plus“ mit vielfältigen Aktivitäten, verbunden mit spezifischer Informationstätigkeit über Angebote und Möglichkeiten, ausgelöst.
- **Gefährdungsanalyse** Die im Jahr 2008 initiierte Gefährdungsanalyse befindet sich in der dritten und letzten Phase. Im Berichtsjahr formulierte die Kantonale Krisenorganisation (KKO) weitere Massnahmen, um die in der Analyse identifizierten Defizite zu beheben.
- **Erdbeben- und Elementarschadenvorsorge** Gestützt auf einen Grossratsbeschluss vom Dezember 2011 werden bis 2015 die vier bestehenden Stationen für das Starkerdbebenmessnetz ersetzt und drei zusätzliche Stationen errichtet. Zudem werden den Fachleuten die Grundlagen für den Vollzug der Baunormen, der Erdbebenertüchtigung von lebenswichtigen Gebäuden wie Spitälern und der Katastrophenvorsorge verfügbar gemacht.

## 2.2 Finanzentwicklung

### Finanzentwicklung Basel-Stadt

in Mio. Franken	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
<b>Zweckgebundener Betriebsaufwand</b>	<b>-3'799.8</b>	<b>-4'237.2</b>	<b>-4'187.1</b>	<b>-3'386.5</b>	<b>-3'440.4</b>	<b>-3'610.8</b>
<b>Zweckgebundener Betriebsertrag</b>	<b>1'614.4</b>	<b>1'807.2</b>	<b>1'759.2</b>	<b>924.5</b>	<b>963.9</b>	<b>1'049.2</b>
<b>Zweckgebundenes Betriebsergebnis</b>	<b>-2'185.4</b>	<b>-2'430.0</b>	<b>-2'427.9</b>	<b>-2'462.0</b>	<b>-2'476.5</b>	<b>-2'561.6</b>
30 Personalaufwand	-0.6	-0.4	-0.6	0.0	0.0	0.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-162.5	-205.1	-93.6	-77.0	-49.1	-33.5
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.1	-1.5	-3.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-115.0	-115.7	-132.3	-153.1	-172.0	-165.9
Ressourcenausgleich, Härteausgleich	-115.0	-115.7	-132.3	-153.1	-172.0	-165.9
<b>Nichtzweckgebundener Betriebsaufwand</b>	<b>-278.2</b>	<b>-322.7</b>	<b>-229.6</b>	<b>-230.1</b>	<b>-221.0</b>	<b>-199.4</b>
40 Fiskalertrag	2'323.9	2'647.6	2'570.3	2'511.9	2'481.4	2'619.2
Direkte Steuern natürliche Personen	1'511.0	1'751.4	1'689.4	1'716.5	1'611.7	1'739.1
Direkte Steuern juristische Personen	700.6	770.8	733.4	638.8	678.5	698.1
Übrige direkte Steuern	112.3	125.4	147.4	156.6	191.2	182.0
41 Regalien und Konzessionen	43.8	43.5	44.1	16.4	15.7	0.0
Anteil Nationalbankgewinn	41.5	41.2	41.0	16.4	15.6	0.0
Übriges	2.3	2.3	3.1	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	13.3	16.1	17.4	0.0	4.3	38.7
43 Verschiedene Erträge	50.9	206.5	0.3	49.0	0.3	1.0
46 Transferertrag	235.7	203.2	228.4	226.5	247.2	257.2
Anteile direkte Bundessteuer	171.2	140.7	163.2	157.7	173.3	183.0
Soziodemografischer Lastenausgleich	48.5	46.3	47.1	51.4	52.8	54.5
Übriges	16.0	16.3	18.1	17.5	21.1	19.7
<b>Nichtzweckgebundener Betriebsertrag</b>	<b>2'667.6</b>	<b>3'117.0</b>	<b>2'860.6</b>	<b>2'803.9</b>	<b>2'748.8</b>	<b>2'916.2</b>
<b>Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis</b>	<b>2'389.4</b>	<b>2'794.2</b>	<b>2'631.0</b>	<b>2'573.9</b>	<b>2'527.8</b>	<b>2'716.8</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-156.4	-193.1	-155.5	-114.5	-161.1	-168.2
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.5	-4.3
365 Wertberichtigung Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	-10.3	0.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-16.8	-18.9	-16.8	-5.8	-9.3	-11.1
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	8.6	12.1
<b>Abschreibungen</b>	<b>-173.2</b>	<b>-212.1</b>	<b>-172.3</b>	<b>-120.4</b>	<b>-174.7</b>	<b>-171.6</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>30.7</b>	<b>152.2</b>	<b>30.8</b>	<b>-8.5</b>	<b>-123.4</b>	<b>-16.4</b>
34 Finanzaufwand	-95.1	-111.0	-78.7	-109.8	-176.1	-199.5
Zinsaufwand	-79.1	-75.5	-70.4	-58.6	-59.9	-51.1
Liegenschaftsaufwand FV und Dritte	0.0	0.0	-1.1	-16.4	-41.0	-63.7
Übriges	-16.0	-35.6	-7.3	-34.8	-75.2	-84.8
44 Finanzertrag	290.5	236.3	265.3	301.4	384.9	395.2
Zinsertrag	1.1	1.1	0.7	5.5	20.2	23.9
Finanzertrag öffentliche Unternehmungen	131.6	95.7	106.7	91.5	103.7	75.6
Liegenschaftsertrag FV und Dritte	109.5	107.2	116.1	133.8	138.2	145.3
Übriges	48.2	32.3	41.8	70.6	122.9	150.4
<b>Finanzergebnis</b>	<b>195.4</b>	<b>125.3</b>	<b>186.5</b>	<b>191.6</b>	<b>208.8</b>	<b>195.7</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>226.2</b>	<b>277.5</b>	<b>217.3</b>	<b>183.0</b>	<b>85.4</b>	<b>179.3</b>

#### Kommentar

Für die Rechnungsjahre 2009 bis 2011 wurde kein Restatement nach HRM2 vorgenommen.



## Finanzentwicklung HRM2

in Mio. Franken	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
30 Personalaufwand	-1'695.7	-1'718.9	-1'892.7	-1'098.2	-1'126.1	-1'155.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-783.6	-1'206.2	-781.6	-478.1	-451.0	-475.1
33 Abschreibungen VV	-163.7	-199.9	-163.0	-119.0	-166.0	-173.8
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-73.3	-66.9	-74.1	-39.4	-0.2	0.0
36 Transferaufwand	-1'296.8	-1'341.2	-1'401.7	-1'762.3	-1'859.7	-1'934.5
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-4'013.2</b>	<b>-4'533.0</b>	<b>-4'313.1</b>	<b>-3'497.0</b>	<b>-3'602.9</b>	<b>-3'738.4</b>
40 Fiskalertrag	2'355.4	2'679.1	2'601.9	2'511.9	2'481.4	2'619.2
41 Regalien und Konzessionen	43.8	43.5	44.2	16.5	33.4	17.1
42 Entgelte	1'009.8	1'043.4	1'116.3	387.7	419.0	502.2
43 Verschiedene Erträge	72.0	388.0	16.2	53.6	15.0	22.4
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	10.2	11.3	14.2	18.8	0.2	0.0
46 Transferertrag	552.7	520.0	551.0	500.0	530.5	561.1
<b>Betriebsertrag</b>	<b>4'043.9</b>	<b>4'685.3</b>	<b>4'343.9</b>	<b>3'488.4</b>	<b>3'479.4</b>	<b>3'722.1</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>30.7</b>	<b>152.2</b>	<b>30.8</b>	<b>-8.5</b>	<b>-123.4</b>	<b>-16.4</b>
34 Finanzaufwand	-95.1	-111.0	-78.7	-109.8	-176.1	-199.5
44 Finanzertrag	290.5	236.3	265.3	301.4	384.9	395.2
<b>Finanzergebnis</b>	<b>195.4</b>	<b>125.3</b>	<b>186.5</b>	<b>191.6</b>	<b>208.8</b>	<b>195.7</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>226.2</b>	<b>277.5</b>	<b>217.3</b>	<b>183.0</b>	<b>85.4</b>	<b>179.3</b>

### Kommentar

Für die Rechnungsjahre 2009 bis 2011 wurde kein Restatement nach HRM2 vorgenommen.

## Finanzierungsrechnung

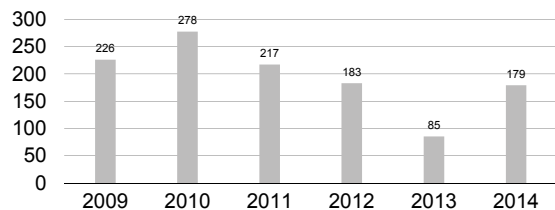
in Mio. Franken	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>226.2</b>	<b>277.5</b>	<b>217.3</b>	<b>183.0</b>	<b>85.4</b>	<b>179.3</b>
- Abschreibung Grossinvestitionen	-156.4	-193.1	-155.5	-114.5	-161.1	-168.2
- Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	-4.5	-4.9	-5.6
- Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-16.8	-18.9	-16.8	-5.8	-9.3	-11.1
- Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	8.6	12.1
- Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-11.9	-2.5
- Veränderungen Eigenkapital	-81.3	-476.3	-36.2	-61.9	-0.2	0.0
<b>Selbstfinanzierung</b>	<b>480.7</b>	<b>965.9</b>	<b>425.8</b>	<b>369.7</b>	<b>264.2</b>	<b>354.6</b>
Nettoinvestitionen	-241.7	-254.6	-277.5	-209.1	-156.6	-315.5
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	0.2	-38.9	-48.9	-363.8	-91.0	45.1
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-241.5</b>	<b>-293.5</b>	<b>-326.4</b>	<b>-572.8</b>	<b>-247.6</b>	<b>-270.3</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>239.2</b>	<b>672.5</b>	<b>99.4</b>	<b>-203.1</b>	<b>16.6</b>	<b>84.3</b>
<b>Selbstfinanzierungsgrad in %</b>	<b>199.0</b>	<b>329.1</b>	<b>130.4</b>	<b>64.5</b>	<b>106.7</b>	<b>130.3</b>
<b>Nettoschulden</b>	<b>-2'481.6</b>	<b>-1'809.2</b>	<b>-1'709.8</b>	<b>-2'050.8</b>	<b>-2'034.2</b>	<b>-1'949.9</b>
Nettoschuldenquote in ‰ BIP CH	4.2	3.0	2.8	3.3	3.2	3.0

### Kommentar

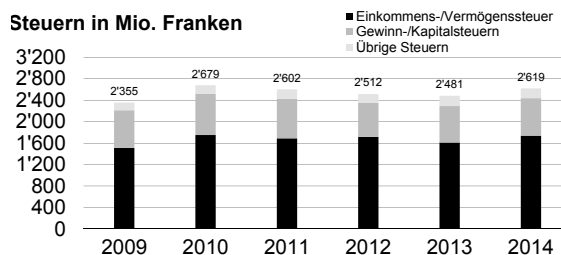
Für die Rechnungsjahre 2009 bis 2011 wurde kein Restatement nach HRM2 vorgenommen.

Aufgrund einer Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des SECOs hat sich das Schweizer Bruttoinlandprodukt (BIP) erhöht. Hierbei wurde nicht nur das BIP des Jahres 2014 angepasst, sondern auch diejenigen der zurückliegenden Jahre, was rückwirkend tiefere Nettoschuldenquoten über alle Jahre zur Folge hat, die Nettoschuldenquote betrug für 2013 ursprünglich 3.4 Promille und liegt jetzt 0.2 Promille tiefer.

**Gesamtergebnis in Mio. Franken**



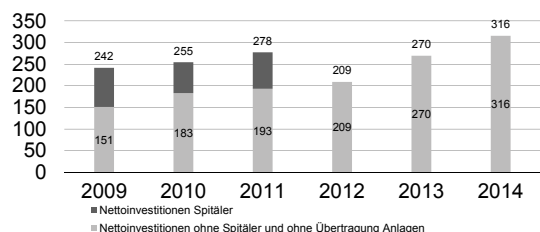
**Steuern in Mio. Franken**



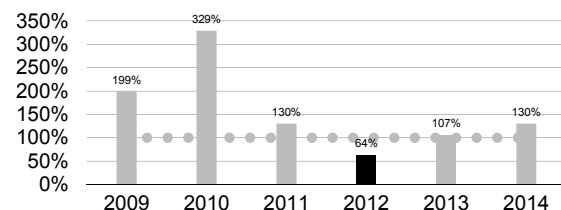
Die Entwicklung der Finanzen über einen längeren Zeitraum verdeutlicht, dass sich der Kanton Basel-Stadt in einer robusten Verfassung befindet: Seit der Jahresrechnung 2005 ist der Ertrag grösser als der Aufwand und das Gesamtergebnis damit positiv. Ursächlich für diese stabile finanzielle Situation ist in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung: Der Kanton war im Vergleich zu anderen Kantonen der Schweiz weitaus weniger betroffen von der weltweiten Finanzkrise, die im Jahre 2007 begann und sich heute in einer Schuldenkrise vieler Länder manifestiert.

Nach dem durch die Finanzkrise bedingten Wirtschaftsabschwung kam es zu einem Einbruch der Steuereinnahmen im Jahr 2009. Im Jahr 2010 erreichten diese aber bereits wieder das Vorkrisen-Niveau. In den darauffolgenden Jahren nahmen die Steuereinnahmen jedoch sukzessive ab. Im 2014 konnte nun erstmals seit drei Jahren wieder eine Zunahme gegenüber Vorjahr (+138 Mio. Franken) ausgewiesen werden und somit der Negativtrend unterbrochen werden.

**Nettoinvestitionen in Mio. Franken**

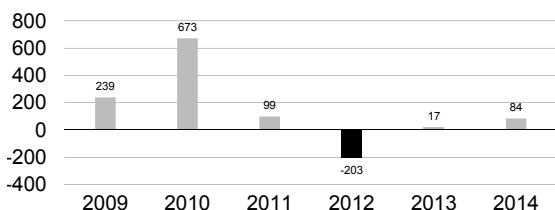


**Selbstfinanzierungsgrad**

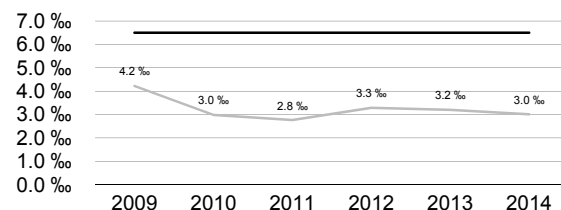


Die Nettoinvestitionen (seit 2012 ohne Spitäler) nahmen in den Jahren 2009 bis 2014 stetig zu. Diese Investitionen konnten aber mit Ausnahme des Jahres 2012 im Betrachtungszeitraum stets aus eigenen Mitteln finanziert werden. Im Jahre 2012 belief sich der Selbstfinanzierungsgrad auf 64%. Verantwortlich dafür ist die Ausgliederung der Spitäler, in dessen Zusammenhang eine buchhalterische Änderung dazu führte, dass sich der Saldo der Investitionsrechnung erhöhte. Nach dem der Selbstfinanzierungsgrad im Jahr 2013 knapp über 100% lag, ist er im 2014 mit 130% wieder deutlich darüber.

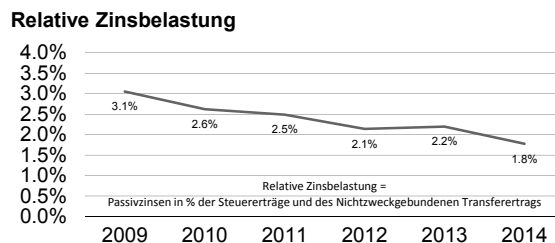
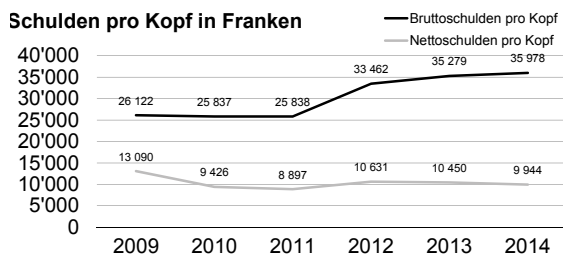
**Finanzierungssaldo in Mio. Franken**



**Nettoschuldenquote**

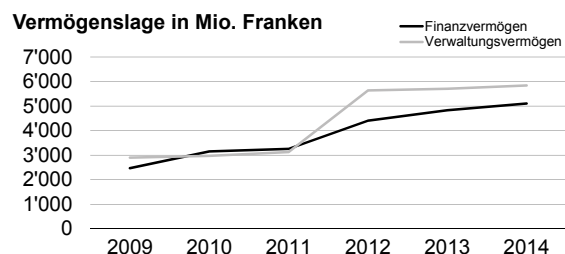
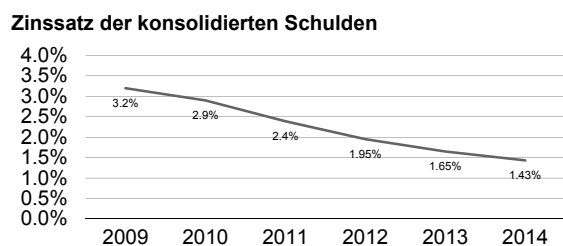


Trotz des negativen Finanzierungssaldo im Jahre 2012 konnten die Nettoschulden seit 2009 um 532 Millionen Franken abgebaut werden. Dieser deutliche Schuldenabbau widerspiegelt sich auch im Rückgang der Nettoschuldenquote, die sich im Vergleich zum Jahre 2009 um 1.2 Promillepunkte auf 3.0 ‰ verringert hat. Die Nettoschuldenquote lag im Betrachtungszeitraum ausnahmslos unter der heute maximal zulässigen Verschuldung von 6.5 ‰ des Schweizerischen Bruttoinlandprodukts.



Pro Kopf liegen die Nettoschulden mit 9'944 Franken um 24% tiefer als 2009 mit 13'090 Franken. Bei den Bruttoschulden wirkt sich ab 2012 die neue Rechnungslegung gemäss HRM2 aus, die zu einer deutlichen Verlängerung der Bilanz geführt hat und dementsprechend auch zu höheren Bruttoschulden pro Kopf.

Die relative Zinsbelastung, das heisst das Verhältnis der Ausgaben für die Inanspruchnahme fremder Mittel zu den Steuererträgen und Beiträgen ohne Zweckbindung, nahm seit 2009 um 1.3 Prozentpunkte ab und beläuft sich im vergangenen Rechnungsjahr auf 1.8%. Das ist auf den deutlichen Schuldenabbau seit 2009 und die historisch tiefen Zinsen zurückzuführen. Auch die Durchschnittszinssätze der konsolidierten Schulden haben gegenüber 2009 abgenommen, wofür ebenso die derzeitigen tiefen Zinsen verantwortlich sind. So wurden Schulden, die mit höheren Zinsen als dem aktuellen Marktzins zurückbezahlt wurden, zu tieferen Zinssätzen wieder aufgenommen.



Mit der Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 hat sich die Bilanz ab 2012 (restatet) insgesamt um über 3.3 Milliarden Franken verlängert. Auf der Aktivseite hat dabei vor allem das Verwaltungsvermögen zugenommen. Die Zunahme im Finanzvermögen ist hauptsächlich durch eine verstärkte Bruttobetachtung bei den Steuerforderungen zurückzuführen, die aber durch eine erhöhte Passivierung durch Steuervorauszahlungen weitgehend kompensiert wird, so dass sich die Nettoschulden dadurch nur unwesentlich geändert haben.

## 2.3 Entwicklung der Departemente

### 2.3.1 Präsidualdepartement

Das Präsidualdepartement (PD) ist zuständig für die Themenfelder Aussenbeziehungen und Standortmarketing, Gleichstellung von Frauen und Männern, Kantons- und Stadtentwicklung, Kultur und Statistik. Zudem unterstützt das Präsidualdepartement das Regierungspräsidium bei der Leitung, Planung und Koordination der Amtstätigkeit des Regierungskollegiums sowie bei seinen Repräsentationsaufgaben.

In den Aussenbeziehungen übernimmt das Präsidualdepartement die gesamtkantonale Koordinationsfunktion, um einerseits die regionalen und internationalen Beziehungen zu betreuen und zu pflegen, und andererseits für die Vermarktung des Standorts und der Stärkung Basels als Veranstaltungsort zu sorgen. Eine koordinierende und ausführende Funktion übernimmt das Präsidualdepartement zudem bei der Entwicklungsplanung von Stadt und Kanton, in der Stadtteilentwicklung, bei der Bearbeitung gesamtgesellschaftlicher Fragestellungen zu Integration, Gleichstellung und Diversität, sowie bei der Erhebung und Archivierung von Daten. Im Bereich Kultur gestaltet das Präsidualdepartement die Kulturpolitik durch die gezielte Förderung von Institutionen und Projekten. Es trägt mit den staatlichen Museen zudem und wesentlich zum kulturellen Angebot und Leben der Stadt und der ganzen Metropolitanregion bei.

### Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

In den Aussenbeziehungen hat das Präsidualdepartement die **Kooperationen** mit Miami Beach, Shanghai und Massachusetts vertieft. So konnte insbesondere im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Shanghai mehrere Grossprojekte in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Spitzenmedizin verwirklicht werden. Die **Interessenvertretung des Kantons** wurde auf der Bundesebene institutionalisiert und die Kooperation innerhalb der Nordwestschweiz sowie die regionale Zusammenarbeit verstärkt. Mit der **Herbstmesse und dem Weihnachtsmarkt** sowie in diesem Jahr speziell auch mit dem Stadtfest zum Jubiläum **500 Jahre Rathaus** wurden der Bevölkerung und Besucherinnen und Besuchern aus der näheren und weiteren Umgebung wiederum sehr attraktive Veranstaltungen geboten. Zusätzlich konnte Basel im 2014 mit der Durchführung der OSZE-Ministerratskonferenz, der damit verbundenen Welcome-Kampagne und der erfolgreichen Zusammenarbeit mit Swissspace beim zivilgesellschaftlichen Rahmenprogramm die Stärkung Basels als **Kongressstadt** vorantreiben.

Im Berichtsjahr stellte das Thema Wohnen einen weiteren wichtigen Fokus für das Präsidualdepartement dar. Zur **Förderung des Wohnens** wurden zwei Verordnungen zum Wohnraumfördergesetz und zur **Förderung des gemeinnützigen Wohnungsangebots** Leistungsvereinbarung zwischen Kanton und dem Dachverband Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz erarbeitet. Zusätzlich wurden Erstberatungsleistungen zu Neubau- und Sanierungsvorhaben erbracht, sowie Investorengespräche und das 6. Wohnforum durchgeführt. Zur **Förderung der Quartiere** wurde im Gundeldinger Quartier die Erarbeitung eines Grün- und Freiraumkonzepts mit Einbezug der Quartierbevölkerung aufgenommen und im Bereich der **Zwischennutzung** in Zusammenarbeit mit verschiedenen Departementen ein Formular zur Antragserleichterung von Ausnahmegewilligungen erarbeitet und die Zwischennutzungen am Klybeckquai weiterbegleitet. Für Fragen mit Querschnittscharakter betreffend die **Entwicklung von Stadt und Kanton** wurden verschiedene Grundlagenpapiere erarbeitet. Zudem wurde im Berichtsjahr das Konzept zur Integration der **Nachhaltigkeitsberichterstattung** in die Legislaturplanung erarbeitet. Damit wird in Basel-Stadt ein integratives Verständnis eingeführt, das dem ganzheitlichen Anspruch von Nachhaltigkeit gerecht wird.

Die **Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenlebens** hat das Präsidualdepartement durch eine Vielzahl von Massnahmen gefördert. Die für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtige **Freiwilligenarbeit** wurde durch die Weiterführung des Anerkennungspreises „Prix Schappo“ gewürdigt. Die

**Finanzen**

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Erfolgsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
30 Personalaufwand	-50.9	-52.5	-52.7	-53.8	-54.2	-55.3	-5.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-38.5	-43.7	-44.1	-42.6	-41.4	-50.0	-14.2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.1	-0.1	n.a.
36 Transferaufwand	-65.7	-65.7	-67.6	-70.4	-71.8	-72.7	-10.6
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-155.0</b>	<b>-161.9</b>	<b>-164.5</b>	<b>-166.8</b>	<b>-167.6</b>	<b>-178.0</b>	<b>-10.0</b>
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	33.1
42 Entgelte	12.5	13.8	12.5	12.9	13.4	12.0	-13.3
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.4	0.4	0.4	0.0	1.5	>100.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.1	1.3	0.1	0.3	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	2.7	3.6	5.8	3.0	3.9	6.8	88.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>15.3</b>	<b>19.1</b>	<b>18.8</b>	<b>16.5</b>	<b>17.4</b>	<b>20.2</b>	<b>6.1</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-139.7</b>	<b>-142.9</b>	<b>-145.7</b>	<b>-150.3</b>	<b>-150.2</b>	<b>-157.8</b>	<b>-10.5</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2.5	-2.6	-2.3	-3.5	-3.0	-7.0	<-100.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-2.4	-0.2	-0.4	-1.2	n.a.
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	1.0	4.8	n.a.
<b>Abschreibungen</b>	<b>-2.5</b>	<b>-2.6</b>	<b>-4.7</b>	<b>-3.7</b>	<b>-2.4</b>	<b>-3.5</b>	<b>-36.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-142.3</b>	<b>-145.4</b>	<b>-150.4</b>	<b>-153.9</b>	<b>-152.6</b>	<b>-161.3</b>	<b>-10.9</b>
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.1	-0.0	-0.1	-0.7	<-100.0
44 Finanzertrag	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.7	92.8
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.2</b>	<b>0.3</b>	<b>0.2</b>	<b>0.2</b>	<b>0.2</b>	<b>-0.1</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-142.0</b>	<b>-145.1</b>	<b>-150.2</b>	<b>-153.7</b>	<b>-152.4</b>	<b>-161.4</b>	<b>-11.2</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	-31.5	-33.1	-32.5	-36.2	n.a.
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	0.0	0.0	-118.7	-120.6	-119.9	-123.5	n.a.
5 Soziale Sicherheit	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.7	n.a.

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Investitionsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
Ausgaben Grossinvestitionen	-2.6	-4.6	-5.4	-2.9	-3.0	-7.4	-60.3
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	-0.2	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-2.4	-0.2	-1.1	-5.0	n.a.
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.3	0.5	1.5	1.9	1.0	4.3	>100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-2.4</b>	<b>-4.1</b>	<b>-6.4</b>	<b>-1.2</b>	<b>-3.5</b>	<b>-8.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-2.4</b>	<b>-4.1</b>	<b>-6.4</b>	<b>-1.2</b>	<b>-3.5</b>	<b>-8.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	373.0	378.6	391.0	394.9	399.3	404.3
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	367.1	371.1	378.7	388.6	389.7	398.1
Bearbeitete parlamentarische Vorstösse	Anz	65	89	69	85	138	130
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	11	16	17	15	15	15

Jungbürgerfeier konnte für Ausländerinnen und Ausländer geöffnet und deren Durchführung zusammen mit den Zünften gesichert werden. Mit „Basel zeigt Haltung“ wurde zudem eine breit abgestützte Kampagne für Offenheit und Fairness und gegen Fremdenfeindlichkeit lanciert. Die Willkommenskultur in Basel wurde auch weiterhin gepflegt, indem **Neuzugezogene** nach dem Informationsanlass im Rathaus auf das Schiff für einen Apéro eingeladen wurden. Im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern konnte einerseits auf die Möglichkeit zur **geschlechterunabhängigen Berufswahl** und der **geschlechtersensiblen Sichtweise** mit dem Programm „no limits“ aufmerksam gemacht werden, welches an der Berufsmesse auf reges Interesse stiess. Andererseits konnte zusammen mit Kooperationspartnern zur **Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf** eine Fachtagung und die Kampagne „Männersache – Basler Männer arbeiten Teilzeit“ organisiert werden. Die Annahme einer Geschlechterquote für Strategie- und Aufsichtsorgane von öffentlich-rechtlichen und öffentlichen Unternehmen durch das Stimmvolk von Basel-Stadt kann zudem als wichtiger Schritt Richtung Gleichstellung von Frauen und Männern gewertet werden. Für Menschen mit Behinderung wurde die **chancengleiche Teilhabe** am gesellschaftlichen Leben durch die Begleitung und Durchführung verschiedener Projekte in Basel weiter gefördert.

Im Berichtsjahr konnte das Präsidialdepartement den **Zugang zur Verwaltung** und ihren Dienstleistungen effizienter und damit attraktiver für die Bevölkerung gestalten, indem das online-Portal [www.bs.ch](http://www.bs.ch) nach dem erfolgreichen Relaunch nachgebessert, optimiert und für mobile Geräte nutzbar gemacht wurde. Im Bereich der öffentlichen Statistik konnte mit dem Statistikgesetz die Grundlage für eine **dienstleistungsorientierte Aufbereitung statistischer Informationen** gelegt werden, insbesondere für die Bereitstellung von nachvollziehbaren Fakten für den öffentlichen Diskurs sowie für die Planung und Entscheidungsvorbereitung von Politik und Verwaltung. Weiter konnte mit der **Abstimmung auf die sich stark im Wandel befindenden Bundesstatistik** der Zugang zur öffentlichen Statistik vereinfacht werden.

Das Präsidialdepartement hat im Berichtsjahr die Ausstrahlung Basels als kulturelles Zentrum der Metropolitanregion weiter gepflegt. Die im **Kulturleitbild definierten förderstrategischen Ziele** wurden weiterbearbeitet und umgesetzt und zur Aufrechterhaltung des hohen Standards das neue **Evaluationssystem** für Staatsbeitragsempfänger eingeführt. Mehrere bedeutende Bau- und Sanierungsarbeiten wie beispielsweise die **Realisierung Stadtcasino-Erweiterung** und der **Erweiterungsbau Kunstmuseum** wurden begleitet und das Nutzungskonzept des Projekts Kulturelle Nachnutzung **Kasernenhauptbau** zusammen mit den Architekten präzisiert.

### 2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement

Das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Raumplanung, Öffentlicher Raum, Mobilität, Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation, Stadtbild und Baukultur. Ausserdem liegt das Ressourcenfeld Bau und Unterhalt in seinem Verantwortungsbereich.

#### Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

**Mehr Wohnraum** Die Bevölkerung Basels wächst, erfreulich viele Menschen möchten hier leben. Um den nötigen Wohnraum zu schaffen, schöpft der Regierungsrat alle bestehenden Möglichkeiten aus. So kommen einige Arealentwicklungsplanungen wie z.B. im Schoren-Areal und auf der Erlentmatte jetzt in die Realisierungsphase, was neuen Wohnraum für insgesamt 2'000 Personen bedeutet. Mit der „Anpassung 2012“ des kantonalen Richtplans wird die Siedlungsentwicklung nach innen konsequent weitergeführt. Dabei kommt der angestrebten Entwicklung im Hafengebiet eine hohe Bedeutung zu: Neben einer verdichtet und effizient gestalteten Hafen-Logistiknutzung soll Platz für Wohnen und Arbeiten an bevorzugter Lage geschaffen werden. Mit der knappen Ablehnung der beiden Abstimmungsvorlagen zur Stadtrandentwicklung wurde die Realisierung von neuem Wohnraum zusätzlich erschwert, womit die regierungsrätliche Strategie der Siedlungsentwicklung nach Innen zusätzlich an Bedeutung gewonnen hat.

**Wirtschaft stärken** Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und die Baloise beabsichtigen eine städtebauliche Weiterentwicklung ihrer Areale am Centralbahnplatz resp. am Aeschengraben. Die dafür erforderlichen nutzungsplanerischen Massnahmen hat der Regierungsrat im Berichtsjahr dem Grossen Rat weitergeleitet, der betreffend Baloise auch bereits seine Zustimmung gegeben hat. Für den Campus Novartis hat der Grosse Rat dem Bebauungsplan „Hochhauszone“ zugestimmt, für die Areale Rosental und Äusseres St. Johann liefen Vorbereitungen für planungsrechtliche Verfahren.

Mit einer Zuschauerkapazität von heute maximal 9'000 Personen ist die St. Jakobshalle die zweitgrösste Veranstaltungshalle der Schweiz. Damit sie weiterhin auch im internationalen Markt konkurrenzfähig bleibt, hat der Regierungsrat dem Grossen Rat einen Finanzierungsantrag für die Sanierung und Modernisierung der St. Jakobshalle unterbreitet.

Das Biozentrum der Universität Basel ist ein international anerkanntes Zentrum der medizinischen Bildung und Forschung. 2014 wurde der Grundstein für den Biozentrum-Neubau gelegt. Mit der offiziellen Einweihung der Hochschule für Gestaltung und Kunst FHNW auf dem Campus Dreispitz ist der Zusammenschluss von zehn Instituten an bislang sechs Standorten in der Nordwestschweiz an einen Standort erfolgreich vollzogen.

**Basel als Zentrum einer vernetzten Region** Im Dezember 2014 wurde die Tramlinie 8 nach Weil am Rhein eröffnet und verzeichnete eine unerwartet grosse, aber umso erfreulichere Nachfrage. Im Berichtsjahr entschied die Regierung BL, sich finanziell stärker an der Tramverbindung Margarethenstich zu beteiligen als bis dahin vorgesehen. Damit ist die Wahrscheinlichkeit deutlich gestiegen, dass die ÖV-Anbindung des Leimentals an die Stadt Basel verbessert werden kann.

Die Parlamente BS und BL haben 2014 dem gemeinsamen Vorprojekt Herzstück Regio-S-Bahn zugestimmt, womit für diesen international und national bedeutenden Bahnknoten ein weiterer wichtiger Meilenstein erreicht ist. Des Weiteren hat der Grosse Rat auf Antrag der Regierung der Finanzierung der Verlängerung des Trams 3 zwischen Basel und dem Bahnhof Saint-Louis zum Beschluss zugestimmt; von der Tramverlängerung werden öffentliche Einrichtungen und Wohngebiete beidseits der schweizerisch-französischen Grenze profitieren.

Um die Aufgaben der Kantone BS und BL im öffentlichen Verkehr effizienter und wirkungsvoller wahrzunehmen, wird die Schaffung eines Verkehrsverbunds vertieft geprüft. Zudem haben die Nordwestschweizer Kantone zusammen mit französischen und deutschen Partnern ein Angebotskonzept für die trinationale S-Bahn Basel erstellt. Kann dieses Konzept wie gewünscht umgesetzt werden, wird dies auf zahlreiche Verbindungen in der Metropolitanregion Basel erhebliche Reisezeitgewinne bringen.

**Finanzen**

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Erfolgsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
30 Personalaufwand	-109.6	-112.3	-116.0	-118.8	-121.3	-122.4	-9.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-70.3	-58.4	-58.3	-59.1	-65.6	-63.0	-7.9
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.4	-1.2	-1.2	-1.1	-1.4	-1.4	-13.7
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-3.0	-0.3	-0.5	-15.2	0.0	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-78.2	-82.4	-82.2	-83.3	-82.0	-84.0	-2.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-262.5</b>	<b>-254.6</b>	<b>-258.1</b>	<b>-277.6</b>	<b>-270.3</b>	<b>-270.9</b>	<b>-6.4</b>
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	7.3	6.7	n.a.
42 Entgelte	98.1	91.2	87.6	102.6	104.0	95.8	5.0
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.2	0.1	4.7	2.7	4.5	>100.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	2.4	0.5	0.7	1.7	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	9.3	9.5	8.5	8.1	7.3	8.1	-14.2
<b>Betriebsertrag</b>	<b>110.2</b>	<b>101.3</b>	<b>97.0</b>	<b>117.0</b>	<b>121.3</b>	<b>115.1</b>	<b>13.6</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-152.3</b>	<b>-153.3</b>	<b>-161.2</b>	<b>-160.6</b>	<b>-149.0</b>	<b>-155.8</b>	<b>-1.6</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-50.0	-91.6	-48.9	-49.7	-45.2	-48.9	46.6
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-4.4	-6.4	-3.2	-3.4	-4.8	-4.8	23.9
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	2.1	2.3	n.a.
<b>Abschreibungen</b>	<b>-54.4</b>	<b>-97.9</b>	<b>-52.1</b>	<b>-53.1</b>	<b>-47.9</b>	<b>-51.4</b>	<b>47.5</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-206.8</b>	<b>-251.2</b>	<b>-213.2</b>	<b>-213.7</b>	<b>-196.9</b>	<b>-207.2</b>	<b>17.5</b>
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.1	-0.0	-2.9	-0.0	23.9
44 Finanzertrag	2.3	2.1	2.2	2.4	2.4	2.6	25.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>2.3</b>	<b>2.0</b>	<b>2.1</b>	<b>2.4</b>	<b>-0.5</b>	<b>2.6</b>	<b>25.2</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-204.5</b>	<b>-249.2</b>	<b>-211.1</b>	<b>-211.3</b>	<b>-197.4</b>	<b>-204.7</b>	<b>17.9</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	-26.6	-26.4	-8.9	-18.6	n.a.
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	-0.9	1.0	-0.9	0.4	n.a.
2 Bildung	0.0	0.0	-0.6	0.0	-1.9	-1.9	n.a.
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	0.0	0.0	-26.5	-25.0	-27.4	-24.4	n.a.
5 Soziale Sicherheit	0.0	0.0	-0.6	-0.0	-0.7	-0.7	n.a.
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0.0	0.0	-150.4	-162.4	-160.0	-159.6	n.a.
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.0	0.0	-5.8	1.4	2.3	0.1	n.a.
8 Volkswirtschaft	0.0	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Investitionsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
Ausgaben Grossinvestitionen	-98.3	-93.7	-92.7	-89.2	-95.2	-110.9	-18.3
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.7	-0.8	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-4.4	-6.4	-3.2	-3.4	-4.9	-2.6	59.8
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	30.2	17.2	20.8	13.9	8.5	7.0	-59.1
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-72.5</b>	<b>-82.8</b>	<b>-75.1</b>	<b>-78.8</b>	<b>-93.2</b>	<b>-107.2</b>	<b>-29.4</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-72.5</b>	<b>-82.8</b>	<b>-75.1</b>	<b>-78.8</b>	<b>-93.2</b>	<b>-107.2</b>	<b>-29.4</b>



Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	
		2009	2010	2011	2012	2013	2014	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	906.9	905.9	915.2	931.0	937.0	950.0	<sup>1</sup>
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	876.1	891.9	917.3	904.9	929.0	942.1	
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	132	97	104	114	107	142	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	64	54	57	56	52	51	

#### Kommentar

1 Die Zunahme im Jahr 2014 betrifft folgende Bereiche: Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Budgetmittel für den Schwerpunkt des Regierungsrates „Urbane Standortqualität - Sauberkeit gewährleisten“ wurde der Headcount im Tiefbauamt um 10 Stellen erhöht. Mit Einführung des Katasters für die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) beim Grundbuch- und Vermessungsamt wurden 1.5 Stellen geschaffen. Beim Amt für Mobilität wurde der Headcount für die Verwaltung des Pendlerfonds um 0.5 erhöht. Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Stadtbildkommission wurde beim Amt für Städtebau und Architektur, Planungsamt, eine zusätzliche Stelle geschaffen.

Dank den Einnahmen aus dem Pendlerfonds konnten im 2014 drei weitere Projekte für den umweltfreundlichen Pendlerverkehr in der Agglomeration Basel mitfinanziert werden: Neben der Tramlinie 3 werden zwei Park-and-Ride-Anlagen in Therwil und in Hausen im Wiesental (D) unterstützt. Der Pendlerfonds ist ein einzigartiges Instrument und ein exemplarisches Beispiel für die Zusammenarbeit in der trinationalen Region über Kantons- und Landesgrenzen hinweg.

Neu konnten 2014 die Gemeinden Dornach und Arlesheim als Partner für die Internationale Bauausstellung (IBA) 2020 gewonnen werden. Damit wird dieses Projekt zur Entwicklung des trinationalen Raums Basel in der Region noch stärker verankert.

**Lebensqualität in den Wohnquartieren und im Zentrum** Eine fussgängerfreundliche Innenstadt, wie sie zahlreiche Schweizer Städte bereits seit Jahren kennen, wird nun auch in Basel Realität. Nachdem das Verkehrskonzept Innenstadt ab Anfang 2015 in Kraft tritt, können – abgestimmt auf die notwendige Erhaltung der Infrastruktur – entsprechende Umgestaltungsmassnahmen projektiert werden. Diesen liegt das Gestaltungskonzept Innenstadt zugrunde, das 2014 vom Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates verabschiedet wurde.

Für die Realisierung eines grosszügigen Platzes auf der Erlenmatt hat der Regierungsrat ebenfalls Mittel beim Grossen Rat beantragt. Zum Platz gehört auch ein Raumangebot, beides ist auf die Nutzung durch Kinder und Jugendliche ausgerichtet. Das Projekt stellt zudem einen attraktiven Ersatzstandort für die wegfallende Trendsporthalle im Alten Pumpwerk in den Langen Erlen dar.

2014 wurde der neue Teilrichtplan Velo erlassen. Dieser legt das kantonale Veloroutennetz bestehend aus schnellen Pendlererrouten und auf erhöhte Sicherheit ausgelegte Basisrouten sowie mögliche Standorte grosser Veloabstellanlagen fest und zeigt den Planungsstand von Netzergänzungen auf. Auch wurden weitere Einbahnstrassen für den Velogegeverkehr geöffnet, auf Wunsch der jeweiligen Anwohnerschaft zahlreiche weitere Begegnungszonen eingerichtet und die Tempo 30-Zonen gemäss den Vorgaben des Grossen Rates ausgeweitet.

Mit der sanften Öffnung des Schwarzparks im Berichtsjahr steht den Quartieren Lehenmatt und Gellert ein neuer und attraktiver Grünraum zur Verfügung, der zudem auch der besseren Verbindung der beiden Quartiere dient.

Zur Engpassbeseitigung auf der Nationalstrasse A2, Osttangente, schlägt der Bund neu eine unterirdische Linienführung vor. Die zuständigen Behörden beider Kantone BS/BL bestätigten 2014 die grundsätzliche Machbarkeit des Projektes. Damit wurde eine durch den geplanten Ausbau drohende weitere Beeinträchtigung des Lebensraums entlang der bestehenden Autobahn erfolgreich abgewendet und Raum geschaffen, diesen künftig mit geeigneten Massnahmen wieder aufzuwerten.

**Kundenfreundliche Verwaltung** Mit Basel-Landschaft wurden 2014 die gesetzlichen Voraussetzungen für eine gemeinsame Gewerbeparkkarte BS/BL geschaffen. Ab dem 1. Januar 2015 können somit Gewerbetreibende ein für beide Kantone geltendes Gewerbeparkkartenpaket erwerben und profitieren dabei von einem Rabatt.

Der Regierungsrat beantragte beim Grossen Rat die finanziellen Mittel für einen Ersatzneubau für das Krematorium auf dem Friedhof am Hörnli. Neben technischen und wirtschaftlichen Aspekten steht beim Neubau auch eine ansprechende Architektur und Ausgestaltung der Innenräume im Vordergrund. Damit wird dem Bedürfnis nach einem pietätvolleren Abschied von den Verstorbenen nachgekommen.

Im Mai 2014 traten das teilrevidierte Raumplanungsgesetz und die revidierte Raumplanungsverordnung des Bundes in Kraft. Damit wurden die Bedingungen zur Errichtung von Solaranlagen auf dem Dach gelockert. Das BVD nahm umgehend die notwendigen Schritte zur Umsetzung auf kantonaler Ebene vor. Heute genügt ein einfaches Meldeverfahren.

Per 1. Januar 2014 gilt das neue Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG). Damit wurden die entsprechenden Verfahren vereinfacht und verbessert. So gibt es nur noch eine einzige Anlaufstelle, einzelne Bewilligungen wurden durch eine einfache Meldepflicht ersetzt. Durch die „speziellen Nutzungspläne“ haben bewährte Beispielungspläne zudem eine gesetzliche Grundlage bekommen.

### 2.3.3 Erziehungsdepartement

Das Erziehungsdepartement ist zuständig für das Bildungsangebot – von der Volksschule bis zur Hochschule, von der Berufsschule bis zur Erwachsenen- und Weiterbildung. Weiter übernimmt es Aufgaben zur Förderung und zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Familien. Das Erziehungsdepartement ist auch zuständig für die Tagesbetreuung sowie für Bewegung und Sport. Das Erziehungsdepartement umfasst die Bereiche Volksschulen, Mittelschulen und Berufsbildung, Hochschulen, Jugend, Familie und Sport sowie Zentrale Dienste.

#### Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Per 1. Januar 2014 wurde die Organisationsstruktur des Erziehungsdepartements überarbeitet. Das Departement gliedert sich neu in die Bereiche Volksschulen, Mittelschulen und Berufsbildung, Hochschulen, Jugend, Familie und Sport und Zentrale Dienste. Neu verfügt das Departement zudem über eine zentrale Kommunikationsabteilung. Der Erziehungsrat ist neu dem Generalsekretariat zugeordnet.

Die neue Volksschule orientiert sich an gesamtschweizerischen Normen und an einem bikantonalen Modell. Mit der Umsetzung der Harmonisierung wird nicht nur eine Mobilitätsschranke in der Nordwestschweiz fallen, sondern es wird auch viel besser möglich sein, mit dem Kanton Basel-Landschaft, mit den anderen Partnern in der Nordwestschweiz und mit allen übrigen Kantonen zu kooperieren und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Schulen erfolgreich anzugehen. Die künftige Volksschule gibt allen schulpflichtigen Kindern trotz ihrer Unterschiedlichkeit Bildungschancen und beendet die strukturbedingte Benachteiligung der Berufsbildung. Die Harmonisierung der Bildungsziele wird mit Hilfe des Lehrplans 21 angestrebt, der in den kommenden Jahren in allen 21 Kantonen der Sprachregion eingeführt werden soll. In Basel-Stadt wird er gemäss Beschluss des Erziehungsrats im vergangenen Jahr ab Schuljahr 2015/16 eingeführt. Bereits weit gediehen sind auch die Konkretisierung der neuen Schulstufen und der Schullaufbahn, die Personalwechsel in den Schulen und die erforderliche Schulraumerweiterung.

Eine spezifische Herausforderung stellt die Heterogenität der Schulklassen und Lerngruppen dar. Entsprechend dem Grundsatz der integrativen Schule sollen alle Kinder eines Quartiers unabhängig von ihrem Bildungsbedarf, wenn immer möglich, in einer wohnortsnahen Regelklasse in die Schule gehen. Dafür braucht es einen differenzierten Unterricht, eine eingespielte Kooperation von Lehr- und Fachpersonen und ein einfaches und stabiles Fördersystem mit genügend Ressourcen. In Anbetracht der Vielsprachigkeit und der Migration spielt die Förderung der Deutschkompetenzen eine Schlüsselrolle für den Schulerfolg. Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen werden ein Jahr vor der Einschulung im Kindergarten zum Besuch einer Spielgruppe mit integrierter Deutschförderung verpflichtet. Aus externen Evaluationen der integrativen Schule und der sprachlichen Frühförderung lagen im Berichtsjahr sehr positive Beurteilungen vor.

Als Beitrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit erhalten die Eltern ein bedürfnisgerechtes Angebot an schulischen Tagesstrukturen. Der weitere Aufbau einer kostenpflichtigen Kinderbetreuung in der schulfreien Zeit gehört zum Auftrag der Volksschulen und erfolgt in Abstimmung mit dem Bedarf und den finanziellen Möglichkeiten. In den vergangenen Jahren konnten jeweils gut 200 zusätzliche Plätze zur Verfügung gestellt werden.

Zu den wichtigsten Aufgaben mit mittlerem und längerem Planungshorizont gehören:

- Die Umsetzung des HarmoS-Konkordats der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK (Integration des Kindergartens in die Primarstufe, Verlängerung der Primarschule, Aufbau der neuen Sekundarschule, Reform der Gymnasien) erfordert in den nächsten zehn Jahren ausserordentliche Anstrengungen. Zahlreiche Lehrpersonen haben ihren Arbeitsort und die ihnen vertraute Schulstufe gewechselt, Schulteams wurden neu gebildet und neue Lehrpläne werden demnächst eingeführt. Insgesamt werden die Schullaufbahnen kohärenter.

## Finanzen

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Erfolgsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
30 Personalaufwand	-456.0	-458.7	-467.2	-478.1	-484.9	-486.9	-6.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-146.2	-142.4	-147.0	-156.4	-155.7	-157.4	-10.5
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.4	-0.4	-0.5	-0.6	-0.6	-0.7	-55.3
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-1.7	-1.9	0.1	-0.2	-0.2	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-370.0	-391.0	-400.3	-411.3	-422.4	-437.6	-11.9
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-974.3</b>	<b>-994.5</b>	<b>-1'014.9</b>	<b>-1'046.5</b>	<b>-1'063.8</b>	<b>-1'082.6</b>	<b>-8.9</b>
42 Entgelte	41.9	41.6	41.5	43.1	44.4	45.3	8.8
43 Verschiedene Erträge	6.1	3.2	2.8	1.2	3.2	3.0	-7.6
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.0	0.2	0.6	1.3	0.2	0.0	-100.0
46 Transferertrag	95.1	100.1	109.1	112.5	113.8	115.7	15.6
<b>Betriebsertrag</b>	<b>143.1</b>	<b>145.1</b>	<b>154.0</b>	<b>158.2</b>	<b>161.6</b>	<b>163.9</b>	<b>13.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-831.2</b>	<b>-849.4</b>	<b>-860.9</b>	<b>-888.3</b>	<b>-902.2</b>	<b>-918.7</b>	<b>-8.2</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4.1	-4.1	-3.8	-0.7	-2.1	-2.8	31.6
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	n.a.
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-3.2	-0.6	-0.5	-0.5	-1.0	-1.1	-95.4
<b>Abschreibungen</b>	<b>-7.3</b>	<b>-4.7</b>	<b>-4.3</b>	<b>-1.3</b>	<b>-3.1</b>	<b>-3.9</b>	<b>16.2</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-838.5</b>	<b>-854.1</b>	<b>-865.1</b>	<b>-889.6</b>	<b>-905.4</b>	<b>-922.6</b>	<b>-8.0</b>
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.1	-0.0	-0.0	-21.3
44 Finanzertrag	0.1	0.1	0.2	0.3	0.3	0.2	35.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.1</b>	<b>0.1</b>	<b>0.2</b>	<b>0.2</b>	<b>0.3</b>	<b>0.2</b>	<b>37.1</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-838.4</b>	<b>-854.0</b>	<b>-864.9</b>	<b>-889.4</b>	<b>-905.1</b>	<b>-922.5</b>	<b>-8.0</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	0.1	-0.1	-0.0	0.0	n.a.
2 Bildung	0.0	0.0	-755.7	-777.5	-787.9	-800.8	n.a.
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	0.0	0.0	-18.3	-17.8	-17.4	-18.5	n.a.
5 Soziale Sicherheit	0.0	0.0	-91.0	-94.0	-99.9	-103.1	n.a.

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Investitionsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
Ausgaben Grossinvestitionen	-3.5	-4.2	-3.4	-0.3	-3.0	-6.3	-50.5
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.8	-1.0	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-3.2	-0.6	-0.5	-0.5	-0.5	-0.4	34.4
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	0.0	n.a.
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-6.7</b>	<b>-4.7</b>	<b>-3.8</b>	<b>-0.8</b>	<b>-4.0</b>	<b>-7.6</b>	<b>-60.9</b>
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.1	n.a.
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.3	n.a.
<b>Veränderungen Darlehen, Beteiligungen</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.8</b>	<b>n.a.</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-6.7</b>	<b>-4.7</b>	<b>-3.8</b>	<b>-0.8</b>	<b>-4.0</b>	<b>-8.4</b>	<b>-77.6</b>

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	2'910.7	2'952.9	2'971.0	3'052.9	3'071.2	3'122.5 <sup>1</sup>
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	2'870.1	2'934.9	2'986.7	3'066.1	3'069.8	3'109.8
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	63	95	71	80	62	78
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	56	55	55	59	62	69

#### Kommentar

1 Die Mehrstellen gegenüber dem Budgetjahr 2013 stehen einerseits im Zusammenhang mit der angestrebten Weiterentwicklung respektive dem Ausbau der familienergänzenden Tagesbetreuung. Andererseits wurde von leicht steigenden Schülerzahlen sowie wegen den zahlreichen Neubauten im Schulbereich von höheren Betriebsaufwendungen ausgegangen, was sich auch im Headcount niederschlagen hat.

- Mit der Umsetzung des Sonderpädagogik-Konkordats der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK wurde das Ziel verfolgt, dass die Volksschule leistungsorientiert und gleichzeitig integrativ sein kann. Der Unterricht wurde noch besser auf die Bewältigung der heterogenen Klassen ausgerichtet. Lehr- und Fachpersonen bilden zweckgerichtete Kooperationsverbände.
- Alle Kinder sollen bereits vor dem Kindergarten die Möglichkeit haben, beim Erwerb der Lokalsprache gefördert zu werden. Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen werden seit zwei Jahren dazu verpflichtet.
- Der vorverlegte, stärker auf die Sprachpraxis angelegte Französisch- und Englischunterricht ist an Primarschulen etabliert und wird an der Sekundarschule fortgeführt.
- Die Tagesstrukturen an den Volksschulen wurden bedarfsgerecht und im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten ausgebaut.
- Die geleiteten Schulen nehmen ihre Teilautonomie zur inneren Entwicklung wahr.
- Der Übergang zwischen der Volksschule und der Sekundarstufe II wird von einer Schnitt- zu einer Nahtstelle des Bildungssystems. Eine wirksame Berufsorientierung für alle Lernenden in der Sekundarschule und die Stärkung der Kooperation mit Gewerbe und Wirtschaft sollen den Übergang erleichtern. Es sollen deutlich mehr Jugendliche nach der Schule direkt eine Lehrstelle antreten. Anzuheben ist namentlich die tiefe Basler Berufsmaturitätsquote.
- Der Schulraum ist so zu gestalten, dass er die Voraussetzungen für eine moderne Unterrichtsorganisation schafft und so flexibel ist, dass er veränderten Bedürfnissen angepasst werden kann. An vielen Standorten wird der bestehende Schulraum deshalb umgebaut, erweitert und renoviert. Neue Schulbauten kommen dazu. Die Bauprojekte setzen eine intensive Kooperation zwischen verschiedenen Departementen voraus. Vielerorts müssen Schulen zeitweise in Provisorien untergebracht werden.
- Die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz, namentlich auch die Kooperation mit dem Kanton Basel-Landschaft, wird weitergeführt.

Im Zentrum aller Arbeiten und Entwicklungen des Bereichs Mittelschulen und Berufsbildung steht das Ziel, dass mindestens 95% der jungen Erwachsenen am Ende der Sekundarstufe II einen Abschluss erreichen, der für die Arbeitswelt oder ein Studium qualifiziert: ein eidgenössisches Berufsattest, ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis mit oder ohne Berufsmaturität, ein Fachmittelschul- oder ein Fachmaturitätszeugnis oder ein gymnasiales Maturitätszeugnis.

Die Stärkung der Berufsbildung gehört zu den Entwicklungsschwerpunkten. Dabei wird es im Einzelnen darum gehen, aufbauend auf einer Intensivierung der beruflichen Orientierung an der Sekundarschule die Zahl der Direktübertritte von der Volksschule in die berufliche Grundbildung zu erhöhen sowie die Berufsbildungsquote im Allgemeinen und jene der Berufsmaturitäten im Speziellen zu steigern. Die Brückenangebote sollen in bikantonaler Absprache noch stärker auf ihre Vermittlungsfunktion zwischen Volksschule und Berufsbildung ausgerichtet, die Lehrabbruchsquote reduziert und Wege gesucht werden, wie noch mehr junge Erwachsene mit einer Behinderung einen

Lehrabschluss erreichen können. Die Berufsfachschulen fördern mit diesen Projekten die qualitative Weiterentwicklung des schulischen Teils der beruflichen Grundbildung.

Das durchschnittliche Ausbildungsniveau der Bevölkerung wird auch in Zukunft steigen. Die Höhere Berufsbildung verfügt über ein grosses Potenzial, den Bedarf an hervorragend qualifizierenden Ausbildungen bereitzustellen. Die Förderung eines ausreichenden, passgenauen Angebots wie auch die Umsetzung des eidgenössischen Weiterbildungsgesetzes wird zu den Entwicklungsschwerpunkten gehören.

Die wichtigste Herausforderung der Gymnasien ist ein umsichtiger Umgang mit der Verkürzung der Gymnasialzeit von fünf auf vier Jahre, welche schwierige Planungsfragen aufwirft und die Personalerneuerung erschwert. Ausserdem werden erste Erfahrungen mit der beschränkten Wahlfreiheit im Bildungsraum gesammelt, die harmonisierten Maturitätsprüfungen werden etabliert und das gemeinsame Prüfen wird eingeführt. Entwicklungsschwerpunkte an allen Mittelschulen werden zudem lokale Projekte sein, die das Lernen nach gymnasialem Anspruch verbessern.

Nach jahrelangen Vorbereitungsarbeiten konnten im Berichtsjahr auf nationaler Ebene die neuen Hochschulstrukturen etabliert werden. Das Schweizerische Hochschulkonkordat ist zustande gekommen, sodass Bund und Kantone die neue Kooperationskonferenz unter dem Präsidium des Bundesrats - vertreten durch den Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) - einrichten konnten. Mit den neuen Strukturen, die Anfang 2015 ihre Arbeit aufnehmen, wurden die bisherige Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) und der Eidgenössische Fachhochschulrat (EFHR) aufgelöst. Auf kantonaler Ebene konnte der vierkantonale Leistungsauftrag 2015-2017 für die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) abgeschlossen werden. Die Universität vollzog erfolgreich das erste Jahr der Leistungsperiode 2014-2017. Für beide Hochschulen wurden die Grossbauvorhaben vorangetrieben. Im Herbst 2014 bezog die Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) der FHNW ihren Campus im Dreispitz.

Im Aufgabenfeld „Kinder, Jugend und Familie“ hat sich der Ausbau der Tagesbetreuung leicht abgeschwächt. Mit einer neuen Software sollen die Verwaltung der Elternbeiträge vereinfacht und Engpässe vermieden werden, da das Elternbeitragssekretariat nicht in gleichem Ausmass wie die Angebote ausgebaut werden konnte. Zur Totalrevision des Tagesbetreuungsgesetzes wurde unter anderem ein Hearing mit der Bildungs- und Kulturkommission durchgeführt, um die geplante Stossrichtung überprüfen zu können. Im Kinder- und Jugenddienst konnte in Partnerschaft mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie die „Multisystemische Therapie“ als Angebot eingeführt werden. Die Methode ist international, aber beispielsweise auch in den Kantonen Aargau und Thurgau, bereits etabliert und verfügt über einen evidenzbasierten Erfolgsausweis. Sie ermöglicht intensive Interventionen bei Familien und hilft, Heimeinweisungen zu vermeiden. Gemeinsam mit dem Kanton Zug und den Städten Zürich und Aarau und der Fachhochschule Nordwestschweiz initiierte und entwickelte der Kinder- und Jugenddienst ein Verfahren zur Kindeswohlbeurteilung, mit dem verbindlichere Entscheidungsgrundlagen zur Massnahmenplanung entstehen. In Zusammenarbeit mit der Polizei wurde das Dispositiv zur Notfallplatzierung von Kindern verbessert, wenn ein unvorhersehbares Ereignis ihren Eltern verunmöglicht, die Betreuung selbst wahrzunehmen.

Im Sport wurde der Sportcheck auf der Primarstufe flächendeckend eingeführt und erfährt positive Resonanz von Eltern und Lehrpersonen. In der Leistungssportförderung wurde das Team „Basel4Olympia“ neu aufgestellt. Ausserdem hat die Swisslos-Sportfonds-Kommission Ansatzpunkte entwickelt, wie Basler Vereine im Leistungssport systematischer als bisher unterstützt werden können. Die Gartenbadsaison verlief witterungsbedingt enttäuschend. Obwohl die heissen Pfingsttage zu Rekordzahlen bei den Eintritten führten, wies insgesamt kein Jahr seit 1955 schlechtere Besucherzahlen auf. Beim Sportanlagenbau ist der Tribünenbau beim Leichtathletikstadion planmässig vorangeschritten. Komplex gestaltet sich dagegen die Projektierung der Sanierungen der beiden Kunsteisbahnen. Hier muss aus verschiedenen Varianten die beste Möglichkeit herausgearbeitet werden, wie neuen technischen Aspekten, den Herausforderungen der Bausubstanz und dem sportlichen Nutzen sowie den finanziellen Möglichkeiten des Kantons am besten entsprochen werden kann.

### 2.3.4 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement ist das Querschnitts- oder Ressourcendepartement der kantonalen Verwaltung. Zu den klassischen verwaltungsinternen Querschnitts-Dienstleistern zählen der Zentrale Personaldienst, die Finanzverwaltung und die Zentralen Informatikdienste. Weiter gehören dem Finanzdepartement die Steuerverwaltung sowie Immobilien Basel-Stadt an.

#### Zielsetzungen und Planungen

**Nachhaltige und restriktive Finanzpolitik** Der Regierungsrat hat im Jahre 2014 seine restriktive Finanzpolitik fortgesetzt. Im Frühling 2014 wurde klar, dass bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen aufgrund der Unternehmenssteuerreform II ein deutlicher Ertragsrückgang von rund 70 Mio. Franken zu verkraften ist. Der Regierungsrat hat diese Erkenntnisse sofort in die Budgetierung und Planung ab 2015 einfließen lassen. Ziel war, auch in Zukunft ein strukturelles Defizit zu vermeiden.

Ende März 2014 beschloss der Regierungsrat für die Jahre 2015 bis 2017 ein um 3% tieferes Wachstum des Zweckgebundenen Betriebsergebnisses, -0.5% für die Budgetvorgaben 2015 und minus 2.5% für 2016 und 2017. Es wird somit nur ein durchschnittliches Wachstum von 0.5% pro Jahr in der Periode 2015-2017 zugelassen. Zur Umsetzung dieser Vorgaben hat der Regierungsrat Entlastungsmassnahmen erarbeitet und im November 2014 beschlossen. Diese Massnahmen wurden danach im Detail ausgearbeitet. Im Februar 2015 wurden die Entlastungsmassnahmen im Umfang von 69.5 Mio. Franken der Öffentlichkeit vorgestellt.

**Aktive Wohn- und Bodenpolitik** Der Kanton Basel-Stadt ist wieder ein attraktiver Wohnort. Dies zeigt unter anderem auch die Trendumkehr bei der Bevölkerungsentwicklung. Nach jahrzehntelangem Rückgang wächst Basel-Stadt seit 2008 wieder. Der Regierungsrat verfolgt eine ausgewogene und nachhaltige Wohnraumförderung, damit genügend Wohnraum für die gesamte Bevölkerung vorhanden ist. Der Schwerpunkt Stadtwohnen konnte im vergangenen Jahr durch Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen unterstützt werden. Dabei werden sowohl staatliche Projekte umgesetzt als auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen. Auch die Zusammenarbeit mit den Genossenschaften zur Förderung von günstigem Wohnraum wurde weitergeführt (Areale Niederholz, Belforterstrasse, Schoren). Für das produzierende und handwerkliche Gewerbe soll auf dem Areal Neudorfstrasse im Sinne der Verdichtung ein mehrgeschossiges Gebäude als Gewerbebepark für das produzierende und handwerkliche Gewerbe erstellt werden. Die Ausschreibung für die Abgabe im Baurecht wurde im Jahr 2014 durchgeführt.

**Steuerpolitik** Im Steuerjahr 2014 wurde der letzte Senkungsschritt bei den Einkommenssteuern umgesetzt. Der Steuersatz wurde um 0.25 Punkte auf 22.25% (bei Einkommen unter 200'000, resp. 400'000 Franken bei Ehepaaren) gesenkt.

Von grösstem Interesse für den Kanton Basel-Stadt ist die Unternehmenssteuerreform III des Bundes. Im Herbst 2014 hat der Bund seine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt. Ziel des Regierungsrats ist eine Reform, welche die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit erhält, die notwendigen Steuereinnahmen sicherstellt und international akzeptiert ist. Die Unternehmenssteuerreform III wird einen Umbau des Schweizer Steuersystems für Unternehmen mit sich bringen. Der Regierungsrat setzt sich für eine nachhaltige Strategie ein: Er fordert den Bund auf, alle zielgerichteten Reformelemente umzusetzen, die Ausgleichsmassnahmen auszubauen und den Nationalen Finanzausgleich anzupassen. Gleichzeitig ist auf alle Massnahmen zu verzichten, die unnötige finanzpolitische Risiken mit sich bringen. Auch der Kanton Basel-Stadt wird den ordentlichen Gewinnsteuersatz je nach Wirkung der einzelnen Reformelemente senken müssen. Der Regierungsrat verfolgt das Ziel, dass die Steuerlast der betroffenen Unternehmen insgesamt ähnlich bleibt wie heute.

**Basel-Stadt als attraktiver Arbeitgeber** Der Kanton und seine Betriebe sind der grösste Arbeitgeber der Region Nordwestschweiz. Um seine Aufgaben in hoher Qualität erfüllen zu können ist er darauf angewiesen, im Arbeitsmarkt als attraktiver Arbeitgeber auftreten zu können.

**Finanzen**

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Erfolgsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
30 Personalaufwand	-67.2	-68.6	-69.7	-71.7	-70.1	-71.5	-4.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-26.8	-25.9	-28.7	-33.4	-41.2	-45.3	-75.0
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.1	-0.3	-0.4	-0.5	-1.3	<-100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-94.0</b>	<b>-94.5</b>	<b>-98.7</b>	<b>-105.5</b>	<b>-111.9</b>	<b>-118.1</b>	<b>-25.0</b>
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
42 Entgelte	34.5	37.4	55.4	61.5	67.1	69.2	85.0
43 Verschiedene Erträge	0.1	0.0	0.1	0.4	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
<b>Betriebsertrag</b>	<b>34.6</b>	<b>37.4</b>	<b>55.5</b>	<b>61.9</b>	<b>67.1</b>	<b>69.2</b>	<b>84.9</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-59.4</b>	<b>-57.1</b>	<b>-43.2</b>	<b>-43.6</b>	<b>-44.8</b>	<b>-48.9</b>	<b>14.3</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-6.1	-6.3	-5.5	-6.8	-6.7	-7.6	-21.1
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	-0.6	-0.7	-0.7	n.a.
<b>Abschreibungen</b>	<b>-6.1</b>	<b>-6.3</b>	<b>-5.5</b>	<b>-7.4</b>	<b>-7.4</b>	<b>-8.3</b>	<b>-32.9</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-65.5</b>	<b>-63.3</b>	<b>-48.6</b>	<b>-51.0</b>	<b>-52.2</b>	<b>-57.2</b>	<b>9.7</b>
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-2.2
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-60.7
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.4</b>	<b>-6.1</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-65.9</b>	<b>-63.7</b>	<b>-49.0</b>	<b>-51.4</b>	<b>-52.6</b>	<b>-57.6</b>	<b>9.6</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	-48.5	-50.8	-52.2	-57.8	n.a.
9 Finanzen und Steuern	0.0	0.0	-0.5	-0.7	-0.4	0.1	n.a.

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Investitionsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
Ausgaben Grossinvestitionen	-6.0	-5.9	-5.0	-10.8	-11.1	-3.5	41.3
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.4	-1.2	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	-0.6	-0.9	-0.7	n.a.
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-6.0</b>	<b>-5.9</b>	<b>-5.0</b>	<b>-11.4</b>	<b>-13.4</b>	<b>-5.4</b>	<b>8.4</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-6.0</b>	<b>-5.9</b>	<b>-5.0</b>	<b>-11.4</b>	<b>-13.4</b>	<b>-5.4</b>	<b>8.4</b>

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	472.2	482.5	487.4	493.0	506.2	516.7
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	467.6	468.0	472.2	479.9	477.7	474.7
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	27	36	25	34	44	44
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	13	14	17	19	18	19



Der Kanton hat in den vergangenen Jahren mit dem Projekt Systempflege sein Bewertungssystem aktualisiert. Das Finanzdepartement hat die dazu notwendigen Arbeiten geleistet, so dass der Regierungsrat im Dezember 2014 die Überführung in die aktualisierte Lohnsystematik beschliessen konnte. Die Umsetzung erfolgt für die Mitarbeitenden per Februar 2015.

**Eine Informatik im Dienste der Einwohnerinnen und Einwohner** Das Finanzdepartement wird in den kommenden Jahren die Informatik zu Gunsten der Firmen, Einwohnerinnen und Einwohner weiterentwickeln. Mit dem E-Government-Impulsprogramm werden kantonale Leistungen für Bevölkerung und Unternehmen verbessert und an neue Herausforderungen angepasst, unterstützt durch E-Government Basisdienste. Das Finanzdepartement hat im Berichtsjahr das Impulsprogramm strategisch geführt, die E-Government Strategie wurde in Kraft gesetzt und Basisdienste (E-Payment, Formulargenerator, weitere Online Bewilligungsverfahren) wurden bereitgestellt.

Das Projekt WorkplaceBS hat das Ziel, den elektronischen Arbeitsplatz zu standardisieren und zu zentralisieren. Gleichzeitig werden die elektronischen Arbeitsplätze auf Windows 7 und Office 2010 migriert. Im 2014 wurde die Umsetzungsphase I in den sechs Departementen abgeschlossen.

### 2.3.5 Gesundheitsdepartement

Das Gesundheitsdepartement umfasst das Generalsekretariat, die Stabsstellen Kommunikation, Planungs- und Koordinationsstellen und Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen sowie die Bereiche Gesundheitsschutz (Kantonales Laboratorium, Veterinärämter, Institut für Rechtsmedizin und öffentliche Zahnkliniken), Gesundheitsdienste (Medizinisch-pharmazeutische Dienste, Sucht und Prävention) und Gesundheitsversorgung (Spitalversorgung, Langzeitpflege und Projekte und Services).

Internet: [www.gd.bs.ch](http://www.gd.bs.ch)

#### Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

**Rechtsetzung** Am 1. Januar 2014 sind das Bundesgesetz über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz (HFG)) sowie das dazugehörige Verordnungsrecht in Kraft getreten, was sich auch auf die Kantone auswirkte. So wurde neu die 11 Kantone umfassende Ethikkommission Nordwest- und Zentralschweiz (EKNZ) gegründet. Gleichzeitig mit dem HFG ist deshalb die Vereinbarung über die Einsetzung einer gemeinsamen Ethikkommission Nordwest- und Zentralschweiz (Vereinbarung Ethikkommission Nordwest- und Zentralschweiz, EKNZ) in Kraft getreten. Ebenfalls per 1. Januar 2014 wurden im Gesundheitsgesetz (GesG) Anpassungen an das HFG vorgenommen. Da mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Psychologieberufe (Psychologieberufegesetz, PsyG) und der dazugehörigen Verordnung über die Psychologieberufe (Psychologieberufeverordnung, PsyV) eine einheitliche Regelung der Voraussetzungen für die selbstständige Berufsausübung der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten erfolgte, konnte die Fachkommission Psychotherapie aufgelöst werden. Aus diesem Grund wurde per 31. Juli 2014 die Vereinbarung zwischen dem Sanitätsdepartement des Kantons Basel-Stadt und der Sanitätsdirektion des Kantons Basel-Landschaft über die gemeinsame Bestellung der Fachkommission Psychologen aufgehoben. Ausserdem sind per Ende 2014 aufgrund des Beschlusses des Grossen Rates, die Viehversicherungskasse aufzulösen, sowohl das Viehversicherungsgesetz als auch die Verordnung zum Viehversicherungsgesetz ausser Kraft getreten.

**Spitalpolitik** Seit dem 1. Januar 2014 besteht eine volle Freizügigkeit in der Spitalwahl zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Diese erlaubt Patientinnen und Patienten beider Kantone unter sämtlichen Listenspitälern in Basel-Stadt und Basel-Landschaft auch bei einer Wahlbehandlung ohne Kostenfolge frei zu wählen. Eine Analyse der Patientenströme in den Nordwestschweizer Kantonen BS, BL, SO und AG vor und nach Einführung der neuen Spitalfinanzierung sowie die Auswirkungen der neuen Freizügigkeit läuft. Ferner verabschiedete der Regierungsrat die Spitalliste für die Jahre 2015 - 2017.

**Qualitätssicherung** Das Projekt „Schnittstellenmanagement im stationären Spitalbereich“ wurde mit der Fertigstellung eines Leitbildes abgeschlossen. Die Erkenntnisse fanden Eingang in die neuen Leistungsvereinbarungen mit den Spitälern für die Jahre 2015 - 2017. Im Langzeitpflegebereich konnte das neue Qualitätsinstrument „Qualivista“ weiter etabliert werden. Sämtliche Aufsichtsbesuche in Pflegeheimen werden nach neuem Muster durchgeführt.

**Pflegeheime** Im Rahmen der Angebotserweiterung bei den Pflegeheimplätzen konnten folgende Pflegeheimbauten in Betrieb genommen werden: Senevita Gellertblick (Januar 2014), Burgfelderhof (April 2014), Gellerthof (Bethesda Alterszentrum AG; Juli 2014) und Senevita Erlenmatt (Dezember 2014). Der Erweiterungsbau des Pflegeheims Wendelin in Riehen konnte im September 2014 eröffnet werden. Der Neubau des Pflegeheims Adullam Riehen, welcher im September 2013 begonnen, wurde erfolgreich weitergeführt und soll im Jahr 2015 eröffnet werden. Die Planung sowie Finanzierung der Projekte Demenzheim Marthastift (rund 100 Plätze im psychogeriatrischen sowie im Demenzbereich) und Neubau des Pflegeheims Humanitas in Riehen wurden weiterentwickelt.

**Zusammenarbeit am Oberrhein** Während der Jahre 2014 - 2016 nimmt der Kanton Basel-Stadt das Präsidium der „Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik“ der trinationalen Oberrheinkonferenz wahr. An drei Arbeitssitzungen konnte die Zusammenarbeit und Beziehung der drei Länder Deutschland,

## Finanzen

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Erfolgsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
30 Personalaufwand	-676.8	-693.7	-735.8	-43.1	-43.7	-44.3	93.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-330.6	-340.0	-374.8	-15.1	-15.3	-15.8	95.3
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-3.7	-3.2	-3.4	-0.5	-0.6	-0.7	79.7
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.0	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-194.8	-202.4	-214.1	-512.2	-516.2	-508.2	<-100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-1'205.9</b>	<b>-1'239.4</b>	<b>-1'328.1</b>	<b>-570.9</b>	<b>-575.8</b>	<b>-569.0</b>	<b>54.1</b>
40 Fiskalertrag	0.6	0.7	0.7	-0.0	0.0	0.0	-100.0
42 Entgelte	651.5	674.3	757.3	19.4	19.6	19.6	-97.1
43 Verschiedene Erträge	3.2	4.7	0.4	0.1	0.0	0.1	-98.6
46 Transferertrag	67.8	65.7	66.0	1.5	2.6	3.0	-95.5
<b>Betriebsertrag</b>	<b>723.2</b>	<b>745.4</b>	<b>824.3</b>	<b>21.0</b>	<b>22.3</b>	<b>22.6</b>	<b>-97.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-482.7</b>	<b>-494.0</b>	<b>-503.8</b>	<b>-549.9</b>	<b>-553.6</b>	<b>-546.4</b>	<b>-10.6</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-35.3	-28.7	-34.2	-0.4	-0.5	-0.5	98.3
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	-0.5	n.a.
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
<b>Abschreibungen</b>	<b>-35.3</b>	<b>-28.7</b>	<b>-34.2</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.6</b>	<b>-1.0</b>	<b>96.5</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-517.9</b>	<b>-522.7</b>	<b>-538.0</b>	<b>-550.3</b>	<b>-554.1</b>	<b>-547.4</b>	<b>-4.7</b>
34 Finanzaufwand	-2.2	-21.8	-0.2	-0.0	-0.0	-0.0	99.9
44 Finanzertrag	2.0	2.5	2.5	0.0	0.0	0.0	-99.5
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.2</b>	<b>-19.3</b>	<b>2.3</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>99.9</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-518.1</b>	<b>-542.0</b>	<b>-535.7</b>	<b>-550.3</b>	<b>-554.2</b>	<b>-547.4</b>	<b>-1.0</b>
davon Funktionen:							
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	-0.3	-0.3	-0.0	0.0	n.a.
2 Bildung	0.0	0.0	0.0	-95.5	-74.3	-71.9	n.a.
4 Gesundheit	0.0	0.0	-450.3	-392.0	-414.6	-410.4	n.a.
5 Soziale Sicherheit	0.0	0.0	-84.6	-61.3	-64.3	-64.1	n.a.
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
8 Volkswirtschaft	0.0	0.0	-0.4	-1.1	-0.9	-1.0	n.a.

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Investitionsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
Ausgaben Grossinvestitionen	-32.5	-31.4	-41.9	-0.4	-0.8	-1.2	96.1
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.8	-0.5	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	-10.4	-13.2	n.a.
Einnahmen Grossinvestitionen	19.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.2	0.8	0.0	0.1	0.0	0.0	-100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-12.9</b>	<b>-30.6</b>	<b>-41.9</b>	<b>-0.3</b>	<b>-12.0</b>	<b>-14.9</b>	<b>51.4</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-12.9</b>	<b>-30.6</b>	<b>-41.9</b>	<b>-0.3</b>	<b>-12.0</b>	<b>-14.9</b>	<b>51.4</b>

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	5'027.8	5'135.1	5'186.1	305	310.6	311.2	1
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	4'969.6	5'022.1	5'172.0	291.0	290.9	289.8	
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	29	32	31	33	32	36	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	163	183	190	23	23	19	2

**Kommentar**

- 1 Ab 2012 entfallen bei den Vollzeitstellen aufgrund ihrer Verselbständigung die Stellen der öffentlichen Spitäler (Universitätsspital, Universitäre Psychiatrische Kliniken, Felix Platter-Spital).
- 2 Ab 2012 entfallen die Lehrstellen bei den öffentlichen Spitälern.

Frankreich und Schweiz im Bereich Gesundheits- und Versorgungsfragen weiter vertieft und gefestigt werden. Ferner hat die Arbeitsgruppe eine vom deutschen Bundesministerium für Gesundheit initiierte und finanzierte deutsch-französisch-schweizerische Konferenz mitgestaltet. Diese fand am 17./18. November 2014 in Baden-Baden unter dem Titel „Gesundheitsversorgung ohne Grenzen“ statt. Die Konferenz hat neben konkreten Projektbeispielen die Schwierigkeiten, aber auch Erfolgsfaktoren der grenzüberschreitenden Gesundheitskooperation identifiziert und dadurch wichtige Impulse für eine vertiefte Zusammenarbeit gesetzt. Nachfolgend wird geprüft, inwiefern im Rahmen eines INTERREG-Projekts, eine Struktur zur Generierung von Gesundheits- und Versorgungsdaten implementiert werden kann. Ebenfalls angelaufen ist eine durch die Arbeitsgruppe initiierte Studie zum Fachkräftemangel im Gesundheitswesen am Oberrhein.

Das grenzüberschreitende Pilotprojekt GRÜZ zwischen dem Landkreis Lörrach und den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde um weitere vier Jahre (2015 - 2018) verlängert. Während dieser Zeit wird auf Bundesebene eine gesetzliche Lösung gesucht, die unbefristete grenzüberschreitende Kooperationen ermöglichen sollen.

Link: [www.gruez.ch](http://www.gruez.ch)

**Suchtpolitik** Mit Blick auf die laufenden Veränderungen im Suchtbereich des Kantons Basel-Stadt wurden im Berichtsjahr als Schwerpunkte die Themen Jugend und Sucht, Alter und Sucht, neue Abhängigkeitserkrankungen (z.B. Internet-, Kauf- oder Glücksspielsucht) und Tabakprävention weiterverfolgt. Dazu wurden Präventionsmassnahmen und Projekte evaluiert, die Vernetzung und Zusammenarbeit der beteiligten Akteure gestärkt sowie die Planung und Entwicklung weiterer bedarfsorientierter Massnahmen vorgenommen. Ferner wurden der Betrieb der seit November 2013 neu eröffneten Kontakt- und Anlaufstelle am Dreispitz evaluiert und wo nötig Abläufe und Massnahmen angepasst.

**Basel 55+** Im Berichtsjahr standen vier Schwerpunkte im Vordergrund. Einerseits ging es um die wohnortnahe Vermittlung des Informations- und Beratungsangebots für die Betroffenen. Andererseits wurde überprüft, wie älteren Menschen im Kanton, die ihre angestammte Wohnsituation unfreiwillig verlassen und im hohen Alter auf Wohnungssuche gehen müssen, unterstützt werden können. Weiter wurde evaluiert, wie die Selbsthilfe, die Hilfe und Pflege zu Hause sowie die Entlastung von Familien und Angehörigen in dieser Aufgabe bedarfsgerecht gefördert werden können. Schliesslich soll Café Bâalance neben den bestehenden 10 Standorten weiter zu einem flächendeckenden Angebot im Kanton Basel-Stadt ausgebaut werden.

**Atomfreie Energiepolitik in Basel-Stadt** Der Kanton Basel-Stadt setzte sich aktiv in der Interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Notfallschutzmassnahmen bei Extremereignissen in der Schweiz (IDA NOMEX) für den Schutz der Bevölkerung im Falle eines atomaren Ereignisses in der Grössenordnung der nuklearen Katastrophe in Fukushima ein. So hat sich der Kanton bei der Revision der Jodtablettenverordnung erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Tabletten neu in einem Umkreis von 50 Km um ein Kernkraftwerk verteilt werden. In diesem Umkreis befindet sich auch der Kanton Basel-Stadt. Die Verteilung der Jodtabletten an alle Haushalte konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

**One Health** Die Lebensqualität von Mensch und Tier nach der Philosophie von One Health - welche die Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen Mensch, Tier und Umwelt, welche sich in der Gesundheit niederschlagen, berücksichtigt - steht im Fokus unseres Handelns. Um den inter- und transdisziplinären Austausch von Expertinnen und Experten unterschiedlicher Fachrichtungen und das Arbeiten an den Schnittstellen zu gewährleisten, wurden in der Veranstaltungsreihe „One Health am Mittag“ die Themen „Die Tigermücke - Eine Herausforderung für die Schweiz: Situation und Handlungsbedarf“, „Verzahnte Gesundheit – Wechselwirkungen zwischen Zahngesundheit und Allgemeingesundheit“ und „Tiergestützte Aktivitäten in der Rehabilitation und bei Seniorinnen und Senioren“ behandelt.

**Koordination Raumplanung und Störfallvorsorge** Die Koordination der Raumplanung mit der Störfallvorsorge hat für den Kanton Basel-Stadt einen hohen Stellenwert, da drei grosse Transitgüterbahnlinien (Elsässerbahn, Hochrheinstrecke und deutsche Anbindung an NEAT) das Kantonsgebiet durchqueren und sich weiterhin störfallrelevante Anlagen in Basel-Stadt befinden. Mit der Koordination soll sichergestellt werden, dass zum einen die Siedlungsentwicklung an zweckmässigen Standorten gewährleistet werden kann, ohne die Sicherheit der Bevölkerung zu gefährden und dass zum anderen der Betrieb von risikorelevanten Anlagen je nach öffentlichem Interesse langfristig gesichert werden kann. An den Verkehrsknotenpunkten Badischer Bahnhof und Basel SBB braucht es zusätzlich zur Koordination künftig unter anderem eine konsequente Entflechtung des Personen- und Güterverkehrs. Der Kanton bemüht sich in Koordination mit den Basler Bundesparlamentariern um Lösungen beim Bund.

### 2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement umfasst die Kantonspolizei Basel-Stadt, die Rettung Basel-Stadt, den Bereich Bevölkerungsdienste und Migration, die Bereiche Recht und Services sowie das Generalsekretariat. Dem Departement administrativ zugeordnet ist die Staatsanwaltschaft.

#### Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

**Aufstockung der Kantonspolizei** Die vom Regierungsrat im Frühjahr 2011 beschlossene stufenweise Aufstockung des Korps um insgesamt 45 Stellen wurde im Berichtsjahr plangemäss weitergeführt. Von den 2014 neu geschaffenen elf Stellen sind zehn dem Einsatzelement Brennpunkte und eine dem Community Policing zugutegekommen. Namentlich durch das Einsatzelement Brennpunkte verstärkt die Kantonspolizei ihre Präsenz in der Innenstadt und in den Quartieren.

**Projekt UMIS** Das Projekt Umbau und Instandsetzung des Spiegelhofes (UMIS) zielt zum einen darauf ab, die Einsatzzentrale der Kantonspolizei und die Führungsräumlichkeiten der Kantonalen Krisenorganisation am Standort Spiegelhof gemäss den Kriterien der Lifeline-Gebäude erdbebentüchtig zu machen. Im gleichen Zug sollen die beiden heute räumlich getrennten Zentralen der Kantonspolizei – die Einsatz- und die Verkehrsleitzentrale – zusammengeführt und auf den neusten Stand der Technik gebracht und die betrieblichen Abläufe optimiert werden. Im Jahr 2014 wurde das Vorprojekt erarbeitet.

**Erdbebenertüchtigung Hebelstrasse 51/53** Da der Sitz der Sanität Basel an der Hebelstrasse 51/53 als Lifeline-Bauwerk eingestuft worden ist, soll die Liegenschaft erdbebenertüchtigt werden. Im gleichen Zug soll der Innenhof überdacht werden, dies als Lärmschutzmassnahme. Nach Abschluss des Vorprojektes wurden die Arbeiten für das Bauprojekt gestartet.

**Technische Vereinheitlichung Einsatzleitsystem** Das Justiz- und Sicherheitsdepartement will seine heutigen Einsatzzentralen (EZ) – jene der Kantonspolizei, der Feuerwehr und der Sanität – künftig auf dem gleichen System betreiben. Die EZ der Kantonspolizei und der Feuerwehr sind bereits auf dem gleichen System, die EZ der Sanität soll eingebunden werden. Das grosse und komplexe Projekt läuft seit 2013. Im Jahr 2014 sind die technischen Detailspezifikationen der betrieblichen Anforderungen der Sanität Basel erarbeitet worden. Das Projekt verläuft nach Plan.

**Gerichtsorganisationsgesetz** Die Totalrevision des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft ist ein wichtiges mehrjähriges Gesetzesvorhaben des Justiz- und Sicherheitsdepartementes. Im Berichtsjahr erfolgten die öffentliche Vernehmlassung und die Überweisung des Ratschlags durch den Regierungsrat an den Grossen Rat. Die Beratungen in der zuständigen Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates wurden im Berichtsjahr aufgenommen.

**Gefährdungsanalyse** Die im Jahr 2008 initiierte Gefährdungsanalyse befindet sich in der dritten und letzten Phase. Im Berichtsjahr formulierte die Kantonale Krisenorganisation weitere Massnahmen, um die in der Analyse identifizierten Defizite zu beheben.

**Erdbebenvorsorge** Gestützt auf einen Grossratsbeschluss vom Dezember 2011 werden bis 2015 die vier bestehenden Stationen für das Starkerdbebenmessnetz ersetzt und drei zusätzliche Stationen errichtet. Zudem werden den Fachleuten die Grundlagen für den Vollzug der Baunormen, der Erdbebenertüchtigung von lebenswichtigen Gebäuden wie Spitälern und der Katastrophenvorsorge verfügbar gemacht.

**Anbau Bässlergut** Im 2014 wurde das Vorprojekt zur Schaffung von 78 Plätzen für den Vollzug kurzer Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen sowie den Neubau für die Diensthundegruppe der Kantonspolizei erarbeitet. Dieses bildet die Basis des Ratschlags für den erforderlichen Baukredit, der 2015 dem Grossen Rat unterbreitet werden soll.

**Zusatzstation im Untersuchungsgefängnis** Zur Schaffung zusätzlicher Kapazitäten wurde im Berichtsjahr der bisherige Spazierhof 5 in eine weitere Insassenstation mit neun Zellenplätzen umgebaut und der neue Spazierhof ein Obergeschoss höher angesiedelt.

**Finanzen**

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Erfolgsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
30 Personalaufwand	-207.9	-211.5	-213.9	-216.2	-223.2	-227.6	-7.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-74.7	-80.3	-93.0	-105.3	-110.9	-122.7	-52.8
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.6	-1.5	-1.9	-1.8	-1.5	-1.3	14.2
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	-0.1	-0.1	-0.2	0.0	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-2.2	-2.5	-5.5	-5.2	-4.8	-14.1	<-100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-286.5</b>	<b>-295.8</b>	<b>-314.4</b>	<b>-328.7</b>	<b>-340.4</b>	<b>-365.6</b>	<b>-23.6</b>
40 Fiskalertrag	30.8	30.8	31.0	-0.0	0.0	0.0	-100.0
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
42 Entgelte	81.8	84.2	90.9	99.2	98.1	101.7	20.9
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.4	0.3	0.2	0.0	0.0	-100.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.0	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	3.4	3.6	3.9	4.5	5.7	20.0	>100.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>116.4</b>	<b>119.1</b>	<b>126.1</b>	<b>104.0</b>	<b>103.8</b>	<b>121.7</b>	<b>2.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-170.1</b>	<b>-176.7</b>	<b>-188.3</b>	<b>-224.7</b>	<b>-236.6</b>	<b>-243.9</b>	<b>-38.0</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-5.9	-5.8	-5.1	-4.7	-4.2	-5.6	4.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	1.5	0.0	0.0	0.0	-0.4	-0.5	n.a.
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.6	0.6	n.a.
<b>Abschreibungen</b>	<b>-4.4</b>	<b>-5.8</b>	<b>-5.1</b>	<b>-4.7</b>	<b>-4.1</b>	<b>-5.5</b>	<b>5.6</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-174.5</b>	<b>-182.5</b>	<b>-193.3</b>	<b>-229.4</b>	<b>-240.7</b>	<b>-249.4</b>	<b>-36.7</b>
34 Finanzaufwand	-0.3	-0.5	-0.4	-0.4	-0.8	-0.4	13.4
44 Finanzertrag	0.2	0.1	0.2	0.5	0.3	0.1	21.8
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.1</b>	<b>-0.5</b>	<b>-0.3</b>	<b>18.3</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-174.6</b>	<b>-182.9</b>	<b>-193.5</b>	<b>-229.3</b>	<b>-241.1</b>	<b>-249.7</b>	<b>-36.5</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	-17.3	-18.4	-19.4	-21.5	n.a.
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	-173.0	-207.2	-218.1	-224.3	n.a.
4 Gesundheit	0.0	0.0	-3.2	-3.7	-3.7	-3.9	n.a.

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Investitionsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
Ausgaben Grossinvestitionen	-2.0	-4.0	-1.9	-2.3	-4.1	-3.4	15.5
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.0	-0.8	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.0	0.0	0.0	0.0	-1.8	-1.0	n.a.
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-0.4</b>	<b>-4.0</b>	<b>-1.9</b>	<b>-2.3</b>	<b>-7.8</b>	<b>-5.2</b>	<b>-30.5</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-0.4</b>	<b>-4.0</b>	<b>-1.9</b>	<b>-2.3</b>	<b>-7.8</b>	<b>-5.2</b>	<b>-30.5</b>

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	1'579.4	1'598.8	1'611.2	1'630.0	1'657.0	1'680.0	<sup>1</sup>
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	1'495.0	1'522.0	1'573.1	1'572.0	1'633.3	1'629.2	<sup>2</sup>
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	54	48	39	45	58	91	<sup>3</sup>
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	24	25	26	24	21	23	

**Kommentar**

- 1 Von 2012 bis 2014 sind vor allem der stufenweise Ausbau des Polizeibestands und der Mehrbedarf an Sicherheitsassistentinnen im Zusammenhang mit der neuen Parkraumbewirtschaftung berücksichtigt.
- 2 Die Abweichung zwischen Plafond und Headcount ist grösstenteils auf offene Stellen bei der Kantonspolizei und bei der Rettung zurückzuführen. Die Anzahl in Ausbildung stehender Aspirantinnen und Aspiranten beträgt per Ende 2014 68 (Kantonspolizei), 12 (Sanität) und 8 (Feuerwehr).
- 3 2014 nahmen namentlich die Schriftlichen Anfragen eines fraktionslosen Grossratsmitglieds zu.



### 2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) ist verantwortlich für die Themen Soziale Sicherheit und Kindes- und Erwachsenenschutz, Volkswirtschaft und Arbeitsmarkt, Umwelt und Energie sowie Schifffahrt und Luftfahrt. Die Leistungen der allgemeinen Verwaltung, wie Führungsunterstützung und Kommunikation, werden im Generalsekretariat erbracht.

#### Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

**Flankierende Massnahmen zu den Bilateralen Verträgen Schweiz - EU** Die Arbeitsmarktbeobachtung im Rahmen der flankierenden Massnahmen zu den Bilateralen Verträgen Schweiz - EU sowie die Schwarzarbeitsbekämpfung bildeten wiederum einen Schwerpunkt. Die Kontrollvorgaben gemäss den Leistungsvereinbarungen mit dem Bund wurden erfüllt. Dank der guten Zusammenarbeit mit den Paritätischen Kommissionen und der Baustellenkontrolle Basel BASKO konnten die Verfahren weiter optimiert und die Sanktionsverfahren beschleunigt werden. Die tripartite Kommission Basel-Stadt, zusammengesetzt aus Vertretungen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Verwaltung, ist zuständig für die Arbeitsmarktbeobachtung, gegebenenfalls für die Einleitung von geeigneten Massnahmen wie Anträge auf erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von kantonalen Gesamtarbeitsverträgen oder den Erlass von Normalarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen. Die kantonalen Behörden sind zuständig für das Meldeverfahren und die Sanktionierung. Die Paritätischen Kommissionen und die Baustellenkontrolle nehmen die Kontrollen vor und melden vermutete Verstösse gegen die Entsendegesetzgebung an die kantonalen Behörden.

**Zugang zu Notwohnungen** Aktuell stehen im Kanton ca. 140 Notwohnungen zur Verfügung. Sie werden befristet an obdachlos gewordene oder von Obdachlosigkeit bedrohte Familien mit Kindern vermietet, die ihren Wohnsitz seit mindesten zwei Jahren in Basel-Stadt hatten. Da der Bedarf an Unterbringungsplätzen für Asylsuchende nach wie vor sehr hoch ist, wurden auch im Berichtsjahr einige der Notwohnungen dem Migrationsbereich zur Verfügung gestellt. Obwohl die Notwohnungen zur Überbrückung von Notsituationen gedacht sind, werden die Angebote häufig über einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen. Aus diesem Grund prüft der Notwohnbereich eine konzeptionelle Überarbeitung der Praxis. Die für das Berichtsjahr geplante umfassende Strategie für den Notwohnbereich konnte mangels Wohnungen noch nicht abgeschlossen werden. In Zusammenarbeit mit Immobilien Basel-Stadt bemühte sich die Sozialhilfe um die Akquirierung von neuen Liegenschaften. Mit dem Ausbau des Dachstockes mehrerer Liegenschaften an der Theodor Herzl-Strasse konnten per Ende Berichtsjahr 24 neue Wohnungen geschaffen werden, weitere acht folgen 2015. Darunter sind auch einige Einzimmerwohnungen, mit welchen das seit längerem geplante Pilotprojekt Notwohnungen für Einzelpersonen Anfang 2015 gestartet werden kann.

**Projekt WieseVital** Im Berichtsjahr konzentrierten sich die Arbeiten auf die Bereinigung des definitiven Projekts, welches dem Grossen Rat vorgelegt werden soll. Der Regierungsrat behandelte im Februar einen ersten Projektvorschlag, beschloss aber mit Blick auf die Kosten die Prüfung und Ausarbeitung einer zusätzlichen, redimensionierten Variante, bei der keine Massnahmen für den Grundwasserschutz erforderlich sind. Diese Variante sieht eine Gerinneverbreiterung und -strukturierung innerhalb der bestehenden Hochwasserschutzdämme vor. Dadurch wird das Gewässer stark aufgewertet, und es darf daher mit Bundessubventionen gerechnet werden. Der Vorteil der Variante liegt darin, dass keine grösseren Eingriffe in das Grundwasser erfolgen müssen. Dadurch kommt es nicht zu einer Verschlechterung der Grundwasserqualität und auch nicht zu einer Beeinträchtigung der Trinkwassersicherheit. Der Regierungsrat hat Anfang 2015 entschieden, welche Variante weiterverfolgt werden soll.

**Verstärkter Gewässerschutz** Der Grosse Rat bewilligte am 11. Dezember 2013 einstimmig den Kredit für die Ausarbeitung des Projekts für den Bau einer Anlage zur Reduktion von Stickstoffverbindungen, zur Reduktion von Mikroverbindungen und zum Bau einer Faulung in der kommunalen Kläranlage ARA der ProRheno AG. Der Kredit beträgt gesamthaft 13'100'000 Franken, wovon 10'800'000 vom Kanton Basel-Stadt getragen werden und 2'300'000 Franken vom Kanton Basel-Landschaft. Der Landrat bewilligte den Anteil des Partnerkantons am 30. Januar 2014. Im Berichtsjahr wurde

**Finanzen**

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Erfolgsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
30 Personalaufwand	-91.5	-98.1	-98.1	-101.0	-106.1	-111.7	-13.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-49.2	-50.1	-58.1	-57.1	-56.8	-55.9	-11.7
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	30.7
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-26.7	-22.7	-22.4	-23.8	0.0	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-495.5	-510.7	-539.3	-578.3	-623.9	-693.8	-35.9
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-663.1</b>	<b>-681.7</b>	<b>-718.0</b>	<b>-760.2</b>	<b>-786.9</b>	<b>-861.6</b>	<b>-26.4</b>
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	10.4	10.4	>100.0
42 Entgelte	82.6	88.1	90.6	88.7	116.8	161.3	83.0
43 Verschiedene Erträge	3.1	1.2	2.8	0.2	0.0	1.8	49.9
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	7.6	9.2	12.5	15.3	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	175.1	173.9	177.9	193.7	190.2	188.7	8.5
<b>Betriebsertrag</b>	<b>268.4</b>	<b>272.5</b>	<b>283.7</b>	<b>297.9</b>	<b>317.4</b>	<b>362.2</b>	<b>32.9</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-394.6</b>	<b>-409.2</b>	<b>-434.3</b>	<b>-462.3</b>	<b>-469.4</b>	<b>-499.3</b>	<b>-22.0</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-3.6	-3.4	-3.5	-2.8	-5.3	-4.9	-44.5
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.8	-2.0	-0.7	-1.1	-0.9	-1.1	42.5
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
<b>Abschreibungen</b>	<b>-4.4</b>	<b>-5.3</b>	<b>-4.3</b>	<b>-3.9</b>	<b>-6.2</b>	<b>-6.0</b>	<b>-11.8</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-399.1</b>	<b>-414.6</b>	<b>-438.6</b>	<b>-466.2</b>	<b>-475.6</b>	<b>-505.3</b>	<b>-21.9</b>
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.0	-0.0	77.1
44 Finanzertrag	1.1	1.1	1.3	1.7	1.8	0.0	-98.8
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.9</b>	<b>0.9</b>	<b>1.1</b>	<b>1.5</b>	<b>1.8</b>	<b>-0.0</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-398.1</b>	<b>-413.6</b>	<b>-437.5</b>	<b>-464.7</b>	<b>-473.8</b>	<b>-505.4</b>	<b>-22.2</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	-8.3	-9.6	-9.7	-10.7	n.a.
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	-8.1	-9.2	-11.3	-16.3	n.a.
5 Soziale Sicherheit	0.0	0.0	-430.5	-455.1	-456.5	-479.0	n.a.
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0.0	0.0	2.4	2.2	-0.5	-0.5	n.a.
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.0	0.0	3.2	8.0	5.3	5.5	n.a.
8 Volkswirtschaft	0.0	0.0	3.9	-0.9	-1.1	-4.2	n.a.

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Investitionsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
Ausgaben Grossinvestitionen	-5.1	-1.7	-1.3	-1.7	-1.4	-1.3	21.9
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.3	-0.5	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.0	-2.4	-1.2	-1.5	-0.9	-1.1	52.3
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.5	0.6	0.5	0.4	0.0	0.0	-100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-5.6</b>	<b>-3.5</b>	<b>-2.0</b>	<b>-2.8</b>	<b>-2.7</b>	<b>-2.9</b>	<b>16.7</b>
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	-1.0	1.0	0.0	0.0	n.a.
<b>Veränderungen Darlehen, Beteiligungen</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-1.0</b>	<b>1.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-5.6</b>	<b>-3.5</b>	<b>-3.0</b>	<b>-1.8</b>	<b>-2.7</b>	<b>-2.9</b>	<b>16.7</b>

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	585.9	639.0	639.75	678.17	681.9	682.2
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	575.0	617.1	618.58	657.93	668.4	672.3
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	78	50	55	56	70	59
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	32	32	37	31	37	40

die geplante Pilotanlage mit Industrieabwasser und Abwasser ARA Basel erstellt, sie läuft stabil. Die Versuche mit Ozon und Aktivkohle zur Reduktion der Mikroverunreinigungen sind noch im Gang. Abgeschlossen ist die Submission für die Ingenieurleistungen zur Projektierung. Am 20. August startete die Projektierung.

### **2.3.8 Gerichte**

Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen wie z.B. Zivil-, Straf-, Verwaltungsrecht; Abwicklung von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag. Die Gerichte sind aufgeteilt in erstinstanzliche Gerichte und ein zweitinstanzliches Gericht.

#### **Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen**

Im Jahr 2014 wurden die Erhebungen im Rahmen der Begutachtung der Geschäftslast der Gerichte beendet. Die Experten haben daraufhin ihre Auswertung zwecks Verfassung des Schlussberichts vorgenommen. Dieser ist auf Frühjahr 2015 zu erwarten. Im Hinblick auf die Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes haben die Gutachter bereits im Herbst 2014 eine Empfehlung zu Händen der zuständigen Kommission des Grossen Rates (JSSK) abgegeben.

**Finanzen**

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Erfolgsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
30 Personalaufwand	-35.3	-36.1	-38.0	-38.8	-40.2	-40.6	-12.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-17.2	-18.2	-18.3	-19.9	-24.0	-21.4	-17.7
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-0.0	-0.0	89.2
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-52.5</b>	<b>-54.3</b>	<b>-56.3</b>	<b>-58.8</b>	<b>-64.2</b>	<b>-62.0</b>	<b>-14.2</b>
42 Entgelte	31.0	30.8	24.5	24.3	25.6	28.4	-7.7
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>31.0</b>	<b>30.8</b>	<b>24.5</b>	<b>24.3</b>	<b>25.6</b>	<b>28.4</b>	<b>-7.7</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-21.5</b>	<b>-23.6</b>	<b>-31.8</b>	<b>-34.4</b>	<b>-38.6</b>	<b>-33.6</b>	<b>-42.7</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.4	-0.6	-0.6	-0.4	0.0	0.0	100.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.6</b>	<b>-0.6</b>	<b>-0.4</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>100.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-21.9</b>	<b>-24.2</b>	<b>-32.4</b>	<b>-34.9</b>	<b>-38.6</b>	<b>-33.6</b>	<b>-38.9</b>
34 Finanzaufwand	-1.5	-1.7	-1.3	-0.1	-0.1	-0.1	96.7
44 Finanzertrag	0.3	0.4	0.1	0.0	0.1	0.1	-80.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-1.2</b>	<b>-1.3</b>	<b>-1.2</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-23.1</b>	<b>-25.5</b>	<b>-33.6</b>	<b>-34.9</b>	<b>-38.6</b>	<b>-33.6</b>	<b>-31.9</b>
davon Funktionen:							
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	-33.6	-34.9	-38.6	-33.6	n.a.

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Investitionsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
Ausgaben Grossinvestitionen	-1.8	0.2	-0.2	0.0	0.0	0.0	-100.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-1.8</b>	<b>0.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-1.8</b>	<b>0.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-100.0</b>

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Plafonds)	%	228.7	228.7	235.4	239.4	245.6	245.6
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	224.0		234.8	236.3	239.4	243.4

### **2.3.9 Behörden und Parlament**

**Finanzen**

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
<b>Erfolgsrechnung in Mio. Franken</b>	2009	2010	2011	2012	2013	2014	R14/R10
30 Personalaufwand	-6.2	-6.6	-6.8	-5.5	-7.0	-7.6	-15.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1.7	-1.5	-1.7	-2.9	-2.4	-2.0	-33.2
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-7.9</b>	<b>-8.1</b>	<b>-8.5</b>	<b>-8.4</b>	<b>-9.4</b>	<b>-9.6</b>	<b>-18.8</b>
42 Entgelte	0.2	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	-62.2
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>0.2</b>	<b>0.1</b>	<b>0.1</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-62.3</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-7.7</b>	<b>-8.0</b>	<b>-8.4</b>	<b>-8.4</b>	<b>-9.3</b>	<b>-9.6</b>	<b>-20.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-7.7</b>	<b>-8.0</b>	<b>-8.4</b>	<b>-8.4</b>	<b>-9.3</b>	<b>-9.6</b>	<b>-20.0</b>
34 Finanzaufwand	0.0	-0.0	-0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	20.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>21.4</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-7.7</b>	<b>-8.0</b>	<b>-8.4</b>	<b>-8.3</b>	<b>-9.3</b>	<b>-9.6</b>	<b>-20.0</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	-6.8	-6.7	-7.6	-7.5	n.a.
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	-1.6	-1.7	-1.7	-2.1	n.a.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	29.0	28.3	29.5	29.8	29.8	28.5
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	26.8	27.4	28.7	29.3	28.8	30.7

## 3 Die Jahresrechnung



### 3.1 Erfolgsrechnung

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'126.1	-1'186.0	-1'155.0	31.0	2.6	-28.9	-2.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-451.0	-449.4	-475.1	-25.7	-5.7	-24.2	-5.4
33 Abschreibungen VV	-166.0	-134.6	-173.8	-39.2	-29.2	-7.8	-4.7
35 Einlagen Fonds	-0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.2	100.0
36 Transferaufwand	-1'859.7	-1'842.8	-1'934.5	-91.8	-5.0	-74.9	-4.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-3'602.9</b>	<b>-3'612.8</b>	<b>-3'738.4</b>	<b>-125.7</b>	<b>-3.5</b>	<b>-135.6</b>	<b>-3.8</b>
40 Fiskalertrag	2'481.4	2'528.6	2'619.2	90.6	3.6	137.8	5.6
41 Regalien und Konzessionen	33.4	33.5	17.1	-16.4	-48.9	-16.3	-48.7
42 Entgelte	419.0	351.5	502.2	150.6	42.9	83.1	19.8
43 Verschiedene Erträge	15.0	2.3	22.4	20.2	>100.0	7.4	49.4
45 Entnahmen Fonds	0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.2	-100.0
46 Transferertrag	530.5	531.2	561.1	29.9	5.6	30.7	5.8
<b>Betriebsertrag</b>	<b>3'479.4</b>	<b>3'447.2</b>	<b>3'722.1</b>	<b>274.9</b>	<b>8.0</b>	<b>242.6</b>	<b>7.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-123.4</b>	<b>-165.5</b>	<b>-16.4</b>	<b>149.2</b>	<b>90.1</b>	<b>107.1</b>	<b>86.7</b>
34 Finanzaufwand	-176.1	-135.8	-199.5	-63.7	-46.9	-23.4	-13.3
44 Finanzertrag	384.9	303.6	395.2	91.6	30.2	10.3	2.7
<b>Finanzergebnis</b>	<b>208.8</b>	<b>167.8</b>	<b>195.7</b>	<b>27.9</b>	<b>16.6</b>	<b>-13.2</b>	<b>-6.3</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>85.4</b>	<b>2.2</b>	<b>179.3</b>	<b>177.1</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>93.9</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Total Aufwand</b>	<b>-3'779.0</b>	<b>-3'748.6</b>	<b>-3'938.0</b>	<b>-189.4</b>	<b>-5.1</b>	<b>-159.0</b>	<b>-4.2</b>
<b>Total Ertrag</b>	<b>3'864.4</b>	<b>3'750.8</b>	<b>4'117.3</b>	<b>366.5</b>	<b>9.8</b>	<b>252.9</b>	<b>6.5</b>

#### Kommentar

Die Abweichungen sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Die Details werden im Kapitel Anhang erläutert.

## 3.2 Bilanz

in Mio. Franken		per	per	Abw. R14/R13	
		31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
100	Flüssige Mittel	658.1	904.9	246.9	37.5
101	Forderungen	343.8	338.8	-5.0	-1.4
102	Kurzfristige Finanzanlagen	4.2	147.4	143.2	>100.0
104	Aktive Rechnungsabgrenzung	1'812.2	1'753.3	-58.9	-3.2
106	Vorräte	6.8	6.4	-0.4	-6.4
<b>Finanzvermögen im Umlaufvermögen</b>		<b>2'825.0</b>	<b>3'150.8</b>	<b>325.8</b>	<b>11.5</b>
<b>Total Umlaufvermögen</b>		<b>2'825.0</b>	<b>3'150.8</b>	<b>325.8</b>	<b>11.5</b>
107	Langfristige Finanzanlagen	299.2	203.2	-96.0	-32.1
108	Sachanlagen Finanzvermögen	1'688.1	1'750.8	62.7	3.7
109	Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital	20.8	0.0	-20.8	-100.0
<b>Finanzvermögen im Anlagevermögen</b>		<b>2'008.0</b>	<b>1'954.0</b>	<b>-54.1</b>	<b>-2.7</b>
140	Sachanlagen Verwaltungsvermögen	2'752.4	2'867.2	114.8	4.2
142	Immaterielle Anlagen	12.7	13.6	0.9	6.8
144	Darlehen Verwaltungsvermögen	899.5	892.6	-6.9	-0.8
145	Beteiligungen	1'907.0	1'927.6	20.7	1.1
146	Gegebene Investitionsbeiträge	134.2	142.0	7.9	5.9
<b>Verwaltungsvermögen im Anlagevermögen</b>		<b>5'705.8</b>	<b>5'843.0</b>	<b>137.3</b>	<b>2.4</b>
<b>Total Anlagevermögen</b>		<b>7'713.8</b>	<b>7'797.0</b>	<b>83.2</b>	<b>1.1</b>
<b>Total Aktiven</b>		<b>10'538.8</b>	<b>10'947.8</b>	<b>409.0</b>	<b>3.9</b>
davon Total Finanzvermögen		4'833.1	5'104.8	271.7	5.6
200	Laufende Verbindlichkeiten	-2'746.3	-2'743.2	3.1	0.1
201	Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-1'001.0	-1'408.0	-407.0	-40.7
204	Passive Rechnungsabgrenzung	-214.5	-200.6	13.9	6.5
205	Kurzfristige Rückstellungen	-102.5	-109.8	-7.3	-7.1
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>		<b>-4'064.4</b>	<b>-4'461.6</b>	<b>-397.3</b>	<b>-9.8</b>
206	Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-2'558.0	-2'388.6	169.4	6.6
208	Langfristige Rückstellungen	-130.3	-90.1	40.2	30.9
209	Fonds im Fremdkapital	-114.5	-114.4	0.2	0.2
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>		<b>-2'802.9</b>	<b>-2'593.0</b>	<b>209.8</b>	<b>7.5</b>
<b>Total Fremdkapital</b>		<b>-6'867.3</b>	<b>-7'054.7</b>	<b>-187.4</b>	<b>-2.7</b>
291	Fonds im Eigenkapital	-117.4	-119.8	-2.5	-2.1
292	Rücklagen	-5.4	-7.1	-1.7	-30.8
295	Aufwertungsreserven	-1'348.6	-1'390.9	-42.3	-3.1
296	Neubewertungsreserven	-3.7	0.0	3.7	100.0
299	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	-2'115.1	-2'188.5	-73.4	-3.5
299	Veränderung Fonds im Eigenkapital und Rücklagen	4.0	-7.5	-11.5	<-100.0
299	Gesamtergebnis	-85.4	-179.3	-93.9	<-100.0
<b>Total Eigenkapital</b>		<b>-3'671.5</b>	<b>-3'893.1</b>	<b>-221.5</b>	<b>-6.0</b>
<b>Total Passiven</b>		<b>-10'538.8</b>	<b>-10'947.8</b>	<b>-409.0</b>	<b>-3.9</b>

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr von 10'538.8 Mio. auf 10'947.8 Mio. Franken um 409.0 Mio. Franken oder 3.9% erhöht. Auf der Aktivseite setzt sich diese Zunahme aus der Erhöhung des Finanzvermögens (plus 271.7 Mio. Franken) und der Zunahme des Verwaltungsvermögens (plus 137.3 Mio. Franken) zusammen. Auf der Passivseite liegt diese Zunahme einerseits am Eigenkapital, das sich dank dem erfreulichen Rechnungsergebnis und den letzten Korrekturen aus dem Restatement um 221.5 Mio. Franken erhöht hat und neu 35.6% der Bilanzsumme beträgt. Andererseits hat das Fremdkapital (Bruttoschulden) um 187.4 Mio. Franken zugenommen. Die Nettoschulden (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen) konnten um 84.3 Mio. Franken reduziert werden.

### 3.3 Investitionsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Sachanlagen Grossinvestitionen	-262.6	-354.6	-320.4	34.2	9.7	-57.7	-22.0
Immaterielle Anlagen Grossinvestitionen	-1.3	0.0	-4.9	-4.9	n.a.	-3.6	>100.0
Sachanlagen Kleininvestitionen	-7.0	-4.7	-4.7	0.0	0.0	2.3	32.4
Immaterielle Anlagen Kleininvestitionen	-0.3	-0.3	-0.2	0.1	22.6	0.1	38.5
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-20.4	0.0	-23.9	-23.9	n.a.	-3.6	-17.5
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>-291.6</b>	<b>-359.6</b>	<b>-354.1</b>	<b>5.5</b>	<b>1.5</b>	<b>-62.4</b>	<b>-21.4</b>
Übertragung von Anlagen ins FV	112.7	0.0	1.7	1.7	n.a.	-111.0	-98.5
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	22.4	11.0	36.9	25.9	>100.0	14.6	65.2
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>135.1</b>	<b>11.0</b>	<b>38.6</b>	<b>27.6</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>-96.5</b>	<b>-71.4</b>
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-156.5</b>	<b>-348.6</b>	<b>-315.5</b>	<b>33.1</b>	<b>9.5</b>	<b>-159.0</b>	<b>&gt;100.0</b>
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-185.7	-27.2	-13.4	13.8	50.7	172.3	92.8
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	94.7	0.0	58.5	58.5	n.a.	-36.2	-38.2
<b>Veränderung Darlehen, Beteiligungen</b>	<b>-91.0</b>	<b>-27.2</b>	<b>45.1</b>	<b>72.3</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>136.1</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-247.6</b>	<b>-375.8</b>	<b>-270.3</b>	<b>105.5</b>	<b>28.1</b>	<b>-22.8</b>	<b>-9.2</b>

Bei Investitionsausgaben von 354.1 Mio. Franken und Investitionseinnahmen von 38.6 Mio. Franken betragen die Nettoinvestitionen 315.5 Mio. Franken für das Jahr 2014. Unter Berücksichtigung der Position Veränderung Darlehen, Beteiligungen von 45.1 Mio. Franken beläuft sich der Saldo der Investitionsrechnung auf 270.3 Mio. Franken.

Die gesamten Bruttoausgaben für Investitionen (Sachanlagen Grossinvestitionen) betragen 320.4 Mio. Franken und liegen damit um 34.2 Mio. Franken (9.7%) unter dem Budget 2014 resp. 57.7 Mio. Franken (22%) über der Rechnung 2013. Die Unterschreitung gegenüber dem Budget basiert u.a. auf mehreren nur im reduzierten Umfang realisierten oder auf noch nicht umgesetzten Vorhaben. Hier spielen zum Beispiel Einsparungen, aber auch zu optimistische Budgetierungen eine Rolle.

Zu den Investitionseinnahmen zählen die Übertragungen von Anlagen von 1.7 Mio. Franken sowie erhaltene Grossinvestitionsbeiträge von 36.9 Mio. Franken. Die erhaltenen Grossinvestitionsbeiträge beinhalten insbesondere Beiträge von Privaten in der Höhe von 21.1 Mio. Franken (davon 13.4 Mio. Franken von der Laurenz-Stiftung), Bundesbeiträge von 15.2 Mio. Franken, Beiträge von eigenen Anstalten von 0.2 Mio. Franken sowie Kantonsbeiträge vom Kanton Basel-Landschaft von 0.4 Mio. Franken.

Per Saldo zeigt die Rechnung 2014 bei den Veränderungen Darlehen und Beteiligungen eine Zunahme von 45.1 Mio. Franken. Zu nennen ist hier vor allem die Ausgabe für das Darlehen an die Universität für den Neubau des Biozentrums von 12.0 Mio. Franken. Einnahmenseitig reduziert sich der Vorschuss an die Pensionskassen-Destinatäre aufgrund der laufenden Regelung um 55.3 Mio. Franken. Des Weiteren wurde das Darlehen an die BVB um 2.6 Mio. Franken amortisiert.

## 3.4 Geldflussrechnung

in Mio. Franken	Rechnung	Rechnung	Abw. R14/R13	
	2013	2014	abs.	%
Gesamtergebnis	85.4	179.3	93.9	>100.0
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen	81.6	5.0	-76.7	-93.9
+/- Abnahme/Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung	-106.3	58.9	165.1	>100.0
+/- Abnahme/Zunahme Vorräte	-0.3	0.4	0.8	>100.0
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen gegenüber Fonds im FK	1.4	20.8	19.4	>100.0
+/- Zunahme/Abnahme laufende Verbindlichkeiten	135.1	-3.1	-138.2	<-100.0
+/- Zunahme/Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	19.9	-13.9	-33.8	<-100.0
+/- Zunahme/Abnahme Fonds im Fremdkapital	6.4	-0.2	-6.6	<-100.0
+/- Bildung/Auflösung Rückstellungen kurzfristig	8.7	7.3	-1.4	-16.4
+/- Bildung/Auflösung Rückstellungen langfristig	-37.7	-40.2	-2.5	-6.7
+ Abschreibungen Grossinvestitionen VV	161.1	168.2	7.1	4.4
+ Abschreibungen Kleininvestitionen VV	4.9	5.6	0.7	14.7
+ Abschreibungen Investitionsbeiträge	9.3	11.1	1.8	19.6
- Auflösung Investitionsbeiträge	-8.6	-12.1	-3.5	-40.6
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Darlehen VV	2.5	4.3	1.8	71.0
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Beteiligungen VV	10.3	0.0	-10.3	-100.0
Verlust/Gewinn aus Verkehrswertanp. Sachanlagen FV (nicht realisiert)	-18.9	-39.8	-20.8	<-100.0
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen	73.2	94.9	21.7	29.6
<b>= Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit</b>	<b>428.0</b>	<b>446.4</b>	<b>18.4</b>	<b>4.3</b>
- Ausgaben Sachanlagen Grossinvestitionen	-262.6	-320.4	-57.7	-22.0
- Ausgaben immaterielle Anlagen Grossinvestitionen	-1.3	-4.9	-3.6	<-100.0
- Ausgaben Sachanlagen Kleininvestitionen	-7.0	-4.7	2.3	32.4
- Ausgaben immaterielle Anlagen Kleininvestitionen	-0.3	-0.2	0.1	38.5
- Ausgaben Investitionsbeiträge Grossinvestitionen	-20.4	-23.9	-3.6	-17.5
- Ausgaben Darlehen VV	-84.8	-13.4	71.4	84.2
- Ausgaben Beteiligungen VV	-100.9	0.0	100.9	100.0
+ Einnahmen Übertragung von Sachanlagen	112.7	1.7	-111.0	-98.5
+ Einnahmen Investitionsbeiträge	22.4	36.9	14.6	65.2
+ Einnahmen Rückzahlung von Darlehen VV	54.1	58.5	4.4	8.1
+ Einnahmen Übertragung von Beteiligungen VV	40.6	0.0	-40.6	-100.0
= Saldo Investitionsrechnung	-247.6	-270.3	-22.8	-9.2
- Übertragungen Verwaltungs- ins Finanzvermögen	-7.6	-1.7	6.0	78.1
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen Investitionsrechnung	-52.0	-55.3	-3.3	-6.3
= Geldfluss aus der Investitionsrechnung	-307.3	-327.3	-20.1	-6.5
-/+ Zunahme/Abnahme kurzfristige Finanzanlagen FV	1.4	-143.2	-144.6	<-100.0
-/+ Zunahme/Abnahme langfristige Finanzanlagen FV	-43.0	96.0	138.9	>100.0
-/+ Zunahme/Abnahme Sachanlagen FV	-82.3	-62.7	19.6	23.9
<b>= Geldfluss aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-431.1</b>	<b>-437.2</b>	<b>-6.1</b>	<b>-1.4</b>
+/- Zunahme/Abnahme kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	271.0	407.0	136.0	50.2
+/- Zunahme/Abnahme Staatsanleihen	400.0	-500.0	-900.0	<-100.0
+/- Zunahme/Abnahme Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine	-391.0	375.0	766.0	>100.0
+/- Zunahme/Abnahme übrige langfristige Finanzverbindlichkeiten	0.0	-44.4	-44.4	n.a.
<b>= Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>280.0</b>	<b>237.6</b>	<b>-42.4</b>	<b>-15.1</b>
Stand Flüssige Mittel per 1.1.	381.1	658.1	276.9	72.7
<b>Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel</b>	<b>276.9</b>	<b>246.8</b>	<b>-30.1</b>	<b>-10.9</b>
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	658.1	904.9	246.8	37.5

Die Geldflussrechnung zeigt die Änderungen des Bestandes an Flüssigen Mitteln sowie die Ursachen dieser Änderungen. Im Jahre 2014 hat der Bestand an Flüssigen Mitteln (Kasse, Post, Bank) um rund 246.8 Mio. Franken von 658.1 Mio. auf 904.9 Mio. Franken zugenommen. Bei den Finanzströmen wird unterschieden zwischen einem Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit. Als Vergleich sind die Werte des Jahres 2013 aufgeführt.

## 3.5 Eigenkapitalnachweis

in Mio. Franken	Jahres- ergebnis	Fonds im Eigen- kapital	Rücklagen	Auf- und Neube- wertungs- reserven	Kumulierte Ergebnisse Vorjahre	Total Eigen- kapital
<b>Eigenkapital per 1. Januar 2013</b>	<b>-183.0</b>	<b>-107.1</b>	<b>-3.4</b>	<b>-1'352.3</b>	<b>-1'940.1</b>	<b>-3'586.0</b>
Zuweisung Jahresergebnis 2012	183.0	0.0	0.0	0.0	-183.0	0.0
Gesamtergebnis 2013	-85.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-85.4
Veränderung Fonds	2.3	-2.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Rücklagen	1.7	0.0	-2.0	0.0	0.0	-0.2
Veränderung Bewertungsreserven	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0	0.1
Sonstige Transaktionen	0.0	-8.0	0.0	0.0	8.0	0.0
<b>Eigenkapital per 31. Dezember 2013</b>	<b>-81.4</b>	<b>-117.4</b>	<b>-5.4</b>	<b>-1'352.3</b>	<b>-2'115.1</b>	<b>-3'671.5</b>
Zuweisung Jahresergebnis 2013	81.4	0.0	0.0	0.0	-81.4	0.0
Gesamtergebnis 2014	-179.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-179.3
Veränderung Fonds	-9.3	9.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Rücklagen	1.7	0.0	-1.7	0.0	0.0	0.1
Veränderung Bewertungsreserven	0.0	0.0	0.0	-42.3	0.0	-42.3 <sup>1</sup>
Sonstige Transaktionen	0.0	-11.7	0.0	3.7	8.0	0.0 <sup>2</sup>
<b>Eigenkapital per 31. Dezember 2014</b>	<b>-186.8</b>	<b>-119.8</b>	<b>-7.1</b>	<b>-1'390.9</b>	<b>-2'188.5</b>	<b>-3'893.1</b>

### Kommentar

- 1 Hier handelt es sich um erfolgsneutrale Korrekturen von Wertberichtigungen aus dem Restatement per 1.1.2013. Davon betreffen 40.7 Mio. Franken die Auflösung von Wertberichtigungen auf Aktivdarlehen und 1.6 Mio. Franken Wertanpassungen bei den Sachanlagen.
- 2 Der IBS Nachhaltigkeitsfonds in der Höhe von 3.7 Mio. Franken wurde in der Rechnung 2013 unter der Rubrik Neubewertungsreserven geführt. Im 2014 wurde dieser in die Fonds im Eigenkapital umgegliedert. Der Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird mit 6 Mio. Franken und der Standortförderungsfonds mit 2 Mio. Franken aus den kumulierten Ergebnissen jährlich geäufnet.

Der Eigenkapitalnachweis zeigt auf, wie sich das Eigenkapital im Berichtsjahr verändert hat. Es ist ersichtlich, wie sich die erfassten Finanzvorfälle auf die einzelnen Positionen des Eigenkapitals auswirken.

Die Fonds im Eigenkapital haben sich im Berichtsjahr von 117.4 Mio. auf 119.8 Mio. Franken um 2.4 Mio. Franken erhöht. Die Details zu den einzelnen Fonds werden im Kapitel Anhang erläutert.

## 3.6 Anhang

### 3.6.1 Erläuterungen zur Rechnungslegung

#### Grundlagen und Grundsätze

**Neuerungen in der Berichterstattung 2014** Gegenüber der Berichterstattung 2013 gibt es keine wesentlichen Neuerungen.

**Rechtliche Grundlagen** Die vorliegende Jahresrechnung basiert auf dem Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 14. März 2012, auf der Verordnung zum Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltverordnung) vom 22. Mai 2012, auf dem Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz/Globalbudgets) und dem Gesetz über den Öffentlichen Verkehr (Programm und Finanzierung).

Das Handbuch für Rechnungslegung (HBR) setzt die Vorschriften aus dem Finanzhaushaltgesetz und der Finanzhaushaltverordnung für den Vollzug um.

**Grundlagen der Rechnungslegung** Die auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzte neue Rechnungslegung orientiert sich an dem in der Privatwirtschaft üblichen Grundsatz der tatsächengetreuen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (true and fair view). Sie verfolgt den periodengerechten Ausweis (Accrual Accounting) aller Aufwendungen und Erträge und bewirkt zusammen mit der Umsetzung weiterer Prinzipien in Anlehnung an die IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) eine wesentlich verbesserte Aussagekraft und Transparenz in der finanziellen Berichterstattung.

Der Jahresabschluss des Stammhauses resultiert aus den Buchhaltungen, welche von den einzelnen Dienststellen gemäss einem einheitlichen Kontenplan im System SAP ERP geführt werden. Der Jahresbericht des Stammhauses umfasst sämtliche unselbständigen Dienststellen und Betriebe des Kantons.

- **Accrual Accounting** Dies bedeutet, dass die relevanten Finanzvorfälle im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst werden und nicht wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind (Periodengerechtigkeit).
- **Trennung Verwaltungs- und Finanzvermögen** Die Vermögenswerte werden in Finanz- und Verwaltungsvermögen gegliedert. Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen.
- **Verhältnis zwischen der Jahresrechnung des Stammhauses und der konsolidierten Jahresrechnung** Die Jahresrechnung des Stammhauses beinhaltet die kantonale Verwaltung, die Gerichte, Behörden und Parlament sowie den Regierungsrat. Die konsolidierte Jahresrechnung umfasst neben der Rechnung des Stammhauses zusätzliche Anstalten und Organisationen, die der Kanton beherrschen oder massgeblich beeinflussen kann. Der Konsolidierungskreis und die Konsolidierungsgrundsätze werden im Anhang der konsolidierten Jahresrechnung offengelegt.
- **Verhältnis zum Budget** Das Budget wird für das Stammhaus erstellt. Für die konsolidierte Rechnung wird kein Budget erstellt.

**Abweichungen zu IPSAS** Das gewählte Regelwerk gemäss §31 der Finanzhaushaltverordnung sind die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Diese bilden die Grundlage für das Handbuch für Rechnungslegung (HBR). Im Anhang der Finanzhaushaltverordnung wird die Anlehnung der Rechnungslegung an die IPSAS präzisiert, indem jeder anzuwendende Standard einzeln mit dem relevanten Erscheinungsdatum sowie allfälligen Abweichungen dazu aufgeführt ist. Die Finanzverwaltung verfolgt die Entwicklung der IPSAS und beantragt dem Regierungsrat die nötigen Massnahmen, insbesondere die Anpassung des Anhangs der Finanzhaushaltverordnung infolge Änderungen der IPSAS.

Die vorliegende Jahresrechnung enthält folgende Abweichungen zu den IPSAS:

- IPSAS 1 - Darstellung des Abschlusses: Die konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt ist nach den Grundsätzen der IPSAS erstellt, enthält im Anhang jedoch nur eine Auswahl der verlangten Offenlegungen. Begründung: Für die politischen Gremien ist die Stammhausrechnung die „Hauptrechnung“, daher wird diese nach IPSAS erstellt.
- IPSAS 6 - Konzernrechnung und Einbezug von beherrschten Einheiten: Abweichung zu IPSAS 6.20: Die zu konsolidierenden Einheiten werden nach dem Control-Principle gemäss IPSAS festgelegt, der Regierungsrat kann aber einzelne Einheiten von der Konsolidierung ausschliessen. Begründung: Ein Ausschluss von der Konsolidierung kann beispielsweise angezeigt sein, wenn der Einbezug infolge immenser Grössenunterschiede die Transparenz der konsolidierten Rechnung in Frage stellen würde (Basler Kantonalbank) oder im Gegenteil die Beteiligung völlig unwesentlich wäre und gleichzeitig zu umfassende organisatorische Massnahmen notwendig würden.
- IPSAS 16 - Renditeliegenschaften: Abweichung zu IPSAS 16.27 und 16.42: Die Verbuchung der erhaltenen Investitionsbeiträge als Minusaktivposition ist nicht IPSAS-konform, weil die Aktiv- und Passivseite entsprechend tiefer ausgewiesen wird. Begründung: Ein Ausweis als Passivposition im Fremdkapital würde sich auf die Schuldenbremse auswirken; eine Anpassung der Schuldenbremse wäre notwendig. Der Beitrag soll an der gleichen Position wie bei der Anlage ausgewiesen werden.
- IPSAS 17 Sachanlagen: Bei den Tiefbauten wird der Komponentenansatz nicht angewendet. Begründung: Der Komponentenansatz wurde nicht angewendet, weil der Verzicht keinen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung der Tiefbauten hat, der Aufwand für die Umsetzung jedoch sehr hoch wäre. Die Verbuchung der erhaltenen Investitionsbeiträge als Minusaktivposition ist nicht IPSAS-konform, weil die Aktiv- und Passivseite entsprechend tiefer ausgewiesen wird. Begründung: Der erhaltene Investitionsbeitrag soll an der gleichen Position wie die Anlage ausgewiesen werden.
- IPSAS 22 - Ausweis von Finanzinformationen über den allgemeinen Regierungssektor: Keine Anwendung vorgesehen. Begründung: Anwendung nicht bindend.
- IPSAS 23 - Erträge aus Transaktionen ohne gegenseitige Leistungsbeziehung (Steuern und Transferleistungen): Abweichung zu IPSAS 23.22: Der Steuerertrag wird nicht gemäss dem Eintritt des steuerbaren Ereignisses verbucht. Begründung: Die periodischen Steuererträge werden nach Fälligkeit verbucht, d.h. erst im dem Steuerjahr folgenden Jahr. Bei Basel-Stadt fallen Veranlagungs- und Bezugsperiode ins Jahr nach Eintritt des steuerbaren Ereignisses (Steuerperiode). Aus diesem Grund werden die Steuererträge erst im dem Steuerjahr folgenden Jahr fällig. Diese Methode wird konsequent auf alle periodischen Steuern angewandt. Die im Rahmen der Abgrenzungen geschätzten Beträge basieren auf objektiven Faktoren. Der Schätzungsalgorithmus ist dokumentiert.
- IPSAS 25 - Leistungen an Arbeitnehmer: IPSAS 25 wird nicht angewendet. Abbildung Personalvorsorge gemäss Swiss GAAP FER 16. Begründung: Die Pensionskasse legt eine FER-konforme Rechnung ab. Die Zahlen in der Bilanz des Kantons stimmen somit mit den Zahlen der Pensionskasse überein, da beide in diesem Bereich FER anwenden (die gleiche Über- oder Unterdeckung wird kommuniziert). Die anwartschaftlichen Dienstaltersgeschenke werden nach statischer Methode ermittelt. Begründung: Keine Rückstellungen auf Basis von dynamischen Berechnungen vorgenommen, da der Aufwand den Nutzen nicht gerechtfertigt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden folgende Standards angewendet:



### In Kraft gesetzte Standards

Standard	Bezeichnung	Stand	Kommentar
IPSAS 1	Darstellung des Abschlusses	2010	Mit Abweichung
IPSAS 2	Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung)	2010	
IPSAS 3	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	2010	
IPSAS 4	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	2010	
IPSAS 5	Fremdkapitalkosten	2010	
IPSAS 6	Konzern- und separate Abschlüsse	2010	Mit Abweichung
IPSAS 7	Anteile an assoziierten Einheiten	2010	
IPSAS 8	Anteile an Joint Ventures	2010	
IPSAS 9	Erträge aus Transaktionen mit gegenseitiger Leistungsbeziehung	2010	
IPSAS 11	Fertigungsaufträge	2010	
IPSAS 12	Vorräte	2010	
IPSAS 13	Leasingverhältnisse	2010	
IPSAS 14	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	2010	
IPSAS 16	Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	2010	Mit Abweichung
IPSAS 17	Sachanlagen	2010	
IPSAS 18	Segmentberichterstattung	2010	
IPSAS 19	Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen	2006	
IPSAS 20	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Einheiten und Personen	2010	
IPSAS 21	Wertminderung von nicht-zahlungsmittelgenerierenden Vermögenswerten	2010	
IPSAS 23	Erträge aus Transaktionen ohne gegenseitige Leistungsbeziehung (Steuern und Transferleistungen)	2010	Mit Abweichung
IPSAS 24	Darstellung von Haushaltsinformationen in Jahresabschlüssen	2006	
IPSAS 26	Wertminderungen von zahlungsmittelgenerierenden Vermögenswerten	2010	
IPSAS 27	Landwirtschaft	2010	
IPSAS 28	Finanzinstrumente: Darstellung	2010	
IPSAS 29	Finanzinstrumente: Erfassung und Bewertung	2010	
IPSAS 30	Finanzinstrumente: Offenlegung	2010	
IPSAS 31	Immaterielle Vermögenswerte	2010	
Swiss GAAP FER 16	Vorsorgeverpflichtungen		

Bis zum Datum der Genehmigung der Jahresrechnung waren darüber hinaus nachfolgende IPSAS veröffentlicht. Diese sind für den Kanton Basel-Stadt jedoch nicht relevant oder treten erst später in Kraft und wurden in der vorliegenden Jahresrechnung nicht angewendet.

### Nicht in Kraft gesetzte Standards

Standard	Bezeichnung	Stand	Geplante Inkraftsetzung durch Kanton Basel-Stadt	
IPSAS 10	Rechnungslegung in Hochinflationländern	2010	keine	1
IPSAS 15	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	2010	keine	2
IPSAS 22	Angaben über Finanzinformationen über den allgemeinen staatlichen Sektor	2006	keine	3
IPSAS 25	Leistungen an Arbeitnehmer	2010	keine	4
IPSAS 32	Dienstleistungskonzessionen: Konzessionsgeber	2011	noch offen	

#### Kommentar

- 1 In der Schweiz nicht relevant.
- 2 IPSAS 28, 29 und 30 lösen IPSAS 15 ab.
- 3 Keine Anwendung vorgesehen. Anwendung nicht bindend.
- 4 IPSAS 25 wird nicht angewendet, Abbildung Personalvorsorge gemäss Swiss GAAP FER 16.

Neue Standards können beim Regierungsrat zur Anwendung beantragt werden. Zurzeit wird keine Inkraftsetzung eines neuen Standards beantragt.

**Änderungen der Grundlagen und Grundsätze** Für die Jahresrechnung 2014 ist das Finanzhaushaltgesetz (vom 14. März 2012) und die Finanzhaushaltverordnung (vom 22. Mai 2012, Stand 9. November 2014) massgebend.

Im 2014 sind die Aktivierungsgrenzen im Hoch- und Tiefbau analog den übrigen Anlagekategorien von 300'000 Franken auf 50'000 Franken gesenkt worden.

### Annahmen und Schätzungen

Die Erstellung der Jahresrechnung bedingt die Anwendung von Schätzungen und Annahmen, die die ausgewiesenen Aktiven, Verbindlichkeiten, Erträge, Aufwendungen sowie Eventualforderungen und –verbindlichkeiten zum Zeitpunkt der Bilanzierung beeinflussen. Schätzungen und Annahmen werden laufend neu getroffen und basieren auf Erfahrungswerten der Vergangenheit sowie Erwartungen bezüglich des Eintreffens zukünftiger Ereignisse. Zusätzlich sind bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze Entscheide zu treffen, die bedeutende Auswirkungen auf die in der Jahresrechnung ausgewiesenen Beträge haben können. Dies gilt insbesondere für folgende Sachverhalte:

**Fiskalertrag** Gemäss Finanzhaushaltverordnung §34 erfolgt die Steuerabgrenzung nach Fälligkeiten. Die Berechnungsmethode verwendet objektive Zahlungsgrundlagen und wird stetig angewendet. Die Einkommens-, Vermögens-, Reingewinn- und Eigenkapitalsteuern werden gemäss den Bestimmungen vom Handbuch für Rechnungslegung (Steuererträge) ermittelt. Die im Rahmen der Abgrenzungen geschätzten Beträge basieren auf objektiven Faktoren. Der Schätzalgorithmus ist dokumentiert.

**Forderungen** Die Wertberichtigung in der Erfüllung unsicherer Forderungen umfasst in erheblichem Mass Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen, die auf der Kreditwürdigkeit des einzelnen Kunden, das allgemeine Kreditrisiko und der Analyse historischer Forderungsausfälle beruhen.

**Immobilien im Finanzvermögen** Der Kanton Basel-Stadt bewertet seine Immobilien im Finanzvermögen in der Regel nach der Discounted Cash Flow Methode (DCF-Methode). Kann dieser Wert nicht ermittelt werden (z.B. bei Liegenschaften, welche keinen Ertrag abwerfen, oder auch bei Liquidationsbeständen), ist der Marktwert aufgrund aktueller Marktpreise auf vergleichbaren Märkten oder einer vergleichbaren Methode zu ermitteln (z.B. Bodenpreis für vergleichbare Landparzellen).

Kann in Ausnahmefällen ein Marktwert nicht zuverlässig ermittelt werden, sind die Liegenschaften im Finanzvermögen wie jene im Verwaltungsvermögen (zu Anschaffungskosten) zu bewerten.

**Beteiligungen im Finanzvermögen** Beteiligungen im Finanzvermögen werden jährlich zum Verkehrswert (Marktwert) bewertet.

**Wertminderungen auf Sachanlagen und immateriellen Anlagen** Die Sach- und immateriellen Anlagen werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Dabei sind für Anlagen des Verwaltungsvermögens der Wert der zukünftigen Nutzen und zukünftiger Geldflüsse bei einer allfälligen Veräusserung zu beurteilen. Frühere Beurteilungen können sich als falsch erweisen und zu einer Wertminderung führen, wenn beispielsweise die Nutzungsdauer von Anlagen verkürzt wurden, Gebäude anders genutzt werden, Anlagen anders als prognostiziert technisch veralten oder frühere Ertragsprognosen für Produkte und Lizenzen sich als falsch erweisen.

**Leasing** Für die Überprüfung, ob ein Finanzierungsleasing vorliegt, gilt pro Sachverhalt und Geschäftsvorfall eine Wesentlichkeitsgrenze von 300'000 Franken. Wird die Wesentlichkeitsgrenze unterschritten, so wird der Geschäftsfall immer als operatives Leasing behandelt.

**Rückstellungen** Der Rückstellungsbedarf wird vom Departement jährlich neu beurteilt und ab 500'000 Franken dem Finanzdepartement gemeldet. Bei Rückstellungen ab 10 Mio. Franken werden die getroffenen Annahmen dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

**Offengelegte Vorsorgeverpflichtungen** Vgl. Kapitel 3.6.3 Weitere Erläuterungen, Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAP FER 16.

**Hochbauten im Verwaltungsvermögen** Diese Liegenschaften werden nach dem Komponentenansatz geführt. Dabei werden die einzelnen Komponenten (z.B. Rohbau, Dach oder Fenster) einer Liegenschaft nach ihrer unterschiedlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Zustandsbewertung der Komponenten jeder Liegenschaft wird im Stratus (Planungsanwendung für den Gebäudeunterhalt) durch Gebäudeverwalter vorgenommen. Daraus kann die Restnutzungsdauer der einzelnen Komponenten sowie eine durchschnittliche Restnutzungsdauer für die einzelne Liegenschaft berechnet werden. In der Anlagenbuchhaltung wird pro Liegenschaft eine Anlage mit der durchschnittlichen Restnutzungsdauer geführt.

**Änderungen von Annahmen und Schätzungen** Bei der Abgrenzung der Steuererträge der natürlichen Personen wurde vorsichtshalber darauf verzichtet, einen Wachstumsfaktor einzusetzen, weil noch Unsicherheiten betreffend der Zuverlässigkeit des neuen Schätzalgorithmus für dessen Ermittlung bestanden. Aus Gründen der Stetigkeit hätte aber die erst im 2013 eingeführte Methode weiter angewendet werden sollen. Dies soll in den nächsten Jahren wieder geschehen, bis die Methode auf der Basis der Resultate mehrerer Jahre plausibilisiert werden kann. Mit der Berücksichtigung des Wachstumsfaktors wäre die Schätzung der abzugrenzenden Steuererträge für das Steuerjahr 2013 um 24 Mio. Franken höher ausgefallen. Ansonsten wurden keine wesentlichen Annahmen und Schätzungen geändert.

## **Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

**Fiskalertrag** Der Ertrag wird für natürliche und juristische Personen getrennt berechnet. Der Anteil des Kantons an der Direkten Bundessteuer (natürliche und juristische Personen) ist als Gutschrift aus Transfers zu betrachten und nicht als Steuerertrag. Die Forderungen aus Fiskalerträgen werden nach den gleichen Grundsätzen bewertet wie die übrigen Forderungen.

- **Natürliche Personen** Die Steuererträge setzen sich zusammen aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und den aktiven Abgrenzungen (per 31. Dezember) für die nicht fakturierten, fälligen Steuern abzüglich der Auflösung früherer Abgrenzungen (per 1. Januar).

Die Steuererträge der Quellensteuer von natürlichen Personen setzen sich aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und den aktiven Abgrenzungen der nicht fakturierten, fälligen Steuern zusammen.

Bei natürlichen Personen mit Wohnsitz im Ausland setzen sich die Steuererträge der Quellensteuer für deutsche Grenzgänger zusammen aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und der aktiven Abgrenzung der nicht fakturierten, fälligen Steuern. Bei französischen Grenzgängern wird die Steuer nicht periodengerecht abgegrenzt, sondern erst im Folgejahr verbucht.

- **Juristische Personen** Die Steuererträge setzen sich aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und den aktiven Abgrenzungen für die nicht fakturierten, fälligen Steuern zusammen. Die aktive Abgrenzung entspricht in ihrer Höhe nur den Akontoguthaben für die fälligen, nicht fakturierten Steuern. Nicht abgegrenzt werden fällige, nicht fakturierte Steuern, für die keine Akontozahlungen geleistet wurden.

**Erfassung von Entgelten, Regalien, Konzessionen und verschiedenen Erträgen** Entgelte sind in Gebühren, Erträge aus Dienstleistungen, Verkaufserträge, Rückerstattungen, Bussen und übrige Entgelte unterteilt. Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Erteilung von Patenten sowie der Verleihung von Konzessionen. Verschiedene Erträge umfassen aktivierbare Eigenleistungen, verschiedene betriebliche Erträge und übrige, nicht zuordenbare Erträge.

Der Ertrag wird periodengerecht, d.h. im Zeitpunkt der Lieferung oder Leistung durch den Kanton verbucht.

**Transferertrag** Anteile des Kantons an Einnahmen anderer Gemeinwesen und Beiträgen ohne Zweckbindung werden als Transferertrag verbucht. Der Kanton Basel-Stadt partizipiert auf Grund gesetzlicher Grundlagen an den Einnahmen anderer Gemeinwesen, hauptsächlich aber an denen des Bundes. Diese Einnahmen umfassen unter anderem Anteile an der direkten Bundessteuer, Anteile am Wehrpflichtersatz, Anteile am Ertrag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung oder Beiträge im Rahmen des Finanzausgleichs. Anteile und Beiträge ohne Verwendungszweck werden grundsätzlich in dem Jahr verbucht, in dem der Kanton einen Rechtsanspruch auf seinen Anteil hat. Erfolgt die Zahlung respektive Gutschriftsanzeige auf dem Kontokorrent in einem nachfolgenden Jahr, wird eine zeitliche Abgrenzung vorgenommen.

Entschädigungen sind Erträge aus Dienstleistungen, die der Kanton Basel-Stadt für andere Gemeinwesen erbringt. Der Kanton Basel-Stadt erfüllt dabei ganz oder teilweise eine Aufgabe, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist. Die Entschädigungen werden in der gleichen Periode erfolgswirksam verbucht, wie der Aufwand des Kantons für die Erbringung der öffentlichen Aufgabe verbucht wurde. Entschädigungen für das vergangene Jahr, die erst in einer folgenden Rechnungsperiode eingehen, werden in der Jahresrechnung als aktive Rechnungsabgrenzungen bilanziert.

Beiträge von anderen Gemeinwesen und Dritten werden in dem Jahr als Ertrag verbucht, in welchem der Kanton die Leistung erbringt. Wird ein Beitrag in einer Folgeperiode der Leistungserbringung durch den Kanton vergütet (nachsüssig), ist eine Ertragsabgrenzung im Vorjahr vorzunehmen, wenn ein direkter Zusammenhang zwischen dem Beitrag und der Leistungserbringung vorliegt.

**Transferaufwand** Anteile anderer Gemeinwesen an Einnahmen und Beiträgen des Kantons werden als Transferaufwand ausgewiesen. Der Verwendungszweck wird vom Gesetz bestimmt. Fehlt eine Zweckbestimmung, kann das begünstigte Gemeinwesen frei darüber verfügen. Die Aufwendungen werden in der gleichen Rechnungsperiode wie die entsprechende Ertragsbuchung erfasst. Die Verbuchung erfolgt in der Regel brutto.

Entschädigungen an Gemeinwesen sind Abgeltungen für Dienstleistungen von Gemeinwesen, die für den Staat ganz oder teilweise Aufgaben erfüllen, die öffentlichen Zwecken dienen und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des Staates sind. Die Entschädigungen an Gemeinwesen werden in der Rechnungsperiode als Transferaufwand erfasst, in welcher die Leistungen von den anderen Gemeinwesen erbracht werden. Ein Teil dieser Entschädigungen unterliegt speziell dem Staatsbeitragsgesetz. Diese werden in diesem Bereich als Abgeltungen bezeichnet.

Beiträge unterscheiden sich von den Investitionsbeiträgen dadurch, dass beim Empfänger keine dauerhaften Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Beiträge sind zweckgebunden und können mit zusätzlich einzuhaltenden Bedingungen beim Empfänger versehen sein.

Analog zu den Entschädigungen unterliegt auch hier ein Teil der Beiträge dem Staatsbeitragsgesetz. In diesem Bereich werden diese als Finanzhilfen bezeichnet. Im Kanton Basel-Stadt werden die Beiträge in der Regel periodengerecht ausbezahlt (d.h. Vertragsperiode entspricht in der Regel der Auszahlungsperiode). Nicht periodengerecht ausbezahlte Beiträge sind abzugrenzen. Für die periodengerechte Erfassung der Beiträge muss jeder Einzelfall gesondert beurteilt werden.

**Flüssige Mittel und kurzfristige Finanzanlagen (Finanzvermögen)** Diese umfassen Kassenbestände, Postguthaben, Sichtguthaben bei Banken, Zahlungen unterwegs, kurzfristige Geldmarktanlagen mit ursprünglichen Laufzeiten von weniger als 90 Tagen oder Geldmarktanlagen, die jederzeit in Bargeld umgewandelt werden können. Flüssige Mittel werden zum Nennwert und Geldmarktanlagen zum Marktwert bewertet.

**Forderungen (Finanzvermögen)** Forderungen werden verbucht, wenn die entsprechende Lieferung oder Leistung erbracht ist und der Nutzen an den Käufer beziehungsweise Leistungsbezüger übergegangen ist. Forderungen mit einer Fälligkeit über einem Jahr und grösser als 50'000 Franken werden unter den langfristigen Finanzanlagen (Finanzvermögen im Anlagevermögen) bilanziert. Für zweifelhafte Forderungen, das allgemeine Kreditrisiko und zu erwartende Ertragsminderungen (Skonti) werden Wertberichtigungen vorgenommen. Die Forderungen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung wertberichtigt. Dienststellen mit Einzelwertberichtigungen nehmen nur noch auf den restlichen Forderungen eine pauschale Wertberichtigung vor. Dienststellen, die keinen Anlass für Einzelwertberichtigungen haben, nehmen auf allen Forderungen eine pauschale Wertberichtigung vor. Bei pauschalen Wertberichtigungen werden grundsätzlich folgende Prozentsätze verwendet:

- 1 bis 120 Tage verfallen 0%
- 121 bis 180 Tage verfallen 25%
- 181 bis 360 Tage verfallen 50%
- ab 361 Tage verfallen 100%

**Aktive Rechnungsabgrenzungen** Als aktive Rechnungsabgrenzung werden Ausgaben im Berichtsjahr erfasst, welche erst im Folgejahr zu belasten sind. Dazu gehören zum Beispiel vorausbezahlte Miet- und Pachtzinsen, Versicherungsprämien, Steuern, Beiträge u.a., welche erst im Folgejahr als Aufwand der Erfolgsrechnung belastet werden. Ebenfalls abgegrenzt werden Erträge, welche per Abschlussstichtag noch nicht fakturiert werden konnten.

**Vorräte** Die Warenvorräte werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellkosten und den realisierbaren Nettoverkaufswerten bilanziert. Die Anschaffungs- oder Herstellkosten werden nach der gewichteten Durchschnittsmethode ermittelt. Alternativ können die Vorräte auch nach der FIFO-Methode (First-in, First-out) bewertet werden (z.B. Heizölvorräte). Die Dienststellen haben hier ein Wahlrecht.

In die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Vorräten sind alle Kosten des Erwerbes und der Be- und Verarbeitung sowie sonstige Kosten (z.B. Transportkosten) einzubeziehen, die angefallen sind, um die Vorräte an ihren derzeitigen Ort und in ihren derzeitigen Zustand zu versetzen. Nicht in die Anschaffungskosten der Vorräte eingeschlossen werden allgemeine Verwaltungs-, Vertriebsgemein- und Lagerkosten, wenn diese nicht für den Produktionsprozess relevant sind. Rabatte aller Art sowie in Anspruch genommene Skonti werden bei der Ermittlung der Anschaffungskosten abgezogen.

**Finanzanlagen im Finanzvermögen** Die Klassifizierung von Festgeldanlagen richtet sich nach der ursprünglichen Laufzeit (Fälligkeit).

- Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt bis 90 Tage: Kontengruppe 100 „Flüssige Mittel“
- Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt ab 90 bis 360 Tage: Kontengruppe 102 „Kurzfristige Finanzanlagen“
- Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt über 1 Jahr: Kontengruppe 107 „Langfristige Finanzanlagen“

Festgeldanlagen in der Kontengruppe 107 „Langfristige Finanzanlagen“ werden in die Kontengruppe 102 „Kurzfristige Finanzanlagen“ umgebucht, falls sie innerhalb von 12 Monaten nach dem Jahresabschluss (31.12.) realisiert werden.

Die Zinsen werden periodengerecht abgegrenzt.

Die übrigen Finanzanlagen sind kurz- oder langfristiger Natur und sind entsprechend unter den kurzfristigen Finanzanlagen (Laufzeit bis zu einem Jahr) bzw. den langfristigen Finanzanlagen auszuweisen. Zu den übrigen Finanzanlagen gehören u.a. die Wertschriften im Finanzvermögen. Die Wertschriften des Finanzvermögens werden unter den kurzfristigen Finanzanlagen bilanziert, wenn sie keinen Beteiligungscharakter aufweisen.

Darlehen im Finanzvermögen werden unter Finanzanlagen geführt. Sie werden aktiviert, wenn sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen und deren Wert verlässlich ermittelt werden kann. Zinsen auf Darlehen sind periodengerecht abzugrenzen. Darlehen im Finanzvermögen unterstehen dem Verkehrswertprinzip. Somit sind Darlehen im Finanzvermögen grundsätzlich zum Verkehrswert (d.h. Wert für welches das Darlehen auf dem Markt verkauft werden könnte) zu bewerten.

**Derivative Finanzinstrumente** Bei der Bilanzierung und Bewertung von Derivaten ist zu unterscheiden, ob es sich um ein Absicherungsinstrument (im Kanton Basel-Stadt Cross Currency Swaps oder auch Zinsswaps) oder um eine Handelsposition (im Kanton Basel-Stadt Zinsswaps) handelt (vgl. Kapitel 3.6.3 Weitere Erläuterungen, Absicherungsgeschäfte).

**Immobilien im Finanzvermögen** Gebäude und immobile Kulturgüter (historische Bauten etc.) werden bilanziert, wenn sie einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen und ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann. Sämtliche Investitionen, die die Aktivierungskriterien erfüllen, werden aktiviert. Aktivierungsfähig sind alle wertvermehrenden Investitionen, unabhängig der Höhe der Investition. Wertvermehrend ist eine Investition dann, wenn sie entweder das Nutzenpotential erhöht oder die Nutzungsdauer verlängert. Werterhaltende Investitionen werden gemäss den branchenüblichen Richtlinien (nicht) aktiviert.

Gemäss Finanzhaushaltverordnung §40 werden Immobilien im Finanzvermögen jährlich nach einer Verkehrswertmethode bewertet. Bei Anlagenzugang werden die Gebäude im Finanzvermögen zu Anschaffungskosten bewertet. Sind keine Kosten entstanden (z.B. Schenkung), gilt der Fair Value (tatsächlicher Wert) als Anschaffungskosten. Für die Folgebewertung wird der Fair Value gemäss IPSAS 16 ermittelt. Der Kanton Basel-Stadt bewertet seine Immobilien des Finanzvermögens in der Regel nach der Discounted Cash Flow Methode (DCF). Dabei wird jährlich der aktuelle Wert ermittelt. Die Anpassung der Bewertung (positiv wie auch negativ) erfolgt erfolgswirksam.

Im Kapitel 7.4 Immobilienbericht Finanzvermögen werden weitere Angaben zu den Immobilien im Finanzvermögen offengelegt.

**Mobilien** Mobilien mit mehrjähriger Nutzung (Finanz- wie auch Verwaltungsvermögen) werden aktiviert, wenn sie für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen sind (Verwaltungsvermögen), ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und sie den Betrag von 50'000 Franken übersteigen. Die Aktivierungsgrenze gilt sowohl für Neuzugänge als auch für Zusatz- und Ersatzinvestitionen.

Für die Bewertung von Mobilien (Finanz- wie auch Verwaltungsvermögen) gilt das Anschaffungskostenmodell. Die Mobilien werden linear über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Es gelten folgende Anlageklassen und Nutzungsdauern:

- Anlagen, 10 Jahre
- Maschinen und Apparate, 10 Jahre
- Signalanlagen, 10 Jahre
- Mobiliar und Einrichtungen, 10 Jahre
- Hardware, 3 Jahre
- Netzwerke, 5 Jahre
- Grossrechner, 4 Jahre
- Kleinfahrzeuge, 5 Jahre

- Lastkraftwagen, 5 Jahre
- Personenwagen, 5 Jahre
- Spezialfahrzeuge, 5 Jahre
- Schiffe/Boote, 25 Jahre

**Immobilien im Verwaltungsvermögen** Gebäude und immobile Kulturgüter (historische Bauten etc.) sowie Tiefbauten werden bilanziert, wenn sie einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist, ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und sie die Aktivierungsgrenze von 50'000 Franken übersteigen.

Investitionen in Hoch- und Tiefbauten im Verwaltungsvermögen von über 50'000 Franken werden aktiviert und über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben, wenn die Investitionen die Aktivierungskriterien erfüllen. Aktivierungsfähig ist eine Investition, wenn dadurch zusätzlicher, künftiger und wirtschaftlicher Nutzen geschaffen oder die Nutzung gesteigert wird durch eine Verlängerung der ursprünglichen Nutzungsdauer, Erhöhung der ursprünglichen Kapazität / Raumvolumen, massgebliche Verbesserung des Raumstandards oder Verringerung der Betriebs- und Unterhaltskosten. Alle nicht aktivierungsfähigen Investitionen sind über die Erfolgsrechnung zu buchen.

Die erstmalige Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. Sind keine Kosten entstanden (z.B. Schenkung), gilt der Fair Value (tatsächlicher Wert) zum Zeitpunkt der Übernahme durch den Kanton als Anschaffungskosten. Die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen werden linear über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Es gelten folgende Anlageklassen und Nutzungsdauern:

- Grundstücke bebaut und unbebaut, keine Abschreibung
- Tiefbauten, 50 Jahre
- Hochbauten, gemäss Komponentenansatz unterschiedlich (vgl. zum Komponentenansatz Kapitel Annahmen und Schätzungen, Hochbauten im Verwaltungsvermögen)

**Immaterielle Anlagen** Immaterielle Anlagen sind Vermögenswerte ohne physische Substanz, welche für die Herstellung von Produkten, der Erbringung von Dienstleistungen, die Vermietung an Dritte oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben genutzt werden. Beispiele von möglichen immateriellen Anlagen sind: selbst erstellte oder gekaufte Software (ohne Betriebssoftware), Copyrights z.B. auf Publikationen, erworbener Goodwill oder im Grundbuch eingetragene Rechte.

Für die Aktivierung von immateriellen Anlagen gilt die Aktivierungsgrenze von 50'000 Franken. Ausgaben für immaterielle Anlagen unterhalb von 50'000 Franken werden über die Erfolgsrechnung verbucht.

Die Erstbewertung gekaufter oder selbst geschaffener immaterieller Anlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellkosten. Immaterielle Anlagen werden linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben.

**Darlehen im Verwaltungsvermögen** Darlehen im Verwaltungsvermögen werden aktiviert, wenn ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist und deren Wert verlässlich ermittelt werden kann. Zinsen auf Darlehen sind periodengerecht abzugrenzen. Darlehen sind grundsätzlich mit dem Nominalwert abzüglich allfälliger Wertberichtigungen zu bilanzieren. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Wertberichtigungen sind jährlich neu zu beurteilen.

**Beteiligungen** Beteiligungen werden aktiviert, wenn sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist und ihr Wert mittels anerkannter Bewertungsmethoden verlässlich ermittelt werden kann. Es kommt keine Aktivierungsuntergrenze zur Anwendung.

Für die Bewertung gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Alle Beteiligungen im Verwaltungsvermögen werden zu Anschaffungskosten abzüglich notwendiger Wertberichtigungen (Impairment) bewertet. Beteiligungen im Finanzvermögen werden zum Verkehrswert (Marktwert) bewertet.

**Investitionsbeiträge** Vom Kanton Basel-Stadt gegebene Investitionsbeiträge werden aktiviert, wenn sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen über den Empfänger des Investitionsbeitrages bei

der Öffentlichkeit hervorbringen und der Wert der Investitionsbeiträge (d.h. rückforderbarer Geldbetrag) verlässlich ermittelt werden kann. Damit eine Aktivierung erfolgen kann, muss der Investitionsbeitrag an gesetzliche oder vertragliche Bedingungen geknüpft sein, deren Nichteinhaltung eine vollständige oder anteilige Rückforderung zur Folge haben kann und welche rechtlich durchsetzbar sind. Es gilt die Aktivierungsgrenze von 50'000 Franken. Investitionsbeiträge unter 50'000 Franken werden der Erfolgsrechnung belastet. Die aktivierten Investitionsbeiträge werden gemäss den entsprechenden Nutzungsdauern des Kantons abgeschrieben.

Erhaltene Investitionsbeiträge sind als Abzugsposten zu den entsprechenden Sachanlagen zu bilanzieren (Minusaktivposition), wenn der erhaltene Mittelzufluss der Finanzierung eines aktivierungsfähigen Investitionsguts dient. Damit eine Bilanzierung erfolgen kann, muss der Investitionsbeitrag an gesetzliche oder vertragliche Bedingungen geknüpft sein, deren Nichteinhaltung eine vollständige oder anteilige Rückforderung zur Folge haben kann und welche rechtlich durchsetzbar sind. Erhaltene Investitionsbeiträge werden ab null Franken bilanziert. Die erhaltenen Investitionsbeiträge werden über die Nutzungsdauer des mit den erhaltenen Investitionsbeiträgen finanzierten Investitionsgutes über die Erfolgsrechnung im Transferertrag linear aufgelöst.

**Leasing** Bei Leasinggeschäften wird zwischen Finanzierungsleasing („Finance Lease“) und operativem Leasing („Operating Lease“) unterschieden. Ein Finanzierungsleasing ist ein Leasingverhältnis, bei dem die wesentlichen mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen eines Vermögenswertes vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden, im Gegensatz zum operativen Leasing. Wird die Wesentlichkeitsgrenze von 300'000 Franken unterschritten, so wird der Geschäftsfall immer als operatives Leasing behandelt (Aufwandbuchung).

Ein Finanzierungsleasing wird buchhalterisch und finanzrechtlich wie ein Kauf behandelt. Das Leasingobjekt wird als Vermögen (Aktiven) dargestellt, dem zu Vertragsbeginn eine gleich hohe Verbindlichkeit (Passiven) gegenübersteht. Das Finanzierungsleasing kommt zurzeit im Kanton Basel-Stadt nicht zur Anwendung.

**Dauernde Wertminderungen (Impairment)** Die Bilanzpositionen des Verwaltungsvermögens werden regelmässig auf Anzeichen für dauernde Wertminderungen überprüft. Bei Vorliegen von Anzeichen einer Überbewertung wird auf Basis der künftigen aus der Nutzung und der letztendlichen Verwertung erwarteten Mittelflüsse der Marktwert abzüglich eventueller Veräusserungskosten ermittelt. Übersteigt der Buchwert den Nettoveräusserungserlös und Nutzungswert, wird eine Wertminderung in der Höhe der Differenz als ausserplanmässige Abschreibung verbucht.

**Laufende Verbindlichkeiten** Laufende Verbindlichkeiten werden bilanziert, wenn ihr Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt und der Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich ist. Sie sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zu begleichen. Sie werden zum Nominalwert bilanziert.

**Passive Rechnungsabgrenzungen** Als passive Rechnungsabgrenzungen gelten bereits im Berichtsjahr bezogene Lieferungen und Leistungen, bei denen die Rechnungsstellung erst im Folgejahr erfolgt. Für Restlieferungen und Restleistungen (unabhängig eingegangener Verpflichtungen), welche erst im Folgejahr erfolgen, dürfen keine Abgrenzungen vorgenommen werden. Ebenfalls abgegrenzt werden (bereits vereinnahmte) Erträge, welche dem Folgejahr zuzurechnen sind.

**Finanzverbindlichkeiten** Finanzverbindlichkeiten sind monetäre Schulden, die aus Finanzierungstätigkeiten des Kantons entstehen. Unter kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten werden Positionen geführt, die innerhalb von 12 Monaten zur Rückzahlung fällig werden; beispielsweise Verbindlichkeiten gegenüber Geldinstituten und sonstigen Parteien. Zu den langfristigen Finanzverbindlichkeiten gehören Positionen, die nach 12 Monaten zur Rückzahlung fällig werden; beispielsweise Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine, Staatsanleihen, Darlehen und langfristige Leasingverbindlichkeiten. Sofern langfristige Finanzverbindlichkeiten innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Rückzahlung fällig werden, erfolgt eine Umgliederung in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten.

Die Bewertung der kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten erfolgt zum Nominalwert. Die Bewertung der langfristigen Finanzverbindlichkeiten erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert. Nicht zu Marktkonditionen verzinsliche Schulden erfordern eine differenzierte Vorgehensweise, die im Einzelfall von der



Finanzverwaltung festzulegen ist. Zur Abgrenzung von Agio und Disagio wird die Effektivzinsmethode angewendet. Agio und Disagio werden über die Laufzeit des Instrumentes mit dem Effektivzins amortisiert.

**Rückstellungen** Gemäss Finanzhaushaltverordnung §41 werden Rückstellungen ungeachtet der Höhe bilanziert, sofern im Zeitpunkt der Bilanzierung ein vergangenes Ereignis zu einer gegenwärtigen Verpflichtung führt, ein Mittelabfluss wahrscheinlich ist (Wahrscheinlichkeit über 50%) und dieser zuverlässig bemessen werden kann.

**Vorsorgeverpflichtungen** Der Begriff Vorsorgeverpflichtung umfasst die berufliche Vorsorge. Zum Bereich der beruflichen Vorsorge zählen im Kanton Basel-Stadt die Leistungen der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS). Der Kanton Basel-Stadt wendet für die Bilanzierung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Vorsorgeverpflichtungen auf die Organisation (Kanton Basel-Stadt) Swiss GAAP FER 16 an (und nicht IPSAS 25).

Die Bewertung wird jährlich aktualisiert. Zentrales Element von Swiss GAAP FER 16 bildet die jährliche Beurteilung, ob aus Sicht des Unternehmens per Bilanzstichtag ein wirtschaftlicher Nutzen oder eine wirtschaftliche Verpflichtung besteht. Als Grundlage für eine Bewertung dient der provisorische Jahresabschluss der Vorsorgeeinrichtung des Geschäftsjahres.

**Fonds** Fonds ist der Überbegriff für eine Vielzahl an verschiedenen Formen, u.a. Spezialfinanzierungen, Spezialfonds, Legate und selbständige Stiftungen.

Gemäss Finanzhaushaltgesetz §42 sind Fonds ausgeschiedene Vermögen mit besonderer Zweckbindung und mit bestimmten Auflagen. Fonds werden nach ihrem Charakter im Fremd- oder Eigenkapital ausgewiesen. Fonds im Fremdkapital gründen auf einer Verpflichtung gegenüber Dritten, welche die Verwendung der Gelder an den vorbestimmten, eng definierten Zweck bindet. Treuhänderisch verwaltete Gelder werden nur dann als Fonds im Fremdkapital ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. Die Bildung von Fonds aus öffentlichen Mitteln bedarf ausdrücklich der Grundlage in einem Gesetz oder einem gleichgestellten Beschluss. Der Regierungsrat verwaltet die Fonds und verfügt darüber im Rahmen der Zweckbestimmung und der Auflagen, sofern nicht ausdrücklich eine andere Zuständigkeit vorgesehen ist.

Gemäss Finanzhaushaltverordnung §41 werden treuhänderisch verwaltete Fonds, die 25'000 Franken nicht überschreiten und maximal acht Jahre bestehen, nicht bilanziert. Treuhänderisch verwaltete Fonds, die zeitlich unbeschränkt sind und 10'000 Franken nicht überschreiten, müssen nicht bilanziert werden.

Das angewandte Hauptkriterium für die Zuordnung, ob ein Fonds im Fremd- oder Eigenkapital ausgewiesen wird, ist der Handlungsspielraum des Kantons Basel-Stadt bei der Verwendung der Gelder, was sich in der Regel anhand der gesetzlichen Grundlage ableiten lässt.

Der bilanzierte Betrag entspricht dem Nominalwert des Saldos des Fonds. Passivbestände sind Verpflichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen. Aktivposten stellen Vorschüsse des Kantons an den Fonds dar.

**Eigenkapital** Das Eigenkapital beinhaltet folgende Positionen:

- Gesamtergebnis
- Fonds im Eigenkapital
- Rücklagen
- Aufwertungsreserven
- Neubewertungsreserven Finanzvermögen
- Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre

Das Gesamtergebnis umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres inklusive der Ergebnisse der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds sowie Anpassungen von Rücklagen. Das Jahresergebnis (ohne Ergebnisse Fonds im EK und Anpassungen Rücklagen) wird im Folgejahr auf das Konto kumulierte Ergebnisse der Vorjahre umgebucht.

Die Position Fonds im Eigenkapital zeigt die Veränderungen und das Kapital dieser Fonds per Bilanzstichtag.

Bei der Position Rücklagen handelt es sich um Rücklagen für Dienststellen oder Behörden, die mit Globalkrediten gesteuert werden. Auch nicht global gesteuerte Einheiten dürfen aufgrund ihrer eigenwirtschaftlichen Tätigkeit Rücklagen als limitiertes Eigenkapital bilden, wenn sie Konkurrenz ausgesetzt und im Markt tätig sind.

Die Bildung und Auflösung von Rücklagen stellen eine Transaktion im Eigenkapital dar. Diese Transaktionen werden im Eigenkapital verbucht und dürfen nicht über die Erfolgsrechnung geführt werden.

Die Aufwertungsreserven sind auf die Umstellung der Rechnungslegung (HRM2/IPSAS) per 1. Januar 2013 zurückzuführen (Restatement).

Unter den Neubewertungsreserven werden Wertschwankungen im Finanzvermögen erfasst, soweit diese nicht über die Erfolgsrechnung verbucht werden.

Die kumulierten Ergebnisse der Vorjahre entsprechen dem Saldo der Ergebnisse vorangegangener Jahre.

**Fremdwährungsumrechnung** Fremdwährungsbestände werden in der Jahresrechnung in Franken ausgewiesen. Auftretende Umrechnungsdifferenzen können zu unrealisierten Fremdwährungsgewinnen und -verlusten führen, welche erfolgswirksam verbucht werden.

**Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen** Im 2014 wurden keine wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze geändert.

### 3.6.2 Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung

#### Erfolgsrechnung Kontogruppe 30 Personalaufwand

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13		
		2014	2014	abs.	%	abs.	%	
300	Behörden, Kommissionen, Richter	-10.8	-13.3	-11.9	1.3	10.1	-1.2	-10.8
301	Löhne Verwaltungs-, Betriebspersonal	-601.2	-619.7	-616.0	3.8	0.6	-14.7	-2.5 <sup>1</sup>
302	Löhne Lehrkräfte	-261.1	-253.3	-260.4	-7.2	-2.8	0.7	0.3 <sup>2</sup>
303	Temporäre Arbeitskräfte	-6.3	-6.0	-6.6	-0.6	-9.8	-0.3	-4.7
304	Zulagen	-36.8	-33.2	-37.7	-4.5	-13.5	-0.9	-2.4 <sup>3</sup>
305	Arbeitgeberbeiträge	-184.4	-234.2	-196.3	37.8	16.2	-11.9	-6.4 <sup>4</sup>
306	Arbeitgeberleistungen	-0.1	-0.1	0.0	0.1	100.0	0.1	100.0
309	Übriger Personalaufwand	-25.4	-26.3	-26.1	0.2	0.8	-0.7	-2.6
<b>30</b>	<b>Personalaufwand</b>	<b>-1'126.1</b>	<b>-1'186.0</b>	<b>-1'155.0</b>	<b>31.0</b>	<b>2.6</b>	<b>-28.9</b>	<b>-2.6</b>

#### Kommentar

- 1 Tiefere Personalkosten im Jahr 2014 sind begründet in diversen Vakanzen, die längere Zeit nicht besetzt werden konnten, sowie noch nicht besetzten, jedoch budgetierten Stellen. Gegenüber Vorjahr musste hingegen mehr Personal in der Sozialhilfe eingesetzt werden. Dies aufgrund einer gestiegenen Anzahl von Sozialhilfeempfängern und unterstützten Migrationsfällen. Zudem wurde im Amt für Wirtschaft und Arbeit die Buchungspraxis geändert: Die Lohnkosten der Projekte Passage und Arbeitslosenhilfe, welche durch den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit refinanziert werden, wurden auf den effektiven Lohnkonti belassen und nicht – wie bisher – als Projektkosten auf die Kontengruppe 31 umgebucht (Abweichung gegenüber Vorjahr 3.8 Mio. Franken).
- 2 Von der Budgetüberschreitung der Löhne gehen u.a. 1.9 Mio. Franken auf höhere Schülerzahlen und 2.3 Mio. Franken auf höhere Kosten pro Lektion zurück. In der Volksschule fanden und finden durch den laufenden Ausbau der Tagesstrukturen jährlich weitere Headcount-Erhöhungen statt.
- 3 Den grössten Posten bei der Budgetabweichung stellt die Kantonspolizei aufgrund erhöhter Inkonvenienzenerschädigungen (0.5 Mio. Franken) sowie dem dringlichen Ersatz von Schutzausrüstungen für die Polizistinnen und Polizisten (0.8 Mio. Franken).
- 4 Die Budgetunterschreitung ist auf die Auflösung der Rückstellung für die Pensionskasse Basel-Stadt in Höhe von 30.8 Mio. Franken zurückzuführen. Aufgelöst wurde diese, da der Deckungsgrad der Pensionskasse über 100% liegt. Da im 2013 bereits eine Teilauflösung über 39.9 Mio. Franken stattfand, entsteht auf diesem Konto eine Aufwandserhöhung gegenüber Vorjahr.

**Erfolgsrechnung Kontogruppe 31 Sach- und Betriebsaufwand**

in Mio. Franken	Rechnung		Budget	Rechnung		Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%		
310	Material- und Warenaufwand	-43.5	-41.9	-43.7	-1.8	-4.3	-0.2	-0.5	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-16.0	-13.5	-16.2	-2.7	-19.9	-0.2	-1.3	
312	Ver- und Entsorgung	-32.9	-32.0	-30.6	1.4	4.4	2.3	7.0	
313	Dienstleistungen und Honorare	-147.8	-153.2	-170.2	-17.0	-11.1	-22.4	-15.2 <sup>1</sup>	
314	Unterhalt Immobilien	-50.9	-51.6	-54.0	-2.3	-4.5	-3.1	-6.1	
315	Unterhalt Mobilien, immat. Anlagen	-31.9	-30.9	-31.8	-0.9	-3.0	0.0	0.1	
316	Mieten, Leasing, Pacht, Benützungsgb.	-26.3	-29.3	-29.3	0.0	0.0	-3.0	-11.5	
317	Spesenentschädigungen	-6.3	-5.8	-6.1	-0.3	-4.9	0.2	3.4	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-67.6	-55.6	-48.3	7.3	13.2	19.4	28.6 <sup>2</sup>	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	-27.8	-35.6	-45.0	-9.4	-26.4	-17.1	-61.6 <sup>3</sup>	
<b>31</b>	<b>Sach- und Betriebsaufwand</b>	<b>-451.0</b>	<b>-449.4</b>	<b>-475.1</b>	<b>-25.7</b>	<b>-5.7</b>	<b>-24.2</b>	<b>-5.4</b>	

**Kommentar**

- Die Zahlungen für Sach- und Haftpflichtschäden werden nach HRM2 im Aufwand verbucht. Demgegenüber stehen die an die Dienststellen in Rechnung gestellten Versicherungsprämien als Ertrag unter FDK 43. Dies wurde aber noch nicht so budgetiert, wodurch eine Budgetabweichung entsteht. Gegenüber Vorjahr gestiegen sind vor allem die Straf- und Massnahmevollzugskosten (11.2 Mio. Franken) wegen steigender Fallzahlen.
- Die im Jahr 2014 tiefer ausgefallenen Wertberichtigungen auf Forderungen sowohl zum Budget als auch gegenüber Vorjahr sind mitunter auf die folgenden gegenläufigen Effekte zurückzuführen. Einerseits wurde eine Anpassung der Delkredere vorgenommen, woraus eine Aufwandsminderung von rund 13 Mio. Franken resultierte. Andererseits fielen beim JSD erhöhte Wertberichtigungen auf Forderungen an aufgrund vermehrter Umwandlung von Bussen in beispielsweise Haftstrafen (1.9 Mio. Franken).
- Die Abweichung ist auf die Bildung der Rückstellungen für den Abbau des Atomreaktors der Universität Basel von 10 Mio. Franken sowie der Altlastensanierung Deponie Muttenz von 5.5 Mio. Franken zurückzuführen.

**Erfolgsrechnung Kontogruppe 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen**

in Mio. Franken	Rechnung		Budget	Rechnung		Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%		
330	Sachanlagen Grossinvestitionen	-155.6	-125.8	-162.1	-36.3	-28.9	-6.5	-4.2 <sup>1</sup>	
332	Immaterielle Anlagen Grossinvest.	-5.5	-3.2	-6.1	-2.9	-89.9	-0.6	-11.0 <sup>2</sup>	
333	Sach-, immat. Anlagen Kleininvest.	-4.9	-5.6	-5.6	0.0	-0.3	-0.7	-14.7	
<b>33</b>	<b>Abschreibungen Verwaltungsvermögen</b>	<b>-166.0</b>	<b>-134.6</b>	<b>-173.8</b>	<b>-39.2</b>	<b>-29.2</b>	<b>-7.8</b>	<b>-4.7</b>	

**Kommentar**

- Die Abschreibungen der Hochbauten im Verwaltungsvermögen liegen wegen den Auswirkungen des neuen Rechnungslegungsmodells der Kantone (HRM2) um 36 Mio. Franken über Budget. Die Auswirkungen auf die Abschreibungen durch die Umstellung auf HRM2 waren zum Zeitpunkt der Budgeterstellung im Mai 2013 noch nicht bekannt.
- In den Dienststellen Zentrale Informatikdienste und Generalsekretariat des Finanzdepartements gab es um 3 Mio. Franken höhere Software-Abschreibungen als budgetiert.

### Erfolgsrechnung Kontogruppe 34 Finanzaufwand

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13			
				2013	2014	2014	abs.	%	abs.
340	Zinsaufwand	-59.9	-63.3	-51.1	12.2	19.3	8.8	14.7	<sup>1</sup>
	Verzinsung laufende Verbindl.	-0.0	-0.0	-0.1	-0.1	<-100.0	-0.1	<-100.0	
	Verzinsung kurzfr. Finanzverbindl.	-0.9	-2.7	-0.7	1.9	72.2	0.2	21.6	
	Verzinsung langfr. Finanzverbindl.	-54.7	-50.7	-46.3	4.3	8.6	8.4	15.3	
	Übrige Passivzinsen	-4.2	-10.0	-3.9	6.1	61.1	0.3	7.7	<sup>2</sup>
341	Realisierte Kursverluste	-0.5	0.0	-0.7	-0.6	<-100.0	-0.2	-35.9	
342	Kapitalbeschaff., Verwaltungskosten	-3.0	-2.9	-3.2	-0.3	-9.6	-0.2	-6.9	
343	Liegenschaftenaufwand FV	-41.0	-69.3	-63.7	5.7	8.2	-22.6	-55.1	<sup>3</sup>
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	-71.7	-0.2	-80.9	-80.7	<-100.0	-9.2	-12.9	<sup>4</sup>
349	Verschiedener Finanzaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	<-100.0	0.0	50.9	
<b>34</b>	<b>Finanzaufwand</b>	<b>-176.1</b>	<b>-135.8</b>	<b>-199.5</b>	<b>-63.7</b>	<b>-46.9</b>	<b>-23.4</b>	<b>-13.3</b>	

#### Kommentar

- 1 Durch tiefere Verschuldung sowie tiefere Zinssätze fällt der Zinsaufwand sowohl bei kurzfristigen als auch bei langfristigen Finanzverbindlichkeiten entsprechend tiefer aus.
- 2 Die Budgetunterschreitung ist hauptsächlich durch den niedriger ausgefallenen Zinsaufwand für Steuervorauszahlungen zu begründen.
- 3 Gegenüber Vorjahr hat es höhere Investitionen im Rahmen der Werterhaltung von Immobilien gegeben.
- 4 Die Abweichung gegenüber dem Budget und der Rechnung resultiert insbesondere aus den Abschreibungen aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Diese Wertänderungen sind im Voraus nicht budgetierbar. Bei den Erträgen (444) resultieren entsprechend die Aufwertungsgewinne. Netto konnte analog dem letzten Jahr wieder eine Aufwertung des Immobilienportfolios verbucht werden.

### Erfolgsrechnung Kontogruppe 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13		
				2013	2014	2014	abs.	%
351	Einlagen Fonds, Spezialfinanz. im EK	-0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.2	100.0
<b>35</b>	<b>Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>0.2</b>	<b>100.0</b>

**Erfolgsrechnung Kontogruppe 36 Transferaufwand**

in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13		
				abs.	%	abs.	%	
361	Entschädigungen Gemeinwesen, Dritte	-557.0	-571.2	-572.7	-1.5	-0.3	-15.7	-2.8
	Bund	-4.9	-7.0	-4.8	2.2	31.7	0.2	3.4
	Kantone und Konkordate	-25.7	-27.7	-25.9	1.8	6.6	-0.2	-0.7
	Öffentliche Unternehmungen	-248.9	-259.2	-265.1	-6.0	-2.3	-16.2	-6.5
	Dritte	-277.4	-277.3	-276.9	0.4	0.1	0.5	0.2
362	Finanz- und Lastenausgleich	-167.5	-157.1	-157.1	0.0	0.0	10.4	6.2
363	Beiträge an Gemeinwesen, Dritte	-1'113.0	-1'106.7	-1'189.3	-82.6	-7.5	-76.3	-6.9
	Kantone und Konkordate	2.6	0.2	1.6	1.4	>100.0	-1.0	-36.7
	Gemeinden und Zweckverbände	-8.5	-7.6	-12.7	-5.1	-66.9	-4.2	-49.0
	Öffentliche Unternehmungen	-297.5	-297.2	-295.6	1.6	0.5	1.9	0.6
	Private Unternehmungen	-11.1	-10.8	-9.7	1.0	9.8	1.4	12.7
	Private Organisat. o. Erwerbszweck	-118.7	-123.6	-119.6	4.0	3.2	-0.9	-0.8
	Private Haushalte	-678.1	-666.1	-751.6	-85.5	-12.8	-73.5	-10.8
	Ausland	-1.7	-1.7	-1.7	0.0	0.0	0.0	0.1
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	-2.5	0.0	-4.3	-4.3	n.a.	-1.8	-71.0
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-10.3	0.0	0.0	0.0	n.a.	10.3	100.0
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-9.3	-7.8	-11.1	-3.3	-43.0	-1.8	-19.6
<b>36</b>	<b>Transferaufwand</b>	<b>-1'859.7</b>	<b>-1'842.8</b>	<b>-1'934.5</b>	<b>-91.8</b>	<b>-5.0</b>	<b>-74.9</b>	<b>-4.0</b>

**Kommentar**

- Die Budgetüberschreitung ist auf rund 5.2 Mio. Franken höhere Beiträge an die stationäre Spitalbehandlung zurückzuführen.
- Der Finanz- und Lastenausgleich der Gemeinde Riehen und Bettingen fiel um 2.1 Mio. Franken höher als budgetiert aus. Die Veränderung zum Vorjahr ist auf die die finanziellen Auswirkungen zurückzuführen, dass Schüler/-innen aus Riehen und Bettingen anstatt in Basel neu in Riehen/Bettingen die 5. und 6. Klasse besuchen. Die Ausgleichszahlung dafür an Riehen wurde zu tief budgetiert. Zudem führte der Auflösungsvertrag betreffend den Abgeltungsvertrag Bürgerspital zu nicht budgetierten Mehraufwendungen von 2 Mio. Franken.
- Die Abweichung zum Budget sowie Vorjahr ist einerseits auf eine Änderung der Buchungspraxis für Auszahlungen des Swisslos-Fonds beim Generalsekretariat JSD zurückzuführen. Dies führt zu Buchungen von je 8.9 Mio. Franken auf der Ertrags- (463) sowie Aufwandsseite (363), welche somit erfolgsneutral sind. Andererseits ist die Budgetüberschreitung systemtechnisch bedingt: Seit der Einführung der neuen Fachapplikation für Ergänzungsleistungen im Mai 2013 werden die Rückforderungen neu nach dem Bruttoprinzip ausgewiesen. Dadurch erhöhen sich die Positionen 36 und 42 gegenüber dem Budget im gleichen Umfang um je rund 90 Mio. Franken. Das heisst höhere Rückforderungen gehen einher mit höher ausgewiesenen Leistungen und kompensieren sich somit gegenseitig. Auch diese Veränderung ist hiermit ergebnisneutral.
- Infolge der Umstellung auf HRM2 werden zinsbegünstigte Darlehen wertberichtigt. Dies wurde im Budget nicht berücksichtigt. Die Gegenposition dazu befindet sich im Finanzertrag (FDK 44).
- Die Abweichung zum Vorjahr kommt dadurch zustande, dass es im Jahr 2014 keine Wertberichtigungen auf Beteiligungen VV gab. Im Jahre 2013 gab es aber eine Wertberichtigung von 10.3 Mio. Franken, die aus dem Anlagetransfer des Neubaus des Universitätskinderspitals resultierte.
- In der Dienststelle Städtebau und Architektur wurden die Anlagen nach der Umstellung auf HRM2 neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften von degressiv auf linear geändert. Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2014 wurden, da noch keine Zahlen des Rechnungsjahres 2013 vorlagen, basierend auf dem Restatement Ende 2012 errechnet. Daraus resultiert eine Abweichung von 0.9 Mio. Franken zu den budgetierten Werten.

**Sozialkosten netto**

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Sozialhilfe	-160.7	-157.4	-163.4	-6.0	-3.8	-2.7	-1.7
Stationäre Jugendhilfe	-45.9	-45.5	-47.9	-2.4	-5.3	-2.0	-4.3
Ergänzungsleistungen netto	-100.6	-93.0	-93.8	-0.8	-0.8	6.8	6.8
Pflegeheimfinanzierung	-97.7	-97.0	-97.3	-0.3	-0.3	0.5	0.5
Prämienverbilligungen netto	-63.9	-88.3	-88.3	0.0	0.0	-24.4	-38.1
Kantonsbeitrag an ALV	-4.5	-4.9	-4.4	0.6	11.3	0.2	3.6
Beiträge Suchttherapien	-4.4	-4.2	-3.5	0.7	16.1	0.9	20.1
Beihilfen netto	-9.2	-10.6	-9.3	1.2	11.8	-0.1	-1.0
Familienmietzinsbeiträge	-8.0	-10.2	-8.9	1.4	13.4	-0.9	-10.9
Behindertenhilfe netto	-80.5	-83.8	-79.8	4.1	4.8	0.7	0.9
<b>Sozialkosten netto</b>	<b>-575.6</b>	<b>-595.0</b>	<b>-596.5</b>	<b>-1.5</b>	<b>-0.3</b>	<b>-20.9</b>	<b>-3.6</b>

Den in den eigenen Beträgen enthaltenen Sozialkosten stehen oft Rückvergütungen des Bundes und von Dritten gegenüber. Um ein besseres Bild über die Entwicklung der Sozialkosten zu vermitteln, sind in der Tabelle die Netto-Belastungen der wichtigsten Sozialleistungen dargestellt.

Die Entwicklungen der einzelnen Sozialbeiträge präsentieren sich uneinheitlich. Die höchste Budgetüberschreitung weist aufgrund von Fallzunahmen vor allem auch in der Migration die Sozialhilfe mit einer Abweichung zum Budget von 6 Millionen Franken aus. Dann folgt die stationäre Jugendhilfe mit 2.4 Millionen Franken, weil sich die Platzierungen langsamer als angestrebt reduzierten und sich bei den Platzierungen steigende Kosten abzeichnen. Um 4.1 Millionen Franken unterschritten wurde hingegen das Budget für die Behindertenhilfe.

Der höchste Zuwachs ist bei den Prämienverbilligungen zu verzeichnen (24.4 Millionen Franken). Diese Zunahme muss um einen nicht leistungsrelevanten, ergebnisneutralen Sondereffekt im Gesamtbetrag von 12.2 Millionen Franken bereinigt werden, da ab dem Jahre 2014 die bisher über die Ergänzungsleistungen ausbezahlten Krankenkassenprämien neu über die Prämienverbilligungen abgewickelt werden. Die restliche Zunahme von 12.2 Millionen Franken ergibt sich aus dem Saldo der effektiven Kostensteigerung der Prämienverbilligungen (6.6 Millionen Franken, hauptsächlich Preissteigerungen), der gegenüber dem Vorjahr um 7 Mio. Franken höheren Abgeltung des Kantons an die Krankenversicherer für uneinbringliche Prämien sowie einer entsprechend den höheren Kosten gestiegenen Bundesbeteiligung (1.4 Millionen Franken). (Der Kanton muss den Krankenversicherern 85% der uneinbringlichen Prämien vergüten, welche von den versicherten Einwohnerinnen und Einwohnern des Kantons Basel-Stadt nicht bezahlt werden konnten.)

Die Reduktion bei den Ergänzungsleistungen gegenüber dem Vorjahr um 6.8 Millionen Franken ist ebenfalls auf den vorgängigen erwähnten Sondereffekt (Verschiebung 12.2 Millionen Franken zu den Prämienverbilligungen) zurückzuführen. Nach Neutralisierung dieses Effekts ergibt sich eine Kostensteigerung gegenüber der Rechnung 2013 von 5.4 Millionen Franken.

**Erfolgsrechnung Kontogruppe 40 Fiskalertrag**

in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13		
				abs.	%	abs.	%	
400	Direkte Steuern natürliche Personen	1'611.7	1'735.0	1'739.1	4.1	0.2	127.4	7.9
	Einkommenssteuern	1'222.1	1'340.0	1'280.4	-59.6	-4.4	58.3	4.8 <sup>1</sup>
	Vermögenssteuern	252.5	254.0	272.8	18.8	7.4	20.4	8.1 <sup>2</sup>
	Quellensteuern	120.8	129.0	167.0	38.0	29.5	46.2	38.3 <sup>3</sup>
	Übrige direkte Steuern nat. Personen	16.4	12.0	18.9	6.9	57.4	2.5	15.5
401	Direkte Steuern juristische Personen	678.5	643.0	698.1	55.1	8.6	19.6	2.9
	Gewinnsteuern	542.6	524.0	569.1	45.1	8.6	26.5	4.9 <sup>4</sup>
	Kapitalssteuern	135.3	118.0	127.6	9.6	8.1	-7.7	-5.7
	Übrige direkte Steuern jur. Personen	0.6	1.0	1.5	0.5	48.3	0.8	>100.0
402	Übrige Direkte Steuern	157.4	117.0	148.9	31.9	27.3	-8.5	-5.4
	Grundsteuern	8.5	13.0	13.7	0.7	5.4	5.2	61.9
	Vermögensgewinnsteuern	40.3	40.0	50.7	10.7	26.7	10.4	25.9 <sup>5</sup>
	Vermögensverkehrssteuern	39.1	32.0	26.1	-5.9	-18.5	-13.0	-33.3 <sup>6</sup>
	Erbschafts- und Schenkungssteuern	69.6	32.0	58.4	26.4	82.6	-11.2	-16.0 <sup>7</sup>
403	Besitz- und Aufwandsteuern	33.8	33.6	33.1	-0.5	-1.6	-0.7	-2.2
	Verkehrsabgaben	33.2	33.0	32.5	-0.5	-1.6	-0.7	-2.2
	Hundesteuer	0.6	0.6	0.6	-0.0	-1.1	-0.0	-2.6
<b>40</b>	<b>Fiskalertrag</b>	<b>2'481.4</b>	<b>2'528.6</b>	<b>2'619.2</b>	<b>90.6</b>	<b>3.6</b>	<b>137.8</b>	<b>5.6</b> <sup>8</sup>

**Kommentar**

- Die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform II wurden deutlich unterschätzt und dadurch der Verlauf – und somit das Budget – der Einkommenssteuern zu optimistisch beurteilt.
- Unter anderem aufgrund der positiven Börsen- und Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2013 hat sich das Vermögen natürlicher Personen und somit die Einnahmen aus der Vermögenssteuer gegenüber dem Budget und dem Vorjahr erhöht.
- Der Anstieg bei der Quellensteuer gegenüber Budget und Vorjahr ist vor allem auf Sonderfaktoren und einmalige Effekte zurückzuführen: eine Rückforderung an den Bund aufgrund zu viel abgelieferter Quellensteuer (22 Mio. Franken), eine zu geringe Abgrenzung im Vorjahr (8 Mio. Franken) sowie eine ertragswirksame Korrektur des Anfangsbestands der noch offenen Forderungen (4 Mio. Franken).
- Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftsentwicklung sind die Gewinnsteuern bei juristischen Personen sowohl im Vergleich zum Budget als auch zum Vorjahr höher ausgefallen.
- Die Vermögensgewinnsteuern (Grundstückgewinnsteuer) nahmen insbesondere aufgrund einer im Jahr 2014 höheren Anzahl an gewinnsteuerpflichtigen Grundstückverkäufen zu.
- Dabei handelt es sich um die Handänderungssteuern.
- Die Einnahmen aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer haben das Budget aufgrund von Einzelfällen überschritten. Da die Steuereinnahmen jährlichen Schwankungen unterworfen sind, können diese nicht präzise budgetiert werden.
- Aufgrund der fehlenden Langfristerfahrung wurde bei der Schätzung der unveranlagten Steuern der natürlichen Personen auf die Anwendung des mit einem Schätzalgorithmus errechneten Wachstumsfaktors verzichtet. Bei einer Anwendung des Wachstumsfaktors wäre der Steuerertrag betreffend das Steuerjahr 2013 um 23.8 Mio. Franken (10.8 Mio. Franken Einkommenssteuer und 13.0 Mio. Franken Vermögenssteuer) höher ausgefallen.



### Direkte Steuern aufgeteilt nach Veranlagungen und Schätzungen

in Mio. Franken	Total	davon	davon
	Steuerertrag	Veranlagungen	Schätzungen
Einkommenssteuern	1'280.4	1'213.6	66.7
Vermögenssteuern	272.8	248.4	24.4
Quellensteuern	167.0	151.9	15.1
Übrige direkte Steuern natürliche Personen	18.9	18.9	2.9
<b>Direkte Steuern natürliche Personen</b>	<b>1'739.1</b>	<b>1'632.8</b>	<b>109.2</b> <sup>1</sup>
Gewinnsteuern	569.1	729.1	-160.0
Kapitalsteuern	127.6	161.6	-34.0
Übrige direkte Steuern juristische Personen	1.5	1.5	-
<b>Direkte Steuern juristische Personen</b>	<b>698.1</b>	<b>892.2</b>	<b>-194.1</b>
Grundsteuern	13.7	16.3	-2.6
Vermögensgewinnsteuern	50.7	42.0	8.7
Vermögensverkehrssteuern	26.1	26.1	-
Erbschafts- und Schenkungssteuern	58.4	58.4	0.0
<b>Übrige Direkte Steuern</b>	<b>148.9</b>	<b>142.8</b>	<b>6.1</b>

#### Kommentar

1 Aufgrund der fehlenden Langfristerfahrung wurde bei der Schätzung der unveranlagten Steuern der natürlichen Personen auf die Anwendung des mit einem Schätzalgorithmus errechneten Wachstumsfaktors verzichtet. Bei einer Anwendung des Wachstumsfaktors wäre der Steuerertrag betreffend das Steuerjahr 2013 um 23.8 Mio. Franken (10.8 Mio. Franken Einkommenssteuer und 13.0 Mio. Franken Vermögenssteuer) höher ausgefallen.

### Direkte Steuern aufgeteilt nach Steuerjahr

in Mio. Franken	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung
	2011	2012	2013	2014
Älter als 2010	...	...	-14.2	6.1
Steuerjahr 2010	...	...	3.7	-0.2
Steuerjahr 2011	...	...	-43.6	-2.6
Steuerjahr 2012	...	...	1404.2	36.3
Steuerjahr 2013	...	...	261.6	1'485.6
Steuerjahr 2014	...	...	0.0	213.9
<b>Direkte Steuern natürliche Personen</b>	<b>...</b>	<b>...</b>	<b>1'611.7</b>	<b>1'739.1</b> <sup>1</sup>
Älter als 2010	...	...	-0.9	2.2
Steuerjahr 2010	...	...	8.4	4.0
Steuerjahr 2011	...	...	18.7	7.1
Steuerjahr 2012	...	...	651.9	23.8
Steuerjahr 2013	...	...	0.3	660.2
Steuerjahr 2014	...	...	0.0	0.7
<b>Direkte Steuern juristische Personen</b>	<b>...</b>	<b>...</b>	<b>678.5</b>	<b>698.1</b>

#### Kommentar

Eine Auswertung der im jeweiligen Rechnungsjahr verbuchten direkten Steuern nach Steuerjahr ist erst ab Rechnung 2013 möglich.

In den Zahlen für die Rechnung 2013 musste bei den direkten Steuern natürliche Personen eine Korrektur vorgenommen werden. Es ergibt sich eine geringfügige Verschiebung zwischen den Steuerjahren.

- 1 Aufgrund der fehlenden Langfristerfahrung wurde bei der Schätzung der unveranlagten Steuern der natürlichen Personen auf die Anwendung des mit einem Schätzalgorithmus errechneten Wachstumsfaktors verzichtet. Bei einer Anwendung des Wachstumsfaktors wäre der Steuerertrag betreffend das Steuerjahr 2013 um 23.8 Mio. Franken (10.8 Mio. Franken Einkommenssteuer und 13.0 Mio. Franken Vermögenssteuer) höher ausgefallen.

### Erfolgsrechnung Kontogruppe 41 Regalien und Konzessionen

in Mio. Franken	Rechnung		Budget	Rechnung		Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	2014	abs.	%	abs.	%	
410 Regalien	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	-42.6	0.0	-41.9	
411 Anteil Nationalbankgewinn	15.6	15.6	0.0	-15.6	-100.0		-15.6	-100.0 <sup>1</sup>	
412 Konzessionen	17.7	17.9	17.1	-0.8	-4.3		-0.6	-3.3	
<b>41 Regalien und Konzessionen</b>	<b>33.4</b>	<b>33.5</b>	<b>17.1</b>	<b>-16.4</b>	<b>-48.9</b>		<b>-16.3</b>	<b>-48.7</b>	

#### Kommentar

- 1 Die Schweizer Nationalbank (SNB) schrieb 2013 ein Verlust, daher gab es 2014 keine Ausschüttung an den Bund und die Kantone.

### Erfolgsrechnung Kontogruppe 42 Entgelte

in Mio. Franken	Rechnung		Budget	Rechnung		Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	2014	abs.	%	abs.	%	
420 Ersatzabgaben	25.1	0.2	10.6	10.4	>100.0		-14.6	-58.0 <sup>1</sup>	
421 Gebühren für Amtshandlungen	83.7	82.2	85.0	2.7	3.3		1.3	1.5	
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	28.9	36.6	37.6	1.0	2.7		8.7	30.0	
423 Schul- und Kursgelder	5.0	5.5	6.0	0.5	9.2		1.0	20.6	
424 Benützungsgebühren, Dienstleistungen	147.8	147.4	151.5	4.1	2.8		3.7	2.5	
425 Erlös aus Verkäufen	19.8	18.0	21.1	3.1	17.3		1.3	6.4 <sup>2</sup>	
426 Rückerstattungen	81.3	30.3	125.3	95.0	>100.0		44.0	54.1 <sup>3</sup>	
427 Bussen	21.1	24.3	20.0	-4.3	-17.6		-1.0	-4.9 <sup>4</sup>	
429 Übrige Entgelte	6.3	7.0	45.1	38.1	>100.0		38.8	>100.0 <sup>5</sup>	
<b>42 Entgelte</b>	<b>419.0</b>	<b>351.5</b>	<b>502.2</b>	<b>150.6</b>	<b>42.9</b>		<b>83.1</b>	<b>19.8</b>	

#### Kommentar

- 1 Beim Generalsekretariat des Bau- und Verkehrsdepartements fielen Einnahmen von 9.5 Mio. Franken aus der Mehrwertabgabe an. Diese wurden für das Rechnungsjahr 2014 noch nicht budgetiert. Ab dem Rechnungsjahr 2015 ist der Betrag im Budget enthalten. Die Abweichung gegenüber Vorjahr ist durch Schwankungen zu erklären, welchen die Einnahmen aus der Mehrwertabgabe unterliegen.
- 2 Mehrerträge gegenüber Budget und Vorjahr sind vor allem auf das Bau- und Verkehrsdepartement zurückzuführen. So gab es im Bereich des Tiefbauamts sowohl vermehrt Allmendverkäufe aufgrund von diversen Grossprojekten als auch höhere Landwirtschaftserträge (zusammen +3.2 Mio. Franken).
- 3 Die Budgetüberschreitung ist systemtechnisch bedingt: Seit der Einführung der neuen Fachapplikation für Ergänzungsleistungen im Mai 2013 werden die Rückforderungen neu nach dem Bruttoprinzip ausgewiesen. Dadurch erhöhen sich die Positionen 36 und 42 gegenüber dem Budget im gleichen Umfang um je rund 90 Mio. Franken. Das heisst höhere Rückforderungen gehen einher mit höheren ausgewiesenen Leistungen und kompensieren sich somit gegenseitig. Die Veränderung ist hierdurch ergebnisneutral.
- 4 Die Abweichung zum Budget ist insbesondere durch Mindererträge bei den Bussen in Höhe von -6.7 Mio. Franken entstanden.
- 5 Die Gewährsträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank (BKB) wird neu nicht mehr unter dem Finanzertrag im Finanzergebnis verbucht, sondern unter Übrige Entgelte im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis. Da zudem die Beiträge der Gewährsträger-Abgeltung der BKB neu periodengerecht verbucht werden, fallen im Jahr 2014 die Beiträge für die Jahre 2013 und 2014 (je 19.4 Mio. Franken) an. Dies führt unabhängig vom neuen Verbuchungsort zu einer einmaligen Budgetüberschreitung von 19.4 Mio. Franken.

### Erfolgsrechnung Kontogruppe 43 Verschiedene Erträge

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13			
				2013	2014	2014	abs.	%	abs.
430	Verschiedene betriebliche Erträge	3.4	2.1	7.3	5.2	>100.0	3.9	>100.0	<sup>1</sup>
439	Übriger Ertrag	11.6	0.2	15.1	14.9	>100.0	3.5	30.3	<sup>2</sup>
<b>43</b>	<b>Verschiedene Erträge</b>	<b>15.0</b>	<b>2.3</b>	<b>22.4</b>	<b>20.2</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>7.4</b>	<b>49.4</b>	

#### Kommentar

- Die Budgetüberschreitung ist vor allem dadurch begründet, dass die Gewinnanteile des Swisslos-Sportfonds noch unter der Kostenart 46 budgetiert werden, gemäss HRM2 der Betrag von 2.9 Mio. Franken neu aber unter der Kostenart 43 ausgewiesen wird. Zudem konnten für den Pendlerfonds (+0.9 Mio. Franken) die Einnahmen für das Rechnungsjahr 2014 noch nicht budgetiert werden, da noch nicht klar war, wie der Fonds finanztechnisch gehandhabt werden würde.
- Die durch die Rimas Insurance Broker AG in Rechnung gestellten Versicherungsprämien werden seit 2013 über die Erfolgsrechnung verbucht. Demgegenüber stehen die Schadenszahlungen in FDK 30 und 31. Dies war aber noch nicht so budgetiert, wodurch eine Abweichung entsteht.

### Erfolgsrechnung Kontogruppe 44 Finanzertrag

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13			
				2013	2014	2014	abs.	%	abs.
440	Zinsertrag	20.2	19.3	23.9	4.6	23.8	3.8	18.7	
441	Realisierte Gewinne	2.2	0.0	2.4	2.4	>100.0	0.2	9.7	
442	Beteiligungsertrag	6.2	5.6	1.6	-4.1	-72.1	-4.6	-74.6	
443	Liegenschaftenertrag	133.1	148.2	140.1	-8.1	-5.5	7.0	5.3	<sup>1</sup>
444	Wertberichtigung Anlagen	90.6	0.0	120.7	120.7	n.a.	30.1	33.2	<sup>2</sup>
	<b>Finanzertrag Finanzvermögen</b>	<b>252.2</b>	<b>173.2</b>	<b>288.7</b>	<b>115.6</b>	<b>66.7</b>	<b>36.5</b>	<b>14.5</b>	
445	Darlehens- und Beteiligungsertrag	23.6	22.0	25.7	3.7	16.9	2.1	9.1	<sup>3</sup>
446	Ertrag öffentlicher Unternehmungen	103.7	103.4	75.6	-27.9	-26.9	-28.1	-27.1	<sup>4</sup>
447	Liegenschaftenertrag	5.1	5.0	5.2	0.2	3.4	0.0	0.5	
449	Übriger Finanzertrag	0.3	0.0	0.1	0.0	>100.0	-0.3	-83.8	
	<b>Finanzertrag Verwaltungsvermögen</b>	<b>132.7</b>	<b>130.4</b>	<b>106.5</b>	<b>-23.9</b>	<b>-18.3</b>	<b>-26.2</b>	<b>-19.8</b>	
<b>44</b>	<b>Finanzertrag</b>	<b>384.9</b>	<b>303.6</b>	<b>395.2</b>	<b>91.6</b>	<b>30.2</b>	<b>10.3</b>	<b>2.7</b>	

#### Kommentar

- Da neu Bewertungsgewinne auf der Position 444 gebucht werden, wurde das dazugehörige Budget von 16 Mio. Franken nicht erreicht. Gegenüber Vorjahr haben sich die operativen Erträge aufgrund von Umwidmungen und neuen Baurechtsverträgen erhöht.
- Die Budgetüberschreitung resultiert insbesondere aus Aufwertungen des Immobilienportfolios aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Diese sind nicht im Voraus budgetierbar. Unter dem Finanzaufwand (344) resultieren entsprechend die Abschreibungen. Netto konnte allerdings analog dem letzten Jahr wieder eine Aufwertung des Immobilienportfolios verbucht werden.
- In Folge der Umstellung auf HRM2 werden zinsbegünstigte Darlehen wertberichtigt. Dies wurde im Budget nicht berücksichtigt. Die Gegenposition dazu befindet sich im Transferaufwand (FDK 36).
- Das Budget 2014 und der Vorjahreswert wurden unterschritten, weil zum einen die Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank (BKB) um 6.9 Mio. Franken tiefer ausfiel als budgetiert und die in Höhe von 26.6 Mio. Franken budgetierte Gewährsträger-Abgeltung der BKB nicht im Finanzertrag, sondern unter Entgelte im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis verbucht wurde. Diese Budgetabweichung von insgesamt 32.5 Mio. Franken konnte auch nicht durch den neu unter 446 verbuchten kantonalen Gewinnanteil an den Schweizerischen Rheinhäfen (+3.1 Mio. Franken) sowie den um 2 Mio. Franken höher als budgetierten Ertragsanteil an den Industriellen Werken Basel wettgemacht werden.

### Erfolgsrechnung Kontogruppe 45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
		2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
451	Entnahmen Fonds, Spezialfinanz.im EK	0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.2	-100.0
<b>45</b>	<b>Entnahmen/Spezialfinanzierungen</b>	<b>0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>-0.2</b>	<b>-100.0</b>

### Erfolgsrechnung Kontogruppe 46 Transferertrag

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
		2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
460	Ertragsanteile	199.0	183.3	208.8	25.5	13.9	9.9	5.0
	Anteil an Bundeserträgen	199.0	183.3	208.8	25.5	13.9	9.9	5.0 <sup>1</sup>
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	53.1	50.8	54.3	3.5	6.8	1.2	2.3
	Bund	2.1	1.8	2.4	0.5	29.0	0.2	11.0
	Kantone und Konkordate	47.0	44.6	46.2	1.6	3.7	-0.8	-1.6
	Gemeinden und Zweckverbänden	3.9	4.4	5.7	1.3	29.6	1.7	44.0
462	Finanz- und Lastenausgleich	61.1	59.1	61.2	2.1	3.5	0.0	0.1
	Bund	52.8	54.5	54.5	0.0	0.0	1.7	3.2
	Gemeinden und Zweckverbänden	8.3	4.6	6.7	2.1	44.8	-1.6	-19.8
463	Beiträge von Gemeinwesen, Dritten	208.7	235.2	224.8	-10.5	-4.5	16.1	7.7
	Bund	187.9	194.1	195.4	1.4	0.7	7.5	4.0
	Kantone und Konkordate	13.1	12.4	12.3	-0.1	-0.4	-0.8	-6.2
	Gemeinden und Zweckverbänden	2.1	2.1	2.0	-0.1	-5.1	-0.1	-3.5
	Öffentliche Unternehmungen	0.8	18.9	0.6	-18.4	-97.0	-0.3	-30.9 <sup>2</sup>
	Privaten Haushalte	4.5	7.5	13.7	6.2	82.5	9.2	>100.0 <sup>3</sup>
	Ausland	0.2	0.2	0.7	0.5	>100.0	0.5	>100.0
466	Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	8.6	2.8	12.1	9.3	>100.0	3.5	40.6 <sup>4</sup>
467	Auflösung Kleininvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	>100.0
<b>46</b>	<b>Transferertrag</b>	<b>530.4</b>	<b>531.2</b>	<b>561.1</b>	<b>29.9</b>	<b>5.6</b>	<b>30.7</b>	<b>5.8</b>

#### Kommentar

- 1 Mit 24 Mio. Franken ist der grösste Teil der Budgetüberschreitung auf den höher ausgefallenen Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer zurückzuführen. Anteilsmässig machen die juristischen Personen hierbei die grösste Position aus.
- 2 Die Abweichung zum Budget ist darin begründet, dass einerseits die Beiträge für die Heime beim Amt für Sozialbeiträge (ASB) in der Rechnung 2014 unter Beiträgen von Kantonen und Konkordaten verbucht wurden sowie andererseits der Anteil des Kantons Basel-Stadt am Jahresgewinn der Schweizerischen Rheinhäfen neu unter dem Finanzertrag verbucht wird, aber noch an alter Stelle budgetiert wurde (2.8 Mio. Franken).
- 3 Eine Änderung der Buchungspraxis beim Generalsekretariat JSD für Auszahlungen des Swisslos-Fonds führt zu Buchungen von je 8.9 Mio. Franken auf der Ertrags- (463) sowie Aufwandsseite (363), welche somit erfolgsneutral sind.
- 4 Die Budgetabweichung begründet sich u.a. in von Museen erhaltenen Investitionsbeiträgen. Da diese erst unter Jahr bekannt werden, können diese nicht im Voraus budgetiert werden. Im Berichtsjahr erwähnenswert ist der Ankauf von Kunstwerken beim Kunstmuseum in Höhe von 5.2 Mio. Franken, bei denen die Stiftung des Kunstmuseums einen Beitrag von 4.2 Mio. Franken geleistet hat.

**Bilanz Kontogruppe 100 Flüssige Mittel**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1000 Kasse	1.4	1.3	-0.1	-8.2
1001 Post	39.5	28.0	-11.5	-29.2 <sup>1</sup>
1002 Bank	617.1	875.7	258.5	41.9 <sup>2</sup>
1004 Debit- und Kreditkarten	0.1	0.0	-0.0	-62.2
1009 Übrige flüssige Mittel	0.0	0.0	0.0	n.a.
<b>100 Flüssige Mittel</b>	<b>658.1</b>	<b>904.9</b>	<b>246.9</b>	<b>37.5</b>

**Kommentar**

Flüssige Mittel: Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt bis 90 Tage.

- 1 Im Bestand sind rund 800'000 Franken Guthaben bei der Post für Fonds im Fremdkapital bilanziert.
- 2 Der höhere Liquiditätsbestand per 31. Dezember 2014 im Vergleich zum Vorjahr diente in erster Linie zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft BS als „Konzern“. Ein Grossteil der flüssigen Mittel war auf dem Masterkonto bei der Basler Kantonalbank konzentriert. Ausserdem sind für Fonds im Fremdkapital rund 7.2 Mio. Franken Bankguthaben bilanziert.

**Bilanz Kontogruppe 101 Forderungen**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1010 Forderungen aus Lieferungen, Leistungen ggü. Dritten	153.9	177.2	23.3	15.2
davon Wertberichtigung	-48.0	-44.5	3.5	7.3
1011 Kontokorrente mit Dritten	36.6	16.3	-20.3	-55.5 <sup>1</sup>
1012 Steuerforderungen	149.1	138.0	-11.1	-7.4
davon Wertberichtigung	-124.4	-94.7	29.6	23.8
1013 Anzahlungen an Dritte	0.7	1.8	1.1	>100.0
1015 Interne Kontokorrente	0.0	2.1	2.1	>100.0
1018 Übrige Durchgangskonti	2.0	1.6	-0.4	-21.2
1019 Übrige Forderungen	1.5	1.8	0.3	20.2 <sup>2</sup>
davon Wertberichtigung	0.0	0.0	0.0	n.a.
<b>101 Forderungen netto</b>	<b>343.8</b>	<b>338.8</b>	<b>-5.0</b>	<b>-1.4</b>
davon verzinslich	61.2	17.2	-44.0	-71.9

**Kommentar**

- 1 Diese Veränderung ist hauptsächlich auf das Kontokorrent bei der Eidg. Finanzverwaltung zurückzuführen.
- 2 In dieser Position sind Verrechnungssteuer-Guthaben für Fonds im Fremdkapital in der Höhe von rund 70'000 Franken bilanziert.

**Hinweis:** Bei den Steuerforderungen handelt es sich um Forderungen ohne zurechenbare Gegenleistung. Bei den übrigen Forderungen handelt es sich um Transaktionen mit zurechenbarer Gegenleistung.

**Bilanz Kontogruppe 102 Kurzfristige Finanzanlagen**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1020 Kurzfristige Darlehen	4.2	100.0	95.8	>100.0 <sup>1</sup>
1022 verzinsliche Anlagen	0.0	-0.0	-0.0	n.a.
1023 Festgelder	0.0	30.0	30.0	n.a. <sup>2</sup>
1029 Übrige kurzfristige Finanzanlagen	0.0	17.4	17.4	n.a. <sup>3</sup>
<b>102 Kurzfristige Finanzanlagen</b>	<b>4.2</b>	<b>147.4</b>	<b>143.2</b>	<b>&gt;100.0</b>

**Kommentar**

Kurzfristige Finanzanlagen: Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt ab 90 bis 360 Tage.

- 1 Das Schuldscheindarlehen über 100 Mio. Franken an die Industrielle Werke Basel (IWB) ist am 5. Januar 2015 zur Rückzahlung fällig. Bisher wurde es unter FDK 107 bilanziert.
- 2 Mit den Industriellen Werke Basel (IWB) wurde ein kurzfristiges Festgeld in der Höhe von 30 Mio. Franken vereinbart.
- 3 Für Fonds im Fremdkapital sind Wertschriften in der Höhe von rund 17.4 Mio. Franken bilanziert.

**Bilanz Kontogruppe 104 Aktive Rechnungsabgrenzung**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1040 Personalaufwand	2.3	7.1	4.8	>100.0 <sup>1</sup>
1041 Sach- und Betriebsaufwand	7.0	11.5	4.5	65.4 <sup>2</sup>
1042 Steuern	1'712.3	1'629.3	-83.0	-4.8 <sup>3</sup>
1043 Transfers der Erfolgsrechnung	41.8	48.4	6.6	15.7
1044 Finanzaufwand/Finanzertrag	1.9	10.4	8.5	>100.0 <sup>4</sup>
1045 Übriger betrieblicher Ertrag	46.9	46.6	-0.3	-0.6 <sup>5</sup>
<b>104 Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>1'812.2</b>	<b>1'753.3</b>	<b>-58.9</b>	<b>-3.2</b>

**Kommentar**

- 1 Vorausbezahlte Personalversicherungsprämien für das Jahr 2015 in der Höhe von 5.2 Mio. Franken wurden abgegrenzt.
- 2 Rund 4.3 Mio. Franken an Sachversicherungsprämien 2015 wurden abgegrenzt.
- 3 Die aktiven Steuerabgrenzungen hängen wesentlich vom rechtzeitigen Eingang der Steuererklärungen und vom Verarbeitungsstand bei der Veranlagung ab. Sie können folglich von Jahr zu Jahr grösseren Schwankungen unterliegen. Beispielsweise können Fälle mit einem grossen Steuervolumen im Rechnungsjahr nicht veranlagt werden, weil offene Rechtsmittelverfahren im Vorjahr die Veranlagung des aktuellen Steuerjahres verzögern. Die Veränderung über 83 Mio. Franken ist auf den beschriebenen Sachverhalt zurückzuführen und kein Sondereffekt.
- 4 Die Abgrenzung der Geldaufnahmekosten für Staatsanleihen wurde in der Rechnung 2013 fälschlicherweise unter FDK 1045 statt FDK 1044 bilanziert. Dies wurde im 2014 richtiggestellt (rund 7.8 Mio. Franken).
- 5 In dieser Position sind Abgrenzungen in der Höhe von rund 7 Mio. Franken für Fonds im Fremdkapital bilanziert.

**Bilanz Kontogruppe 106 Vorräte**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1060 Handelswaren	0.0	1.7	1.7	n.a. <sup>1</sup>
davon Wertberichtigung	0.0	0.0	0.0	0.0
1061 Roh- und Hilfsmaterial	6.8	4.7	-2.1	-31.2 <sup>1</sup>
davon Wertberichtigung	0.0	0.0	0.0	0.0
1062 Halb- und Fertigfabrikate	0.0	0.0	0.0	0.0
davon Wertberichtigung	0.0	0.0	0.0	0.0
1068 Geleistete Anzahlungen	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>106 Vorräte</b>	<b>6.8</b>	<b>6.4</b>	<b>-0.4</b>	<b>-6.4</b>

**Kommentar**

1 Die Vorräte der Materialzentrale werden ab Rechnung 2014 unter den Handelswaren geführt.

**Bilanz Kontogruppe 107 Langfristige Finanzanlagen**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1070 Aktien und Anteilscheine	12.5	13.5	1.0	8.0
1071 Verzinsliche Anlagen	286.6	189.7	-96.9	-33.8 <sup>1</sup>
1072 Langfristige Forderungen	0.1	0.0	-0.1	-100.0
<b>107 Langfristige Finanzanlagen</b>	<b>299.2</b>	<b>203.2</b>	<b>-96.0</b>	<b>-32.1</b>

**Kommentar**

Langfristige Finanzanlagen: Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt über 1 Jahr.

1 Die Abnahme ist auf die Umbuchung des Schuldscheindarlehens an die Industriellen Werke Basel (IWB) in der Höhe von 100 Mio. Franken in die kurzfristigen Finanzanlagen zurückzuführen (s. FDK 102).

### Finanzanlagen im Finanzvermögen

in Mio. Franken	Darlehen	Aktien und Anteil- scheine	Fest- gelder	Übrige verzins- liche Anlagen	Lang- fristige Forde- rungen	Übrige Finanz- anlagen	Total
<b>Finanzanlagen per 1. Januar 2013</b>	<b>241.5</b>	<b>15.6</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>257.1</b>
Zugänge	50.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0	50.1
Abgänge	-0.1	-3.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-3.2
Verkehrswertanpassungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.6
<b>Finanzanlagen per 31. Dezember 2013</b>	<b>290.8</b>	<b>12.5</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.1</b>	<b>0.0</b>	<b>303.4</b>
davon kurzfristig	4.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.2
davon langfristig	286.6	12.5	0.0	0.0	0.1	0.0	299.2
<b>Finanzanlagen per 1. Januar 2014</b>	<b>290.8</b>	<b>12.5</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.1</b>	<b>0.0</b>	<b>303.4</b>
Zugänge	0.0	1.0	30.0	0.0	0.0	17.4	48.4
Abgänge	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2
Verkehrswertanpassungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	-1.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	0.0	-1.0
<b>Finanzanlagen per 31. Dezember 2014</b>	<b>289.7</b>	<b>13.5</b>	<b>30.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>17.4</b>	<b>350.6</b>
davon kurzfristig	100.0	0.0	30.0	0.0	0.0	17.4	147.4
davon langfristig	189.7	13.5	0.0	0.0	0.0	0.0	203.2

Weitere Details zu den Beteiligungen (Aktien und Anteilscheine) im Finanzvermögen können dem Kapitel „Die Beteiligungen des Kantons Basel-Stadt“ entnommen werden. Dieses Kapitel wird für die Rechnung 2014 separat publiziert, zusammen mit dem Kapitel „Die konsolidierte Jahresrechnung“.

### Darlehen Finanzvermögen - Fälligkeiten

in Mio. Franken	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Industrielle Werke Basel IWB	100.0	0.0	0.0	100.0
Übrige	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>1020 Kurzfristige Darlehen</b>	<b>100.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>100.0</b>
Industrielle Werke Basel IWB	0.0	0.0	100.0	100.0
MCH Messe Schweiz AG	0.0	50.0	35.0	85.0
Gesellschaft der Feuerschützen Basel	0.0	3.2	0.0	3.2
Übrige	0.0	0.0	1.5	1.5
<b>1071 Verzinsliche Anlagen</b>	<b>0.0</b>	<b>53.2</b>	<b>136.5</b>	<b>189.7</b>
<b>Total Darlehen Finanzvermögen</b>	<b>100.0</b>	<b>53.2</b>	<b>136.5</b>	<b>289.7</b>

### Bilanz Kontogruppe 108 Sachanlagen Finanzvermögen

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1080 Grundstücke unbebaut	230.7	236.0	5.4	2.3
1084 Gebäude (inkl. Grundstücke)	1'457.1	1'514.6	57.5	3.9
1086 Mobilien	0.4	0.1	-0.2	-63.2
1089 Übrige Sachanlagen	0.0	0.0	0.0	n.a.
<b>108 Sachanlagen Finanzvermögen</b>	<b>1'688.1</b>	<b>1'750.7</b>	<b>62.6</b>	<b>3.7</b>



**Anlagespiegel Sachanlagen Finanzvermögen**

in Mio. Franken	Grund- stücke unbebaut	Gebäude inkl. Grund- stücke bebaut	Mobilien	Übrige Sach- anlagen	<b>Total</b>
<b>Buchwert Sachanlagen FV per 1. Januar 2013</b>	<b>225.6</b>	<b>1'379.5</b>	<b>0.6</b>	<b>0.0</b>	<b>1'605.7</b>
Zugänge aus Kauf	2.8	33.4	0.0	0.0	36.2
Erhaltene Investitionsbeiträge	0.0	-0.1	0.0	0.0	-0.1
Zugänge aus Investitionen	2.9	23.5	0.0	0.0	26.5
Übertragungen vom VV	0.0	1.5	0.0	0.0	1.5
Abgänge	-0.7	0.0	0.0	0.0	-0.7
Übertragungen ins VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verkehrswertanpassungen	0.0	19.3	-0.2	0.0	19.1
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Buchwert Sachanlagen FV per 31. Dezember 2013</b>	<b>230.6</b>	<b>1'457.1</b>	<b>0.4</b>	<b>0.0</b>	<b>1'688.1</b>
<b>Buchwert Sachanlagen FV per 1. Januar 2014</b>	<b>230.6</b>	<b>1'457.1</b>	<b>0.4</b>	<b>0.0</b>	<b>1'688.1</b>
Zugänge aus Kauf	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge	0.0	-0.1	0.0	0.0	-0.1
Zugänge aus Investitionen	4.9	19.6	0.0	0.0	24.5
Übertragungen vom VV	0.7	0.8	0.0	0.0	1.6
Abgänge	-0.2	-0.9	0.0	0.0	-1.1
Übertragungen ins VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verkehrswertanpassungen	0.0	37.9	-0.2	0.0	37.7
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Buchwert Sachanlagen FV per 31. Dezember 2014</b>	<b>236.0</b>	<b>1'514.6</b>	<b>0.1</b>	<b>0.0</b>	<b>1'750.7</b>

Weitere Angaben können dem Kapitel 7.4 Immobilienbericht Finanzvermögen entnommen werden.

**Bilanz Kontogruppe 140 Sachanlagen Verwaltungsvermögen**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1400 Grundstücke	383.0	381.6	-1.4	-0.4
1401 Strassen, Verkehrswege	567.6	603.7	36.1	6.4
1402 Wasserbau	45.4	50.3	4.9	10.7
1403 Übrige Tiefbauten	319.7	313.3	-6.4	-2.0
1404 Hochbauten	1'220.8	1'386.9	166.0	13.6
1406 Mobilien	73.5	51.5	-22.0	-29.9
1407 Anlagen im Bau	126.3	63.4	-62.9	-49.8
1408 Kleininvestitionen	16.1	16.5	0.5	3.1
<b>140 Sachanlagen Verwaltungsvermögen</b>	<b>2'752.4</b>	<b>2'867.2</b>	<b>114.8</b>	<b>4.2</b>

### Anlagespiegel Sachanlagen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	Grund- stücke	Strassen, Verkehrs- wege	Wasser- bau	Übrige Tief- bauten	Hoch- bauten	Mobilien	Anlagen im Bau	Klein- inves- titionen	Total
<b>Brutto- Anschaffungskosten</b>									
<b>1.1.2013</b>	<b>384.1</b>	<b>990.8</b>	<b>78.0</b>	<b>870.1</b>	<b>3'116.2</b>	<b>259.0</b>	<b>83.2</b>	<b>56.1</b>	<b>5'837.4</b>
Zugänge	0.4	47.2	3.0	10.6	67.1	28.0	73.5	5.9	235.7
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	-82.3	0.0	-12.0	0.0	-94.3
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.5	0.0	0.0	0.0	-1.5
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Brutto- Anschaffungskosten 31.12.2013</b>									
	<b>384.5</b>	<b>1'037.9</b>	<b>81.0</b>	<b>880.7</b>	<b>3'099.5</b>	<b>287.1</b>	<b>144.7</b>	<b>62.0</b>	<b>5'977.3</b>
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge</b>									
<b>1.1.2013</b>	<b>-1.5</b>	<b>-28.7</b>	<b>-3.6</b>	<b>15.3</b>	<b>-177.8</b>	<b>-17.2</b>	<b>-8.2</b>	<b>0.0</b>	<b>-221.9</b>
Zugänge	0.0	-3.2	-0.3	-3.0	-1.7	-1.0	-11.0	-0.2	-20.2
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.9	0.0	0.9
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge 31.12.2013</b>									
	<b>-1.5</b>	<b>-31.9</b>	<b>-3.8</b>	<b>12.3</b>	<b>-179.5</b>	<b>-18.2</b>	<b>-18.3</b>	<b>-0.2</b>	<b>-241.2</b>
<b>Netto- Anschaffungskosten</b>									
<b>1.1.2013</b>	<b>382.6</b>	<b>962.0</b>	<b>74.4</b>	<b>885.4</b>	<b>2'938.4</b>	<b>241.8</b>	<b>74.9</b>	<b>56.1</b>	<b>5'615.6</b>
<b>Netto- Anschaffungskosten 31.12.2013</b>									
	<b>383.0</b>	<b>1'006.0</b>	<b>77.1</b>	<b>892.9</b>	<b>2'920.0</b>	<b>268.9</b>	<b>126.3</b>	<b>61.8</b>	<b>5'736.1</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>									
<b>1.1.2013</b>	<b>0.0</b>	<b>-421.5</b>	<b>-30.6</b>	<b>-537.6</b>	<b>-1'716.1</b>	<b>-193.5</b>	<b>0.0</b>	<b>-42.1</b>	<b>-2'941.4</b>
Abschreibungen des Jahres		-20.8	-1.6	-12.7	-91.8	-18.6	0.0	-3.6	-149.1
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Kumulierte Abschreibungen 31.12.2013</b>									
	<b>0.0</b>	<b>-442.3</b>	<b>-32.2</b>	<b>-550.3</b>	<b>-1'807.9</b>	<b>-212.1</b>	<b>0.0</b>	<b>-45.7</b>	<b>-3'090.5</b>
<b>Kumulierte Auflösungen</b>									
<b>1.1.2013</b>	<b>0.0</b>	<b>3.3</b>	<b>0.4</b>	<b>-23.1</b>	<b>103.8</b>	<b>15.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>99.7</b>
Auflösungen des Jahres	0.0	0.6	0.1	0.2	4.9	1.5	0.0	0.0	7.2
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Kumulierte Auflösungen 31.12.2013</b>									
	<b>0.0</b>	<b>3.9</b>	<b>0.4</b>	<b>-22.9</b>	<b>108.7</b>	<b>16.7</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>106.9</b>
<b>Buchwert 31.12.2013</b>									
	<b>383.0</b>	<b>567.6</b>	<b>45.4</b>	<b>319.7</b>	<b>1'220.8</b>	<b>73.5</b>	<b>126.3</b>	<b>16.1</b>	<b>2'752.4</b>
<b>Brutto- Anschaffungskosten 1.1.2014</b>									
	<b>384.5</b>	<b>1'037.9</b>	<b>81.0</b>	<b>880.7</b>	<b>3'099.5</b>	<b>287.1</b>	<b>144.7</b>	<b>62.0</b>	<b>5'977.3</b>

in Mio. Franken	Grund- stücke	Strassen, Verkehrs- wege	Wasser- bau	Übrige Tief- bauten	Hoch- bauten	Mobilien	Anlagen im Bau	Klein- inves- titionen	Total
Zugänge	0.0	59.7	7.8	9.1	94.2	35.4	86.7	4.7	297.8
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	-0.7	-4.6	0.0	0.0	-12.9	-4.9	0.0	-0.7	-23.8
Übertragungen ins FV	-0.7	0.0	0.0	0.0	-2.4	0.0	0.0	0.0	-3.1
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	169.1	-37.3	-140.5	1.2	-7.5
<b>Brutto- Anschaffungskosten 31.12.2014</b>	<b>383.1</b>	<b>1'093.0</b>	<b>88.8</b>	<b>889.8</b>	<b>3'347.5</b>	<b>280.4</b>	<b>90.9</b>	<b>67.3</b>	<b>6'240.7</b>
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge 1.1.2014</b>	<b>-1.5</b>	<b>-31.9</b>	<b>-3.8</b>	<b>12.3</b>	<b>-179.5</b>	<b>-18.2</b>	<b>-18.3</b>	<b>-0.2</b>	<b>-241.2</b>
Zugänge	0.0	-1.7	-1.2	-3.1	-0.2	-4.3	-25.4	0.0	-35.9
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.4	0.0	0.0	0.4
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-16.2	0.0	16.2	0.0	0.0
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge 31.12.2014</b>	<b>-1.5</b>	<b>-33.6</b>	<b>-5.1</b>	<b>9.2</b>	<b>-195.9</b>	<b>-22.1</b>	<b>-27.5</b>	<b>-0.2</b>	<b>-276.7</b>
<b>Netto- Anschaffungskosten 1.1.2014</b>	<b>383.0</b>	<b>1'006.0</b>	<b>77.1</b>	<b>892.9</b>	<b>2'920.0</b>	<b>268.9</b>	<b>126.3</b>	<b>61.8</b>	<b>5'736.1</b>
<b>Netto- Anschaffungskosten 31.12.2014</b>	<b>381.6</b>	<b>1'059.4</b>	<b>83.7</b>	<b>899.0</b>	<b>3'151.6</b>	<b>258.3</b>	<b>63.4</b>	<b>67.0</b>	<b>5'964.0</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen 1.1.2014</b>	<b>0.0</b>	<b>-442.3</b>	<b>-32.2</b>	<b>-550.3</b>	<b>-1'807.9</b>	<b>-212.1</b>	<b>0.0</b>	<b>-45.7</b>	<b>-3'090.5</b>
Abschreibungen des Jahres	0.0	-22.5	-1.8	-12.7	-87.1	-25.0	0.0	-4.9	-154.0
Abgänge	0.0	4.6	0.0	0.0	11.9	5.2	0.0	0.6	22.2
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	1.5	0.0	0.0	0.0	1.5
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	8.9	0.0	0.0	0.0	8.9
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-5.1	5.3	0.0	-0.5	-0.3
<b>Kumulierte Abschreibungen 31.12.2014</b>	<b>0.0</b>	<b>-460.3</b>	<b>-34.0</b>	<b>-563.0</b>	<b>-1'877.8</b>	<b>-226.6</b>	<b>0.0</b>	<b>-50.5</b>	<b>-3'212.1</b>
<b>Kumulierte Auflösungen 1.1.2014</b>	<b>0.0</b>	<b>3.9</b>	<b>0.4</b>	<b>-22.9</b>	<b>108.7</b>	<b>16.7</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>106.9</b>
Auflösungen des Jahres	0.0	0.7	0.1	0.2	4.4	5.3	0.0	0.0	10.7
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	0.0	0.0	-0.4
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.8	0.0	0.0	-1.8
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Kumulierte Auflösungen 31.12.2014</b>	<b>0.0</b>	<b>4.6</b>	<b>0.5</b>	<b>-22.6</b>	<b>113.1</b>	<b>19.8</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>115.4</b>
<b>Buchwert 31.12.2014</b>	<b>381.6</b>	<b>603.7</b>	<b>50.3</b>	<b>313.3</b>	<b>1'386.9</b>	<b>51.5</b>	<b>63.4</b>	<b>16.5</b>	<b>2'867.2</b>

**Bilanz Kontogruppe 142 Immaterielle Anlagen**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1420 Software	11.3	12.7	1.3	11.8
1428 Kleininvestitionen	1.4	0.9	-0.5	-34.4
<b>142 Immaterielle Anlagen</b>	<b>12.7</b>	<b>13.6</b>	<b>0.9</b>	<b>6.8</b>

**Hinweis:** Im 2014 wurden keine selbst geschaffenen Anlagen aktiviert.

**Anlagespiegel Immaterielle Anlagen**

in Mio. Franken	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Kleininvestitionen	Total
<b>Brutto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2013</b>	<b>92.2</b>	<b>12.0</b>	<b>12.0</b>	<b>8.1</b>	<b>124.3</b>
Zugänge	4.5	0.0	0.0	0.5	5.0
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	-0.3	0.0	0.0	0.0	-0.3
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Brutto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2013</b>	<b>96.4</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>8.6</b>	<b>105.0</b>
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge per 1. Januar 2013</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Zugänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge per 31. Dezember 2013</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
<b>Netto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2013</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
<b>Netto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2013</b>	<b>96.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>8.6</b>	<b>105.0</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen per 1. Januar 2013</b>	<b>-79.8</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-6.5</b>	<b>-86.3</b>
Abschreibungen des Jahres	-5.5	0.0	0.0	-0.8	-6.3
Abgänge	0.3	0.0	0.0	0.0	0.3
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Kumulierte Abschreibungen per 31. Dezember 2013</b>	<b>-85.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-7.2</b>	<b>-92.3</b>
<b>Kumulierte Auflösungen per 1. Januar 2013</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Auflösungen des Jahres	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Kumulierte Auflösungen per 31. Dezember 2013</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
<b>Buchwert per 31. Dezember 2013</b>	<b>11.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>1.4</b>	<b>12.7</b>
davon Anlagen in Leasing	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
davon verpfändete Anlagen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Brutto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2014</b>	<b>96.4</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>8.6</b>	<b>105.0</b>
Zugänge	4.9	0.0	0.0	0.2	5.0
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	-0.6	-0.6
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

in Mio. Franken	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Kleininvestitionen	Total
Umgliederungen	2.8	0.0	0.0	0.0	2.8
<b>Brutto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2014</b>	<b>104.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>8.2</b>	<b>112.2</b>
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge per 1. Januar 2014</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Zugänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge per 31. Dezember 2014</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
<b>Netto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2014</b>	<b>96.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>8.6</b>	<b>105.0</b>
<b>Netto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2014</b>	<b>104.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>8.2</b>	<b>112.2</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen per 1. Januar 2014</b>	<b>-85.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-7.2</b>	<b>-92.3</b>
Abschreibungen des Jahres	-6.1	0.0	0.0	-0.7	-6.8
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.6	0.6
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	-0.2
<b>Kumulierte Abschreibungen per 31. Dezember 2014</b>	<b>-91.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-7.3</b>	<b>-98.7</b>
<b>Kumulierte Auflösungen per 1. Januar 2014</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Auflösungen des Jahres	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Kumulierte Auflösungen per 31. Dezember 2014</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
<b>Buchwert per 31. Dezember 2014</b>	<b>12.7</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.9</b>	<b>13.6</b>
davon Anlagen in Leasing	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
davon verpfändete Anlagen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

### Bilanz Kontogruppe 144 Darlehen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	per		Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1444 Öffentlichen Unternehmungen	111.0	120.4	9.4	8.5 <sup>1</sup>
1445 Private Unternehmungen	59.1	97.6	38.5	65.2 <sup>2</sup>
1446 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	14.4	14.1	-0.4	-2.4
1447 Private Haushalte	715.0	660.4	-54.5	-7.6 <sup>3</sup>
<b>144 Darlehen Verwaltungsvermögen</b>	<b>899.5</b>	<b>892.6</b>	<b>-6.9</b>	<b>-0.8</b>

#### Kommentar

- Das Darlehen für den Bau des Biozentrums der Universität Basel wurde um 12 Mio. Franken erhöht. Die Basler Verkehrsbetriebe haben ihre Darlehen um rund 2.6 Mio. Franken amortisiert.
- Die per 1.1.2013 gebildete Wertberichtigung für die Darlehen an die MCH Messe Schweiz wurde im 2014 rückgängig gemacht (40.7 Mio. Franken).
- Hier reduziert sich der Vorschuss an die Pensionskassen-Destinatäre aufgrund der laufenden Regelung um 55.3 Mio. Franken.

Per Wirksamwerden des neuen Pensionskassengesetzes per 1. Januar 2016 wird dieser Vorschuss von dann noch rund 600 Mio. Franken wegfallen. Dafür wird aktuell keine Wertberichtigung vorgenommen, da es die Meinung und das Verständnis des Regierungsrates und des Grossen Rates war, die gesamte Belastung durch die Revision des Pensionskassengesetzes in der Rechnung 2016 zu zeigen.

**Bilanzkontoposition 1447 Pensionskassen-Sanierung Anteil Versicherte**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
<b>PK-Sanierung Anteil Versicherte Bestand per 01.01.</b>	<b>316.7</b>	<b>286.1</b>	<b>-30.7</b>	<b>-9.7</b>
Beitrag Aktive (1.6% der versicherten Lohnsumme)	-14.4	-14.7	-0.3	-2.1
Beitrag Rentner (2.4% der versicherten Lohnsumme)	-21.6	-22.1	-0.5	-2.1
<b>Total Einnahmen</b>	<b>-36.1</b>	<b>-36.8</b>	<b>-0.8</b>	<b>-2.1</b>
Zinsaufwand	5.4	4.9	-0.5	-9.6
<b>Total Ausgaben</b>	<b>5.4</b>	<b>4.9</b>	<b>-0.5</b>	<b>-9.6</b>
<b>PK-Sanierung Anteil Versicherte Bestand per 31.12.</b>	<b>286.1</b>	<b>254.1</b>	<b>-32.0</b>	<b>-11.2</b>

**Bilanzkontoposition 1447 Pensionskassen-Ausfinanzierung Anteil Versicherte**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
<b>PK-Ausfinanzierung Anteil Versicherte Bestand per 01.01.</b>	<b>450.8</b>	<b>428.9</b>	<b>-21.9</b>	<b>-4.9</b>
Beitrag Aktive (1.5% der versicherten Lohnsumme)	-13.5	-13.8	-0.3	-2.1
Beitrag Rentner (2.5% der versicherten Lohnsumme)	-22.5	-23.0	-0.5	-2.1
<b>Total Einnahmen</b>	<b>-36.1</b>	<b>-36.8</b>	<b>-0.8</b>	<b>-2.1</b>
Zinsaufwand	14.2	13.5	-0.7	-4.8
<b>Total Ausgaben</b>	<b>14.2</b>	<b>13.5</b>	<b>-0.7</b>	<b>-4.8</b>
<b>PK-Ausfinanzierung Anteil Versicherte Bestand per 31.12.</b>	<b>428.9</b>	<b>405.6</b>	<b>-23.3</b>	<b>-5.4</b>

### Anlagespiegel Darlehen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	Darlehen VV
<b>Darlehen Verwaltungsvermögen per 1. Januar 2013</b>	<b>870.4</b>
Zugänge	83.7
Abgänge	-53.0
Dauernde Wertminderungen	-2.5
Wertaufholungen	0.9
<b>Darlehen Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2013</b>	<b>899.5</b>
<b>Darlehen Verwaltungsvermögen per 1. Januar 2014</b>	<b>899.5</b>
Zugänge	13.4
Abgänge	-58.5
Dauernde Wertminderungen	-2.5
Wertaufholungen	40.7
<b>Darlehen Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2014</b>	<b>892.6</b>

### Darlehen Verwaltungsvermögen Fälligkeiten

in Mio. Franken	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Basler Verkehrsbetriebe	0.0	0.0	96.8	96.8
MCH Messe Schweiz AG	0.0	45.0	30.0	75.0
Universität Basel	0.0	0.0	23.6	23.6
IWB Net AG	0.0	0.0	22.6	22.6
Stiftung Focus Basel	0.0	0.0	4.9	4.9
Verein FoyersBasel	0.0	0.0	3.1	3.1
E.E. Zunft zu Safran	0.0	0.0	1.9	1.9
Swiss Tropical and Public Health	0.0	2.0	0.0	2.0
Ausfinanzierung PK Anteil Versicherte	0.0	0.0	405.6	405.6
Vorschuss PK Sanierung Arbeitnehmer	0.0	0.0	254.1	254.1
Übrige	0.0	0.0	3.0	3.0
<b>Darlehen Verwaltungsvermögen</b>	<b>0.0</b>	<b>47.0</b>	<b>845.6</b>	<b>892.6</b>

### Bilanz Kontogruppe 145 Beteiligungen

in Mio. Franken	per		Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1454 Öffentlichen Unternehmungen	1'865.6	1'886.2	20.7	1.1 <sup>1</sup>
1455 Private Unternehmungen	41.4	41.4	0.0	0.0
1456 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>145 Beteiligungen</b>	<b>1'907.0</b>	<b>1'927.6</b>	<b>20.7</b>	<b>1.1</b>

#### Kommentar

1 Diese Zunahme ist auf die Erhöhung der Beteiligung an den Basler Verkehrsbetriebe (BVB) zurückzuführen.



**Anlagespiegel Beteiligungen**

in Mio. Franken	Beteiligungen VV
<b>Beteiligungen 1. Januar 2013</b>	<b>1'857.0</b>
Zugänge	50.0
Abgänge	0.0
Dauernde Wertberichtigungen	0.0
Wertaufholungen	0.0
Restatement	0.0
<b>Beteiligungen 31. Dezember 2013</b>	<b>1'907.0</b>
<b>Beteiligungen 1. Januar 2014</b>	<b>1'907.0</b>
Zugänge	20.7
Abgänge	0.0
Dauernde Wertberichtigungen	0.0
Wertaufholungen	0.0
<b>Beteiligungen 31. Dezember 2014</b>	<b>1'927.6</b>

**Bilanz Kontogruppe 146 Gegebene Investitionsbeiträge**

in Mio. Franken	per		Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
1460 Bund	23.7	22.7	-1.0	-4.2
davon N2 ab 1.1.2008	22.0	20.9	-1.1	-4.9
1461 Kantone und Konkordate	1.8	2.7	0.9	50.0
1462 Gemeinden und Zweckverbände	0.0	0.4	0.4	n.a.
1464 Öffentliche Unternehmungen	47.2	28.2	-19.0	-40.3
davon Instandstellung/Sicherheit Strafanstalt Bostadel	7.0	5.5	-1.5	-21.4
davon Regio S-Bahn Infrastrukturanpassungen	6.0	5.8	-0.2	-2.8
1465 Private Unternehmungen	28.2	39.7	11.5	40.8
davon Messezentrum Basel 2012	16.4	15.4	-1.0	-6.0
davon Alterszentrum Burgfelderhof	5.1	10.0	4.9	95.8
davon Pflegezentrum Bethesda	5.2	10.2	5.0	95.5
1466 Private Organisationen o. Erwerbszweck	2.6	20.1	17.5	>100.0
1467 Private Haushalte	30.7	28.3	-2.4	-7.8
davon Denkmalschutz 2008 - 2012	10.3	11.0	0.7	6.3
davon Denkmalschutz 2003 - 2007	6.7	5.1	-1.6	-24.5
davon Denkmalschutz 1998 - 2002	8.8	6.9	-1.9	-21.1
<b>146 Investitionsbeiträge</b>	<b>134.2</b>	<b>142.0</b>	<b>7.9</b>	<b>5.9</b>

## Anlagespiegel gegebene Investitionsbeiträge

in Mio. Franken	Bund	Kantone	Gemeinden und Zweck- verbände	Öffen- tliche Unter- neh- mungen	Private Unter- neh- mungen	Private Organi- sationen ohne Er- werbs- zweck	Private Haus- halte	Total
<b>Brutto-Anschaffungskosten</b>								
<b>1.1.2013</b>	<b>86.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>75.8</b>	<b>22.0</b>	<b>5.0</b>	<b>33.1</b>	<b>221.9</b>
Zugänge	2.0	1.8	0.0	0.3	10.5	2.4	3.6	20.6
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Brutto-Anschaffungskosten</b>								
<b>31.12.2013</b>	<b>88.0</b>	<b>1.8</b>	<b>0.0</b>	<b>76.1</b>	<b>32.5</b>	<b>7.4</b>	<b>36.7</b>	<b>242.5</b>
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge</b>								
<b>1.1.2013</b>	<b>-54.6</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-6.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-60.8</b>
Zugänge	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.6
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge</b>								
<b>31.12.2013</b>	<b>-55.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-6.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-61.4</b>
<b>Netto-Anschaffungskosten</b>								
<b>1.1.2013</b>	<b>31.4</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>69.6</b>	<b>22.0</b>	<b>5.0</b>	<b>33.1</b>	<b>161.1</b>
<b>Netto-Anschaffungskosten</b>								
<b>31.12.2013</b>	<b>32.8</b>	<b>1.8</b>	<b>0.0</b>	<b>69.9</b>	<b>32.5</b>	<b>7.4</b>	<b>36.7</b>	<b>181.1</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>								
<b>1.1.2013</b>	<b>-8.6</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-20.6</b>	<b>-2.8</b>	<b>-3.4</b>	<b>-4.3</b>	<b>-39.6</b>
Abschreibungen des Jahres	-1.7	0.0	0.0	-2.9	-1.4	-1.5	-1.7	-9.3
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>								
<b>31.12.2013</b>	<b>-10.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-23.5</b>	<b>-4.2</b>	<b>-4.9</b>	<b>-6.0</b>	<b>-48.9</b>
<b>Kumulierte Auflösungen 1.1.2013</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.6</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.6</b>
Auflösungen des Jahres	1.2	0.0	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	1.4
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Kumulierte Auflösungen</b>								
<b>31.12.2013</b>	<b>1.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.8</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>2.0</b>
<b>Buchwert 31.12.2013</b>	<b>23.7</b>	<b>1.8</b>	<b>0.0</b>	<b>47.2</b>	<b>28.2</b>	<b>2.6</b>	<b>30.7</b>	<b>134.2</b>
<b>Brutto-Anschaffungskosten</b>								
<b>1.1.2014</b>	<b>88.0</b>	<b>1.8</b>	<b>0.0</b>	<b>76.1</b>	<b>32.5</b>	<b>7.4</b>	<b>36.7</b>	<b>242.5</b>
Zugänge	0.4	1.0	0.0	0.2	13.2	6.1	3.1	24.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.4	0.0	0.8	-30.2	0.0	29.0	0.0	0.0
<b>Brutto-Anschaffungskosten</b>								
<b>31.12.2014</b>	<b>88.7</b>	<b>2.8</b>	<b>0.8</b>	<b>46.2</b>	<b>45.7</b>	<b>42.5</b>	<b>39.9</b>	<b>266.5</b>
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge</b>								
<b>1.1.2014</b>	<b>-55.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-6.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-61.4</b>
Zugänge	-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Erhaltene Investitionsbeiträge</b>								
<b>31.12.2014</b>	<b>-56.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-6.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-62.4</b>
<b>Netto-Anschaffungskosten</b>								
<b>1.1.2014</b>	<b>32.8</b>	<b>1.8</b>	<b>0.0</b>	<b>69.9</b>	<b>32.5</b>	<b>7.4</b>	<b>36.7</b>	<b>181.1</b>

in Mio. Franken	Bund	Kantone	Gemeinden und Zweck- verbände	Öffen- liche Unter- neh- mungen	Private Unter- neh- mungen	Private Organi- sationen ohne Er- werbs- zweck	Private Haus- halte	Total
<b>Netto-Anschaffungskosten</b>								
<b>31.12.2014</b>	<b>32.5</b>	<b>2.8</b>	<b>0.8</b>	<b>40.0</b>	<b>45.7</b>	<b>42.5</b>	<b>39.9</b>	<b>204.1</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>								
<b>1.1.2014</b>	<b>-10.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-23.5</b>	<b>-4.2</b>	<b>-4.9</b>	<b>-6.0</b>	<b>-48.9</b>
Abschreibungen des Jahres	-1.8	-0.1	0.0	-1.4	-1.7	-4.6	-2.1	-11.7
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	-2.1	0.0	0.0	-3.5	-5.5
Umgliederungen	-0.2	0.0	-0.4	13.5	0.0	-13.0	0.0	0.0
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>								
<b>31.12.2014</b>	<b>-12.3</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.4</b>	<b>-13.5</b>	<b>-6.0</b>	<b>-22.4</b>	<b>-11.6</b>	<b>-66.2</b>
<b>Kumulierte Auflösungen</b>								
<b>1.1.2014</b>	<b>1.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.8</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>2.0</b>
Auflösungen des Jahres	1.2	0.0	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	1.4
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.7	0.0	0.0	0.0	0.7
<b>Kumulierte Auflösungen</b>								
<b>31.12.2014</b>	<b>2.5</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>1.7</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>4.1</b>
<b>Buchwert 31.12.2014</b>	<b>22.7</b>	<b>2.7</b>	<b>0.4</b>	<b>28.2</b>	<b>39.7</b>	<b>20.1</b>	<b>28.3</b>	<b>142.0</b>

### Bilanz Kontogruppe 200 Laufende Verbindlichkeiten

in Mio. Franken	per 31.12.2013	per 31.12.2014	Abw. R14/R13		
			abs.	%	
2000 L. Verbindl. aus Lieferungen, Leistungen von Dritten	-188.5	-203.9	-15.4	-8.2	<sup>1</sup>
2001 Kontokorrente mit Dritten	-96.2	-190.1	-94.0	-97.7	<sup>2</sup>
2003 Erhaltene Anzahlungen von Dritten	-2'340.0	-2'213.1	127.0	5.4	<sup>3</sup>
2004 Transferverbindlichkeiten	2.7	-11.5	-14.2	<-100.0	<sup>4</sup>
2005 Interne Kontokorrente	-51.7	-57.6	-5.9	-11.4	<sup>5</sup>
2006 Depotgelder und Kautionen	-64.6	-59.6	4.9	7.7	
2009 Übrige laufende Verpflichtungen	-8.1	-7.4	0.7	9.1	
<b>200 Laufende Verbindlichkeiten</b>	<b>-2'746.3</b>	<b>-2'743.2</b>	<b>3.1</b>	<b>0.1</b>	
davon verzinslich	-125.3	-211.1	-85.9	-68.5	

#### Kommentar

- 1 In dieser Position sind rund 3.2 Mio. Franken für Fonds im Fremdkapital bilanziert.
- 2 Diese Erhöhung ist vor allem auf die Zunahme der Kontokorrente mit der Eidg. Finanzverwaltung und den Basler Verkehrsbetriebe zurückzuführen.
- 3 Ein Grossteil dieser Zunahme betrifft Akontozahlungen an fällige, noch nicht veranlagte Steuern. Je nach Veranlagungsstand kann das zu jährlichen Schwankungen führen. Diese Position ist auch im Zusammenhang mit der Erläuterung zu den aktiven Steuerabgrenzungen zu sehen.
- 4 Die Anteile von Bund, Kantonen und Landgemeinden an den Quellensteuern sind für diese Zunahme verantwortlich.
- 5 Über das Jahresende blieb auf dem Durchgangskonto Banküberweisungen ein Saldo von 5.6 Mio. Franken stehen.

**Hinweis:** Bei den erhaltenen Anzahlungen von Dritten handelt es sich um Akontozahlungen für Steuern. Dabei handelt es sich um Transaktionen ohne zurechenbare Gegenleistung. Bei den übrigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Transaktionen mit zurechenbarer Gegenleistung.

**Bilanz Kontogruppe 201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13		
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%	
2010 Ggü. Finanzintermediären	-235.0	-815.0	-580.0	<-100.0	1
2014 Kurzfr. Anteil langfr. Verbindlichkeiten	-766.0	-593.0	173.0	22.6	2
<b>201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>-1'001.0</b>	<b>-1'408.0</b>	<b>-407.0</b>	<b>-40.7</b>	

**Kommentar**

- 1 Die kurzfristigen Schulden gegenüber Bankinstituten nehmen um 580 Mio. Franken zu.
- 2 Langfristige Finanzverbindlichkeiten, die innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Rückzahlung fällig werden, werden in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten umgebucht.

**Bilanz Kontogruppe 204 Passive Rechnungsabgrenzung**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13		
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%	
2040 Personalaufwand	-27.0	-15.3	11.7	43.4	1
2041 Sach- und Betriebsaufwand	-0.1	-4.5	-4.4	<-100.0	
2042 Steuern	-69.4	-21.2	48.2	69.4	2
2043 Transfers der Erfolgsrechnung	-13.5	-63.8	-50.3	<-100.0	3
2044 Finanzaufwand/Finanzertrag	-37.9	-35.4	2.5	6.7	
2045 Übriger betrieblicher Ertrag	-50.1	-28.4	21.7	43.4	4
2046 Passive Rechnungsabgr. Investitionsrechn.	-16.3	-29.7	-13.3	-81.8	5
2049 Übrige pass. Rechnungsabgr. Erfolgsr.	-0.2	-2.4	-2.2	<-100.0	6
<b>204 Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>-214.5</b>	<b>-200.6</b>	<b>13.9</b>	<b>6.5</b>	

**Kommentar**

- 1 Die Abgrenzung der AHV-Beiträge Dezember fiel um 4.4 Mio. Franken tiefer aus als im Vorjahr. Ausserdem haben wir aufgrund der Schlussabrechnungen per 31.12.2014 ein Guthaben gegenüber der Ausgleichskasse Basel-Stadt statt wie im Vorjahr eine Schuld (7.8 Mio. Franken).
- 2 Tiefere Abgrenzungen im Bereich der Quellensteuer und Repartitionen Landgemeinden.
- 3 Höhere Abgrenzungen im Bereich der gemeinwirtschaftlichen Leistungen (Spitäler) und Verschiebungen von FDK 2045.
- 4 Verschiebungen in FDK 2043 (s. Fussnote 3). Ausserdem sind in dieser Position rund 1.6 Mio. Franken für Fonds im Fremdkapital bilanziert.
- 5 Höhere Abgrenzungen im Bereich Hoch- und Tiefbauten.
- 6 Abgrenzung der Parkkarten (Kantonspolizei) in der Höhe von rund 2.1 Mio. Franken.

**Bilanz Kontogruppe 205 Kurzfristige Rückstellungen**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13		
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%	
2050 Mehrleistungen des Personals	-100.9	-108.8	-7.9	-7.9	1
2051 Andere Ansprüche des Personals	0.0	-0.8	-0.8	n.a.	2
2055 Uebrige betriebliche Tätigkeiten	-1.6	-0.3	1.4	83.9	3
<b>205 Kurzfristige Rückstellungen</b>	<b>-102.5</b>	<b>-109.8</b>	<b>-7.3</b>	<b>-7.1</b>	

**Kommentar**

- 1 Höhere Rückstellung für Zeitguthaben des Personals (Ferien, Überzeit, Jubiläum, etc.).
- 2 Erstmalige Rückstellung für Ruhegehälter der Magistratspersonen (innerhalb eines Jahres fällig).
- 3 Wegfall der Rückstellung für Rückbau (1.4 Mio. Franken).

**Bilanz Kontogruppe 206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten**

in Mio. Franken	per		Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
2063 Anleihen	-1'975.0	-1'475.0	500.0	25.3 <sup>1</sup>
2064 Darlehen	-495.0	-870.0	-375.0	-75.8 <sup>2</sup>
2069 Übrige langfristige Finanzverbindlichk.	-88.0	-43.6	44.4	50.5 <sup>3</sup>
<b>206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>-2'558.0</b>	<b>-2'388.6</b>	<b>169.4</b>	<b>6.6</b>

**Kommentar**

- 1 Umbuchung des kurzfristigen Anteils einer Staatsanleihe in FDK 2014.
- 2 Neues Darlehen bei der Postfinance in der Höhe von 400 Mio. Franken.
- 3 68 Mio. Franken des Darlehens des Felix Platter-Spitals für den Immobilien-Ersatz wurden in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten (FDK 2014) umgebucht. Ausserdem gibt es neu einen Baukredit bei der BKB für den Bau des Biozentrums der Universität Basel (23.6 Mio. Franken).

**Langfristige Finanzverbindlichkeiten Fälligkeiten**

in Mio. Franken	Laufzeit	Zinssatz	per	
		in %	31.12.2013	31.12.2014
Basel-Stadt 2005	28.01.05-28.01.15	2.5000	-500.0	0.0
Basel-Stadt 2011	08.09.11-08.09.16	0.8750	-125.0	-125.0
Basel-Stadt 2012	29.08.12-29.08.17	0.1250	-150.0	-150.0
Basel-Stadt 2013	28.08.13-28.11.18	0.5000	-400.0	-400.0
Basel-Stadt 2010	01.06.10-31.05.19	1.8750	-400.0	-400.0
Basel-Stadt 2008	31.01.08-31.01.20	3.2500	-400.0	-400.0
<b>2063 Anleihen</b>			<b>-1'975.0</b>	<b>-1'475.0</b>
Ausgleichsfonds AHV	02.08.13-31.03.15	0.1500	-25.0	0.0
Postfinance	04.01.10-04.01.16	1.8125	-120.0	-120.0
Ausgleichsfonds AHV	06.06.13-06.06.17	0.3500	-25.0	-25.0
SUVA	06.06.13-06.06.17	0.4000	-25.0	-25.0
Ausgleichsfonds AHV	28.07.11-28.07.17	1.5000	-50.0	-50.0
Ausgleichsfonds AHV	28.11.11-28.11.17	0.8900	-50.0	-50.0
Postfinance	26.09.14-26.09.18	0.1600	0.0	-400.0
Basler Leben AG	02.07.12-02.07.21	0.9000	-50.0	-50.0
Postfinance	29.04.13-29.04.22	1.0500	-150.0	-150.0
<b>2064 Darlehen</b>			<b>-495.0</b>	<b>-870.0</b>
Felix Platter-Spital	01.01.12-31.12.16	0.0000	-88.0	-20.0
Baukredit Biozentrum Uni	01.07.13-31.12.47	0.4000	0.0	-23.6
<b>2069 Übrige langfristige Finanzverbindlichkeiten</b>			<b>-88.0</b>	<b>-43.6</b>
<b>206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten</b>			<b>-2'558.0</b>	<b>-2'388.6</b>

**Bilanz Kontogruppe 208 Langfristige Rückstellungen**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13		
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%	
2081 Andere Ansprüche des Personals	-16.1	-17.8	-1.7	-10.4	<sup>1</sup>
2082 Prozesse (o. pers.rechtliche Prozesse)	0.0	-0.1	-0.1	n.a.	
2083 Nicht versicherte Schäden	-30.0	-30.2	-0.1	-0.5	
2085 Uebrige betriebliche Tätigkeiten	-23.4	-38.0	-14.7	-62.8	<sup>2</sup>
2086 Vorsorgeverpflichtungen	-60.8	-4.0	56.8	93.4	<sup>3</sup>
<b>208 Langfristige Rückstellungen</b>	<b>-130.3</b>	<b>-90.1</b>	<b>40.2</b>	<b>30.9</b>	

**Kommentar**

- 1 Erstmalige Rückstellung für Ruhegehälter der Magistratspersonen.
- 2 Für die Sanierung der Deponie Feldreben in Muttenz (5 Mio. Franken) und den Rückbau des Atomreaktors des physikalischen Instituts der Universität Basel (10 Mio. Franken) wurden Rückstellungen gebildet.
- 3 Da der Deckungsgrad bei der Pensionskasse Basel-Stadt über 100 % liegt, konnte die Rückstellung in Höhe von 30.8 Mio. Franken aufgelöst werden. Aus der Rückstellung für die Vorsorgeverpflichtungen des Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) wurden Zahlungen von 24 Mio. Franken geleistet. Gleichzeitig konnte diese Rückstellung um 2 Mio. Franken reduziert werden.

Die folgende Tabelle zeigt kurz- und langfristige Rückstellungen, die im Einzelfall über 1 Mio. Franken liegen:

**Kurz- und langfristige Rückstellungen grösser 1 Million Franken**

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
Rückstellung für Zeitguthaben Personal	-100.9	-108.8	-7.9	-7.9
Rückstellung für Rückbau	-1.4	0.0	1.4	100.0
Übrige	-0.2	-1.0	-0.8	<-100.0
<b>205 Kurzfristige Rückstellungen</b>	<b>-102.5</b>	<b>-109.8</b>	<b>-7.3</b>	<b>-7.1</b>
Rückstellung für anwartschaftliches Dienstaltersgeschenk	-16.1	-16.3	-0.2	-1.1
Rückstellung für Ruhegehälter Magistratspersonen	0.0	-1.5	-1.5	n.a.
Rückstellung für Schäden Eigenversicherungen	-30.0	-30.2	-0.1	-0.5
Rückstellung für Tarife Gesundheitswesen	-2.8	-4.7	-1.9	-68.9
Rückstellung für Ausgrabungen	-2.0	-1.8	0.3	12.8
Rückstellung für Mehrwertabgaben	-4.8	-0.8	4.0	84.2
Rückstellung für Mehrwertsteuer	-1.1	0.0	1.1	100.0
Rückstellung für individuelle Prämienverbilligung (IPV)	0.0	-1.8	-1.8	n.a.
Rückstellung für Altlastensanierungen	-10.9	-16.3	-5.3	-48.6
Rückstellung für Rückbau	-1.5	-12.3	-10.8	<-100.0
Rückstellung für PK Sanierungsbeitrag Arbeitgeber Staat	-30.8	0.0	30.8	100.0
Rückstellung für PK Sanierungsbeitrag Arbeitgeber Institutionen	-30.0	-4.0	26.0	86.7
Übrige	-0.3	-0.6	-0.2	-74.9
<b>208 Langfristige Rückstellungen</b>	<b>-130.3</b>	<b>-90.1</b>	<b>40.2</b>	<b>30.9</b>

**Anlagespiegel Rückstellungen (erster Teil)**

in Mio. Franken	Mehrleistungen des Personals	Andere Ansprüche des Personals	Prozesse (ohne personalrechtliche Prozesse)	Nicht versicherte Schäden	Bürgschaften, Garantieleistungen
<b>Rückstellungen per 1. Januar 2013</b>	<b>-93.8</b>	<b>-15.9</b>	<b>0.0</b>	<b>-30.0</b>	<b>0.0</b>
Bildungen, Erhöhungen	-7.1	-0.3	0.0	0.0	0.0
Verwendungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Auflösungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umbuchungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Rückstellungen per 31. Dezember 2013</b>	<b>-100.9</b>	<b>-16.1</b>	<b>0.0</b>	<b>-30.0</b>	<b>0.0</b>
davon kurzfristiger Anteil	-100.9	0.0	0.0	0.0	0.0
davon langfristiger Anteil	0.0	-16.1	0.0	-30.0	0.0
<b>Rückstellungen per 1. Januar 2014</b>	<b>-100.9</b>	<b>-16.1</b>	<b>0.0</b>	<b>-30.0</b>	<b>0.0</b>
Bildungen, Erhöhungen	-7.9	-2.4	-0.1	-0.1	0.0
Verwendungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Auflösungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umbuchungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Rückstellungen per 31. Dezember 2014</b>	<b>-108.8</b>	<b>-18.6</b>	<b>-0.1</b>	<b>-30.2</b>	<b>0.0</b>
davon kurzfristiger Anteil	-108.8	-0.8	0.0	0.0	0.0
davon langfristiger Anteil	0.0	-17.8	-0.1	-30.2	0.0

**Anlagespiegel Rückstellungen (zweiter Teil)**

in Mio. Franken	Übrige betriebliche Tätigkeiten	Vorsorgeverpflichtungen	Finanzaufwand	Rückstellungen der Investitionsrechnung	Übrige Rückstellungen	Total
<b>Rückstellungen per 1. Januar 2013</b>	<b>-21.4</b>	<b>-100.8</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-261.8</b>
Bildungen, Erhöhungen	-5.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-13.3
Verwendungen	2.3	0.0	0.0	0.0	0.0	2.3
Auflösungen	0.0	39.9	0.0	0.0	0.0	39.9
Umbuchungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Rückstellungen per 31. Dezember 2013</b>	<b>-25.0</b>	<b>-60.8</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-232.9</b>
davon kurzfristiger Anteil	-1.6	0.0	0.0	0.0	0.0	-102.5
davon langfristiger Anteil	-23.4	-60.8	0.0	0.0	0.0	-130.3
<b>Rückstellungen per 1. Januar 2014</b>	<b>-25.0</b>	<b>-60.8</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-232.9</b>
Bildungen, Erhöhungen	-20.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-30.6
Verwendungen	6.7	24.0	0.0	0.0	0.0	30.7
Auflösungen	0.0	32.8	0.0	0.0	0.0	32.8
Umbuchungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Rückstellungen per 31. Dezember 2014</b>	<b>-38.3</b>	<b>-4.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-199.9</b>
davon kurzfristiger Anteil	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-109.8
davon langfristiger Anteil	-38.0	-4.0	0.0	0.0	0.0	-90.1

### Erläuterungen zu den einzelnen Rückstellungskategorien

**Mehrleistungen des Personals** Kurzfristig: Ferien, Überzeit, Gleitzeitguthaben u.a. solche Verbindlichkeiten können alternativ auch als Rechnungsabgrenzungen verbucht werden. Eine kurzfristige Rückstellung wird dann gebildet, wenn die Höhe der Verbindlichkeit ungewiss ist.

**Andere Ansprüche des Personals** Kurzfristig: Abgangsentschädigungen, Lohnfortzahlungen, Ruhegehalt Magistratspersonen, Sozialpläne, personalrechtliche Streitfälle (Lohnklagen), etc.

Langfristig: Ansprüche, die nicht im folgenden Jahr kompensiert werden (z.B. Zeitguthaben für Sabbaticals oder vorzeitige Pensionierung).

**Prozesse (ohne personalrechtliche Prozesse)** Kurzfristig: Honorare Rechtsanwalt inkl. Schadenbetrag und allfällige Prozessentschädigungen.

Langfristig: Honorare Rechtsanwalt inkl. Schadenbetrag und allfällige Prozessentschädigungen, die erst in einer späteren Rechnungsperiode wahrscheinlich werden.

**Nicht versicherte Schäden** Kurzfristig: Sachschäden und Staatshaftung. Das Schadenereignis muss vor dem Bilanzstichtag eingetreten sein. Es dürfen keine Rückstellungen für möglicherweise auftretende Sachschäden gebildet werden, weil dies den Charakter von stillen Reserven aufweisen würde. Die Wertminderung der beschädigten Sache wird als „ausserplanmässige Abschreibung“ auf Kontengruppe 3301 gebucht.

Langfristig: Das Schadenereignis muss vor dem Bilanzstichtag eingetreten sein und der Mittelabfluss für die Schadenvergütung an Dritte erfolgt in einer späteren Rechnungsperiode.

**Bürgschaften und Garantieleistungen** Kurzfristig: Bei Bürgschaften und Garantieverprechen muss eine Zahlungspflicht wahrscheinlich sein. Zeichnet sich keine Zahlungspflicht ab, sind Bürgschaften und Garantien als Eventualverbindlichkeiten im Anhang aufzuführen.

Langfristig: Bei Bürgschaften und Garantieverprechen muss eine Zahlungsverpflichtung in einer späteren Rechnungsperiode wahrscheinlich sein.

**Übrige betriebliche Tätigkeiten** Kurzfristig: Rückstellungen für wahrscheinliche Garantie- oder Nachbesserungsleistungen aus betrieblicher Tätigkeit des Gemeinwesens. Risiken aus Abnahmeverpflichtungen, wenn diese nicht erfüllt werden können.

Langfristig: Rückstellungen für wahrscheinliche Garantie- oder Nachbesserungsleistungen aus betrieblicher Tätigkeit des Gemeinwesens, die erst in einer späteren Rechnungsperiode zu einem Mittelabfluss führen. Risiken aus Abnahmeverpflichtungen, wenn diese nicht erfüllt werden können, die erst in einer späteren Rechnungsperiode zu einem Mittelabfluss führen.

**Vorsorgeverpflichtungen** Kurzfristig: Risiken aus Vorsorgevereinbarungen, die innerhalb der nächsten Rechnungsperiode fällig werden.

Langfristig: Überbrückungsrenten für Frührenten bis zur AHV-Berechtigung, sofern entsprechende Vereinbarungen vorliegen. Anteil Arbeitgeber an Pensionskassen-Deckungslücken. Anteil Arbeitnehmer wird als Eventualverpflichtung ausgewiesen.

**Finanzaufwand** Kurzfristig: Risiken aus Geschäftsfällen im Zusammenhang mit Finanz- oder Verwaltungsvermögen, die wahrscheinlich Finanzaufwand werden.

Langfristig: Risiken aus Geschäftsfällen im Zusammenhang mit Finanz- oder Verwaltungsvermögen, die in einer späteren Rechnungsperiode wahrscheinlich Finanzaufwand werden.

**Rückstellungen der Investitionsrechnung** Kurzfristig: Bei Sachanlagen können für Restkosten, Garantierückbehalte und Abschlussarbeiten, wenn die Sache in Nutzung geht, Rückstellungen gebucht werden, damit die Anlage aktiviert werden kann.

Langfristig: Bei Sachanlagen können für Restkosten, Garantierückbehalte und Abschlussarbeiten, die in einer späteren Rechnungsperiode ausgeführt werden, wenn die Sache in Nutzung geht, Rückstellungen gebucht werden, damit die Anlage aktiviert werden kann.



**Übrige Rückstellungen** Wahrscheinliche Zahlungen in der folgenden (kurzfristig) oder späteren (langfristig) Rechnungsperioden für Risiken, die in den anderen Kategorien nicht enthalten sind.

### Bilanz Kontogruppe 209 Fonds im Fremdkapital

in Mio. Franken	per 01.01.2014	Einlagen 2014	Ent- nahmen 2014	per 31.12.2014	vorfinan- zierte noch nicht abge- schriebene Investi- tionen	verbind- liche Be- tragszu- sicherung für Dritte	verant- wortliche Dienst- stelle
AWA Arbeitslosenfonds	-8.4	-0.4	0.0	-8.9	0.0	0.0	8060
Hilfsfonds für das Staatspersonal	-0.3	0.0	0.0	-0.3	0.0	0.0	4130
Fonds Förderabgabe	-3.6	-13.8	12.4	-5.1	0.0	0.0	8310 <sup>1</sup>
Fonds Gasttaxen	-0.3	0.0	0.0	-0.3	0.0	0.0	8060
Legat							
Louis-Dietrich-Böhme	-0.6	-0.1	0.0	-0.7	0.0	0.0	2900
AfAb, Stipendienfonds	-1.1	0.0	0.0	-1.1	0.0	0.0	2710
Fonds Zur Hoffnung	-0.3	0.0	0.0	-0.3	0.0	0.0	2900
Nachlass Karl Wilhelm Kratt	-0.5	0.0	0.1	-0.5	0.0	0.0	8010
Stromsparfonds							
Haushalte	-6.7	-18.8	13.8	-11.6	0.0	0.0	8310 <sup>1</sup>
Stromsparfonds Betriebe	-54.2	-36.4	46.9	-43.7	0.0	0.0	8310 <sup>1</sup>
Fonds „Bücherschiff“	-0.1	-0.1	0.1	-0.1	0.0	0.0	2710
Fonds Betriebliches Gesundheitsmanagement	0.0	-4.3	1.6	-2.7	0.0	0.0	4160
Bürgergemeinde BS	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	8220
Allg. Unterstützungskonto	0.0	-0.3	0.0	-0.3	0.0	0.0	8260
FMS-Materialfonds	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	2400
FMS-Schulfonds	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	2400
Image-Kampagne	-0.1	-0.1	0.0	-0.2	0.0	0.0	3400
Schützen-TOTO, Kontokorrent	-0.2	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	5090
GM-Vischer-Mylius-Fonds	-0.1	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	2400
GM-Jubiläums-Fonds	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	2400
Fonds Lebensräume	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	8070
Standortfonds							
Orientierungsschulen	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	2300
GB-Schulfonds	-0.1	-0.1	0.0	-0.2	0.0	0.0	2400
WG/WMS-R+B-Fonds	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	2400
WG/WMS-Schülerfonds	-0.2	-0.1	0.1	-0.1	0.0	0.0	2400
Übrige unter 100'000 Fr.	-1.3	-0.8	0.9	-1.1	0.0	0.0	Div.
<b>Fondstyp 1</b>	<b>-79.2</b>	<b>-75.4</b>	<b>76.3</b>	<b>-78.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<sup>2</sup>
Nachlass Karl Schlecht	-3.6	0.0	0.0	-3.6	0.0	0.0	6140
Ersatzbeiträge für Schutzbauten	-1.9	-0.1	0.1	-1.9	0.0	0.0	5090
Ersatz Baumfällungen + Landschaftsschutz	-0.2	0.0	0.1	-0.1	0.0	0.0	6140
Alkoholzehntel	-0.6	0.0	0.2	-0.5	0.0	0.0	7020
Spielsuchtabgabe	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	7020
Drittmittel							
Gesundheitsförderung und Prävention	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	7020
BAFU/BAG-Fonds Kantonales Labor	-0.6	-0.2	0.2	-0.6	0.0	0.0	7060

in Mio. Franken	per 01.01.2014	Einlagen 2014	Ent- nahmen 2014	per 31.12.2014	vorfinan- zierte noch nicht abge- schriebene Investi- tionen	verbind- liche Be- tragszu- sicherung für Dritte	verant- wortliche Dienst- stelle
Nachlass G. + M. Kinzel	-7.2	-0.5	0.0	-7.8	0.0	0.0	3750
Swisslos-Fonds	-12.9	-10.2	9.3	-13.9	0.0	0.0	5010
Swisslos-Sportfonds	-7.8	0.0	0.6	-7.2	0.0	0.0	2900
Übrige unter 100'000 Fr.	-0.1	-0.4	0.3	-0.2	0.0	0.0	Div.
<b>Fondstyp 2</b>	<b>-35.3</b>	<b>-11.6</b>	<b>10.9</b>	<b>-36.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	
<b>209 Fonds Fremdkapital</b>	<b>-114.5</b>	<b>-87.0</b>	<b>87.2</b>	<b>-114.4</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	

### Kommentar

- 1 Die Verwendung der Mittel aus diesen Fonds müssen gemäss gesetzlicher Bestimmungen in der Staatsrechnung offengelegt werden. Diese Fondsentwicklungen sind im Anschluss separat dargestellt.
- 2 Treuhänderisch verwaltete Fonds, die 25'000 Franken nicht überschreiten und maximal acht Jahre bestehen, werden nicht bilanziert. Treuhänderisch verwaltete Fonds, die zeitlich unbeschränkt sind und 10'000 Franken nicht überschreiten, müssen nicht bilanziert werden (§44 VFHG).

### Bilanzkontogruppe 209 Stromsparfonds

in Mio. Franken	Rechnung		Abw. R14/R13	
	2013	2014	abs.	%
<b>Fonds Stromsparfonds Haushalte Bestand per 01.01.</b>	<b>13.2</b>	<b>6.7</b>	<b>-6.5</b>	<b>-49.5</b>
Lenkungsabgabe	6.0	10.2	4.2	68.8
Lenkungsabgabe Nov./Dez. (Aktive RA)	0.6	1.5	0.8	>100.0
Einlage aus Fonds Betriebe (Korr.Systemfehler)	0.0	6.3	6.3	n.a.
Zinsen	0.2	0.1	-0.1	-41.8
<b>Total Einnahmen</b>	<b>6.9</b>	<b>18.1</b>	<b>11.2</b>	<b>&gt;100.0</b>
Auszahlung Stromsparbonus	-13.0	-12.8	0.3	2.0
Übrige Dienstleistungen	-0.1	-0.1	0.0	-1.9
Sachkosten	0.0	0.0	0.0	-7.7
Spesen PC	0.0	0.0	0.0	7.7
Verwaltungsaufwand	-0.3	-0.3	0.0	-10.4
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-13.4</b>	<b>-13.1</b>	<b>0.2</b>	<b>1.7</b>
<b>Fonds Stromsparfonds Haushalte Bestand per 31.12.</b>	<b>6.7</b>	<b>11.6</b>	<b>4.9</b>	<b>74.1</b>
<b>Fonds Stromsparfonds Betriebe Bestand per 01.01.</b>	<b>45.2</b>	<b>54.2</b>	<b>8.9</b>	<b>19.8</b>
Lenkungsabgabe	30.8	24.8	-6.0	-19.5
Lenkungsabgabe Nov./Dez. (Aktive RA)	6.0	5.0	-0.9	-15.6
Einlage in Fonds Haushalte (Korr. Systemfehler)	0.0	-6.3	-6.3	n.a.
Zinsen	0.3	0.2	-0.1	-42.3
<b>Total Einnahmen</b>	<b>37.1</b>	<b>23.7</b>	<b>-13.4</b>	<b>-36.0</b>
Auszahlung Stromsparbonus	-27.3	-33.4	-6.1	-22.3
Rückzahlung an energie-intensive Betriebe	-0.4	-0.3	0.1	22.7
Übrige Dienstleistungen	0.0	0.0	0.0	-35.0
Spesen PC	0.0	0.0	0.0	-0.6
Verwaltungsaufwand	-0.5	-0.5	-0.1	-12.3
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-28.1</b>	<b>-34.2</b>	<b>-6.1</b>	<b>-21.5</b>
<b>Fonds Stromsparfonds Betriebe Bestand per 31.12.</b>	<b>54.2</b>	<b>43.7</b>	<b>-10.5</b>	<b>-19.3</b>

**Bilanzkontogruppe 209 Fonds Förderabgabe**

	Rechnung	Rechnung	Abw. R14/R13	
	2013	2014	abs.	%
<b>Fonds Förderabgabe ENG § 16 Bestand per 01.01.</b>	<b>0.1</b>	<b>3.6</b>	<b>3.5</b>	<b>&gt;100.0</b>
Einnahmen Förderabgabe	11.3	11.3	0.0	0.2
Globalbeitrag Bundesamt für Energie	0.9	2.5	1.6	>100.0
Bundesbeitrag Gebäudeprogramm	3.9	4.1	0.2	4.8
<b>Total Einnahmen</b>	<b>16.1</b>	<b>17.9</b>	<b>1.9</b>	<b>11.6</b>
Energieberatung	-0.4	-0.4	0.0	2.9
Infos / Drucksachen / Statistik EnG	-0.2	-0.1	0.0	25.5
Studien Veranstaltungen	0.0	0.0	0.0	-67.1
Akonto Verwaltungsaufwand Vollzug EnG	-0.8	-1.0	-0.3	-34.8
Ausgleich Vollzug EnG Differenz Vorjahr	0.1	-0.2	-0.3	<-100.0
Akonto Verwaltungsaufwand Förderung	-0.7	-0.6	0.1	8.1
Ausgleich Förderung Differenz Vorjahr	0.1	0.1	0.0	-8.7
Beiträge Gebäudeprogramm	-3.9	-4.1	-0.2	-4.8
Isolationen	-3.0	-6.2	-3.2	<-100.0
Solar thermisch	-1.6	-1.5	0.1	8.7
Photovoltaik	-0.2	-0.2	0.0	0.5
Wärmepumpen / Blockheizkraftwerke	-0.2	-0.8	-0.5	<-100.0
Spezial-Projekte	-1.0	-1.0	0.0	-1.4
Energiestudien	0.0	-0.1	0.0	-79.2
Wärmerückgewinnungsanlagen	0.0	0.0	0.0	53.5
Gesamtsanierungsprogramm	-0.1	0.0	0.1	83.7
Solkraftwerk	-0.2	-0.3	-0.1	-33.6
Forschungsstelle Nachhaltige Energienutzung	-0.3	0.0	0.3	100.0
<b>Total Ausgaben</b>	<b>-12.5</b>	<b>-16.4</b>	<b>-3.9</b>	<b>-31.3</b>
<b>Fonds Förderabgabe ENG § 16 Bestand per 31.12.</b>	<b>3.6</b>	<b>5.1</b>	<b>1.5</b>	<b>40.8</b>

**Bilanz Kontogruppe 291 Fonds im Eigenkapital**

in Mio. Franken	per 01.01.2014	Ver- wendung 2014 gemäss Aufwand	Äufnung 2014 gemäss Ertrag	Zuwei- sung/Ent- nahme aus kumu- liertem Ergebnis	per 31.12.2014	vorfinan- zierte noch nicht abge- schriebene Investi- tionen	verbind- liche Be- tragszu- sicherung für Dritte	verant- wortliche Dienst- stelle
Schwankungsreserven Sachversicherungen	-4.4	0.0	-2.0	0.0	-6.3	0.0	0.0	4160
Schwankungsreserven Haftpflichtversicherungen	-5.4	0.0	-2.3	0.0	-7.8	0.0	0.0	4160
Schwankungsreserven Personenversicherungen	-6.6	6.9	0.0	0.0	0.3	0.0	0.0	4160
Mehrwertabgabefonds	-49.5	4.4	-9.9	0.0	-55.0	0.0	0.0	6010
Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	-38.0	8.0	0.0	-6.0	-36.0	0.0	0.0	8060
Standortförderungsfonds	-13.1	5.1	0.0	-2.0	-10.1	0.0	0.0	8060
Pendlerfonds	-0.1	0.1	-0.9	0.0	-0.9	0.0	0.0	6610
Nachhaltigkeitsfonds	0.0	0.0	0.0	-3.7	-3.7	0.0	0.0	4150 <sup>1</sup>
Fonds Mehrwertabgabe Walderhaltung	-0.2	0.0	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	8310
Fonds Rodungersatz	-0.1	0.0	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	8310
Übrige unter 100'000 Fr.	-0.1	0.0	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	Div.
<b>291 Fonds Eigenkapital</b>	<b>-117.4</b>	<b>24.4</b>	<b>-15.1</b>	<b>-11.7</b>	<b>-119.8</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	

**Kommentar**

- 1 Der IBS Nachhaltigkeitsfonds wurde in der Rechnung 2013 noch unter FDK 296 als Neubewertungsreserve Finanzvermögen geführt. Im 2014 fand die Umgliederung in FDK 291 Fonds im Eigenkapital statt. Der Bestand blieb unverändert.

### 3.6.3 Weitere Erläuterungen

#### Risikomanagement

Der Kanton ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die unmittelbar oder mittelbar mit den ihm übertragenen Aufgaben verbunden sind. Aus diesen Risiken können kurz-, mittel- oder langfristig Mittelabflüsse entstehen. Im Vordergrund stehen dabei die finanziellen Auswirkungen der Risiken.

Im Kanton Basel-Stadt wird das Risikomanagement schrittweise aufgebaut. Zur Überwachung und Steuerung der Risiken sollen sowohl organisatorische, personelle als auch technische Massnahmen etabliert werden, um die Risiken aktiv zu bewirtschaften. Die Wirksamkeit der Massnahmen soll laufend überwacht werden und die Massnahmen stetig weiterentwickelt werden, um ein Risikomanagement zu gewährleisten, das in die Geschäftsprozesse integriert ist.

**Risikobeurteilung durch den Regierungsrat** Gemäss Finanzhaushaltgesetz §41 sind im Anhang Angaben über die Durchführung einer Risikobeurteilung durch den Regierungsrat offenzulegen. Bisher hat erst das Gesundheitsdepartement im Jahre 2013 für alle vier Spitäler des Kantons Risikoeinschätzungen aus Sicht des Kantons durchgeführt und dem Regierungsrat Basel-Stadt im Oktober 2013 zur Kenntnis gebracht. Für die Beteiligungen, die vom Kanton zum einen beherrscht oder gemeinschaftlich mit Anderen geführt und zum anderen konsolidiert werden, müssen spätestens im Jahre 2015 Risikoeinschätzungen aus Sicht des Kantons gemacht werden.

#### Risikosituation im finanziellen Risikomanagement

- **Kreditrisiken** Kreditrisiken entstehen durch die finanziellen Vermögenswerte, die die flüssigen Mittel sowie kurz- und langfristigen Forderungen umfassen. Das Kreditrisiko beinhaltet Forderungsausfälle, die einen finanziellen Verlust für den Kanton darstellen würden. Alle Einheiten des Kantons überwachen ihre finanziellen Vermögenswerte laufend und erfassen Wertberichtigungen, die auf Erfahrungswerten und der erwarteten Kreditfähigkeit der Gegenpartei beruhen. Das maximale Kreditrisiko beträgt 2'486.9 Mio. Franken (Vorjahr: 2'204.7 Mio. Franken). Per 31. Dezember 2014 setzt sich das Kreditrisiko wie folgt zusammen:

in Mio. Franken	per		Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
100 Flüssige Mittel	658.1	904.9	246.9	37.5
101 Forderungen	343.8	338.8	-5.0	-1.4
102 Kurzfristige Finanzanlagen	4.2	147.4	143.2	>100.0
107 Langfristige Finanzanlagen	299.2	203.2	-96.0	-32.1
144 Darlehen Verwaltungsvermögen	899.5	892.6	-6.9	-0.8
<b>Total Kreditrisiko</b>	<b>2'204.7</b>	<b>2'486.9</b>	<b>282.2</b>	<b>12.8</b>

Die flüssigen Mittel sowie die kurzfristigen Finanzanlagen werden zum grössten Teil zentral durch die Finanzbewirtschaftung bewirtschaftet. Die Steuerung des Kreditrisikos kann über die Vergabe von Kreditlimiten und Bonitätsprüfungen der Gegenparteien erfolgen. Die Forderungen umfassen grösstenteils Steuerforderungen gegenüber juristischen und natürlichen Personen. Die Kreditrisiken sind dabei auf eine Vielzahl von Schuldnern verteilt. Das Kreditausfallrisiko wird mit Wertberichtigungen auf Basis von Erfahrungswerten berücksichtigt. Die Darlehen des Verwaltungsvermögens sind im vorliegenden Anhang unter den Detailinformationen zur Bilanz aufgeführt. Einige Positionen werden grundpfandrechtlich abgesichert.

- **Liquiditätsrisiken** Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass der Kanton seine finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nicht erfüllen kann. Diese Liquiditätsrisiken werden durch die Finanzverwaltung laufend überwacht. Die Gestaltung der Finanzierungsstruktur richtet sich nach der angestrebten Fristenkongruenz. Mit Liquiditätsreserven wird die Zahlungsfähigkeit sichergestellt. Das maximale Liquiditätsrisiko beläuft sich auf den Bilanzwert der finanziellen Verbindlichkeiten und beträgt -6'539.8 Mio. Franken (Vorjahr: -6'305.3 Mio. Franken).

in Mio. Franken		per	per	Abw. R14/R13	
		31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
200	Laufende Verbindlichkeiten	-2'746.3	-2'743.2	3.1	0.1
201	Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-1'001.0	-1'408.0	-407.0	-40.7
206	Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-2'558.0	-2'388.6	169.4	6.6
<b>Total Liquiditätsrisiko</b>		<b>-6'305.3</b>	<b>-6'539.8</b>	<b>-234.5</b>	<b>-3.7</b>

Erläuterungen zu diesen Bilanzpositionen sind im vorliegenden Anhang unter den Detailinformationen zur Bilanz aufgeführt.

- **Marktrisiken** Die Marktrisiken umfassen Zinssätze, Fremdwährungen und Kurswerte. Der Kanton ist in erster Linie den Zinsrisiken ausgesetzt, die Währungsrisiken und Marktwerttrisiken können als zweitrangig betrachtet werden. Diese Kategorien finanzieller Risiken sind nachfolgend erläutert.

Das Zinsrisiko entsteht aus den variabel verzinslichen Finanzschulden. Die Höhe des Aufwands wird von der Entwicklung des Zinsniveaus beeinflusst. Die Zinsrisiken werden durch die Finanzverwaltung überwacht und minimiert, indem auf eine ausgewogene Finanzierung geachtet wird. Das Marktzinsniveau wird laufend überwacht um auf Änderungen des Marktzinsniveaus reagieren zu können. Zur Absicherung von Zinssatzschwankungen werden im Kanton nach Bedarf derivative Finanzinstrumente eingesetzt (Währungsswap und allenfalls Zinsswaps).

Das Währungsrisiko beinhaltet die Abhängigkeit von Veränderungen der Wechselkurse fremder Währungen. Per 31. Dezember 2014 bestanden keine wesentlichen Fremdwährungsbestände.

Kurswerttrisiken beinhalten Wertschwankungen von Finanzanlagen und sind abhängig von der Marktpreisvolatilität der jeweiligen Finanzanlage. Die wesentlichsten Marktpreisrisiken in der Bilanz per 31. Dezember 2014 setzen sich aus den kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten von -3'796.6 Mio. Franken (Vorjahr: -3'559.0 Mio. Franken) sowie den verzinslichen Anlagen im Finanzvermögen von 289.7 Mio. Franken (Vorjahr: 290.8 Mio. Franken) zusammen.

**Finanzinstrumente im finanziellen Risikomanagement** Gemäss Finanzhaushaltverordnung §43 sind im Anhang Angaben über das finanzielle Risikomanagement offenzulegen. Beim finanziellen Risikomanagement werden die Finanzrisiken nach IPSAS 28, 29 und 30 offengelegt. Die Bedeutung der Finanzinstrumente für den Kanton Basel-Stadt wird dementsprechend in den folgenden vier Kategorien erläutert.

- 1. Zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente** Diese Kategorie ist vor allem für Banken von Relevanz, für den Kanton Basel-Stadt eher weniger. Wenn der Kanton aber über ein Portfolio von Anlagen verfügt, welche mit dem Ziel der kurzfristigen Gewinnmitnahme gehalten wird, dann sind die Anlagen in dieser Kategorie auszuweisen. Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2014 über keine zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente.
- 2. Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen** Diese Finanzinvestitionen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die der Kanton bis zur Endfälligkeit halten will und kann (z.B. Obligationen oder Festgeldanlagen). Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2014 über folgende bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinstrumente:
  - Kurz- und langfristige Finanzanlagen 289.7 Mio. Franken
  - Kurz- und langfristige Finanzverbindlichkeiten -3'796.6 Mio. Franken
- 3. Darlehen und Forderungen** Dies sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen mit festen oder bestimmbar Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind (z.B. Darlehen an Dritte).

Die Darlehen aus dem Finanzvermögen betragen per 31. Dezember 2014 289.7 Mio. Franken, die Darlehen aus dem Verwaltungsvermögen 892.6 Mio. Franken. Weitere Angaben können den Erläuterungen zu den entsprechenden Bilanzpositionen entnommen werden.

**4. Zur Veräusserung verfügbare Vermögenswerte** Nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräusserung verfügbar klassifiziert sind und nicht einer anderen oben aufgeführten Kategorie zugeordnet werden können, zählen zu den zur Veräusserung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (z.B. Nebenwerte wie Aktien von Parkhäusern oder Bergbahnen). Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2014 über keine zur Veräusserung verfügbaren Vermögenswerte.

**Absicherungsgeschäfte** Zur Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen werden nach Bedarf derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Als Sicherungsgeschäft gilt ein derivatives Finanzinstrument, dessen Marktwert einen teilweisen oder vollständigen Ausgleich der Marktwert- oder Geldflussänderung eines gesicherten Grundgeschäftes bewirkt. Bewertung und Bilanzierung der Sicherungsinstrumente erfolgen zu Marktwerten (Fair Values). Der Marktwert zeigt den positiven oder negativen Wiederbeschaffungswert. Es wird Hedge Accounting gemäss IAS 39 angewendet, das heisst die Wertänderung der Sicherungsinstrumente wird direkt, erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Im Kanton werden bei Bedarf folgende Sicherungsinstrumente eingesetzt:

- **Zinsswaps:** Im Asset & Liability Management (ALM) hat die Finanzverwaltung einen synthetischen Benchmark, der die Zinsstrategie vorgibt. Die Finanzverwaltung kann in der Bewirtschaftung des ALM in einer gewissen Bandbreite (Zinssensitivität) von der Benchmark abweichen. Die Bewirtschaftung der Positionen kann mittels Zinsswaps in Ergänzung zu insbesondere den Funding-Aktivitäten erfolgen.
- **Währungsswaps:** Ein Währungsswap ist ein Vertrag zwischen zwei Parteien über den Austausch von unterschiedlichen, spezifizierten Zinszahlungen in verschiedenen Währungen innerhalb eines im Vertrag fixierten Zeitraumes. Für alle Währungstransaktionen wird bei Geschäftsabschluss ein Devisenkurs fixiert.

Am 31. Dezember 2014 hatte der Kanton Basel-Stadt keine Zinsswaptransaktionen im Bestand.

### **Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16**

Der Kanton Basel-Stadt wendet für die Bilanzierung und Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Vorsorgeverpflichtungen auf die Organisation (Kanton Basel-Stadt) Swiss GAAP FER 16 an (und nicht IPSAS 25). Diese Fachempfehlung richtet sich nicht an die Vorsorgeeinrichtungen selbst. Zentrales Element von Swiss GAAP FER 16 bildet die jährliche Beurteilung, ob aus Sicht des Unternehmens per Bilanzstichtag ein wirtschaftlicher Nutzen oder eine wirtschaftliche Verpflichtung besteht. Als Grundlage hierfür dient die nach Swiss GAAP FER 26 erstellte statutarische Jahresrechnung der Vorsorgeeinrichtung. D.h., anders als unter IPSAS 25, ist unter Swiss GAAP FER 16 keine Neuberechnung des Vorsorgekapitals notwendig.

**Staatsgarantie** Zur Sicherung der Vorsorgeleistungen für das Staatspersonal besteht gemäss §55 des Pensionskassengesetzes eine Garantie des Kantons Basel-Stadt im Umfang der gemäss §16 benötigten Schwankungsreserven, maximal jedoch im Umfang von 20% der Vorsorgekapitalien und der technischen Rückstellungen für das Staatspersonal. Diese Garantie entfällt, sobald im Vorsorgebereich des Staates erstmals eine Überdeckung gemäss §24 vorhanden ist.

**Bilanzierung** Aufgrund der baselstädtischen PK-Gesetzgebung muss bei einem Deckungsgrad von weniger als 95% die resultierende Unterdeckung zur Hälfte (Arbeitgeberanteil) als Rückstellung bilanziert werden, da der Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber in dieser Situation zur Sanierung verpflichtet ist. Bei einer Überdeckung (ab 100 % plus Wertschwankungsreserve) können allfällige freie Mittel aktiviert werden, wenn dadurch für den Arbeitgeber ein wirtschaftlicher Nutzen besteht.

Bei einer Überdeckung besteht ein wirtschaftlicher Nutzen, wenn es zulässig und beabsichtigt ist, diese zur Senkung der Arbeitgeberbeiträge einzusetzen, aufgrund der lokalen Gesetzgebung dem Arbeitgeber zurückzuerstatten oder ausserhalb von reglementarischen Leistungen für einen andern wirtschaftlichen Nutzen des Arbeitgebers zu verwenden. Allfällige Arbeitgeberbeitragsreserven sind, falls vorhanden, ebenfalls zu bilanzieren. Als Grundlage für eine Bewertung dient der provisorische Jahresabschluss der Vorsorgeeinrichtung des Geschäftsjahres.

**Verbuchung in der Erfolgsrechnung** Der Vorsorgeaufwand in der Erfolgsrechnung umfasst die geleisteten Arbeitgeberbeiträge, die Veränderung des wirtschaftlichen Nutzens respektive der wirtschaftlichen Verpflichtung sowie die Veränderung der Arbeitgeberbeitragsreserven.

Gemäss Swiss GAAP FER 16 sind somit die Veränderungen der erfassten Verpflichtungen (Arbeitgeberanteil Unterdeckung) über die Erfolgsrechnung zu buchen. Dies kann aufgrund der Kapitalmarkteinflüsse zu erheblichen Schwankungen der Abschlusszahlen der Erfolgsrechnung führen.

**Sanierung / Ausfinanzierung** Die bevorschussten Arbeitnehmer-Sanierungsbeiträge, welche im Rahmen der Sanierung / Ausfinanzierung der Pensionskasse in den Jahren 2008 und 2010 gebildet wurden (ehemals Spezialfinanzierungen Anteil Versicherte) werden als Aktivum im Verwaltungsvermögen unter FDK 1447 „Darlehen an Private“ bilanziert. Die Rückführung der Darlehen erfolgt gemäss den gesetzlichen Bestimmungen zur PK-Sanierung bzw. zur PK-Ausfinanzierung.

Die folgende Tabelle zeigt die Eckdaten der Personalvorsorgeeinrichtung:

### Vorsorgeverpflichtungen – Wirtschaftlicher Nutzen, wirtschaftliche Verpflichtung und Vorsorgeaufwand

in Mio. Franken	Über-, Unter- deckung per 31.12.2014	Wirtschaftlicher Anteil des Kantons per		Abw. R14/R13 abs.	Auf die Periode abge- grenzte Beiträge 2014	Vorsorgeaufwand im Personalaufwand in der Rechnung	
		31.12.2013	31.12.2014			2013	2014
Pensionskasse Basel Stadt (PKBS)	0.0	-30.8	0.0	30.8	-153.9	-112.3	-123.1
Andere Vorsorgever- pflichtungen	n.v.	-30.0	-4.0	26.0	0.0	0.0	0.0 <sup>1</sup>
<b>Total</b>	<b>0.0</b>	<b>-60.8</b>	<b>-4.0</b>	<b>56.8</b>	<b>-153.9</b>	<b>-112.3</b>	<b>-123.1</b>

#### Kommentar

<sup>1</sup> Hier handelt es sich um den Anteil BS an den Vorsorgeverpflichtungen für das Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) bei den Pensionskassen BL und BS.

### Eventualforderungen, -verbindlichkeiten und finanzielle Zusicherungen

**Eventualforderungen** Eventualforderungen stellen Positionen dar, die zwar die Bilanzierungskriterien nicht erfüllen, aber für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons dennoch wichtig sind.

Eine Eventualforderung wird als eine mögliche Vermögensposition aus einem vergangenen Ereignis definiert, deren Existenz erst durch eines oder mehrere zukünftige Ereignisse bestätigt werden muss. Der Eintritt dieser Ereignisse kann nicht beeinflusst werden.

Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2014 über keine entsprechenden Eventualforderungen.

**Eventualverbindlichkeiten** Eventualverbindlichkeiten stellen Positionen dar, die zwar die Bilanzierungskriterien nicht erfüllen, aber für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons dennoch wichtig sind.

Eventualverbindlichkeiten, die auf einer expliziten gesetzlichen oder vertraglichen Grundlage (z.B. Staatsgarantie) basieren, werden im Anhang offen gelegt, auch wenn die Eintretenswahrscheinlichkeit des Mittelabflusses sehr gering ist. Von den übrigen Eventualverbindlichkeiten werden nur diejenigen offen gelegt, bei denen die Eintretenswahrscheinlichkeit eines Mittelabflusses über 20 % liegt.

Die folgende Tabelle zeigt die entsprechenden Eventualverbindlichkeiten:



## Eventualverbindlichkeiten

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
<b>Staatsgarantien</b>	<b>30.8</b>	<b>0.0</b>	<b>30.8</b>	<b>100.0</b>
Staatsgarantie gegenüber der Basler Kantonalbank gemäss § 2 des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 30.06.1994.	unbeschränkt	unbeschränkt		
Staatsgarantie gegenüber der Pensionskasse Basel-Stadt für den Arbeitnehmeranteil an der Unterdeckung.	30.8	0.0	30.8	100.0 <sup>1</sup>
Staatsgarantie gegenüber dem Euroairport Basel-Mühlhausen gemäss § 14 der Vereinbarung zwischen der Schweiz, Eidgenossenschaft sowie den Kantonen BS und BL.	unbeschränkt gemäss Anteil BS	unbeschränkt gemäss Anteil BS		
<b>Bürgschaften</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Bürgschaft gegenüber der Eidgenössischen Zollverwaltung.	0.0	0.0	0.0	0.0 <sup>2</sup>
<b>Garantieverpflichtungen</b>	<b>1.1</b>	<b>0.2</b>	<b>0.9</b>	<b>83.3</b>
Garantie für die Vermögenswerte der ABES-Klienten (Betriebs- und Anlagekonten sowie Wertschriftendepots).	nicht quantifizierbar	nicht quantifizierbar		
Garantie gegenüber dem Bund für Darlehen zu Gunsten Technologiepark Basel.	1.1	0.2	0.9	83.3
<b>Pfandbestellungen für Verpflichtung Dritte</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Keine				
<b>Vereinbarte Konventionalstrafen</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Keine				
<b>Rechtsfälle</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Keine				
<b>Übrige Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>5.5</b>	<b>0.0</b>	<b>5.5</b>	<b>&gt;100.0</b>
Altlastensanierung der Deponie Muttenz Feldreben. Der Kooperationsvertrag 2 wurde noch nicht unterzeichnet. Ab 2015 könnten 4.1 bis 5.5 Mio. Franken anfallen.	5.5	0.0	5.5	>100.0 <sup>3</sup>

### Kommentar

1 Per 31.12.2014 besteht keine Unterdeckung.

2 Es handelt sich in beiden Jahren um 12'000 Franken.

3 Für die Sanierung wurde im 2014 eine Rückstellung in der Höhe von 5.5 Mio. Franken gebildet.

**Finanzielle Zusicherungen** Finanzielle Zusicherungen sind künftige Verpflichtungen, die im Moment noch nicht zu Zahlungen führen, aber in Zukunft eine Zahlung auslösen werden, welche den Nutzenzufluss in der Zukunft entschädigt. Finanzielle Zusicherungen werden nicht bilanziert.

Die folgende Tabelle zeigt die entsprechenden finanziellen Zusicherungen:

### Finanzielle Zusicherungen (Commitments)

in Mio. Franken	Bestand per 31.12.2013	Fälligkeit des Bestandes 2013	
		2014	später
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Investitionsrechnung	1'200.7	407.7	792.9 <sup>1</sup>
- davon zugesicherte Investitionsbeiträge	57.2	34.4	22.8
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Erfolgsrechnung	1'010.4	908.0	102.5 <sup>2</sup>
Langfristige Verträge ohne operatives Leasing (z.B. Bezugsverträge etc.)	44.1	5.9	69.2
Verpflichtungen für operatives Leasing	0.6	0.3	0.3
Andere finanzielle Zusicherungen	0.0	0.0	0.0

in Mio. Franken	Bestand per 31.12.2014	Fälligkeit des Bestandes 2014	
		2015	später
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Investitionsrechnung	1'324.9	508.9	816.0 <sup>3</sup>
- davon zugesicherte Investitionsbeiträge	32.6	16.2	16.4
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Erfolgsrechnung	1'431.8	911.4	520.4 <sup>4</sup>
Langfristige Verträge ohne operatives Leasing (z.B. Bezugsverträge etc.)	80.4	8.9	71.5
Verpflichtungen für operatives Leasing	0.5	0.3	0.2
Andere finanzielle Zusicherungen	1'000.0	0.0	1'000.0 <sup>5</sup>

#### Kommentar

- 1 Berechnung auf Basis der Investitionsübersichtsliste (IÜL) aus Budgetbericht 2014 (Planwerte).
- 2 Berechnung auf Basis der Beitragslisten aus Budgetbericht 2014 (Planwerte).
- 3 Berechnung auf Basis der Investitionsübersichtsliste (IÜL) aus Budgetbericht 2015 (Planwerte).
- 4 Berechnung auf Basis der Beitragslisten aus Budgetbericht 2015 (Planwerte).
- 5 Im Rahmen der Revision des Pensionskassengesetzes fallen per 2016 Besitzstandskosten von rund 400 Mio. Franken an. Zudem muss das Darlehen an die Pensionskassen-Destinatäre, dass dazumal noch rund 600 Mio. Franken betragen wird, abgeschrieben werden (siehe auch Erläuterungen zu Bilanz Kontogruppe 144 Darlehen Verwaltungsvermögen).

### Operatives Leasing

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
<b>Leasingverpflichtungen</b>	<b>0.6</b>	<b>0.5</b>	<b>-0.1</b>	<b>-16.2</b>
Fälligkeit < 1 Jahr	0.3	0.3	0.0	-3.4
Fälligkeit 1 - 5 Jahre	0.3	0.2	-0.1	-28.1
Fälligkeit > 5 Jahre	0.0	0.0	0.0	n.a.
<b>Leasingaufwand des Jahres</b>	<b>0.3</b>	<b>0.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-3.4</b>

Bei den Leasingverpflichtungen sind ein Kuvertiersystem bei der Steuerverwaltung sowie Mietbekleidung bei der Rettung und bei den Zahnkliniken die grössten Positionen.

## Segmentberichterstattung 2014

<b>Erfolgsrechnung in Mio. Franken</b>	PD	BVD	ED	FD	GD	JSD	WSU
Personalaufwand	-55.3	-122.4	-486.9	-71.5	-44.3	-227.6	-111.7
Sach- und Betriebsaufwand	-50.0	-63.0	-157.4	-105.7	-15.8	-122.7	-55.9
Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-1.4	-0.7	-1.3	-0.7	-1.3	-0.1
Transferaufwand	-72.7	-84.0	-437.6	0.0	-508.2	-14.1	-693.8
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-178.0</b>	<b>-270.9</b>	<b>-1'082.6</b>	<b>-178.6</b>	<b>-569.0</b>	<b>-365.6</b>	<b>-861.6</b>
Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Regalien und Konzessionen	0.0	6.7	0.0	0.0	0.0	0.0	10.4
Entgelte	12.0	95.8	45.3	178.9	19.6	101.7	161.3
Verschiedene Erträge	1.5	4.5	3.0	0.0	0.1	0.0	1.8
Transferertrag	6.8	8.1	115.7	0.0	3.0	20.0	188.7
<b>Betriebsertrag</b>	<b>20.2</b>	<b>115.1</b>	<b>163.9</b>	<b>178.9</b>	<b>22.6</b>	<b>121.7</b>	<b>362.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-157.8</b>	<b>-155.8</b>	<b>-918.7</b>	<b>0.3</b>	<b>-546.4</b>	<b>-243.9</b>	<b>-499.3</b>
Abschreibung Grossinvestitionen	-7.0	-48.9	-2.8	-98.6	-0.5	-5.6	-4.9
Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.3	-4.8	-1.1	-0.7	-0.5	-0.5	-1.1
Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	4.8	2.3	0.0	4.3	0.0	0.6	0.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-3.5</b>	<b>-51.4</b>	<b>-3.9</b>	<b>-95.0</b>	<b>-1.0</b>	<b>-5.5</b>	<b>-6.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-161.3</b>	<b>-207.2</b>	<b>-922.6</b>	<b>-94.7</b>	<b>-547.4</b>	<b>-249.4</b>	<b>-505.3</b>
Finanzaufwand	-0.7	0.0	0.0	-6.6	0.0	-0.4	0.0
Finanzertrag	0.7	2.6	0.2	40.0	0.0	0.1	0.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.1</b>	<b>2.6</b>	<b>0.2</b>	<b>33.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.3</b>	<b>0.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-161.4</b>	<b>-204.7</b>	<b>-922.5</b>	<b>-61.4</b>	<b>-547.4</b>	<b>-249.7</b>	<b>-505.4</b>

## Investitionsrechnung in Mio. Franken

Investitionsausgaben	-12.5	-114.2	-8.7	-196.7	-14.9	-5.2	-2.9
Investitionseinnahmen	4.3	7.0	0.3	27.3	0.0	0.0	0.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-8.3</b>	<b>-107.2</b>	<b>-8.4</b>	<b>-169.4</b>	<b>-14.9</b>	<b>-5.2</b>	<b>-2.9</b>

## Bilanz in Mio. Franken

Umlaufvermögen	9.0	23.4	139.0	364.3	53.9	36.1	152.4
Anlagevermögen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	5.0	11.0
Anlagevermögen Verwaltungsvermögen	12.6	981.8	19.0	1'834.5	28.3	33.0	99.0
<b>Total Aktiven</b>	<b>21.6</b>	<b>1'005.2</b>	<b>158.0</b>	<b>2'198.9</b>	<b>82.2</b>	<b>74.2</b>	<b>262.3</b>
Kurzfristiges Fremdkapital	-8.4	-287.5	-131.6	-1'643.4	-74.6	-47.1	-46.0
Langfristiges Fremdkapital	-10.7	-7.6	-18.7	-0.9	-6.7	-19.3	-73.7
Eigenkapital	-2.5	-710.1	-7.6	-554.6	-1.0	-7.7	-142.7
<b>Total Passiven</b>	<b>-21.6</b>	<b>-1'005.2</b>	<b>-158.0</b>	<b>-2'198.9</b>	<b>-82.2</b>	<b>-74.2</b>	<b>-262.3</b>

## Kommentar

- 1 Ohne Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen und ohne Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge (vgl. Fussnoten 3 und 4).
- 2 Ohne Auflösung Grossinvestitionsbeiträge (vgl. Fussnote 5)
- 3ff. Diese Positionen werden (im Gegensatz zur Erfolgsrechnung des Kantons) separat ausgewiesen, zwecks Vergleichbarkeit mit den Departementsberichten.

## Segmentberichterstattung 2014, Fortsetzung

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Gerichte	Behörden	Regierung, übriges Zweck- gebun- denes	Elimi- nation, interne Verrech- nungen	Total Zweck- gebun- denes	Total Nicht- zweck- gebun- denes	Total Stamm- haus
Personalaufwand	-40.6	-7.7	-9.5	22.5	-1'155.0	0.0	-1'155.0
Sach- und Betriebsaufwand	-21.4	-2.0	-21.8	174.1	-441.6	-33.5	-475.1
Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-5.6	0.0	-5.6
Transferaufwand	0.0	0.0	-0.8	58.0	-1'753.3	-165.9	-1'919.1 <sup>1</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-62.0</b>	<b>-9.6</b>	<b>-32.2</b>	<b>254.7</b>	<b>-3'355.4</b>	<b>-199.4</b>	<b>-3'554.8</b>
Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2'619.2	2'619.2
Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	17.1	0.0	17.1
Entgelte	28.4	0.0	1.6	-181.1	463.4	38.7	502.2
Verschiedene Erträge	0.0	0.0	26.2	-15.6	21.4	1.0	22.4
Transferertrag	0.0	0.0	7.7	-58.0	291.9	257.2	549.1 <sup>2</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>28.4</b>	<b>0.0</b>	<b>35.5</b>	<b>-254.7</b>	<b>793.8</b>	<b>2'916.2</b>	<b>3'710.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-33.6</b>	<b>-9.6</b>	<b>3.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-2'561.5</b>	<b>2'716.8</b>	<b>155.3</b>
Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-168.2	0.0	-168.2
Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-4.3	-4.3 <sup>3</sup>
Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-1.0	0.0	-11.1	0.0	-11.1 <sup>4</sup>
Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	12.1	0.0	12.1 <sup>5</sup>
<b>Abschreibungen</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-1.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-167.3</b>	<b>-4.3</b>	<b>-171.6</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-33.6</b>	<b>-9.6</b>	<b>2.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-2'728.8</b>	<b>2'712.5</b>	<b>-16.3</b>
Finanzaufwand	-0.1	0.0	0.0	0.6	-7.2	-192.3	-199.5
Finanzertrag	0.1	0.0	18.4	-0.6	61.3	333.9	395.2
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>18.4</b>	<b>0.0</b>	<b>54.0</b>	<b>141.6</b>	<b>195.7</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-33.6</b>	<b>-9.6</b>	<b>20.7</b>	<b>0.0</b>	<b>-2'674.8</b>	<b>2'854.1</b>	<b>179.3</b>
<b>Investitionsrechnung in Mio. Franken</b>							
Investitionsausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	-355.2	-12.3	-367.5
Investitionseinnahmen	0.0	0.0	55.3	0.0	94.2	3.0	97.2
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>55.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-261.0</b>	<b>-9.4</b>	<b>-270.3</b>
<b>Bilanz in Mio. Franken</b>							
Umlaufvermögen	19.3	0.6	13.4	-2'233.6	-1'422.0	4'572.8	3'150.8
Anlagevermögen Finanzvermögen	40.0	0.0	0.0	0.0	56.0	1'898.0	1'954.0
Anlagevermögen Verwaltungsvermögen	0.0	0.0	675.1	0.0	3'683.3	2'159.8	5'843.0
<b>Total Aktiven</b>	<b>59.3</b>	<b>0.6</b>	<b>688.5</b>	<b>0.0</b>	<b>2'317.3</b>	<b>8'630.5</b>	<b>10'947.8</b>
Kurzfristiges Fremdkapital	-78.3	-0.4	-593.9	2'233.6	-677.5	-3'784.1	-4'461.6
Langfristiges Fremdkapital	-1.2	-0.3	-64.0	0.0	-203.1	-2'389.9	-2'593.0
Eigenkapital	20.2	0.1	-30.6	0.0	-1'436.6	-2'456.5	-3'893.1
<b>Total Passiven</b>	<b>-59.3</b>	<b>-0.6</b>	<b>-688.5</b>	<b>0.0</b>	<b>-2'317.3</b>	<b>-8'630.5</b>	<b>-10'947.8</b>

### Nahe stehende Einheiten und Personen

Einheiten oder Personen gelten als nahe stehend, wenn eine der Parteien die Möglichkeit hat, die andere Partei zu **beherrschen oder massgeblichen Einfluss** bei finanziellen oder operativen Entscheidungen auf sie auszuüben. Nahe stehende Einheiten und Personen umfassen:

- Beherrschte Organisationen nach IPSAS 6 (Konsolidierte und Einzelabschlüsse)
- Gemeinschaftlich geführte Organisationen (Joint Ventures)
- Assoziierte Organisationen nach IPSAS 7 (Anteile an assoziierten Einheiten), d.h. Einheiten, auf die der Kanton einen massgeblichen Einfluss hat.
- Die Pensionskasse Basel-Stadt
- Einzelpersonen: Mitglieder des Regierungsrats, Vertretern des obersten Kaders, Familienmitglieder der genannten Personen, sowie die Einheiten auf diejenigen die genannten Personen einen massgeblichen Einfluss haben.

Als nahe stehende Einheiten gelten:

- AG zum Storchen
- Basler Kantonalbank (BKB)
- Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft AG
- Basler Verkehrsbetriebe (BVB)
- BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel
- Fachhochschule Nordwestschweiz
- Felix Platter-Spital Basel (FPS)
- Flughafen Basel-Mulhouse
- Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt
- Industrielle Werke Basel (IWB)
- Interkantonale Strafanstalt Bostadel
- MCH Group AG
- Motorfahrzeugprüfstation beider Basel
- Pensionskasse Basel-Stadt
- ProRhen AG
- Rimas Insurance Broker AG
- Schweizerische Rheinhäfen
- Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH)
- Technologie Park Basel AG
- TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche
- Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK)
- Universität beider Basel
- Universitäts-Kinderspital beider Basel
- Universitätsspital Basel (USB)

Als nahe stehende Personen gelten (in Anlehnung an §46 a des Wahlgesetzes):

- Alle offiziellen Dienststellen-Leiter und -Leiterinnen (ohne Stellvertretungen)
- Alle Generalsekretäre und -sekretärinnen (inkl. CO-Leitungen)
- Alle Regierungssprecher

Für das Erziehungsdepartement gilt folgende Regelung:

- Leiter Bildung
- Leiter Hochschulen
- Bereichsleiter Kommunikation und Koordination
- Leiter Zentrale Dienste
- Generalsekretär

Dazu gehören auch Familienmitglieder der genannten Personen.

Bei den Transaktionen mit nahe stehenden Einheiten und Personen werden nur jene ausgewiesen, die nicht zu Marktkonditionen durchgeführt wurden und die besseren Konditionen auch nicht durch eine Rechtsgrundlage (Gesetz, Grossrats- oder Regierungsratsbeschluss) legitimiert wurden.

Im Gegensatz dazu werden unter Forderungen und Verbindlichkeiten alle Transaktionen bzw. deren Saldo per Ende Berichts- und Vorjahr aufgeführt. Die folgende Tabelle zeigt die entsprechenden Details:

### Nahestehende Personen und Einheiten

in Mio. Franken	im	im	Abw. R14/R13	
	2013	2014	abs.	%
Keine	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Total Transaktionen mit nahe stehenden Personen</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Keine	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Total Transaktionen mit nahe stehenden Einheiten</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
<b>Total Transaktionen mit Nahestehenden</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>

in Mio. Franken	per	per	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
Keine	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Total Forderungen gegenüber nahe stehenden Personen</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Basler Verkehrsbetriebe (BVB)	2.0	96.9	94.9	>100.0
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	0.0	0.0	0.0	n.a.
Fachhochschule Nordwestschweiz	0.1	0.3	0.2	>100.0
Felix Platter-Spital Basel (FPS)	0.1	0.1	0.0	-0.7
Industrielle Werke Basel (IWB)	0.1	253.5	253.4	>100.0
MCH Group AG	0.0	160.1	160.0	>100.0
ProReno AG	0.0	0.7	0.6	>100.0
Rimas Insurance Broker AG	0.0	0.0	0.0	-100.0
Schweizerische Rheinhäfen	0.0	0.1	0.1	n.a.
Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH)	0.0	0.0	0.0	-80.2
Technologie Park AG	0.0	0.0	0.0	-92.5
Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK)	13.0	13.5	0.4	3.4
Universität beider Basel	9.9	37.6	27.7	>100.0
Universitäts-Kinderspital beider Basel	0.0	0.0	0.0	>100.0
Universitätsspital Basel (USB)	11.4	1.7	-9.7	-85.1
<b>Total Forderungen gegenüber nahe stehenden Einheiten</b>	<b>36.6</b>	<b>564.3</b>	<b>527.7</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Total Forderungen gegenüber Nahestehenden</b>	<b>36.6</b>	<b>564.3</b>	<b>527.7</b>	<b>&gt;100.0</b>
Keine	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Total Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Personen</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
AG zum Storchen	0.0	-1.5	-1.5	n.a.
Basler Verkehrsbetriebe (BVB)	-0.4	-67.7	-67.3	<-100.0
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	0.0	0.0	0.0	n.a.
Fachhochschule Nordwestschweiz	-0.8	-0.7	0.1	9.9
Felix Platter-Spital Basel (FPS)	-8.6	-91.3	-82.7	<-100.0
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	0.0	-0.2	-0.2	n.a.
Industrielle Werke Basel (IWB)	-3.6	-4.8	-1.2	-33.3
MCH Group AG	0.0	0.0	0.0	100.0
Schweizerische Rheinhäfen	0.0	0.0	0.0	<-100.0
Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK)	-0.4	-0.1	0.3	80.0
Universität beider Basel	-19.8	-0.1	19.8	99.7
Universitäts-Kinderspital beider Basel	-1.1	-1.3	-0.2	-13.7
Universitätsspital Basel (USB)	-20.9	-3.3	17.6	84.3
<b>Total Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Einheiten</b>	<b>-55.6</b>	<b>-171.0</b>	<b>-115.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Total Verbindlichkeiten gegenüber Nahestehenden</b>	<b>-55.6</b>	<b>-171.0</b>	<b>-115.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Total Forderungen und Verbindlichkeiten Nahestehende</b>	<b>-19.1</b>	<b>393.3</b>	<b>412.5</b>	<b>&gt;100.0</b>

### Vergütung an Führungskräfte

in Franken	durchschnittlich pro Person	Anzahl Personen (Vollzeitbasis)	Total Rechnung 2013
Vergütungen an Regierungsratsmitglieder	307'912	7.00	2'155'383
Vergütungen an oberstes Kader	197'380	49.45	9'760'466
<b>Vergütungen Führungskräfte</b>	<b>211'087</b>	<b>56.45</b>	<b>11'915'849</b>

in Franken	durchschnittlich pro Person	Anzahl Personen (Vollzeitbasis)	Total Rechnung 2014
Vergütungen an Regierungsratsmitglieder	305'897	7.0	2'141'276
Vergütungen an oberstes Kader	188'719	51.75	9'766'210
<b>Vergütungen Führungskräfte</b>	<b>202'681</b>	<b>58.75</b>	<b>11'907'486</b>

### Kreditübertragungen

Gemäss Finanzhaushaltsgesetz §17 verfallen nicht verwendete Budget- und Nachtragskredite am Ende des Rechnungsjahres. Nicht beanspruchte Kredite für im Budget ausgewiesene Vorhaben mit einmaligem Charakter, welche innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können vom Regierungsrat auf das folgende Jahr übertragen werden. Eine Kreditübertragung kann direkt vom Regierungsrat beschlossen werden, für den gleichen Budgetkredit kann die Kreditübertragung allerdings höchstens drei Mal in Folge beantragt werden (VFHG §16 Abs. 6).

Bestand und Veränderungen von Kreditübertragungen werden dem Grossen Rat mit dem vorliegenden Jahresbericht zur Kenntnis gebracht. Die folgenden Tabellen zeigen einerseits die Summen der Kreditübertragungen im Mehrjahresvergleich und andererseits die Kreditübertragungen für das Budget 2014 im Detail (zwecks Vergleich zur Rechnung 2014):

### Kreditübertragungen aller Departemente

in Franken	2010/2011 bewilligt	2011/2012 bewilligt	2012/2013 bewilligt	2013/2014 bewilligt	2014/2015 bewilligt
Präsidialdepartement	877'500	738'230	750'000	750'000	1'002'800
Bau- u. Verkehrsdepartement	0	1'330'300	0	0	0
Erziehungsdepartement	1'421'000	0	0	0	0
Finanzdepartement	398'800	0	0	0	0
Gesundheitsdepartement	0	0	0	0	0
Justiz- u. Sicherheitsdepartement	286'500	0	0	0	0
Departement für Wirtschaft, Soziales u. Umwelt.	0	0	0	0	0
Gerichte	175'000	0	0	0	0
<b>Total</b>	<b>3'158'800</b>	<b>2'068'530</b>	<b>750'000</b>	<b>750'000</b>	<b>1'002'800</b>

### Kreditübertragungen von Budget 2013 auf Budget 2014

in Franken	Gegenstand	B13 auf B14
Aussenbeziehungen und Standortmarketing (PD)	NRP / ETZ Interreg IV	750'000
<b>Total</b>		<b>750'000</b>

### Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind Ereignisse, die nach dem Bilanzstichtag und vor der Genehmigung des Jahresabschlusses durch den Regierungsrat eintreten. Der Jahresabschluss 2014



wurde am 17. März 2015 durch den Regierungsrat genehmigt.

Es können zwei Arten von Ereignissen nach dem Bilanzstichtag unterschieden werden:

- Berücksichtigungspflichtige Ereignisse bedingen eine Anpassung des Jahresabschlusses.
- Nicht berücksichtigungspflichtige Ereignisse bedingen eine Offenlegung im Anhang, sofern das jeweilige Ereignis im Verhältnis zum Jahresabschluss wesentlich ist (> 1 Mio. Franken).

Für den Jahresabschluss 2014 gibt es keine wesentlichen Ereignisse im Anhang offen zu legen.

## 3.7 Bericht der Finanzkontrolle zur Jahresrechnung



### Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt

#### Zusammenfassender Bericht der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt zur Jahresrechnung 2014 an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Als Revisionsstelle gemäss Finanz- und Verwaltungskontrollgesetz (FVKG) vom 17. September 2003 (SG 610.200) haben wir die beiliegende **Jahresrechnung des Kantons Basel-Stadt** bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang für das am 31. Dezember 2014 abgeschlossene Rechnungsjahr geprüft.

#### *Verantwortung des Regierungsrates:*

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (SG 610.100 Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 14. März 2012 sowie die darauf basierenden Erlasse) verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

#### *Verantwortung der Finanzkontrolle:*

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (FVKG) und den Grundsätzen des Berufsstandes vorgenommen. Nach diesen Grundsätzen haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die - nach §1 des FVKG unabhängige - Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätzen und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Existenz und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt

Seite 2

*Prüfungsurteil:*

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2014 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften (SG 610.100 Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 14. März 2012 sowie die darauf basierenden Erlasse).

Ohne unser Prüfungsurteil zu modifizieren, machen wir darauf aufmerksam, dass die Anlagebuchhaltung noch Mängel bezüglich Vollständigkeit aufweist. So sind die Wasserbauten unvollständig inventarisiert.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Basel, 30. April 2015

**FINANZKONTROLLE DES KANTONS BASEL-STADT**

  
Daniel Dubois  
Revisionsexperte  
Leitender Revisor

  
Dieter von Allmen  
Revisionsexperte

|

## 4 Der Kanton

## 4.1 Jahresrechnung Kanton

### Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'126.1	-1'186.0	-1'155.0	31.0	2.6	-28.9	-2.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-451.0	-449.4	-475.1	-25.7	-5.7	-24.2	-5.4
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-4.9	-5.6	-5.6	-0.0	-0.3	-0.7	-14.7
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.2	100.0
36 Transferaufwand	-1'837.6	-1'835.0	-1'919.1	-84.1	-4.6	-81.6	-4.4
39 Interne Verrechnungen	-241.8	-228.2	-255.4	-27.1	-11.9	-13.6	-5.6
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-3'661.4</b>	<b>-3'704.2</b>	<b>-3'810.2</b>	<b>-106.0</b>	<b>-2.9</b>	<b>-148.8</b>	<b>-4.1</b>
40 Fiskalertrag	2'481.4	2'528.6	2'619.2	90.6	3.6	137.8	5.6
41 Regalien und Konzessionen	33.4	33.5	17.1	-16.4	-48.9	-16.3	-48.7
42 Entgelte	419.0	351.5	502.2	150.6	42.9	83.1	19.8
43 Verschiedene Erträge	15.0	2.3	22.4	20.2	>100.0	7.4	49.4
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.2	-100.0
46 Transferertrag	521.9	528.5	549.1	20.6	3.9	27.2	5.2
49 Interne Verrechnungen	241.8	228.2	255.4	27.1	11.9	13.6	5.6
<b>Betriebsertrag</b>	<b>3'712.7</b>	<b>3'672.7</b>	<b>3'965.4</b>	<b>292.7</b>	<b>8.0</b>	<b>252.7</b>	<b>6.8</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>51.2</b>	<b>-31.5</b>	<b>155.2</b>	<b>186.7</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>104.0</b>	<b>&gt;100.0</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-161.1	-129.0	-168.2	-39.2	-30.4	-7.1	-4.4
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-2.5	0.0	-4.3	-4.3	n.a.	-1.8	-71.0
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-10.3	0.0	0.0	0.0	n.a.	10.3	100.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-9.3	-7.8	-11.1	-3.3	-43.0	-1.8	-19.6
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	8.6	2.8	12.1	9.3	>100.0	3.5	40.6
<b>Abschreibungen</b>	<b>-174.7</b>	<b>-134.1</b>	<b>-171.6</b>	<b>-37.5</b>	<b>-28.0</b>	<b>3.1</b>	<b>1.8</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-123.4</b>	<b>-165.5</b>	<b>-16.4</b>	<b>149.2</b>	<b>90.1</b>	<b>107.1</b>	<b>86.7</b>
34 Finanzaufwand	-176.1	-135.8	-199.5		-63.7		-23.4
44 Finanzertrag	384.9	303.6	395.2	91.6	30.2	10.3	2.7
<b>Finanzergebnis</b>	<b>208.8</b>	<b>167.8</b>	<b>195.7</b>	<b>27.9</b>	<b>16.6</b>	<b>-13.2</b>	<b>-6.3</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>85.4</b>	<b>2.2</b>	<b>179.3</b>	<b>177.1</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>93.9</b>	<b>&gt;100.0</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-54.3	-129.4	-102.9	26.6	20.5	-48.6	-89.5
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-277.1	-276.5	-278.2	-1.7	-0.6	-1.1	-0.4
2 Bildung	-880.8	-882.9	-892.9	-9.9	-1.1	-12.1	-1.4
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-173.8	-163.2	-173.9	-10.7	-6.6	-0.1	0.0
4 Gesundheit	-419.3	-411.7	-414.8	-3.1	-0.8	4.5	1.1
5 Soziale Sicherheit	-621.5	-650.8	-648.7	2.1	0.3	-27.1	-4.4
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-146.1	-157.2	-151.4	5.8	3.7	-5.4	-3.7
7 Umweltschutz und Raumordnung	6.2	8.2	5.3	-2.9	-35.4	-0.9	-14.7
8 Volkswirtschaft	-0.3	-4.3	-8.3	-3.9	-91.0	-7.9	<-100.0
9 Finanzen und Steuern	2'652.5	2'670.1	2'845.0	174.9	6.5	192.5	7.3

## Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-263.9	-354.6	-325.2	29.4	8.3	-61.3	-23.2
Ausgaben Kleininvestitionen	-7.3	-5.0	-4.9	0.1	1.2	2.4	32.7
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-20.4	0.0	-23.9	-23.9	n.a.	-3.6	-17.5
Einnahmen Grossinvestitionen	7.6	0.0	1.7	1.7	n.a.	-6.0	-78.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	22.4	11.0	36.9	25.9	>100.0	14.6	65.2
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-261.6</b>	<b>-348.6</b>	<b>-315.5</b>	<b>33.1</b>	<b>9.5</b>	<b>-53.8</b>	<b>-20.6</b>
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-72.6	-27.2	-13.4	13.8	50.7	59.2	81.5
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	93.6	0.0	58.5	58.5	n.a.	-35.0	-37.4
<b>Veränderungen Darlehen, Beteiligungen</b>	<b>21.0</b>	<b>-27.2</b>	<b>45.1</b>	<b>72.3</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>24.2</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-240.7</b>	<b>-375.8</b>	<b>-270.3</b>	<b>105.5</b>	<b>28.1</b>	<b>-29.7</b>	<b>-12.3</b>

## 4.1.1 Personalentwicklung

Die Ziele zur Ausrichtung und Weiterentwicklung des Personalmanagements bei BASEL-STADT orientieren sich an den seit 2009 gültigen personalstrategischen Leitlinien. Die für 2014 in diesem Rahmen gesetzten Schwerpunkte konnten zum grossen Teil erfolgreich umgesetzt werden.

**Basel-Stadt führungsstark!** Zur Befähigung und Entwicklung geeigneter Führungskräfte wurden mehrere, auf die personalstrategischen Leitlinien sowie die 2013 erarbeiteten Führungsgrundsätze bei BASEL-STADT abgestützten Massnahmen entwickelt und teilweise bereits umgesetzt. Die Führungsgrundsätze wurden von den Dezentralen Personalleitenden im jeweiligen Departement kommuniziert. Überdepartemental wurden die Grundsätze im Seminar zum Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch und in den Grundlagenseminaren für das Obere, Mittlere, Untere und das Fach-Kader integriert. Zusätzlich wurde ein Workshop „Erfolgsfaktoren Führung“ im Seminarprogramm aufgenommen. Im neuen Seminarprogramm wurden zudem verschiedene kaderstufenspezifische Führungsforen sowie der Kurs „Personalmanagement bei BASEL-STADT“ für neueingetretene Führungskräfte aufgenommen.

**Laufbahn bei BASEL-STADT** Das 2007 als Projekt eingeführte interne Kaderentwicklungsprogramm bereitet Leistungs- und Potenzialträger/innen professionell auf die Übernahme einer Führungsposition bei BASEL-STADT vor. 2014 startete bereits der neunte Durchgang des Programms. Rund 60 Prozent der Teilnehmenden konnten seit Beginn des Programms einen Laufbahnschritt realisieren. Dies bestätigt, dass das Programm Laufbahn bei BASEL-STADT ein Schlüsselinstrument zur Förderung und Entwicklung des internen Kadernachwuchses darstellt. Der Regierungsrat beschloss im November 2014, diese bisher befristete Personalentwicklungsmassnahme definitiv zu implementieren. Das Programm Laufbahn bildet fortan einen festen Bestandteil der Führungsentwicklung bei BASEL-STADT.

**Chancengleichheit: Karrierechancen für Frauen** Auf Basis einer empirischen Untersuchung zu unterstützenden und herausfordernden Faktoren bezüglich der Karrierechancen von Frauen beim Arbeitgeber BASEL-STADT sowie des Chancengleichheit-Reportings für den Zeitraum 2010-2013 wurden Ansatzpunkte zur Erhöhung des Frauenanteils im Kader eruiert. Erste Massnahmen, wie die Netzwerkplattform „Forum für Kaderfrauen“ für Mitarbeiterinnen des Mittleren und Oberen Kadern, wurden im Rahmen des Weiterbildungsangebots von BASEL-STADT konzipiert.

**Chancengleichheit: Teilzeit für Männer** Zu diesem Schwerpunktthema wurde im Februar 2014 eine Abendveranstaltung unter dem Titel „Männer und Teilzeitarbeit, gelebte Berufs- und Führungspraxis“ durchgeführt, an welcher über 70 Personen teilnahmen und ihre Erfahrungen sowie Möglichkeiten zur Verbesserung der Akzeptanz der Teilzeitarbeit unter und für Männer thematisierten. Zudem konnte mit zwei weiteren Referaten bei vorwiegend männlich besetzten Berufsgruppen das Bewusstsein für das Thema Teilzeitarbeit für Männer und die hierfür vorhandenen Rahmenbedingungen und Instrumente weiter verstärkt werden.

**Systempflege** Mit dem Projekt wird das nicht mehr zeitgemässe Instrumentarium zur Bewertung und Zuordnung der Funktionen überarbeitet und damit die korrekte und nachvollziehbare Einreihung der Stellen im Lohnsystem von BASEL-STADT gewährleistet. Die für 2014 vorgesehenen Arbeiten konnten wie geplant beendet werden. Die Zuordnungsarbeiten wurden fahrplanmässig im Frühjahr 2014 abgeschlossen. Die darauf folgende Abschlusskonsolidierung der Zuordnungsvorschläge wurde im August 2014 beendet. Anfang September 2014 erhielt der Regierungsrat die Zuordnungsvorschläge für sämtliche zu überführenden Stellen, parallel dazu begann die Vernehmlassung bei den Sozialpartnern. Der Regierungsrat, die Departemente wie auch die Sozialpartner hatten Gelegenheit für Stellungnahmen, Anmerkungen und Fragen, die im Rahmen von bilateralen Gesprächen, Regierungsratssitzungen sowie im Sozialpartnerschaftlichen Austausch - u.a. auch in ausserordentlichen Anlässen mit der regierungsrätlichen Delegation - diskutiert bzw. beantwortet wurden. Mit Beschluss vom 2. Dezember 2014 entschied der Regierungsrat, sämtliche Stellen auf Basis der Zuordnungsvorschläge des ZPD per 1. Februar 2015 zu überführen. Der Entscheid erfolgte unter Berücksichtigung sämtlicher Stellungnahmen, d.h. der Departemente und der durch sie vertretenen Betriebe IWB und BVB, der AGSt sowie der Berichte des ZPD. Die Zuordnung der Funktionen der Gerichte wird zu einem späteren Zeitpunkt, nach Abschluss der GOG-Revision, überprüft. Unmittelbar nach dem Entscheid des Regierungsrates begann die Kommunikation an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die administrativen Vorbereitungen für die Umsetzung, welche bis spätestens im Februar 2015 abgeschlossen sein werden.

**Neugestaltung des Sozialstellenplans** Durch die Revision des Pensionskassengesetzes (Erhöhung des Rentenalters und Primatswechsel) veränderte sich 2014 die Ausgangslage für die Neugestaltung des Sozialstellenplans. Diese Veränderungen wirken sich auf vielfältige Weise auf die Anforderungen an den Sozialstellenplan aus. Die Neugestaltung des Sozialstellenplans musste deshalb sistiert werden, bis der Vorsorgeplan, bzw. die Rahmenbedingungen für die vorzeitige Pensionierung abschliessend bekannt sind.

**Berufsbildung: Stärkung der Zusammenarbeit mit den Personalleitenden, Berufsbildungsverantwortlichen und Fachverbänden** Die Zusammenarbeit mit den für die Kernberufe bei BASEL-STADT wichtigsten Berufsverbänden sowie mit den Personalleitenden und Berufsbildungsverantwortlichen in den Departementen wurde auch 2014 weiter vertieft und verstärkt. Verschiedene gemeinsame Projekte, wie z.B. die bis 2015 dauernde Umsetzung der neuen Berufsbildungsverordnung BIVO 2012 in der kaufmännischen Grundbildung, sind auf einem professionellen Niveau. Parallel dazu hat der Arbeitgeber BASEL-STADT - ebenfalls im Rahmen der Umsetzung BIVO 2012 - sein Angebot für Praktikantinnen und Praktikanten der Wirtschaftsmittelschule gemäss dem neuen Modell 3+1 (Eidgenössischen Fähigkeitsausweis inkl. Berufsmatur) ausgebaut und verbessert. Im Rahmen der 2014 gestarteten Analyse Berufsbildung werden Bedarf und Möglichkeiten der strategischen Weiterentwicklung der Berufsbildung bei BASEL-STADT ermittelt. Die Analyse bildet einen wichtigen Schritt, die Berufsbildung beim Arbeitgeber mittel- und langfristig gut zu positionieren und sicherzustellen, dass BASEL-STADT als Lehrbetrieb weiterhin attraktiv bleibt.

### **Wichtigste Abweichungen beim Headcount zwischen Ist und Plafond 2014**

**Erziehungsdepartement** Bei der Abweichung zwischen Ist 2014 (Headcount) und Soll 2014 (Plafond) handelt es sich um diverse Vakanzen per Stand 31. Dezember 2014, die zum Teil aufgrund einer verzögerten Stellenbesetzung entstanden sind. Die Abweichungen verteilen sich wie folgt auf die Bereiche: -3.80 Leitung Bildung\*, +28.03 Bereich Volksschulen\*\*, -4.26 Bereich Mittelschulen und Berufsbildung, -2.68 Bereich Hochschulen, -10.91 Bereich Jugend, Familie und Sport, -19.06 Bereich Zentrale Dienste, -12.68 Total Erziehungsdepartement.

\* Die unter der «Leitung Bildung» aufgeführten Mitarbeitenden werden ab 1. Januar 2015 in die Bereiche integriert und nicht mehr separat ausgewiesen.

\*\* Die Überschreitung im Bereich Volksschulen beruht auf einem ausserordentlichen Anstieg der Anzahl Lehrpersonen. Dieser Bedarf ist wiederum auf einen übermässigen Anstieg der Schülerzahlen zurück zu führen.

**Justiz- und Sicherheitsdepartement** Die Abweichung zwischen Plafond und IST ist grösstenteils auf offene Stellen bei der Kantonspolizei und bei der Rettung zurückzuführen. Die Anzahl in Ausbildung stehender Aspirantinnen und Aspiranten beträgt per Ende 2014 68 (Kantonspolizei), 12 (Sanität) und 8 (Feuerwehr).

Alle **Departemente** haben den Stellenplafond einhalten können.



**Stellen- und Personalstatistik per 31. Dezember 2014: Headcount**

	Stellen (Vollzeitäquivalent)					Köpfe <sup>1</sup>
	Ist (I) 2013	Plafond (P) 2014	Ist (I) 2014	Abw. abs. I14/P14	Abw. abs. I14/I13	Ist (I) 2014
<b>Departemente / Betriebe</b>						
<b>Präsidialdepartement</b>	<b>390</b>	<b>404</b>	<b>398</b>	<b>-6</b>	<b>8</b>	<b>614</b>
<b>Bau- und Verkehrsdepartement</b>	<b>929</b>	<b>950</b>	<b>942</b>	<b>-8</b>	<b>13</b>	<b>1'039</b>
<b>Erziehungsdepartement</b>	<b>3'070</b>	<b>3'122</b>	<b>3'110</b>	<b>-12</b>	<b>40</b>	<b>4'857</b>
davon Departement	553		489			704
davon Schulen	2'516		2'621			4'153
<b>Finanzdepartement</b>	<b>478</b>	<b>517</b>	<b>475</b>	<b>-42</b>	<b>-3</b>	<b>533</b>
<b>Gesundheitsdepartement</b>	<b>291</b>	<b>311</b>	<b>290</b>	<b>-21</b>	<b>-1</b>	<b>387</b>
<b>Justiz- und Sicherheitsdepartement</b>	<b>1'633</b>	<b>1'680</b>	<b>1'629</b>	<b>-51</b>	<b>-4</b>	<b>1'780</b>
<b>Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt</b>	<b>669</b>	<b>682</b>	<b>672</b>	<b>-10</b>	<b>4</b>	<b>834</b>
<b>Gerichte</b>	<b>239</b>	<b>246</b>	<b>243</b>	<b>-3</b>	<b>4</b>	<b>304</b>
<b>Zwischentotal</b>	<b>7'699</b>	<b>7'912</b>	<b>7'759</b>	<b>-153</b>	<b>61</b>	<b>10'348</b>
Behörden / Allgemeine Verwaltung	35	36	38	2	2	52
Sozialstellenplan	1	20	2	-18	1	2
<b>Total Staat</b>	<b>7'735</b>	<b>7'968</b>	<b>7'799</b>	<b>-169</b>	<b>64</b>	<b>10'402</b>

**Kommentar**

1 Der Personalbestand wird in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) und Personen (Anzahl Köpfe) ausgewiesen. Die Angabe in Vollzeitäquivalenten resultiert aus der Umrechnung des Beschäftigungsgrades aller Beschäftigten in Vollzeitstellen. Im Headcount enthalten sind alle unbefristet angestellten Mitarbeitenden im Stunden- und Monatslohn, alle länger als ein Jahr befristet angestellten Mitarbeitenden und alle Durchgangsstellen im Gesundheitsdepartement. Im Headcount nicht enthalten sind alle weniger als ein Jahr befristet angestellten Mitarbeitenden, alle Ausbildungs-, Kredit- und weiterverrechneten Stellen und alle Durchgangsstellen ausserhalb des Gesundheitsdepartements.

**Wichtigste Veränderungen beim Headcount zwischen Ist 2014 und Ist 2013**

**Präsidialdepartement** Bei der Differenz von 8 Stellen innerhalb des bewilligten Headcount-Plafonds, handelt es sich um folgende Veränderungen: +0.5 Stellen: Stv. Leitung Dienste & Anlässe + Logendienst Rathaus während Grossratssitzungen (budgetneutral) in der Staatskanzlei, +1.0 Stellen: Platzmeister/in FS Messen & Märkte (finanzielle Kompensation durch Mehreinnahmen von Gebühren), +3.70 Stellen: Ausbau Neuerungen kantonale Gesundheitsstatistik und Aufbau MARS (Statistik ambulante med. Versorgung) im Statistischen Amt, +2.90 Stellen: Überschneidungen infolge Mutterschaft und Langzeitkrankheit per Stichtag.

**Bau- und Verkehrsdepartement** In verschiedenen Dienststellen (Tiefbauamt (TBA), Stadtgärtnerei (STG), Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI) sowie Grundbuch- und Vermessungsamt (GVA)) gab es leichte Anpassungen innerhalb des bewilligten Headcount-Plafonds.

**Erziehungsdepartement** Bei der Differenz zwischen Ist 2013 und Ist 2014 von 40 Stellen handelt es sich um folgende Veränderungen innerhalb des bewilligten HC-Plafonds: +9.90 Stellen: Abteilung Raum und Anlagen (Verwaltung und Gebäudeunterhalt), +8.05 Stellen: Leitung Volksschulen (v.a. Ausbau Tagesstrukturen), +19.20 Stellen: Volksschulen (u.a. Erhöhung aufgrund übermässigem Anstieg Schülerzahlen), +1.20 Stellen: Generalsekretariat (Rechtsdienstleistungen und Leseförderung), +12.15 Stellen: weiterführende und berufsbildende Schulen (v.a. Erhöhung aufgrund übermässigem Anstieg Schülerzahlen), +1.80 Stellen: Pädagogische Dienste (Ausweitung Schulsozialarbeit auf Stufe Primarschule), +1.95 Stellen: Pädagogisches Zentrum Basel-Stadt, +1.00 Stellen: Kinder- und Jugenddienst (Zentrum für Frühförderung), +1.00 Stellen: Sportanlagen, -4.98 Stellen: Jugend- und Familienangebote (Schliessung Psychotherapiestation), -11.32 Stellen: Neue Vakanzen aufgrund Fluktuation.

**Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt** Die Differenz verteilt sich über mehrere Dienststellen. Für die Sozialhilfe gilt eine automatische fallzahlenbezogene Ressourcensteuerung. Wegen der gestiegenen Fallzahlen in der allgemeinen Sozialhilfe und im Migrationsbereich ergab sich daher ein Anstieg um 2.45 Stellen. Im Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES) werden die 2.1 Stellen damit begründet, dass 280% Stellenprozent für eine längere Zeit krankheitsbedingt abwesend waren, wovon eine 70% Arbeitskraft zurückkehrt ist. Weil zudem drei Abgänge im Bereich Mandatsträger zu verzeichnen waren, waren Überschneidungen unumgänglich. Im Amt für Umwelt und Energie (AUE) werden die 1.8 Stellen mit der befristeten Weiterbeschäftigung einer Praktikantin sowie der Erhöhung von Beschäftigungsgraden begründet.

**Gerichte** Innerhalb der verschiedenen Abteilungen der Gerichte gab es Anpassungen innerhalb des bewilligten Headcount-Plafonds.

Alle anderen Departemente (Finanzdepartement, Gesundheitsdepartement und Justiz- und Sicherheitsdepartement) haben die Vorjahreswerte unterschritten.

## Stellen- und Personalstatistik per 31. Dezember 2014: ausserhalb Headcount

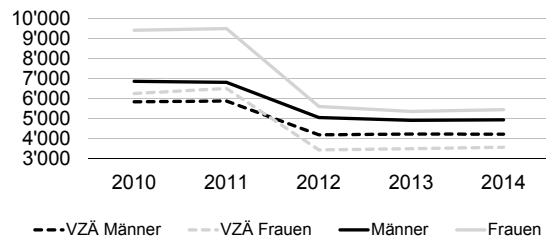
Departemente / Betriebe	Ausbildungsstellen		unterjährige Stellen		weiterverrechn. Stellen		Total <sup>1</sup>	
	VZÄ	Köpfe	VZÄ	Köpfe	VZÄ	Köpfe	VZÄ	Köpfe
<b>Präsidialdepartement</b>	24	26	15	27	20	45	59	98
<b>Bau- und Verkehrsdepartement</b>	58	58	34	41	34	37	125	136
<b>Erziehungsdepartement</b>	340	376	71	329	9	16	420	721 <sup>2</sup>
<b>Finanzdepartement</b>	28	28	13	20	0	1	41	49
<b>Gesundheitsdepartement</b>	27	28	6	45	19	23	53	96
<b>Justiz- und Sicherheitsdepartement</b>	120	121	3	5			123	126
<b>Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt</b>	72	76	38	51	150	183	259	310
<b>Gerichte</b>	21	22	8	15			28	37
<b>Zwischentotal</b>	690	735	188	533	231	305	1'109	1'573
Behörden / Allgemeine Verwaltung	2	2					2	2
<b>Total Staat</b>	692	737	188	533	231	305	1'111	1'575

### Kommentar

- 1 Ausbildungsstellen beinhalten Lehrstellen, Ausbildungsplätze im Bildungszentrum Gesundheit, Lehrstellen bei der Polizei/Retting, Vorpraktikumsstellen und Praktikumsstellen. VZÄ ist die Abkürzung für Vollzeitäquivalent.
- 2 ED: Die Daten beinhalten neben den „klassischen“ Lehrstellen und Praktikumsplätzen (insgesamt 61 Ausbildungsplätze) weitere spezifische Ausbildungsplätze. Der Bereich Jugend, Familie und Sport bietet neben diversen Praktika auch folgende praxisbegleitende Ausbildungen auf der Tertiärstufe an: Fachfrau/Fachmann Betreuung als Erstausbildung mit Ausbildungsvertrag (Möglichkeit besteht auch als verkürzte Grundausbildung für Erwachsene) - Sozialpädagoge/-in (HF/FH) als Erst- und als Zweitausbildung - Sozialarbeiter/-in (HF/FH). In den Bildungsbereichen werden neben den „klassischen“ Lehrstellen zusätzlich Ausbildungsstellen in den Lehrwerkstätten sowie im Bildungszentrum Gesundheit angeboten. Zudem wird in den Schulen und Tagesstrukturen eine grosse Zahl an Vorpraktikantinnen und Vorpraktikanten eingesetzt.

## Entwicklung zentraler Personalkennzahlen seit 2010

Stellen- und Personalstatistik (Headcount)



**Lohnaufwand** Der hier ausgewiesene Lohnaufwand beinhaltet Lohn/Gehalt, Inkonvenienzen sowie sämtliche Sozialversicherungsleistungen des Arbeitgebers.

**Weiterbildungsaufwand** Der Weiterbildungsaufwand ist mit 0.9% des Lohnaufwands gleich wie im Vorjahr. Knapp 10 Mio. wurden für Weiterbildungsmassnahmen eingesetzt.

**Fluktuation** Die Fluktuation ist im Jahr 2014 gegenüber dem Jahr 2013 um 0.3% auf 8.4% gestiegen. Die Erhöhung ist mit 0.3% bei den Frauen stärker als bei den Männern mit 0.1%.

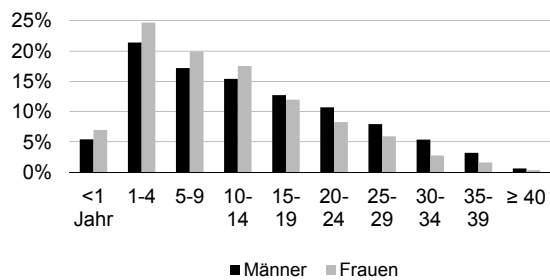
**Absenzen** Die krankheitsbedingten Ausfälle überwiegen die unfallbedingten Absenzen mit durchschnittlich 5.3 Tagen pro Mitarbeitendem weiterhin deutlich. Die unfallbedingten Ausfalltage der Männer liegen auch im 2013 deutlich über dem Wert der Frauen.

**Entwicklung zentraler Personalkennzahlen seit 2010**

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Vollzeitäquivalente per Ende Jahr</b>	<b>13'545.0</b>	<b>13'830.9</b>	<b>8'746.0</b>	<b>8'847.9</b>	<b>8'909.9</b>
<b>davon Vollzeitäquivalente Headcount</b>	<b>12'103.0</b>	<b>12'396.2</b>	<b>7'635.0</b>	<b>7'735.4</b>	<b>7'798.5</b>
davon Männer	5'844.0	5'884.7	4'193.5	4'230.1	4'224.8
davon Frauen	6'259.0	6'511.5	3'441.5	3'505.3	3'573.7
<b>davon Vollzeitäquivalente ausserhalb Headcount</b>	<b>1'442.0</b>	<b>1'434.7</b>	<b>1'111.0</b>	<b>1'112.5</b>	<b>1'111.4</b>
davon Männer	613.6	606.8	538.6	549.1	535.5
davon Frauen	828.4	827.9	572.4	563.4	575.9
<b>Ø Vollzeitäquivalente pro Jahr</b>	<b>13'538.1</b>	<b>13'661.5</b>	<b>8'628.0</b>	<b>8'797.0</b>	<b>8'878.9</b>
<b>Personen (bzw. Köpfe) per Ende Jahr</b>	<b>18'288</b>	<b>18'081</b>	<b>12'178</b>	<b>11'835</b>	<b>11'977</b>
<b>davon Personen Headcount</b>	<b>16'299</b>	<b>16'328</b>	<b>10'673</b>	<b>10'282</b>	<b>10'402</b>
davon Männer	6'873	6'821	5'060	4'919	4'946
davon Frauen	9'426	9'507	5'613	5'363	5'456
<b>davon Personen ausserhalb Headcount</b>	<b>1'989</b>	<b>1'753</b>	<b>1'505</b>	<b>1'553</b>	<b>1'575</b>
davon Männer	781	712	659	688	687
davon Frauen	1'208	1'041	846	865	888
<b>Ø Personen (bzw. Köpfe) pro Jahr</b>	<b>18'399</b>	<b>18'170</b>	<b>11'864</b>	<b>12'007</b>	<b>11'906</b>
<b>Lohnaufwand in 1'000 Franken</b>	<b>1'660'091.8</b>	<b>1'679'129.3</b>	<b>1'102'145.6</b>	<b>1'066'383.6</b>	<b>1'109'424.8</b>
pro Ø Vollzeitäquivalent	122.6	122.9	127.7	121.2	124.9
pro Ø Kopf	90.2	92.4	92.9	88.8	93.2
<b>Weiterbildungsaufwand in 1'000 Franken</b>	<b>11'734.2</b>	<b>11'826.9</b>	<b>8'102.0</b>	<b>9'976.2</b>	<b>9'646.8</b>
in % des Lohnaufwands	0.7%	0.7%	0.7%	0.9%	0.9%
<b>Fluktuation (brutto) in %</b>	<b>9.0%</b>	<b>11.1%</b>	<b>8.6%</b>	<b>8.1%</b>	<b>8.4%</b>
bei Männern	9.2%	10.1%	8.7%	7.8%	7.9%
bei Frauen	8.9%	11.5%	8.6%	8.4%	8.9%
<b>Ø Absenz wegen Krankheit in Tagen</b>	<b>6.2</b>	<b>6.3</b>	<b>4.7</b>	<b>5.3</b>	<b>5.3</b>
bei Männern	5.8	5.9	5.7	5.2	5.3
bei Frauen	6.5	6.5	3.8	5.5	5.2
<b>Ø Absenz wegen Unfall (BU/NBU) in Tagen</b>	<b>1.1</b>	<b>1.1</b>	<b>1.0</b>	<b>0.9</b>	<b>1.0</b>
bei Männern	1.5	1.6	1.5	1.2	1.4
bei Frauen	0.9	1.0	0.5	0.6	0.6
<b>Ø Absenz wegen Schwanger-/Mutterschaft in Tagen</b>	<b>0.9</b>	<b>1.4</b>	<b>0.6</b>	<b>0.9</b>	<b>0.9</b>

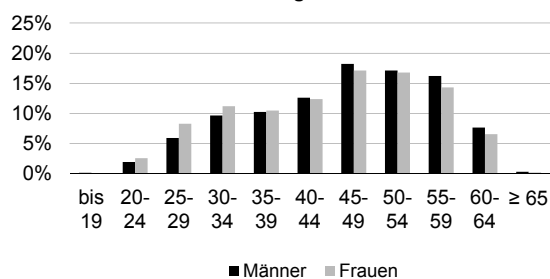
## Kennzahlen zur Personalstruktur 2014 nach Geschlecht (Headcount)

### Mitarbeitende nach Betriebszugehörigkeit



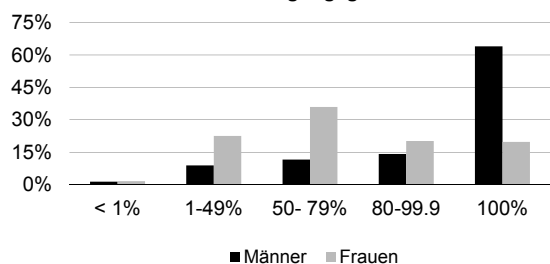
Betriebszugehörigkeit	Männer	Frauen	Gesamt
kleiner als 1 Jahr	268	380	648
1 - 4	1'059	1'348	2'407
5 - 9	851	1'087	1'938
10 - 14	762	957	1'719
15 - 19	629	653	1'282
20 - 24	530	452	982
25 - 29	393	323	716
30 - 34	266	150	416
35 - 39	158	87	245
grösser/gleich 40	30	19	49
<b>Total</b>	<b>4'946</b>	<b>5'456</b>	<b>10'402</b>

### Mitarbeitende nach Alterskategorie



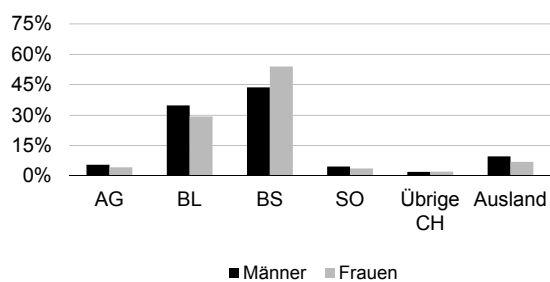
Alterskategorie	Männer	Frauen	Gesamt
bis 19	7	6	13
20-24	96	140	236
25-29	293	452	745
30-34	477	611	1'088
35-39	507	572	1'079
40-44	623	675	1'298
45-49	901	934	1'835
50-54	846	915	1'761
55-59	802	781	1'583
60-64	378	358	736
grösser/gleich 65	16	12	28
<b>Total</b>	<b>4'946</b>	<b>5'456</b>	<b>10'402</b>

### Mitarbeitende nach Beschäftigungsgrad



Beschäftigungsgrad	Männer	Frauen	Gesamt
kleiner als 1%	67	86	153
1 - 49.9%	438	1'231	1'669
50 - 79.9%	574	1'960	2'534
80 - 99.9%	700	1'102	1'802
100%	3'167	1'077	4'244
<b>Total</b>	<b>4'946</b>	<b>5'456</b>	<b>10'402</b>

### Mitarbeitende nach Wohnsitz



Wohnsitz	Männer	Frauen	Gesamt
Aargau	270	228	498
Basel-Landschaft	1'720	1'600	3'320
Basel-Stadt	2'161	2'942	5'103
Solothurn	225	198	423
Übrige Kantone	96	112	208
Ausland	474	376	850
<b>Total</b>	<b>4'946</b>	<b>5'456</b>	<b>10'402</b>

**Betriebszugehörigkeit** Rund die Hälfte der Mitarbeitenden arbeitet seit weniger als 10 Jahren beim Kanton. Während bei einer Betriebszugehörigkeit von bis zu 19 Jahren der Anteil Frauen überwiegt, dreht sich das Verhältnis ab einer Betriebszugehörigkeit von 20 und mehr Jahren. Der Geschlechteranteil bei einer Betriebszugehörigkeit zwischen 15 und 19 Jahren bleibt wie im Vorjahr nahezu identisch.

**Altersstruktur** Altersstruktur sowie Durchschnittsalter veränderten sich in den letzten Jahren kaum. Der grösste Teil der Mitarbeitenden des Kantons (18%), sind zwischen 45 und 49 Jahre alt.

**Beschäftigungsstruktur** Rund 60% der Mitarbeitenden arbeiten Teilzeit, rund 40% Vollzeit. Die Teilzeitquote der Frauen liegt bei 80%, diejenige der Männer bei 36%. Rund 18% der Mitarbeitenden arbeiten mit einem Pensum bis 50%.

**Wohnsitz** 90% der Mitarbeitenden wohnen in der Region Nordwestschweiz, 50% leben direkt im Kanton Basel-Stadt. Der Anteil im Ausland wohnhafter Mitarbeitender, v. a. Grenzgängerinnen und Grenzgänger, beträgt 8%. Das Verhältnis der in Basel-Stadt wohnhaften Mitarbeitenden zu den nicht in Basel-Stadt wohnhaften Mitarbeitenden hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

### Entwicklung der Berufsbildung seit 2010

	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Lehrverhältnisse SBFI</b>	<b>447</b>	<b>454</b>	<b>294</b>	<b>307</b>	<b>309</b>
davon Männer	210	211	166	178	180
davon Frauen	237	243	128	129	129
<b>Grund Lehrabbruch (ab 2012 detailliert ausgewiesen)</b>			<b>13</b>	<b>18</b>	<b>15</b>
davon Männer			6	11	9
davon Frauen			7	7	6
Disziplinarische Gründe			7	5	0
Leistungsmangel			3	4	4
Persönliche Gründe			3	9	11
<b>Lehrabgänger/-innen</b>	<b>142</b>	<b>160</b>	<b>100</b>	<b>90</b>	<b>100</b>
davon Männer	66	75	46	43	55
davon Frauen	76	85	54	47	45
<b>Lehrabschlüsse nach Abschlussqualität</b>	<b>142</b>	<b>160</b>	<b>102</b>	<b>90</b>	<b>100</b>
davon im Rang	20	19	15	9	9
davon 5.0 - 5.2	38	32	24	22	28
davon 4.5 - 4.9	52	60	37	39	52
davon 4.0 - 4.4	14	29	16	11	5
davon bestandene Anlehre/Attest (ohne Note)	7	4	4	3	0
davon nicht bestanden	6	6	6	6	6
davon Auflösung Lehrvertrag	5	10	0	0	0
<b>Weiterbeschäftigung der Lehrabgänger/-innen</b>	<b>166</b>	<b>174</b>	<b>112</b>	<b>90</b>	<b>100</b>
davon interne Anstellung	7	24	11	10	10
davon interne befristete Anstellung	32	31	29	20	22
davon externe Anstellung	24	14	10	6	9
davon Rekrutenschule	8	10	14	5	9
davon Stellensuche / Pause	12	21	9	25	17
davon Zusatzausbildung	34	27	14	18	0
davon Zweitlehre					17
davon Sprachaufenthalt / Auslandjahr					4
davon BM, HFS oder FH					7
davon Wiederholung	0	3	2	6	0
davon keine Angaben	25	30	13	0	5

### Kommentar

- 1 Ab 2012 werden die Lehrabbrüche, inklusive der Gründe die zum Lehrabbruch geführt haben, pro Jahr ausgewiesen und sind nicht mehr unter der Rubrik Lehrabschlüsse aufgeführt.
- 2 Seit 2014 werden alle Lehrabschlüsse benotet (EBA/EFZ).
- 3 Die Zusatzausbildung wurde neu in Zweitlehre, Berufsmatur (BM) / höhere Fachschule (HFS) / Fachhochschule (FH) und Sprachaufenthalte aufgesplittet.

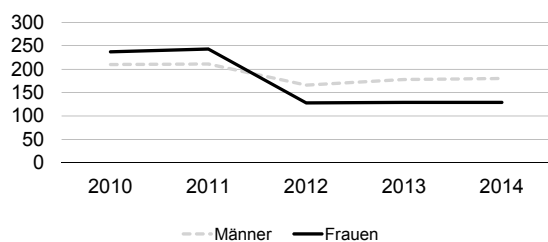
**Lehrverhältnisse SBFI (Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation - ehemals BBT)** Die Zahl der Lehrverhältnisse hat sich gegenüber dem Vorjahr minimal erhöht. Im Verhältnis der letzten 5 Jahre bleibt das Wachstum konstant.

**Lehrabbruch** Im 2014 erfolgte knapp 3/4 (11) der Lehrabbrüche aus persönlichen Gründen.

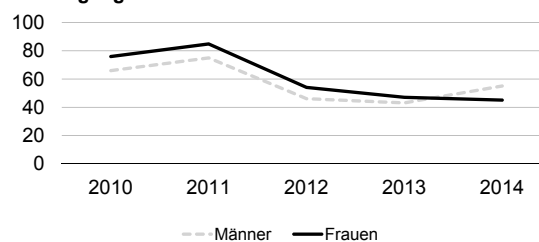
**Abschlussqualität** 94% der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger haben im Jahr 2014 erfolgreich abgeschlossen, 37% der Lehrabgängerinnen und -abgänger erzielten Abschlussnoten zwischen 5 und 6, 9% schlossen im Rang ab.

**Weiterbeschäftigung nach Lehrabschluss** Der Anteil Lehrabgängerinnen und -abgänger, der nach Lehrabschluss eine unbefristete oder befristete Stelle beim Kanton antritt, beträgt wiederum rund 1/3. 28% haben sich für eine Zusatzausbildung entschieden.

Lehrverhältnisse SBFI-Berufe



Lehrabgänge SBFI-Berufe



## 4.2 Jahresrechnung Zweckgebundene Positionen

### Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'126.1	-1'186.0	-1'155.0	31.0	2.6	-28.9	-2.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-401.9	-404.4	-441.6	-37.3	-9.2	-39.7	-9.9
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-4.9	-5.6	-5.6	-0.0	-0.3	-0.7	-14.7
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.2	100.0
36 Transferaufwand	-1'665.6	-1'671.2	-1'753.3	-82.0	-4.9	-87.7	-5.3
39 Interne Verrechnungen	-241.8	-228.2	-255.4	-27.1	-11.9	-13.6	-5.6
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-3'440.4</b>	<b>-3'495.3</b>	<b>-3'610.8</b>	<b>-115.5</b>	<b>-3.3</b>	<b>-170.4</b>	<b>-5.0</b>
41 Regalien und Konzessionen	17.7	17.9	17.1	-0.8	-4.3	-0.6	-3.3
42 Entgelte	414.8	351.5	463.4	111.9	31.8	48.7	11.7
43 Verschiedene Erträge	14.7	2.1	21.4	19.3	>100.0	6.7	45.5
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.2	-100.0
46 Transferertrag	274.7	299.3	291.9	-7.4	-2.5	17.2	6.3
49 Interne Verrechnungen	241.8	228.2	255.4	27.1	11.9	13.6	5.6
<b>Betriebsertrag</b>	<b>963.9</b>	<b>899.0</b>	<b>1'049.2</b>	<b>150.2</b>	<b>16.7</b>	<b>85.4</b>	<b>8.9</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-2'476.5</b>	<b>-2'596.3</b>	<b>-2'561.6</b>	<b>34.8</b>	<b>1.3</b>	<b>-85.1</b>	<b>-3.4</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-161.1	-129.0	-168.2	-39.2	-30.4	-7.1	-4.4
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	n.a.
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-9.3	-7.8	-11.1	-3.3	-43.0	-1.8	-19.6
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	8.6	2.8	12.1	9.3	>100.0	3.5	40.6
<b>Abschreibungen</b>	<b>-161.8</b>	<b>-134.1</b>	<b>-167.3</b>	<b>-33.2</b>	<b>-24.8</b>	<b>-5.5</b>	<b>-3.4</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-2'638.4</b>	<b>-2'730.4</b>	<b>-2'728.9</b>	<b>1.5</b>	<b>0.1</b>	<b>-90.5</b>	<b>-3.4</b>
34 Finanzaufwand	-10.0	-5.9	-7.2	-1.4	-23.6	2.7	27.4
44 Finanzertrag	62.7	60.7	61.3	0.6	1.0	-1.4	-2.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>52.7</b>	<b>54.8</b>	<b>54.0</b>	<b>-0.8</b>			<b>1.3</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-2'585.7</b>	<b>-2'675.6</b>	<b>-2'674.8</b>	<b>0.7</b>	<b>0.0</b>	<b>-89.2</b>	<b>-3.4</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-54.4	-129.3	-104.1	25.2	19.5	-49.7	-91.3
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-277.1	-276.5	-278.2	-1.7	-0.6	-1.1	-0.4
2 Bildung	-880.8	-882.9	-892.9	-9.9	-1.1	-12.1	-1.4
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-173.8	-163.2	-173.9	-10.7	-6.6	-0.1	0.0
4 Gesundheit	-419.3	-411.7	-414.8	-3.1	-0.8	4.5	1.1
5 Soziale Sicherheit	-621.5	-650.8	-648.7	2.1	0.3	-27.1	-4.4
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-161.4	-164.6	-160.8	3.7	2.3	0.5	0.3
7 Umweltschutz und Raumordnung	6.2	8.2	5.3	-2.9	-35.4	-0.9	-14.7
8 Volkswirtschaft	-3.3	-4.3	-6.9	-2.6	-59.4	-3.5	<-100.0
9 Finanzen und Steuern	-0.1	-0.4	0.1	0.6	>100.0	0.2	>100.0



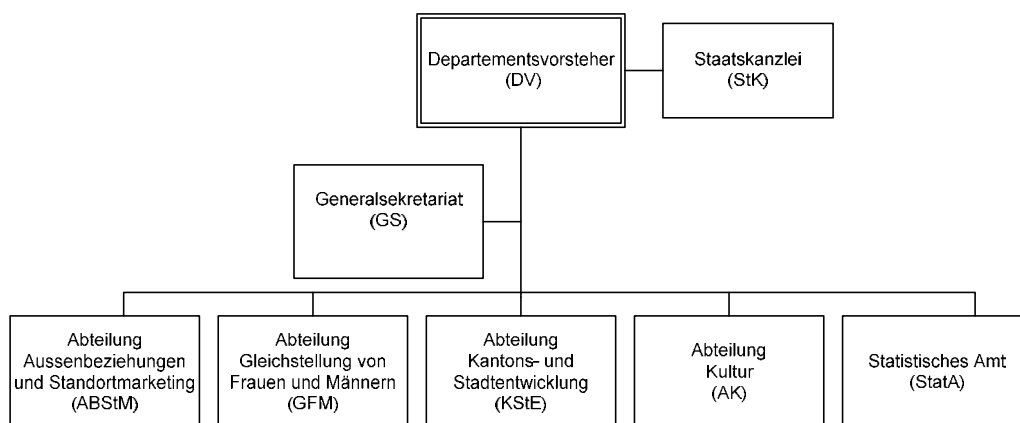
**Finanzen**

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
<b>Investitionsrechnung in Mio. Franken</b>							
Ausgaben Grossinvestitionen	-263.9	-354.6	-325.2	29.4	8.3	-61.3	-23.2
Ausgaben Kleininvestitionen	-7.3	-5.0	-4.9		0.1		2.4
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-20.4	0.0	-23.9	-23.9	n.a.	-3.6	-17.5
Einnahmen Grossinvestitionen	7.6	0.0	1.7	1.7	n.a.	-6.0	-78.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	22.4	11.0	36.9	25.9	>100.0	14.6	65.2
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-261.6</b>	<b>-348.6</b>	<b>-315.5</b>	<b>33.1</b>	<b>9.5</b>	<b>-53.8</b>	<b>-20.6</b>
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	-1.1	-1.1	n.a.	-1.1	n.a.
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	52.6	0.0	55.6	55.6	n.a.	3.0	5.7
<b>Veränderungen Darlehen, Beteiligungen</b>	<b>52.6</b>	<b>0.0</b>	<b>54.5</b>	<b>54.5</b>	<b>n.a.</b>	<b>2.0</b>	<b>3.7</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-209.1</b>	<b>-348.6</b>	<b>-261.0</b>	<b>87.6</b>	<b>25.1</b>	<b>-51.9</b>	<b>-24.8</b>



### 4.2.1 Präsidialdepartement

PD-320	Generalsekretariat PD	156
PD-321	Gleichstellung von Frauen und Männern	158
PD-330	Staatskanzlei	161
PD-340	Aussenbeziehungen und Standortmarketing	165
PD-350	Kantons- und Stadtentwicklung	168
PD-360	Statistisches Amt	173
PD-370	Abteilung Kultur	175
PD-376	Staatsarchiv	177
PD-377	Archäologische Bodenforschung	180
PD-371	Globalbudget Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst	183
PD-372	Globalbudget Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig	186
PD-373	Globalbudget Historisches Museum Basel	189
PD-374	Globalbudget Naturhistorisches Museum Basel	192
PD-375	Globalbudget Museum der Kulturen Basel	195



## Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-54.2	-55.4	-55.3	0.1	0.1	-1.1	-2.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-41.4	-46.4	-50.0	-3.5	-7.6	-8.5	-20.6
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.0	-0.1	-0.1	<-100.0	0.0	29.2
36 Transferaufwand	-71.8	-74.3	-72.7	1.7	2.2	-0.9	-1.3
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-167.6</b>	<b>-176.2</b>	<b>-178.0</b>	<b>-1.9</b>	<b>-1.1</b>	<b>-10.5</b>	<b>-6.2</b>
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	13.9	0.0	9.9
42 Entgelte	13.4	11.6	12.0	0.4	3.1	-1.4	-10.8
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.9	1.5	0.5	53.8	1.4	>100.0
46 Transferertrag	3.9	5.3	6.8	1.5	28.9	2.8	72.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>17.4</b>	<b>17.8</b>	<b>20.2</b>	<b>2.4</b>	<b>13.4</b>	<b>2.8</b>	<b>16.3</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-150.2</b>	<b>-158.4</b>	<b>-157.8</b>	<b>0.5</b>	<b>0.3</b>	<b>-7.6</b>	<b>-5.1</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-3.0	-3.6	-7.0	-3.4	-94.7	-4.0	<-100.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.4	-1.4	-1.2	0.1	10.6	-0.9	<-100.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	1.0	0.0	4.8	4.8	n.a.	3.9	>100.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-2.4</b>	<b>-5.0</b>	<b>-3.5</b>	<b>1.5</b>	<b>30.7</b>	<b>-1.1</b>	<b>-45.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-152.6</b>	<b>-163.4</b>	<b>-161.3</b>	<b>2.1</b>	<b>1.3</b>	<b>-8.7</b>	<b>-5.7</b>
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.0	-0.7	-0.7	<-100.0	-0.7	<-100.0
44 Finanzertrag	0.3	0.1	0.7	0.6	>100.0	0.4	>100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.2</b>	<b>0.1</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.1</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-0.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-152.4</b>	<b>-163.3</b>	<b>-161.4</b>	<b>2.0</b>	<b>1.2</b>	<b>-9.0</b>	<b>-5.9</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-32.5	-37.5	-36.2	1.3	3.4	-3.7	-11.3
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-119.9	-124.2	-123.5	0.7	0.5	-3.7	-3.0
5 Soziale Sicherheit	0.0	-1.7	-1.7	0.0	1.2	-1.7	n.a.

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-3.0	-7.0	-7.4	-0.4	-6.0	-4.5	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.4	0.0	-0.2	-0.2	n.a.	0.2	55.8
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.1	0.0	-5.0	-5.0	n.a.	-3.9	<-100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	1.0	0.0	4.3	4.3	n.a.	3.3	>100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-3.5</b>	<b>-7.0</b>	<b>-8.3</b>	<b>-1.3</b>	<b>-18.1</b>	<b>-4.8</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-3.5</b>	<b>-7.0</b>	<b>-8.3</b>	<b>-1.3</b>	<b>-18.1</b>	<b>-4.8</b>	<b>&lt;-100.0</b>

## Generalsekretariat PD

PD-320

Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher des Präsidialdepartements und gewährleistet die operative Leitung des Departements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Es begleitet und unterstützt strategisch wichtige Projekte des Departements bzw. seiner Dienststellen. Mit den zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Administration, Finanzen, Informatik, Kommunikation, Personal, Planung, Controlling und Compliance erbringt das Generalsekretariat Dienstleistungen für den Vorsteher und die Dienststellen des Departements. Es stellt die einheitliche Umsetzung zentraler Vorgaben sicher. Zudem stellt das Generalsekretariat die Vertretung des Departements in den interdepartementalen Konferenzen sicher.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Departementsführungsunterstützung** Im Berichtsjahr wurde der Strategieprozess des Departements überarbeitet und mit einer rollenden Zweijahresplanung ergänzt. Die departementsinternen Abläufe wurden zudem leicht angepasst und wo nötig optimiert. Daneben wurde der operative Betrieb des Departements im Sinne des generellen, oben beschriebenen Auftrags gewährleistet. Zudem erfolgte im Berichtsjahr ein personeller Wechsel aufgrund der Pensionierung des Generalsekretärs und des Stellenwechsels des akademischen Mitarbeiters im Generalsekretariat. Beide Stellen wurden neu besetzt.

**Anleitungssammlung für die externe Kommunikation** Zur Gewährleistung einer transparenten, nachvollziehbaren und kundenfreundlichen Kommunikation des Departements und seiner Dienststellen wurde eine kommentierte Anleitungssammlung erstellt. Sie unterstützt die Dienststellen darin, sachgerecht und informativ über ihre Arbeit Auskunft zu erteilen und kann von der gesamten Verwaltung eingesetzt werden.

**Universitätsgut** Aufgrund möglicher Auswirkungen auf das universitäre Museumsgut, musste die Revision der einschlägigen Verordnung und des Gesetzes betreffend Unveräusserlichkeit des Universitätsgutes eng begleitet werden. Nachdem die Universitätsbibliothek ein Gesuch um Beteiligung an einer nationalen Speicherbibliothek stellte, wurde eine Ausnahmeregelung in der Verordnung nötig. Damit diese Ausnahme zur Veräusserung nicht auch für das universitäre Museumsgut der fünf staatlichen Basler Museen gilt und doch auch die modernen Anforderungen an die Lagerung der Sammlungen ausserhalb der Stadt Basel erfüllt werden können, wurde zusätzlich eine Gesetzesanpassung ausgearbeitet.

**Swisspeace** Die Kontakte zur Stiftung swisspeace in Bern wurden im Berichtsjahr in zweierlei Hinsicht intensiviert. Einerseits wurde im Rahmen der Basler OSZE-Organisation der Teilbereich des zivilgesellschaftlichen Begleitprogramms gesteuert, das von swisspeace abgewickelt wurde. Andererseits wurde aufgrund des Anzugs Rudolf Rechsteiner und Konsorten vom 15. Mai 2013 die Stiftung swisspeace in Basel fester verankert. Dank eines dreijährigen Förderbeitrags des Regierungsrates aus dem Swisslos-Fonds wird dieses Vorhaben von 2015 bis 2017 vertieft.

**Studie zur Geschäftslast sowie Aufbau- und Ablauforganisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft** Im zweiten Halbjahr 2014 hat das Generalsekretariat die Projektkoordination bezüglich der vorerwähnten Studie übernommen. Diese befand sich zu diesem Zeitpunkt in der Endphase und wird im ersten Semester 2015 mit der Vorlage des Schlussberichts abgeschlossen.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'143.2	-3'322.8	-3'233.1	89.7	2.7	-89.9	-2.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'373.4	-1'725.8	-1'434.8	291.0	16.9	-61.4	-4.5
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-4'516.7</b>	<b>-5'048.6</b>	<b>-4'667.9</b>	<b>380.7</b>	<b>7.5</b>	<b>-151.3</b>	<b>-3.3</b>
42 Entgelte	17.8	20.0	17.6	-2.4	-12.0	-0.2	-1.4
<b>Betriebsertrag</b>	<b>17.8</b>	<b>20.0</b>	<b>17.6</b>	<b>-2.4</b>	<b>-12.0</b>	<b>-0.2</b>	<b>-1.4</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-4'498.8</b>	<b>-5'028.6</b>	<b>-4'650.3</b>	<b>378.3</b>	<b>7.5</b>	<b>-151.5</b>	<b>-3.4</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-4'498.8</b>	<b>-5'028.6</b>	<b>-4'650.3</b>	<b>378.3</b>	<b>7.5</b>	<b>-151.5</b>	<b>-3.4</b>
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	13.4	-0.0	-0.7
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>13.4</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.7</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-4'499.0</b>	<b>-5'028.8</b>	<b>-4'650.5</b>	<b>378.3</b>	<b>7.5</b>	<b>-151.5</b>	<b>-3.4</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-4'499.0	-5'028.8	-4'650.5	378.3	7.5	-151.5	-3.4

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	0.0	-7'000.0	0.0	7'000.0	100.0	0.0	n.a.
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>0.0</b>	<b>-7'000.0</b>	<b>0.0</b>	<b>7'000.0</b>	<b>100.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>0.0</b>	<b>-7'000.0</b>	<b>0.0</b>	<b>7'000.0</b>	<b>100.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>

**Kommentar**

- 1 Die Einsparung dient zur Kompensation allfälliger Budgetüberschreitungen bei den Dienststellen des Präsidialdepartements.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	20.3	19.5	19.5	19.8	19.9
Öffentl. Verpfl. des Regierungspräsidenten (Repräsentation)	Anz	271	168	178	115	167
Gespräche/Kontakte mit Institutionen/Personen (Networking)	Anz	236	298	233	197	216

**Systempflege** Nach 8 Jahren konnte 2014 das gesamtkantonale Projekt „Systempflege“ abgeschlossen werden. Dies bedeutete in der Endphase in erster Linie die anspruchsvolle administrative Bewältigung des ganzen Umsetzungsprozesses (Erstellen und Versand der persönlichen Zuweisungsschreiben inkl. Revers, neue Anstellungsverträge bei Veränderungen, Pflege im SAP, Auskunftserteilung bei Rückfragen) sowie das Vertrautmachen mit der neuen Systematik anstelle der bisherigen. Für die Stellen der Gerichte und deren Ämter, deren administrative Betreuung ebenfalls durch die Personalabteilung des PD sichergestellt wird, steht die Systempflege-Überführung allerdings noch bevor. Diese wird nach der Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes voraussichtlich 2016 anlaufen. Bis dahin muss die Personalabteilung PD folglich mit zwei unterschiedlichen Systematiken arbeiten.

## Gleichstellung von Frauen und Männern

PD-321

Ziel und Auftrag der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern (GFM) sind, die Chancengleichheit und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu fördern und strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

Die faktische Gleichstellung inner- und ausserhalb der kantonalen Verwaltung wird angeregt, gefördert, unterstützt und begleitet.

Gleichstellungsbestrebungen werden in allen Lebensbereichen initiiert und weiterentwickelt, um die ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu verbessern. Dies geschieht insbesondere durch das Erarbeiten von Konzepten, Massnahmen und zielgruppenspezifischen Projekten, die Beratung und Unterstützung von Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privaten sowie die Überprüfung von kantonalen Erlassen und Massnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Gleichstellungsnormen der Bundes- und Kantonsverfassung.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern des Kantons Basel-Stadt (GFM) hat den Auftrag, sich für die Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen einzusetzen. Die Handlungsfelder der GFM sind Schule & Berufswahl, Beruf & Familie, Männer & Buben, Recht & Gesetz sowie Diversität & Chancen.

Die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Kooperationspartnerinnen und Multiplikatoren in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft bildet die Grundlage der Projektarbeit in den verschiedenen Themen. Im Berichtsjahr wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Väter gelegt. Des Weiteren ist der Infoletter «Brise» ein wichtiges Instrument, um über die Tätigkeiten der Abteilung und aktuelle Gleichstellungsthemen zu informieren.

## Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung

**Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel»** Der inhaltliche Schwerpunkt der Familienfreundlichen Wirtschaftsregion Basel lag im Jahr 2014 auf der Förderung von vereinbarkeitsunterstützenden Arbeitsbedingungen für Männer. An der Fachtagung «Väterfreundliche Personal- und Unternehmenspolitik» wurde das Thema durch Fachreferate und Workshops mit Praxisbeispielen aufgegriffen und mit Führungskräften und HR-Verantwortlichen diskutiert. Die Kampagne «Männersache – Basler Männer arbeiten Teilzeit» richtete sich an teilzeitinteressierte Männer und bestand aus einer Plakatkampagne und einem Beratungsangebot des Männerbüros Basel von August 2014 bis Ende Januar 2015. Begleitet wurde die Kampagne von einem Lancierungsevent am Rhein und einer kontroversen Podiumsdiskussion «Kann man(n) sich Teilzeit leisten?».

Die Abteilung hat den beliebten Basler Familienplaner zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch fürs Jahr 2015 neu herausgegeben und kostenlos an über 8 000 Familien der Region verteilt.

**Programm «no limits!»: Für die Öffnung der Berufswahl** Im Mittelpunkt des Aktionsprogramms stand 2014 die Teilnahme an der Berufsmesse. Erfolgreich wurden ca. 1'500 Jugendliche und Erwachsene über eine geschlechtsatypische Berufswahl informiert. Der Kurzfilm «no limits!», der einen Fachmann Betreuung und eine Fachfrau Automobil porträtiert, wird in Schulen gezeigt und per USB-Stick verteilt. Weiterhin sind junge Menschen in geschlechtsuntypischen Berufen als Botschafterinnen und Botschafter in Schulen im Einsatz. Das Pixi-Büchlein «Theatertrubel im Kindergarten», welches in den baselstädtischen Kindergärten verteilt wird, thematisiert Rollenbilder. Zusätzlich gibt es ein theaterpädagogisches Angebot, welches das Büchlein ergänzt sowie erweitert und Kinder motiviert, spielerisch verschiedene Rollen auszuprobieren. Am Nationalen Zukunftstag wurde ein Forumtheater zum Thema Berufswahl und Rollenbilder angeboten.

**Care** Die Abteilung vertieft das Thema Care-Arbeit mit dem Fokus der gleichberechtigten Verteilung dieser gesellschaftlich relevanten Arbeit zwischen Frauen und Männern. Ob bezahlt oder unbezahlt – die Arbeit in diesem Bereich liegt meistens in Frauenhänden und betrifft damit ungleich stärker

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-567.9	-601.4	-632.7	-31.3	-5.2	-64.8	-11.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-470.7	-578.8	-554.6	24.2	4.2	-83.9	-17.8
36 Transferaufwand	-530.0	-530.0	-530.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-1'568.5</b>	<b>-1'710.2</b>	<b>-1'717.3</b>	<b>-7.1</b>	<b>-0.4</b>	<b>-148.7</b>	<b>-9.5</b>
42 Entgelte	5.4	17.3	24.3	7.1	40.9	18.9	>100.0
46 Transferertrag	8.5	21.0	27.0	6.0	28.6	18.5	>100.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>13.9</b>	<b>38.3</b>	<b>51.3</b>	<b>13.1</b>	<b>34.1</b>	<b>37.4</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-1'554.6</b>	<b>-1'671.9</b>	<b>-1'666.0</b>	<b>6.0</b>	<b>0.4</b>	<b>-111.3</b>	<b>-7.2</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-1'554.6</b>	<b>-1'671.9</b>	<b>-1'666.0</b>	<b>6.0</b>	<b>0.4</b>	<b>-111.3</b>	<b>-7.2</b>
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.2	-0.2	<-100.0	-0.2	<-100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-0.2</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-1'554.7</b>	<b>-1'672.0</b>	<b>-1'666.2</b>	<b>5.8</b>	<b>0.3</b>	<b>-111.5</b>	<b>-7.2</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-1'554.7	-1'672.0	-1'666.2	5.8	0.3	-111.5	-7.2

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	9.0	3.6	3.6	3.5	3.9
Projekte zur Förderung der Gleichst. von Frauen und Männern	Anz	13	14	14	14	14

ihre Berufsverläufe und Arbeitsbedingungen. Die GFM hat sich im Verlauf des Berichtsjahrs an der interkantonalen Informationsplattform [www.care-info.ch](http://www.care-info.ch) beteiligt. Privathaushalte, Care-Migrantinnen und Betreuungsfirmen finden auf der Website Informationen über die basel-städtische Gesetzgebung im Bereich Care-Arbeit. Die Plattform ist in drei Sprachen (Deutsch, Polnisch und Ungarisch) verfügbar und dient auch dem Austausch unter Care-Migrantinnen.

**Chancengleichheitspreis** Menschen, die sich nicht der heterosexuellen Mehrheit oder den Kategorien weiblich/männlich zugehörig fühlen, sind nach wie vor oft mit Diskriminierungen konfrontiert. Dies wiegt umso schwerer, als eine Erweiterung der Geschlechteridentitäten und sexuellen Orientierungen nach wie vor ein Tabuthema und eine offene Diskussion kaum möglich ist.

Die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zeichneten 2014 mit dem 19. Chancengleichheitspreis eine Gruppierung aus, deren Mitglieder diesen Diskriminierungen mit viel Engagement entgegengetreten. Der Jugendtreff «anyway» anerkennt und fördert Diversität nach dem Grundsatz «Alle Menschen haben das Recht, das zu sein, was sie sind». Das Konzept beruht auf dem Ansatz «Junge für Junge» in den Bereichen der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität. Das bedeutet Chancengleichheit in einem umfassenderen Sinne – auch für Lebensformen und Selbstverständnisse jenseits der klassischen Kategorien. Mit dem Preisgeld finanziert «anyway» einen Plakataushang in den Tramlinien der BVB und BLT im Februar 2015.

**Männer & Buben** In allen Schwerpunkten realisierte die Abteilung spezifische Massnahmen für Buben und Männer. Neben der Vernetzung mit Akteuren in der Region Basel konnte insbesondere während der Kampagne «Männersache – Basler Männer arbeiten Teilzeit» das Beratungsangebot des Männerbüro Region Basel erweitert werden für Männer, die sich für eine Reduktion der Arbeitszeit interessieren.

**Recht & Gesetz** In Zusammenarbeit mit der Baselbieter Fachstelle für Gleichstellung bot die Abteilung den Weiterbildungskurs «Mit Fairness zum Erfolg – Das Gleichstellungsgesetz im Arbeitsalltag» für ein interessiertes Publikum in Führungs- und Beratungsfunktion und im Personalwesen an. Weiter fanden Informationsveranstaltungen für Migrantinnen und Migranten sowie Sexarbeiterinnen als Empowerment-Massnahmen statt.



**Geschlechterquote** Am 9. Februar 2014 hat das baselstädtische Stimmvolk mit klarem Ja eine Geschlechterquote für Strategie- und Aufsichtsorgane von öffentlich-rechtlichen Anstalten und öffentlichen Unternehmen verabschiedet. Dies war ein grosser Erfolg für die GFM, welche die Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann vom 26. Juni 1996 (EG GIG) erarbeitet hat. Der Aufbau eines Monitoring und die Massnahmen zur Umsetzung der Drittelsquote wurden im Berichtsjahr konzipiert.

**Öffentlichkeitsarbeit** Im Zuge der Neulancierung des kantonalen Web-Auftritts wurde die Website der GFM inhaltlich und graphisch neu gestaltet, wodurch gleichfalls die Benutzungsfreundlichkeit für mobile Endgeräte stark erhöht werden konnte. Der Infoletter «BRISE» der GFM widmete sich in der Ausgabe 1/14 der Thematik der Geschlechterrollen und der Unterscheidung zwischen dem biologischen und dem sozialen Geschlecht (engl. Gender). Beleuchtet wurden dabei beispielsweise die Auswirkungen von Rollenvorbildern auf die Berufswahl. Die zweite Ausgabe der «BRISE» berichtete schwerpunktmässig über die gemeinsame elterliche Sorge und liess dazu Fachpersonen aus der Gerichtspraxis und der Sozialforschung zu Wort kommen.

Im Berichtsjahr wurde weiter die Broschüre «Facts & Figures» überarbeitet und mit den neusten statistischen Daten ergänzt. Der neu herausgegebene Flyer «Schlichtungsstellen gegen Diskriminierungen im Erwerbsleben» informiert Betroffene kompakt über das Vorgehen im Falle einer Diskriminierung und die zuständigen Anlaufstellen beider Basel.

Die GFM leistete ferner einen Beitrag an den Druck des Magazins «Woman's Know How» vom Mädchentreff «Mädona». Dieses Magazin unterstützt Mädchen auf dem Weg zu einem selbstbestimmten Leben.

**Gleichstellungskommission Basel-Stadt** Mit einer Podiumsdiskussion im Literaturhaus ist die Gleichstellungskommission am 23. Januar mit Schwung ins neue Jahr eingestiegen. Zum Thema «Geschlechterquote – Zwang oder Chance?» haben sie sich aktiv in die Abstimmungsdiskussion eingeschaltet und mit Dr. Brigitta Gerber, Urs Schweizer, Patricia von Falkenstein und Tiziana Conti eine breitgefächerte Grundlage zur Meinungsbildung geschaffen. Zum «Equal pay day» hat sich die Gleichstellungskommission mit den Business and Professional Women zusammengeschlossen und einen Anlass zum Thema «Weniger Lohn = weniger Rente» organisiert. Damit wurde auf die immer noch ungleiche Lohnstruktur für Männer und Frauen aufmerksam gemacht und die Thematik von verschiedensten Seiten her beleuchtet.

Die Kommission hat sich vertieft mit folgenden Themen auseinandergesetzt: Familienexterne Kinderbetreuung inkl. Schlussbericht, Sensibilisierung für Gleichstellungsthemen, Zivilstand und Gleichstellung. Ebenso wurde ein Memory-Spiel zum Thema Berufe und Gleichstellung produziert, das in den Kindergärten verteilt wird. Eine Internetplattform, auf der Politiker und Politikerinnen ihr Genderprofil präsentieren können, wurde konzipiert und wird 2015 aufgeschaltet.

## Staatskanzlei

PD-330

Als Stabsorgan unterstützt und berät die Staatskanzlei den Regierungsrat und dessen einzelne Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer politischen, verwaltungsrechtlichen und verwaltungstechnischen Tätigkeiten. Sie übernimmt Koordinationsaufgaben, unterstützt und vertritt den Regierungsrat in repräsentativen Funktionen und bringt seine Interessen in Gremien und Delegationen ein. Die Staatskanzlei ist Bindeglied zu anderen Stellen der Verwaltung, zum Grossen Rat, zum Bund, den Kantonen und zur Öffentlichkeit.

Die umfassende Geschäftskontrolle der Regierungskanzlei stellt den Informationsfluss auf Regierungs- und Departementsebene sicher und ermöglicht eine effiziente Regierungsarbeit sowie eine rasche und fehlerfreie Erstellung, Ausfertigung und Weiterleitung der Beschlüsse und Dokumente.

Die Abteilung Kommunikation informiert die Medien und Öffentlichkeit über die Tätigkeiten des Regierungsrates. Dazu nutzt sie neben den klassischen Kommunikationsmitteln auch neue Medien. Sie erarbeitet Konzepte, Leitlinien sowie Projekte und steht dem Regierungsrat sowie der Verwaltung beratend zur Seite, damit eine offene, sachliche und rasche Kommunikation jederzeit und auf allen Ebenen gewährleistet bleibt.

Die Abteilung Dienste und Anlässe übernimmt protokollarische Aufgaben und ist verantwortlich für die Vorbereitung und Begleitung von Sitzungen sowie die Organisation und Durchführung von Anlässen im Auftrag des Regierungsrates.

Die Abteilung Recht und Volksrechte ist verantwortlich für die Gewährleistung der politischen Rechte und nimmt verschiedene Beratungsfunktionen wahr. Sie unterstützt den Regierungsrat in der Aufsicht über die Gemeinden und bereitet die Rekursentscheide des Regierungsrates sowie des Vorstehers des Präsidialdepartements vor. Zudem behandelt sie die Zugangsgesuche zu Regierungsgeschäften und unterstützt die anderen Verwaltungsstellen bei Fragen im Zusammenhang mit dem Öffentlichkeitsprinzip.

Der Staatskanzlei sind auch die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten und die Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen administrativ zugeordnet.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

### Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen

**Kommunikation** Die Instrumente der Web-2.0-Kommunikation wurden weiterentwickelt: Neu wurden interne Redaktionsrichtlinien für Facebook und Twitter formuliert. Der Wechsel zum Online-Primat des Kantonsblattes nahm mehr Zeit in Anspruch, als vorgesehen. Diese Arbeiten werden 2015 fortgeführt werden. Das Online-Portal [www.bs.ch](http://www.bs.ch) wurde nach dem erfolgreichen Relaunch laufend nachgebessert und optimiert. Neu ist es auch auf mobile Endgeräte (Handys) ausgerichtet. Das Rathausfest wurde mit einem grossen Publikumserfolg durchgeführt. Die Kommunikation rund um die OSZE wurde sicher bewältigt. Das Daily Business der Abteilung Kommunikation wurde mit hoher Qualität weitergeführt.

**Rechtsdienst und politische Rechte** Neben der Vorbereitung diverser Rekursentscheide zuhanden des Regierungsrates bzw. des Regierungspräsidenten sowie der Beratung des Präsidialdepartements und der Staatskanzlei in juristischen Fragen verfasste der Rechtsdienst im Berichtsjahr diverse Stellungnahmen und Berichte zu politischen Vorstössen. Zudem arbeitete er verschiedene Erlasse aus bzw. wirkte an deren Ausarbeitung mit. In seiner Rolle als Ansprechstelle für Gemeindefragen befasste er sich mit diversen Erlassen und Anfragen der Gemeinden.

**Wahlen und Abstimmungen** Im Berichtsjahr wurden vier Abstimmungen und eine Ersatzwahl (Regierungsrat) durchgeführt. Ausserdem wurden die Unterschriftenlisten von fünf kantonalen Initiativen in formeller Hinsicht geprüft und im Kantonsblatt publiziert. Bei zwei Initiativen konnte aufgrund des Einreichens von mehr als 3000 Unterschriften das Zustandekommen verfügt werden. Bei zwei Initiativen musste das Nichtzustandekommen festgestellt und verfügt werden. Drei kantonale Initiativen wurden zurückgezogen. Schliesslich wurden das Zustandekommen von drei Referenden sowie das Nichtzustandekommen von einem Referendum verfügt.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'146.8	-4'287.5	-4'207.4	80.1	1.9	-60.5	-1.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'445.6	-4'329.1	-7'854.1	-3'525.0	-81.4	-4'408.5	<-100.0 <sup>1</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-59.1	-22.0	-22.0	0.0	0.0	37.1	62.8
36 Transferaufwand	-21.3	-2'001.5	-1.2	2'000.3	99.9	20.1	94.5 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-7'672.9</b>	<b>-10'640.1</b>	<b>-12'084.7</b>	<b>-1'444.6</b>	<b>-13.6</b>	<b>-4'411.8</b>	<b>-57.5</b>
42 Entgelte	487.1	465.7	1'494.2	1'028.4	>100.0	1'007.1	>100.0 <sup>3</sup>
46 Transferertrag	23.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	-23.7	-100.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>510.8</b>	<b>465.7</b>	<b>1'494.2</b>	<b>1'028.4</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>983.4</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-7'162.1</b>	<b>-10'174.4</b>	<b>-10'590.5</b>	<b>-416.1</b>	<b>-4.1</b>	<b>-3'428.4</b>	<b>-47.9</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-3.2	-163.0	-6.8	156.2	95.9	-3.5	<-100.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-3.2</b>	<b>-163.0</b>	<b>-6.8</b>	<b>156.2</b>	<b>95.9</b>	<b>-3.5</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-7'165.3</b>	<b>-10'337.4</b>	<b>-10'597.3</b>	<b>-259.9</b>	<b>-2.5</b>	<b>-3'431.9</b>	<b>-47.9</b>
34 Finanzaufwand	-0.7	-0.7	-11.9	-11.2	<-100.0	-11.2	<-100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.7</b>	<b>-0.7</b>	<b>-11.9</b>	<b>-11.2</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-11.2</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-7'166.0</b>	<b>-10'338.1</b>	<b>-10'609.2</b>	<b>-271.1</b>	<b>-2.6</b>	<b>-3'443.2</b>	<b>-48.0</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-7'166.0	-10'338.1	-10'609.2	-271.1	-2.6	-3'443.2	-48.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-16.2	0.0	-44.1	-44.1	n.a.	-27.9	<-100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-16.2</b>	<b>0.0</b>	<b>-44.1</b>	<b>-44.1</b>	<b>n.a.</b>	<b>-27.9</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-16.2</b>	<b>0.0</b>	<b>-44.1</b>	<b>-44.1</b>	<b>n.a.</b>	<b>-27.9</b>	<b>&lt;-100.0</b>

## Kommentar

1 Die Überschreitung setzt sich wie folgt zusammen: 2'000'000 Franken Sicherheitskosten OSZE (Kto. 319925): Die Vergütung des PD, Staatskanzlei an die Sicherheitskosten des Bundes im Rahmen der Ministerkonferenz der OSZE vom Dezember 2014 wurde gemäss RRB 12/28/50 vom 18. September 2012 unter Kto. 361000 budgetiert, gemäss Vereinbarung mit dem JSD und RRB 13/23/43.3 vom 20. August 2013 wurde der Betrag des PD jedoch dem JSD überstellt und entsprechend unter Kto. 319925 kontiert (vgl. Kto. Nr. 36). 143'000 Franken MwSt-Ablieferung (Kto.313700): Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat im Februar 2014 die per 31.12.2012 vorgenommene Löschung der Staatskanzlei aus dem MwSt-Register widerrufen. Aus diesem Grund hatte eine nicht budgetierte Nachzahlung der Mehrwertsteuer zu erfolgen (bewilligte Kreditüberschreitung mit RRB 14/27/1 vom 16. September 2014). 1'000'000 Franken Kantonsblatt print (Kto.3308130): Aufgrund der Widerrufung der Löschung der Staatskanzlei aus dem MwSt-Register sind auch für das Kantonsblatt wieder MwSt-Beträge zu entrichten. Diese bemessen sich jedoch nach Umsatz und müssen in Budget und Rechnung entsprechend nach dem Bruttoprinzip mit Aufwand und Ertrag abgebildet werden (vgl. Kto. 42). 387'000 Franken Veranstaltungen (Kto.319925): Auf Beschluss der Regierung fanden im 2014 mehr Anlässe statt als budgetiert, was mit entsprechend höheren Kosten verbunden war (Einzelposten 3305040).

2 2'000'000 Franken Sicherheitskosten OSZE (Kto. 361000): Vgl. Kommentar zu Pkt. 1

3 1'000'000 Franken Kantonsblatt print (Kto.425020): Vgl. Kommentar zu Pkt. 1

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	29.3	30.8	31.4	30.4	31.2
Regierungsgeschäfte	Anz	2'539	2'518	2'401	2'893	2'627
Beglaubigungen	Anz	16'821	18'281	15'835		1
In Schlichtungsverhandlungen erledigte Verfahren	Anz	1'757	1'676	1'632	1'196	1'488
Ø Tage ab Verfahrenseingang bis Schlichtungsverhandlung	Anz	105	93	73	89	85
Eingegangene Rekurse an den Regierungsrat	Anz	150	158	191	148	115
Eingegangene Rekurse ans Präsidialdepartement	Anz	6	0	1	0	1
Verfügungen betreffend Initiativen und Referenden	Anz	19	18	14	14	16

**Kommentar**

1 Die Beglaubigungen wurden ins JSD transferiert.

**Öffentlichkeitsprinzip** Gemäss §31 der Informations- und Datenschutzverordnung (IDV) ist die Staatskanzlei dafür verantwortlich, anhand der Angaben der Departemente zuhanden des Jahresberichts eine Übersicht der im Berichtsjahr eingegangenen Gesuche um Informationszugang zu erstellen.

**Informations-Zugangsgesuche nach Departement im Jahre 2014**

	Zugangs- gesuche		Ganz abgelehnt	Teilweise abgelehnt	Am
	total	Angenommen			31.12.2014 noch nicht rechtskräftig entschieden
Präsidialdepartement	1	0	1	0	0
Bau- und Verkehrsdepartement	4	2	1	0	1
Erziehungsdepartement	0	0	0	0	0 <sup>1</sup>
Finanzdepartement	2	0	1	0	1
Gesundheitsdepartement	4	2	1	1	0
Justiz- und Sicherheitsdepartement	3	0	3	0	0 <sup>2</sup>
Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	0	0	0	0	0
Staatskanzlei für Gesamtregierungsrat	4	1	2	1	0
<b>Total</b>	<b>18</b>	<b>5</b>	<b>9</b>	<b>2</b>	<b>2</b>

**Kommentar**

1 Ein Gesuch aus dem Jahr 2013 wurde im Jahr 2014 angenommen.

2 Ein Gesuch aus dem Jahr 2012 wurde im 2014 rechtskräftig abgelehnt.

**Schlichtungswesen**

**Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten** Eröffnet wurden im Berichtsjahr 1318 (1475) Schlichtungsverfahren, 1488 (1196) Verfahren wurden abschliessend erledigt.

Auffallend zugenommen haben die Fälle, bei denen es um Kündigungen des Mietobjekts ging. 2013 hatte die Schlichtungsstelle noch 426 solche Verfahren zu verzeichnen; im Berichtsjahr waren bereits deren 512 zu behandeln. Wie die Verhandlungen zeigten, wird es im Kanton Basel-Stadt und der angrenzenden Agglomeration für die Mieterschaft immer schwieriger, nach einer Wohnungskündigung innert nützlicher Frist adäquaten Ersatz zu finden.

Vor allem Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen oder solche, die Betreibungen aufweisen, bleiben bei der Wohnungssuche meist über längere Zeit erfolglos. Im Bereich der Geschäftsmietobjekte ist eine solche Entwicklung bislang nicht zu verzeichnen.

Wie in den Vorjahren hatte die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten insgesamt rund 10'000 Kundenkontakte zu verzeichnen. Einer der „Dauerbrenner“ der Beratungen ist nach wie vor der Bereich Heiz- und Nebenkostenabrechnungen. Vielfach macht die mangelnde Transparenz solcher Abrechnungen eine Einschätzung ihrer Richtigkeit schwierig, wenn nicht gar unmöglich.

Wie im Vorjahr prognostiziert, war der Arbeitsaufwand in Sachen Gesetzgebung über den Grundstückserwerb in der Schweiz durch Personen im Ausland wiederum sehr hoch. Anfragen von Notaren, Anwälten, aber auch Privatpersonen haben nochmals zugenommen.

Per 30. Juni 2014 wurde das Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern aufgehoben. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 10 (27) Gesuche um Bewilligung von Zweckentfremdungen zu beurteilen; bei 13 (31) Verfahren stand ein vollständiger Abbruch, bei 57 (111) ein teilweiser Abbruch zu Diskussion.

### **Unterstützung des Regierungsrates**

**Anlässe und Begegnungen** Der Regierungsrat lud auch im vergangenen Jahr zum Neujahrsempfang im Volkshaus und zum Morgestraich im Rathaus ein.

Zahlreiche hochrangige Persönlichkeiten wurden im Rathaus willkommen geheissen, so zum Beispiel Deputy Secretary LI Xi, der dritthöchste Funktionär der Partnerstadt Shanghai, Winfried Kretschmann, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Vincent Bouvier, Préfet des Departements Haut-Rhin, sowie der Botschafter von Italien und die Botschafterin von Kanada.

Ein erster Höhepunkt des Jahres war das Jubiläumsfest „500 Jahre Basler Rathaus“ am 23. August 2014. Mit einem Volksfest auf dem Marktplatz und einem Tag der offenen Türen wurde der Geburtstag des Rathauses gefeiert. Rund 20'000 Besucherinnen und Besucher liessen sich die Gelegenheit nicht entgehen, hinter die Kulissen des Basler Rathauses zu schauen und Mitglieder des Regierungsrates und des Grossen Rates kennenzulernen.

Ebenfalls im August präsentierte sich der Kanton Basel-Stadt am „Marché-Concours national de chevaux“ in Saignelégier (JU) als Ehrengast. Unter dem Motto „franchement ! Bâle“ präsentierte sich Basel im Jura als offener und sympathischer Kanton und setzte sich als Kulturstadt und attraktiver Veranstaltungsort in Szene.

Mit den für unseren Standort bedeutenden Unternehmen, den Nachbargemeinden und den Spitzen der Gerichte traf sich der Regierungsrat in gewohntem Rhythmus. Im Berichtsjahr wurden wiederum rund 350 Jubelpaare (Goldene, Diamante und Eiserne Hochzeit) zu einer Feier ins Rathaus eingeladen. Der Regierungsrat konnte vier Paaren zur Steinernen Hochzeit und dem ältesten Basler zum 112. Geburtstag persönlich gratulieren. Zwei Personen feierten den 107. Geburtstag und zwei den 105. Geburtstag. 38 Jubilarinnen und Jubilaren konnten die Glückwünsche zum 100. Geburtstag überbracht werden.

## Aussenbeziehungen und Standortmarketing

PD-340

Zum Bereich Aussenbeziehungen gehören der Aufbau und die Pflege der formellen Beziehungen des Kantons Basel-Stadt auf regionaler, trinationaler, nationaler und internationaler Ebene. Hierzu gehören die Mitwirkung bei der Entwicklung und Umsetzung grenzüberschreitender Vorhaben sowie die Interessenvertretung in Bundesbern. Auf internationaler Ebene stehen die strategischen Kooperationen im Vordergrund, allen voran mit Massachusetts, Miami Beach und Shanghai. Hinzu kommt die Entwicklungszusammenarbeit, welche die Vergabe von Beiträgen an Entwicklungsprojekte im Ausland zum Inhalt hat.

Das Standortmarketing ist für die Pflege der Marke Basel verantwortlich und realisiert die Imagewerbung für Basel im In- und Ausland im Sinne einer Dachkampagne. Zum Auftrag gehört zudem die regelmässige Überprüfung der Positionierung Basels im internationalen Standortwettbewerb. Die Abteilung engagiert sich für die koordinierte Akquisition von Grossanlässen und die Wettbewerbsfähigkeit des Veranstaltungsortes Basel. Bei Anlässen wie der Bundesfeier am Rhein, der Basler Herbstmesse, dem Basler Weihnachtsmarkt sowie den regelmässig stattfindenden Märkten auf öffentlichem Grund tritt die Abteilung selbst als Organisator auf.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Auf internationaler Ebene wurde die Basel Präsenz mit einer dritten Marketing-Offensive abgerundet. Dabei sind wertvolle Kooperationen und Projekte im Bereich Kultur und Wissenschaft umgesetzt worden. Zudem wurden in Zusammenhang mit der Art Basel die Kontakte in Miami Beach und Hong Kong vertieft. Im Zusammenhang mit der Städtepartnerschaft mit Shanghai wurden die bestehenden Austauschprogramme und Projekte planungsgemäss umgesetzt.

Auf Bundesebene wurde die Zusammenarbeit zwischen den Metropolitanräumen vorangetrieben und die Interessenvertretung auf weitere Akteure und Regionen ausgeweitet. Auch die erfolgreiche Weiterentwicklung der Metropolitankonferenz Basel leistete einen Beitrag zur besseren Wahrnehmung der Region Basel in Bundesbern. Bei der trinationalen Zusammenarbeit stand die Verlängerung des Rahmenvertrages 2015-2018 zwischen den Kantonen der Nordwestschweiz und der REGIO BASSILIENSIS sowie die Erneuerung der Rahmenausgabenbewilligung 2014-2020 für die Beteiligung an der Neuen Regionalpolitik des Bundes und an der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (INTERREG V) im Zentrum. Im Rahmen der kantonalen OSZE-Projektleitung war die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing zudem zuständig für den Teilbereich Gastgeber/Standortmarketing und damit für die verschiedenen Kommunikations- und Welcome-Massnahmen. Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr zahlreiche weitere Grossanlässe mit internationaler Ausstrahlung für die Bekanntheitssteigerung des Standortes Basel genutzt. Des Weiteren zeichnete die Abteilung für die Organisation der 544. Basler Herbstmesse, den 37. Basler Weihnachtsmarkt auf dem Barfüsserplatz und auf dem Münsterplatz sowie für die Bundesfeier am Rhein verantwortlich.

### Standortmarketing

Unter dem Motto „Basel. City of Vision“ präsentierte sich Basel im September 2014 zum dritten Mal als attraktiver und innovativer Standort in der Wirtschaftsmetropole Moskau. Ziel des Auftritts war es, Kooperationen mit russischen Partnern in den Bereichen Gesundheitswesen und Kultur zu vertiefen und die 2011 initiierte Kampagne in Moskau abzurunden. Kooperationen zwischen Basler Organisationen und Moskauer Partnern sollen auf institutioneller Ebene fortgesetzt werden.

Im Inland wurden ausgewählte Grossanlässe für die Bekanntheitssteigerung und Imagewerbung des Standorts Basel genutzt. Hierzu gehörten unter anderem die Swiss Indoors Basel und die OSZE-Ministerratskonferenz. Im Rahmen des OSZE-Kongresses realisierte die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing gemeinsam mit verschiedenen Basler Partnern aus dem Detailhandel, der Gastronomie, der Hotellerie und dem Gewerbe eine breitangelegte Welcome-Kampagne und Informations-Dienstleistungen. Ziel dieser Massnahmen war es, den OSZE-Delegierten und Medienschaffenden einen professionellen Empfang zu bereiten und die Bekanntheit des Standorts Basel weiter zu steigern.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'979.5	-2'251.8	-2'244.2	7.5	0.3	-264.7	-13.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'711.0	-4'399.8	-4'394.8	4.9	0.1	-683.9	-18.4
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-18.5	-8.7	-22.1	-13.4	<-100.0	-3.6	-19.6
36 Transferaufwand	-2'556.6	-2'641.0	-2'587.7	53.3	2.0	-31.0	-1.2
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-8'265.5</b>	<b>-9'301.2</b>	<b>-9'248.8</b>	<b>52.4</b>	<b>0.6</b>	<b>-983.3</b>	<b>-11.9</b>
41 Regalien und Konzessionen	3.7	3.6	4.1	0.5	13.9	0.4	9.9
42 Entgelte	3'563.7	3'471.4	3'689.6	218.2	6.3	125.9	3.5 <sup>1</sup>
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	288.2	288.2	n.a.	288.2	n.a. <sup>2</sup>
46 Transferertrag	50.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	-50.0	-100.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>3'617.4</b>	<b>3'475.0</b>	<b>3'981.9</b>	<b>506.9</b>	<b>14.6</b>	<b>364.5</b>	<b>10.1</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-4'648.1</b>	<b>-5'826.2</b>	<b>-5'266.9</b>	<b>559.3</b>	<b>9.6</b>	<b>-618.8</b>	<b>-13.3</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-83.9	-83.9	0.0	83.9	100.0	83.9	100.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-83.9</b>	<b>-83.9</b>	<b>0.0</b>	<b>83.9</b>	<b>100.0</b>	<b>83.9</b>	<b>100.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-4'732.1</b>	<b>-5'910.2</b>	<b>-5'266.9</b>	<b>643.2</b>	<b>10.9</b>	<b>-534.9</b>	<b>-11.3</b>
34 Finanzaufwand	-3.6	-3.0	-7.3	-4.3	<-100.0	-3.7	<-100.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	>100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-3.6</b>	<b>-3.0</b>	<b>-7.2</b>	<b>-4.2</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-3.7</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-4'735.6</b>	<b>-5'913.2</b>	<b>-5'274.2</b>	<b>639.0</b>	<b>10.8</b>	<b>-538.5</b>	<b>-11.4</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-4'735.6	-4'243.2	-3'623.9	619.3	14.6	1'111.7	23.5
59 Soziale Wohlfahrt, n.a.g.	0.0	-1'670.0	-1'650.3	19.7	1.2	-1'650.3	0.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-97.7	0.0	-166.9	-166.9	n.a.	-69.2	-70.9
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-97.7</b>	<b>0.0</b>	<b>-166.9</b>	<b>-166.9</b>	<b>n.a.</b>	<b>-69.2</b>	<b>-70.9</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-97.7</b>	<b>0.0</b>	<b>-166.9</b>	<b>-166.9</b>	<b>n.a.</b>	<b>-69.2</b>	<b>-70.9</b>

## Kommentar

- 1 Mehreinnahmen infolge von höheren Einnahmen der Standplatzgebühren, insbesondere aufgrund der Neueinführung der Hallenmesse und des Messevorplatzes ab dem Jahr 2013, welche im Budgetprozess 2014 noch nicht aufgenommen werden konnten sowie aufgrund des stark gesteigerten Verkaufs der Weihnachtsmarkttassen.
- 2 Die Überschreitung resultiert aus der Abschlussbuchung Fondstyp 2 (der Aufwand wird erfolgswirksam neutralisiert).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	12.0	12.8	16.0	14.0	16.3
Gutgeheissene Rekurse Messen und Märkte	Anz	1	0	0	0	0
Imagekampagne-Plattformen im In- und Ausland	Anz	2	2	2	2	2
Akquisition und Realisierung von Grossanlässen	Anz	3	2	2	2	2
Projekte mit grenzüberschreitendem Mehrwert	Anz	16	17	16	16	25

Für die OSZE-Kampagne kamen erstmals auch neue Basler Imagesujets zu den Themen Welcome, Kultur, Messen und Kongresse, Lebensqualität, Sport sowie Wirtschaft und Forschung zum Einsatz, welche von der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing im Berichtsjahr realisiert wurden und welche auch im Rahmen künftiger Aktivitäten im In- und Ausland eingesetzt werden sollen.

Bei den Eigenveranstaltungen wurde für die Basler Herbstmesse erstmals ein Shuttle Bus eingesetzt, der die Messehalle, den Messeplatz und das Kasernenareal für die Besucherinnen und Besucher kostenlos miteinander verband. Der Basler Weihnachtsmarkt, welcher zum vierten Mal auf

dem Münsterplatz und auf dem Barfüsserplatz stattfand, konnte einen grossen Publikumsaufmarsch verzeichnen und erfreute die Besucherinnen und Besucher aus dem In- und Ausland. Im Bereich der Märkte präsentieren sich die Wochenmärkte zum vierten Mal am „Tag der Märkte“ und machten auf das attraktive Marktangebot in der Stadt Basel aufmerksam.

### Aussenbeziehungen

**International** Die formellen Kooperationen zwischen Basel und Shanghai, Massachusetts sowie Miami Beach wurden erfolgreich vertieft. So konnten insbesondere im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Shanghai mehrere Grossprojekte in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Spitzenmedizin verwirklicht werden. Dabei standen die Aktivitäten des Confucius Institute at the University of Basel und der China Business Platform im Technologiepark Basel im Fokus. Bei der Zusammenarbeit mit Massachusetts lagen die Schwerpunkte erneut in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung. Anlässlich der Art Basel in Miami Beach und in Hong Kong wurden die Kontakte auf politischer Ebene mit Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertretern vertieft.

**National** Die Interessensvertretung des Kantons ist auf Bundesebene institutionalisiert und die Kooperation innerhalb der Nordwestschweiz sowie die regionale Zusammenarbeit verstärkt. Ein besonderer Fokus lag auf der Unterstützung der Gremienarbeit. Im Berichtsjahr wurden gemeinsame Sessionsgespräche und Netzwerkanlässe mit dem Kanton Basel-Landschaft realisiert.

**Regional** Die regionale Zusammenarbeit stand im Berichtsjahr im Zeichen der Zusammenarbeit mit dem Kanton Jura. Zum einen konnten aus dem BS/JU-Kooperationsfonds im letzten Jahr seiner Laufzeit eine Reihe von Projekten lanciert werden. Darüber hinaus durfte der Kanton Basel-Stadt seine Charmeoffensive in Richtung französischsprachiger Nachbarregionen mit einem Ehrengastauftritt am Marché-Concours national de chevaux in Saignelégier fortsetzen.

Bei der trinationalen Zusammenarbeit lag das Hauptaugenmerk der Arbeiten auf der Verlängerung des Rahmenvertrages 2015-2018 zwischen den Kantonen der Nordwestschweiz und der REGIO BASILIENSIS für den Betrieb der Interkantonalen Koordinationsstelle sowie bei der Erneuerung der Rahmenausgabenbewilligung 2014-2020 für die Beteiligung an der Neuen Regionalpolitik des Bundes und an der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (INTERREG V). Beim Trinationalen Eurodistrict wurden die bereits in den Jahren 2011-2013 initiierten Arbeiten für eine verstärkte Beteiligung der kommunalen Ebene weitergeführt und intensiviert. Im Rahmen der Oberrheinkooperation schliesslich durfte der Kanton Basel-Stadt erstmals seit Bestehen des Städteneetzes die Oberbürgermeister und Maires aus den wichtigsten Städten entlang des Rheins von Basel bis Karlsruhe im Rathaus willkommen heissen.

### Entwicklungszusammenarbeit

Bei der Entwicklungszusammenarbeit hat der Kanton Basel-Stadt Projekte mit einem Betrag in der Höhe von 1.65 Mio. Franken unterstützt.



## Kantons- und Stadtentwicklung

PD-350

Die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung befasst sich mit der mittel- und langfristig ausgerichteten strategischen Entwicklung von Basel-Stadt als Zentrum unseres Metropolitanraums und Lebensmittelpunkt einer vielfältig zusammengesetzten Bevölkerung. Sie stellt eine interdepartementale Planungskoordination sicher, welche die departementalen Planungsvorhaben mit den übergeordneten Zielen des Regierungsrates verknüpft. Die Leitung vertritt die Abteilung gegen aussen und fördert den Wissens- und Erfahrungstransfer. Die Fachstelle Grundlagen und Strategien bearbeitet übergeordnete Fragestellungen mit Querschnittcharakter. Sie liefert im Rahmen des strategischen Controllings die notwendigen Inputs, um Kohärenz zwischen den Fachplanungen der Departemente und den im Legislaturplan definierten Strategien herzustellen. Die Fachstelle Stadtteilentwicklung setzt sich für die Entwicklung der Quartiere ein und stärkt das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner. Ziel ist es, den Lebensraum für die Bevölkerung positiv zu gestalten und eine gute Lebensqualität zu ermöglichen, die Standortattraktivität für die Wirtschaft zu stärken sowie die vielfältigen Entwicklungspotenziale zu nutzen. Die Fachstelle Wohnraumentwicklung fördert in ganzheitlicher, umfassender Weise den Wohnungsbau und die Bestrebungen zur Verbesserung des Wohnumfelds. Die Fachstelle Diversität und Integration koordiniert die kantonale Integrationsförderung und setzt den gesetzlichen Integrationsauftrag von Bund und Kanton um. Die Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung fördert die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen am sozialen, kulturellen und politischen Leben von Kanton und Stadt.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

### Leitung

Die Kantons- und Stadtentwicklung koordiniert departementsübergreifende Aufgaben und unterstützt die Regierungsarbeit in strategischen Belangen. Hierzu gehörte 2014 die **Umsetzung des neu geschaffenen Wohnraumförderungsgesetzes**, welches in der Volksabstimmung im Jahr 2013 über 60 Prozent Zustimmung erfuhr. Der **Diskurs** zur Wohnraumentwicklung und urbanen Lebensqualität wurde mit Fakten unterstützt.

Bei **Themen** wie Sicherheit, Zivilcourage und Kunst im öffentlichen Raum wurden die partnerschaftlichen Projekte mit den anderen Departementen weiterentwickelt. Im August 2014 fand ein **Partneranlass** mit dem Ziel, Interessierte über die neue Organisation der Abteilung sowie neue Projekte zu informieren statt.

Die **Kampagne „Basel zeigt Haltung“** wurde als zeitnahe Reaktion auf den in sozialen Medien kursierenden Rassismus lanciert. Das **Projekt „Wir sind alle“** wurde von der Kantons- und Stadtentwicklung im Jahr 2014 gestartet. Ziel ist es, distanzierte Mitbürger, welche von den formellen demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten enttäuscht sind, zu erreichen. Im Rahmen des Projektes **WebBS** hat die Kantons- und Stadtentwicklung ihre Website [www.entwicklung.bs.ch](http://www.entwicklung.bs.ch) komplett neu gestaltet.

### Fachstelle Grundlagen und Strategien

**Grundlagen** Die Fachstelle erarbeitete mit verschiedenen Partnern innerhalb und ausserhalb der Verwaltung Grundlagen mit Querschnittscharakter und brachte sich entsprechend ein. Sie hatte zudem Einsitz in der wissenschaftlichen Begleitung zur von der Stiftung Habitat geführten nachhaltigen Arealentwicklung auf der Erlennatt. Der Ratschlag für eine neue Fussgängerorientierung Basel-Stadt wurde im Grossen Rat im Herbst 2014 behandelt und der entsprechende Kredit für die Umsetzung bewilligt. Für die Schweizerische Gesellschaft für Verwaltungswesen sowie für ein Themenheft der visarte (schweizerischer Berufsverband visuelle Kunst) wurde je ein Artikel mit Grundlagencharakter verfasst.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'389.6	-3'414.1	-3'367.9	46.2	1.4	21.8	0.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'440.0	-3'969.3	-4'947.0	-977.7	-24.6	-2'507.0	<-100.0
36 Transferaufwand	-2'044.6	-2'045.0	-2'089.9	-44.9	-2.2	-45.3	-2.2
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-7'874.3</b>	<b>-9'428.4</b>	<b>-10'404.8</b>	<b>-976.4</b>	<b>-10.4</b>	<b>-2'530.5</b>	<b>-32.1</b>
42 Entgelte	235.0	25.5	53.8	28.3	>100.0	-181.2	-77.1
43 Verschiedene Erträge	0.0	845.0	861.8	16.8	2.0	861.8	n.a.
46 Transferertrag	285.5	535.0	1'850.8	1'315.8	>100.0	1'565.3	>100.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>520.5</b>	<b>1'405.5</b>	<b>2'766.4</b>	<b>1'360.9</b>	<b>96.8</b>	<b>2'245.9</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-7'353.8</b>	<b>-8'022.9</b>	<b>-7'638.4</b>	<b>384.5</b>	<b>4.8</b>	<b>-284.6</b>	<b>-3.9</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-40.0	-95.1	-55.1	<-100.0	-95.1	n.a.
<b>Abschreibungen</b>	<b>0.0</b>	<b>-40.0</b>	<b>-95.1</b>	<b>-55.1</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-95.1</b>	<b>n.a.</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-7'353.8</b>	<b>-8'062.9</b>	<b>-7'733.5</b>	<b>329.4</b>	<b>4.1</b>	<b>-379.7</b>	<b>-5.2</b>
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-7'353.9</b>	<b>-8'063.0</b>	<b>-7'733.6</b>	<b>329.4</b>	<b>4.1</b>	<b>-379.7</b>	<b>-5.2</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-7'353.9	-8'063.0	-7'733.6	329.4	4.1	-379.7	-5.2

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-89.9	0.0	-124.1	-124.1	n.a.	-34.2	-38.1
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-89.9</b>	<b>0.0</b>	<b>-124.1</b>	<b>-124.1</b>	<b>n.a.</b>	<b>-34.2</b>	<b>-38.1</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-89.9</b>	<b>0.0</b>	<b>-124.1</b>	<b>-124.1</b>	<b>n.a.</b>	<b>-34.2</b>	<b>-38.1</b>

## Kommentar

- Die Überschreitung resultiert aus den Konti 313004 infolge diverser Projekte des Kantonalen Investitionsprogramms (KIP), welche über Bundesgelder im FDK 46 Bereich kompensiert werden. Gleichzeitig wurden weniger Sachmittel ausgegeben. Dies resultiert aus dem nicht Zustandekommen geplanter Projekte. Im 2014 wurden Grundlagen erarbeitet und Vorprojekte lanciert. Auch kam es zu Verzögerungen bei der interdepartementalen Erarbeitung der Verordnungen zum Wohnraumförderungsgesetz. Prioritäre politische Geschäfte bewirkten, dass wesentliche budgetierte Massnahmen des Wohnraumförderungsgesetzes nicht initiiert werden konnten.
- Die Überschreitung resultiert aus dem Konto 463000 infolge von Mehreinnahmen bei den Bundesgeldern aus dem Kantonalen Integrationsprogramm (KIP), deren Höhe bei Budgeterstellung noch nicht bekannt war.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	12.9	18.4	20.1	21.2	19.0
Vertiefende Grundlagenberichte	Anz	9	8	7	7	7
Zusätzliche Wohnungen im Kanton	Anz	372	351	270	171	496
Anlässe Neuzuzügerbegrüssungen	Anz	13	11	48	44	49

## Kommentar

- Die Jahresberichte bis und mit 2013 verwendeten die Kennzahl „Neubau“ aus der Wohnungsbilanz als Indikator. Seit 2014 wird die jährliche Nettoproduktion ausgewiesen, da diese die zusätzliche Zunahme der Wohnungen besser spiegelt.

**Strategien** Die Fachstelle führte im Rahmen der Koordination des strategischen Planungsprozesses die Geschäfte der Legislaturplankonferenz. Sie arbeitete schwerpunktmässig und in Zusammenarbeit mit der Universität Basel an der Überarbeitung der Ziele und Indikatoren des Nachhaltigkeitsberichts, wobei der Regierungsrat in der Folge die Integration des Nachhaltigkeitsberichts in die Legislaturplanung beschlossen hat. Die Fachstelle beteiligte sich am laufenden Prozess zur Erneuerung der Strategie Nachhaltige Entwicklung des Bundesrates für die Legislaturperiode 2016 bis 2019.

## Fachstelle Stadtteilentwicklung

Die Fachstelle Stadtteilentwicklung setzt sich für die Entwicklung der Quartiere ein und stärkt das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner. Ziel ist es, den Lebensraum für die Bevölkerung positiv zu gestalten und eine gute Lebensqualität zu ermöglichen, die Standortattraktivität für die Wirtschaft zu stärken sowie die vielfältigen Entwicklungspotenziale zu nutzen. In der Fachstelle ergänzen sich fünf Aufgabenbereiche:

Im Rahmen der integralen Massnahme der **Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus** wurde das partizipativ erarbeitete Vorprojekt Gundeldingerstrasse Ost abgeschlossen und die Arbeiten für ein Grün- und Freiraumkonzept mit Einbezug der Quartierbevölkerung gestartet. Das Mitwirkungsverfahren zum sistierten Verkehrskonzept wurde ausgewertet. Ein neues Objektblatt zum Lebensraum Gundeldingen im kantonalen Richtplan dient als Grundlage für die zukünftige Raumentwicklung und für die Erarbeitung eines Stadtteilrichtplans.

Die **Anlaufstelle Zwischennutzungen** hat in Zusammenarbeit mit der interdepartementalen Arbeitsgruppe Zwischennutzung ein Formular zur Antragserleichterung von Ausnahmegewilligungen erarbeitet und die Weiterentwicklung der Zwischennutzungen am Klybeckquai koordiniert.

Ein **Runder Tisch Claraplatz** wurde lanciert sowie der Leitfaden „Auf Augenhöhe 1.20 m“ überarbeitet und neu aufgelegt.

Das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs für den Umbau und die Sanierung des **Hauptbaus der Kaserne** wurde in der Vorprojektphase weiterbearbeitet und an die speziellen Bedürfnisse künftiger Nutzungen angepasst. Gleichzeitig wurde das Umbau- und Sanierungsvorhaben mit allen Beteiligten auf dem Kasernenareal koordiniert.

Die **Kontaktstelle für Quartierarbeit** hat im 2013 Subventionsverhandlungen mit 15 Quartiertreffpunkten, zwei Stadtteilsekretariaten und einer Quartierkoordination geführt. Der Grosse Rat beschloss am 8. Januar 2014 über die Erneuerung der Subventionsbeiträge für die Jahre 2014 bis 2016. Im Rahmen des Entwicklungsprozesses „Quartierarbeit 2020“ fanden zwei Workshops mit Quartierorganisationen und der Verwaltung sowie eine schriftliche Befragung statt. In den Quartieren wurden verschiedene Mitwirkungsveranstaltungen durchgeführt, in denen sich die Quartierbevölkerung aktiv einbringen und ihre Anliegen formulieren konnte. Zudem wurden acht Willkommensveranstaltungen für Neuzugezogene angeboten.

Die **Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit** hat die freiwillige und ehrenamtliche Arbeit im Kanton Basel-Stadt mit folgenden Anlässen und Arbeiten weiter gefördert: Dankesfeier der Regierung anlässlich des „Internationalen Tags der Freiwilligen“ am 5. Dezember, zweimalige Vergabe des Anerkennungspreises für freiwilliges Engagement „Prix schappo“ sowie Lancierung des Projekts „schappo ist...“, bei dem sich Personen mit einem schappo Pin bei Personen aus ihrem Lebensumfeld für deren freiwilliges Engagement bedanken können, Durchführung eines Weiterbildungsangebots für ehrenamtliche Vereinsvorstände sowie weitere Umsetzung des Projekts „engagiert!“ im Gundeldinger Quartier. Ausserdem wurden zwei Austausch- und Weiterbildungstreffen für die Akteurinnen und Akteure der Freiwilligenarbeit in Basel organisiert.

Die **Koordinationsstelle Bewilligungswesen** wurde am 1. Juni 2014 in das Finanzdepartement (Abteilung Informatiksteuerung und Organisation, Fachstelle E-Government) transferiert.

## Fachstelle Wohnraumentwicklung

Die Fachstelle Wohnraumentwicklung (vormals Fachstelle Stadtwohnen) ist die kantonale Anlaufstelle für Fragen im Bereich Wohnen. Sie koordiniert verschiedene Massnahmen zur Wohnraumförderung. Diese stützen sich auf den Verfassungsauftrag, das Wohnraumförderungsgesetz (WRFG) sowie die regierungsrätliche Wohnraumentwicklungsstrategie.

**Wohnraumfördergesetz (WFRG) und Strategie zur Wohnraumentwicklung** Im Jahr 2014 wurden die beiden Verordnungen zum Wohnraumfördergesetz, welches im 2013 von der Stimmbevölkerung angenommen worden war, erarbeitet und verabschiedet (Verordnung über die Wohnraumförderung und Verordnung über den Abbruch und die Zweckentfremdung von Wohnraum). Die Umsetzung der kantonalen Wohnraumentwicklungsstrategie 2012 bis 2106 wurde fortgesetzt, insbesondere im Rahmen der nachstehend aufgeführten Massnahmen.

**Förderung des gemeinnützigen Wohnraumangebots** Eine Leistungsvereinbarung zwischen Kanton und dem Dachverband Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz wurde erarbeitet. Die Vereinbarung regelt die Leistungen, mit welchen der Kanton im Rahmen des Wohnraumfördergesetzes den gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützt. Des Weiteren haben im Jahr 2014 vom Kanton finanzierte Erstberatungen zu Neubau- und Sanierungsvorhaben von Wohnbaugenossenschaften über die Förderstelle gemeinnütziger Wohnungsbau stattgefunden.

**Basler Investorengespräch** Die Fachstelle organisierte das 12. Basler Investorengespräch vom 12. November 2014. Am Anlass teilgenommen haben zwei Regierungsräte sowie 100 geladene Gäste, vorwiegend aus der Immobilienbranche.

**Wohnforum Basel** Die Fachstelle führte im August 2014 das 6. Wohnforum durch. Das Forum dient als Plattform zum Informations- und Meinungsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren auf dem Basler Wohnungsmarkt.

### Fachstelle Diversität und Integration

Die Fachstelle leistet für den Kanton die systematische Steuerung und Koordination der Integrationsförderung und ist Ansprechpartnerin für das Bundesamt für Migration (BFM). Sie erfüllt die gesetzlichen Aufträge von Bund und Kanton und arbeitet dabei mit den Fachdepartementen sowie Beratungsstellen, Hilfswerken oder Migrationsorganisationen eng zusammen. Die Fachstelle erarbeitet Planungs- und Entscheidungsgrundlagen rund um Fragen der Integrationspolitik und setzt eigene Massnahmen in Form von Projekten und Angeboten um.

**Jungbürgerfeier** Mit den Basler Zünften und Gesellschaften (Z&G) wurde ein neuer Leistungsvertrag für die Durchführung der Basler „Jungbürgerfeier“ erarbeitet. Ab 2015 werden unter der Federführung der Z&G auch 18-jährige Ausländerinnen und Ausländer, welche die Wohnfrist als Einbürgerungskriterium erfüllen, zu diesem traditionsreichen Anlass eingeladen. Die Fachstelle wird ab 2015 im Organisationskomitee der „Jungbürgerfeier“ mitarbeiten.

**„Basel zeigt Haltung“** Die Fachstelle hat massgeblich zur Lancierung der Kampagne „Basel zeigt Haltung“ beigetragen. Während einem Monat hingen in der Stadt Basel Plakate mit den Logos der über 20 Allianzpartner. Die Kampagne setzt ein klares Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und für Offenheit und Fairness gegenüber unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Religionsgemeinschaften.

**Willkommenskultur** Neun Neuzuzügeranlässe wurden in den Sprachen Deutsch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Portugiesisch und Französisch durchgeführt. Im Anschluss daran wurden die Gäste auf ein Schiff mit Infoständen eingeladen. Die Fachstelle veranstaltete für Neuzuziehende acht Stadtrundgänge auf Deutsch, Englisch und Spanisch und war zudem an 24 Welcome Days der Firmen Novartis und Roche mit Infoständen vertreten.

**Projektförderung** Im Jahr 2014 wurden 61 Projekte von Migrationsorganisationen und anderen Projektträgern mit Bundes- und Kantonsgeldern unterstützt, um die Information und soziale Integration von spezifischen Bevölkerungsgruppen zu fördern. Die administrativen Optimierungen konnten 2014 weitgehend abgeschlossen werden. Das neue technische System wird es in Zukunft ermöglichen, die Projektförderung mit einem Jahresbericht dokumentieren und auswerten zu können.

**Öffentlichkeitsarbeit** Die Herausgabe der Migrationszeitung MIX wurde in Kooperation mit den Kantonen AG, BE, BL, SO, GR fortgeführt. Der Kanton SO hat sich per Ende 2014 aus dem Gemeinschaftsprojekt zurückgezogen. Die Kantone haben den Auftritt der Printausgabe der MIX komplett überarbeitet und ein neues, zeitgemässes Layout entworfen.

**Koordination für Religionsfragen** Die Koordination für Religionsfragen bearbeitete zahlreiche Anfragen aus Verwaltung, Politik und Bevölkerung. Im Rahmen des Runden Tisches der Religionen beider Basel, dem zwei Dachverbände und 14 Religionsgemeinschaften angehören, wurden viele aktuelle Fragen lösungsorientiert diskutiert. Ein Schwerpunkt war dabei die religiöse Diskriminierung.

### **Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung**

Die Fachstelle fördert die Teilnahme von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen am sozialen, kulturellen und politischen Leben im Kanton.

**Zugang / Mobilität** Zahlreiche öffentliche Gebäude wurden hindernisfrei nutzbar gemacht und mit Anschriften und Geländern ausgestattet. Im öffentlichen Raum sind heute 64% der Trottoirs abgesenkt, im Perimeter Innenstadt wurden 12 neue Parkplätze für mobilitätsbehinderte Menschen geschaffen. Für Tram- und Bushaltestellen werden Planungs- und Ausführungsnormalien entwickelt, die den Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes entsprechen.

**Ausbildung / Arbeit** Schülerinnen und Schüler mit Behinderung, welche die Volksschule besuchen, sind auf eine inklusive Berufsbildung mit Nachteilsausgleich angewiesen. Es wurden erste Abklärungen für Ausbildungsplätze im 1. Arbeitsmarkt für Lernende mit Behinderung gemacht. Für den nachhaltigen Erhalt und die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für behinderte Menschen lancierte die „CHARTA“ das Label iPunkt. Damit konnten 16 Unternehmen in der Nordwestschweiz, die Menschen im 1. Arbeitsmarkt anstellen, ausgezeichnet werden.

**Öffentlichkeitsarbeit** Am Internationalen Museumstag wurde ein Aktionstag „perfekt\_imperfekt“ mit Angeboten in 13 Museen durchgeführt. Im Ackermannshof fanden unter dem Titel „Im Gespräch“ drei gut besuchte Talks mit Gästen mit einer Behinderung statt. Im Unternehmen Mitte stiessen die Podien „Geschlecht: behindert / Besonderes Merkmal: Frau“ und „Inklusion: Zusammen leben – von Anfang an“ auf grosses Interesse.

## Statistisches Amt

PD-360

Das Statistische Amt erhebt, plausibilisiert und analysiert Daten auf Ebene Kanton und Gemeinden für die thematischen Bereiche „Gesellschaft und Soziales“, „Raum und Umwelt“ sowie „Wirtschaft und Arbeit“ und führt die dazu notwendigen Informatiksysteme. Für kantonale oder städtische Bedürfnisse werden zusätzlich umfangreiche Analysen auf höherem Detaillierungsgrad durchgeführt und statistische Informationssysteme zur Unterstützung von Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickelt und unterhalten.

Die Vermittlung der statistischen Informationen erfolgt in unterschiedlichster, auf die Bedürfnisse der Nachfragenden zugeschnittener Form (Einzelauskünfte, Beratungen, Ad-hoc-Auswertungen, Internetangebot sowie Standard- und Spezialpublikationen). Die Bereitstellung von Interpretationshilfen sowie die Visualisierung der Daten in Form von Grafiken und Karten gehört zu den Grundaufgaben. Das Statistische Amt führt Befragungen durch (Bevölkerungsbefragungen, Kundenbefragungen der Verwaltung), erstellt Prognosen und berät in Forschungsfragen. Mit der Herausgabe des Jahrbuches wird der Dokumentationsauftrag erfüllt. Damit soll späteren Generationen der Nachvollzug früherer Bedingungen ermöglicht werden.

Das Statistische Amt erbringt statistische Dienstleistungen, die durch die Bundesgesetzgebung, insbesondere durch das Bundesstatistikgesetz und das Registerharmonisierungsgesetz, an die Kantone delegiert sind. Es führt zudem das kantonale Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) als vom Bund anerkannter Teil des Eidg. Gebäude- und Wohnungsregisters.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Modernisieren und Optimieren** Das Statistische Amt hat im vergangenen Jahr umfangreiche Vorhaben umgesetzt oder in Angriff genommen. Im Hinblick auf die Ablösung verschiedener eingesetzter Statistiksoftware durch SAS wurde die Schulung der Mitarbeitenden vorangetrieben sowie erste durch die Umstellung erforderliche Arbeiten im Bereich Datenmanagement in Angriff genommen. Die Umstellung auf WorkplaceBS hat dem Statistischen Amt ausserordentlichen Mehraufwand beschert, da sie den Statistik-Produktionsprozess, insbesondere die Informationsvermittlung, sehr stark tangierte. Bereits angelaufen sind die Vorarbeiten für die Anpassung der Website an das kantonale Corporate Design, welche sämtliche Prozesse in der Endverarbeitung der Statistikproduktion betreffen und auch Auswirkungen auf die Organisation haben. In Zusammenhang mit der Erarbeitung der Statistikverordnung und im Hinblick auf die Ausarbeitung des Sicherheitskonzeptes wurden ausserdem sämtliche Produkte des Statistischen Amtes einheitlich beschrieben.

## Statistik und Analyse

**STATENT** Im Zuge der Umstellung der bisher alle drei bis fünf Jahre stattfindenden Eidgenössischen Betriebszählung auf die neue Methode, hat das Statistische Amt im Auftrag des Bundesamtes mehrmals Plausibilisierungen der den Kanton Basel-Stadt betreffenden STATENT-Daten vorgenommen. Nach Vorliegen der definitiven Daten mussten alle diesbezüglichen kantonalen Zeitreihen einer Revision bzw. Harmonisierung unterzogen werden. Prozesse und Organisation wurden an den neuen jährlichen Erhebungsrhythmus angepasst.

**Verordnung zum Statistikgesetz** Im vergangenen Jahr wurde die Verordnung zum Statistikgesetz inkl. Anhang mit einer Beschreibung aller Datenbestände, welche bei öffentlichen Organen bezogen werden, die Gebührenverordnung zum Statistikgesetz sowie das Statistikprogramm inkl. Anhang mit Beschreibungen aller Produkte erarbeitet. Der dazugehörige Bericht an den Regierungsrat stand Ende des Jahres kurz vor Vollendung.

**MARS – Statistik der ambulanten medizinischen Versorgung** Alle Arbeiten konnten gemäss den Vorgaben des Bundes geleistet werden.

**Kantonale Gesundheitsstatistik** Die kantonale Gesundheitsstatistik ist mittlerweile auf einem fortgeschrittenen Entwicklungsstand. Viele der nötigen Zeitreihen sind aufgebaut; damit kann flexibel

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'936.0	-3'893.5	-3'545.5	348.1	8.9	-609.5	-20.8 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-989.0	-883.0	-1'097.0	-214.0	-24.2	-107.9	-10.9 <sup>2</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-19.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	19.7	100.0
36 Transferaufwand	-42.0	-42.0	-42.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-3'986.7</b>	<b>-4'818.5</b>	<b>-4'684.4</b>	<b>134.1</b>	<b>2.8</b>	<b>-697.7</b>	<b>-17.5</b>
42 Entgelte	587.2	441.5	421.1	-20.4	-4.6	-166.1	-28.3
46 Transferertrag	16.0	16.0	16.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>603.2</b>	<b>457.5</b>	<b>437.1</b>	<b>-20.4</b>	<b>-4.5</b>	<b>-166.1</b>	<b>-27.5</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-3'383.5</b>	<b>-4'361.1</b>	<b>-4'247.4</b>	<b>113.7</b>	<b>2.6</b>	<b>-863.8</b>	<b>-25.5</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-3'383.5</b>	<b>-4'361.1</b>	<b>-4'247.4</b>	<b>113.7</b>	<b>2.6</b>	<b>-863.8</b>	<b>-25.5</b>
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.3	-0.2	0.0	2.4	-0.0	-0.4
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>2.4</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.4</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-3'383.8</b>	<b>-4'361.3</b>	<b>-4'247.6</b>	<b>113.7</b>	<b>2.6</b>	<b>-863.9</b>	<b>-25.5</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-3'383.8	-4'361.3	-4'247.6	113.7	2.6	-863.9	-25.5

**Kommentar**

- 1 Abgänge von Mitarbeitenden konnten nicht übergangslos mit qualifizierten, neuen Mitarbeitenden kompensiert werden.
- 2 Die Mehrausgaben entstanden einerseits durch zusätzliche, dringliche Projekte im IT-Bereich. Andererseits führten die gestiegenen Tarife der ZID sowie die höheren Datenvolumen bei der Datensicherung zu einem ausserordentlichen Anstieg der Kosten. Und als letztes hat die Überwälzung der Workplace BS-Kosten zu den höheren Ausgaben geführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.5	17.1	20.9	20.3	23.5
Internetzugriffe (Anzahl Besuche)	Anz	-	57'759	63'876	86'717	117'027 <sup>1</sup>
Kurzanfragen	Anz	5'552	5'917	7'105	7'611	10'156
Anfragen, die mehr als eine Stunde Aufwand verursachen	Anz	191	192	209	209	213
Begründete Beanstandungen (stat.Information)	Anz	0	0	0	1	1

**Kommentar**

- 1 Die Zugriffe auf die Internetseite konnten wegen einem Systemwechsel im 2010 nicht erhoben werden.

und schnell auf Anfragen eingegangen werden. Der nötige Input für den Gesundheitsversorgungsbericht 2014 des Gesundheitsdepartements konnte ebenfalls aus der kantonalen Gesundheitsstatistik generiert werden.

**Berichte zur Familienbefragung und zur Jugendbefragung** Die Präsentation der Resultate ist im Rahmen von zwei Medienkonferenzen erfolgt, die sehr gut besucht waren. Alle Berichte und Auswertungen sind auf der Homepage des Statistischen Amtes publiziert.

**Indikatoren zur Umweltberichterstattung** 2014 wurde im Auftrag des Amtes für Umwelt und Energie (AUE) mit der ersten Phase des Aufbaus eines Umwelt-Indikatorensystems begonnen. Das Projekt wird in Koordination mit dem Kanton Basel-Landschaft abgewickelt. In Zukunft soll es möglich sein, eine faktenbasierte Darstellung der Entwicklung im Umweltbereich vorzunehmen und so der Umweltgesetzgebung Rechnung zu tragen.

## Abteilung Kultur

PD-370

Die Abteilung Kultur ist verantwortlich für die öffentliche Kulturförderung im Kanton Basel-Stadt. Sie fördert und unterstützt mittels Beiträgen an Institutionen, Festivals sowie frei schaffende Künstlerinnen und Künstler das aktuelle Kultur- und Kunstschaffen sowie die Kulturvermittlung. Gefördert werden insbesondere die Sparten bildende Kunst, Theater und Tanz, Musik, Literatur und Audiovision. Mit ihren Dienststellen Archäologische Bodenforschung und Staatsarchiv bewahrt und pflegt sie das kulturelle Erbe, sichert und vermittelt die dokumentarische Überlieferung und macht diese der Verwaltung und Öffentlichkeit zugänglich. Die fünf staatlichen Museen pflegen ihre Sammlungen, vermitteln diese an das Publikum, führen attraktive Sonderausstellungen durch und betreiben in ihren Fachgebieten wissenschaftliche Forschung. Über Education Projekte wird die Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen, Kunstschaffenden und Jugendlichen gefördert. In verschiedenen Gremien setzt sich die Abteilung Kultur für kulturpolitische Belange und Anliegen sowie für den regionalen und nationalen Austausch ein. Die Abteilung Kultur pflegt eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und strebt wo immer möglich eine partnerschaftliche Finanzierung der Kulturangebote an.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die im Kulturleitbild definierten förderstrategischen Ziele wurden, ergänzend zu den bisherigen Aufgaben der Abteilung Kultur, weiter erarbeitet und umgesetzt. Es fanden zahlreiche Potenzialgespräche mit Staatsbeitragsempfängern im Rahmen des neuen Evaluationssystems statt. Die Museumsstrategie ist gemeinsam mit den Museen und innerhalb der kantonalen Verwaltung weiter vertieft worden. Das neue Orchesterförderkonzept, welches eine stärkere Profilierung der Basler Musiklandschaft vorsieht, wurde erarbeitet und wird voraussichtlich im Frühjahr 2015 den Institutionen und der Öffentlichkeit präsentiert.

Mehrere bedeutende Bau- und Sanierungsprojekte zählen zu den wesentlichen Aufgaben der Abteilung Kultur. Die Arbeiten am Erweiterungsbau des Kunstmuseums Basel schreiten dabei planmässig voran. Der Neubau wird voraussichtlich im April 2016 eröffnet. Die Planungen für den Neubau des Naturhistorischen Museums Basel sowie des Staatsarchivs sind ebenfalls im Gange. Im Juni 2014 wurde das anspruchsvolle Bauprojekt als Wettbewerb ausgeschrieben, im Mai 2015 soll das Siegerprojekt der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Das Nutzungskonzept des Projekts „Kulturelle Nachnutzung Kasernenhauptbau“ wurde in Zusammenarbeit mit den Architekten weiter präzisiert. Für das Sanierungs- und Erweiterungsprojekt Stadtcasino wurde das Bauprojekt inhaltlich begleitet und die Vertragsverhandlung mit der Casino-Gesellschaft vorbereitet.

Der Kunstkredit wurde intern teilweise neu organisiert. Die Verordnung wurde überarbeitet und verabschiedet. Die Zusammenstellung der Kommission wie auch das Ausstellungskonzept wurden erneuert.

### Stabsleistungen Abteilung Kultur

Acht Staatsbeitragserneuerungen konnten für die Jahre 2015, 2015 bis 2016 und 2015 bis 2018 verhandelt und vom Regierungsrat und Grossen Rat bewilligt werden. Zudem wurden die Fachausschüsse Audiovision und Multimedia und Literatur sowie die Kulturpauschale und der Kunstkredit erneuert. Das Barockorchester La Cetra wurde mit einem einmaligen Überbrückungsbeitrag für die Jahre 2014 und 2015 aus dem regierungsrätlichen Kompetenzkonto unterstützt.

Die Education Projekte Region Basel wurden weiterentwickelt und im Nutzerkreis erweitert. Aus der Jugendkulturpauschale konnten erstmalig kontinuierliche Projektbeiträge an jugendkulturelle Projekte gesprochen. Der Ausbau der Basler Filmförderung ab 2016 wurde partnerschaftlich mit dem Kanton Basel-Landschaft vorbereitet. Die Abteilung Kultur hat die Betreuung der kantonalen Crowdfunding Plattform auch 2014 weiter mit personellen Ressourcen unterstützt, da sie erfolgreich und von sehr unterschiedlichen Akteuren rege genutzt wurde.



**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'663.2	-1'709.5	-1'732.2	-22.7	-1.3	-69.1	-4.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'415.1	-1'620.1	-1'789.8	-169.6	-10.5	-374.7	-26.5 <sup>1</sup>
36 Transferaufwand	-66'586.0	-67'082.2	-67'435.7	-353.6	-0.5	-849.7	-1.3
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-69'664.3</b>	<b>-70'411.8</b>	<b>-70'957.7</b>	<b>-545.9</b>	<b>-0.8</b>	<b>-1'293.4</b>	<b>-1.9</b>
42 Entgelte	75.1	75.4	189.3	113.9	>100.0	114.2	>100.0 <sup>2</sup>
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	150.3	150.3	n.a.	150.3	n.a. <sup>3</sup>
46 Transferertrag	641.1	600.0	618.1	18.1	3.0	-23.0	-3.6
<b>Betriebsertrag</b>	<b>716.2</b>	<b>675.4</b>	<b>957.6</b>	<b>282.2</b>	<b>41.8</b>	<b>241.5</b>	<b>33.7</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-68'948.1</b>	<b>-69'736.4</b>	<b>-70'000.1</b>	<b>-263.7</b>	<b>-0.4</b>	<b>-1'052.0</b>	<b>-1.5</b>
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-353.2	-1'397.7	-1'249.6	148.2	10.6	-896.3	<-100.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-353.2</b>	<b>-1'397.7</b>	<b>-1'249.6</b>	<b>148.2</b>	<b>10.6</b>	<b>-896.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-69'301.4</b>	<b>-71'134.1</b>	<b>-71'249.7</b>	<b>-115.5</b>	<b>-0.2</b>	<b>-1'948.3</b>	<b>-2.8</b>
34 Finanzaufwand	-0.3	-0.3	-0.4	-0.1	-16.0	-0.0	-13.8
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.0	-100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.1</b>	<b>-16.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-13.8</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-69'301.7</b>	<b>-71'134.5</b>	<b>-71'250.1</b>	<b>-115.6</b>	<b>-0.2</b>	<b>-1'948.3</b>	<b>-2.8</b>
davon Funktionen:							
31 Kulturerbe	-3'789.1	-3'273.9	-3'289.0	-15.0	-0.5	500.2	13.2
32 Kultur, übrige	-65'512.6	-67'860.5	-67'961.1	-100.6	-0.1	-2'448.5	-3.7

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1'080.3	0.0	-4'950.1	-4'950.1	n.a.	-3'869.8	<-100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-1'080.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-4'950.1</b>	<b>-4'950.1</b>	<b>n.a.</b>	<b>-3'869.8</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-1'080.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-4'950.1</b>	<b>-4'950.1</b>	<b>n.a.</b>	<b>-3'869.8</b>	<b>&lt;-100.0</b>

**Kommentar**

- Die Überschreitung resultiert einerseits aus einer Umstellung bei der Verbuchung der Museumsnacht 2014. Dadurch sind die Kosten und Einnahmen höher als budgetiert. Andererseits wurde im Jahr 2014 das Orchesterkonzept in Auftrag gegeben.
- Die Mehreinnahmen resultieren aus einer Umstellung bei der Verbuchung der Museumsnacht 2014. Dadurch sind die Kosten und Einnahmen höher als budgetiert.
- Die Mehreinnahmen resultieren aus der Auflösung des Rückstellungskontos 200902 Kunstkredit im Hinblick auf die neue Vertragsperiode 2015ff. und die Umwandlung in einen Rahmenkredit.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.8	10.5	11.0	11.7	11.7
Theater Basel: Zahlende Besucher/-innen aller Sparten	Anz	178'716	177'988	164'645	155'096	188'838
Sinfonieorchester Basel (SOB): Anzahl Auftritte	Anz	167	186	167	206	213
Kulturprojekte: Eingehende Gesuche	Anz	957	952	936	890	1'035
Abgesetzte Tickets Museumsnacht	Anz	28'912	32'124	32'575	29'432	31'936

## Staatsarchiv

PD-376

Das Staatsarchiv bewahrt Informationen aus der Vergangenheit auf und sorgt dafür, dass Informationen auch für die Zukunft vorhanden sind. Es wählt aus der Vielzahl von Unterlagen (Papierakten, digitale Unterlagen und audiovisuelle Dokumente wie Pläne, Bilder, Tondokumente, Filme etc.), die bei Behörden und Verwaltung entstehen, jenen Bruchteil aus, der für eine dauerhafte Dokumentation notwendig ist. Die Unterlagen staatlicher Herkunft werden ergänzt durch private Materialien (Stiftungen, Vereine, Nachlässe, Firmenarchive etc.). Das Staatsarchiv stellt die Unterlagen der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Verfügung, soweit der Datenschutz dem nicht entgegensteht. Die Benützung des Staatsarchivs erfolgt hauptsächlich im Lesesaal, zu dem alle Interessierten freien Zugang haben, und über das Internet. Der Auftrag des Staatsarchivs stützt sich auf das Archivgesetz (SG 153.600), die nachgeordnete Registratur- und Archivierungsverordnung (SG 153.610) sowie auf die Verordnung betreffend die Ausleihe von Bauakten (SG 739.500).

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Weiterhin zentraler Schwerpunkt für das Staatsarchiv war die Fortsetzung der Planung des Neubauvorhabens im St. Johann. Nach Fertigstellung der nutzerseitigen Anforderungen durch das Staatsarchiv und das Naturhistorische Museum, wurde vom Baudepartement der gemeinsame zweistufige Projektwettbewerb mit Präqualifikation ausgeschrieben. Von insgesamt 120 Einsendungen wählte die Jury Mitte Jahr 22 Architektenteams aus, die zur Teilnahme am Wettbewerb eingeladen wurden. Das Projekt „Sicherung und Nutzbarmachung“ befindet sich plangemäss in Umsetzung: Auf Basis eines Digitalisierungsportfolios wurden hochfrequent Akten und Bilder digitalisiert, zu Sicherungszwecken auf Sicherheitsfilm ausbelichtet und die Digitalisate anschliessend zur Nutzung freigegeben. Das Projekt „Ersatz von nicht archivgerechter Verpackung bei Urkunden und Akten des 13. bis 20. Jahrhunderts“ wurde plangemäss abgeschlossen. Insgesamt konnten 2 Laufkilometer Akten neu in archivgerechte - und umzugsfähige - Verpackungen gebracht werden. Ein wichtiger Eckpfeiler für die zukünftige Ausrichtung des Archivs im digitalen Zeitalter ist das Projekt „Digitales Archiv 2.0“. Es wurde vom Regierungsrat in die Investitionsplanung aufgenommen.

## Staatsarchiv

**Konkretisierung Raumplanung** Die Erarbeitung der räumlichen und funktionalen Anforderungen an den gemeinsamen Neubau durch Staatsarchiv und Naturhistorisches Museum für die Ausschreibung des Architekturwettbewerbs beinhaltete in einer zweiten Runde auch die Ausschöpfung aller möglichen (u.a. kostenrelevanten) Synergien. Nach Abschluss der Präqualifikationsphase und der Bestimmung der Wettbewerbsteilnehmer durch die Jury wurden in der zweiten Jahreshälfte die Kriterien für die nutzerseitige Vorprüfung der Wettbewerbsbeiträge erarbeitet. Die detaillierte Vorprüfung der auf den 4. Dezember eingereichten 21 Projektvorschläge durch die Nutzer und weitere Fachexperten begann noch im Dezember.

**Digitale Archivierung** Das Projekt „Digitales Archiv 2.0“ wurde auf der Basis eines detaillierten Lösungskonzepts in die kantonale Investitionsplanung aufgenommen. Zugleich wurden die konzeptionellen Arbeiten zur Schaffung eines digitalen Lesesaals als Teil dieses Vorhabens gemeinsam mit dem Staatsarchiv St.Gallen fortgeführt. Das geplante Projekt unter der Federführung der Staatskanzlei zur „Einführung der Ablieferungsschnittstelle gemäss Standard eCH-0160“ zur Übernahme digitaler Unterlagen aus dem Geschäftsverwaltungssystem CMIKonsul wurde aus Gründen der Abstimmung mit der geplanten gesamtkantonalen Records Management-Strategie vorläufig sistiert (siehe Informationssicherung).

**Informationssicherung (Vorarchiv und Erschliessung)** Das Projekt „Sicherung und Nutzbarmachung. Mikroverfilmung und Digitalisierung von Archivgut“ - mit den Zielen Sicherung zentraler Archivbestände nach den Richtlinien des Kulturgüterschutzes, Verbesserung der Online-Zugänglichkeit und Schutz der Originale durch Digitalisierung – wurde im Berichtsjahr gemäss Projektplanung fortgeführt. Erstmals seit Einstellung der Sicherheitsverfilmung 2005 wurde im Rahmen des Projekts ein

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'548.0	-2'363.0	-2'399.5	-36.5	-1.5	148.5	5.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'254.9	-1'401.8	-1'360.6	41.2	2.9	-105.6	-8.4
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-22.9	0.0	0.0	0.0	n.a.	22.9	100.0
36 Transferaufwand	-5.0	-5.0	0.0	5.0	100.0	5.0	100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-3'830.9</b>	<b>-3'769.9</b>	<b>-3'760.1</b>	<b>9.7</b>	<b>0.3</b>	<b>70.8</b>	<b>1.8</b>
42 Entgelte	260.4	251.8	261.5	9.6	3.8	1.0	0.4
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	2.0	2.0	n.a.	2.0	n.a.
<b>Betriebsertrag</b>	<b>260.4</b>	<b>251.8</b>	<b>263.5</b>	<b>11.6</b>	<b>4.6</b>	<b>3.0</b>	<b>1.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-3'570.4</b>	<b>-3'518.0</b>	<b>-3'496.7</b>	<b>21.4</b>	<b>0.6</b>	<b>73.8</b>	<b>2.1</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-265.0	-232.4	-168.6	63.9	27.5	96.4	36.4
<b>Abschreibungen</b>	<b>-265.0</b>	<b>-232.4</b>	<b>-168.6</b>	<b>63.9</b>	<b>27.5</b>	<b>96.4</b>	<b>36.4</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-3'835.4</b>	<b>-3'750.5</b>	<b>-3'665.2</b>	<b>85.3</b>	<b>2.3</b>	<b>170.2</b>	<b>4.4</b>
34 Finanzaufwand	-0.3	0.0	-3.5	-3.5	n.a.	-3.2	<-100.0
44 Finanzertrag	0.1	0.0	0.2	0.2	n.a.	0.1	>100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>-3.3</b>	<b>-3.3</b>	<b>n.a.</b>	<b>-3.1</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-3'835.6</b>	<b>-3'750.5</b>	<b>-3'668.5</b>	<b>81.9</b>	<b>2.2</b>	<b>167.1</b>	<b>4.4</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-3'835.6	-3'750.5	-3'668.5	81.9	2.2	167.1	4.4

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-662.6	0.0	-376.8	-376.8	n.a.	285.8	43.1
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-662.6</b>	<b>0.0</b>	<b>-376.8</b>	<b>-376.8</b>	<b>n.a.</b>	<b>285.8</b>	<b>43.1</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-662.6</b>	<b>0.0</b>	<b>-376.8</b>	<b>-376.8</b>	<b>n.a.</b>	<b>285.8</b>	<b>43.1</b>

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	16.4	17.0	17.1	17.7	17.4
Benützungstage	Tg	15'979	17'606	18'209	23'151	21'780
Benützungsvorgänge	Anz	14'298	14'978	18'237	17'412	16'789
Erschliessungsgrad	%	85.1	81.0	75.9	84.0	89.4
Unbearbeitete Ablieferungen	Anz	308	316	287	254	256
Benützungen	Anz	8'538	8'024	9'203		
Fristerreichung Anfragenbeantwortung	%	85.0	80.7	81.9		

## Kommentar

- Die Anzahl Benützungstage widerspiegelt die Entwicklung der Nutzung durch Private, Verwaltung und Politik: Benützung vor Ort (Lesesaal, Bauplanausgabe, Planarchiv, Bildersammlung), die online-Benützungen (Äquivalent der Aufenthaltsdauer zu einem Benützungstag; erst ab 2009 erfasst) und sonstige Benützungen (Führungen, Vorträge, Lehrveranstaltungen, Museumsnacht usw.). Veränderung Ist 14 zu Ist 13: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv“ unter „Informationsvermittlung“.
- Die Anzahl Benützungsvorgänge umfasst die Anzahl ausgeliehener Archivalieneinheiten sowie die Anzahl Anfragen, Reproduktionen und Gesuche. Veränderung Ist 14 zu Ist 13: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv“ unter „Informationsvermittlung“.
- Frist-Erreichungsgrad: Anteil der nach 3 Jahren verzeichneten/ katalogisierten Ablieferungen an der Gesamtheit aller Ablieferungen. Veränderung Ist 14 zu Ist 13: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv“ unter „Informationssicherung“.
- Die Anzahl unbearbeiteter Ablieferungen entspricht dem Umfang nicht erschlossener resp. für die Benützung noch nicht verfügbarer Unterlagen. Veränderung Ist 14 zu Ist 13: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv“ unter „Informationssicherung“.
- Diese Kennzahl wird ab Budgetjahr 2013 nicht mehr ausgewiesen.
- Diese Kennzahl wird ab Budgetjahr 2013 nicht mehr ausgewiesen.

Auftrag zur Erstellung von Sicherheitsfilmen durch Ausbelichtung von Digitalisaten vergeben. Die Digitalisierung und Ausbelichtung auf Mikrofilm als Kulturgüterschutzmassnahme erfolgt gemäss dem im Vorjahr erarbeiteten Portfolioprozess. Das 2011 begonnene Investitionsprojekt „Ersatz von nicht-archivgerechter Verpackung bei Urkunden und Aktenbeständen des 13. bis 20. Jahrhunderts“ wurde per Ende Jahr plangemäss abgeschlossen. Sämtliche im Projektauftrag definierten Ziele wurden erreicht: 19'840 Pergamenturkunden wurden in 1'044 neue Schachteln verpackt und bei den Akten wurden insgesamt 22'011 alte Faszikelmappen in alterungsbeständige Schachteln umgepackt. Nachdem im Vorjahr das „Pilotprojekt Webarchivierung“ (Archivierung von Webseiten der kantonalen Verwaltung) kurzfristig wegen technischer Probleme abgebrochen werden musste, konnten nun 153 Webseiten, die im Pilot zur dauerhaften Archivierung bestimmt wurden, gesichert und im Archivinformationssystem verzeichnet werden. Unter der Federführung der Staatskanzlei wurde das weitere Vorgehen betreffend eine gesamt kantonale Records Management-Strategie dem Regierungsrat vorgelegt und von diesem gutgeheissen. Das Projekt beinhaltet bis 2016 das Festlegen gesamt-kantonaler Records Management Grundsätze, die Umsetzung dieser Grundsätze in der kantonalen Verwaltung sowie die Definition einer kantonalen Records Management-Strategie mit der dazugehörenden Roadmap für die kommenden 5 Jahre.

Bei den Kennzahlen resultiert der hohe Anteil nach drei Jahren erschlossener Ablieferungen insbesondere aufgrund der vergleichsweise tiefen Anzahl Ablieferungen in den zwei Vorjahren.

**Informationsvermittlung** Für die Wettbewerbsausschreibung des Neubaus wurden in Zusammenarbeit mit dem Naturhistorischen Museum und der Abteilung Kultur räumliche und betriebliche Notwendigkeiten sowie institutionelle Entwicklungspotenziale konkret ausformuliert. Die Migration der Website wurde abgeschlossen, die Inhalte und Angebote wurden benutzerorientiert überarbeitet und die neue Website anschliessend in den Betrieb überführt. Die Kooperation mit der MCH Group AG hinsichtlich des 100-Jahre-Jubiläums wurde vertieft. Wiederum stark genutzt wurde das Führungsangebot für Gruppen (Schulen, Behörden, Private). Im Bereich der Archivpädagogik wird die Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen vertieft.

Bei den Kennzahlen sind rückläufige Benutzungen vor Ort (Lesesaal), v.a. jedoch eine neue Berechnungsmethode bei den Online-Benutzungen für die Abnahme der Benutzungstage verantwortlich.

## Archäologische Bodenforschung

PD-377

Die Archäologische Bodenforschung ist verantwortlich für die Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Verständnis und zur Förderung der kulturellen Identität des Kantons Basel-Stadt geleistet.

Der Auftrag umfasst folgende drei Hauptaufgaben: Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen, Prospektionen und Auswertung anderer Quellen; Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen; Vermittlung und Bereitstellung historischer Erkenntnisse.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Seit Januar 2014 ist die Archäologische Bodenforschung in drei Abteilungen organisiert. Die bisherigen Grabungsressorts wurden zusammengelegt und mit der Inventarisierung und Konservierung ergänzt: Die Abteilung „Ausgraben/Dokumentieren“ weist nun die Bereiche „Ausgraben/Sicherstellen“ und „Inventarisieren/Konservieren“ auf. Die Abteilung „Bewahren“ umfasst neu die Bereiche „Dokumentationsarchiv/Bibliothek“ und „Zentrales Funddepot“. Die bisherige Abteilung „Vermitteln“ erhielt eine geringfügige personelle Aufstockung.

### Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes

#### Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen

Im Berichtsjahr hat die Abteilung „Ausgraben/Dokumentieren“ 123 Baugesuche nach archäologischen Gesichtspunkten bewertet und die entsprechenden Auflagen im BBG erfasst. Dazu kamen verschiedene beratende Anfragen von Planern und mehrere Stellungnahmen zu UVB.

2014 wurden insgesamt 63 archäologische Untersuchungen neu begonnen und z.T. abgeschlossen. Dazu kamen noch weitere Untersuchungen, die bereits vor 2014 begonnen hatten und andauerten.

Der Erweiterungsbau des Kunstmuseums erforderte eine archäologische Ausgrabung unter schwierigen Umständen in der Dufourstrasse. Während der Fasnachtstage konnten eine grössere Fläche innerhalb des römischen Vicus mit Resten der Holzbebauung sowie mehreren Mulden und Gruben des 2./3. Jh. n.Chr. untersucht werden. In einer Eintiefung kam die Niederlegung eines Hundes und in einer Grube diejenige eines Rindes zum Vorschein. In zwei weiteren Etappen liessen sich weitere Befunde aus römischer Zeit nachweisen, daneben aber auch Reste eines repräsentativen Gartens aus der Neuzeit.

In der Augustinergasse vor dem Haus Nummer 7 wurde ein Graben für die Kanalisation archäologisch untersucht. Dabei konnte neben mittelalterlichen Strassenniveaus hauptsächlich ein Abschnitt eines römischen Spitzgrabens ausgegraben werden, der viel Fundmaterial barg. Der Graben ist bereits früher mehrmals angeschnitten worden. Der jetzige Aufschluss bringt zusätzliche Hinweise zur Datierung und ggfs. Verwendung sowie möglicherweise zu dessen östlichem Ende. Der Spitzgraben wurde in frühromischer Zeit angelegt und verlief quer über den Münsterhügel. Ob dieser Graben die bisher wenig bekannte frühromische Siedlung im Innern unterteilte oder ob er als Siedlungsgrenze diente, ist noch nicht klar.

Bautätigkeiten im Zusammenhang mit dem Novartis-Campus-Projekt machten nördlich der Hünigerstrasse die Untersuchung einer über 700 m<sup>2</sup> grosse Fläche in einem bisher archäologisch kaum bekannten Gebiet nötig. Neben neuzeitlichen Befunden liess sich eine neue, wohl bronzezeitliche Siedlung erfassen. Pfostengruben, Gräbchen und Mulden sind Zeugnisse der einstigen Bebauung. Über die Streuung von früher geborgenen Fundobjekten liess sich bis anhin nachweisen, dass im 11. Jhd. v.Chr. das Areal der Fundstelle Gasfabrik wiederholt bronzezeitlichen Dorfgemeinschaften als Siedlungsplatz gedient haben muss. Wahrscheinlich sind die 2014 geborgenen bronzezeitlichen Fundstücke älter.

In einer Grossbaustelle am Schorenweg kamen in Ablagerungen des Rheins und darüberliegenden Schichten der Wiese fossile Holzstämme zu Tage. Deren Datierung wird nochmals Angaben zum

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'322.4	-3'372.3	-3'341.6	30.8	0.9	-19.2	-0.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'356.5	-1'033.8	-1'417.8	-384.1	-37.2	-61.3	-4.5 <sup>1</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-4'678.9</b>	<b>-4'406.1</b>	<b>-4'759.4</b>	<b>-353.3</b>	<b>-8.0</b>	<b>-80.5</b>	<b>-1.7</b>
42 Entgelte	36.2	77.2	29.8	-47.4	-61.4	-6.4	-17.7
46 Transferertrag	345.6	60.2	375.4	315.2	>100.0	29.7	8.6 <sup>2</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>381.9</b>	<b>137.4</b>	<b>405.2</b>	<b>267.8</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>23.3</b>	<b>6.1</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-4'297.0</b>	<b>-4'268.6</b>	<b>-4'354.2</b>	<b>-85.6</b>	<b>-2.0</b>	<b>-57.2</b>	<b>-1.3</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-4'297.0</b>	<b>-4'268.6</b>	<b>-4'354.2</b>	<b>-85.6</b>	<b>-2.0</b>	<b>-57.2</b>	<b>-1.3</b>
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-5.1	-0.0	-14.4
44 Finanzertrag	3.2	3.2	3.2	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>3.1</b>	<b>3.1</b>	<b>3.1</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.4</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-4'293.9</b>	<b>-4'265.5</b>	<b>-4'351.1</b>	<b>-85.6</b>	<b>-2.0</b>	<b>-57.2</b>	<b>-1.3</b>
davon Funktionen:							
31 Kulturerbe	-4'293.9	-4'265.5	-4'351.1	-85.6	-2.0	-57.2	-1.3

**Kommentar**

- 1 319.910 Grabungen: Den Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen auf 463.000 Beiträge Bund gegenüber. 313.200 Rechtsberatung: Kosten Rechtsanwalt „Dokumentation und Funde der Münstergrabungen 1966, 1973/74, Klage um Herausgabe gegen die Stiftung für Forschung in Spätantike und Mittelalter“. Gemäss RRB 13/15/42 vom 28. Mai 2013 stehen aus dem Kompetenzkonto des Regierungsrats maximal 225'000 Franken zur Verfügung. Um diesen Betrag kann das Budget unserer DST überzogen werden.
- 2 Den Mehreinnahmen stehen Mehrausgaben auf 319.910 gegenüber.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.1	21.9	22.4	24.5	23.7
Anteil ausreichend untersuchter Fundstellen	%	88	89	90	90	95
Anteil inventarisierter und zugänglich aufbewahrter Funde	%	43	40	41	50	55
Publikationen pro Jahr	Anz	3	4	2	3	3

Verlauf zumindest eines Rheinarms erbringen. Aufgrund früherer, ähnlicher Funde in Kleinbasler Gebiet liess sich nachweisen, dass das Rheinknie in der heutigen Form erst seit der Bronzezeit existierte. Mit der Bildung des Rheinknies im 2. Jtsd. v.Chr. gingen eine massive Veränderung des Landschaftsbildes und der Zirkulationsachsen einher.

Die wissenschaftliche Auswertung im Rahmen des interdisziplinären Projekts „Über die Toten zu den Lebenden: Menschliche Überreste vom spätlatènezeitlichen Fundplatz Basel-Gasfabrik und ihre kulturgeschichtlichen Deutungen“ konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die spektakulären Resultate werden nun für die Fachwelt in Form eines Synthesebandes aufbereitet.

2014 inventarisierten die Mitarbeiterinnen am Petersgraben insgesamt 9171 Funde und an der Elsäasserstrasse ca. 55'800 Objekte. Die Restauratorinnen waren sehr stark beim Fundtransfer und der damit verbundenen Zustandskontrolle involviert. Zahlreiche Metallobjekte wurden im Restaurierungslabor konserviert.

**Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen**

Von 2013 bis 2014 hat das Historische Museum Basel rund 500'000 Bodenfunde an die Archäologische Bodenforschung Basel-Stadt abgetreten, darunter Grosssteine und Architekturteile, Textilien aus Basler Bischofsgräbern sowie Artefakte aus Keramik, Glas, Metall und Knochen. Das in den verschiedenen HMB Depots gelagerte Fundmaterial (Hochbergerstrasse, Genuastrasse, Steinenberg und Petersgraben) wurde ins zentrale Depot der Archäologischen Bodenforschung an der

Lyon-Strasse sowie in deren Steinlager an der Friedrich Miescher-Strasse überführt. Damit ist die Umsetzung des vom Departementsvorsteher am 24. April 2012 getroffenen Entscheids, dass neu die Archäologische Bodenforschung für die Restaurierung und Aufbewahrung aller Basler Bodenfunde ab Fundjahr 1962 (und jünger) verantwortlich ist, auf der Zielgeraden.

2009 wurde die Dokumentation zu den 1966 und 1974/75 im Basler Münster durchgeführten Ausgrabungen gegen den Willen des Kantons Basel-Stadt in die „Stiftung für Forschung in Spätantike und Mittelalter – H. R. Sennhauser“ überführt, weshalb rechtliche Schritte gegen die Stiftung eingeleitet wurden. Der Kanton Basel-Stadt hat erfolgreich beim Bezirksgericht Zurzach im Rahmen einer vorsorglichen Massnahme beantragt, dass die Dokumentation in der Sammlung des Eidgenössischen Archivs für Denkmalpflege (EAD) in der Graphischen Sammlung der Schweizerischen Nationalbibliothek in Bern hinterlegt wird, wo geeignete Räumlichkeiten vorhanden sind. Dort wird die Dokumentation bis zum Abschluss des Hauptverfahrens gemäss den anwendbaren Benützungsvorschriften der Graphischen Sammlung in der Schweizerischen Nationalbibliothek grundsätzlich allen Interessierten zur Verfügung stehen, so insbesondere auch den am Projekt „Kunstdenkmäler des Kantons Basel-Stadt X“ beteiligten Forschenden. Die Stiftung hat gegen den Entscheid, dem keine aufschiebende Wirkung zukommt, Berufung beim Obergericht in Aarau eingelegt.

### **Vermittlung und Zurverfügungstellen historischer Erkenntnisse**

An der Museumsnacht 2014 präsentierte die ABBS unter dem Motto „keltische und römische Karren“ Erkenntnisse aus den Ausgrabungen über die antiken Strassen auf dem Münsterhügel. Im Rahmenprogramm zeigte der Experimentalarchäologe Christian Maise Nachbauten keltischer und römischer Wagen, die auch ausprobiert werden konnten – allerdings aus Sicherheitsgründen leider ohne Pferde.

Die beliebte Kindergrabung fand dieses Jahr erstmals in Zusammenarbeit mit dem Antikenmuseum Basel statt und wurde als eintägiger Workshop für 5- bis 10-jährige Kinder durchgeführt. Während zweier Wochen wurden rund 265 Kinder in verschiedene Themen der Archäologie eingeführt (Ausgraben, Bestimmen, Restaurieren, Ausstellen). Zudem wurden die Archäologischen Informationsstellen Murus Gallicus und Aussenkrypta in den Workshop integriert.

Mit dem pädagogischen Zentrum der Basler Schulen und dem pädagogischen Institut (Primarstufe) der Fachhochschule Nordwestschweiz wurde eine Zusammenarbeit initiiert. Durch den Kontakt wurde ein „Werkstattgespräch – Schule und Archäologie“ ins Leben gerufen, an dem Vertreter von Kantonsarchäologien und Didaktikprofessoren der Pädagogischen Institute der Nordwestschweiz erstmals in einen Austausch traten. Die Zusammenarbeit mit Augusta Raurica und der Kantonsarchäologie Baselland wurde im Bereich Vermittlungsarbeit intensiviert.

Nachdem die drei Archäologischen Informationsstellen auf dem Basler Münsterhügel neu konzipiert und in einen archäologischen Rundgang eingebunden worden sind, wurde dieses Jahr die Informationsstelle im Gast- und Kulturhaus Teufelhof neu konzipiert und entsprechend umgebaut. Beim verwinkelten archäologischen Keller handelt es sich um die grösste Informationsstelle auf Kantonsgebiet. Es können nun dank eines einheitlichen Vermittlungskonzeptes anhand der Informationsstellen auf dem Münsterhügel und im Teufelhof mehr als 1000 Jahre Stadtgeschichte nachvollzogen werden. In zeitgemässer Weise und Darstellungen werden im Teufelhof die ersten beiden Basler Stadtmauer sowie Bau und Bedeutung der jüngeren Basler Stadtbefestigungen erläutert. Auch für diese Informationsstelle wurde eigens ein digitales archäologisches Lebensbild erstellt.

Der Jahresbericht wurde termingerecht gedruckt. Wie jedes Jahr war die Fundchronik, aufgrund der zahlreichen archäologischen Untersuchungen, die die ABBS zu bewältigen hat, sehr umfangreich. In der Coverstory wurde der Ende 2012 neu konzipierte archäologische Rundgang auf dem Münsterhügel inhaltlich umfassend und reich bebildert vorgestellt. Im wissenschaftlichen Bericht wurde *pars pro toto* dargelegt, anhand welcher wissenschaftlichen Grundlagen die ABBS ihre Lebensbilder erarbeitet.

## Globalbudget Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Kunstmuseum Basel und das Museum für Gegenwartskunst sind zwei international ausstrahlende Museen, welche nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes geführt werden. Sie erweitern, bewahren, erforschen, dokumentieren und vermitteln die seit 1661 bestehende und seit 1671 öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für Kunst von Weltgeltung. Vermittlung von Einsichten in Zusammenhänge, Rezeptionsgeschichte, Geschichte und Wandel der internationalen Kunst sowie den lebendigen Umgang mit ihr, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

## Tätigkeiten und Projekte

Das reichhaltige Programm in den beiden Häusern Kunstmuseum und Museum für Gegenwartskunst umfasste vierzehn Ausstellungen, die sich vor allem an ein kunstaffines Publikum richteten. Dies führte zu einem breiten Echo in der Kunstwelt und den Medien und zu einer Gesamtbesucherzahl von 198'841. Im Museum für Gegenwartskunst präsentierte der neue Leiter und Kurator Søren Grammel erfolgreich seine beiden ersten Ausstellungen „Le Corbeau et le Renard“ und „One Million Years - System und Symptom“ und verhalf damit zum Gesamtergebnis von 21'780 Besucherinnen und Besucher. Dies entspricht einer Zunahme von rund 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Finanziell wurden die Ausstellungen durch die generöse Unterstützung von mehreren Stiftungen, Donatoren und Sponsoren ermöglicht.

Die Bauarbeiten am Erweiterungsbau verliefen wie geplant, die Kosten und Termine konnten vollständig eingehalten werden. Nach Abschluss der Rohbauarbeiten fand am 12. August je eine Baustellenführung für den Lenkungsausschuss und für die Medien statt. Einen Monat später, am 12. September, versammelten sich über 100 Handwerker, Bauleute, Ingenieure sowie Vertreter der Planungsteams und -kommissionen zum Richtfest auf der Baustelle.

Hinter den Kulissen wurden derweil die Massnahmen zum Schutz und zur Sicherung der Kunstwerke für die bevorstehende Museumsschliessung vorbereitet und ein externes Kunstdepot bezogen. Ausserdem beschäftigte sich die Direktion zusammen mit den Leitenden der Abteilungen mit der Organisationsentwicklung hin zum erweiterten Kunstmuseum 2016. Erste Schritte, insbesondere in den Bereichen Personal und Finanzen, konnten bereits umgesetzt werden.

Folgende Ausstellungen hat das Kunstmuseum und das Museum für Gegenwartskunst im Jahr 2014 präsentiert:

Lena Maria Thüring. Manor Kunstpreis Basel 2013, vom 28. September 2013 bis 5. Januar 2014, Museum für Gegenwartskunst

Piet Mondrian – Barnett Newman – Dan Flavin, vom 8. September 2013 bis 19. Januar 2014, Kunstmuseum

Jakob Christoph Miville (1786 – 1836). Ein Basler Landschaftsmaler zwischen Rom und St. Petersburg, vom 16. November 2013 bis 16. Februar 2014, Kunstmuseum



**Finanzen**

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
<b>Vollkostenrechnung in 1'000 Franken</b>							
Personalaufwand	-10'791.3	-10'248.3	-10'851.3	-603.0	-5.9	-59.9	-0.6
Übriger Aufwand	-9'604.3	-11'073.4	-9'970.1	1'103.3	10.0	-365.9	-3.8
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-20'395.6</b>	<b>-21'321.7</b>	<b>-20'821.4</b>	<b>500.3</b>	<b>2.3</b>	<b>-425.8</b>	<b>-2.1</b>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>6'727.7</b>	<b>7'733.3</b>	<b>6'526.4</b>	<b>-1'206.9</b>	<b>-15.6</b>	<b>-201.3</b>	<b>-3.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-13'667.9</b>	<b>-13'588.4</b>	<b>-14'295.0</b>	<b>-706.6</b>	<b>-5.2</b>	<b>-627.1</b>	<b>-4.6</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>134.0</b>	<b>-2.4</b>	<b>-43.8</b>	<b>-41.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-177.7</b>	<b>&lt;-100.0</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	-1'463.6	-1'000.0	-985.4	14.6	1.5	478.2	32.7
Umlagen Querschnittsleistungen	-440.0	-730.7	-704.6	26.0	3.6	-264.6	-60.1
<b>Vollkosten</b>	<b>-15'437.6</b>	<b>-15'321.4</b>	<b>-16'028.8</b>	<b>-707.4</b>	<b>-4.6</b>	<b>-591.2</b>	<b>-3.8</b>

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
<b>Investitionsrechnung in 1'000 Franken</b>							
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'255.3	0.0	-5'255.3	-5'255.3	n.a.	-4'000.0	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-41.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	41.0	100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	951.9	0.0	4'270.6	4'270.6	n.a.	3'318.7	>100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-344.4</b>	<b>0.0</b>	<b>-984.7</b>	<b>-984.7</b>	<b>n.a.</b>	<b>-640.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-344.4</b>	<b>0.0</b>	<b>-984.7</b>	<b>-984.7</b>	<b>n.a.</b>	<b>-640.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Kunstaussstellungen	Anzahl Besucher/-innen	>	245'635	262'479	220'000	198'841
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	758	817	500	587
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'052	1'264	1'000	1'092
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Galerie	=	100%	100%	100%	100%
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Kupferstichkabinett	=	5%	6%	5%	6%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	500	500	500	713

every time you think of me, I die, a little. Das Memento Mori bei Andy Warhol und Douglas Gordon, vom 28. September 2013 bis 27. April 2014, Museum für Gegenwartskunst

Fokus: Van den Berghe bis Tytgat. Flämische Expressionisten aus der Emanuel Hoffmann-Stiftung, vom 16. Februar 2014 bis 25. Mai 2014, Kunstmuseum

Die überraschten Masken: James Ensor. Aus dem Königlichen Museum für Schöne Künste Antwer-

pen und Schweizer Sammlungen, vom 16. Februar 2014 bis 25. Mai 2014, Kunstmuseum

Kasimir Malewitsch - Die Welt als Ungegenständlichkeit, vom 1. März 2014 bis 22. Juni 2014, Kupferstichkabinett

Le Corbeau et le Renard. Aufstand der Sprache mit Marcel Broodthaers, vom 22. März 2014 bis 17. August 2014, Museum für Gegenwartskunst

Charles Ray. Skulpturen 1997-2014, vom 15. Juni 2014 bis 28. September 2014, Kunstmuseum und Museum für Gegenwartskunst

Paul-Martials Welt der gewöhnlichen Dinge. Neu erworbene Fotografien aus der Sammlung Herzog, vom 5. Juli 2014 bis 19. Oktober 2014, Kunstmuseum

For Your Eyes Only. Eine Privatsammlung zwischen Manierismus und Surrealismus, vom 20. September 2014 bis 4. Januar 2015, Kunstmuseum

Caspar Wolf und die ästhetische Eroberung der Natur, vom 19. Oktober 2014 bis 1. Februar 2015, Kunstmuseum

Albrecht Dürer und sein Kreis. Zeichnungen aus dem Kupferstichkabinett des Kunstmuseums Basel, vom 1. November 2014 bis 1. Februar 2015, Kupferstichkabinett

**Sammlung/Forschung** Wie in den Jahren zuvor, konnte auch im Berichtsjahr die Sammlung um einige erstklassige Ankäufe ergänzt werden, beispielsweise vier Werke von Gerhard Richter „Verkündigung nach Tizian“ von 1973, die durch äusserst grosszügige private Zuwendungen ermöglicht wurden. Weiteren Zuwachs erfuhr die Sammlung durch zahlreiche Geschenke, Legate und Deposita.

**Bildung und Vermittlung** Die hohe Qualität der Angebote wurde durch den Besuch von 1'092 Schulklassen bestätigt. Davon kamen 830 bzw. 76 Prozent aus Basel-Stadt und Basel-Land, weitere 108 bzw. knapp 10 Prozent reisten aus der übrigen Schweiz und 154 bzw. 14 Prozent aus dem Ausland an. Auffällig war der Rückgang der Schulen aus der Schweiz um 46 Prozent und auch die gebuchten Führungen nahmen gegenüber dem Vorjahr ab, von 728 auf 587 bzw. um 20 Prozent.

**Dienstleistungen** Im Bistro Kunstmuseum konnte mit einem guten Verhältnis aus Museumsbesuchern und Stammgästen ein Jahresumsatz von 850'000 Franken erzielt werden. Die Bibliothek zählte 13'755 Besucherinnen und Besucher. Dies entspricht einer Zunahme von 785 Personen beziehungsweise 6 Prozent. 1'948 aktive Benutzerinnen und Benutzer generierten im Berichtsjahr 38'672 Ausleihen. Die geringere Besucherzahl im Kunstmuseum wirkte sich auf den Jahresumsatz in der Buchhandlung aus und lag bei 1.07 Mio. Franken Der Umsatz pro Besucher konnte mit 6.55 Franken trotzdem konstant gehalten werden.

## Globalbudget Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Antikenmuseum Basel betreibt ein archäologisches Museum und eine Sammlung von Abgüssen nach antiken Werken (Skulpturhalle) in zwei Liegenschaften nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1961 bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für fremde Weltanschauungen und Werte, welche die materielle und geistige Grundlage unserer heutigen Gesellschaft bilden, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

## Tätigkeiten und Projekte

**Allgemein** Das Berichtsjahr war das zweite Amtsjahr des neuen Direktors und das erste des neuen Verwaltungsleiters. Die Zusammenarbeit ist sehr konstruktiv und zielgerichtet. Die 2013 angepasste Personalstruktur hat sich bewährt.

2014 realisierte das Antikenmuseum Basel eine Vielzahl an Ausstellungen, welche mit einem sehr hohen Einsatz des gesamten Personals erfolgreich präsentiert wurden.

**Sammlung/Forschung** Die eigene hochkarätige Dauersammlung hat auch im Berichtsjahr wieder ihre beiden Hauptzwecke erfüllt: den Besuchenden eine einmalige kulturhistorische Reise an die Quelle unserer Zivilisation ermöglicht und die Wissenschaft mit aussergewöhnlichen Exponaten unterstützt. Darüber hinaus wurden wichtige Werke für Ausstellungen in der Schweiz und im Ausland temporär ausgeliehen.

Der Ankauf von sieben Neuerwerbungen erfolgte im Sinne der Provenienzforschung mit strengen Kontrollen und nach internationalen Standards.

Die Umdisposition der Dauersammlung nach stärker zeitgemässen und publikumsfreundlicheren Kriterien findet nicht wie geplant statt. Dafür beantragte Investitionen in den Umbau und die Gestaltung der Räumlichkeiten hat die Regierung abgelehnt. Der Fokus liegt nun auf einem möglichen Umzug an die Augustinergasse, falls das Naturhistorische Museum den Berri-Bau in den nächsten Jahren wie geplant verlassen wird.

**Vermittlung** Hauptelement der Vermittlung sind nach wie vor die Ausstellungen und die damit verknüpften Events, Führungen, Workshops, Podiumsdiskussionen, Lesungen, Theaterstücke und Konzerte.

Die Ausstellung „Wann ist man ein Mann“, welche an beiden Liegenschaften mit unterschiedlichen Schwerpunkten gezeigt wurde, konnte um einen Monat bis Ende April 2014 verlängert werden. Die prognostizierte Besucherzahl wurde deutlich übertroffen.

**Finanzen**

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-3'496.5	-3'631.7	-3'537.0	94.8	2.6	-40.4	-1.2
Übriger Aufwand	-3'057.4	-2'276.2	-2'587.9	-311.7	-13.7	469.6	15.4
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-6'554.0</b>	<b>-5'908.0</b>	<b>-6'124.9</b>	<b>-216.9</b>	<b>-3.7</b>	<b>429.1</b>	<b>6.5</b>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>1'329.1</b>	<b>544.5</b>	<b>750.9</b>	<b>206.4</b>	<b>37.9</b>	<b>-578.2</b>	<b>-43.5</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-5'224.9</b>	<b>-5'363.5</b>	<b>-5'374.0</b>	<b>-10.6</b>	<b>-0.2</b>	<b>-149.1</b>	<b>-2.9</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>2.6</b>	<b>-0.8</b>	<b>-1.2</b>	<b>-0.4</b>	<b>-52.5</b>	<b>-3.9</b>	<b>&lt;-100.0</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	-2.6	0.0	-1.5	-1.5	n.a.	1.0	40.4
Umlagen Querschnittsleistungen	-1'053.1	-1'326.4	-1'306.5	19.9	1.5	-253.4	-24.1
<b>Vollkosten</b>	<b>-6'277.9</b>	<b>-6'690.7</b>	<b>-6'683.3</b>	<b>7.4</b>	<b>0.1</b>	<b>-405.4</b>	<b>-6.5</b>

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-90.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	90.1	100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-90.1</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>90.1</b>	<b>100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-90.1</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>90.1</b>	<b>100.0</b>

**Kommentar**

Die Sonderausstellungen beeinflussen sehr stark die finanziellen Zahlen. Verschiebungen von Ausstellungen erschweren den Vergleich mit dem Budget.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur antiken Kunst und Kultur	Anzahl Besucher/-innen	=	51'635	71'482	42'000	44'253
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	153	394	200	316
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	383	379	380	410
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generationen, sich anhand von Originalobjekten mit antiken Kulturen auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad der Sammlung	>=	75%	80%	80%	80
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	=	27	23	30	69
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externer Forscher/-innen	=	200	230	200	215

Im Juni 2014 wurde die Ausstellung „Roma Eterna - 2000 Jahre Skulptur aus den Sammlungen Santarelli und Zeri“ mit rund 70 hochkarätigen Steinskulpturen aus italienischen Privatsammlungen eröffnet. Die Präsentation erfolgte nach aktualitätsbezogenen Themen und dauert bis Ende Januar 2015.

Mit der Ausstellung „Blumenreich - Wiedergeburt in Pharaonengräbern“ haben wir ein anderes Bild

des alten Ägypten gezeigt. Ab September 2014 sind hier bis März 2015 umfangreiche Blumenpräparate von Königsmumien, bunt bemalte Särge und mit Blumen und Pflanzen verzierte Kunstwerke zu sehen.

Ab Mai 2014 zeigte die Skulpturhalle griechische Frauenbilder und ihr Wandel von der archaischen bis zur hellenistischen Epoche. Statuen von göttlichen, mythischen und sterblichen Frauen, ebenso wie Grab- und Weihreliefs im antiken Griechenland als Symbol für die weibliche Schönheit aber auch für ihre Macht und Stärke. Am 20. August eröffneten wir aus Anlass des 2000. Todestages des ersten römischen Kaisers Augustus die Sonderausstellung „Augustus - Macht, Moral, Marketing von 200 Jahren“. Beide Ausstellungen in der Skulpturhalle wurden begleitet durch umfangreiche Führungen, Familienanlässe und Workshops.

**Dienstleistungen** Begleitend zu allen Sonderausstellungen wurden Zusatzveranstaltungen angeboten wie mehrsprachige Führungen, Cocktail-Anlässe, Fachvorträge, Veranstaltungen sowie Podiumsdiskussionen.

Das Shop-Angebot wurde für die Ausstellungen wiederum thematisch angepasst und erlangt dadurch eine grosse Aufmerksamkeit.

Die schönen Räumlichkeiten unseres Bistros werden nicht nur zum Mittagslunch sondern auch für Abend- und Wochenendveranstaltungen rege genutzt.

## Globalbudget Historisches Museum Basel

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Historische Museum Basel betreibt in vier Liegenschaften (inklusive Depots: zehn Liegenschaften) ein kulturhistorisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1671 (als eigene Institution seit 1856) bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)  
 Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)  
 inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

## Tätigkeiten und Projekte

Die im Herbst 2013 eröffneten beiden Sonderausstellungen „Pop@Basel“ und „Echte Burgen-Falsche Ritter“ im Museum für Musik bzw. im Museum für Geschichte konnten bis zu deren Abbau im Sommer 2014 ihre gute Resonanz halten. Die ab Mitte Mai im Museum für Wohnkultur gezeigte Sonderausstellung „Sag' mir, wie du wohnst...“ sprach zwar ein Thema an, das Jedermann betrifft, trotzdem aber die Besucher nicht ganz im erwarteten Umfang ansprach. Die umfangreichen Sanierungsmassnahmen in der Elisabethenstrasse hatten eventuell einen zusätzlichen Einfluss auf die Attraktivität des Hauses. Ab August bzw. September erlebte das Museum für Geschichte eine Premiere mit zwei gleichzeitig in einem Haus stattfindenden Sonderausstellungen. „14/18 - Die Schweiz und der grosse Krieg“ erfreute sich einer sehr regen Nachfrage und auch die „Flimmerkiste - 60 Jahre Fernsehen in der Schweiz“ sprach ein Publikum an, welches nicht den klassischen Museumsbesuchern entspricht. Die Diversifizierung im Bereich der Publika ist dem HMB damit im 2014 sehr gut gelungen. Besondere Erwähnung verdienen die diversen Aktivitäten im Museum für Pferdestärken, welche die Attraktivität dieses Standortes vermehrt in den Fokus gerückt haben (Living history, Kletterkutsche uvam.)

**Sammlung/Forschung** Alle neu zugegangenen Sammlungsobjekte werden laufend inventarisiert und sachgerecht gelagert. Das seit Jahren laufende, mehrheitlich privat finanzierte Forschungsprojekt zur Basler Goldschmiedekunst wurde mit der Publikation des zweiten Bandes zum Thema abgeschlossen. Die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Universitäten und Fachhochschulen wurde im üblichen Rahmen weiter gepflegt. Gastreferate an renommierten Institutionen im vorwiegend europäischen Umfeld, vereinzelte Mandate und mehrere Kooperationen im Ausstellungsbereich zeugen von der zunehmenden, internationalen Vernetzung des Historischen Museums Basel und des anerkannten, guten Rufes des Museums.

**Vermittlung** Die Anzahl an Gruppenführungen für Private und vor allem die Führungen von Schulklassen gehören weiterhin zu den attraktivsten Vermittlungsprodukten des Historischen Museums Basel. Auch Workshops und Kindergeburtstage werden rege nachgefragt. Neue Formate wie Tweenings/Tweetups verzeichnen konstante Wachstumsquoten. Die jährliche Museumsnacht brachte dank eines sehr attraktiven Angebots eine Vielzahl von Besuchern, die nicht zu den klassischen Museumsgängern gehören.

**Dienstleistungen** Das Café in der Barfüsserkerche hat eine solide Stammkundschaft und eine gute Auslastung – vor allem über die Mittagszeit. Das Angebot des Museumsshops wird laufend

**Finanzen**

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
<b>Vollkostenrechnung in 1'000 Franken</b>							
Personalaufwand	-6'489.1	-6'222.5	-6'301.4	-78.9	-1.3	187.7	2.9
Übriger Aufwand	-4'558.1	-4'631.0	-4'232.9	398.0	8.6	325.1	7.1
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-11'047.1</b>	<b>-10'853.4</b>	<b>-10'534.3</b>	<b>319.1</b>	<b>2.9</b>	<b>512.8</b>	<b>4.6</b>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>959.0</b>	<b>802.0</b>	<b>755.7</b>	<b>-46.3</b>	<b>-5.8</b>	<b>-203.3</b>	<b>-21.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-10'088.1</b>	<b>-10'051.4</b>	<b>-9'778.6</b>	<b>272.8</b>	<b>2.7</b>	<b>309.5</b>	<b>3.1</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>12.4</b>	<b>11.0</b>	<b>6.4</b>	<b>-4.6</b>	<b>-42.1</b>	<b>-6.0</b>	<b>-48.4</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	-1'752.8	-328.0	-118.6	209.5	63.8	1'634.2	93.2
Umlagen Querschnittsleistungen	-387.4	-676.6	-653.2	23.4	3.5	-265.9	-68.6
<b>Vollkosten</b>	<b>-12'215.9</b>	<b>-11'045.1</b>	<b>-10'544.1</b>	<b>501.0</b>	<b>4.5</b>	<b>1'671.8</b>	<b>13.7</b>

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
<b>Investitionsrechnung in 1'000 Franken</b>							
Ausgaben Grossinvestitionen	-106.8	0.0	-6.2	-6.2	n.a.	100.6	94.2
Ausgaben Kleininvestitionen	-59.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	59.0	100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-165.8</b>	<b>0.0</b>	<b>-6.2</b>	<b>-6.2</b>	<b>n.a.</b>	<b>159.6</b>	<b>96.3</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-165.8</b>	<b>0.0</b>	<b>-6.2</b>	<b>-6.2</b>	<b>n.a.</b>	<b>159.6</b>	<b>96.3</b>

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachpublikationen	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst	Anzahl Besucher/-innen	>	157'330	158'744	165'000	137'824
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	348	468	350	331
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	406	454	400	489
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit der lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	17	17	15	17
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl ausgeliehene Objekte	>	104	84	65	67
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externe Forschungen	>	13	29	40	2
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	417	884	400	605

erweitert und vor allem bezüglich Warenpräsentation und Sortiment immer attraktiver. Entsprechend erfreulich entwickeln sich die Umsätze. Die Frequentierung der Bibliothek durch Studierende von

verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen blieb auf hohem Niveau.

**Planung** In einem Projekt zur Generalsanierung und Neueinrichtung des Museums für Wohnkultur wurde die Machbarkeitsstudie abgeschlossen.



## Globalbudget Naturhistorisches Museum Basel

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Naturhistorische Museum Basel betreibt im Museumsgeviert an der Augustinergasse eine Institution nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1821 bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die unbelebte und belebte Natur. Vermitteln von Einsichten in Prozesse und Entwicklungen in der Natur, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

## Tätigkeiten und Projekte

2014 erfolgte die Ausschreibung zur Präqualifikation des Wettbewerbs Neubau Naturhistorisches Museum/Staatsarchiv. Aus 120 eingegangenen Bewerbungen wählte die Jury 22 Bewerbende aus, die anschliessend das Wettbewerbsprogramm erhielten. Im Dezember begann die Vorprüfung der 21 eingegangenen Projekte durch die Nutzer und externe Experten. Hier zeigt sich wiederum dass ein grosser Teil der Ressourcen des Hauses gebunden werden und damit für den Normalbetrieb nicht zur Verfügung stehen.

**Sammlung/Forschung** Die Kuratoren sind schwerpunktmässig mit der digitalen Erfassung des Sammlungsguts und der Ausleihe an nationale und internationale Museen und Universitätsinstitute beschäftigt. 2014 konnte mit Drittmitteln eine der bedeutendsten Sammlungen afrikanischer Säugtiere erworben werden; damit verstärkt sich der Schwerpunkt rezenter und fossiler Säugetiere und das Museum beherbergt nun wohl eine der wichtigsten Sammlungen weltweit. Der Verband der naturhistorischen Sammlungen der Schweiz und Lichtenstein wurde im Dezember 2014 gegründet; erster Präsident ist der Direktor des Naturhistorischen Museums Basel. In diesem Verband sind alle 33 nationalen naturwissenschaftlichen Sammlungen und Museen der Schweiz zusammengeschlossen.

Das Museum ist national und international an verschiedenen wissenschaftlichen Projekten beteiligt oder sogar federführend, die mehrheitlich mit Drittmitteln finanziert werden (Stiftungen, Nationalfonds). Biowissenschaftliche Schwerpunkte sind die Taxonomie und Biogeographie und Phylogenie von Käfern, Spinnen und Blattläusen in der Schweiz (Region Basel, Graubünden) wie auch International (Oman, Brasilien, Nepal). Die Forschungsschwerpunkte der Geowissenschaften liegen im Bereich der Evolution von Foraminiferen (Einzeller), der Taxonomie von Krebsen und Muscheln (Nordwestschweiz) und der Paläoökologie und Paläobiologie meso- und känozoischer Wirbeltiere (Nordwestschweiz, Alpen, Spanien, Frankreich). Die Ausbildung von Bachelor- und Masterstudenten und Doktoranden sowie die Lehre an der Universität Basel gehören weiterhin zu den wichtigen Aufgaben des Museums.

**Vermittlung** Vermittlungsangebote umfassen regelmässige thematische Führungen in den Dauerausstellungen, aber auch szenische Führungen zur Geschichte des Hauses, Workshops und das Naturfilmfestival im Winterhalbjahr. Die Museumsnacht stand unter dem Zeichen einer Kooperation

**Finanzen**

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-4'918.3	-5'087.7	-5'056.8	30.9	0.6	-138.5	-2.8
Übriger Aufwand	-3'495.1	-4'067.6	-4'169.2	-101.6	-2.5	-674.2	-19.3
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-8'413.4</b>	<b>-9'155.3</b>	<b>-9'226.1</b>	<b>-70.7</b>	<b>-0.8</b>	<b>-812.7</b>	<b>-9.7</b>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>939.2</b>	<b>706.4</b>	<b>1'052.7</b>	<b>346.3</b>	<b>49.0</b>	<b>113.5</b>	<b>12.1</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-7'474.2</b>	<b>-8'448.9</b>	<b>-8'173.4</b>	<b>275.6</b>	<b>3.3</b>	<b>-699.1</b>	<b>-9.4</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>60.9</b>	<b>0.4</b>	<b>-0.7</b>	<b>-1.0</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-61.6</b>	<b>&lt;-100.0</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	-299.2	-413.5	-227.1	186.3	45.1	72.1	24.1
Umlagen Querschnittsleistungen	-329.5	-603.3	-583.2	20.1	3.3	-253.7	-77.0
<b>Vollkosten</b>	<b>-8'042.0</b>	<b>-9'465.4</b>	<b>-8'984.4</b>	<b>481.0</b>	<b>5.1</b>	<b>-942.4</b>	<b>-11.7</b>

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-622.6	0.0	-682.6	-682.6	n.a.	-60.0	-9.6
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-622.6</b>	<b>0.0</b>	<b>-682.6</b>	<b>-682.6</b>	<b>n.a.</b>	<b>-60.0</b>	<b>-9.6</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-622.6</b>	<b>0.0</b>	<b>-682.6</b>	<b>-682.6</b>	<b>n.a.</b>	<b>-60.0</b>	<b>-9.6</b>

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zu naturwissenschaftlichen Themen	Anzahl Besucher/-innen	>	100'373	99'215	60'000	87'642
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	215	643	250	230
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'290	1'301	800	1'206
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Ausleihen von Objekten	>	59'033	8'415	500	173
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Besuchertage Gastwissenschaftler/-innen	>	315	748	150	322
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	33'328	25'066	500	26'931

**Kommentar**

- 1 Leicht weniger als vorhergesagt, da Ressourcen gebunden für Umzug ins externe Lager.
- 2 Anzahl Sendungen und nicht Objekte (diese wären in den Tausenden)

mit dem Staatsarchiv Basel-Stadt. Am 30. März ging die kleine Sonderausstellung „Xavier Mertz, verschollen in der Antarktis“ zu Ende. Dies war ein weiteres Kooperationsprojekt mit dem Staatsarchiv Basel-Stadt. „Parasiten - Life Undercover“ wurde am 26. Oktober 2014 eröffnet.

**Dienstleistungen** Das erfolgreiche Format des „Chillen“, Barbetrieb mit Ausstellungsbesuch, fand 2014 insgesamt neun Mal statt und verzeichnete total 2019 Besuchende. Die Aula und der Bereich

Wal & Fisch werden weiterhin für externe Anlässe vermietet, um zusätzliche Einnahmen zu generieren.

## Globalbudget Museum der Kulturen Basel

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Museum der Kulturen Basel (MKB) betreibt in elf Liegenschaften ein ethnologisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums (ICOM), auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1849 bestehende öffentliche Sammlung.

### Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

### Wirkungen

Förderung der Verbundenheit und der Auseinandersetzung mit den Kulturen der Welt sowie des Interesses und Verständnisses für andere Weltanschauungen und Werte. Vermitteln von Einsichten in Zusammenhänge, Geschichte und Wandel europäischer und aussereuropäischer Kulturen vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Steigerung der Attraktivität der Stadt Basel.

## Tätigkeiten und Projekte

Im 2014 konzentrierte sich die Arbeit des Museums weiterhin darauf, die mit der Neueröffnung gesetzte Positionierung als publikumsnahes, lebendiges und innovatives Haus auf allen Ebenen zu festigen und auszubauen. Weiterhin wurden – vornehmlich anhand des eigenen Sammlungsbestandes – kulturelle Dimensionen des Lebens ausgeleuchtet. Seit der Neueröffnung des Museums im September 2011 wurden in 19 Ausstellungen insgesamt 5'162 Objekte aus der eigenen Sammlung gezeigt. Auf der Basis des bestehenden Konzeptes wurde vermittelt, wodurch sich das Weltverständnis und die Wertvorstellungen von Individuen oder ganzen Gruppen von Menschen auszeichnen, wie sie sich weiterentwickeln und zu unseren eigenen Vorstellungen in Beziehung stehen.

**Sammlung / Forschung** Grosse Sammlungskonvolute, die neu eingegangen sind, wurden weiter bearbeitet. Das im 2011 umrissene Forschungsprogramm „Fellowship Museum der Kulturen“ wurde mit zwei Projekten zu den Themen 'Die andere Globalisierung: Werkzeugkästen der Ethnologie und des Museums' und 'Provenienzforschung: ausgewählte Sammlungsstücke und ihre Verbindung zum Ersten Weltkrieg' institutionalisiert. Bereits bestehende Forschungsk Kooperationen (Mexiko, Brasilien etc.) wurden weitergeführt.

**Vermittlung** Die erhöhte Kadenz von Ausstellungen wurde auch im 2014 weitergeführt. Insgesamt wurden 5 neue Ausstellungen eröffnet: die zweite Dauerausstellung (StrohGold – Kulturelle Transformation sichtbar gemacht), 3 Sonderausstellungen (Semiwild – Or unlimited desire, Papageienkoffer – Arte popular aus Lateinamerika, Flickwerk zur Erleuchtung – Das buddhistische Mönchsgewand) sowie die traditionelle Weihnachtsausstellung (Traurige Weihnacht im Rahmen des trinationalen Projekts: Jahrestag Kriegsbeginn 1914). Auch im 2014 wurden zu allen Ausstellungen Rahmenprogramme (Führungen, Ausstellungsgespräche, Interventionen, Workshops, Konzerte, etc.) zielgruppenspezifisch durchgeführt. Mit dem im 2013 gestarteten Projekt „Junges Museum“, das Jugendlichen ab 14 Jahren eine Plattform bietet, sich mit der Museumsarbeit auseinanderzusetzen, wurden im 2014 die von ihnen recherchierten Themen und erarbeiteten Formate dem Publikum in Form einer Ausstellung mit dem Titel ‚Heimaten‘ vorgestellt. Mit Unterstützung der Stiftung Mercator Schweiz konnte das seit Mitte 2012 bestehende neue Vermittlungsformat „Kultur-Dialog / Dialog-Kultur“ weitergeführt werden.

**Finanzen**

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
<b>Vollkostenrechnung in 1'000 Franken</b>							
Personalaufwand	-4'811.3	-4'951.4	-4'835.8	115.6	2.3	-24.5	-0.5
Übriger Aufwand	-4'294.3	-4'455.8	-4'213.2	242.6	5.4	81.1	1.9
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-9'105.6</b>	<b>-9'407.2</b>	<b>-9'049.0</b>	<b>358.2</b>	<b>3.8</b>	<b>56.6</b>	<b>0.6</b>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>780.7</b>	<b>1'109.7</b>	<b>756.1</b>	<b>-353.6</b>	<b>-31.9</b>	<b>-24.7</b>	<b>-3.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-8'324.8</b>	<b>-8'297.5</b>	<b>-8'292.9</b>	<b>4.6</b>	<b>0.1</b>	<b>31.9</b>	<b>0.4</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-1.8</b>	<b>47.0</b>	<b>-2.8</b>	<b>-49.8</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-1.0</b>	<b>-58.7</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	-710.0	-1'270.1	-733.9	536.2	42.2	-23.8	-3.4
Umlagen Querschnittsleistungen	-327.1	-619.9	-598.8	21.1	3.4	-271.6	-83.0
<b>Vollkosten</b>	<b>-9'363.7</b>	<b>-10'140.4</b>	<b>-9'628.3</b>	<b>512.1</b>	<b>5.1</b>	<b>-264.6</b>	<b>-2.8</b>

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
<b>Investitionsrechnung in 1'000 Franken</b>							
Ausgaben Grossinvestitionen	-197.3	0.0	-933.7	-933.7	n.a.	-736.4	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-89.9	0.0	0.0	0.0	n.a.	89.9	100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-287.2</b>	<b>0.0</b>	<b>-933.7</b>	<b>-933.7</b>	<b>n.a.</b>	<b>-646.5</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-287.2</b>	<b>0.0</b>	<b>-933.7</b>	<b>-933.7</b>	<b>n.a.</b>	<b>-646.5</b>	<b>&lt;-100.0</b>

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Zeitgemässe thematisch breite Ausstellungen über die Kulturen der Welt	Anzahl Besucher/-innen	>	60'032	67'655	75'000	65'625
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	265	258	180	257
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	157	148	150	144
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit den Kulturen der Welt auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Schweiz	>	6/69	9/147	10/100	12/174
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Ausland	>	10/184	8/66	5/25	10/443
Relevanz für die Fachwelt	Für die Betreuung externer Forscher/-innen aufgewendete Arbeitstage	=	127	103	70	130
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Objekte	>	640	183	100	305
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Fotografien / Dias	>	40	466	50	0

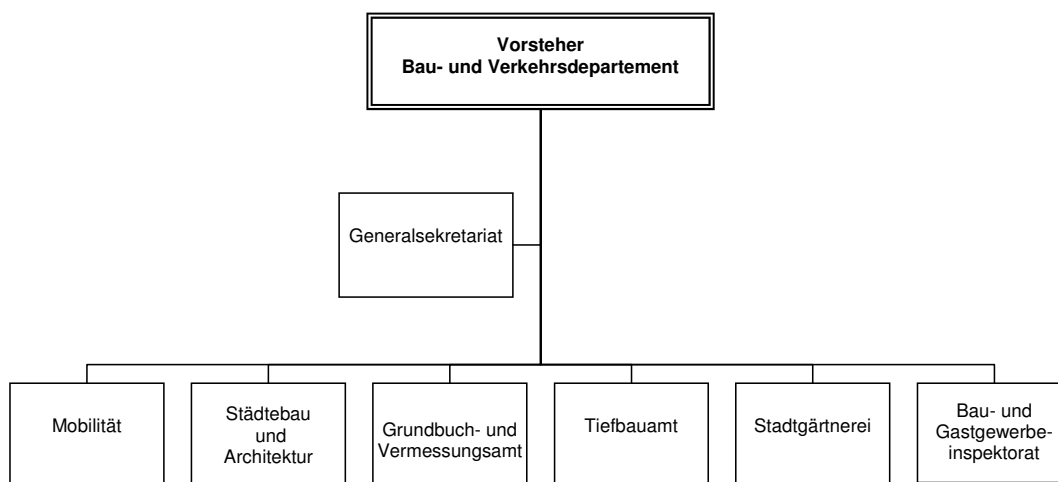
**Kommentar**

- 1 Die Inventarisierung der Neuzugänge von mehr als 20'000 Sammlungsobjekten ist abhängig von den verfügbaren Ressourcen (Personal, Lagerungshilfsmittel).

**Dienstleistungen** Im Shop wurde weiterhin ein auf die Ausstellungen und Jahreszeiten abgestimmtes Sortiment an Produkten und Publikationen angeboten. Bei der Auswahl des Sortiments legte das Museum wieder grossen Wert auf die Förderung von lokalem Handwerk, auf fairen Handel und auf umwelt- und sozialverträgliche Produktion.

## 4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement

BVD-601	Generalsekretariat	201
BVD-602	Bau- und Gastgewerbeinspektorat	203
BVD-614	Stadtgärtnerei	205
BVD-617	Tiefbauamt	209
BVD-631	Grundbuch- und Vermessungsamt	212
BVD-651	Städtebau und Architektur	215
BVD-661	Mobilität	221
	Globalbudget Öffentlicher Verkehr	225
BVD	Produktgruppe Tram und Bus	227
BVD	Produktgruppe Regio-S-Bahn	229
BVD	Produktgruppe Tarife und Verbände	231



**Finanzen**

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-121.3	-123.3	-122.4	0.9	0.7	-1.1	-0.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-65.6	-64.5	-63.0	1.5	2.4	2.6	3.9
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.4	-1.3	-1.4	-0.1	-10.7	0.0	0.3
36 Transferaufwand	-82.0	-85.7	-84.0	1.7	2.0	-2.0	-2.5
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-270.3</b>	<b>-274.8</b>	<b>-270.9</b>	<b>4.0</b>	<b>1.4</b>	<b>-0.6</b>	<b>-0.2</b>
41 Regalien und Konzessionen	7.3	7.5	6.7	-0.8	-10.4	-0.6	-8.2 <sup>1</sup>
42 Entgelte	104.0	83.0	95.8	12.8	15.4	-8.3	-8.0 <sup>2</sup>
43 Verschiedene Erträge	2.7	2.3	4.5	2.2	98.8	1.8	66.9 <sup>3</sup>
46 Transferertrag	7.3	8.0	8.1	0.2	2.3	0.9	11.9
<b>Betriebsertrag</b>	<b>121.3</b>	<b>100.7</b>	<b>115.1</b>	<b>14.4</b>	<b>14.3</b>	<b>-6.2</b>	<b>-5.1</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-149.0</b>	<b>-174.2</b>	<b>-155.8</b>	<b>18.4</b>	<b>10.6</b>	<b>-6.8</b>	<b>-4.5</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-45.2	-47.5	-48.9	-1.3	-2.8	-3.6	-8.1
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-4.8	-2.2	-4.8	-2.7	<-100.0	-0.1	-1.2
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	2.1	0.7	2.3	1.6	>100.0	0.1	6.2
<b>Abschreibungen</b>	<b>-47.9</b>	<b>-49.1</b>	<b>-51.4</b>	<b>-2.4</b>	<b>-4.9</b>	<b>-3.6</b>	<b>-7.5</b> <sup>4</sup>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-196.9</b>	<b>-223.2</b>	<b>-207.2</b>	<b>16.0</b>	<b>7.2</b>	<b>-10.3</b>	<b>-5.2</b>
34 Finanzaufwand	-2.9	-0.0	-0.0	-0.0	<-100.0	2.9	99.7
44 Finanzertrag	2.4	2.4	2.6	0.1	5.5	0.1	5.5
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.5</b>	<b>2.4</b>	<b>2.6</b>	<b>0.1</b>	<b>5.3</b>	<b>3.0</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-197.4</b>	<b>-220.8</b>	<b>-204.7</b>	<b>16.1</b>	<b>7.3</b>	<b>-7.3</b>	<b>-3.7</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-8.9	-32.1	-18.6	13.6	42.3	-9.7	<-100.0
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-0.9	-0.6	0.4	0.9	>100.0	1.2	>100.0
2 Bildung	-1.9	-2.0	-1.9	0.1	5.3	-0.0	-2.4
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-27.4	-21.6	-24.4	-2.8	-12.9	3.0	11.0
5 Soziale Sicherheit	-0.7	-1.5	-0.7	0.8	53.3	-0.0	0.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-160.0	-166.8	-159.6	7.2	4.3	0.4	0.2
7 Umweltschutz und Raumordnung	2.3	3.8	0.1	-3.7	-97.6	-2.2	-96.1

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-95.2	-121.0	-110.9	10.1	8.4		-15.6
Ausgaben Kleininvestitionen	-1.7	-1.5	-0.8	0.7	47.6	0.9	52.4
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-4.9	0.0	-2.6	-2.6	n.a.	2.3	47.2
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	8.5	11.0	7.0	-4.0	-36.0	-1.5	-17.5
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-93.2</b>	<b>-111.5</b>	<b>-107.2</b>	<b>4.3</b>	<b>3.9</b>	<b>-13.9</b>	<b>-15.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-93.2</b>	<b>-111.5</b>	<b>-107.2</b>	<b>4.3</b>	<b>3.9</b>	<b>-13.9</b>	<b>-15.0</b>

**Kommentar**

- 1 Weniger Grossbaustellen und geringere Einnahmen aus der APG-Konzession führten beim Tiefbauamt zu Mindereinnahmen bei den Allmendgebühren von 0.8 Mio. Franken.



- 2 Beim Generalsekretariat fielen Einnahmen von 9.9 Mio. Franken aus der Mehrwertabgabe an. Diese wurden für das Rechnungsjahr 2014 noch nicht budgetiert. Ab dem Rechnungsjahr 2015 ist der Betrag im Budget enthalten. Im Bau- und Gastgewerbeinspektorat waren Mehreinnahmen von 0.8 Mio. Franken für Baubewilligungsgebühren und Gastgewerbebewilligungen zu verzeichnen. In der Stadtgärtnerei fielen Mehreinnahmen von 1.0 Mio. Franken an. Zusätzliche Einnahmen ergaben sich bei Grab- und Beerdigungsgebühren. Mehr Verkäufe von Bäumen und Baumsubstraten sowie zusätzliche, zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannte, Aufträge bei Sanierungs- und Bauarbeiten für Schulen, Kindergärten, Unispital und im Rahmen von BVD-Bauprojekten führten ebenfalls zu Mehreinnahmen. Das Amt für Mobilität weist Mehreinnahmen von 0.9 Mio. Franken aus. Die zusätzlichen Einnahmen stammen aus Dienstleistungen der Abteilung Verkehrssteuerung, die an andere Dienststellen oder externe Partner weiterverrechnet werden konnten sowie aus Parkplatzgebühren der Parkraumbewirtschaftung, die in mehreren Quartieren eingeführt wurde.
  - 3 Das Tiefbauamt weist Mehreinnahmen von 1.2 Mio. Franken aus. Die Werkstattleistungen der Regiebetriebe für kantonsinterne Kunden müssen, um eine korrekte Konsolidierung der Rechnung zu gewährleisten, auf einem internen Verrechnungskonto verbucht werden. Da unter FDK 42 Entgelte für die internen Verrechnungen von Werkstattleistungen kein entsprechendes Konto vorhanden ist, werden diese Einnahmen auf das Konto IVR Werkstattleistungen in FDK 43 Verschiedene Erträge verbucht. Die Budgetierung erfolgte noch unter FDK 42. Beim Amt für Mobilität fielen Mehreinnahmen von 0.9 Mio. Franken aus dem Verkauf von Besucher- und Pendlerparkkarten an. Für das Rechnungsjahr 2014 konnten diese Einnahmen noch nicht budgetiert werden, da noch keine Erfahrungswerte vorhanden waren. Für das Rechnungsjahr 2015 wurde der Betrag budgetiert.
  - 4 Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von Degressiv auf Linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2014 wurden, da noch keine Zahlen des Rechnungsjahres 2013 vorlagen, basierend auf dem Restatement Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.
-

## Generalsekretariat

BVD-601

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Recht, Kommunikation, Informatik, Infrastruktur sowie Information und Dokumentation unterstützt es die Dienststellen des Departements, damit diese ihre Dienstleistungen optimal erbringen können.

Neben den erwähnten Unterstützungsleistungen beinhaltet der Buchungskreis auch die Budgets des Submissionsbüros sowie der unabhängigen Baurekurskommission. Das Submissionsbüro führt die Ausschreibungsverfahren des Departements durch und berät die übrige Verwaltung. Die Baurekurskommission ist dem Bau- und Verkehrsdepartement als richterliche Kommission ebenfalls administrativ angegliedert. Die Unabhängigkeit der Baurekurskommission bleibt davon unberührt.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat hat im Berichtsjahr 2014 nebst seinen operativen Dienst- und Unterstützungsleistungen folgende Vorhaben realisiert:

- Ausarbeitung der Ausführungsgesetzgebung zum Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums (NÖRG): Die Vorarbeiten für einen Entwurf der Verordnung zum NÖRG sowie zur Anpassung der Gebührenverordnung wurden bis Ende 2014 abgeschlossen. Die Verordnungsentwürfe sollen 2015 in die öffentliche Vernehmlassung gegeben werden.
- Anpassung des Organisationsgesetzes der BVB (OG BVB) an die heute geltenden Grundsätze des Public Corporate Governance (PCG), um die Position des Kantons als Alleineigner der BVB zu stärken. Der revidierte Gesetzesentwurf wurde 2014 vom Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates verabschiedet.
- Konzeptionelle und rechtliche Vorarbeiten für eine kantonale Fachstelle für öffentliche Beschaffungen, welche die Departemente und ausgelagerte Betriebe bei Submissionsfragen berät und offene Ausschreibungen begleitet.
- Organisation und Begleitung von rund zwei Dutzend Mitwirkungsverfahren zu diversen Planungsvorhaben.
- Umsetzung diverser kantonaler Vorhaben wie WorkplaceBS, Systempflege Personal, Einführung Internes Kontrollsystem (IKS)
- Weiterführung der Umsetzung eines Records Managements
- Start des Projektes BVD2: Zusammenlegung der BVD-Standorte Rittergasse 4, Wallstrasse 22 und Aeschenvorstadt 52/54 an der Dufourstrasse 40/50 wegen Umnutzung der Liegenschaft Rittergasse 4 zu einem Schulhaus.

## Baurekurskommission

Der Bericht der Baurekurskommission befindet sich im Kapitel „Die gesonderten Berichte“.

## Submissionen

Im Berichtsjahr wurden 3'185 Aufträge (+18.58%) verglichen mit 2'686 Aufträgen im 2013 vergeben. Dies entspricht einem deutlich höheren Gesamtbetrag von 446'893'190 Franken (+44.99 %) verglichen mit demjenigen von 308'213'044 Franken für das Jahr 2013.

332 Aufträge wurden im Berichtsjahr öffentlich ausgeschrieben (2013: 291) was eine Steigerung um 51.6% gegenüber Vorjahr bedeutet.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-9'070.1	-8'812.6	-9'004.1	-191.5	-2.2	66.0	0.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'282.8	-14'337.8	-10'035.6	4'302.1	30.0	1'247.2	11.1 <sup>1</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-36.4	-27.0	-31.6	-4.6	-17.0	4.8	13.2
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-20'389.3</b>	<b>-23'177.3</b>	<b>-19'071.2</b>	<b>4'106.1</b>	<b>17.7</b>	<b>1'318.0</b>	<b>6.5</b>
42 Entgelte	23'747.7	3'206.3	13'206.4	10'000.1	>100.0	-10'541.3	-44.4 <sup>2</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>23'747.7</b>	<b>3'206.3</b>	<b>13'206.4</b>	<b>10'000.1</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>-10'541.3</b>	<b>-44.4</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>3'358.5</b>	<b>-19'971.0</b>	<b>-5'864.8</b>	<b>14'106.2</b>	<b>70.6</b>	<b>-9'223.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-832.8	-386.6	-897.7	-511.1	<-100.0	-65.0	-7.8 <sup>3</sup>
<b>Abschreibungen</b>	<b>-832.8</b>	<b>-386.6</b>	<b>-897.7</b>	<b>-511.1</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-65.0</b>	<b>-7.8</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>2'525.7</b>	<b>-20'357.7</b>	<b>-6'762.5</b>	<b>13'595.1</b>	<b>66.8</b>	<b>-9'288.2</b>	<b>&lt;-100.0</b>
34 Finanzaufwand	-1.4	-2.0	-1.8	0.2	9.4	-0.4	-27.1
44 Finanzertrag	10.2	11.6	14.8	3.2	27.9	4.6	45.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>8.8</b>	<b>9.6</b>	<b>13.0</b>	<b>3.4</b>	<b>35.6</b>	<b>4.2</b>	<b>47.9</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>2'534.5</b>	<b>-20'348.1</b>	<b>-6'749.5</b>	<b>13'598.5</b>	<b>66.8</b>	<b>-9'284.0</b>	<b>&lt;-100.0</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	2'534.5	-20'348.1	-6'749.5	13'598.5	66.8	-9'284.0	-366.3

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-2'306.9	-79'000.0	-3'376.0	75'624.0	95.7	-1'069.1	-46.3
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	9'000.0	0.0	-9'000.0	-100.0	0.0	n.a.
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-2'306.9</b>	<b>-70'000.0</b>	<b>-3'376.0</b>	<b>66'624.0</b>	<b>95.2</b>	<b>-1'069.1</b>	<b>-46.3</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-2'306.9</b>	<b>-70'000.0</b>	<b>-3'376.0</b>	<b>66'624.0</b>	<b>95.2</b>	<b>-1'069.1</b>	<b>-46.3</b>

**Kommentar**

- Die Abweichung beim Sach- und übriger Betriebsaufwand setzt sich ausschliesslich durch die Budgetpositionen zusammen, welche als Einzelposten geführt werden. Bei der Planungspauschale wurden Minderaufwendungen in der Höhe von 4'914'000 Franken getätigt. Bei den Entwicklungsbeiträgen für den Mehrwertabgabefonds wurden hingegen 424'000 Franken mehr als budgetiert verwendet.
- 9'930'000 Franken entsprechen den Einnahmen aus dem Mehrwertabgabefonds welche als Einzelposten geführt werden. Diese wurden für das Rechnungsjahr 2014 noch nicht budgetiert. Ab dem Rechnungsjahr 2015 ist der Betrag ordentlich im Budget als Einzelpostenposition enthalten.
- Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von Degressiv auf Linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2014 wurden, da noch keine Zahlen des Rechnungsjahres 2013 vorlagen, basierend auf dem Restatement Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	67.0	66.7	63.7	63.3	62.3
Vom Submissionsbüro betreute Vergaben	Anz	2'995	2'041	3'364	2'686	3'185
Von der Baurekurskommission bearbeitete Rekurse	Anz	126	121	194	158	253 <sup>1</sup>

**Kommentar**

- Aufgrund mehrerer Verfahren mit zahlreichen Rekurrierenden ist die Anzahl deutlich höher als im Vorjahr.

Im Berichtsjahr gingen 14 neue Rekurse ein: sechs davon wurden zurückgezogen, fünf abgewiesen, einer ist dahingefallen und zwei sind noch hängig.

## Bau- und Gastgewerbeinspektorat

BVD-602

Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat ist für die Bearbeitung der Baubewilligungsgesuche und die Gesuche um Erteilung von Betriebsbewilligungen für Gastwirtschaftsbetriebe zuständig. Die Prüfung der Gesuche erfolgt im Fall der Baubewilligungen in engem Kontakt mit den Fachinstanzen und stellt somit den Einbezug aller relevanten Vorschriften und einen koordinierten Entscheid sicher. Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat vertritt die Bauentscheide oder -abschläge im Anfechtungsfall vor der Baurekurskommission.

Im Fall der Bewilligung zur Führung eines Gastgewerbebetriebs prüft es die persönlichen Voraussetzungen des Bewerbers bzw. der Bewerberin, namentlich den Leumund, die Zahlungsfähigkeit und die Befähigung. Die Beratung von Interessierten und die Bearbeitung von Gesuchen innert Frist sind die Haupttätigkeiten vor und bis zur Bewilligungserteilung.

Nach Bewilligungserteilung oder -verweigerung werden Bau- und Betriebsführung überwacht und allfällige Verstösse sanktioniert. Schliesslich geht das Bau- und Gastgewerbeinspektorat Hinweisen aus der Bevölkerung und der Nachbarschaft nach und nimmt aus eigener Initiative Kontrollen vor.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

### Allgemeines Rechtswesen

**Lockerung der Bauvorschriften für Solaranlagen** Am 2. April 2014 hat der Bundesrat beschlossen, das teilrevidierte Raumplanungsgesetz und die revidierte Raumplanungsverordnung auf den 1. Mai 2014 in Kraft zu setzen. Dadurch wurden die Bedingungen zur Errichtung von Solaranlagen auf dem Dach gelockert und die Bedeutung des kantonalen Rechts marginalisiert. Die Anpassung der Ausführungsbestimmungen zur Bau- und Planungsverordnung, die Einführung des notwendigen Meldeverfahrens und die Aufhebung der Richtlinie für Solaranlagen wurden umgehend vollzogen. Seit dem 1. Mai 2014 sind gemäss direkt geltendem Bundesrecht alle Verfahren für die Erstellung von Solaranlagen im Meldeverfahren abzuwickeln. Bei den Meldeverfahren werden die ästhetischen Kommissionen Stadtbildkommission, Ortsbildkommission, Dorfbildkommission nicht mehr in das Verfahren involviert. Die Denkmalpflege bleibt zuständig für Anlagen in der Schutzzone und auf Kulturdenkmälern.

**Wohnraumförderung** Am 1. Juli 2014 trat das neue Wohnraumfördergesetz (WRFG) in Kraft. Dieses Gesetz löste das damalige Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern (GAZW) ab. Sämtliche Fälle, die per 1. Juli 2014 noch pendent waren, wurden von der ehemals zuständigen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten an das seit dem 1. Juli 2014 zuständige Bau- und Gastgewerbeinspektorat übertragen. Per 3. Juli 2014 wurden die überarbeiteten Formulare bezüglich des Vollzugs des WRFG online gestellt. Die Sprechstunden zum WRFG sind jeweils mittwochs angesetzt.

**Vereinfachung der Brandschutzvorschriften** Am 1. April 2014 hat der Regierungsrat seine Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zur Gesamtrevision der Schweizerischen Brandschutzvorschriften VKF abgegeben und sich dabei grundsätzlich positiv geäussert. Insbesondere wurden die verbesserte Klarheit für Anwender und die Anpassungen im Bereich der Hochhausdefinition hervorgehoben. Die Inkraftsetzung der vollständig überarbeiteten Brandschutzvorschriften erfolgte per 1. Januar 2015. Die notwendigen Anpassungsarbeiten im Hinblick auf den Vollzug der neuen Vorschriften wurden rechtzeitig im Dezember 2014 abgeschlossen, womit der Vollzug 2015 reibungslos starten konnte.

**Günstigere Hinweisschilder** Auf Baubegehren muss während der Einsprachefrist mit einem oder mehreren Schildern im Gelände hingewiesen werden. Diese enthalten den Text der Publikation im Kantonsblatt. Die Hinweisschilder werden an geeigneter Stelle auf der entsprechenden Parzelle angebracht. Die Hinweisschilder wurden seit 2001 vom gleichen Unternehmer angefertigt und vor Ort aufgestellt, periodisch überwacht und bei Schäden ausgebessert. Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat nahm eine Ausschreibung für diese Dienstleistung vor. In der öffentlichen Ausschreibung gingen zwei Angebote ein. Der Zuschlag erfolgte an den günstigsten Anbieter, womit das Bau- und Gastgewerbeinspektorat den Betrag von heute 160 Franken pro Schild auf 100 Franken pro Schild

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'121.8	-3'217.2	-3'221.7	-4.5	-0.1	-99.9	-3.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'771.6	-2'579.2	-2'630.8	-51.6	-2.0	140.8	5.1
36 Transferaufwand	-50.0	-50.0	-50.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-5'943.4</b>	<b>-5'846.3</b>	<b>-5'902.5</b>	<b>-56.2</b>	<b>-1.0</b>	<b>40.9</b>	<b>0.7</b>
42 Entgelte	5'877.3	5'548.5	6'332.1	783.6	14.1	454.8	7.7 <sup>1</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>5'877.3</b>	<b>5'548.5</b>	<b>6'332.1</b>	<b>783.6</b>	<b>14.1</b>	<b>454.8</b>	<b>7.7</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-66.1</b>	<b>-297.8</b>	<b>429.6</b>	<b>727.4</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>495.7</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-66.1</b>	<b>-297.8</b>	<b>429.6</b>	<b>727.4</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>495.7</b>	<b>&gt;100.0</b>
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	0.0	11.3
44 Finanzertrag	0.3	0.0	0.3	0.3	n.a.	-0.1	-17.5
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.2</b>	<b>0.2</b>	<b>n.a.</b>	<b>-0.1</b>	<b>-17.8</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-65.8</b>	<b>-297.8</b>	<b>429.8</b>	<b>727.7</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>495.6</b>	<b>&gt;100.0</b>
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-65.8	-297.8	429.8	727.7	>100.0	495.6	753.3

**Kommentar**

1 Mehreinnahmen von 744'000 Franken für Baubewilligungsgebühren infolge mehr kostenintensiver Baugesuche sowie Mehreinnahmen von 32'000 Franken für Gastgewerbebewilligungen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.2	24.2	23.5	24.7	25.1
Eingegangene Baubegehren	Fälle	2'669	1'609	1'625	1'623	1'604
Abgewiesene Entscheide	Fälle	63	69	91	107	57
Bewilligte Baubegehren innert gesetzlicher Frist von 3 Mt.	%	90	90	89	86	86
Eingegangene Begehren Gastgewerbebewilligungen	Fälle			1'223	1'056	1'081

senken konnte. Der Baugesuchsteller profitiert seit 1. Januar 2015 im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens von den tieferen Kosten.

**Ideelle Immissionen** Im Rahmen von Vollzugs- und Rekursfällen im Zusammenhang mit Sexbetrieben wurde das Bau- und Gastgewerbeinspektorat in seiner Vollzugspraxis bestätigt, dass Umnutzungen von Gebäuden, welche ideelle Immissionen auslösen, ebenfalls in einem Baubewilligungsverfahren überprüft werden müssen.

## Stadtgärtnerei

BVD-614

Die Stadtgärtnerei leistet einen entscheidenden Beitrag zur Wohn- und Aufenthaltsqualität in Basel. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung, Gestaltung, Pflege und den Schutz des öffentlichen Grüns; insbesondere für Parkanlagen, Friedhöfe, Strassengrün, Freizeit- und Spieleinrichtungen (z.B. Freizeitgärten, Kinderspielplätze, Planschbecken), Grünanlagen von öffentlichen Bauten sowie Naturschutzgebiete. Sie gewährleistet die langfristige Sicherung und den Erhalt der Anlagen und trägt damit der geforderten Nachhaltigkeit Rechnung.

Damit schafft sie Voraussetzungen für

- Natur im Siedlungsraum, Biodiversität und ökologische Vielfalt, Gartenkultur und Pflanzensammlungen,
- Bewegung, Spiel, Gesundheitsvorsorge, Naturerfahrungen, Aufenthalt im Freien und Wohlbefinden,
- ein günstiges Stadtklima sowie
- individuelle Freizeitgestaltung und Selbstversorgung in den Freizeitgärten.

Ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Stadtgärtnerei fällt das Bestattungswesen, das umfassende Beratungen und Dienstleistungen rund um das Thema Bestattungen anbietet.

Städtische Grünflächen, öffentliche Gärten und die umgebende Landschaft sind beliebt und werden zur Erholung, Freizeitgestaltung und Aufenthalt im Freien gerne genutzt. Sie vermitteln sinnliche Erfahrungen, sind ästhetisch ansprechend und Ausdruck des Zusammenwirkens von Natur und Gartenkultur.

Sportstätten und Freibäder, Fliessgewässer, Landwirtschaftsflächen und Wald sind weitere wichtige Bestandteile des öffentlichen Natur- und Freiraums; sie liegen nicht in der Verantwortlichkeit der Stadtgärtnerei.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die langfristige Sicherung und Erhaltung von Parks, Grünanlagen und speziellen Grünflächen wie Freizeitgärten und Friedhöfe war auch im Berichtsjahr 2014 eine Hauptaufgabe der Stadtgärtnerei.

Im Jahre 2014 erfolgte die Überarbeitung der Siegerprojekte aus den Wettbewerben Neugestaltung Landhof-Areal sowie Ökolampadmatte, für die jeweils ein entsprechender Ratschlag erarbeitet wird.

Im Erlentpark liefen die Vorbereitungen für die Realisierung der 2. Bauetappe, die im 2015 startet. Gleiches gilt für das Nachtigallenwäldli. Für die Umgestaltung und Erweiterung der Grosspeteranlage wurde ein Vorprojekt ausgearbeitet.

Dank einer Erbschaft von Karl Schlecht an den Kanton Basel-Stadt mit der Auflage, die Geldmittel für ein grüneres Basel einzusetzen, soll bis 2016 der Garten der Alten Universität am Rheinsprung saniert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Im ersten Schritt wurde 2014 ein Parkpflegewerk erstellt.

Nach einer halbjährigen Bauzeit mit sanften Eingriffen in die bestehende Parkstruktur konnte im Juli 2014 der Schwarzpark mit seinen Hirschegehen der Bevölkerung übergeben werden. Ebenfalls feierlich eingeweiht wurden die beiden neu gestalteten Spielplätze Auf der Alp sowie Giessliweg.

Im Fachbereich Naturschutz wurde das Projekt „Aufnahme schützenswerter Naturobjekte“ in das „Inventar der geschützten Naturobjekte“ via Regierungsratsbeschluss begonnen. Ziel ist, bis Ende 2015 einige für Flora und Fauna wertvolle Gebiete im Kanton Basel-Stadt durch den Regierungsrat unter Schutz stellen zu lassen.

Für die Freizeitgärten in Basel wurde auf Grundlage des am 1. Juni 2013 in Kraft getretenen Freizeitgartengesetzes eine Strategie erarbeitet, die baukastenartig eine flexible Entwicklung der Areale ermöglicht. Anschliessend sollen die Möglichkeiten für eine Öffnung und Aufwertung für einzelne spezifische Areale vertieft werden.

Im Rahmen des Stadtentwicklungsschwerpunktes Gundeli Plus wird unter Miteinbezug der Bevölkerung ein Grün- und Freiraumkonzept für das Gundeldingerquartier erarbeitet, das zum Ziel hat, die

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-21'462.4	-21'447.2	-21'657.0	-209.8	-1.0	-194.6	-0.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-12'799.5	-10'905.0	-12'268.6	-1'363.7	-12.5	530.9	4.1 <sup>1</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-375.0	-448.5	-487.6	-39.1	-8.7	-112.6	-30.0
36 Transferaufwand	-642.5	-711.0	-675.9	35.1	4.9	-33.4	-5.2
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-35'279.5</b>	<b>-33'511.6</b>	<b>-35'089.2</b>	<b>-1'577.6</b>	<b>-4.7</b>	<b>190.3</b>	<b>0.5</b>
42 Entgelte	11'221.5	10'510.9	11'527.4	1'016.5	9.7	305.9	2.7 <sup>2</sup>
43 Verschiedene Erträge	32.7	0.0	158.5	158.5	n.a.	125.8	>100.0 <sup>3</sup>
46 Transferertrag	78.7	75.0	78.7	3.7	4.9	0.0	0.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>11'332.9</b>	<b>10'585.9</b>	<b>11'764.6</b>	<b>1'178.7</b>	<b>11.1</b>	<b>431.8</b>	<b>3.8</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-23'946.6</b>	<b>-22'925.7</b>	<b>-23'324.6</b>	<b>-398.9</b>	<b>-1.7</b>	<b>622.0</b>	<b>2.6</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'384.8	-703.4	-1'445.3	-741.9	<-100.0	-60.5	-4.4
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	1.0	0.0	1.0	1.0	n.a.	0.0	0.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-1'383.8</b>	<b>-703.4</b>	<b>-1'444.3</b>	<b>-740.9</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-60.5</b>	<b>-4.4</b> <sup>4</sup>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-25'330.4</b>	<b>-23'629.1</b>	<b>-24'768.8</b>	<b>-1'139.7</b>	<b>-4.8</b>	<b>561.6</b>	<b>2.2</b>
34 Finanzaufwand	-2'910.8	0.0	-1.0	-1.0	n.a.	2'909.8	100.0
44 Finanzertrag	1'413.0	1'473.7	1'437.6	-36.2	-2.5	24.6	1.7
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-1'497.8</b>	<b>1'473.7</b>	<b>1'436.6</b>	<b>-37.2</b>	<b>-2.5</b>	<b>2'934.4</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-26'828.2</b>	<b>-22'155.4</b>	<b>-23'332.3</b>	<b>-1'176.9</b>	<b>-5.3</b>	<b>3'495.9</b>	<b>13.0</b>
davon Funktionen:							
34 Sport und Freizeit	-21'534.0	-17'732.6	-18'320.1	-587.5	-3.3	3'213.9	14.9
75 Arten- und Landschaftsschutz	-1'676.1	-1'229.9	-1'423.3	-193.4	-15.7	252.8	15.1
77 Übriger Umweltschutz	-3'618.1	-3'192.9	-3'588.8	-395.9	-12.4	29.3	0.8

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'871.5	0.0	-1'883.4	-1'883.4	n.a.	-12.0	-0.6
Ausgaben Kleininvestitionen	-1'284.2	-646.0	-510.0	136.0	21.1	774.3	60.3
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-3'155.7</b>	<b>-646.0</b>	<b>-2'393.4</b>	<b>-1'747.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>762.3</b>	<b>24.2</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-3'155.7</b>	<b>-646.0</b>	<b>-2'393.4</b>	<b>-1'747.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>762.3</b>	<b>24.2</b>

## Kommentar

- Mehraufwand von rund 200'000 Franken für Material für Baumsubstrat und für die Ausführung von ausserordentlichen Aufträgen im Unterhalt. Mehraufwand von 200'000 Franken für beschaffte, nicht aktivierbare Anlagen wie Fahrzeuge, Mäher, Werkzeuge, Möbel und Einrichtungen. 130'000 Franken Mehraufwand für die Durchführung und Vorbereitung von Projekten. Mehraufwand von rund 830'000 Franken für dringliche Sanierungen und zusätzlichem Beizug von Fremdfirmen für die Ausführung von ausserordentlichen Aufträgen (s. FDK 42 Entgelte).
- Zusätzliche Einnahmen von rund 220'000 Franken bei Grab- und Beerdigungsgebühren. Es wurden mehr Kremationen durchgeführt als geplant. Gebühren für Kapellenbenutzung, Aufbahrungen etc. wurden im 2014 konsequent als Zusatzleistung fakturiert. 800'000 Franken Mehreinnahmen für zusätzlichen Verkauf von Bäumen und Baumsubstrat sowie zusätzliche Einnahmen aus diversen zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannten Aufträgen, wie z.B. Sanierungs- und Bauarbeiten für Schulen, Kindergärten, Unispital, etc., Aufträge für gärtnerische Arbeiten im Rahmen von BVD-Projekten (Grenzacherstrasse, General-Guisan-Strasse, Fabrikstrasse, Riehenstrasse, Giessliweg, Ackermatte, Elsässerstrasse usw.), zusätzliche Regiearbeiten am Luzernerring/Wasgenring sowie diverse Schutz- und Wiederinstandstellungsarbeiten im Rahmen von Baustellen und Veranstaltungen.
- Mit Umstellung auf HRM2 wurden die 2 Fonds der Stadtgärtnerei der neuen Kategorie Fremdkapital, Typ 2, zugeordnet. Dabei wurde auch die Verbuchungssystematik geändert. Neu wird die Fondsentnahme als Ertrag in FDK 43 (auf dem Konto 430904 Beiträge Fonds) verbucht. Die Budgetierung erfolgte noch in FDK 42, Konto 420030, mit 75'000 Franken.
- Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von Degressiv auf Linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2014 wurden, da noch keine Zahlen des Rechnungsjahres 2013 vorlagen, basierend auf dem Restatement Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	190.1	188.1	184.5	177.3	182.5
Baumpflanzungen	Anz	416	279	253	320	445 <sup>1</sup>
Baumfällungen	Anz	232	228	213	238	541 <sup>2</sup>
Todesfälle	Anz	1'692	2'309	2'459	2'501	2'595
Kremationen	Anz	4'204	4'070	4'181	4'531	4'512 <sup>3</sup>

#### Kommentar

- 1 Die Anzahl gepflanzter und gefällter Bäume variiert von Jahr zu Jahr. Dies hängt von externen Faktoren ab. Grosse Bauprojekte ergeben viele Neupflanzungen; ausserordentliche Umwelteinflüsse wie Wetterlagen, Schadorganismenbefall können zu vermehrter Fällung führen. Im langjährigen Durchschnitt pflanzt und fällt die Stadtgärtnerei ca. 300 Bäume pro Jahr. Der Baumsaldo im öffentlichen Raum bleibt positiv. Dagegen nimmt die Baumbilanz im privaten Bereich wegen verdichteter Bauweise ab. Die hohe Anzahl neu gepflanzter Bäume basiert vor allem auf der Neugestaltung Luzernerring-Wasgenring.
- 2 Ersatzpflanzungen werden in den Jahren 2015 und 2016 infolge diverser Projekte vorgenommen.
- 3 Der Kanton Basel-Stadt hat mit den Kantonen BL, AG und SO (Dorneck) Kremationsverträge. In diesen wurde vereinbart, dass das Krematorium Basel-Stadt die Einäscherungen von verstorbenen Personen aus den umliegenden Gemeinden durchführt.

vorhandenen Park- und Grünanlagen zu erhalten, aufzuwerten und nach Möglichkeit auch zusätzliche Flächen zu schaffen. An zwei öffentlichen Quartierworkshops wurden die Anliegen der Bevölkerung abgeholt und erste Stossrichtungen diskutiert. Der Prozess wird auch von einer Begleitgruppe aus dem Quartier und der Quartierkoordination Gundeli mitgetragen.

Im Sinne einer Vereinfachung wurde der Bereich „Todesfälle und Anmeldungen“ 2011 vom Zivilstandsamt in die Abteilung Bestattungswesen der Stadtgärtnerei integriert. Anfang 2014 nahm der daraus entwickelte Bereich „Todesfälle und Bestattungen“ erfolgreich den Betrieb auf dem Hörnli auf.

Das Krematorium im Friedhof am Hörnli muss nach 25-jähriger Betriebszeit ersetzt werden. Die aktuelle Einrichtung entspricht nicht mehr den technischen und lufthygienischen Erfordernissen. Für den geplanten Ersatzneubau wurde 2014 ein Architekturwettbewerb durchgeführt; der Regierungsrat hat den entsprechenden Ratschlag zuhanden des Grossen Rats verabschiedet.

Zur besseren Verwaltung und effizienten Pflege der Grünflächen baut die Stadtgärtnerei ein Grünflächenmanagementsystem auf. Mit Unterstützung einer externen Firma werden die Grünflächen detailliert nach Pflegeprofilen im GIS erfasst und mit einer Datenbank verknüpft, wodurch sich die Lebenszykluskosten berechnen lassen.

In Zusammenarbeit mit Forschungspartnern sucht die Stadtgärtnerei nach Lösungen, Rasenflächen mit organischen Düngemitteln zu versorgen. Dabei kommt auch Kompost zum Einsatz, was zu einer besseren Schliessung der Stoffkreisläufe und zu verminderten Umweltbelastungen beiträgt. Die ersten Ergebnisse sind sehr positiv, so dass vermehrt auf den Einsatz von Kunstdünger verzichtet werden kann.

Der Produktionsbetrieb Weidenhof mit Baumschule, Kompostierungsanlage und Baumschubstratherstellung wurde nach zwei Jahren der Umstellung mit der Bioknospe zertifiziert. Die Gärtnerei Brügglingen ist seit 1. Januar 2015 als Umstellungsbetrieb zugelassen und soll ebenfalls in zwei Jahren zertifiziert werden. Somit ist eine nachhaltige, umweltschonende Bewirtschaftung sichergestellt.



Der Schweizerische Heimatschutz hat den bereits realisierten Teil des Erlenmattparks mit dem Schulthess Gartenpreis ausgezeichnet.

Die Stadtgärtnerei hat mit zahlreichen Spielplatzprojekten dazu beigetragen, dass Basel mit dem Label für eine kinderfreundliche Stadt der Unicef ausgezeichnet wurde.

## Tiefbauamt

BVD-617

Das Tiefbauamt baut, unterhält, reinigt und bewirtschaftet die bebaute Allmend des Kantons sowie das Abwassernetz der Stadt und trägt somit einen wesentlichen Teil zur stadtgerechten Mobilität und zu einer hohen Qualität des öffentlichen Raums bei. Dazu werden im Amt Stadt- und Kantonsstrassen mit den zugehörigen Brücken- und Tunnelbauten sowie die öffentlichen Abwasserableitungsanlagen projektiert und realisiert. Um dies zu ermöglichen, müssen auch Bau- und Strassenlinien festgelegt werden.

Bei den Gewässern befasst sich das Tiefbauamt mit der sicheren Benutzbarkeit und der Gewährleistung der Hochwassersicherheit sowie der Umsetzung von Revitalisierungsmassnahmen. Bei der Abwasserableitung sorgt das Tiefbauamt für die Erhaltung und den ordnungsgemässen Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen. Ausserdem ist das Amt Fachstelle und zum Teil Leitbehörde bei den Bewilligungsverfahren für private Abwasseranlagen.

Die Leitbehörde für Bewilligungen zur Nutzung des öffentlichen Raums stellt ein transparentes Bewilligungsverfahren sicher. Sie behandelt Bau- und Nutzungsgesuche, koordiniert die Fachinstanzen, nimmt Güterabwägungen vor und fertigt die Entscheide. Sie fungiert im Rechtsverfahren auch als erste Instanz. Zudem werden permanente Nutzungen, Verleihungen und Mietobjekte bewirtschaftet.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet besteht in der Gewährleistung der Sauberkeit im öffentlichen Raum durch das Einsammeln und dem umweltgerechten Entsorgen der Abfälle und Wertstoffe und der Reinigung und Pflege der Allmendflächen.

Der im Jahr 2014 neu gebildete Geschäftsbereich Betrieb des Tiefbauamts wartet die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen kommunalen Nutz- und Spezialfahrzeuge des Kantons und erbringt Serviceleistungen im Bereich der öffentlichen Hochbauten und der Infrastruktur im öffentlichen Raum.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Infrastrukturbauwerke** Zur Aufrechterhaltung der Funktion der Infrastrukturbauwerke wurden auch 2014 diverse Massnahmen umgesetzt. Im St. Johann begannen nach Verzögerung durch eine Einsprache gegen die Vergabe der Baumeisterarbeiten der Bau der neuen Rheinuferpromenade (Projekt UNDINE) sowie der Fussgänger- und Veloverbindung nach Hünigen. Mit dem Fortschreiten des Rückbaus bzw. der Neugestaltung von Luzerner- und Wasgenring wird das im Vorfeld zur Erstellung der Nordtangente abgegebene Versprechen der Verkehrsberuhigung auf dem äusseren Ring eingelöst. Im Berichtsjahr wurde mit der Sanierung und Umgestaltung der Elisabethenstrasse sowie der Bundesstrasse begonnen. Zum Abschluss gebracht werden konnte das Grossprojekt der Tramverlängerung der Linie 8 nach Weil am Rhein, die ihren Betrieb am 14. Dezember 2014 aufgenommen hat.

**Bildung des Geschäftsbereiches Betrieb** Im Jahr 2014 hat der neue Geschäftsbereich Betrieb die operative Tätigkeit aufgenommen. Das Tagesgeschäft der ursprünglichen Bereiche wurde reibungslos weitergeführt, erste Synergien in der Zusammenarbeit wurden schon umgesetzt, womit die Effizienz gesteigert werden konnte. Die Organisationsstruktur wurde überarbeitet und wird im Frühjahr 2015 umgesetzt. Die finanzielle Zusammenlegung erfolgte in einem ersten Schritt im Rahmen des Budgets 2015.

**Verallmündigung** Es hat sich gezeigt, dass einige öffentlich genutzte Flächen im Besitz des Kantons nicht Allmend sind, was immer wieder Zuständigkeitsfragen aufwirft. Im Berichtsjahr wurden daher verschiedene Areale zur Verallmündigung vorbereitet.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-50'682.0	-51'048.6	-50'348.8	699.8	1.4	333.2	0.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-27'429.2	-26'574.5	-26'779.3	-204.7	-0.8	649.9	2.4 <sup>1</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-857.6	-772.1	-785.4	-13.3	-1.7	72.1	8.4
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-78'968.8</b>	<b>-78'395.3</b>	<b>-77'913.5</b>	<b>481.8</b>	<b>0.6</b>	<b>1'055.2</b>	<b>1.3</b>
41 Regalien und Konzessionen	7'269.6	7'450.0	6'675.8	-774.2	-10.4	-593.8	-8.2 <sup>2</sup>
42 Entgelte	42'079.7	42'051.5	42'634.8	583.3	1.4	555.1	1.3 <sup>3</sup>
43 Verschiedene Erträge	2'484.0	2'266.0	3'426.3	1'160.3	51.2	942.3	37.9 <sup>4</sup>
46 Transferertrag	4'893.4	5'270.5	5'044.5	-226.0	-4.3	151.2	3.1 <sup>5</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>56'726.7</b>	<b>57'038.0</b>	<b>57'781.5</b>	<b>743.5</b>	<b>1.3</b>	<b>1'054.7</b>	<b>1.9</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-22'242.1</b>	<b>-21'357.3</b>	<b>-20'132.1</b>	<b>1'225.2</b>	<b>5.7</b>	<b>2'110.0</b>	<b>9.5</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-31'062.9	-35'119.5	-32'485.5	2'634.0	7.5	-1'422.6	-4.6
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1'743.8	0.0	-1'758.4	-1'758.4	n.a.	-14.6	-0.8
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	2'111.7	670.0	2'244.4	1'574.4	>100.0	132.7	6.3
<b>Abschreibungen</b>	<b>-30'694.9</b>	<b>-34'449.5</b>	<b>-31'999.5</b>	<b>2'450.0</b>	<b>7.1</b>	<b>-1'304.5</b>	<b>-4.3</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-52'937.0</b>	<b>-55'806.8</b>	<b>-52'131.6</b>	<b>3'675.2</b>	<b>6.6</b>	<b>805.4</b>	<b>1.5</b>
34 Finanzaufwand	-4.0	0.0	-3.7	-3.7	n.a.	0.3	8.2
44 Finanzertrag	901.5	801.0	1'017.0	216.0	27.0	115.5	12.8
<b>Finanzergebnis</b>	<b>897.4</b>	<b>801.0</b>	<b>1'013.3</b>	<b>212.3</b>	<b>26.5</b>	<b>115.9</b>	<b>12.9</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-52'039.6</b>	<b>-55'005.8</b>	<b>-51'118.3</b>	<b>3'887.5</b>	<b>7.1</b>	<b>921.3</b>	<b>1.8</b>
davon Funktionen:							
61 Strassenverkehr	-65'149.5	-68'442.4	-62'319.4	6'123.0	8.9	2'830.1	4.3
72 Abwasserbeseitigung	14'206.1	14'517.4	12'798.4	-1'719.0	-11.8	-1'407.6	-9.9
73 Abfallwirtschaft	-470.8	-374.9	-774.8	-400.0	<-100.0	-304.0	-64.6
74 Verbauungen	-625.4	-706.0	-822.5	-116.5	-16.5	-197.1	-31.5

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-52'682.4	0.0	-65'326.9	-65'326.9	n.a.	-12'644.5	-24.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-385.8	-870.0	-225.2	644.8	74.1	160.6	41.6
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1'794.9	0.0	-323.2	-323.2	n.a.	1'471.7	82.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	7'034.2	0.0	7'028.2	7'028.2	n.a.	-6.0	-0.1
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-47'828.9</b>	<b>-870.0</b>	<b>-58'847.2</b>	<b>-57'977.2</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-11'018.2</b>	<b>-23.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-47'828.9</b>	<b>-870.0</b>	<b>-58'847.2</b>	<b>-57'977.2</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-11'018.2</b>	<b>-23.0</b>

## Kommentar

- Die Auflösung der Rückstellung aus dem Rechnungsjahr 2008 für eine mögliche Mehrwertsteuerablieferung im Zusammenhang mit dem Transfer der Kehrrichtverbrennungsanlage an die IWB führt zu einer Aufwandsminderung von 1'050'000 Franken. Minderausgaben von rund 600'000 Franken im Bereich der Verkehrssicherheit auf Fussgängerstreifen. Der zugrunde liegende Ratschlag wurde erst am 17.09.2014 im GR beschlossen, so dass der Vollzug der Ausgaben im laufenden Jahr nicht mehr möglich war. Der höhere Bedarf an Material im Bereich der Investitionen (Tiefbauten) führt zu einem Mehraufwand beim Materialeinkauf von rund 1'600'000 Franken. Mehraufwand in diversen Bereichen des Tiefbauamtes von rund 200'000 Franken.
- Mindereinnahmen im Bereich der Allmendgebühren aufgrund weniger Grossbaustellen und aus der APG-Konzession von rund 774'000 Franken.
- Die Werkstattleistungen der Regiebetriebe von rund 1'100'000 Franken für kantonsinterne Kunden müssen, um eine korrekte Konsolidierung der Rechnung zu gewährleisten, auf einem internen Verrechnungskonto budgetiert und verbucht werden. Da unter FDK 42 Entgelte für die internen Verrechnungen von Werkstattleistungen kein entsprechendes Konto vorhanden ist, werden diese Einnahmen auf das Konto IVR Werkstattleistungen in FDK 43 Verschiedene Erträge verbucht. Mindereinnahmen im Bereich der Erschliessungsgebühren von rund 1'936'000 Franken. Die Höhe der Erschliessungsgebühren fällt entsprechend der Bautätigkeit Privater an und kann nicht beeinflusst werden. Mehreinnahmen im Bereich des Allmendverkaufs von rund 1'916'000 Franken auf Grund von diversen Grossprojekten. Mehreinnahmen von rund 1'100'000 Franken aus Baudienstleistungen und Materiallieferungen (Stein- und Gusswaren) für öffentliche Bauprojekte. Mehreinnahmen in diversen Bereichen des Tiefbauamtes von rund 200'000 Franken.

- 4 Für Werkstattleistungen von internen Kunden (Kanton) ist nur unter FDK 43 ein passendes Konto vorhanden. Detaillierung unter FDK 42.
- 5 Der effektive Ertrag aus Mineralölsteuer (Zuweisung von ASTRA Bern) ist um 380'000 Franken tiefer als zum Zeitpunkt der Budgetierung. Mehreinnahmen von rund 500'000 Franken im Bereich des Gewässerunterhalts (einmaliger Beitrag) gemäss Konzession EDF (Électricité de France) basierend auf der Vereinbarung vom 19. Juli 2010. Mindereinnahmen aus Bundesbeiträgen des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) im Bereich des Gewässerunterhalts von rund 340'000 Franken.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	%	405.1	416.4	418.3	443.1	443.6 <sup>1</sup>
Max. Baustellen während der Sperrfrist (5 Jahre)	Anz	9	15	10	8	7
Total Bau- und Nutzungsbewilligungen	Anz	4'492	4'938	4'107	4'489	4'682
Entscheide innert Frist	%	98	97	95	95	95
Wischgutmenge	t	5'005	5'140	5'015	3'782	4'990

**Kommentar**

- 1 Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Budgetmittel für den Schwerpunkt des Regierungsrates „Urbane Standortqualität - Sauberkeit gewährleisten“ wurde der Headcount im Tiefbauamt um 10 Stellen erhöht.

## Grundbuch- und Vermessungsamt

BVD-631

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt die Register über Grundstücks- und Bodeninformationen und macht die kantonalen Geodaten über das Geoportal BS zugänglich.

In der Abteilung Grundbuch wird das Register über die Grundstücke mit den daran bestehenden privatrechtlichen Rechten und Lasten (Dienstbarkeiten, Grundpfandrechte) sowie das kantonale Schiffsregister und das Schweizerische Seeschiffsregister geführt.

Die Abteilung Amtliche Vermessung stellt die Aufnahme der Hoheitsgrenzen, der Liegenschaften sowie der tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden sicher. Diese Georeferenzdaten bilden die Grundlage für zahlreiche weitere geografische Informationen und Anwendungen. Mit dem kantonalen Leitungskataster und dem digitalen 3D-Stadtmodell werden unter- und oberirdische Infrastrukturen und Bauten räumlich dokumentiert.

Die Abteilung Geoinformation ist zuständig für die kantonale Geodateninfrastruktur und stellt sicher, dass räumliche Informationen koordiniert erfasst, zusammengeführt und über das kantonale Geoportal breiten Nutzerkreisen standardisiert zugänglich gemacht werden. Der offizielle Stadtplan und darauf aufbauende Themenkarten sind Basis für unzählige private Kartenprodukte.

Die Bodenbewertungsstelle unterstützt Verwaltung und Private in Fragen der Liegenschaftsbewertung und führt die Geschäftsstelle der Bewertungskommission. Sie ist zuständig für die Bodenpreissammlung und wertet diese für Landwertangaben, steuerliche Bewertungen und Mehrwertabgaben aus.

Internet: [www.gva.bs.ch](http://www.gva.bs.ch) und [www.geo.bs.ch](http://www.geo.bs.ch) (Geoportal BS)

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

### Grundbuch und amtliche Vermessung

**Grundbuch** Das elektronische Grundbuchsystem Capitastra 4.6 wurde nach über zwölf Jahren Betriebsdauer durch die gänzlich neue Version 6.18 basierend auf einer modernen Systemarchitektur und starker Standardisierung abgelöst. Mit dieser Version ist es nun möglich am Bundesprojekt eGRIS zu partizipieren, welches über die Plattform Terravis den schweizweiten Informationsaustausch im Grundbuchwesen vereinheitlichen und automatisieren will. Für den Anschluss an Terravis sind erste haftungs-, datenschutz- und grundbuchrechtliche Vorabklärungen erfolgt.

Die Zahl der Grundbuchanmeldungen betrug 2014 3'031 (Vorjahr 3'044). Es wurden 2'478 (2'535) Grundbuchauszüge bestellt. Insgesamt wurden 51'743 Grundbuchauszüge von berechtigten Benutzerinnen und Benutzern elektronisch bezogen, die öffentlich zugängliche Eigentumsauskunft wurde 72'997 (73'027) Mal via Internet aufgerufen. Die Zahl der Vorprüfungen hat sich gegenüber dem Vorjahr mit 92 (44) mehr als verdoppelt. Die Grundpfandbelastung im Kanton Basel-Stadt beläuft sich Ende Jahr auf total 28'099 Mio. (27'530 Mio.) Franken.

**Kantonales Schiffsregister** Im Kantonalen Schiffsregister waren am Jahresende 259 (237) Schiffe eingetragen. Die Tragfähigkeit der Güter- und Tankschiffe betrug 179'655t (176'367t). Im Schweizerischen Seeschiffsregister sind 47 (45) Schiffe mit einer Netto-Tonnage von 495'107t (456'191t) und einer Pfandbelastung von 1'245 Mio. Franken registriert.

**Amtliche Vermessung** Im Berichtsjahr hat die Anzahl der erledigten Nachführungsaufträge in der amtlichen Vermessung um 12% auf 825 (735) zugenommen.

Im Nachgang zur Umstellung auf die neuen Landeskoordinaten LV95 wurden in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft die Daten der amtlichen Vermessung an der Kantonsgrenze abgeglichen.

Nach geltender Regelung des schweizerischen Grundbuchrechts muss jedes Grundstück schweizweit eindeutig identifiziert werden können. Gestützt auf die Bundesvorgabe führte das Grundbuch- und Vermessungsamt anfangs April 2014 in den Daten der amtlichen Vermessung und im Grundbuch die eindeutige Eidgenössische Grundstücksidentifikation (E-GRID) ein.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-6'994.6	-7'018.9	-6'845.5	173.4	2.5	149.1	2.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'192.8	-1'866.6	-1'730.2	136.4	7.3	462.6	21.1 <sup>1</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-12.4	-5.4	-10.4	-5.0	-92.0	2.0	16.4
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-9'199.8</b>	<b>-8'890.9</b>	<b>-8'586.1</b>	<b>304.8</b>	<b>3.4</b>	<b>613.7</b>	<b>6.7</b>
42 Entgelte	8'858.3	8'536.0	8'410.4	-125.6	-1.5	-447.9	-5.1
46 Transferertrag	121.0	110.0	112.1	2.1	1.9	-8.9	-7.4
<b>Betriebsertrag</b>	<b>8'979.3</b>	<b>8'646.0</b>	<b>8'522.4</b>	<b>-123.6</b>	<b>-1.4</b>	<b>-456.8</b>	<b>-5.1</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-220.5</b>	<b>-244.9</b>	<b>-63.7</b>	<b>181.2</b>	<b>74.0</b>	<b>156.9</b>	<b>71.1</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-586.6	-11.4	0.0	11.4	100.0	586.6	100.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-586.6</b>	<b>-11.4</b>	<b>0.0</b>	<b>11.4</b>	<b>100.0</b>	<b>586.6</b>	<b>100.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-807.2</b>	<b>-256.3</b>	<b>-63.7</b>	<b>192.6</b>	<b>75.2</b>	<b>743.5</b>	<b>92.1</b>
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.3	-0.2	<-100.0	-0.2	<-100.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	>100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.2</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-0.2</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-807.3</b>	<b>-256.4</b>	<b>-63.9</b>	<b>192.4</b>	<b>75.1</b>	<b>743.3</b>	<b>92.1</b>
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-807.3	-256.4	-63.9	192.4	75.1	743.3	92.1

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-59.7	-59.7	n.a.	-59.7	n.a.
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-59.7</b>	<b>-59.7</b>	<b>n.a.</b>	<b>-59.7</b>	<b>n.a.</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-59.7</b>	<b>-59.7</b>	<b>n.a.</b>	<b>-59.7</b>	<b>n.a.</b>

## Kommentar

- 1 Die Migration der Grundbuch-Software Capitastra auf die neueste Plattform, welche auch teilweise im 2014 budgetiert ist, konnte grösstenteils Ende 2013 umgesetzt werden. Die im letzten Jahr angefallenen Mehrkosten entlasten nun dafür die Rechnung 2014. Die neuen Server für die Erneuerung des Geoportals wurden im ZBE budgetiert. Die Investitionssumme überschritt schlussendlich die Grenze von 50'000 Franken und wurde als Kleininvestition verbucht. Im ZBE ist daher nur die Abschreibung enthalten.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	47.2	44.7	48.5	46.9	50.7 <sup>1</sup>
Tagebuchgeschäfte Grundbuch	Anz	3'279	4'057	3'095	3'055	3'031 <sup>2</sup>
Nachführungsaufträge Amtliche Vermessung	Anz	741	883	688	735	825
Einmessaufträge Leitungskataster	Anz	2'487	2'385	2'899	2'818	2'894
Zugriffe auf die Geoinformationsebenen des GeoPortals (Mio.)	Anz	5.0	5.0	5.4	5.8	7.5 <sup>3</sup>

## Kommentar

- 1 Mit der Einführung des Katasters für öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) wurden 1.5 Stellen geschaffen.
- 2 Im Jahr 2011 einmalige Zunahme wegen Erbschaftssteuerinitiative
- 3 Zunahme wegen Einbindung GeoViewer-iframe in WebBS

**Leitungskataster** Im Leitungskataster ist die Zahl der Einmessaufträge um 3% auf 2'894 (2'818) gestiegen und liegt damit auf konstant hohem Niveau. Dies ist insbesondere auf den aktuellen Ausbau des Glasfasernetzes durch Swisscom und IWB (30% der Aufträge) zurückzuführen.

**Bodenbewertung und Bewertungskommission** Die Bodenbewertungsstelle hat 220 (180) Richtwertangaben über Landwerte erstellt. Neben speziellen Gutachten wurden ausserdem 36 theo-

retische Bewertungen ohne Augenschein verfasst und 27 Anfragen mit steuerlichem Hintergrund beantwortet. Für das Stadtgebiet wurden drei verfügte Mehrwertabgabeberechnungen über einen Gesamtbetrag von 4.8 Millionen Franken durchgeführt.

Die Bewertungskommission hat in 29 Sitzungen 21 Grundstücke für Private (inkl. zwei Stiftungen) und die öffentliche Hand bewertet, darunter Einfamilien-, Mehrfamilienhäuser, Wohngenossenschaftsüberbauungen im Baurecht, Landabtretungen und Dienstbarkeiten.

## **Geodateninfrastruktur**

**Fachstelle für Geoinformation** Anzahl der Karten- und Geodatenabfragen hat über das Geo-Portal Basel-Stadt hat sich im Berichtsjahr um fast 30% auf 7.5 Millionen (5.8 Mio.) erhöht. Dieses starke Wachstum ist auf eine Steigerung der WMS-Zugriffe um 6% und einen Anstieg der GeoViewer Zugriffe um 35% zurückzuführen. Der starke Anstieg der Zugriffe kann auf die direkte Einbindung der Applikation in WebBS zurückgeführt werden. Neu hinzugekommen sind die Datensätze Gastro-Lärmreklamationen, Polizeiliche Prävention, Naturinventar Riehen sowie diverses historische Karten und Pläne.

Im Berichtsjahr wurde mit der Realisierung des Projektes MapBS begonnen mit dem Ziel, die bisherige Applikation MapServer komplett abzulösen. Zahlreiche Datensätze und Funktionen wurden bereits migriert. Die Einführung der neuen Applikation ist im Verlauf 2015 vorgesehen. Der GeoViewer wurde im Berichtsjahr mit einer verbesserten und erweiterten Druckfunktion ausgestattet, zudem wurden die mobilen Versionen der Applikation verbessert.

**Kartografie** Mit Basel Tourismus wurde der „CityPlan Basel“ überarbeitet und neu aufgelegt (Auflage ca. 200'000 Stück). Für das „Neue Fussgängerorientierungssystem Basel“ (FOS) wurde mit den Vorarbeiten für die neuen Karten (wie Abreiss-Stadtplan, Karten auf BVB-Stelen und Infopoints, City-Pläne) begonnen.

## Städtebau und Architektur

BVD-651

Kernaufgaben des **Hochbauamts** sind das bauherrenseitige Projektmanagement bei Investitionsvorhaben sowie die dispositive Steuerung und operative Umsetzung des technischen Gebäudemanagements. Im Auftrag von Immobilien Basel-Stadt (FD) übernimmt der Hochbau entsprechende Verantwortung bei allen Vorhaben und Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Im Auftrag Dritter (z.B. Finanzvermögen, Universität Basel, Kliniken) werden vergleichbare Aufgaben bearbeitet. Zudem stehen die Spezialistinnen und Spezialisten für Beratungen zu Bau-, Ausstattungs- und Mobiliarfragen, sowie bei gebäudetechnischen Problemstellungen für die gesamte kantonale Verwaltung und ihre angegliederten Organe zur Verfügung.

Das **Planungsamt** sorgt für eine kohärente Planung der Raumentwicklung im Kanton Basel-Stadt sowie darüber hinaus innerhalb der trinationalen Agglomeration. Angestrebt wird eine planmässige, geordnete und haushälterische Nutzung des Raums. Es ist zuständig für die Entwicklung von räumlichen Konzepten und Richtlinien, die kantonale Richtplanung sowie die Nutzungsplanung, die Begleitung von Arealentwicklungen, die Entwicklung und Begleitung von Gestaltungsprojekten im öffentlichen Raum sowie die Projektierung von Strassen und Plätzen. Das Fachsekretariat der Stadtbildkommission ist administrativ dem Planungsamt angegliedert.

Historische Baudenkmäler geben der Stadt ein Gesicht und eine unverwechselbare Identität. Die **Kantonale Denkmalpflege** Basel-Stadt will das bauliche Erbe erhalten und leistet damit einen Beitrag für eine attraktive und lebendige Stadt. Sie schafft bedeutende Werte für die Bewohnenden, die Integration von Neuzuzüglern und den Tourismus. Die Kantonale Denkmalpflege setzt sich bei Bauherrschaften und Projektierenden für den Erhalt wichtiger Baudenkmäler ein und vermittelt ihr Wissen der Öffentlichkeit, damit diese ihren Bezug zum historischen Stadtbild pflegen und ein Bewusstsein für die Bedeutung historischer Bausubstanz entwickeln kann.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Projektmanagement (Hochbau)** Die Investitionsrechnung weist eine grosse Zahl laufender Projekte aus, die alle nach dem Dreirollenmodell abgewickelt werden und somit eine der Hauptaktivitäten des Hochbauamtes darstellen. Wichtige Vorhaben sind:

- Schulbauten: Für die im Rahmen von HarmoS neu geschaffenen sechsten Primarklassen mussten im Sommer 2014 an den Primarschulen angepasste und zusätzliche Schulräume bereitgestellt werden. Die Sanierungen der Schulhäuser Hebel, Hirzbrunnen, Bläsi und Brunnmatt wurde wie vereinbart abgeschlossen. Im 2014 wurde für mehrere Schulhaus-Neubauten, -Erweiterungen sowie grössere Sanierungen mit den Projektierungsarbeiten oder auch bereits mit der Realisierung begonnen. Im Frühjahr 2014 konnte die Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) der FHNW das umgebaute Zollfreilager beziehen, die offizielle Inbetriebnahme des gesamten Standorts Dreispitz der HGK FHNW erfolgte plangemäss nach Fertigstellung des neuen Hochhauses im Herbst 2014.
- Universitätsbauten: Ein Rekurs führte zum Unterbruch der im Sommer 2013 begonnene Realisierung für das neue Biozentrum. Nach richterlicher Rückweisung des Rekurses konnten die Bauarbeiten im Herbst wieder aufgenommen werden. Parallel dazu wurde das Projekt zur Nachnutzung des heutigen Biozentrums intensiv weiterverfolgt und der Hochbau begann mit den Vorbereitungsarbeiten für die Durchführung eines entsprechenden Projektwettbewerbs. Zudem nahm er die Planung des Zentrums für Zahnmedizin auf und führte einen Projektwettbewerb für einen Neubau des Departements Sport, Bewegung und Gesundheit (DSBG) durch.
- Sportanlagen: Die Projektierungen für die Sanierung der St. Jakobshalle liefen weiter und es wurde mit dem Bau des Tribünengebäudes beim Leichtathletikstadion St. Jakob begonnen. Die Sanierungen der Kunsteisbahnen Eglisee und Margarethen wurden projektiert.
- Kulturbauten: Die Bauarbeiten beim Kunstmuseum liefen auf Hochtouren, auch die vorgezogenen Sanierungsmassnahmen im Hauptbau wurden gestartet. Im Anschluss an den Projektwettbewerb wurden die Projektierungsarbeiten beim Hauptgebäude der Kaserne aufgenommen. Für den Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv wurde ein Wettbewerb durchgeführt.
- Verwaltungsbauten: Die Projektierungen für zwei Bauvorhaben an der Spiegelgasse fanden 2014 ihre Fortsetzung: einerseits für den als energetisch vorbildlich geplanten Neubau des Amtes für



## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-25'018.7	-26'335.7	-26'007.1	328.6	1.2	-988.4	-4.0 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'333.7	-4'054.2	-4'509.0	-454.9	-11.2	-175.3	-4.0 <sup>2</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-6.8	0.0	0.0	0.0	n.a.	6.8	100.0
36 Transferaufwand	-486.8	-825.0	-823.0	2.0	0.2	-336.2	-69.1
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-29'846.0</b>	<b>-31'214.9</b>	<b>-31'339.1</b>	<b>-124.2</b>	<b>-0.4</b>	<b>-1'493.1</b>	<b>-5.0</b>
42 Entgelte	6'969.6	8'204.5	7'834.0	-370.5	-4.5	864.4	12.4 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>6'969.6</b>	<b>8'204.5</b>	<b>7'834.0</b>	<b>-370.5</b>	<b>-4.5</b>	<b>864.4</b>	<b>12.4</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-22'876.4</b>	<b>-23'010.4</b>	<b>-23'505.1</b>	<b>-494.7</b>	<b>-2.1</b>	<b>-628.7</b>	<b>-2.7</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-278.4	0.0	-810.2	-810.2	n.a.	-531.7	<-100.0 <sup>4</sup>
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-2'350.5	-1'506.8	-2'384.7	-878.0	-58.3	-34.3	-1.5
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	12.5	0.0	12.8	12.8	n.a.	0.3	2.3
<b>Abschreibungen</b>	<b>-2'616.3</b>	<b>-1'506.8</b>	<b>-3'182.1</b>	<b>-1'675.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-565.7</b>	<b>-21.6</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-25'492.8</b>	<b>-24'517.2</b>	<b>-26'687.2</b>	<b>-2'170.0</b>	<b>-8.9</b>	<b>-1'194.4</b>	<b>-4.7</b>
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	<-100.0
44 Finanzertrag	111.1	150.0	101.0	-49.0	-32.6	-10.1	-9.1
<b>Finanzergebnis</b>	<b>111.1</b>	<b>150.0</b>	<b>101.0</b>	<b>-49.0</b>	<b>-32.7</b>	<b>-10.1</b>	<b>-9.1</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-25'381.6</b>	<b>-24'367.2</b>	<b>-26'586.2</b>	<b>-2'219.0</b>	<b>-9.1</b>	<b>-1'204.6</b>	<b>-4.7</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-11'434.6	-11'785.3	-11'802.2	-16.9	-0.1	-367.6	-3.2
21 Obligatorische Schule	-1'880.8	-2'033.7	-1'925.7	108.0	5.3	-45.0	-2.4
31 Kulturerbe	-5'862.1	-3'851.1	-6'054.5	-2'203.3	-57.2	-192.4	-3.3
35 Kirchen und religiöse Angelegenheiten	-3.2	0.0	-3.2	-3.2	n.a.	0.0	0.0
53 Alter + Hinterlassene	-645.7	0.0	-645.7	-645.7	n.a.	-0.0	-0.0
54 Familie und Jugend	-57.5	-1'506.8	-57.5	1'449.2	96.2	0.0	0.0
79 F&E in Umweltschutz	-5'497.8	-5'190.3	-6'097.4	-907.2	-17.5	-599.6	-10.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-2'387.2	0.0	-989.9	-989.9	n.a.	1'397.4	58.5
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-2'752.9	0.0	-2'010.8	-2'010.8	n.a.	742.2	27.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	3.8	0.0	12.1	12.1	n.a.	8.3	>100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-5'136.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-2'988.5</b>	<b>-2'988.5</b>	<b>n.a.</b>	<b>2'147.8</b>	<b>41.8</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-5'136.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-2'988.5</b>	<b>-2'988.5</b>	<b>n.a.</b>	<b>2'147.8</b>	<b>41.8</b>

## Kommentar

- 1 Im Planungsamt entstanden Minderausgaben in der Höhe von 348'000 Franken durch längere Vakanzen zwischen Abgang und Neueintritt von Mitarbeitenden (Vakanzen von bis zu über ½ Jahr) einen längeren Krankheitsfall sowie Neueintritten, die in tieferen Lohnklassen bzw. -stufen als budgetiert erfolgten. Zudem wurden Kreditstellen nicht besetzt, da entsprechende Kredite nicht bewilligt respektive verschoben wurden.
- 2 Mehraufwendungen in der Höhe von 200'000 Franken entstehen durch Dienstleistungen für das IT-Projekt „Kundenfreundliche und transparente Denkmalpflege“, die aufgrund der Nichtaktivierbarkeit der Phase 1+2 nicht über den beantragten Kredit abgerechnet werden kann und somit zu Lasten der Laufenden Rechnung verbucht werden musste. Mehraufwendungen in der Höhe von 110'000 Franken entstehen für die Öffentlichkeitsarbeit der Denkmalpflege (diverse Veranstaltungen wie der Europäische Tag des Denkmals, Führungszyklen, Konzerte usw. sowie die entsprechenden Drucksachen, Inserate und Werbematerialien). Mehraufwendungen bei der Denkmalpflege in der Höhe von 30'000 Franken entstehen durch notwendige Anschaffungen für den Vermietungsbetrieb und den Gebäudeunterhalt. Mehraufwendungen entstehen im Hochbauamt in der Höhe von 124'000 Franken für neue IT-Arbeitsplätze von Mitarbeitern welche im Jahr 2013 begonnen haben zu arbeiten. Die entsprechende Budgetverschiebung wird erst im Jahr 2015 stattfinden.

- 3 Die zusätzlich erzielten Entgelte im Hochbauamt von 167'000 Franken, sind ausschliesslich auf veränderte Terminierungen von Investitionsprojekten von Dritten zurückzuführen. Im Planungsamt konnten 2 Stellen, aufgrund fehlender Kreditgenehmigung für das Projekt (Gestaltungskonzept Innenstadt), noch nicht verrechnet werden. Zudem wurde der Kredit zur Hafen- und Stadtentwicklung verzögert bewilligt, was zur Folge hatte, dass die entsprechenden Arbeiten dazu ebenfalls verzögert beginnen mussten und am Jahresende nur teilweise abgerechnet werden konnten. Durch Neubesetzung von Stellen in tiefere Lohnklassen und Stufen fielen Verrechnungen an Projekte teilweise ebenfalls tiefer aus. Alle diese genannten Punkte führen im Planungsamt zu Mindereinnahmen in der Höhe von 545'000 Franken. Einen Grossteil dieser Mindereinnahmen wird durch Minderausgaben bei den Personalkosten (siehe FDK 30) kompensiert.
- 4 Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von Degressiv auf Linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2014 wurden, da noch keine Zahlen des Rechnungsjahres 2013 vorlagen, basierend auf dem Restatement Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	114.3	126.4	136.8	142.5	146.4 <sup>1</sup>
Objekt abrechnung innerhalb bereinigtem Kredit, grösser	%	88	90	90	95	96 <sup>2</sup>
Von der Fiko beanstandete Objekt abrechnungen, kleiner	%	2	3	2	2	2
Laufende Projekte	Anz	216	257	265	263	265
Denkmalpflegerisch betreute Objekte	Anz	631	653	681	693	687
Bearbeitete Subventionsgesuche	Anz	129	117	139	151	140
Publikums-Führungen	Anz	44	48	141	135	212
Besucher/-innen Museum Kleines Klingental	Anz	17'949	18'828	18'886	26'617	19'960
Teilnehmende an Führungen	Anz				6'123	6'927

#### Kommentar

- 1 Mitte des Jahres 2010 wurden die Denkmalpflege und das Hochbau- und Planungsamt organisatorisch zur neuen Dienststelle Städtebau & Architektur vereinigt. Im Budget 2012 wurde der Buchungskreis 6410 (Denkmalpflege) erstmals in den Buchungskreis 6510 (neu: Städtebau & Architektur) integriert und diese neue Dienststelle auch in der Berichterstattung gezeigt.
- 2 Für das Budget 2010 wurden neue Kennzahlen definiert. Dies gilt auch für die untenstehende Kennzahl.

Umwelt und Energie, andererseits für das Sanierungsprojekt UMIS – die Anpassung des Spiegelhofs an die Bedürfnisse des Justiz- und Sicherheitsdepartementes. Die umgebauten Räumlichkeiten für den Zentralen Informatik- und Personaldienste (ZID und ZPD) in den Räumlichkeiten der ehemaligen Liegenschaft der Basler Kantonalbank an der Spiegelgasse konnten praktisch fertiggestellt werden, so dass sie im Frühjahr 2015 bezogen werden können. Der Regierungsrat hat dem Parlament den Finanzierungsantrag für die Realisierung des Ersatzneubaus des Krematoriums beim Friedhof Hörnli überwiesen. Zudem konnten diverse Magazine der Stadtgärtnerei auf Grundlage des Magazinkonzepts weiter geplant und umgesetzt werden.

- Spitalbauten: Die erste Etappe des grossen und wichtigen Projekts für die Sanierung und Erweiterung OP-Ost des Universitätsspitals fand im Herbst ihren Abschluss, die zweite Etappe startet im Frühjahr 2015. Der Bebauungsplan für die Erneuerung des Klinikums 2 auf dem Areal des Universitätsspitals konnte abgeschlossen und dem Parlament vorgelegt werden.

**Bauliches und technisches Gebäudemanagement** Für Instandhaltung und kleinere Instandsetzungsarbeiten wurden für die Hochbauten des Verwaltungsvermögens rund 24 Mio. Franken für Massnahmen kleiner 50'000 Franken aufgewendet. Im ausserordentlichen Unterhalt mit Massnahmen bis 300'000 Franken mussten rund 10 Mio. Franken aufgewendet werden.

Gebäudemanagement Bau: Kleinere, aber zahlreiche Baumassnahmen im Rahmen der Projekte HarmoS und Tagesstrukturen sowie die Neueinrichtung von Kindergärten bildeten auch in 2014 einen Schwerpunkt. Dazu gehören die gebundenen Ausgaben und Instandsetzungen im Schulhaus Kleinhüningen, im Polizeiausbildungszentrum an der General Guisan-Strasse 29. Die Realisierung dieser Arbeiten wird im 2015 weitergeführt. Das Instandsetzungsprojekt Theatersaal in der Berufsschule wurde redimensioniert und wird neue erst im 2016 umgesetzt werden.

**Gebäudemanagement Technik:** Der weiterhin steigende Technisierungsgrad der gebäudetechnischen Anlagen in den kantonalen Liegenschaften stellt sowohl für den Betrieb wie auch für die Instandhaltung eine grosse Herausforderung dar. Aufgrund dessen wird die Betriebsorganisation laufend angepasst, die Umsetzung einer Organisationsentwicklung, wurde 2014 abgeschlossen. Neben der Sicherstellung eines möglichst störungsfreien Betriebes galt es auch, die Sicherheit der Mitarbeitenden bei ihren Pikett-Einsätzen zu Unzeiten zu analysieren. Erste Verbesserungsmaßnahmen wurden eingeleitet.

Die technischen Anlagedaten bilden die zentrale Basis für ein effizientes Gebäudemanagement Technik; die Erfassung und Plausibilisierung der technischen Anlagedaten ist weiterhin in Arbeit.

**IBA Basel 2020** Mit der neuen Geschäftsführerin der Internationalen Bauausstellung Basel 2020, Monica Linder-Guarnaccia, und zwei Neubesetzungen für Projektleitungen wurde die IBA-Geschäftsstelle neu ausgerichtet und erfuhr organisatorische Umstrukturierungen. Die Gemeinden Dornach und Arlesheim konnten neu als Partner angeworben werden. Die Umsetzung der IBA-Projekte wurde weiter vorangetrieben.

**Innenstadt – Qualität im Zentrum** Ende 2014 genehmigte der Regierungsrat den behördenverbindlichen Entwicklungsrichtplan Innenstadt, der sich nun in Umsetzung befindet. Mit einem Monitoring und Controlling wird die laufende Entwicklung der Innenstadt beobachtet und evaluiert. Ebenfalls als behördenverbindlich hat der Regierungsrat das Gestaltungskonzept Innenstadt verabschiedet und eine entsprechende Rahmenausgabe für die Umsetzung von Einzelprojekten im Zeitraum 2015–2021 beim Grossen Rat beantragt. Basierend auf der Erhaltungsplanung werden Vorprojekte für diverse Strassen (Freie Strasse, Greifengasse usw.) entwickelt und Varianzverfahren für den Claraplatz und den Rümelinsplatz durchgeführt.

**Entwicklungskonzept Badischer Bahnhof** Das Entwicklungskonzept Badischer Bahnhof wurde durch den Regierungsrat beschlossen. Damit wurde mit grossem Konsens der beteiligten öffentlichen und privaten Interessensvertreter eine behördenverbindliche Grundlage geschaffen, um das Umfeld des Badischen Bahnhofs zu beleben und aufzuwerten sowie die städtebaulichen Potenziale zu nutzen.

**Kantonaler Richtplan** Mit der Anpassung 2012 wurde die erste Aktualisierung des kantonalen Richtplans seit seiner Gesamtrevision vorgenommen. Der Regierungsrat hat 2014 den Kantonalen Richtplan – Anpassung 2012 beschlossen; die Genehmigung durch den Bundesrat soll im Jahr 2015 erfolgen. Damit wird in der Schweiz ein erster aktualisierter kantonaler Richtplan nach der neuen Gesetzgebung des revidierten RPGs vorliegen.

**Zonenplanrevision** Nach der Zustimmung des Grossen Rates zum Basisratschlag und der Ablehnung der Stadtrandentwicklungen Ost und Süd in der folgenden Volksabstimmung beschränkt sich die Umsetzung auf die beiden Entwicklungsgebiete Nordwest und Walkeweg. Zusätzlich läuft die Erarbeitung des zweiten Ratschlages mit Fokus auf Arealentwicklungen im Bestand.

**Städtebauliche Verfahren und Nutzungsplanung** Für Klybeck und Kleinhüningen begann die Entwicklung eines Stadtteilrichtplans; die Arbeitsgebiete im Klybeck sowie die Hafen- und Stadtentwicklung bilden dabei Schwerpunkte. Parallel dazu wurde die Trinationale Masterplanung 3Land gemeinsam mit den Städten Huningue (F) und Weil am Rhein (D) fortgesetzt. Die Regierung hat dem Grossen Rat den Bebauungsplan Campus Gesundheit zur politischen Beratung überwiesen. Die Nutzungsplanung für den Dreispitz soll nicht mehr den gesamten Perimeter in einer einzigen Vorlage behandeln, sondern auf Teilgebiete ausgerichtet werden. Ausserdem wurden auf dem Areal des Felix Platter-Spitals Studien durchgeführt zur Umnutzung der schützenswerten Bestandsbauten in Wohnraum. Im Gebiet Volta Nord wurde eine Masterplanung als Grundlage für nutzungsplanerische Massnahmen erarbeitet. Auf dem SBB-Areal Güterbahnhof Wolf Nord lief parallel zur Infrastrukturplanung der SBB die Vorbereitung von städtebaulichen Entwicklungsstudien. Bei den angekündigten Entwicklungsprojekten der Firma Hoffman-La Roche und für das Messeparking begannen die Arbeiten für die Bebauungsverfahren.

**Weiterentwicklung des Tramnetzes** Der Grosse Rat hat die Mittel für die Verlängerung der Linie 3 nach Saint-Louis genehmigt; diejenigen für die Tramverbindung Margarethenstich wurden ihm

beantragt. Weitere Vorhaben werden aufgrund von Kosten-Nutzen-Analysen priorisiert. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes werden Vorprojekte für die Traminfrastruktur auf dem Bruderholz sowie für weitere Strassenzüge (Burgfelder-/Missionsstrasse, Spalenvorstadt, Hardstrasse, Rosentalstrasse usw.) entsprechend der Prioritätensetzung aus der Erhaltungsplanung erarbeitet.

**Gestaltungs- und Verkehrsprojekte im öffentlichen Raum** Auf Basis des Gesamtverkehrskonzepts wurde ein Vorprojekt für die das Dreispitzareal umschliessende Verkehrsinfrastruktur (Viertelskreis und Reinacherstrasse und die anschliessende Gundeldingerstrasse Ost) entwickelt. Für den Platz „Stadtterminal“ auf der Erlenmatt wurde ein Vorprojekt für einen vor allem durch Jugendliche genutzten Platz entwickelt. Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat die entsprechende Finanzierungsvorlage unterbreitet. Es wurden diverse Projekte zu Gunsten der Velofahrenden (z.B. Velospur im Aeschengraben) entwickelt, eine zunehmende Zahl an Begegnungszonen wertet das Wohnumfeld auf. Mit der Publikation „Uuse uff d'Strooss“ wird die Belebung und Bespielung dieser Zonen aktiv gefördert.

**Erhaltung des baulichen Erbes** Im Vordergrund stand auch 2014 die Begleitung von Restaurierungen und Umbauten. Darunter fielen sowohl wichtige Baudenkmäler wie das Rathaus, die St. Albankirche, das Hebelschulhaus in Riehen, das Strassburgerdenkmal, das St. Albantor sowie zahlreiche weitere Baudenkmäler im Eigentum von Privaten und der öffentlichen Hand. Subventionsgesuche wurden zuhanden der Subventionskommission bearbeitet. Die Inventarisierung der Quartiere im Kanton wurde wie schon in den vergangenen zwei Jahren beschleunigt vorangetrieben, um klare Grundlagen für die denkmalpflegerische Arbeit im Kanton zu schaffen und die Rechtssicherheit von Bauherren und Projektierenden zu erhöhen. Bearbeitet wurden u.a. die Inventare für den Hafen, das Hirzbrunnenquartier sowie das Bruderholz. In diesem Zusammenhang steht auch die Vorbereitung für den Antrag eines Investitionsprogrammes zur öffentlichen Vermittlung der Ergebnisse der Inventarisierung mittels elektronischer Medien. So könnten denkmalpflegerische Rahmenbedingungen frühzeitig abgerufen und in die Planung integriert werden. Ziel des Projektes ist es, eine möglichst kundenfreundliche und transparente denkmalpflegerische Arbeit zu ermöglichen. Im Rahmen des Vorhabens sollen Bausteine für das E-Government-Projekt des Kantons entwickelt werden. Der Antrag für das Investitionsprogramm wurde Ende 2014 vom Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde in der 2011 neu aufgebauten Struktur fortgesetzt. Insgesamt konnten an den Führungszyklen und am Tag des Denkmals rund 5'000 Interessierte an Themen der Denkmalpflege herangeführt werden. Im Museum Kleines Klingental wurde ein Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt zum Basler Komponisten Hans Huber durchgeführt, das über Basel hinaus grosse Beachtung gefunden hat.

**Stadtbildkommission** In neuer Organisation wurden 2014 rund 900 Bau- und Reklamegesuche sowie bauliche Massnahmen auf Allmend begleitet und beurteilt. Rund 80% dieser Bauvorhaben wurden ohne weitere Überarbeitung durch die Stadtbildkommission gutgeheissen, lediglich 1,5% der Bauvorhaben wurden abgelehnt. Das neu eingerichtete Fachsekretariat bietet neu an drei Tagen die Woche Sprechstunden und Bauberatungen an. Die nach wie vor steigende Nachfrage scheint dem Wunsch nach grösserer Klarheit und Transparenz der Entscheidungen zu entsprechen. Im Schnitt fanden wöchentlich rund zwölf Beratungen vor Ort, auf dem Fachsekretariat oder am Telefon statt.

Der grösste Teil der Gesuche wurde in den wöchentlichen Sitzungen des Fachsekretariats in Absprache mit dem Vorsitzenden der Kommission entschieden. Die Stadtbildkommission hat in zehn monatlichen Sitzungen rund fünfzig grössere Sachverhalte behandelt.

Zu den grösseren behandelten Bauprojekten zählen die Begleitung der Wohnbebauungen und die Bemusterungen (in Form von Mock-ups) auf den Baufeldern Erlenmatt, die Beurteilung von verschiedenen Wohn- und Geschäftshochhäusern, von Spitalbauten und Wohnbebauungen sowie Stellungnahmen zu bevorstehenden Bebauungsplänen.

Seit dem 1. Mai 2014 kann eine Solaranlage – ausser in der Schutzzone und auf Kulturdenkmälern – mit einer einfachen und kostenlosen Meldung ohne ästhetische Prüfung erstellt werden. Die Stadtbildkommission ist nicht mehr involviert und wird auch nicht mehr informiert, allerdings fordert das Bundesrecht im Raumplanungsgesetz eine „genügende Anpassung“.

Die Überarbeitung des für die Kommissionsarbeit wichtigen Reklamekonzeptes wurde aufgenommen mit dem Ziel, eine gut verständliche Grundlage für Reklamegesuche zur Verfügung stellen zu können.

## Mobilität

BVD-661

Das Amt für Mobilität analysiert die Fragen und Herausforderungen der kantonalen Mobilität als Gesamtsystem. Auf Basis dieser Analysen entwickelt das Amt Strategien zur Beeinflussung und Steuerung sowie zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens.

Eine gute Anbindung auf Strasse und Schiene an das nahe und ferne Umland leistet einen wichtigen Beitrag an die Standort- und Wohnqualität im Kanton. Die stadt- und umweltgerechte Mobilität soll gefördert und das Gesamtverkehrssystem optimiert werden. Ziele sind der Ausbau des Angebots und die Verstetigung und Verkürzung der Fahrzeiten im öffentlichen Verkehr, die Attraktivitätssteigerung für den Velo- und Fussverkehr sowie die Verbesserung des Verkehrsflusses auf dem übergeordneten Strassennetz.

Das Amt für Mobilität analysiert den Mobilitätsbedarf und das Verkehrsgeschehen im Kanton, plant und bestellt Leistungen des öffentlichen Verkehrs, erarbeitet Verkehrsstrategien und -konzepte, formuliert Anforderungen an Infrastrukturen und begleitet deren Planung. Es plant und bewirtschaftet den Parkraum, projiziert und verfügt permanente Verkehrsanordnungen (geänderte Markierungen und Signalisationen) und ist verantwortlich für Projektierung, Programmierung, Betrieb und technischen Unterhalt sämtlicher Lichtsignalanlagen sowie des zentralen Verkehrsrechners und der Parkuhren.

Das Amt für Mobilität bringt die kantonalen Interessen in die übergeordnete Verkehrsplanung des Bundes ein und koordiniert die Planung mit den Nachbarkantonen sowie den benachbarten Gebietskörperschaften in Deutschland und Frankreich.

Ebenfalls in die Zuständigkeit des Amts für Mobilität fällt die Erteilung der kantonalen Bewilligungen für Betreiberfirmen im öffentlichen Verkehr.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Stadtgerechter Verkehr** Das Amt für Mobilität hat auf der Basis eines umfassenden Studienauftrags ein verkehrspolitisches Leitbild inkl. Umsetzungskonzept für einen stadtgerechten Verkehr erarbeitet und die vom Regierungsrat durchgeführte Vernehmlassung ausgewertet. Zudem hat es die Arbeiten an einem Konzept zum städtischen Güterverkehr und an einem Verkehrslenkungskonzept gestartet. Im Rahmen seiner Strategie zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs unterstützte das Amt auch 2014 die Durchführung der Mobilitätswoche Basel-Dreiland, die mittlerweile eines der vielfältigsten Programme aller beteiligten Städte Europas anbietet. Das Amt für Mobilität schloss die Arbeiten am „Teilrichtplan Velo 2013“ ab. Dieser ist nun für die kantonalen Behörden rechtsverbindlich. Zudem überprüft das Amt für Mobilität jährlich die Verkehrsentwicklung und evaluiert laufend, ob die angestrebte Reduktion des motorisierten Individualverkehrs erreicht wird.

**Gesamtverkehrsmodell der Region Basel** Die Erarbeitung des neuen Gesamtverkehrsmodells der Region Basel wurde weitgehend abgeschlossen. Damit steht ab Frühling 2015 ein aktuelles, dem neuesten Stand der Technik entsprechendes Modell zur Verfügung, um die verkehrlichen Auswirkungen von Siedlungsentwicklungen und Angebotsausbauten im Verkehr zu berechnen. Erstmals berücksichtigt das Modell auch den Veloverkehr sowie teilweise den Fussverkehr.

**Parkraumbewirtschaftung** Im Rahmen der Einführung der flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung wurden 2014 in weiteren Postleitzahlenbezirken die entsprechenden Markierungs- und Signalisationsänderungen projiziert und ausgeführt. Bis 2016 soll die Parkraumbewirtschaftung in allen Quartieren umgesetzt sein.

**Pendlerfonds** Der 2013 ins Leben gerufene, innovative Pendlerfonds basiert auf den wachsenden Einnahmen aus den Parkkarten für Basel-Stadt. Er dient der Förderung von Projekten, die den Parkdruck auf Allmend reduzieren und bisherige Autofahrten auf den öffentlichen Verkehr oder die kombinierte Mobilität zu verlagern. Dazu zählen etwa Park-and-Ride- oder Bike-and-Ride-Anlagen. Der Pendlerfondsrat hat zweimal über die Auszahlung von Fondsgeldern aufgrund der eingegangenen Förderanträge entschieden. Insgesamt wurden bisher sechs Projekten Mittel von insgesamt ca. 2,28 Mio. Franken zugesagt.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'986.5	-5'414.3	-5'351.2	63.1	1.2	-364.8	-7.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'766.0	-4'225.4	-5'057.8	-832.4	-19.7	-291.9	-6.1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-103.2	0.0	-72.7	-72.7	n.a.	30.5	29.6
36 Transferaufwand	-7.0	-7.0	-17.0	-10.0	<-100.0	-10.0	<-100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-9'862.6</b>	<b>-9'646.7</b>	<b>-10'498.7</b>	<b>-852.0</b>	<b>-8.8</b>	<b>-636.1</b>	<b>-6.4</b>
42 Entgelte	5'165.5	4'801.1	5'712.5	911.4	19.0	547.1	10.6
43 Verschiedene Erträge	181.5	0.0	919.8	919.8	n.a.	738.3	>100.0
46 Transferertrag	0.0	0.0	0.3	0.3	n.a.	0.3	n.a.
<b>Betriebsertrag</b>	<b>5'346.9</b>	<b>4'801.1</b>	<b>6'632.6</b>	<b>1'831.4</b>	<b>38.1</b>	<b>1'285.6</b>	<b>24.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-4'515.7</b>	<b>-4'845.6</b>	<b>-3'866.2</b>	<b>979.4</b>	<b>20.2</b>	<b>649.5</b>	<b>14.4</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'556.2	-1'326.2	-1'967.5	-641.4	-48.4	-411.4	-26.4
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-58.3	-671.0	-63.1	607.9	90.6	-4.8	-8.3
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	20.7	0.0	20.7	20.7	n.a.	0.0	0.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-1'593.8</b>	<b>-1'997.2</b>	<b>-2'009.9</b>	<b>-12.8</b>	<b>-0.6</b>	<b>-416.2</b>	<b>-26.1</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-6'109.4</b>	<b>-6'842.7</b>	<b>-5'876.1</b>	<b>966.7</b>	<b>14.1</b>	<b>233.3</b>	<b>3.8</b>
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	-0.6	-0.6	n.a.	-0.6	<-100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.6</b>	<b>-0.6</b>	<b>n.a.</b>	<b>-0.6</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-6'109.4</b>	<b>-6'842.7</b>	<b>-5'876.7</b>	<b>966.0</b>	<b>14.1</b>	<b>232.7</b>	<b>3.8</b>
davon Funktionen:							
62 Öffentlicher Verkehr	-1'085.1	-1'607.6	-363.8	1'243.8	77.4	721.3	66.5
63 Verkehr, übrige	-5'024.4	-5'235.2	-5'513.0	-277.8	-5.3	-488.6	-9.7

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-14'116.0	0.0	-21'476.7	-21'476.7	n.a.	-7'360.6	-52.1
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-272.9	0.0	-185.1	-185.1	n.a.	87.8	32.2
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-14'389.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-21'661.8</b>	<b>-21'661.8</b>	<b>n.a.</b>	<b>-7'272.8</b>	<b>-50.5</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-14'389.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-21'661.8</b>	<b>-21'661.8</b>	<b>n.a.</b>	<b>-7'272.8</b>	<b>-50.5</b>

**Kommentar**

- 1 Mehraufwand in der Abteilung Verkehrssteuerung in der Höhe von 830'000 Franken, welche zum grössten Teil an andere Dienststellen oder externe Partner weiterverrechnet werden (siehe auch FDK 42, Entgelte).
- 2 Mehreinnahmen für Dienstleistungen der Abteilung Verkehrssteuerung in der Höhe von 742'000 Franken, die an andere Dienststellen oder externe Partner weiterverrechnet werden können (siehe auch FDK 31). Da im Laufe des Jahres 2014 die Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt eingeführt wurde, erzielte die Abteilung Verkehrstechnik Mehreinnahmen in der Höhe von 173'000 Franken bei den Parkuhrengebühren.
- 3 Mehreinnahmen von 920'000 Franken zugunsten des Pendlerfonds aus dem Verkauf von Besucher- und Pendlerparkkarten. Für das Rechnungsjahr 2014 konnten diese Einnahmen noch nicht budgetiert werden, da noch nicht klar war, wie der Fonds finanztechnisch gehandhabt werden würde. Ausserdem waren noch keine Erfahrungswerte vorhanden, da eine erste Abrechnung erst nach dem Budgetprozess erfolgte. Ab 2015 wird der Pendlerfonds als Einzelposten geführt.
- 4 Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von Degressiv auf Linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2014 wurden, da noch keine Zahlen des Rechnungsjahres 2013 vorlagen, basierend auf dem Restatement Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	
		2010	2011	2012	2013	2014	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	28.8	31.1	29.7	31.3	31.6	1
Lichtsignalanlagen	Anz	126	125	125	128	128	2
Verkehrsaufkommen MIV Stadtstrassen	%	100	99.2	98.2	98.5	96.0	3
Verkehrsaufkommen ÖV	%	100.0	102.6	104.2	105.3		4
Verkehrsaufkommen Velo	%	100	110	106	108		5

**Kommentar**

- 1 Für die Verwaltung des Pendlerfonds wurde der Headcount um 0.5 erhöht.
- 2 Im Rahmen der Verbesserung der Datengrundlagen zum Verkehrsgeschehen werden die Kennzahlen in den nächsten Jahren überarbeitet.
- 3 Die Zahl für das Jahr 2014 ist eine Prognose aus den Zielen gemäss dem Gegenvorschlag Städteinitiative. 2010 = Index 100 %
- 4 Eine Prognose für das Jahr 2014 ist nicht möglich.
- 5 Starkes Wachstum bzw. Rückgang weitgehend Wetter bedingt. Eine Prognose für das Jahr 2014 ist nicht möglich.

**Verkehrsberuhigung in der Innenstadt und in den Wohnquartieren** Die Umsetzung des 2011 vom Grossen Rat beschlossenen Verkehrskonzepts für eine fussgängerfreundliche und verkehrsberuhigte Basler Innenstadt erfolgte im Jahr 2014. Das Amt für Mobilität projektierte die vom Grossen Rat im Sommer 2014 beschlossenen Modifikationen des Verkehrskonzepts und unterstützte das Justiz- und Sicherheitsdepartement bei der definitiven Formulierung der Verordnung des Regierungsrats über die ausnahmsweise Zufahrt, die insbesondere Anwohnende und Gewerbetreibende betrifft. Die neuen Signale waren bis Ende 2014 montiert.

Das Amt für Mobilität hat 2014 die Planung der Massnahmen des neuen Tempo 30-Konzepts, das der Grosse Rat 2013 beschlossen hat, fortgeführt und erste konkrete Vorhaben projektiert und publiziert. Die Reduktion der Geschwindigkeiten in Wohnquartieren und punktuell auf verkehrsorientierten Strassen leistet einen Beitrag zur Reduktion der Lärm- und Luftschadstoffemissionen und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, besonders in der Nähe von Schulen. Zusammen mit neuen Begegnungszonen führen diese Massnahmen zudem zu einer weiteren Steigerung der Wohnqualität in den Quartieren.

**Organisationsstrukturen im öffentlichen Verkehr** Die Organisationsstrukturen im öffentlichen Verkehr sind historisch gewachsen und teilweise reformbedürftig. Im Rahmen der von den Regierungen beider Basel initiierten Überprüfung des Staatsvertrags betreffend BVB/BLT (öffentlicher Agglomerationsverkehr) hat die bikantonale Arbeitsgruppe 2014 Zwischenergebnisse vorgelegt. Die beiden Basel haben beschlossen, ein Grobkonzept für einen Verkehrsverbund ausarbeiten zu lassen. Ende 2014 hat sich der Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW) eine neue Struktur gegeben, welche die Zusammenarbeit mit den Kantonen stärkt. Die Kooperation der für den regionalen Bahnverkehr zuständigen Behörden wird durch die Schaffung einer trinationalen Fachstelle Regio-S-Bahn unter dem Dach des Vereins AggloBasel gestärkt. Das Amt für Mobilität hat bei den Arbeiten an diesen Organisationsmodellen jeweils die Interessen des Kantons Basel-Stadt vertreten.

**Ausbau der Traminfrastruktur** Die Planung der 2012 vom Grossen Rat beschlossenen Ausbauten im Basler Tramnetz wurde weitergeführt. Schwerpunkt bildeten 2014 Vorstudien zur Priorisierung der einzelnen Ausbauschritte und zur technischen Machbarkeit einzelner Streckenabschnitte. Die Ausbauten am Tramnetz sind zeitlich zu koordinieren mit den Projekten zur Erhaltung der Gleisanlagen und der übrigen Infrastruktur im öffentlichen Raum. Als erster Baustein ging im Dezember 2014 die Tramverbindung nach Weil am Rhein in Betrieb. Die Nachfrage in den ersten Betriebstagen vor dem Jahreswechsel übertraf bereits die Erwartungen.

**Behindertengerechter Zugang zum öffentlichen Verkehr** Das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) des Bundes schreibt vor, dass der öffentliche Verkehr barrierefrei zugänglich sein muss. Auch diese infrastrukturellen Anpassungen wurden laufend auf die verschiedenen Bauprojekte in der Stadt abgestimmt.



**Regio-S-Bahn Basel; Durchmesserlinie „Herzstück“ und Anschluss EuroAirport** Mit dem Ja des Schweizer Stimmvolks im Februar 2014 zur Vorlage FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) wurden die Aufgabenteilung Bund/Kantone und die Finanzierung der Eisenbahnstrecken und -anlagen auf eine neue Grundlage gestellt. Der Kanton Basel-Stadt hat Ende 2014 zusammen mit den weiteren Kantonen der Planungsregion Nordwestschweiz (AG, BE, BL, JU, SO) seine Vorstellungen zum künftigen Regionalverkehrsangebot (Ausbauschnitt 2030) beim Bund eingereicht.

2014 haben der Grosse Rat (BS) und der Landrat (BL) beschlossen, die gemeinsamen Arbeiten am Vorprojekt des Herzstücks der Regio-S-Bahn an die Hand zu nehmen. Diese unterirdische Verbindung zwischen Basel SBB und Badischem Bahnhof bzw. Bahnhof St. Johann schliesst die Lücke in der Bahninfrastruktur rund um Basel und schafft die Voraussetzung für ein kohärentes S-Bahnnetz mit Durchmesserlinien, die die regionalen Korridore miteinander verbinden. Basis hierfür muss ein zwischen den Nordwestschweizer Kantonen, der Région Alsace und dem Land Baden-Württemberg grenzüberschreitend abgestimmtes Konzept für die Weiterentwicklung des Liniennetzes und des Fahrplanangebots sein. Das Konzept ist auch im Hinblick auf den Bahnanschluss des EuroAirports von Bedeutung.

Das Amt für Mobilität hat neben den Arbeiten an den weiteren Planungsschritten zum Herzstück auch eine Studie zur Prüfung der technischen Machbarkeit einer zusätzlichen S-Bahnstation im Raum Solitude vorbereitet.

**Agglomerationsprogramm** Im Agglomerationsprogramm Basel bilden die Achsen der Regio-S-Bahn das strukturierende Rückgrat der Siedlungsentwicklung. Der Bund hat 2014 für die Mitfinanzierung der im Agglomerationsprogramm Basel 2. Generation enthaltenen Projekte 93 Millionen Franken freigegeben. Parallel dazu arbeitet das Amt für Mobilität zusammen mit den weiteren beteiligten Behörden in der trinationalen Agglomeration an der Ausarbeitung des Programms dritter Generation.

**Verkehrssteuerung und Forschungsprojekte** Auch 2014 wurde die verkehrsabhängige Steuerung der Lichtsignalanlagen weiter optimiert vor allem im Hinblick auf die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs sowie die Reduktion der Wartezeiten der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmenden. Daneben beteiligte sich der Kanton aktiv an nationalen Forschungsprojekten etwa zu velofreundlicheren Lösungen an lichtsignalgeregelten Kreuzungen oder zur Sicherheit von Fussgängerstreifen über Tramgleise.

## Globalbudget Öffentlicher Verkehr

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Regio S-Bahn	2.4 Mobilität
Tarife und Verbände	2.4 Mobilität
Tram und Bus	2.4 Mobilität

### Öffentlicher Verkehr

Bestellung der Leistungen des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. Unterhalt und Angebotskonzepte). Entwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports. Bestellung von Regionalverkehrsleistungen in Absprache mit den Nachbarkantonen und Nachbarländern. Subventionierung von Tarifierleichterungen.

### Gesetzliche Grundlagen

Gestützt auf das Programm für den öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) wird das Globalbudget ÖV dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gemäss §14 und §16 Abs. lit. b des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) zum Beschluss vorgelegt.

### Wirkungen

Wirtschaftliche Gewährleistung einer komfortablen, sicheren, umweltschonenden und stadtgerechten Mobilität innerhalb des Kantonsgebiets sowie zwischen dem Kantonsgebiet und der umliegenden Region, auch für betagte und in ihrer Mobilität eingeschränkter Menschen.

Entlastung des Strassennetzes und dadurch Verbesserung des Verkehrsflusses und der Wohnqualität sowie Begrenzung des Bedarfs an Parkraum.

Anbieten eines preisgünstigen und einfachen Tarifsystems.

### Tätigkeiten und Projekte

Für die politischen und planerischen Tätigkeiten im Bereich des öffentlichen Verkehrs (ÖV) wird auf den Bericht der Dienststelle Mobilität verwiesen. Das Globalbudget umfasst die Bestellung und Finanzierung von ÖV-Leistungen.

**Finanzen**

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Tram und Bus	-55'520.4	-58'561.0	-56'002.9	2'558.1	4.4	-482.5	-0.9
Regio-S-Bahn	-2'844.7	-2'862.0	-2'994.8	-132.8	-4.6	-150.0	-5.3
Tarife und Verbände	-20'159.7	-20'100.0	-20'468.2	-368.2	-1.8	-308.4	-1.5
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-78'524.9</b>	<b>-81'523.0</b>	<b>-79'465.8</b>	<b>2'057.2</b>	<b>2.5</b>	<b>-940.9</b>	<b>-1.2</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	-10'785.6	-10'000.0	-12'312.1	-2'312.1	-23.1	-1'526.5	-14.2
<b>Vollkosten</b>	<b>-89'310.5</b>	<b>-91'523.0</b>	<b>-91'777.9</b>	<b>-254.9</b>	<b>-0.3</b>	<b>-2'467.4</b>	<b>-2.8</b>

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-21'871.0	-42'000.0	-17'802.6	24'197.4	57.6	4'068.4	18.6
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-36.7	0.0	-43.8	-43.8	n.a.	-7.0	-19.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	1'500.0	2'000.0	0.0	-2'000.0	-100.0	-1'500.0	-100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-20'407.7</b>	<b>-40'000.0</b>	<b>-17'846.3</b>	<b>22'153.7</b>	<b>55.4</b>	<b>2'561.4</b>	<b>12.6</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-20'407.7</b>	<b>-40'000.0</b>	<b>-17'846.3</b>	<b>22'153.7</b>	<b>55.4</b>	<b>2'561.4</b>	<b>12.6</b>

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Hohe Nachfrage Ortsverkehr	Anzahl (Mio.) Einsteigende pro Jahr (BVB-Linien)	>=	131.6	132.8	132.0	130.9 1
Hohe Verkehrsleistung Ortsverkehr	Nachfrage (Mio. Personen- Kilometer) BVB+BLT+AAGL im städtischen Netz	>=	315.4	318.5	315.0	317.0 2
Hohe Nachfrage Regio-S-Bahn	Anzahl Einsteigende (Tsd. Pers. / Tag) am Bahnhof SBB	>=	18.7	18.7	18.0	19.0
Zufriedenheit der ÖV-Kundschaft	Index gemäss Kunden- zufriedenheitsstudie	>=		76		3

**Kommentar**

- 1 Provisorische Angabe, die definitiven Angaben folgen mit dem Budget 2016 nach Veröffentlichung des Geschäftsberichtes 2014
- 2 Provisorische Angabe, die definitiven Angaben folgen mit dem Budget 2016 nach Veröffentlichung des Geschäftsberichtes 2014
- 3 Die nächste Kundenzufriedenheitsstudie ist im Jahr 2016 vorgesehen.

## Produktgruppe Tram und Bus

Anbieten eines regelmässig betriebenen Bus-, und Tram-Linienverkehrs zur Erschliessung des Kantonsgebiets (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution). Bedarfsgerechte Vervollständigung des Linienverkehrs durch ergänzende Verkehrsleistungen (z.B. Grossanlässe) und durch Unterstützung von Fahrten von Menschen mit einer eingeschränkten Mobilität.

## Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2014 sind diverse Anpassungen und Optimierungen im Tram- und Busnetz umgesetzt worden.

- Die Linie 2 verkehrt auch in der Hauptverkehrszeit (HVZ) am Abend bis Riehen Dorf.
- Die Linie 37 verkehrt neu nur noch zwischen Aeschenplatz und Dreispitz und erschliesst die Quartiere Gellert und Lehenmatt auch am Abend und am Wochenende in einem 30 Minutentakt. Die Buslinie 47 stellt die Anbindung des östlichen Bruderholz in unveränderter Qualität sicher.
- Die Buslinien 31/34/38 und die Riehener Ortsbuslinien 35 und 45 wurden im Raum Wettstein/Riehen optimiert. Die Struktur der Linien ist klarer und leichter verständlich. Das Überangebot mit Wendefahrten bis zu den Habermatten wurde reduziert, und die Belastung der Anwohner in der Rauracherstrasse somit gesenkt. Die Anbindung des Friedhofs am Hörnli an die Riehener Wohnquartiere wurde verbessert. Die Linie 42, vormals 34E, verkehrt als direkte Verbindung Claraplatz - Roche - Bettingen neu auch in der Abendspitze und ergänzt das Angebot für Bettingen.

## Leistungen

**Leistungserbringer BVB:** Betrieb städtischer Tram und Buslinien; Unterhalt der betrieblich notwendigen Infrastruktur und Netzmanagement aufgrund einer Leistungsvereinbarung.

**Leistungserbringer BLT:** Betrieb von Tram- und Buslinien des Vorortverkehrs aufgrund Angebotsvereinbarung gemäss Personenbeförderungsgesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.

**Leistungserbringer AAGL:** Betrieb regionaler Buslinien aufgrund Angebotsvereinbarungen gemäss Personenbeförderungsgesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.

**Leistungserbringer Koordinationsstelle Fahrten für Behinderte beider Basel KBB:** Unterstützung von Fahrten von Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

**Finanzen**

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Übriger Aufwand	-57'422.0	-60'786.8	-58'630.0	2'156.8	3.5	-1'208.0	-2.1 <sup>1</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-57'422.0</b>	<b>-60'786.8</b>	<b>-58'630.0</b>	<b>2'156.8</b>	<b>3.5</b>	<b>-1'208.0</b>	<b>-2.1</b>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>1'901.6</b>	<b>2'225.8</b>	<b>2'627.1</b>	<b>401.3</b>	<b>18.0</b>	<b>725.5</b>	<b>38.2<sup>2</sup></b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-55'520.4</b>	<b>-58'561.0</b>	<b>-56'002.9</b>	<b>2'558.1</b>	<b>4.4</b>	<b>-482.5</b>	<b>-0.9</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	-9'645.6	-10'000.0	-11'363.8	-1'363.8	-13.6	-1'718.2	-17.8
<b>Vollkosten</b>	<b>-65'166.0</b>	<b>-68'561.0</b>	<b>-67'366.7</b>	<b>1'194.3</b>	<b>1.7</b>	<b>-2'200.7</b>	<b>-3.4</b>

**Kommentar**

- Die Abweichung der Rechnung vom Budget 2014 ist wie folgt zu erklären. Die vom Grossen Rat zur Verfügung gestellten 300'000 Franken für den Behindertentransport konnten vertragsbedingt nicht ausgegeben werden, zudem ist eine systembedingte (nachfrageabhängiger Schlüssel BL/BS) Minderausgabe von 65'000 Franken zu verzeichnen. Die vorgesehenen Verbesserungen auf der Linie 50 (120'000 Franken) konnten erst ein Jahr später umgesetzt werden. Ebenfalls eine Verzögerung um ein Jahr gab es bei der Umsetzung des Konzepts in Grossbasel West / Allschwil (450'000 Franken). Das Buskonzept Wettstein / Riehen konnte deutlich billiger umgesetzt werden, als dies im Budgetpostulat vorgesehen war (600'000 Franken). Die Verlängerung der Linie 30E wurde zurückgestellt (200'000 Franken). Weiter sind auf verschiedenen Positionen kleinere Abweichungen zu verzeichnen.
- Die Abgeltungsrechnung BVB/BLT brachte für BS ein unerwartet günstiges Ergebnis: 400'000 Franken mehr als budgetiert.

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Hohe Bedienungshäufigkeit im Linienverkehr	Gewichtete Fahrzeugkm. (Mio.) BVB / BLT im Jahr auf Gebiet BS	>=	26.3	26.0	26.5	26.0 <sup>1</sup>
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung von Bund, Kanton und Gemeinden (Fr.) je Pkm (BVB)	<=	0.211	0.205	0.210	0.209
Hohe Qualität des Angebots im Ortsverkehr	Mischindikator aus versch. Kennzahlen; Eichwert 2006	>=	105 %	104 %	109%	105%
Angebot der KBB entspricht den Bedürfnissen der Zielgruppe	Anteil (%) „gut“ bzw. „sehr gut“ gem. Kundenbefragung	>=			90.0%	89.1% <sup>2</sup>

**Kommentar**

- Provisorische geschätzte Angaben, die definitiven Angaben folgen mit dem Budget 2016.
- Im Herbst 2014 (nach der Tarifierhöhung) wurde eine Kundenzufriedenheitsumfrage durchgeführt. Der Rücklauf betrug gute 53.8%. Es wurden Fragen zur Qualität und Sicherheit des Angebots gestellt. In einem zweiten Fragenblock wurde um eine Einschätzung von Preis und Kontingent gebeten.

## Produktgruppe Regio-S-Bahn

Anbieten eines regelmässigen Regio-S-Bahnverkehrs zur Anbindung des Kantonsgebiets an das Umland (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution).

### Tätigkeiten und Projekte

Das Angebot der Regio-S-Bahn blieb 2014 unverändert.

#### Leistungen

**Leistungserbringer SBB Regionalverkehr** Betrieb der S-Bahnlinien S1 (Schweizer Teilabschnitt) und S3 aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz; Konzessionär der RE-Züge Basel-Offenburg auf der Verbindungsbahn.

**Leistungserbringer SBB Deutschland GmbH** Betrieb der S-Bahnlinie S6, aufgrund Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz auf der Verbindungsbahn.

**Finanzen**

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Übriger Aufwand	-3'247.9	-3'265.0	-3'377.1	-112.1	-3.4	-129.2	-4.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-3'247.9</b>	<b>-3'265.0</b>	<b>-3'377.1</b>	<b>-112.1</b>	<b>-3.4</b>	<b>-129.2</b>	<b>-4.0</b>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>403.1</b>	<b>403.0</b>	<b>382.3</b>	<b>-20.7</b>	<b>-5.1</b>	<b>-20.8</b>	<b>-5.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-2'844.7</b>	<b>-2'862.0</b>	<b>-2'994.8</b>	<b>-132.8</b>	<b>-4.6</b>	<b>-150.0</b>	<b>-5.3</b>
Kalkulatorische Kapitalkosten	-1'140.0	0.0	-948.2	-948.2	n.a.	191.7	16.8
<b>Vollkosten</b>	<b>-3'984.7</b>	<b>-2'862.0</b>	<b>-3'943.0</b>	<b>-1'081.0</b>	<b>-37.8</b>	<b>41.7</b>	<b>1.0</b>

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Hohe Angebotsdichte im S-Bahnverkehr (Montag bis Freitag)	Anzahl Kurse der S-Bahn auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	=	332	337	332	332
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung (CHF) je Personen-km auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	<=	0.140	0.140	0.145	1
Hohe Qualität der Leistungserbringung	Anteil des mit den Kantonen der NWCH vereinbarten gewichteten Zielwert gemäss Bonus-Malus Vereinbarung von 2013	>=			87.3	88.3

**Kommentar**

- 1 Die effektiven Resultate der Nachkalkulation der SBB stehen erst im Frühjahr 2015 zur Verfügung und werden mit dem Budget 2016 ausgewiesen.

### **Produktgruppe Tarife und Verbände**

Sicherstellung günstiger, zwischen den einzelnen Transportunternehmungen koordinierter Tarife im öffentlichen Verkehr innerhalb des Kantons und über die Kantonsgrenzen hinaus.

### **Tätigkeiten und Projekte**

Die Anzahl der verkauften U-Abos im Kanton Basel-Stadt blieb auch im Jahr 2014 konstant.



**Finanzen**

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Übriger Aufwand	-20'159.7	-20'100.0	-20'468.2	-368.2	-1.8	-308.4	-1.5
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-20'159.7</b>	<b>-20'100.0</b>	<b>-20'468.2</b>	<b>-368.2</b>	<b>-1.8</b>	<b>-308.4</b>	<b>-1.5</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-20'159.7</b>	<b>-20'100.0</b>	<b>-20'468.2</b>	<b>-368.2</b>	<b>-1.8</b>	<b>-308.4</b>	<b>-1.5</b>
<b>Vollkosten</b>	<b>-20'159.7</b>	<b>-20'100.0</b>	<b>-20'468.2</b>	<b>-368.2</b>	<b>-1.8</b>	<b>-308.4</b>	<b>-1.5</b>

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Ist 2014
Grosse Anzahl U-Abonnenten im Kanton Basel-Stadt	Anzahl U-Abo-Verkäufe /in Tausend) an Einwohnerinnen und Einwohner in BS auf Monatsbasis	>	871	872	864	875 1

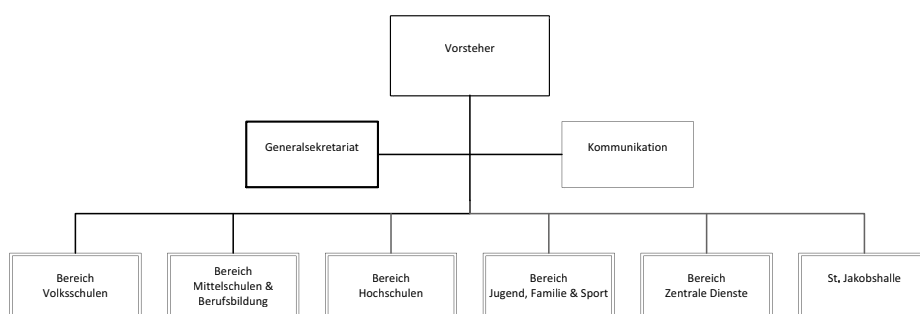
**Kommentar**

1 Der Indikator umfasst die Anzahl verkaufter Monatsabonnemente, Jahresabonnemente werden umgerechnet.



### 4.2.3 Erziehungsdepartement

ED-201	Zentrale Dienste und Generalsekretariat	237
ED-220	Leitung Bildung	242
ED-230	Volksschulen	244
ED-240	Mittelschulen	249
ED-245	Berufsbildende Schulen	252
ED-265	Leitung Mittelschulen und Berufsbildung	256
ED-271	Hochschulen	259
ED-290	Jugend, Familie und Sport	262



## Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-484.9	-483.7	-486.9	-3.2	-0.7	-2.0	-0.4 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-155.7	-156.9	-157.4	-0.6	-0.4	-1.7	-1.1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.6	-0.7	-0.7	-0.0	-4.9	-0.1	-11.5
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.2	100.0
36 Transferaufwand	-422.4	-437.5	-437.6	-0.1	0.0	-15.1	-3.6
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-1'063.8</b>	<b>-1'078.7</b>	<b>-1'082.6</b>	<b>-3.9</b>	<b>-0.4</b>	<b>-18.8</b>	<b>-1.8</b>
42 Entgelte	44.4	43.9	45.3	1.3	3.1	0.9	1.9 <sup>2</sup>
43 Verschiedene Erträge	3.2	0.0	3.0	3.0	n.a.	-0.2	-7.3 <sup>3</sup>
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.2	-100.0
46 Transferertrag	113.8	113.9	115.7	1.8	1.6	1.9	1.6 <sup>4</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>161.6</b>	<b>157.8</b>	<b>163.9</b>	<b>6.1</b>	<b>3.9</b>	<b>2.3</b>	<b>1.4</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-902.2</b>	<b>-920.9</b>	<b>-918.7</b>	<b>2.2</b>	<b>0.2</b>	<b>-16.5</b>	<b>-1.8</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2.1	-3.2	-2.8	0.3	11.0	-0.7	-34.1 <sup>5</sup>
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	n.a.
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.0	-1.0	-1.1	-0.1	-12.2	-0.1	-9.6
<b>Abschreibungen</b>	<b>-3.1</b>	<b>-4.2</b>	<b>-3.9</b>	<b>0.2</b>	<b>5.4</b>	<b>-0.8</b>	<b>-26.3</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-905.4</b>	<b>-925.1</b>	<b>-922.6</b>	<b>2.4</b>	<b>0.3</b>	<b>-17.3</b>	<b>-1.9</b>
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-43.2	0.0	15.9
44 Finanzertrag	0.3	0.2	0.2	-0.0	-16.0	-0.1	-38.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.3</b>	<b>0.2</b>	<b>0.2</b>	<b>-0.0</b>	<b>-19.7</b>	<b>-0.1</b>	<b>-40.1</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-905.1</b>	<b>-924.9</b>	<b>-922.5</b>	<b>2.4</b>	<b>0.3</b>	<b>-17.4</b>	<b>-1.9</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-0.0	0.1	0.0	-0.1	-95.1	0.0	>100.0
2 Bildung	-787.9	-805.7	-800.8	4.8	0.6	-13.0	-1.6
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-17.4	-17.4	-18.5	-1.1	-6.5	-1.2	-6.7
5 Soziale Sicherheit	-99.9	-101.9	-103.1	-1.2	-1.2	-3.2	-3.2

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-3.0	-8.0	-6.3	1.7	21.6	-3.2	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.8	-0.5	-1.0	-0.4	-79.2	-0.2	-21.6
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.5	0.0	-0.4	-0.4	n.a.	0.1	18.2
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.2	-100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-4.0</b>	<b>-8.5</b>	<b>-7.6</b>	<b>0.9</b>	<b>10.9</b>	<b>-3.6</b>	<b>-88.2</b>
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	-1.1	-1.1	n.a.	-1.1	n.a.
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	0.3	0.3	n.a.	0.3	n.a.
<b>Veränderungen Darlehen, Beteiligungen</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.8</b>	<b>-0.8</b>	<b>n.a.</b>	<b>-0.8</b>	<b>n.a.</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-4.0</b>	<b>-8.5</b>	<b>-8.4</b>	<b>0.1</b>	<b>1.6</b>	<b>-4.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>

## Kommentar

- 1 Von der Überschreitung der Löhne gehen u.a. 1.9 Mio. Franken auf höhere Schülerzahlen und 2.3 Mio. Franken auf höhere Kosten pro Lektion zurück. Kostenmindernd haben sich etliche Vakanzen ausgewirkt.
- 2 Insbesondere die verrechneten Dienstleistungen und die Schulgeldeinnahmen liegen leicht über dem Voranschlag.
- 3 Die Gewinnanteile des Swisslos-Sportfonds werden neu unter der Kostenartengruppe 43 statt 46 ausgewiesen.
- 4 Der höhere Transferertrag geht ausschliesslich auf gestiegene Entschädigungen für erbrachte Leistungen gegenüber dem Gemeinwesen zurück. U.a. wurden beispielsweise deutlich mehr Leistungen für die Gemeindegemeinden Bettingen/Riehen erbracht und im Zusammenhang mit den Schulabkommen konnte wesentlich mehr als budgetiert abgerechnet werden.

- 5 Die Erweiterung der Informations- und Kommunikationstechnologien an den Volksschulen schreitet etwas langsamer als geplant voran, was wiederum zu leicht tieferen Abschreibungen führt.
-

## Zentrale Dienste und Generalsekretariat

ED-201

Im Bereich der Zentralen Dienste sind sämtliche bereichsübergreifenden Aufgaben des Erziehungsdepartements zusammengefasst. Die Zentralen Dienste gliedern sich in die folgenden fünf Abteilungen: Finanzen und Controlling, Personal, Raum und Anlagen, Informatik und Materialzentrale.

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Parlament, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher, sorgt departementsintern für effiziente, zielgerichtete Abläufe und koordiniert die Kommunikation. Dem Generalsekretariat gehören die beiden Abteilungen Recht sowie Information und Dokumentation an.

Die neu geschaffene zentrale Kommunikationsabteilung kümmert sich um die Kommunikation des Erziehungsdepartements nach innen und aussen. Die Abteilung ist dem Departementsvorsteher direkt unterstellt, gehört aber finanztechnisch dem Bereich der Zentralen Dienste an.

Mit der St. Jakobshalle verfügt der Kanton über eine polyvalente Mehrzweckeinrichtung, in der Sport- sowie andere Veranstaltungen durchgeführt werden. Die St. Jakobshalle ist dem Departementsvorsteher direkt unterstellt, zählt aber finanztechnisch zum Bereich der Zentralen Dienste.

Die Administrativen Dienste beinhalten das Finanz- und das Personalwesen sowie die Informatik-Dienstleistungen. Sie bilden das Kompetenzzentrum für organisatorische, betriebswirtschaftliche, personalpolitische und systemtechnische Fragestellungen auf Ebene Departement.

Die Abteilung Raum und Anlagen ist das Kompetenzzentrum für sämtliche Planungen bezüglich Schulraum, Tagesstrukturen, Mobiliar, Kleininvestitionen und Sicherheit sowie für den Betrieb der baulichen Infrastruktur von Schulen und Kindergärten samt Schulhauswartung und Reinigung. Sie definiert in Zusammenarbeit mit den Schulen/Kindergärten die zukünftigen Raumbedürfnisse und bringt diese als Nutzervertreterin gegenüber den Hochbaudiensten (BVD) und der Eigentümervertreterin (IBS) ein.

Die Materialzentrale beschafft Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräte für die kantonale Verwaltung. Dank Bündelung der Beschaffung kann von attraktiven Konditionen profitiert werden.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

### Grossprojekt Schulharmonisierung / Planung und Betrieb Infrastruktur

Im Jahre 2014 wurden die Projektierungsarbeiten für die einzelnen Schulbauten mit dem Ziel weitergeführt, an 26 Standorten bauliche Massnahmen auszuführen. Insgesamt sind an 49 Standorten 55 von Total 60 Projekten mehrheitlich parallel in Bearbeitung. Davon konnten die Bauarbeiten bei 6 Objekten abgeschlossen werden, an 17 Standorten sind die Baustellen in Betrieb, 18 weitere kleinere Vorhaben befinden sich in verschiedenen Umsetzungsphasen, bei 14 Objekten läuft die Projektierung und lediglich 5 grössere Projekte sind noch nicht in Bearbeitung. Trotz des sehr engen Zeitrahmens konnten die Bauarbeiten zum grössten Teil innerhalb der Schulferien durchgeführt werden. Bei Gesamtsanierungen sind die Schulen in temporäre Bauten umgezogen, so geschehen im Bäumlhof und im Kirschgarten.

Ebenfalls während der Sommerferien mussten zusätzlich zum Bau die Umzüge und Rochaden erfolgen. Die Koordination zwischen Bau und Umzügen des Mobiliars war und ist in diesen Dimensionen einzigartig. Nur aufgrund exzellenter logistischer Planung ist es überhaupt möglich, an über 30 Standorten hunderte Zügeltransporte durchzuführen und in tausenden Zügelkartons Schulmaterial aller Art in ein neues Schulhaus zu verschieben. Erfreulicherweise konnten sowohl die Bauarbeiten wie auch die Zügelaktionen unfallfrei umgesetzt werden.

Der Ausbau der Tagesstrukturen konnte planmässig vorangetrieben werden. Die Schulprojekte beinhalten an fast allen Standorten interne Lösungen. Aktuell sind total 1'624 Plätze in den Primarschulen vorhanden, zusammen mit den Mittagstischen ergeben sich 2'229 Plätze, die von 2'777 Schülerinnen und Schülern genutzt werden. Zusätzlich werden auf der Sekundarstufe I im Schuljahr 2015/16 420 Plätze angeboten.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-25'674.7	-26'740.0	-25'717.2	1'022.9	3.8	-42.5	-0.2 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-38'978.8	-39'863.2	-39'766.7	96.4	0.2	-787.9	-2.0
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-53.3	-72.0	-70.4	1.5	2.2	-17.1	-32.1
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-64'706.8</b>	<b>-66'675.1</b>	<b>-65'554.3</b>	<b>1'120.8</b>	<b>1.7</b>	<b>-847.5</b>	<b>-1.3</b>
42 Entgelte	21'584.3	21'370.5	21'350.3	-20.2	-0.1	-233.9	-1.1
46 Transferertrag	427.2	328.0	241.3	-86.7	-26.4	-185.9	-43.5
<b>Betriebsertrag</b>	<b>22'011.5</b>	<b>21'698.5</b>	<b>21'591.7</b>	<b>-106.8</b>	<b>-0.5</b>	<b>-419.8</b>	<b>-1.9</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-42'695.3</b>	<b>-44'976.6</b>	<b>-43'962.6</b>	<b>1'014.0</b>	<b>2.3</b>	<b>-1'267.3</b>	<b>-3.0</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'875.1	-2'217.4	-2'458.0	-240.6	-10.9	-582.9	-31.1
<b>Abschreibungen</b>	<b>-1'875.1</b>	<b>-2'217.4</b>	<b>-2'458.0</b>	<b>-240.6</b>	<b>-10.9</b>	<b>-582.9</b>	<b>-31.1</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-44'570.4</b>	<b>-47'194.0</b>	<b>-46'420.6</b>	<b>773.4</b>	<b>1.6</b>	<b>-1'850.3</b>	<b>-4.2</b>
34 Finanzaufwand	-1.6	-1.7	-1.9	-0.2	-10.5	-0.2	-14.9
44 Finanzertrag	11.6	5.5	38.8	33.3	>100.0	27.1	>100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>10.0</b>	<b>3.8</b>	<b>36.9</b>	<b>33.1</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>26.9</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-44'560.4</b>	<b>-47'190.2</b>	<b>-46'383.8</b>	<b>806.5</b>	<b>1.7</b>	<b>-1'823.4</b>	<b>-4.1</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-12.0	63.0	3.1	-59.9	-95.1	15.0	125.6
21 Obligatorische Schule	-28'909.4	-31'314.7	-29'922.4	1'392.3	4.4	-1'013.0	-3.5
29 Übriges Bildungswesen	-12'062.7	-12'606.3	-12'274.6	331.8	2.6	-211.9	-1.8
34 Sport und Freizeit	-3'576.4	-3'332.2	-4'189.8	-857.7	-25.7	-613.4	-17.2

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-2'862.3	-8'000.0	-5'002.2	2'997.8	37.5	-2'139.9	-74.8
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-361.5	-361.5	n.a.	-361.5	n.a.
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-2'862.3</b>	<b>-8'000.0</b>	<b>-5'363.7</b>	<b>2'636.3</b>	<b>33.0</b>	<b>-2'501.4</b>	<b>-87.4</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-2'862.3</b>	<b>-8'000.0</b>	<b>-5'363.7</b>	<b>2'636.3</b>	<b>33.0</b>	<b>-2'501.4</b>	<b>-87.4</b>

**Kommentar**

1 Die Budgetunterschreitung geht zu einem grossen Anteil auf Vakanzen zurück, welche teils erst gegen Ende Jahr respektive nicht übergangslos besetzt wurden. Insbesondere terminliche Verzögerungen in der baulichen Umsetzung von Schulbauten und der Eröffnung von neuen Kindergärten haben die damit zusammenhängenden Stellenaufstockungen im Reinigungs- und Abwartswesen verzögert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	261.5	208.4	218.4	215.6	214.6 <sup>1</sup>
Aufträge an die Materialzentrale	Anz	8'507	8'226	8'417	9'295	9'975
Auslastung St. Jakobshalle mit Events und Sportanlässen	%	68.3	64.5	55.5	57.1	62.3

**Kommentar**

1 Per 2011 wurden die Stellen für den Betrieb, Unterhalt und die Vermietung der Sportanlagen dem Bereich Jugend, Familie und Sport zugeordnet.

Eine sehr grosse Herausforderung stellte weiterhin die Bereitstellung von externen, neuen Kindergarten- und Tagesstrukturlokalen dar. Die Raumsuche bleibt sehr aufwändig und es wird zunehmend schwieriger, geeignete Räume zu finden. Der Zeitrahmen bis zur Eröffnung ist zudem in den meisten Fällen zu kurz, um die Projekte termingerecht zu vollenden.

Der Bereich Sicherheit war in erster Linie dafür besorgt, dass die Sicherheits-Massnahmen in den HarmoS-Projekten nicht zu kurz kamen. Die Um- und Neubauten sind der geeignete Zeitpunkt, um

den Nachholbedarf an sicherheitstechnischen Einrichtungen zu minimieren.

Noch eine Spur anspruchsvoller gestalteten sich im Sommer 2014 die Aufgaben für die Schulhauswartung, die Reinigung und Hygiene. Die Zeit von Ende der Baustelle bis zum Beginn des Schulbetriebs war dieses Jahr noch kürzer, so dass zum Teil in den Schulhäusern noch gebaut, schon geputzt und bereits eingezogen wurde. Trotzdem wurde auch diese Herausforderung wiederum mit grosser Bravour gelöst.

### **St. Jakobshalle**

Besonders erfreulich war, dass alle wiederkehrenden Veranstaltungen im selben Umfang durchgeführt und neue Kundenkreise dazu gewonnen werden konnten. Der vielseitige Veranstaltungskalender zeigt, dass die Halle nach wie vor eine gefragte Location der Schweiz mit einem vielseitigen Angebot ist. Auch bei zahlreichen TV-Übertragungen stand die St. Jakobshalle im Schaufenster der internationalen Show- und Sportwelt. Erstmals wurde das 3-Tages-Festival „Isle of Dreams“ in der ausverkauften Halle und auf dem Aussengelände der Sportanlagen produziert. Hinter diesem Label verbirgt sich eine Agentur, welche weitere bedeutende Events in Aussicht gestellt hat. Eine wichtige Ergänzung sind zudem auch Firmenevents geworden.

Dienstleistungen für unsere Kundschaft wurden ausgebaut. So konnten die VIP-Lounges in der Grosse Halle für spezielle Events mit bedientem Catering vermarktet werden. Dieses Angebot wird noch optimiert und soll ein fester Bestandteil an Veranstaltungen werden. Ebenso wurden zahlreiche neue Partnerschaften im Bereich Gastronomie abgeschlossen. Das damit verbundene erweiterte Angebot der Restaurationsbetriebe im Bereich Take-Away ist sowohl von Seiten der Kundschaft als auch bei Besuchern auf eine positive Resonanz gestossen.

Zwei grosse Jubiläen konnten in der zweiten Jahreshälfte 2014 in der Halle gefeiert werden. Roger Brennwald wurde von der Halle und vom Regierungsrat mit einer öffentlichen Hommage für das 40-jährige Jubiläum der Swiss Indoors Basel gefeiert. Die Basellandschaftliche Kantonbank feierte ihr 150-jähriges Jubiläum. Zu ihrem Konzept gehörte die Durchführung von 3 Gala-Dinnern mit Entertainment und einem Konzertabend.

Die Planung und Konzeption für die Sanierung der St. Jakobshalle haben das Projektteam über das ganze Jahr hindurch zeitlich intensiv in Anspruch genommen. Eine grosse Errungenschaft war der Entscheid, dass mit dem Umbau die Besucherkapazität von 9'000 auf 12'000 erweitert werden soll. Dieser Umstand wird der Halle und nicht zuletzt der Region Basel eine neue Ausstrahlungskraft einbringen. Im Januar 2015 wird der Grosse Rat über den Baukredit entscheiden. Die Grosse Halle wird im 2015 vom Umbau noch nicht betroffen sein, so dass die Halle Anfragen für Events ohne Einschränkung für das ganze Jahr 2015 annehmen konnte.

### **Administrative Dienste ED / Generalsekretariat ED**

**Kommunikation** Die Abteilung Kommunikation hat im Jahr 2014 den gesamten Internetauftritt des Erziehungsdepartements neu gestaltet. So wurde der Inhalt verschlankt und die Texte richten sich nun gezielt an unsere Kundschaft, die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons. Dazu kamen auch in diesem Jahr wieder eine Vielzahl an Informationsbroschüren, die das Kommunikationsteam in Zusammenarbeit mit den Fachpersonen überarbeitete. Das Basler Schulblatt wurde gegen Ende 2014 mit dem Volksschulmagazin Balz fusioniert. Und zu guter Letzt koordinierte die Abteilung sämtliche Medienanfragen an das Departement.

**Personal** Die Personalabteilung hat die departementale Umsetzung des Projekts Systempflege gemäss Projektplan in allen Teilen fristgerecht zu Ende gebracht. Ein beträchtlicher Aufwand wurde durch die erforderlichen Mutationen sowie die Anfertigung der administrativen Massnahmen verursacht. Im Hinblick auf die Mitteilung der individuellen Ergebnisse an die Mitarbeitenden wurden rund 200 Vorgesetzte an internen Kaderveranstaltungen geschult. Die Kommunikation an die Lehrpersonen findet in zahlreichen Grossveranstaltungen statt. Im Projekt Schulharmonisierung wurden



weitere Schritte bezüglich der Strukturanpassung (Planung und Umsetzung) vorgenommen. In der Berufsbildung konnten zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden. Neu gibt es Ausbildungsplätze in den Tagesstrukturen, die im Ausbildungsverbund stattfinden.

**Finanzen und Controlling** Die im 2013 erfolgte Umstellung des Rechnungswesens auf das Harmonisierte Rechnungsmodell 2 der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz erforderte im 2014 erwartungsgemäss noch kleinere Nacharbeiten. So waren v.a. bilanzseitig noch verschiedene Kontenänderungen notwendig – insbesondere im Bereich der Fonds. Im Herbst führte die Eidgenössische Steuerverwaltung bei den meisten Dienststellen des Erziehungsdepartements erstmals eine Mehrwertsteuerkontrolle durch. Anhand der Feststellungen zeigte sich einmal mehr, wie unglaublich komplex und tückisch die MWST-Gesetzgebung ist und welcher riesigen Aufwand eine vorgabenkonforme Abrechnung der Steuer generiert. Anfang 2014 haben die Controllerinnen und Controller zum dritten Mal mit allen Dienststellen und Profit-Centern des Departements sogenannte Controlling-Gespräche durchgeführt. Dabei wurden mit den verantwortlichen Führungskräften Abweichungen der Rechnung 2013 zum Budget 2013 diskutiert, eine erste finanzielle Einschätzung des Rechnungsjahres 2014 vorgenommen sowie Folgen für die Budgetierung 2015 besprochen. Diese Gespräche haben sich sehr bewährt und sollen auch künftig alljährlich durchgeführt werden. Weiter wurde ein internes Kontrollsystem (IKS) bezogen auf die Tätigkeiten innerhalb der Abteilung F&C erarbeitet. Die wichtigsten Risiken sind systematisch erfasst und die nötigen Kontrollmassnahmen bezeichnet worden.

**Materialzentrale** Die Beschaffung von Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Lehrmitteln verlief planmässig. Im Bereich der Kopiersysteme wurden Geräte eines neuen Lieferanten ohne grössere Probleme in die bestehende Systemumgebung integriert. Im Bereich der Drucksachen wurde die Leitungsposition infolge Pensionierung neu besetzt.

**Recht** Die Abteilung Recht (AR) war intensiv mit der Umsetzung des neuen Staatsbeitragsgesetzes und damit zusammenhängend der neuen (Muster-)Verträge beschäftigt. Sie vertritt die Interessen des Departements in einer interdepartementalen Arbeitsgruppe, welche die Ausarbeitung eines Beitrags zum Handbuch für Steuerung und Ausgaben zum Ziel hat. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Im Berichtsjahr waren aussergewöhnlich viele Verträge zu prüfen. Das hängt erstens mit den neuen und noch nicht restlos geklärten Vorgaben für Verträge betreffend Staatsbeiträge zusammen. Zweitens waren zahlreiche Verträge im Rahmen der Ausstattung der baselstädtischen Schulen mit Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) zu prüfen. Drittens waren wegen des geplanten Umbaus der St. Jakobshalle verschiedene Verträge aufzulösen bzw. neue Nutzungsverträge an anderen Standorten auszuarbeiten (u.a. für das DSBG der Universität Basel). Als Folge der Bauprojekte St. Jakobshalle und Schulhäuser (kantonale Schulraumoffensive) kam es zu Mietstreitigkeiten vor den Schlichtungsstellen und Gerichten, bei denen die AR das ED vertritt. Vermehrt waren auch Fragen zur Ausschreibungspflicht von Leistungen Dritter für das ED zu klären (z.B. Catering St. Jakobshalle, Sportanlagen und Volksschulen). Die AR wirkte in den Arbeitsgruppen Revision Tagesbetreuungsgesetz und Anpassung bzw. Erlass von Ausführungsvorschriften zum Kinder- und Jugendgesetz mit. Daneben wurden zahlreiche Total- und Teilrevisionen von Verordnungen aus dem Bildungsbereich bearbeitet. Die Rekurszahlen sind gegenüber den Vorjahren erstmals zurückgegangen. Die Behandlungsdauer von Rekursen hat indes wegen Pendenzen aus dem Vorjahr zugenommen.

**Informatik** Die Projekte WorkplaceBS (WPBS) bzw. WorkplaceED (WPED) wurden erfolgreich abgeschlossen und der Support der IT-Arbeitsplätze in den Regelbetrieb überführt. Damit sind 84% der IT-Arbeitsplätze im Erziehungsdepartement virtualisiert, alle übrigen IT-Arbeitsplätze wurden mit dem Service WorkplaceBS ausgerüstet. Die Konsolidierung der virtuellen Rechenzentren des Erziehungsdepartements wird weitergeführt. Im Weiteren wurden neue Serverdienstleistungen für die Materialzentrale und den Bereich Jugend, Familie und Sport eingeführt und in den Regelbetrieb überführt. Im Zusammenhang mit HARMOS mussten verschiedene Anpassungen an der Schulverwaltungssoftware (NESUBA) und dem Modul Personal und Lohnsystem (PLS) vorgenommen werden. Für das Anmeldeverfahren an die Basler Gymnasien wurde in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft eine Onlinelösung eingeführt. Die Mitarbeitenden der Basler Schulen (Sozialpädagogen, Köche, Tagesstrukturmitarbeiter, Praktikanten usw.) wurden ins PLS integriert. Für das Controlling der Finanzabteilung wurden diverse Auswertungsmöglichkeiten im System hinterlegt. Für die

Fachapplikation Tutoris (Fallverwaltung für Kinder- und Jugenddienst) wurde das Konzept zur „Umstellung Kontoführung und Budgetierung“ ausgearbeitet.

**Information und Dokumentation** Die departementale Weisung zur Informationsverwaltung wurde durch den Vorsteher aktualisiert und einzelne Bereichsleitungen haben ihrerseits Weisungen zur Aufbewahrung und Archivierung von Unterlagen erlassen. Die Sicherstellung der Einhaltung rechtlicher und organisatorischer Vorgaben wurde mit den Bereichsleitungen begonnen und hat zu einer Sensibilisierung der Abteilungen und Dienststellen geführt. Umfangreiche Projektablagen wurden in das Informationssystem Konsul übernommen und für die Langzeitaufbewahrung vorbereitet. Die Vorbereitung der Archivierung von Information aus den Datenbanken der Fachanwendungen wurde in Zusammenarbeit mit den Dateneignern und dem Staatsarchiv vertieft.

## **Leitung Bildung**

ED-220

Der Geschäftsbereich Bildung, welcher die sechs Dienststellen Leitung Bildung, Volksschulen, Allgemeinbildende weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen, Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung sowie Hochschulen umfasste, wurde per 1. Januar 2014 in die drei Bereiche Volksschulen, Mittelschulen & Berufsbildung und Hochschulen aufgeteilt. Die drei heutigen Dienststellen Allgemeinbildende weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen sowie Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung wurden zu einem Bereich Mittelschulen und Berufsbildung zusammengefasst.

Die Dienststelle Leitung Bildung, welche in die Bildungskoordination, das Pädagogische Zentrum und die Pädagogischen Dienste gegliedert war, wurde per 1. Januar 2014 organisatorisch in andere Bereiche des Erziehungsdepartements überführt. Finanztechnisch wurden die Bildungskoordination und das Case Management Berufsbildung im Budget 2014 noch in der Dienststelle Leitung Bildung abgebildet. Diese wird per 1. Januar 2015 aufgelöst. Das Budget für das Pädagogische Zentrum PZ.BS wurde bereits per 1. Januar 2014 in den neuen Bereich Hochschulen überführt, der Schulpsychologische Dienst und die Schulsozialarbeit in den Bereich Volksschulen.

## **Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte**

### **Leitung Bildung**

Hauptaufgabe war die Bewältigung der Reorganisation des Bereichs Bildung. Dieser wurde per 1. Januar 2014 in die Bereiche Volksschulen, Mittelschulen und Berufsbildung sowie Hochschulen aufgeteilt. Die Aufbau- und Überführungsarbeiten sind abgeschlossen. Zu den wichtigsten Aufgaben gehörten die Zusammenführung der drei auf der Sekundarstufe II tätigen Dienststellen zum Bereich Mittelschulen und Berufsbildung, die Integration des Case Management Berufsbildung in diesen Bereich sowie seine innere Neugliederung, die die Berufsbildung stärken und die Akteure an der besonders sensiblen Nahtstelle zwischen der Volksschule und der Berufsbildung zusammenführen soll. Ausserdem galt es, das Pädagogische Zentrum PZ.BS in den Bereich Hochschulen sowie den Schulpsychologischen Dienst und die Schulsozialarbeit in die Volksschulen zu überführen. Die Aufgaben der Bildungskoordination wurden nach sachlogischen Kriterien den verschiedenen Bereichen zugewiesen.

Die Berichterstattung zu den vorerwähnten Tätigkeiten erfolgt dementsprechend bereits bei den neuen Organisationseinheiten.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-17'131.0	-4'408.9	-3'990.8	418.1	9.5	13'140.2	76.7 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-10'800.6	-4'605.4	-4'372.0	233.4	5.1	6'428.6	59.5 <sup>2</sup>
36 Transferaufwand	-17'977.9	-16'565.0	-16'457.7	107.3	0.6	1'520.2	8.5
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-45'909.5</b>	<b>-25'579.3</b>	<b>-24'820.5</b>	<b>758.8</b>	<b>3.0</b>	<b>21'089.0</b>	<b>45.9</b>
42 Entgelte	1'466.9	1'344.4	1'479.5	135.1	10.0	12.5	0.9 <sup>3</sup>
46 Transferertrag	34'908.5	33'720.0	33'836.3	116.3	0.3	-1'072.3	-3.1
<b>Betriebsertrag</b>	<b>36'375.4</b>	<b>35'064.4</b>	<b>35'315.7</b>	<b>251.3</b>	<b>0.7</b>	<b>-1'059.7</b>	<b>-2.9</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-9'534.1</b>	<b>9'485.1</b>	<b>10'495.2</b>	<b>1'010.2</b>	<b>10.7</b>	<b>20'029.3</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-9'534.1</b>	<b>9'485.1</b>	<b>10'495.2</b>	<b>1'010.2</b>	<b>10.7</b>	<b>20'029.3</b>	<b>&gt;100.0</b>
34 Finanzaufwand	-0.7	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	0.6	92.7
44 Finanzertrag	28.7	40.0	0.0	-40.0	-100.0	-28.7	-100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>28.0</b>	<b>40.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-40.0</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-28.1</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-9'506.1</b>	<b>9'525.1</b>	<b>10'495.2</b>	<b>970.1</b>	<b>10.2</b>	<b>20'001.3</b>	<b>&gt;100.0</b>
davon Funktionen:							
21 Obligatorische Schule	-15'725.3	-10'624.6	-10'200.5	424.1	4.0	5'524.8	35.1
23 Berufliche Grundbildung	19'097.4	19'160.0	18'708.8	-451.2	-2.4	-388.6	-2.0
25 Allgemeinbildende Schulen	7'018.4	6'917.6	7'668.6	750.9	10.9	650.2	9.3
29 Übriges Bildungswesen	-19'896.5	-5'927.9	-5'681.7	246.3	4.2	14'214.9	71.4

**Kommentar**

- Die Budgetunterschreitung geht auf Stellenvakanz im Zusammenhang mit der internen Reorganisation des Bereichs Bildung zurück.
- Vor allem die beanspruchten Dienstleistungen Dritter sowie die Kolonie- und Lagerentschädigungen liegen tiefer als veranschlagt.
- Die höheren Entgelte gehen hauptsächlich auf mehr Privatzahler aus anderen Kantonen für den Schulbesuch in Basel-Stadt zurück.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	117.1	83.8	106.2	90.5	19.6 <sup>1</sup>

**Kommentar**

- Im Zusammenhang mit der ED-internen Reorganisation wird die Dienststelle Leitung Bildung aufgelöst und in die anderen Bereiche des Erziehungsdepartements in zwei Schritten per 1.1.2014 und 1.1.2015 überführt (vgl. Dienststellenbeschreibung).

## Volksschulen

ED-230

In den Volksschulen erwerben die im Kanton wohnhaften Kinder vom vierten oder fünften Lebensjahr an in der Regel in elf Jahren die obligatorische Grundbildung. Alternativ steht ihnen der Besuch einer Privatschule offen. Die öffentlichen Schulen haben den Auftrag, alle Kinder zu integrieren und sie entsprechend ihren Begabungen und Interessen zu fördern. Der Unterricht in den heterogenen Klassen erfolgt differenziert. Die Vielfalt an Begabungen und die Spanne zwischen Stärkeren und Schwächeren bieten wirkungsvolle Lernanreize. Mit Hilfe schuleigener Förderangebote werden die Schulen auch besonderem Bildungsbedarf gerecht. In Einzelfällen können die Schulleitungen zusätzliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Die Lehrpersonen beziehen die Eltern als Partner in die Verantwortung für die Schulbildung ein. Zur Unterstützung der Familien findet der Unterricht vormittags in Blockzeiten statt. Auf Wunsch und nach Bedarf werden die Kinder über die Unterrichtszeiten hinaus frühmorgens, über Mittag und am Nachmittag nach pädagogischen Grundsätzen betreut.

Alle Schülerinnen und Schüler, die aktuell den Kindergarten oder die Primarschule besuchen oder noch nicht eingeschult sind, durchlaufen die neue Schullaufbahn mit acht Jahren Primarstufe (unter Einschluss des zweijährigen Kindergartens) und anschliessend drei Jahren Sekundarschule. In der Primarstufe sind die Kinder unabhängig von Herkunft und Leistungen in Lerngruppen und Klassen von wohnortsnahen Standorten eingeteilt. Sie werden zur Hauptsache von generalistisch ausgebildeten Lehrpersonen mit den elementaren Kulturtechniken vertraut gemacht und in ihrer Entwicklung und Gemeinschaftsfähigkeit unterstützt. In der anschliessenden dreijährigen Sekundarschule wird die Allgemeinbildung von Fachlehrpersonen vertieft und differenziert. Die Jugendlichen werden in ihren individuellen Fähigkeiten und Neigungen unterstützt und auf den Übertritt in die Berufslehre und die allgemein bildenden weiterführenden Schulen vorbereitet. Die Sekundarschule führt drei Leistungszüge unter einem Dach. Diese sind so aufeinander abgestimmt, dass eine hohe Durchlässigkeit möglich ist. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten nach elf Schuljahren den Volksschulabschluss, in dem ihre Leistungen und die erworbenen Übertrittsberechtigungen festgehalten sind. Jene Schülerinnen und Schüler, die noch die 3. Klasse der Orientierungsschule oder die zweijährige Weiterbildungsschule besuchen, folgen der alten Schullaufbahn.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Volksschule** 2010 hat der Grosse Rat den Beitritt zu den Konkordaten HarmoS und Sonderpädagogik der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und eine entsprechende Anpassung des Schulgesetzes beschlossen. Die Harmonisierung erleichtert die Mobilität der Familien und die notwendige Kooperation der Kantone bei der Entwicklung ihrer Schulsysteme. Die beiden Basel planen die gleiche Schullaufbahn mit zwei Jahren Kindergarten, sechs Jahren Primarschule, drei Jahren Sekundarschule mit drei durchlässigen Leistungszügen und vier Jahren Gymnasium. Mit Erreichen des Volksschulabschlusses treten die Jugendlichen zum gleichen Zeitpunkt in die Berufsbildung, ans Gymnasium oder die Fachmaturitätsschule über. Die vier Kantone der Nordwestschweiz, Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn, koordinieren die Einführung des Lehrplans 21 und die Einführung der vierkantonalen Leistungstests. Die kantonale Umsetzung der Harmonisierung wird seit Anfang 2014 von der Volksschulleitung gesteuert, die Projektorganisation wurde überführt. Abgeschlossen sind die folgenden Arbeiten: die Beschreibung der neuen Schulstufen und insbesondere der neuen Sekundarschule, die Neuzuteilung der Lehrpersonen der auslaufenden Schulen, der Raumplan für die Allokation der neuen Schulstufen. Von den zuständigen Behörden beschlossen sind der Ratschlag zu den generellen Schulraumanpassungen und ein Teil der erforderlichen Neubauten und Sanierungen (Grosser Rat), die neue Laufbahnverordnung, in der die Beurteilungs- und Übertrittsfragen umfassend geregelt werden (Regierungsrat), die bikantonalen Stundentafeln für die neue Volksschule und das neue Gymnasium (Erziehungsrat zusammen mit Bildungsrat Basel-Landschaft) und der Überganglehrplan für die Verlängerung der Primarschule. Bis 2020 will der Regierungsrat in rund 60 Bauvorhaben der Volksschule 790 Mio. Franken investieren – eingeschlossen sind die Anpassungen an die neue Schulstruktur, der Ausbau der Tagesstrukturen, Neubauten und Sanierungsvorhaben. 2014 ist der überarbeitete und gekürzte Lehrplan 21 von den Deutschschweizer Bildungsdirektoren freigegeben und anschliessend vom Erziehungsrat Basel-Stadt für die kantonalen Schulen erlassen worden. Im Sommer 2015 beginnt die sechsjährige Einführungszeit. Die Umsetzung der Har-

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-232'511.8	-238'395.8	-238'357.6	38.2	0.0	-5'845.8	-2.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-53'535.7	-54'891.1	-54'741.9	149.2	0.3	-1'206.2	-2.3
36 Transferaufwand	-44'724.2	-48'815.2	-47'597.1	1'218.2	2.5	-2'872.9	-6.4 <sup>1</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-330'771.7</b>	<b>-342'102.2</b>	<b>-340'696.6</b>	<b>1'405.6</b>	<b>0.4</b>	<b>-9'924.9</b>	<b>-3.0</b>
42 Entgelte	2'560.2	2'756.6	3'021.2	264.6	9.6	461.1	18.0 <sup>2</sup>
46 Transferertrag	24'788.4	25'889.8	27'397.5	1'507.7	5.8	2'609.1	10.5 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>27'348.5</b>	<b>28'646.4</b>	<b>30'418.7</b>	<b>1'772.3</b>	<b>6.2</b>	<b>3'070.2</b>	<b>11.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-303'423.2</b>	<b>-313'455.8</b>	<b>-310'277.9</b>	<b>3'177.9</b>	<b>1.0</b>	<b>-6'854.7</b>	<b>-2.3</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-303'423.2</b>	<b>-313'455.8</b>	<b>-310'277.9</b>	<b>3'177.9</b>	<b>1.0</b>	<b>-6'854.7</b>	<b>-2.3</b>
34 Finanzaufwand	-3.7	-0.5	-4.6	-4.1	<-100.0	-0.9	-25.2
44 Finanzertrag	3.9	1.9	3.2	1.3	71.9	-0.7	-18.2
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.2</b>	<b>1.4</b>	<b>-1.4</b>	<b>-2.8</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-1.6</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-303'423.0</b>	<b>-313'454.4</b>	<b>-310'279.3</b>	<b>3'175.1</b>	<b>1.0</b>	<b>-6'856.3</b>	<b>-2.3</b>
<b>davon Funktionen:</b>							
21 Obligatorische Schule	-274'690.3	-282'827.8	-282'840.7	-12.9	0.0	-8'150.4	-3.0
22 Sonderschulen	-27'755.9	-29'617.6	-26'429.6	3'188.0	10.8	1'326.3	4.8
29 Übriges Bildungswesen	-976.7	-1'009.0	-1'009.0	0.0	0.0	-32.2	-3.3

## Kommentar

- 1 Die Unterschreitung des Budgets ist hauptsächlich bei den verstärkten Massnahmen entstanden (v.a. geringere Kinderzahl in den privaten Schulen und Sonderschulen).
- 2 Die Entgelte liegen über Budget, mehrheitlich weil die Elternbeiträge bei den Tagesstrukturen wegen dem höheren Platzangebot höher als erwartet ausgefallen sind.
- 3 Es wurden deutlich mehr Leistungen für die Gemeindeschulen Bettingen/Riehen erbracht als budgetiert. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Lehrpersonen, die ein Teilpensum an den Gemeindeschulen unterrichten, aber voll beim Kanton angestellt sind. Zudem entstanden nicht budgetierte Erträge der Jacobs Foundation für die „Bildungslandschaften“.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	
		2010	2011	2012	2013	2014	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	1'415.6	1'473.5	1'500.7	1'547.6	1'611.0	<sup>1</sup>
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	12'677	12'741	12'955	12'785	12'790	<sup>2</sup>
Anteil fremdsprachiger Kinder (per 1. Sept.)	%	53.4	53.5	54.3	54.5	54.9	<sup>3</sup>
Unterrichtslektionen	Anz	30'158	30'598	30'209	30'333	30'377	<sup>4</sup>
Anteil Schüler/-innen in separativem Angebot	%	8.3	7.3	6.8	6.3	4.8	<sup>5</sup>
Kinder mit verstärkten Massnahmen (integrative+separative)	Anz	780	761	741	680	613	<sup>6</sup>
Übertrittsquote OS in den WBS A-Zug	%	24.3	25.3	26.9	26.0	24.8	<sup>7</sup>
Übertrittsquote OS in den WBS E-Zug	%	33.7	35.5	32.9	34.5	36.6	<sup>8</sup>
Übertrittsquote OS ins Gymnasium	%	39.1	37.0	37.1	37.9	35.6	<sup>9</sup>
Übertrittsquote WBS in eine Berufslehre	%	20.7	22.7	19.3	28.8	28.7	<sup>10</sup>
Übertrittsquote WBS in eine weiterführende Schule	%	25.0	21.1	21.4	10.3	15.5	<sup>11</sup>
Übertrittsquote WBS in ein Brückenangebot	%	48.9	49.6	52.7	50.4	46.1	
Anteil Abgänger/-innen WBS ohne Anschlusslösung (per 30.6.)	%	1.2	1.0	0.6	0.8	1.2	<sup>12</sup>
Anteil Schülerinnen und Schüler, die Tagesstrukturen nutzen	%	24.0	15.0	16.9	20.0	23.0	<sup>13</sup>
Klient/innen Schulpsycholog.Dienst	Anz	2'074	2'147	1'839	1'545	1'516	<sup>14</sup>
Klient/innen Schulsozialarbeit (SSA)	Anz	2'156	2'027	2'054	1'867	2'969	<sup>15</sup>

#### Kommentar

- 1 Die laufende Erhöhung der Vollzeitstellen ist teilweise auf die Verschiebung der Logopädie (2012 zu 2013) resp. der Tagesstrukturen und der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung (2011 zu 2012) von der Dienststelle Leitung Bildung in die Volksschulen zurückzuführen. Durch den laufenden Ausbau der Tagesstrukturen fanden und finden jährlich weitere Headcount-Erhöhungen statt.
- 2 Inklusive Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen, in Einführungsklassen und Einstiegsgruppen für fremdsprachige Zuzüger, ohne Primarschüler/-innen aus Bettingen/Riehen. 2013/14 gab es erstmals 5. Primarklassen, 2014/15 erstmals 6. Primarklassen (Beginn Schulharmonisierung). Schüler/-innen aus Riehen/Bettingen besuchen seither das 5. bzw. 6. Schuljahr in Riehen/Bettingen anstatt in Basel, was den Schülerrückgang 2013 erklärt (betrifft rund 200 Schüler/-innen pro Jahrgang). 2014 wurde der Rückgang durch den Bevölkerungsanstieg und die neuen Einschulungszeitpunkte (grössere Schuljahrgänge) kompensiert.
- 3 Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes.
- 4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2014 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2014/2015 aufgeführt).
- 5 Gleich Aussonderungsquote. Diese Kenngrösse setzt sich zusammen aus allen Schüler/-innen in Spezialangeboten, in heilpädagogischen Sonderschulen (inner- und ausserkantonale), in Heimschulen (inner- und ausserkantonale), in Fremdsprachklassen sowie in Einführungsklassen und Kleinklassen.
- 6 Inklusive Schülerinnen und Schüler in Spezialangeboten (ohne KIS) und in Privatschulen. Ohne Primarschüler/-innen aus Riehen und Bettingen.
- 7 Neu werden bei diesen Kennzahlen die Resultate der Aufnahmeprüfungen WBS/Gym. berücksichtigt. Dies erklärt die Abweichungen zu den im Jahresbericht 2011 publizierten Zahlen. Die Summe der Übertritte an die Weiterbildungsschule WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind u.a. Übertritte in ein Spezialangebot oder Wegzug.
- 8 siehe Fussnote 7
- 9 siehe Fussnote 7
- 10 Diese Kennzahl wurde per Jahresbericht 2013 neu definiert: Neu wird die Wirtschaftsmittelschule zur berufl. Grundbildung gezählt (vorher weiterführende Schulen). Dies erklärt einen Teil des Anstiegs 2013. Dank dem neuen Triageverfahren entschieden sich 2013 und 2014 zudem deutlich mehr Schülerinnen und Schüler für die berufliche Grundbildung.
- 11 Neudefinition der Kennzahl per Jahresbericht 2013: Die Wirtschaftsmittelschule wird neu nicht mehr zu den weiterführenden Schulen gezählt, sondern zur beruflichen Grundbildung. Dies erklärt die Abnahme in den Jahren ab 2013. Der Anstieg 2014 ist zurückzuführen auf eine höhere Anzahl an Übertritten in die FMS und in die Gymnasien.
- 12 Inkl. WBS Spezialangebote und Fremdsprachenklassen.
- 13 Die Kennzahl bezieht sich auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler des Kindergartens (KG), der Primarschule (PS) und der Orientierungsschule (OS), jedoch ohne die Schüler/-innen in Spezialangeboten. Bis 2010 umfasst sie jene Schülerinnen und Schüler, welche unterrichtsergänzende Tagesstrukturen (Mittagstische, Tagesschulen) oder Tagesbetreuung (Tagesheime, Tageseltern) in Anspruch nehmen. Ab 2011 werden Schüler/innen mit Tagesbetreuung nicht mehr dazugezählt, da diese bereits in der Dienststelle Jugend, Familie und Sport ausgewiesen werden. Dies erklärt den deutlichen Rückgang 2011 zum Vorjahr.

14 Neudefinition der Fallstatistik per Jahresbericht 2012

15 2014 wurde die Tätigkeit der Schulsozialarbeit auf weitere Standorte ausgedehnt, was die Zunahme erklärt. Sie war an allen 6 Standorten der WBS, den Spezialangeboten WBS Bäumlhof und WBS St. Alban, der OS Vogesen sowie an 10 weiteren Standorten der Primarstufe tätig.

monisierung wird an den Schulen in den nächsten Jahren standortspezifisch evaluiert werden. Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, eine Weiterentwicklung zu ermöglichen und zu unterstützen.

**Verstärkung der Sprachförderung** Durch Intensivierung der Sprachförderung in der Volksschule werden die Bildungs- und Berufschancen aller Schülerinnen und Schüler verbessert – vorab jene von Kindern aus fremdsprachigen und bildungsfernen Familien. Im Hinblick auf die neue Struktur und die Umsetzung des Sonderpädagogikkonkordats wird der Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) intensiviert und neu gegliedert. Dazu kommt zusätzlich die Verbesserung der Deutschkenntnisse vor dem Kindergarten durch den quantitativen und qualitativen Ausbau des Angebots an privaten Spielgruppen mit integrierter Sprachförderung. Seit Sommer 2013 ist die Frühförderung Deutsch für Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen ein Jahr vor dem Kindergarten obligatorisch. Eine Evaluation durch die Psychologische Fakultät der Universität und die Pädagogische Hochschule der FHNW hat die Wirksamkeit der Massnahme unter Beweis gestellt. Die Vorverlegung und Neuausrichtung des Unterrichts in den Fremdsprachen geht der Kanton im Projekt Passepartout zusammen mit den fünf Partnerkantonen an der Sprachgrenze zur Romandie an. Der Französischunterricht beginnt neu im 5. Schuljahr (3. Klasse der Primarschule), der Englischunterricht im 7. Schuljahr (5. Klasse der Primarschule). Die Lehrmittel werden laufend evaluiert, die Lernergebnisse sollen ab 2017 im Rahmen der schweizweiten Evaluation der Grundkompetenzen überprüft werden.

**Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler** Im Dienste der Kinder und der Familien übernimmt die Schule neben dem Bildungs- und Erziehungsauftrag vermehrt auch einen Betreuungsauftrag. Sie bietet Tagesstrukturen an, die nach pädagogischen Grundsätzen gestaltet sind. Die Eltern entscheiden, ob und in welchem Umfang sie das kostenpflichtige Angebot in Anspruch nehmen. Der weitere Ausbau erfolgt entsprechend dem Bedarf und den verfügbaren Ressourcen. Im Berichtsjahr konnten rund 300 Jugendliche zusätzlich aufgenommen werden. Der Versorgungsgrad erreichte 23%. Per Schuljahr 2015/16 werden die Elternbeiträge moderat angehoben. Die Mittel für den etapierten Raumausbau sind in einem Sammelratschlag bewilligt worden.

**Sonderpädagogik wird Teil der Volksschule** Seit 2011 wird die Sonderpädagogik schrittweise in die Volksschule integriert, die damit zur Schule für alle wird. Wenn immer möglich besuchen Lernende mit und ohne besonderen Bildungsbedarf die gleichen Regelklassen. Alle Regelschulstandorte organisieren ihre Förderangebote, zu denen seit Sommer 2012 auch die Logopädie gehört. Auf Antrag der Schulleitung entscheidet die Volksschulleitung, welche Lernenden mit besonderem Bildungsbedarf zusätzliche Ressourcen erhalten und ob die Schulung in der Regelklasse oder in einer Sonderschule erfolgt. Die Umsetzung der integrativen Schule stützt sich auf das Konkordat Sonderpädagogik, die Schulgesetzrevision und die entsprechende Verordnung. Die Verlagerung von der Separation zur Integration erfolgt moderat und über eine längere Zeitdauer. In einer Systemevaluation hat das Erziehungsdepartement von der Hochschule für Heilpädagogik, Zürich, hervorragende Noten für die Grundkonstruktion, die Steuerung und die Ressourcierung bekommen – auch im interkantonalen Vergleich.

**Teilrevision des Schulgesetzes** Im vergangenen Jahr hat der Grosse Rat auf Antrag des Regierungsrates das Schulgesetz unter anderem in folgender Hinsicht revidiert:

Zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs im Kanton sollen neue Lehrpersonen künftig wie in anderen Kantonen direkt mit einem unbefristeten Vertrag mit einer Probezeit angestellt werden, statt wie bis anhin in den ersten vier Jahren jeweils mit einem Einjahresvertrag. In den neu geregelten standortspezifischen Fachgruppen und den zentralen Fachkonferenzen können die Lehrpersonen vor allem im Hinblick auf den neuen Lehrplan in allen Fragen, die die Schulfächer betreffen, zusammenarbeiten und für gegenseitige Abstimmung sorgen. Schliesslich wurden die schulischen Unterstützungsangebote wie die Schulsozialarbeit, die Krisenintervention, die Schulpsychologie und die Weiterbildung gesetzlich verankert.



Den Privatschulen wird das Recht zugestanden, die Bildungslandschaft des Kantons durch ihre Andersartigkeit und Vielfalt zu ergänzen. Neu wurde ein Katalog von Mindestvorgaben definiert, die alle Privatschulen erfüllen müssen. Sie sind Voraussetzung für die Bewilligung. Ihre Einhaltung wird mindestens alle vier Jahre überprüft.

**Kantonale Schulentwicklungsprojekte** Gute Schulen sind immer auch lernende Organisationen. Im Rahmen der allgemeinen Vorgaben und der Ziele der Volksschulleitung kann jede Schule im Hinblick auf die bestmögliche Erfüllung des gesetzlichen Auftrags Teilautonomie in Anspruch nehmen und die dafür erhaltenen Ressourcen nach eigenen Vorstellungen einsetzen. Neben dieser allgemeinen Schulentwicklung gibt es wenige, genau definierte und befristete Projekte, die für die Entwicklung der Volksschule insgesamt von Bedeutung sind. Zur Durchführung dieser kantonalen Schulentwicklungsprojekte schliessen innovationswillige Schulen mit der Volksschulleitung eine Vereinbarung. Sie erhalten Unterstützung und befristete Mittel. Sie verpflichten sich, den Prozess detailliert zu dokumentieren und andere Schulen bei der Übernahme ihrer Produkte zu unterstützen. Eine spezielle Gruppe unter diesen Projekten sind die Bildungslandschaften, die zusammen mit der Jacobs-Stiftung begleitet und finanziert werden. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat einer künftigen Sekundarschule den Status einer Erfahrungsschule zuerkannt. Sie soll im Auftrag des Kantons das Lernen in Lernateliers und in altersgemischte Klassen erproben. Trotz der laufenden Strukturreformen ist die Innovationsbereitschaft der Schulen grösser als je. Bisher haben 16 Schulen erfolgreiche Anträge gestellt.

**Evaluation neue Leitungsstruktur an den Volksschulen** Nachdem in den vergangenen Jahren bereits die Einrichtung von Schulleitungen an allen Schulstandorten der Volksschulen durch die Pädagogische Hochschule der FHNW überprüft worden war, wurden im Berichtsjahr noch die Einführung von Schulräten und die Volksschulleitung evaluiert. In einer externen Befragung zeigte sich die überwiegende Mehrheit der Schulratspräsidien von der vermittelnden Rolle der Schulräte zwischen den verschiedenen Anspruchsgruppen überzeugt und hielt gerade den bewussten Verzicht auf jegliche Aufsichtsfunktion für eine wichtige Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken. 92,4 Prozent der Schulleitungen gaben in einer externen Befragung zur Qualität der Führung durch die Volksschulleitung an, von den Schulkreisleitungen mit ihren Anliegen in einem hohen Mass verstanden und unterstützt zu werden.

**Ausbau Schulsozialarbeit (SSA)** Die Vorbereitungsarbeiten zum Aufbau von Schulsozialarbeit an allen zehn Standorten der neuen Sekundarschule wurden geleistet. An den Primarschulstandorten erfolgt der Ausbau in Etappen und auf begründeten Antrag der Schulleitungen. Bis zum Ende des Berichtsjahrs konnten in etwa die Hälfte der Standorte ausgerüstet werden.

## Mittelschulen

ED-240

Diese Dienststelle umfasst das Gymnasium Bäumlhof, das Gymnasium Kirschgarten, das Gymnasium Leonhard, das Gymnasium am Münsterplatz, das Wirtschaftsgymnasium und die Fachmaturitätsschule. Die Maturitätsschule für Berufstätige und der Passerelle-Lehrgang von der Berufsmaturität zum allgemeinen Hochschulzugang sind ins Gymnasium Kirschgarten integriert.

Die Gymnasien führen ihre Schülerinnen und Schüler nach den Vorgaben der Eidgenössischen Maturitäts-Anerkennungsverordnung MAV zur Maturität und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst die obligatorischen Grundlagenfächer und einen breiten Wahlbereich, der wie das Schwerpunktfachangebot je nach Standorten variiert.

Die Fachmaturitätsschule schliesst an die obligatorische Schulzeit an und bereitet in sechs Fachrichtungen in einem drei- bis vierjährigen Bildungsgang auf ein Studium an einer Höheren Fachschule oder an einer Fachhochschule vor.

Die Maturitätskurse für Berufstätige ermöglichen Erwachsenen, in einem 3 1/2-jährigen Kurs die Berechtigung für das Studium einzelner Fachrichtungen an der Universität Basel zu erlangen.

Den Passerelle-Lehrgang können Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätszeugnisses besuchen. In einem einjährigen Kurs erwerben sie die Zulassung zu den universitären Hochschulen.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

### Schulübergreifende Tätigkeiten und Projekte

**Übergangslösung** Im Berichtsjahr wurden erstmals die in der Übergangsverordnung Schulharmonisierung festgelegte Aufteilung aller Schülerinnen und Schüler der zweiten Klassen in den normalen vierjährigen oder den beschleunigten dreijährigen Zug umgesetzt - eine Differenzierung, die bis zum Ende der Übergangszeit noch dreimal erfolgen wird, bevor im Sommer 2018 das neue vierjährige Gymnasium etabliert und der Weg bis zur Matura für alle in der Regel 15 Jahre dauern wird.

**Harmonisierte Maturitätsprüfungen und gemeinsames Prüfen** Ebenfalls zum ersten Mal fanden im Sommer 2014 die harmonisierten Maturitätsprüfungen nach den Vorgaben des Bildungsraums Nordwestschweiz statt. Ressortgruppen prüften die Examensvorlagen der beteiligten Fächer aller baselstädtischen Gymnasien auf ihre Vergleichbarkeit hin. Die Zweitlesung der schriftlichen Prüfungsergebnisse fand im Kreise der Fachkollegien und nicht mehr durch externe Expertinnen und Experten statt. Den Zielen des fairen Prüfens und der Förderung des fachkollegialen Dialogs dient auch das im Berichtsjahr initiierte „gemeinsame Prüfen“, welches in jedem Fach im Rhythmus von drei Jahren eine gleiche, gemeinsam ausgearbeitete Prüfung auf einer Klassenstufe verlangt.

**Freizügigkeit der Schulwahl** Eine gemeinsame elektronische Anmeldeplattform der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt wurde konzipiert und installiert im Hinblick auf die im Sommer 2015 einsetzende beschränkte Wahlfreiheit in den Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz.

**Neue Übertrittsvereinbarung mit den Rudolf Steiner Schulen (RSS)** Begründet durch die Harmonisierung der Schulstrukturen wurde gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft eine bikantonale Übertrittsregelung für Schülerinnen und Schüler der RSS vereinbart. Ab 2016/17 werden Schülerinnen und Schüler, die mit einer Empfehlung die elfte oder zwölfte Klasse verlassen, in das zweitletzte Jahr eines BL- oder BS-Gymnasiums eintreten.

**Gesamtsanierungen von Schulhäusern** An verschiedenen Standorten waren im Berichtsjahr Gesamtsanierungen in Vorbereitung oder bereits in der Umsetzung, welche die Schulen stark fördern.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-71'316.1	-68'989.3	-71'316.5	-2'327.2	-3.4	-0.4	0.0 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'525.2	-11'391.1	-11'572.6	-181.5	-1.6	-47.4	-0.4
36 Transferaufwand	-67.5	-96.6	-74.3	22.3	23.1	-6.7	-9.9
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-82'908.9</b>	<b>-80'477.0</b>	<b>-82'963.4</b>	<b>-2'486.4</b>	<b>-3.1</b>	<b>-54.5</b>	<b>-0.1</b>
42 Entgelte	1'043.9	1'058.2	1'027.3	-30.9	-2.9	-16.6	-1.6
46 Transferertrag	768.1	756.0	862.1	106.1	14.0	94.0	12.2 <sup>2</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>1'812.0</b>	<b>1'814.2</b>	<b>1'889.4</b>	<b>75.2</b>	<b>4.1</b>	<b>77.4</b>	<b>4.3</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-81'096.9</b>	<b>-78'662.8</b>	<b>-81'074.0</b>	<b>-2'411.2</b>	<b>-3.1</b>	<b>22.9</b>	<b>0.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-81'096.9</b>	<b>-78'662.8</b>	<b>-81'074.0</b>	<b>-2'411.2</b>	<b>-3.1</b>	<b>22.9</b>	<b>0.0</b>
34 Finanzaufwand	-0.8	-0.7	-1.0	-0.3	-38.1	-0.2	-24.9
44 Finanzertrag	0.4	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.4	-100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.7</b>	<b>-1.0</b>	<b>-0.3</b>	<b>-38.1</b>	<b>-0.6</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-81'097.3</b>	<b>-78'663.6</b>	<b>-81'075.0</b>	<b>-2'411.4</b>	<b>-3.1</b>	<b>22.3</b>	<b>0.0</b>
davon Funktionen:							
21 Obligatorische Schule	-26'878.4	-26'133.4	-27'124.8	-991.4	-3.8	-246.3	-0.9
25 Allgemeinbildende Schulen	-53'663.1	-51'971.8	-53'389.3	-1'417.5	-2.7	273.8	0.5
29 Übriges Bildungswesen	-555.8	-558.4	-561.0	-2.5	-0.5	-5.2	-0.9

**Kommentar**

- 1 Die Überschreitung beim Personalaufwand setzt sich aus mehr Schüler/innen und höheren Kosten pro Lektion als bei der Budgetierung angenommen zusammen.
- 2 Die gestiegenen ausserkantonalen Schülerzahlen beim Gymnasium Kirschgarten für den Lehrgang Passerelle und für die Maturitätskurse für Berufstätige führten zu Mehreinnahmen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	402.0	406.0	404.3	396.9	398.0
Schüler/-innen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	3'606	3'543	3'539	3'521	3'496 <sup>1</sup>
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	24.7	27.5	27.5	28.0	29.3 <sup>2</sup>
Unterrichtslektionen	Anz	7'083	6'979	6'919	6'902	6'947 <sup>3</sup>
Erworbene Abschlüsse	Anz	780	798	750	768	817
Gymnasiale Maturitätsquote	%	28.8	29.3	28.4	28.8	<sup>4</sup>

**Kommentar**

- 1 Die Zahlen umfassen die Schülerinnen und Schüler der Gymnasien und der FMS (ohne Praktikanten/-innen, inkl. FM Pädagogik). Nicht enthalten sind die Schüler/-innen der Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) und Passerelle.
- 2 Ohne Berücksichtigung der Absolventen/-innen der MfB und Passerelle.
- 3 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2014 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2014/2015 aufgeführt). Der Anstieg trotz sinkender Anzahl Schüler/-innen ist auf die Übergangslösung (siehe im Dienststellenbericht unter „Rückblick...“) zurückzuführen.
- 4 Die gymnasiale Maturitätsquote entspricht dem Anteil der Personen, die ein gymnasiales Maturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 19-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung (=Durchschnittsalter der MaturandInnen). Der Wert für 2014 (Statistik des BfS) lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

## Berichte der einzelnen Schulen

**Fachmaturitätsschule (FMS)** Neu wurden in jedem Schuljahr Standortgespräche eingerichtet, deren Fokus vor allem auf der Laufbahnplanung der Schülerinnen und Schüler liegt. In der ersten Klasse steht der Berufswunsch, dessen Realisierbarkeit und die dafür adäquate Fachrichtungswahl an der FMS im Zentrum. In der zweiten Klasse werden nach dem berufsfeldbezogenen Praktikum die Praktikumerfahrungen in Bezug auf den Berufswunsch und der Praktikumsbericht besprochen. In der dritten Klasse schliesslich wird das Augenmerk auf die Studienwahl an einer Höheren Fachschule bzw. Fachhochschule nach Abschluss der FMS gerichtet.

**Gymnasium Bäumlhof (GB)** Zu Beginn des Schuljahrs wurde dem GB der Comenius Preis der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) für das neue Schulmodell GB<sup>plus</sup> verliehen. Zum selben Zeitpunkt begann die Partnerschaft mit der FHNW zur praxisnahen Ausbildung künftiger Lehrpersonen. Das Angebot des International Baccalaureate (IB) startete mit einer ersten Klasse im normalen Zug. Das Angebot GB<sup>plus</sup> sprach im Berichtsjahr erfreulich viele Schülerinnen und Schüler an, die sich für eine erste Klasse anmeldeten.

**Gymnasium Kirschgarten (GKG)** Nach den Herbstferien konnte das GKG zusammen mit den Passerelle-Kursen in einem feierlichen Umzug den grössten temporären Schulbau des Kantons auf der Luftmatt beziehen, wo es bis 2016 beheimatet sein wird. Trotz deutlich engeren Platzverhältnissen sind sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Unterrichtenden sehr zufrieden mit der Bauqualität des Provisoriums. Das Zusammenleben von ca. 2'000 Schülerinnen und Schülern aus der Wirtschaftsmittelschule, dem Wirtschaftsgymnasium, der Fachmaturitätsschule und dem Gymnasium Kirschgarten verlief reibungslos.

An den Maturitätskursen für Berufstätige begannen im Januar zwei neue Kurse, die in dreieinhalb Jahren zur Maturität führen. Im einjährigen Passerelle-Kurs von der Berufsmaturität zur Universität wurden wie im Vorjahr vier Klassen gebildet.

**Gymnasium Leonhard (GL)** Im August 2014 nahmen nach intensiven Vorbereitungsarbeiten die ersten beiden Klassen den Unterricht nach dem neuen Zeitmodell LeO2 auf. Das Modell zeichnet sich aus durch das Poolen von Fächern, einen Vertiefungshalbtag und den Fokus auf die Entwicklung und Förderung des eigenständigen Lernens.

Als teilweise Kompensation für den Verlust von Unterrichtsräumen an der Kanonengasse 1 konnten im Sommer die beiden neuen Dachstockräume im Altbau von 1884 in Besitz genommen werden.

**Gymnasium am Münsterplatz (GM)** Die Gebäude des GM werden seit 2013 schrittweise einer baulichen Totalsanierung unterzogen. Infolge der Umbaumaassnahmen musste ein Teil des GM-Schulbetriebs temporär ausgelagert werden. Die Zahl der naturwissenschaftlichen Zimmer wurde erhöht und neu mit moderner Laborinfrastruktur ausgestattet. In einem partizipativen Schulentwicklungsprojekt wurden unter Einbezug von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen neue Arbeitszonen entwickelt.

An den Diplomprüfungen des International Baccalaureate (IB) 2014 erbrachten die 32 teilnehmenden Maturandinnen und Maturanden des GM hervorragende Leistungen, welche mehrheitlich weit über dem internationalen Leistungsdurchschnitt lagen. Der beste GM-Maturand erreichte 39 von 42 maximal möglichen IB-Punkten. Insgesamt beteiligten sich 2'567 Schulen in 147 Ländern an den IB-Diplomprüfungen.

**Wirtschaftsgymnasium (WG)** Das WG wurde für eine Comenius-Schulpartnerschaft ausgewählt und erhielt dafür von der Europäischen Union für Bildung und Kultur entsprechende Förderbeiträge. Das Comenius-Programm ist ein 1995 eingerichtetes Programm, das die Mobilität von Schülerinnen und Schülern unterstützt. Es fördert das Erlernen moderner Fremdsprachen und ermöglicht innovative Wege der Zusammenarbeit und Partnerschaft schulischer Einrichtungen in Europa. Das Comenius-Projekt des WG bringt Schülerinnen und Schüler aus Schweden, Deutschland und der Schweiz zusammen. Im Frühjahr 2014 trafen sich die Teilnehmenden in Göteborg (S), im Herbst 2014 in Basel. Der Abschluss des Projekts ist im Frühjahr 2015 in Höxter (D) vorgesehen.

## Berufsbildende Schulen

ED-245

Diese Dienststelle umfasst das Zentrum für Brückenangebote (ZBA), die Allgemeine Gewerbeschule (AGS), die Schule für Gestaltung (SfG), die Berufsfachschule Basel (BFS), die Wirtschaftsmittelschule (WMS) und das Bildungszentrum Gesundheit (BZG).

Das ZBA bietet Jugendlichen, die die obligatorische Schulzeit absolviert und den direkten Sprung in eine Berufslehre oder in eine weiterführende Schule nicht geschafft haben, differenzierte Anschlusslösungen an. Die Berufsfachschulen (AGS, SfG, BFS) vermitteln die schulische Bildung sowohl in der beruflichen Vorbildung als auch in der beruflichen Grundbildung (Abschluss mit dem eidgenössischen Berufsattest (EBA), dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) und der Zusatzqualifikation mit Berufsmaturität). Im Weiteren leisten sie in der allgemeinen und berufsorientierten Weiterbildung sowie in der höheren Berufsbildung einen Beitrag zur Förderung und Sicherung des beruflichen Nachwuchses sowie zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt.

Die Wirtschaftsmittelschule, die unter dem gleichen Dach wie das Wirtschaftsgymnasium geführt wird, gliedert sich in die eigentliche Wirtschaftsmittelschule (WMS) und die Informatikmittelschule (IMS). Beide Schulen führen zu einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) und zur kaufmännischen Berufsmaturität.

Das BZG ist eine Höhere Fachschule (HF) und bildet auf der Tertiärstufe B als regionales Zentrum Studierende in nicht-akademischen Gesundheitsberufen aus. In Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule bietet das BZG zusätzlich fünfzig Studienplätze für Physiotherapie auf dem Niveau einer Fachhochschule (Tertiär A) an.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

### Berichte der einzelnen Schulen

**Zentrum für Brückenangebote (ZBA)** Die Leitungsstruktur des ZBA wurde dem Schulgesetz angepasst. Alle Standort- und Ressortleitungen wurden im Sommer 2014 von der Schulleitung neu gewählt.

In den Herbstferien haben zwei Kollegien des ZBA ihren Standort gewechselt: Die Vorlehre A zog vom Via Zentrum temporär ins Schulhaus Klingental (Kaserne) und das Kollegium des Standorts Klingental zog definitiv ins Schulhaus Niederholz in Riehen.

**Allgemeine Gewerbeschule Basel (AGS)** Die Bildungsverordnung der Multimediaelektroniker/Multimediaelektronikerinnen ist in Kraft gesetzt und an der AGS Basel erstmals gestartet worden. In Planung sind somit als letztes die beiden Berufe Maler/in EFZ und EBA sowie Strassentransportpraktiker/in EBA.

Der René R. Schmidlin-Preis wurde zum zehnten und damit letzten Mal verliehen. Dieser wird für besonders herausragende Projektarbeiten in der Höheren Berufsbildung vergeben.

Im Bereich der Weiterbildung konnte die AGS nach eduQua rezertifiziert werden. Ebenso erfolgreich verlief das Verfahren in der Lehrwerkstätte für Mechaniker in Basel für ISO 9001:2008 (Praktische Ausbildung, Ausbildung, Produktion) und ISO 13485:2003 (Herstellung von elektronischen Massageräten).

**Schule für Gestaltung Basel (SfG Basel)** Per 1. Juli 2014 nahm die neu zusammengesetzte Schulleitung ihre Tätigkeit auf. Im Gebäude des alten Frauenspitals fand die letzte K'Werk-Werkschau statt. Im Juli konnte das K'Werk seine neuen Kursräume an der SfG Basel beziehen. Ab 1. August 2014 übernahm Michael Malzach die Leitung der Vorkurse.

Im Bereich der dualen beruflichen Grundbildung bietet die SfG Basel neu auch den Berufskundeunterricht für den Beruf Interactive Media Designer/in EFZ an. Die Weiterbildung „Typographie und Grafik“ (T+G) wurde in diesem Schuljahr neu konzipiert. Eine Neuerung betrifft die Reduktion des Unterrichts von drei auf zwei Wochentage. Weiter wurde die neue berufsorientierte Weiterbildung „Interactive Media Design“ lanciert, sie wird mit dem internen Schuldiplom der SfG abgeschlossen. Das neue Gefäss heisst T+G+I.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-93'928.0	-90'829.0	-94'418.7	-3'589.7	-4.0	-490.7	-0.5 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-22'555.8	-22'726.4	-22'605.0	121.4	0.5	-49.2	-0.2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-209.4	-240.0	-253.3	-13.3	-5.5	-43.9	-21.0
36 Transferaufwand	-16'576.4	-16'975.6	-16'938.0	37.6	0.2	-361.6	-2.2
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-133'269.6</b>	<b>-130'771.1</b>	<b>-134'215.1</b>	<b>-3'444.0</b>	<b>-2.6</b>	<b>-945.5</b>	<b>-0.7</b>
42 Entgelte	6'889.6	6'578.3	7'191.7	613.4	9.3	302.1	4.4 <sup>2</sup>
46 Transferertrag	27'657.4	25'733.7	26'577.0	843.3	3.3	-1'080.4	-3.9 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>34'547.0</b>	<b>32'312.0</b>	<b>33'768.7</b>	<b>1'456.7</b>	<b>4.5</b>	<b>-778.3</b>	<b>-2.3</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-98'722.6</b>	<b>-98'459.1</b>	<b>-100'446.4</b>	<b>-1'987.4</b>	<b>-2.0</b>	<b>-1'723.8</b>	<b>-1.7</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-225.6	-225.6	-169.2	56.4	25.0	56.4	25.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-225.6</b>	<b>-225.6</b>	<b>-169.2</b>	<b>56.4</b>	<b>25.0</b>	<b>56.4</b>	<b>25.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-98'948.2</b>	<b>-98'684.7</b>	<b>-100'615.6</b>	<b>-1'931.0</b>	<b>-2.0</b>	<b>-1'667.4</b>	<b>-1.7</b>
34 Finanzaufwand	-1.2	-1.4	-1.8	-0.5	-34.8	-0.7	-58.9
44 Finanzertrag	64.4	14.4	62.4	48.0	>100.0	-1.9	-3.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>63.2</b>	<b>13.1</b>	<b>60.6</b>	<b>47.6</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>-2.6</b>	<b>-4.1</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-98'885.0</b>	<b>-98'671.6</b>	<b>-100'555.0</b>	<b>-1'883.4</b>	<b>-1.9</b>	<b>-1'670.0</b>	<b>-1.7</b>
davon Funktionen:							
23 Berufliche Grundbildung	-82'729.1	-82'814.0	-84'535.2	-1'721.2	-2.1	-1'806.1	-2.2
26 Höhere Berufsbildung	-11'507.7	-11'123.0	-11'256.5	-133.5	-1.2	251.3	2.2
29 Übriges Bildungswesen	-4'648.2	-4'734.7	-4'763.4	-28.7	-0.6	-115.2	-2.5

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-548.4	-225.0	-265.2	-40.2	-17.9	283.1	51.6
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	247.9	0.0	0.0	0.0	n.a.	-247.9	-100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-300.5</b>	<b>-225.0</b>	<b>-265.2</b>	<b>-40.2</b>	<b>-17.9</b>	<b>35.3</b>	<b>11.7</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-300.5</b>	<b>-225.0</b>	<b>-265.2</b>	<b>-40.2</b>	<b>-17.9</b>	<b>35.3</b>	<b>11.7</b>

## Kommentar

- 1 Von der Überschreitung gehen -1.65 Mio. Franken auf höhere Schülerzahlen und -0.6 Mio. Franken auf höhere Kosten pro Lektion zurück. Zudem liegen die Kosten für die Stellvertretungen um -0.7 Mio. Franken und die Ausschöpfung der Lektionendächer um -0.5 Mio. Franken über Budget.
- 2 Die Mehreinnahmen entstanden v.a. bei der Allgemeinen Gewerbeschule Basel (0.3 Mio. Franken für Kurs- und Schulgelde) und beim Bildungszentrum Gesundheit Basel (0.2 Mio. Franken für die Praktika im Bereich Biomedizinische Analytik).
- 3 Die Mehreinnahmen setzen sich v.a. aus höheren Beiträgen infolge gestiegenen ausserkantonalen Schülerzahlen bei der Allgemeinen Gewerbeschule und der Berufsfachschule Basel sowie aus höheren Beiträgen von der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung (Volksschule) für die Integrationsklasse im Zentrum für Brückenangebote zusammen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	508.9	526.1	540.7	536.0	532.7
Schüler/-innen ZBA (per 1. Sept.)	Anz	805	771	760	844	723 <sup>1</sup>
Lernende berufliche Vorbildung an Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	303	305	292	312	270 <sup>2</sup>
Lernende berufliche Grundbildung (1.9.)	Anz	4'272	4'330	4'315	4'311	4'382
Lernende Wirtschaftsmittelschule	Anz	445	424	405	410	394
Studierende Tertiärstufe Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	314	315	962	950	918 <sup>3</sup>
Unterrichtslektionen	Anz	8'495	8'454	9'243	9'621	9'337 <sup>4</sup>
Erworbene Abschlüsse WMS	Anz	74	80	73	82	49 <sup>5</sup>
Berufsmaturitätsquote	%	7.6	8.0	8.8	8.3	<sup>6</sup>
Übertrittsquote ZBA in Lehre, Praktikum oder weiterf. Schule	%	68.5	71.3	68.6	61.9	68.8

#### Kommentar

- 1 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen.
- 2 Inkl. Schüler/-innen der Vorkurse SfG.
- 3 Ab 2012 inkl. Studierende des BZG.
- 4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2014 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2014/2015 aufgeführt). Ab 2012 inkl. BZG.
- 5 Wegen einer Schulreform (Umstellung von einer 3- auf eine 4-jährige Ausbildung) gab es 2014 keine WMS-Abschlüsse, nur 4 HMS-Abschlüsse nach dem alten System (Repetenten/-innen) und 45 HMS BM-Abschlüsse.
- 6 Die Berufsmaturitätsquote entspricht dem Anteil Personen, die ein Berufsmaturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 21-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz (=Durchschnittsalter der BerufsmaturandInnen). Der Wert für 2014 (Statistik des Bfs) lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Bei „Red dot“ wurde auch dieses Jahr prämiertes Kommunikationsdesign gezeigt. Zwei Ausstellungen konnten realisiert werden: „Gute Aussichten“ in Zusammenarbeit mit der Plakatsammlung sowie „Love to hate“. Die Plakatsammlung führte die Arbeiten der Digitalisierung ihrer Bestände weiter. Die grosse öffentliche Bibliothek für Gestaltung hat weiterhin ihre hohe Qualität ausgebaut. Das spiegelt sich direkt in den Benutzungs- und Ausleihzahlen wieder: ein bemerkenswerter Zuwachs von rund 10 %.

**Berufsfachschule Basel (BFS Basel)** Nach einer schrittweisen Einführung während mehreren Schuljahren wurde das Projekt „Klassenlehrpersonen plus“ in den Regelbetrieb überführt. Die neue Bildungsverordnung für Bekleidungsgestalter/in EFZ wurde vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) in Kraft gesetzt und an der Lehrwerkstatt für Bekleidungsgestalter/innen der BFS Basel eingeführt.

Auf Beginn des Schuljahrs 2014/15 bezog die Abteilung Berufsmaturität für voraussichtlich zwei bis drei Schuljahre auf dem Schulareal Brunnmatt einen neuen Standort.

Ein erster berufsbegleitender dreijähriger Bildungsgang Höhere Fachschule Kindererziehung wurde gestartet. Nach der erfolgreichen Rezertifizierung durch die Société Générale de Surveillance SA (SGS) kann die BFS Basel wie bisher das Label eduQua für die Weiterbildungsangebote führen. Das für Basel-Stadt bedeutende Bauwerk von Hans Bernoulli an der Kohlenberggasse 10 feierte mit verschiedenen Aktivitäten sein 100-jähriges Jubiläum. Gleichzeitig konnten die langjährigen und umfassenden Sanierungs- und Renovationsarbeiten abgeschlossen werden.

**Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG)** Chantal Koenig, langjährige Leiterin des Bildungsgangs „Medizinisch-Technische Radiologie HF“ und Abteilungsleiterin Diplomausbildungen, verabschiedete sich Ende Mai vom BZG und ging frühzeitig in Pension. Im November übernahm Kaspar Bernhardt die Leitung des Bildungsgangs.

Das 50-jährige Bestehen des Bildungsgangs „Biomedizinische Analytik“ wurde im April mit einer Kombination von Fachtagung und Tag der offenen Tür für die Bevölkerung gefeiert.

Eine Tagung des Bildungsgangs „Pfleger HF“ versammelte für die drei Lernorte „Schule“, „berufliche Praxis“ und „Training und Transfer“ zum Thema „Transferlernen im Kontext der Professionalisierung der Pflege“ im Juni am BZG Lehrpersonen, Berufsbildungsverantwortliche und Berufsbildner/innen zu Fachreferaten und zum Erfahrungsaustausch.

Für den Studiengang „Physiotherapie HF“ wurden verschiedene Forschungsvorhaben aufgebaut und entsprechend koordiniert. Somit erfüllt dieser Studiengang bzw. die Dozierenden die von der Berner Fachhochschule vertraglich vereinbarten Auflagen, neben der Tätigkeit in der Lehre auch im Bereich Forschung, entsprechende Aktivitäten aufzubauen.

**Wirtschaftsmittelschule (WMS und IMS)** Die Wirtschaftsmittelschule wurde zusammen mit der gymnasialen Abteilung der Schule für eine Comenius-Schulpartnerschaft ausgewählt, über welches im Bericht der Mittelschulen detailliert Auskunft gegeben wird.

Nach drei Jahren schulischer Unterricht traten im Sommer 2014 die Lernenden der Wirtschaftsmittelschule zum ersten Mal ihr einjähriges Praktikum an. Alle Lernenden haben eine Praktikumsstelle gefunden. Die Akquisition und Bewirtschaftung dieser Praktikumsplätze erfolgt durch die Handelskammer beider Basel (HKBB) im Auftrag der Schulen in Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Das Betriebspraktikum ist obligatorischer Bestandteil der Ausbildung an der WMS.

**Handelsschule KV Basel** Geprägt war das Jahr 2014 durch die Umsetzung der neuen Promotionsordnung im E-Profil, die Implementierung einer Abschlussarbeit (Selbstständige Arbeit, SelbA) im B- und E-Profil in enger Zusammenarbeit mit den Lehrbetrieben, die Vorbereitungsarbeiten auf die neue Berufsmaturitätsverordnung BMVo 2015, den Besuch der SwissSkills und die Rezertifizierung mit Bestnoten durch die SGS im Rahmen der Qualitätssicherung. Im Juni 2014 sind insgesamt 608 Kandidatinnen und Kandidaten zur Abschlussprüfung Büroassistent/-in bzw. Kaufmann/Kauffrau mit und ohne Berufsmaturität angetreten. Davon waren 530 erfolgreich, was einer Erfolgsquote von rund 87 % entspricht. Besonders erfreulich war dabei die Erfolgsquote in der Attestausbildung mit rund 95 %.



## Leitung Mittelschulen und Berufsbildung

ED-265

Die Dienststelle Leitung Mittelschulen und Berufsbildung (MB) koordiniert den Geschäftsbereich und trägt die Gesamtverantwortung für dessen Leistungserbringung. Sie umfasst den Stab MB, die Berufsberatung, die Erwachsenenbildung, die Lehraufsicht und das Case Management Berufsbildung Gap.

Der Stab MB erbringt die Stabsleistungen für den Geschäftsbereich. Dazu zählen die Politikvorbereitung, die Betreuung der Schulabkommen, die Organisation der freiwilligen Aufnahmeprüfung und die Verwaltung der Anmeldungen fürs Gymnasium, die Bildungsplanung und die Bildungsstatistik, Betreuung der diversen Subventionsverhältnisse und Leistungsvereinbarungen.

Die Fachstellen Berufsberatung, Erwachsenenbildung und Lehraufsicht erbringen aufgrund der Berufsbildungsgesetze von Bund und Kanton sowie des kantonalen Integrationsgesetzes folgende Leistungen: Berufsinformation, Berufs- und Laufbahnberatung, Mentoring für Lehrstellensuchende, Aufsicht über die Berufslehren, Lehrstellenförderung, berufspädagogische Kurse für Ausbildungsverantwortliche der Lehrbetriebe und Förderung des Sprachkursangebots für die Migrationsbevölkerung. Gap Case Management Berufsbildung unterstützt Jugendliche in schwierigen Situationen beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

Die Tätigkeiten und Aufgaben, die aus dem ehemaligen Bereich Bildung in den Bereich Mittelschulen und Berufsbildung übernommen wurden, sind im Folgenden kommentiert.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Regionales Schulabkommen (RSA 2009)** Das RSA regelt die Abgeltung für ausserkantonale Schulbesuche im Raum der zehn Mitgliedkantone. Die Kommission RSA hat im 2014 die Grundlagen für die Kostenerhebung im kommenden Jahr überarbeitet. Dadurch sollen die Tarife optimiert und transparenter werden.

**Interkantonale Berufsfachschulvereinbarung (BFSV)** Die BFSV regelt den interkantonalen Lastenausgleich im Bereich der beruflichen Grundbildung. Per Schuljahr 2014/2015 wurden die Tarife für Voll- und Teilzeitangebote erneut gesenkt. Die Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz SBBK hat festgestellt, dass bei der Berechnung der Vollzeittarife in den letzten beiden Jahren irrtümlich ein Teil der Lernenden der Handelsmittelschule (HMS) doppelt berücksichtigt wurde und die Tarife daher zu tief ausfielen. Dieser Fehler wurde bei der Tariffberechnung für das Schuljahr 2016/2017 behoben.

**Interkantonale Fachschulvereinbarung (FSV) / Vereinbarung über die Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV)** Die Interkantonale Fachschulvereinbarung (FSV), welche die finanzielle Abgeltung zwischen den Kantonen im Bereich der höheren Fachschulen (HF) regelt, wird per 1. August 2015 von der Interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) abgelöst. Der Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur HFSV ist im Mai 2014 erfolgt. Die noch nicht geklärten Kantonsbeiträge für die Bereiche „Gesundheit“ und „Soziales und Erwachsenenbildung“ konnten 2014 definitiv festgelegt und die neuen Anhänge für die HFSV erstellt werden. Für die Berufsprüfungen (BP) und die Höheren Fachprüfungen (HFP) bleibt die FSV weiterhin gültig.

**Fachstelle Berufsberatung** Die Berufsberatung konnte im Berichtsjahr ihr Dienstleistungsangebot den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden anpassen. So wurde die Möglichkeit zur spontanen Kurzberatung, die besonders stark nachgefragt ist, von zwei auf vier Nachmittage ausgeweitet. Neu gibt es eine Lehrpersonenberatung (LeBe) an den Standorten der Brückenangebote, weiter stehen den Kunden zwei Trainingscomputer für den Multicheck zur Verfügung und das Projekt AMIE wird seit diesem Jahr von einer Berufsberatungsperson fachlich begleitet. Des Weiteren wurde das Berufsinformationszentrum Bifo in das schweizweit anerkannte BIZ umbenannt. Das Triageverfahren und die Triagekonferenz wurden im Berichtsjahr erneut durch die Berufsberatung begleitet und organisiert. Rund 823 Schülerinnen und Schüler wurden durch das Triageverfahren den folgenden Angeboten zugeteilt: Lehrstellenvermittlung (162; davon fanden 40 eine Lehrstelle und 15 einen Praktikumsplatz), Brückenangebot (459) und Triagekonferenz (202, davon 22 Abmeldungen während dem Verfahren). Aus letzterer gingen 103 in ein Brückenangebot, 61 in ein Motivationssemester, 6 ins My Way und 10

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'456.9	-4'737.3	-4'452.6	284.7	6.0	4.3	0.1 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'158.4	-1'221.4	-1'200.4	21.0	1.7	-42.0	-3.6
36 Transferaufwand	-21'825.0	-21'843.5	-21'765.1	78.4	0.4	59.9	0.3
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-27'440.3</b>	<b>-27'802.2</b>	<b>-27'418.1</b>	<b>384.1</b>	<b>1.4</b>	<b>22.2</b>	<b>0.1</b>
42 Entgelte	277.8	229.9	278.7	48.8	21.2	0.9	0.3
46 Transferertrag	428.8	420.0	575.3	155.3	37.0	146.5	34.2 <sup>2</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>706.6</b>	<b>649.9</b>	<b>854.0</b>	<b>204.1</b>	<b>31.4</b>	<b>147.5</b>	<b>20.9</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-26'733.8</b>	<b>-27'152.3</b>	<b>-26'564.1</b>	<b>588.2</b>	<b>2.2</b>	<b>169.7</b>	<b>0.6</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-26'733.8</b>	<b>-27'152.3</b>	<b>-26'564.1</b>	<b>588.2</b>	<b>2.2</b>	<b>169.7</b>	<b>0.6</b>
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	-0.0	-0.3	-0.0	-20.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.0</b>	<b>-20.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-26'733.9</b>	<b>-27'152.5</b>	<b>-26'564.3</b>	<b>588.2</b>	<b>2.2</b>	<b>169.6</b>	<b>0.6</b>
davon Funktionen:							
23 Berufliche Grundbildung	-21'826.2	-22'261.7	-22'197.4	64.3	0.3	-371.2	-1.7
29 Übriges Bildungswesen	-4'907.7	-4'890.8	-4'366.9	523.9	10.7	540.8	11.0

**Kommentar**

- 1 Der Grossteil der Budgetunterschreitung geht auf Stellenvakanzen zurück.
- 2 Im Transferertrag ist ein Beitrag über 0.15 Mio. Franken aus dem Krisenfonds für das neue Projekt „Enter“ enthalten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	24.8	26.1	27.3	28.1	29.7 <sup>1</sup>
Berufs- und Laufbahnberatungen (Jugendliche und Erwachsene)	Anz	2'556	2'401	2'352	2'126	2'055
Lehrstellen	Anz	5'351	5'402	5'373	5'390	5'425
Erfolgreiche Lehrabschlüsse (EFZ, EBA)	Anz	1'731	1'722	1'812	1'713	1'861 <sup>2</sup>
Teilnehmende an Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten	Anz	2'209	2'653	2'693	2'524	2'041 <sup>3</sup>
Durchschnittliche Wartezeit Berufsberatung	Tg	21	18	17	16	17
Aktive Fälle Case Management Berufsbildung	Anz	841	844	863	1'075	1'079

**Kommentar**

- 1 Der Plafond erhöht sich zu Lasten von bisherigen Aushilfestellen und dem Projekt Triage.
- 2 Eidgenössische Fähigkeitszeugnisse (EFZ) und Berufsatteste (EBA)
- 3 Durch die Umstellung auf Subjektfinanzierung werden ab 2014 nur noch privatzahlende Teilnehmende (TN) mit Wohnsitz Basel-Stadt gezählt. Bis anhin erfassten Kursveranstalter auch die durch das Amt für Wirtschaft und Arbeit und Sozialhilfe zugewiesenen TN sowie die rund 330 Ausserkantonalen. Zudem fallen zwei Angebote nicht mehr in den Förderbereich der Fachstelle („Ich lerne Deutsch fürs Kind“ mit ca. 400 Personen und der „Verein beraber“).

in eine weiterführende Schule oder in ein Praktikum. Das Triageverfahren konnte nicht nur adäquate Anschlusslösungen ermöglichen, sondern führte auch zu einem vertieften Austausch zwischen Lehrpersonen und Berufsberatenden. In der Berufsinformation wurden 7'944 (7'785) Besucherinnen und Besucher verzeichnet. 909 (548) Personen nahmen eine Kurzberatung in Anspruch, 241 (333) nutzten die Bewerbungsunterstützung. In eine Einzelberatung kamen 2'055 (2'126) Ratsuchende.

**Fachstelle Erwachsenenbildung** In Vorbereitung auf die anstehende Umsetzung des neuen Weiterbildungsgesetzes des Bundes wurden im Berichtsjahr die nötigen Grundlagen und Strukturen für die kantonale Förderung der nicht-formalen Weiterbildung erstellt. Im Bereich der Deutschlernangebote wurde auf Subjektfinanzierung umgestellt, welche sich nach dem Einkommen der Kursteilnehmenden und dem Nachweis einer Krankenkassenprämienreduktion richtet. Die neue Finanzierung wurde gemäss der Verordnung des Basler Integrationsgesetzes flächendeckend implementiert

und durch die Fachstelle evaluiert.

**Fachstelle Lehraufsicht** Die Berufsreformen in 94 Berufen wurden zum grossen Teil durchgeführt, einzelne Berufe (Maler/in, Coiffeuse/Coiffeur) sind in der Vorbereitung. Der Austausch mit den verschiedenen Beteiligten hat sich sehr bewährt, deshalb werden die bikantonalen Umsetzungsgruppen als Qualitätsentwicklungsgruppen in der Berufsbildung weitergeführt. Mit Lehrbeginn 2014 wurden 2'047 Lehrverträge genehmigt (Vorjahr 1'980), davon sind 288 Attestlehrverträge (Vorjahr 264). Der Gesamtbestand an Lehrstellen belief sich auf 5'425 (Vorjahr 5'390). Zur Lehrabschlussprüfung sind 144 Personen als Nachholbildner/innen angetreten (Vorjahr 117), davon waren 24 Repetenten. Die Lehraufsicht vertritt den Kanton Basel-Stadt im vierkantonalen Gremium zur Nachholbildung sowie bei Bedarf auf schweizerischer Ebene. Den obligatorischen Kurs für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner besuchten insgesamt 534 Personen (Vorjahr 610). 22 Kurse wurden intern angeboten, in acht externen Kursen vermittelten Berufsinspektorinnen und Berufsinspektoren die gesetzlichen Grundlagen.

**Gap, Case Management Berufsbildung** Gap bearbeitete im Berichtsjahr über 1'000 Cases. Nebst der individuellen Unterstützung für Jugendliche bearbeitete Gap Schnittstellen zu Partnerorganisationen am Übergang von der Schule zum Beruf. Die Klärung der Zusammenarbeit und Einleitung eines gemeinsamen Zielprozesses zeigten Wirkung: Über 40 % der abgeschlossenen Cases bei Gap begannen eine Ausbildung auf Sekundarstufe II. Der Regierungsrat beauftragte Gap im Berichtsjahr, ein Pilotprojekt für Menschen ohne Berufsabschluss aus der Sozialhilfe im Auftrag der Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit umzusetzen. Mit dem Pilotprojekt „Enter“ sollen Personen ohne Berufsabschluss zwischen 25 und 40 Jahren mittels Nachholbildung gezielt gefördert werden. Dabei werden die Teilnehmenden vom Sozial- in das Bildungssystem transferiert und von Gap in Form eines Case Managements betreut und begleitet. Trotz der kurzen Zeitphase für die Lehrstellenrekrutierung konnten im August 2014 neun Personen eine Nachqualifizierung in Angriff nehmen (vier Nachholbildungen, fünf Berufslehren). Im Rahmen des zweiten Durchgangs durchlaufen gegenwärtig 40 Personen den Berufswahlprozess mit Unterstützung der Berufsberatung und der Ausbildungsvermittlung des Gewerbeverbands, um im Sommer 2015 eine Ausbildung zu starten.

## Hochschulen

ED-271

Die Abteilung Hochschulen leitet und koordiniert den Hochschulbereich des Kantons. Für die rechtlich eigenständigen Hochschulen (Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW) und für die weiteren subventionierten Institutionen wie die Musik-Akademie der Stadt Basel, das Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH) und die Volkshochschule beider Basel nimmt sie Koordinationsaufgaben wahr und formuliert zuhanden des Regierungsrats kantonale Hochschulpolitik. Der Dienststelle gehören auch das Amt für Ausbildungsbeiträge und das Pädagogische Zentrum PZ.BS an.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

In Zusammenarbeit mit den Partnerkantonen und dem Bund konnte 2014 der hohe Entwicklungstakt des Hochschulstandorts aufrechterhalten werden.

**Ausbildungsbeiträge** Die neue Berechnungsmethode für Ausbildungsbeiträge hat sich gut eingespielt. Auf nationaler Ebene konnte die Harmonisierung des Stipendienwesens unter Basler Federführung vorangebracht werden.

**Pädagogisches Zentrum PZ.BS** Der Transfer des PZ.BS vom Bereich Bildung in den Bereich Hochschulen wurde im Berichtsjahr erfolgreich vollzogen. Inhaltlich standen die Weiterbildung und Dienstleistungen für die Schulharmonisierung und den damit zusammenhängenden Schulhausneu- und -umbauten im Vordergrund.

**FH Ausbildung, Forschung und Dienstleistung** Der Leistungsauftrag an die FHNW für die Jahre 2015-2017 wurde 2014 von allen Parlamenten der Trägerkantone FHNW verabschiedet. 2014 konnte zudem der Campus der Hochschule für Gestaltung und Kunst auf dem Dreispitz-Areal eröffnet werden. Das Reportingkonzept für die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) gewährleistet eine laufende separate Orientierung der Parlamente der vier Trägerkantone. Wie in den Jahren zuvor hat sich die FHNW dynamisch und erfolgreich weiterentwickelt. Die Studierendenzahlen haben zugenommen, die Forschung und die Dienstleistungen konnten ausgebaut werden. Die betreffenden Kennzahlen weisen der FHNW einen sehr guten Platz unter den schweizerischen Fachhochschulen zu.

**Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen** Auch für die Universität besteht gemäss Staatsvertrag ein Reportingkonzept, mit dem die Parlamente der Trägerkantone laufend und eingehend über die Entwicklung der Universität orientiert werden. Wie im Jahr davor stand das Vorantreiben der baulichen Grossprojekte für die Universität im Vordergrund. Beim Projekt für das Departement Biomedizin, in dem unter Federführung des Kantons Basel-Landschaft ein Neubau an Stelle des aktuellen Gebäudes für das Biozentrum geplant wird, ist das Wettbewerbsverfahren angelaufen, nachdem beide Parlamente der Vorlage mit solider Mehrheit zugestimmt hatten. Auch für den Neubau des D-BSSE, das ebenfalls auf dem Schällemätteli-Areal für die ETHZ errichtet wird, ist die Projektierung abgeschlossen. Die Bauarbeiten sollen nach dem Neubau für das Biozentrum und vor dem Projekt Biomedizin in Angriff genommen werden.

Im Herbstsemester 2014 hat die Universität mit dem Ausbau der Ausbildungskapazitäten der Humanmedizin um 30 % begonnen.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'215.1	-10'366.9	-9'805.9	561.0	5.4	-8'590.8	<-100.0 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-463.0	-6'224.5	-6'630.3	-405.8	-6.5	-6'167.4	<-100.0 <sup>2</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	-12.7	-12.7	n.a.	-12.7	n.a.
36 Transferaufwand	-225'871.3	-237'647.5	-235'759.2	1'888.3	0.8	-9'887.9	-4.4 <sup>3</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-227'549.4</b>	<b>-254'238.9</b>	<b>-252'208.1</b>	<b>2'030.8</b>	<b>0.8</b>	<b>-24'658.7</b>	<b>-10.8</b>
42 Entgelte	72.4	357.0	532.8	175.8	49.2	460.4	>100.0 <sup>4</sup>
46 Transferertrag	588.0	1'634.5	1'557.7	-76.8	-4.7	969.8	>100.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>660.4</b>	<b>1'991.5</b>	<b>2'090.6</b>	<b>99.1</b>	<b>5.0</b>	<b>1'430.2</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-226'889.0</b>	<b>-252'247.4</b>	<b>-250'117.5</b>	<b>2'129.8</b>	<b>0.8</b>	<b>-23'228.5</b>	<b>-10.2</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-9.7	-737.1	-203.1	533.9	72.4	-193.4	<-100.0 <sup>5</sup>
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	-3.9	-3.9	n.a.	-3.9	n.a.
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-360.0	-360.0	-360.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-369.7</b>	<b>-1'097.1</b>	<b>-567.0</b>	<b>530.0</b>	<b>48.3</b>	<b>-197.3</b>	<b>-53.4</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-227'258.8</b>	<b>-253'344.4</b>	<b>-250'684.5</b>	<b>2'659.9</b>	<b>1.0</b>	<b>-23'425.8</b>	<b>-10.3</b>
34 Finanzaufwand	0.3	-3.0	-1.3	1.7	55.5	-1.6	<-100.0
44 Finanzertrag	21.0	35.2	20.2	-15.0	-42.6	-0.8	-3.9
<b>Finanzergebnis</b>	<b>21.3</b>	<b>32.2</b>	<b>18.9</b>	<b>-13.3</b>	<b>-41.4</b>	<b>-2.4</b>	<b>-11.5</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-227'237.5</b>	<b>-253'312.2</b>	<b>-250'665.7</b>	<b>2'646.5</b>	<b>1.0</b>	<b>-23'428.2</b>	<b>-10.3</b>
davon Funktionen:							
27 Hochschulen	-214'432.8	-224'912.0	-223'790.4	1'121.6	0.5	-9'357.5	-4.4
29 Übriges Bildungswesen	-12'804.6	-28'400.2	-26'875.3	1'524.9	5.4	-14'070.7	-109.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-175.3	0.0	-1'266.7	-1'266.7	n.a.	-1'091.4	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-65.2	-65.2	n.a.	-65.2	n.a.
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-175.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-1'331.9</b>	<b>-1'331.9</b>	<b>n.a.</b>	<b>-1'156.6</b>	<b>&lt;-100.0</b>
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	-1'067.2	-1'067.2	n.a.	-1'067.2	n.a.
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	277.2	277.2	n.a.	277.2	n.a.
<b>Veränderungen Darlehen, Beteiligungen</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-790.1</b>	<b>-790.1</b>	<b>n.a.</b>	<b>-790.1</b>	<b>n.a.</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-175.3</b>	<b>0.0</b>	<b>-2'122.0</b>	<b>-2'122.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>-1'946.7</b>	<b>&lt;-100.0</b>

## Kommentar

- 1 Es wurden etwas weniger bestellte Ausbildungsangebote durch die Schulen beim Pädagogischen Zentrum BS abgerufen. Als Folge davon reduzierte sich auch der Ertrag. Zudem schreitet die Umsetzung zur Erweiterung der Informations- und Kommunikationstechnologien an den Volksschulen etwas langsamer als geplant voran.
- 2 Beim Pädagogischen Zentrum BS (PZ.BS) sind für die Temporärbauten Luftmatt und Bäumlhof wie auch für diverse Schulstandorte der Volksschulen ausserordentliche Anschaffungen für technische Geräte (Beamer und Visualizer) angefallen. Dies wurde grösstenteils durch entsprechenden Mehrertrag respektive innerhalb der Dienststelle wieder vollumfänglich kompensiert.
- 3 Einerseits liegen die Stipendienauszahlungen mit 0.43 Mio. Franken unter Budget, andererseits sind insgesamt deutlich geringere Abgeltungen für BS-Studierende an anderen Hochschulen von 1.33 Mio. Franken entstanden. Weiter ist u.a. die Defizitdeckung an das Wildt'sche Haus um 0.08 Mio. Franken tiefer als budgetiert ausgefallen.
- 4 Höhere Einnahmen von Kursgeldern, Benützungsgebühren und für verrechnete Dienstleistungen beim Pädagogischen Zentrum BS.
- 5 Die tieferen Abschreibungsbeträge gehen auf die Verzögerungen beim Projekt zur Erweiterung der Informations- und Kommunikationstechnologien an den Volksschulen zurück.

<b>Kennzahlen</b>	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	8.0	8.2	8.4	7.9	49.7	<sup>1</sup>
Studierende an der Universität Basel	Anz	12'377	12'617	12'995	12'551	12'560	
BS/BL-Studierende an der Universität	Anz	4'624	4'522	4'645	4'731	4'787	<sup>2</sup>
Studierende an der FHNW	Anz	8'473	8'894	9'436	10'003	10'534	
Stipendienausgaben	MioFr	11.8	11.7	11.6	11.4	11.9	
Bewilligte Stipendien	Anz	2'197	2'220	2'042	1'983	2'063	
Teilnehmerinnen und Teilnehmer Weiterbildung PZ.BS	Anz	11'040	13'406	12'571	12'445	11'408	
Ausleihen Unterrichtsmedien Bibliothek PZ.BS	Anz	62'379	76'832	91'665	104'026	119'759	

**Kommentar**

- 1 Der Headcountanstieg ist auf die Integration des PZ.BS in den Bereich Hochschulen zurückzuführen.
- 2 Angesichts der demographischen Situation unserer Region bedeutet eine gleichbleibende Zahl an Studierenden aus Basel-Stadt und Basel-Landschaft einen Erfolg. Es ist vorgesehen, die in „Basel 2020“ vorgesehene Gesamtzahl von 13'000 über ein Anwachsen der ausserkantonalen Studierenden zu erreichen.

## Jugend, Familie und Sport

ED-290

Im Bereich „Jugend, Familie und Sport“ hat der Kanton die Aufgabenfelder „Kinder, Jugend und Familie“ und „Sport“ zusammengeführt. Die Angebote des Bereichs stärken die Familien im Rahmen einer Erziehungspartnerschaft, fördern die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen und laden sie zur Mitwirkung ein. Zu den Leistungen zählen beispielsweise die Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere die frühe Förderung, die Tagesbetreuung, die offene Kinder- und Jugendarbeit sowie der Kindes- und Jugendschutz. Mit der Zuordnung des Sports besteht die Erwartung, die Bedeutung des Sports für die Bildung und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen zu nutzen. Der Sport selbst hat die Aufgabe, Breitensport und Bewegung sowie den Sport in den Schulen zu fördern, Sportanlagen zur Verfügung zu stellen, Sportvereine zu unterstützen und sportliche Talente in ihrer Entwicklung zu begleiten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Sport und dem Bildungsbereich hilft, die übergreifenden Förderziele zu verwirklichen.

Der Bereich Jugend, Familie und Sport gliedert sich in die Abteilungen „Jugend- und Familienangebote“, „Jugend- und Familienförderung“, „Kinder- und Jugenddienst“ und „Sport“. Eine Stabsstelle ist für die Kommunikation und die Koordination verantwortlich.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Schwerpunkt Frühbereich** Die Quartiertreffpunkte übernahmen weiterhin eine wichtige Rolle im Frühbereich. Für die Jahre 2014 bis und mit 2016 wurden deshalb mit vier ausgewählten Quartiertreffpunkten Leistungsvereinbarungen abgeschlossen, um diese als Eltern-Kind-Zentren führen zu können. Damit können Eltern mit ihren Kindern die Angebote für Familien in den Treffpunkten unverbindlich besuchen oder die Beratung von Fachpersonen in Anspruch nehmen. Das Frühförderungsprogramm «schritt:weise» läuft bis ins Jahr 2016 als Pilotprojekt weiter und erreicht im aktuellen Durchgang 35 Familien. Ebenfalls weitergeführt wurden die beiden Projekte zur Bewegungsförderung «Burzelbaum» und «mini:move». Als Schwerpunkt wurde der Frühbereich im Jahr 2014 mit einem Schlussbericht und einem Mediengespräch abgeschlossen. Alle erfolgreichen Projekte konnten in den Regelbetrieb überführt werden.

**Kinder- und Jugendgesetz** Das bisherige Gesetz betreffend die kantonale Jugendhilfe stammt aus dem Jahr 1984. Seither haben internationale Übereinkommen und Bundesrecht die rechtlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendhilfe verändert. Deshalb wurde das bestehende Gesetz einer Totalrevision unterzogen. Das neue Gesetz soll eine moderne und zeitgemässe Grundlage staatlichen Handelns im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe schaffen, indem es die Grundsätze und Vorgaben der durch die Schweiz im Jahr 1997 ratifizierte UNO-Kinderrechtskonvention aufnimmt. Zentrales Element ist der ausführliche Katalog personenbezogener (Dienst-)Leistungen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung sowie der Kinder- und Jugendhilfe, die durch Kanton und Gemeinde bereitgestellt werden. Der Grosse Rat konnte das Gesetz im Dezember 2014 beraten und verabschieden, sodass es am 1. Januar 2015 in Kraft treten konnte.

**Netzwerk Kinderschutz** Die Fachveranstaltung „Kinderschutz braucht Vertrauensschutz“ erfuhr eine überwältigende Resonanz, das Netzwerk konnte Gäste aus dem Aargau, aus Solothurn, Basellandschaft und Baden-Württemberg begrüßen. Die neue Struktur hat sich bewährt, um die gegenseitige Beratung und die Abstimmung bei Fallfragen zwischen den Mitgliedern zu intensivieren.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-38'663.1	-39'195.8	-38'843.6	352.1	0.9	-180.5	-0.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-16'695.2	-15'933.7	-16'539.1	-605.4	-3.8	156.2	0.9 <sup>1</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-357.4	-347.0	-355.0	-8.0	-2.3	2.3	0.7
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-154.6	0.0	0.0	0.0	n.a.	154.6	100.0 <sup>2</sup>
36 Transferaufwand	-95'406.7	-95'570.5	-98'984.3	-3'413.8	-3.6	-3'577.6	-3.7 <sup>3</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-151'277.0</b>	<b>-151'046.9</b>	<b>-154'722.0</b>	<b>-3'675.1</b>	<b>-2.4</b>	<b>-3'445.0</b>	<b>-2.3</b>
42 Entgelte	10'490.0	10'212.3	10'368.9	156.6	1.5	-121.1	-1.2
43 Verschiedene Erträge	3'194.1	0.0	2'962.0	2'962.0	n.a.	-232.1	-7.3 <sup>4</sup>
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	177.5	0.0	0.0	0.0	n.a.	-177.5	-100.0 <sup>2</sup>
46 Transferertrag	24'262.6	25'381.5	24'637.5	-744.0	-2.9	374.9	1.5 <sup>5</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>38'124.2</b>	<b>35'593.8</b>	<b>37'968.4</b>	<b>2'374.6</b>	<b>6.7</b>	<b>-155.8</b>	<b>-0.4</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-113'152.7</b>	<b>-115'453.1</b>	<b>-116'753.6</b>	<b>-1'300.4</b>	<b>-1.1</b>	<b>-3'600.8</b>	<b>-3.2</b>
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-651.7	-628.8	-749.2	-120.4	-19.1	-97.4	-15.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-651.7</b>	<b>-628.8</b>	<b>-749.2</b>	<b>-120.4</b>	<b>-19.1</b>	<b>-97.4</b>	<b>-15.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-113'804.5</b>	<b>-116'081.9</b>	<b>-117'502.7</b>	<b>-1'420.8</b>	<b>-1.2</b>	<b>-3'698.3</b>	<b>-3.2</b>
34 Finanzaufwand	-13.8	-5.2	-7.3	-2.1	-39.6	6.5	47.4
44 Finanzertrag	159.2	115.4	53.9	-61.5	-53.3	-105.3	-66.2
<b>Finanzergebnis</b>	<b>145.4</b>	<b>110.2</b>	<b>46.6</b>	<b>-63.6</b>	<b>-57.7</b>	<b>-98.8</b>	<b>-67.9<sup>6</sup></b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-113'659.0</b>	<b>-115'971.7</b>	<b>-117'456.1</b>	<b>-1'484.4</b>	<b>-1.3</b>	<b>-3'797.1</b>	<b>-3.3</b>
davon Funktionen:							
34 Sport und Freizeit	-13'794.1	-14'070.3	-14'346.4	-276.1	-2.0	-552.3	-4.0
54 Familie und Jugend	-99'864.9	-101'901.4	-103'109.8	-1'208.3	-1.2	-3'244.8	-3.2

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-253.2	-319.0	-283.1	35.9	11.3	-29.9	-11.8
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-455.2	0.0	-372.1	-372.1	n.a.	83.0	18.2
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-708.4</b>	<b>-319.0</b>	<b>-655.3</b>	<b>-336.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>53.2</b>	<b>7.5</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-708.4</b>	<b>-319.0</b>	<b>-655.3</b>	<b>-336.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>53.2</b>	<b>7.5</b>

## Kommentar

- 1 Beim Sport und bei den Schulheimen entstanden aufgrund von zusätzlichen Unterhaltskosten höhere Ausgaben.
- 2 Fonds-Einlagen und Fonds-Entnahmen werden neu erst nach erfolgtem Jahresabschluss verbucht.
- 3 Mehraufwand von 0.4 Mio. Franken in der Tagesbetreuung aufgrund der weiter steigenden Nachfrage. Bei der Kinder- und Jugendhilfe reduziert sich die Anzahl der stationären Platzierungen langsamer als angestrebt. Zusätzlich zeichnen sich bei einzelnen Platzierungen steigende Kosten ab. Dies führt zu Mehrausgaben von 2.7 Mio. Franken. Der Swisslos-Sportfonds hat höhere Ausgaben von 0.3 Mio. Franken zu verzeichnen. Der Swisslos-Sportfonds erstellt eine separate Jahresrechnung und Bilanz.
- 4 Die Gewinnanteile des Swisslos-Sportfonds werden hier ausgewiesen (siehe auch Fussnote 3 und 5).
- 5 Bei den kantonalen Schulheimen hat eine sehr gute Auslastung zu Mehreinnahmen von 1.15 Mio. Franken aus der leistungsabhängigen Vereinbarung mit dem Kanton geführt. Die höheren Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe haben höhere Rückerstattungen in der Höhe von 0.19 Mio. der Gemeinden zur Folge. Zusätzlich sind vom Bund einmalige Rückerstattungen von rund 0.45 Mio. Franken für die Jahre 2010 und 2011 vergütet worden, diese stehen im Zusammenhang mit einer Gesetzeslücke bei der Einführung des NFA. Weitere Mehreinnahmen von 0.08 Mio. Franken sind beim Sport angefallen. Andererseits wurden die Gewinnanteile von 2.6 Mio. Franken des Swisslos-Sportfonds noch unter der Kostenart 46 budgetiert, gemäss HRM2 wird der Betrag von 2.9 Mio. Franken neu aber unter der Kostenart 43 ausgewiesen (siehe Fussnote 4).
- 6 Der Minderertrag beruht im Wesentlichen auf Mindereinnahmen bei den Parkplätzen auf den Sportanlagen.



Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	197.0	254.7	260.1	247.3	254.5 <sup>1</sup>
Kinder in vom Kanton mitfinanz. Tagesheimen oder -familien	Anz	2'534	2'683	2'900	3'047	3'197
Fremdunterbringung in stationären Einricht. und Pflegefam.	Anz	857	802	743	727	742 <sup>2</sup>
Aktive Mitglieder in Sportvereinen	Anz	31'352	31'139	31'796	31'175	31'796
Kinder/Jugendliche mit Kontakt zum Kinder- und Jugenddienst	Anz	2'496	2'458	2'396	2'233	2'246

#### Kommentar

1 Ab 2011 sind die Sportanlagen eingeschlossen (57.6 Stellen, bisher Zentrale Dienste).

2 Ab 2011 sind die von der Jugendanwaltschaft veranlassten Platzierungen nicht enthalten.

### Abteilung Jugend- und Familienangebote

**Offene Kinder- und Jugendarbeit** Die bisherige Verteilung von Finanzhilfen an die offene Kinder- und Jugendarbeit wurde in einem Projekt gemeinsam mit Privaten analysiert und Varianten zur Weiterentwicklung skizziert. Nach einem Hearing in der Bildungs- und Kulturkommission soll die Verteilung jedoch weiterhin vor allem dem politischen Gestaltungswillen folgen, um Nachteilen einer systematischeren Steuerung vorbeugen zu können. Die Vorarbeiten zu einer Berichterstattung an den Grossen Rat wie die Begleitung der Trägerschaften wurde demnach auf inhaltliche Schwerpunkte ausgerichtet.

**Jugendhilfe** Das Bundesamt für Justiz hat im Jahr 2014 die Anerkennungs Voraussetzungen der Heime für Kinder und Jugendliche überprüft. Zwölf der insgesamt neunzehn Kinder-, Jugend- und Schulheime verfügen über eine Anerkennung des Bundes und erhalten Betriebsbeiträge im Rahmen der Leistungen für den Straf- und Massnahmenvollzug. Alle Überprüfungen verliefen erfolgreich. Die Versorgungssituation bei notfallmässigen Unterbringungen von Kindern und insbesondere von Kleinkindern war in den letzten Jahren phasenweise kritisch. Die Fachstelle Jugendhilfe hat deshalb in Zusammenarbeit mit stationären Einrichtungen und dem Kinder- und Jugenddienst KJD eine Lösung zur Verbesserung der Situation erarbeitet. Fünf Heime bieten im Notfall für maximal drei Nächte Plätze ausserhalb ihrer Leistungsvereinbarung an. Dies bedeutet, dass sie rund um die Uhr Kinder in Not aufnehmen, auch wenn die Vertragsplätze belegt sind. Nachdem in den letzten Jahren die Belegungstage von Kindern und Jugendlichen in Heimen und Pflegefamilien rückläufig waren, stagnieren die Zahlen im Jahr 2014. Abgeschwächt hat sich das Wachstum der Leistungen der ambulanten Jugendhilfe wie sozialpädagogische Familienbegleitungen.

**Kantonale Schulheime** Die Bemühungen der Volksschule, Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen integrativ zu schulen, zeigen Wirkungen. Trotz spürbarem Rückgang der Nachfrage in den letzten Jahren waren alle drei Schulheime im Berichtsjahr gut bis sehr gut ausgelastet. In der Zusammenarbeit mit dem Finanzdepartement zeichnen sich Lösungsansätze ab, wie bei den kantonalen Schulheimen unterschiedliche Anforderungen betreffend der Rechnungslegung gemäss Interkantonaler Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) und gemäss Staatsrechnung behoben werden könnten. Das nützt der wirtschaftlichen Betriebsführung der Heime und trägt zu ihrer Vergleichbarkeit bei.

**Tagesbetreuung** Im Berichtsjahr wurden wiederum zusätzliche Plätze in der Tagesbetreuung geschaffen. Über 90% der Eltern sind zufrieden bis sehr zufrieden mit dem Tagesheim ihrer Kinder. Die Eltern bestätigten damit die gute Betreuungsqualität, welche in den Institutionen mit viel Engagement geleistet wird. Im März 2014 führte die Fachstelle Tagesbetreuung erstmalig in allen 38 subventionierten Tagesheimen eine anonymisierte Elternbefragung durch, der Rücklauf der Fragebogen war mit rund 60% sehr hoch. Im Frühling 2014 wurde für die Leitungspersonen aus Tagesbetreuung und Tagesstrukturen eine Informationsveranstaltung zum Thema „Fachkräftemangel“ durchgeführt. Die Berufsfachschule, die kantonale Lehraufsicht und die Verbände haben sich an mehreren Sitzungen mit dem Thema befasst und konkrete Ausbildungshindernisse besprochen oder beseitigt. Im Herbst

2014 fanden drei rege besuchte Abendvorträge zur Thematik „Kinder mit speziellen Bedürfnissen in Kindertagesstätten und Spielgruppen – was brauchen sie, was können die Institutionen ihnen bieten“ statt. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe nahm zudem die Vorarbeiten zur Revision des Tagesbetreuungsgesetzes auf. Nach dem erfolgten Ausbau der Angebote soll der Focus von der Versorgungssicherheit auf eine Gleichstellung der Eltern und eine Erhöhung der Wahlmöglichkeit verschoben werden.

**Zentrale Behörden** Im November 2014 fand das dritte interkantonale Treffen der kantonalen Zentralbehörden des Haager Kinderschutzübereinkommens statt. Gastgeberin in diesem Jahr war die Zentrale Behörde des Kantons Basel-Stadt. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf der Thematik „Unbegleitete Minderjährige, die keinen Asylantrag stellen“.

**Kommissionen** In der *Subkommission Jugendhilfe* der Kommission „Gemeinsame Planung Jugend- und Behindertenhilfe Basel-Landschaft und Basel-Stadt“ standen die Arbeiten am Bericht „Ambulante und stationäre Kinder- und Jugendhilfe. Entwicklungsschwerpunkte 2015 bis 2017“ im Vordergrund.

### **Abteilung Jugend- und Familienförderung**

**Kinderfragen** Der Regierungsrat hat einen Aktionsplan von 40 Massnahmen zur Verbesserung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit der Stadt Basel beschlossen. Sie wurden im Rahmen des UNICEF-Labels „Kinderfreundliche Gemeinde“ ausgearbeitet und sind im Jahr 2014 in verschiedenen Departementen und in Zusammenarbeit mit Privaten weiter umgesetzt worden. Die Schwerpunkte liegen bei der Stärkung von Kinder- und Jugendpartizipation und bei einer kinder- und jugendfreundlichen Stadtplanung und Stadtentwicklung. So haben etwa die Schulen die Kinder und Jugendlichen bei den aktuellen Neu- und Umbauten der Schulhäuser nach Möglichkeiten einbezogen. Die Umsetzung wird vom runden Tisch Kinderfreundlichkeit (verwaltungsinterne Koordinationsgruppe) begleitet und unterstützt. Die aus dem Kindermitwirkungstag am 30. Oktober 2013 gesammelten Projektideen wurden im Jahr 2014 umgesetzt. Projekte waren u.a. ein Kindercafé und ein Projekt zur bunten Mitgestaltung von zwei Trams. Das befristete Interventionsprojekt «Klybeck Mitte» wurde wie vorgesehen Ende 2014 abgeschlossen. Im Sinne der Nachhaltigkeit werden die wichtigsten Aufgaben zur Aufrechterhaltung der begonnenen und aufgebauten Prozesse in der Siedlung im Rahmen des Pilotprojektes «Mobile Quartierarbeit Klybeck» gemeinsam mit dem Präsidialdepartement fortgeführt.

**Jugendfragen** Das Bereitstellen von Freiräumen zur autonomen Nutzung durch Jugendliche und junge Erwachsene entspricht seit Jahren einem Bedürfnis. Im November 2014 konnte in der ehemaligen Jazzschule Basel an der Reinacherstrasse 105 ein neues Jugendkulturhaus für junge Erwachsene eröffnet werden. Die Räume können ab Januar 2015 durch Jugendliche und junge Erwachsene als Atelier-, Büro-, Probe-, Produktions-, Studio- oder Unterrichtsräume für mindestens drei Monate und maximal drei Jahre gemietet werden. Das Konzept sieht vor, dass das Kulturhaus von einer möglichst grossen Heterogenität der eingemieteten Kultursparten profitiert. Obwohl erst gegen Ende Jahr lanciert, war ein grosses Interesse an einer Nutzung der Räume feststellbar.

**Jugendplatz Erlenmatt** Die Vorarbeiten für den Jugendplatz Erlenmatt konnten in enger Zusammenarbeit mit dem federführenden Bau- und Verkehrsdepartement soweit abgeschlossen werden, dass der Ratschlag für den Baukredit dem Grossen Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden konnte. Mit dem Jugendplatz erhalten Jugendliche und junge Erwachsene Räume für Jugendkultur und Trendsport.

**Familienfragen** Im Rahmen der mit dem Centrum für Familienwissenschaften eingegangenen Kooperation fanden im Jahr 2014 zwei Veranstaltungen statt, eine zum Thema Gender im Frühbereich und eine zu Umsetzungsfragen der gemeinsamen elterlichen Sorge. Beide Veranstaltungen waren sehr gut besucht.

**Planung** Es wurden Grundlagen erarbeitet, um eine Standortbestimmung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu ermöglichen, die Entwicklungen bei Heimplatzierungen und ambulanten Massnahmen zu reflektieren. Weitere Planungsgrundlagen dienen dazu, Auswirkungen vom Ausbau der Tagesstrukturen auf die verschiedenen Standorte der offenen Kinder- und Jugendarbeit erörtern zu können. Sie unterstützen die Verwaltungsstellen, im Dialog mit den Trägern für Herausforderungen

zu sensibilisieren. Schliesslich hat die Planung Grundlagen zur Verfügung gestellt, um die Behandlung von Ausbildungsfragen in der Tagesbetreuung zu befördern.

**Kommissionen** Die *Kommission für Jugendfragen* traf sich im Jahr 2014 zweimal, die Familienkommission dreimal. Neben dem Informationsaustausch über verschiedene aktuelle Projekte und Aktivitäten zur Jugend- und Familienförderung beschäftigte sich die *Kommission für Jugendfragen* mit der im Jahr 2014 erschienenen Jugendbefragung. Die Familienkommission diskutierte das Schwerpunktthema „Finanzielle Entlastungen für Familien des Mittelstandes“ anhand eines Modells, welches durch das statistische Amt entwickelt worden ist und das den Effekt von wichtigen Ent- und Belastungen auf das verfügbare Einkommen verschiedenster Haushaltstypen simuliert.

### **Kinder- und Jugenddienst (KJD)**

**Zusammenarbeit mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB** Die seit dem 1. Januar 2013 bestehende KESB gehört zu den wichtigsten Kooperationspartnern des Kinder- und Jugenddienstes (KJD). Sie beauftragt in der Regel den KJD mit den auf das Kindeswohl-bezogenen Abklärungen und mit der Führung der Kinderschutzmandate. Gemeinsam verfolgen KESB und KJD das Ziel, im Sinne des Subsidiaritätsgedankens den Kindern, Jugendlichen und Eltern die erforderlichen Hilfen nach Möglichkeit auf vereinbarter Basis, also ohne Anordnungen der KESB, zukommen zu lassen. Die Schnittstelle zwischen KJD und KESB hat sich gut eingespielt.

**Eingegangene Meldungen** Im Jahr 2014 kamen 38% (2013: 44%) der 1'120 Meldungen und Hilfeersuchen an den KJD von den Eltern, von Angehörigen der Familien oder von Kindern und Jugendlichen, also von direkt in die Probleme involvierten Personen. 18% waren Aufträge der KESB (12%). Die übrigen Meldungen erstatteten mit 16% (16%) die Polizei, 13% (2013:12%) soziale Institutionen, 11% (10%) die Schulen, 3% (3%) das Zivilgericht und 1% (2%) weitere Personen oder Stellen. Der Rückgang der Meldungen von direkt involvierten Personen erklärt sich aus dem Umstand, dass die KESB in der Öffentlichkeit zunehmend als Meldestelle bekannt und insbesondere dann genutzt wird, wenn von den Meldenden Eingriffe oder Anordnungen erwartet werden. Da die KESB dann in der Regel dem KJD aufgrund der erhaltenen Meldungen Abklärungsaufträge erteilt, hat sich die Zahl der Eingänge via KESB entsprechend erhöht.

**Verfahren zur Kindeswohlbeurteilung** Das gemeinsame Projekt der Fachhochschule Nordwestschweiz, der Kantone Zürich und Zug sowie der Stadt Aarau und des KJD verläuft plangemäss. Ein interkantonales Entwicklungsteam mit Fachpersonen aus Wissenschaft, Fachstellen sowie Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden legte per 1. September 2014 den Prototypen des Prozessmanuals vor. Dieses wird nun bis in je einem Team der beteiligten Kantone erprobt. Die Kosten für die Entwicklung des Manuals wurden von der Eidgenössischen Kommission für Technologie und Entwicklung bewilligt. Das Bundesamt für Sozialversicherung leistet Beiträge an die Praxispartner, also auch an den KJD, für deren Aufwand zur Erprobung.

**Sicherheit für Kinder und Eltern in Familien** Im Jahr 2014 trafen beim KJD über 500 Rapporte der Polizei ein, welche prekäre soziale Situationen von Eltern, Kindern und Jugendlichen zum Gegenstand hatten. Diese Meldungen betrafen sowohl dem KJD bereits bekannte wie auch noch nicht bekannte Familien. Bei knapp der Hälfte der Meldungen ging es um häusliche Gewalt. Für diese Fälle führt der KJD seit Anfang 2014 eine erweiterte Handlungsplanung und ein spezifisches Monitoring. Ein geplantes Projekt, das durch Familiengewalt traumatisierten Kindern passende Hilfen nahebringen sollte, konnte nicht realisiert werden, weil die vom Schweizerischen Kinderschutzzfonds dafür in Aussicht gestellten Finanzen für das Projekt dann doch nicht bewilligt worden sind.

**Zentrum für Frühförderung (ZFF)** Am 1. Januar 2014 wurde das ZFF organisatorisch dem KJD zugeordnet. Die so entstandenen Synergien konnten bereits genutzt werden, insbesondere wurden bei Risikosituationen von kleinen Kindern Bedarfsklärungen mit erhöhter Aufmerksamkeit, oft interdisziplinär, durchgeführt.

**Telefonpikett** Das ausserhalb der Bürozeiten und den Wochenenden erreichbare Telefonpikett wurde mit 129 (2013: 157) Anrufen etwas weniger genutzt als im Vorjahr. Die gemeldeten Probleme waren dennoch zum grossen Teil sehr ernsthaft. 24 (27) Kinder oder Jugendliche mussten unmittelbar durch das Pikett ausserfamiliär platziert werden. In 59 weiteren Fällen wurden die Klientinnen

bzw. Klienten zwecks Krisenbewältigung kurzfristig in eine reguläre Begleitung durch den KJD aufgenommen.

### **Abteilung Sport/Sportamt**

**Sportförderung** Im Frühjahr hat zum fünften und letzten Mal das grosse Bewegungsförderungsprojekt „Schritt auf Tritt“ für Basler Firmen stattgefunden. 1'421 Teilnehmende haben an 30 Tagen je 10'000 Schritte und damit das Projektziel erreicht. In zehn Sportlagern erlebten über 1'200 Kinder und Jugendliche gemeinsam Sport und Bewegung. Mit dem Anlass „HeRheinspaziert“ wurde im Sommer der Rhein als grösste Sportanlage der Stadt Basel in den Fokus gerückt. Ein breites Publikum konnte kostenlos diverse Wassersportarten ausprobieren. „Gratis uffs Glattys“ eröffnete traditionellerweise die Wintersaison und bot der Bevölkerung freien Eintritt auf den beiden Kunsteisbahnen. Im Schwerpunktbereich „Bewegung im frühen Kindesalter“ ist das Projekt „Burzelbaum“ nach Kindergärten und Tagesheimen erstmals auch auf Spielgruppen adaptiert und erfolgreich umgesetzt worden.

**Jugend und Sport (J+S)** Im Rahmen der J+S-Kaderbildung fanden Grund-, Fortbildungs- und Weiterbildungsmodule in diversen Sportarten statt. Insgesamt konnten 660 J+S-Leiterinnen und -Leiter, 58 J+S-Expertinnen und -Experten sowie 79 J+S-Coaches erfolgreich aus- oder weitergebildet werden.

**Freiwilliger Schulsport** Trotz knapper Ressourcen wurde der freiwillige Schulsport weiterentwickelt. Damit verbunden war die Etablierung des Sportchecks in der Schule, der neu flächendeckend angeboten wird. Möglich wurde dies dank guter Zusammenarbeit mit der Volksschulleitung und dem Pädagogischen Zentrum. Der Sportcheck ermöglicht individuelle Empfehlungen für die Schülerinnen und Schüler in die verschiedenen Kurse. Mit insgesamt 101 Kursen des freiwilligen Schulsports haben sich wöchentlich 795 Mädchen und 806 Buben während einer zusätzlichen Stunde bewegt.

**Leistungssportförderung** Insgesamt gingen 71 Bewerbungen für Leistungssportförderungsangebote ein, wobei 49 berücksichtigt werden konnten. Für 24 Sportlerinnen und Sportler konnte eine Individuallösung, für elf Sporttalente ein sportfreundlicher Lehrbetrieb gefunden werden. Das Team „Basel4Olympia“ wurde neu geformt. Aktuell gehören elf Spitzensportlerinnen und -sportler dazu, deren Ziel die Olympiade 2016 in Rio ist.

**Sportanlagen** Für diverse Sportstätten wurden bauliche Massnahmen vorgenommen oder geplant. Grosse Fortschritte waren auf der Sportanlage St. Jakob erkennbar: Auf einer Bebauungsfläche von 1'500m<sup>2</sup> wurde am neuen Tribünengebäude mit insgesamt 36 Garderoben gebaut. Das Leichtathletikstadion erhält damit ab Frühjahr 2015 die dringend notwendige Aufwertung. Die Vorbereitungen für die Sanierungen der Kunsteisbahnen Margarethen und Eglisee wurden weiter vorangetrieben. Das schlechte Sommerwetter hatte zur Folge, dass die Gartenbäder unterdurchschnittlich besucht worden sind. 304'212 Badegäste bedeuten gegenüber dem Jahr 2013 eine Reduktion von 30%. In den bis in das Jahr 1955 zurückgehenden Statistiken nimmt das Jahr 2014 den letzten Platz ein.

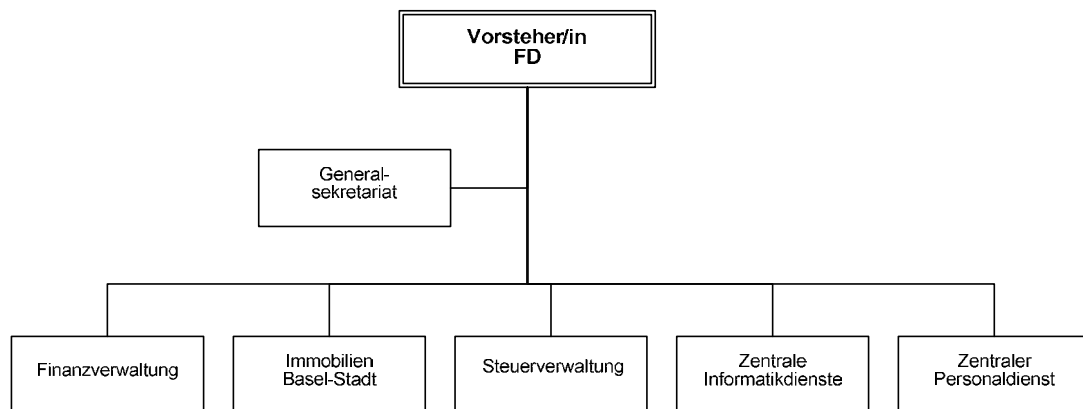
**Kommissionen** Die *Swisslos-Sportfondskommission* behandelte an vier Sitzungen alle an den Fonds gerichteten Gesuche. Der *Sportbeirat* führte neben den ordentlichen Sitzungen eine Klausur zum Thema „Sportstadt Basel“ durch.

### **Kommunikation und Koordination**

Mehrere Medienkonferenzen dienten dazu, Medien und Öffentlichkeit über Projekte und Vorhaben zu informieren. Der gesamte Internetauftritt wurde neu gestaltet und auf die neue kantonale Plattform migriert. Der Inhalt wurde entschlackt und deutlicher auf die verschiedenen Zielgruppen – Kinder, Jugendliche, Familien, Sportlerinnen und Sportler sowie Fachpersonen und Trägerschaften – ausgerichtet.

#### 4.2.4 Finanzdepartement

FD-401	Generalsekretariat FD	270
FD-403	Finanzverwaltung	272
FD-404	Steuerverwaltung	274
FD-405	Immobilien Basel-Stadt	276
FD-406	Zentrale Informatikdienste	278
FD-409	Zentraler Personaldienst	281



**Finanzen**

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-70.1	-76.2	-71.5	4.7	6.1	-1.4	-2.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-41.2	-42.4	-45.3	-2.8	-6.6	-4.1	-9.8
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.5	-1.3	-1.3	-0.0	-3.9	-0.8	<-100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-111.9</b>	<b>-119.9</b>	<b>-118.1</b>	<b>1.8</b>	<b>1.5</b>	<b>-6.3</b>	<b>-5.6</b>
42 Entgelte	67.1	73.3	69.2	-4.1	-5.6	2.1	3.2
<b>Betriebsertrag</b>	<b>67.1</b>	<b>73.3</b>	<b>69.2</b>	<b>-4.1</b>	<b>-5.6</b>	<b>2.1</b>	<b>3.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-44.8</b>	<b>-46.6</b>	<b>-48.9</b>	<b>-2.3</b>	<b>-5.0</b>	<b>-4.1</b>	<b>-9.2</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-6.7	-8.1	-7.6	0.5	6.1	-0.9	-12.7
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.7	-0.6	-0.7	-0.2	-29.0	-0.1	-9.8
<b>Abschreibungen</b>	<b>-7.4</b>	<b>-8.6</b>	<b>-8.3</b>	<b>0.3</b>	<b>3.8</b>	<b>-0.9</b>	<b>-12.4</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-52.2</b>	<b>-55.2</b>	<b>-57.2</b>	<b>-2.0</b>	<b>-3.6</b>	<b>-5.0</b>	<b>-9.6</b>
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.1	-0.4	-0.3	<-100.0	-0.0	-4.7
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.0	-13.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-5.2</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-52.6</b>	<b>-55.3</b>	<b>-57.6</b>	<b>-2.3</b>	<b>-4.1</b>	<b>-5.1</b>	<b>-9.6</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-52.2	-54.9	-57.8	-2.9	-5.2	-5.6	-10.7
9 Finanzen und Steuern	-0.4	-0.4	0.1	0.6	>100.0	0.5	>100.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-11.1	-63.6	-3.5	60.1	94.5	7.6	68.7
Ausgaben Kleininvestitionen	-1.4	-1.0	-1.2	-0.2	-21.1	0.2	14.6
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.9	0.0	-0.7	-0.7	n.a.	0.1	15.5
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-13.4</b>	<b>-64.6</b>	<b>-5.4</b>	<b>59.2</b>	<b>91.6</b>	<b>8.0</b>	<b>59.5</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-13.4</b>	<b>-64.6</b>	<b>-5.4</b>	<b>59.2</b>	<b>91.6</b>	<b>8.0</b>	<b>59.5</b>

**Kommentar**

Auf Ebene Departement gibt es keine wesentlichen Veränderungen zu kommentieren. Abweichungen zum Budget werden auf Ebene Dienststelle begründet.

## Generalsekretariat FD

FD-401

Das Generalsekretariat berät und unterstützt die Vorsteherin des Finanzdepartements. Es stellt die reibungslose Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Weiter übernimmt es die finanzpolitische und -rechtliche Beratung zur Durchsetzung der Grundsätze der Haushaltführung innerhalb der Verwaltung sowie die Unterstützung bei der Optimierung des staatlichen Ressourceneinsatzes. Mit Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Recht, Öffentlichkeitsarbeit und Hausdienst unterstützt es die Dienststellen des Finanzdepartements dabei, dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen. Dem Generalsekretariat administrativ angegliedert sind die Steuer- und Personalrekurskommissionen.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat des Finanzdepartements befasste sich im 2014 – zusätzlich zu seinen ständigen Aufgaben – mit verschiedenen verwaltungsinternen und -externen Projekten. Dazu zählt weiterhin die Projektkoordination im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft.

### Stabsleistungen FD

**Partnerschaftsverhandlungen BS/BL** Die Stabstelle für die seit Mitte 2005 laufenden Partnerschaftsverhandlungen BL/BS wird im Kanton Basel-Stadt durch das Generalsekretariat des Finanzdepartements wahrgenommen. Im Jahre 2014 wurden insbesondere die Verhandlungen über drei Staatsverträge und die Finanzierung des Theaters Basel ab Spielzeit 2015/16 geführt.

**Finanz- und Lastenausgleich** Der Kanton und die beiden Gemeinden sind daran, den innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleich per 2017 neu zu kalibrieren. Eine entsprechende Projektstruktur wurde im 2014 aufgebaut.

**WorkplaceBS** Das Generalsekretariat hat den Vorsitz des Steuerungsausschusses des Projektes WorkplaceBS inne. Im 2014 wurde die Umsetzungsphase I innerhalb des Budgets umgesetzt und entsprechend sechs Departemente auf Windows 7 und Office 2010 migriert. Zudem wurde eine Standardisierung und Zentralisierung bei der Leistungsbereitstellung umgesetzt.

**eGovernment-Impulsprogramm** Im Rahmen des Impulsprogramms sind per Ende 2014 rund 25 Projekte lanciert worden. Einige dieser Projekte sind in der Zwischenzeit abgeschlossen. Beispielfähig sind hier die Folgenden zu nennen: Erarbeitung der E-Government Strategie, Baukasten Bewilligungswesen / Starter Kit I, E-Government Basisdienste: E-Payment, Formulargenerator, Datenaustauschdienst sowie die Einführung Parkkarte (MFK) und weitere Online Bewilligungsverfahren auf dem Bewilligungsportal. Im November 2014 wurde die Roadmap 2015/2016 für die Umsetzung weiterer E-Government Basisdienste beschlossen, so zum Beispiel die Realisierung des E-Government Portals/Kundenkonto und der portalverwandten Services. In der Roadmap sind zudem mehrere Fach-/Umsetzungsprojekte der Departemente enthalten.

**Identity- und Access-Management (IAM.BS)** Auf Grund der Neuordnung der IT Governance sowie der Konkretisierung der E-Government Impulsprogramm Umsetzungsplanung erfuhr das IAM.BS-Vorhaben eine Re-Priorisierung, welche die externen Identitäten und die für das E-Government relevanten Sachbearbeiter-Rollen in den Vordergrund rückt. Das Vorhaben wird entsprechend diesen veränderten Prioritäten im Q2/2015 auf Basis des erarbeiteten Konzeptes zur Umsetzung initiiert und geplant.

**Vorsorgekommission des Kantons** Die im revidierten Pensionskassengesetz vom 4. Juni 2014 neu vorgesehene, aus Vertreterinnen und Vertretern des Arbeitgebers und der Arbeitnehmenden paritätisch zusammengesetzte Vorsorgekommission des Kantons wurde gebildet. Das Generalsekretariat des Finanzdepartements hat die nötigen Grundlagen vorbereitet, damit der Regierungsrat

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'562.5	-2'928.4	-3'281.1	-352.8	-12.0	-718.7	-28.0 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-831.8	-1'404.9	-1'096.4	308.5	22.0	-264.6	-31.8 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-3'394.3</b>	<b>-4'333.3</b>	<b>-4'377.5</b>	<b>-44.2</b>	<b>-1.0</b>	<b>-983.3</b>	<b>-29.0</b>
42 Entgelte	288.1	461.0	307.5	-153.4	-33.3	19.4	6.7 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>288.1</b>	<b>461.0</b>	<b>307.5</b>	<b>-153.4</b>	<b>-33.3</b>	<b>19.4</b>	<b>6.7</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-3'106.1</b>	<b>-3'872.4</b>	<b>-4'070.0</b>	<b>-197.7</b>	<b>-5.1</b>	<b>-963.9</b>	<b>-31.0</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'240.1	-2'717.4	-2'196.1	521.3	19.2	-956.0	-77.1
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-670.0	-570.0	-735.3	-165.3	-29.0	-65.3	-9.8
<b>Abschreibungen</b>	<b>-1'910.1</b>	<b>-3'287.4</b>	<b>-2'931.4</b>	<b>356.0</b>	<b>10.8</b>	<b>-1'021.3</b>	<b>-53.5</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-5'016.2</b>	<b>-7'159.7</b>	<b>-7'001.4</b>	<b>158.3</b>	<b>2.2</b>	<b>-1'985.2</b>	<b>-39.6</b>
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.7	-0.2	0.4	63.6	-0.0	-8.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.7</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.4</b>	<b>63.6</b>	<b>-0.0</b>	<b>-8.3</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-5'016.4</b>	<b>-7'160.4</b>	<b>-7'001.7</b>	<b>158.7</b>	<b>2.2</b>	<b>-1'985.3</b>	<b>-39.6</b>
<b>davon Funktionen:</b>							
01 Legislative und Exekutive	-90.5	-529.4	-306.2	223.2	42.2	-215.7	-238.4
02 Allgemeine Dienste	-4'925.9	-6'631.0	-6'695.5	-64.5	-1.0	-1'769.5	-35.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-6'534.9	-48'600.0	-904.2	47'695.8	98.1	5'630.7	86.2
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-870.0	0.0	-735.3	-735.3	n.a.	134.7	15.5
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-7'404.9</b>	<b>-48'600.0</b>	<b>-1'639.5</b>	<b>46'960.5</b>	<b>96.6</b>	<b>5'765.4</b>	<b>77.9</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-7'404.9</b>	<b>-48'600.0</b>	<b>-1'639.5</b>	<b>46'960.5</b>	<b>96.6</b>	<b>5'765.4</b>	<b>77.9</b>

**Kommentar**

- 1 Die Abteilung ISO wechselte per 1.1.2014 ins Generalsekretariat. Die Kosten wurden aber noch bei der Finanzverwaltung budgetiert.
- 2 Aufgrund einer Umstellung werden verwaltungsinterne Weiterverrechnungen direkt beim Aufwand ausgewiesen.
- 3 Aufgrund einer Umstellung werden verwaltungsinterne Weiterverrechnungen nicht mehr als Entgelte ausgewiesen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.8	16.6	14.9	15.7	20.8 <sup>1</sup>
Bei der Steuerrekurskommission eingegangene Rekurse	Anz	168	200	282	264	238

**Kommentar**

- 1 Die Abteilung ISO wurde per 1.1.2014 ins Generalsekretariat integriert.

im Oktober 2014 die drei Vertreterinnen und Vertreter des Arbeitgebers wählen konnte. Zudem hat es die Wahl der drei Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmenden organisiert, die am 6. Dezember 2014 stattfand.



## Finanzverwaltung

FD-403

Die Finanzverwaltung ist das Kompetenzzentrum für das Finanz- und Rechnungswesen in der kantonalen Verwaltung. Im Bereich Finanzen ist sie für die Bewirtschaftung der Schulden und der Wertschriften des Kantons zuständig sowie für die Bewirtschaftung von Spezialfinanzierungen.

Im Bereich Rechnungswesen ist sie für die Koordination und Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Prozesse zuständig. Dazu gehören Finanz- und Investitionsplanung, Budgetierung, Rechnungslegung, Risikomanagement sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Investitionen und Subventionen. Damit unterstützt sie die Steuerungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Betriebswirtschaft und Finanzpolitik.

Im Servicecenter Finanzen werden der gesamtstaatliche Zahlungsverkehr sowie die RW/C-Dienstleistungen an die Dienststellen des Finanzdepartements abgewickelt.

Das SAP-Kompetenzzentrum ist für den technischen Betrieb und die Weiterentwicklung des gesamtstaatlichen SAP ERP (Enterprise Resource Planning)-Systems und des Management Informationssystems verantwortlich.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**HRM2 (Konzernrechnung)** Seit Anfang 2013 erfolgt die Buchführung und Rechnungslegung des Kantons Basel-Stadt gemäss dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) in Anbindung an die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Dabei wurde im 2014 auch erstmals eine Konzernrechnung per 31.12.2013 erstellt, in der die Tochtergesellschaften konsolidiert werden. Die für die Erstkonsolidierung notwendigen Anpassungen bei den Prozessen und IT-Systemen der beteiligten Stellen sowie bei der Berichterstattung wurden im 2014 durchgeführt. Zudem wurden verschiedene Massnahmen zur weiteren Optimierung der Konzernrechnung in die Wege geleitet.

**Beteiligungsmanagement** Im Jahre 2014 wurde die Umsetzung der Public Corporate Governance-Richtlinien weiter vorangetrieben. So wurden die Eignerstrategien für die Basler Verkehrs-Betriebe, das Schweizerische Tropen- und Public Health-Institut, die Fachhochschule Nordwestschweiz und die Universität beider Basel vom Regierungsrat verabschiedet. Des Weiteren wurden im Herbst 2014 die Public Corporate Governance-Richtlinien angepasst. Dabei wurde insbesondere die Transparenz erhöht, indem die Eignerstrategien neu veröffentlicht werden. Neben oben genannten Eignerstrategien wurden daher auch diejenigen der Spitäler, die bereits im Jahre 2013 vom Regierungsrat beschlossen wurden neu im Jahre 2014 veröffentlicht.

Der Ratschlag zur Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank, der im Oktober 2013 zur Behandlung im Grossen Rat überwiesen wurde, wurde 2014 von den beiden Obergerichtskommissionen behandelt und soll im Frühjahr 2015 vom Grossen Rat beschlossen werden.

**Generelle Aufgabenüberprüfung** Im Februar 2014 hatte der Regierungsrat auf der Basis eines Konzeptes der Finanzverwaltung für eine Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) beschlossen, bis im Sommer 2014 vom Finanzdepartement mit externer Unterstützung eine Benchmarkstudie zu den wichtigsten Aufgabenbereichen des Kantons durchzuführen.

Mit dem Resultat der Rechnung 2013 im Februar/März 2014 wurde klar, dass bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen ein deutlicher Ertragsrückgang zu verkraften ist. Der Regierungsrat hat diese Erkenntnisse sofort in die Budgetierung und Planung ab 2015 einfließen lassen. Ende März 2014 beschloss der Regierungsrat für die Jahre 2015 bis 2017 ein um 3% tieferes Wachstum des Zweckgebundenen Betriebsergebnisses, -0.5% für die Budgetvorgaben 2015 und minus 2.5% für 2016 und 2017. Es wurde somit nur ein durchschnittliches Wachstum von 0.5% pro Jahr in der Periode 2015-2017 zugelassen.

Aufgrund der geänderten finanzpolitischen Ausgangslage hat der Regierungsrat dann im März 2014 beschlossen, die GAP mit einer konkreten Entlastungsvorgabe von rund 65 Millionen Franken zu verbinden – die GAP also für das Entlastungspaket zu nutzen. In einem mehrstufigen Prozess wurden die Departemente in der Folge beauftragt, Massnahmen zu identifizieren, die zu dieser Entlastung führen werden.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5'630.8	-6'397.8	-5'147.8	1'250.0	19.5	483.0	8.6 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'760.0	-4'532.7	-4'118.4	414.3	9.1	641.6	13.5 <sup>2</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-217.6	-231.0	-258.0	-27.0	-11.7	-40.4	-18.6
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-10'608.5</b>	<b>-11'161.5</b>	<b>-9'524.2</b>	<b>1'637.2</b>	<b>14.7</b>	<b>1'084.2</b>	<b>10.2</b>
42 Entgelte	7'212.7	6'983.5	7'115.8	132.3	1.9	-97.0	-1.3
<b>Betriebsertrag</b>	<b>7'212.7</b>	<b>6'983.5</b>	<b>7'115.8</b>	<b>132.3</b>	<b>1.9</b>	<b>-97.0</b>	<b>-1.3</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-3'395.7</b>	<b>-4'178.0</b>	<b>-2'408.5</b>	<b>1'769.5</b>	<b>42.4</b>	<b>987.3</b>	<b>29.1</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-234.6	-307.3	-291.5	15.8	5.1	-56.9	-24.3
<b>Abschreibungen</b>	<b>-234.6</b>	<b>-307.3</b>	<b>-291.5</b>	<b>15.8</b>	<b>5.1</b>	<b>-56.9</b>	<b>-24.3</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-3'630.3</b>	<b>-4'485.3</b>	<b>-2'700.0</b>	<b>1'785.3</b>	<b>39.8</b>	<b>930.4</b>	<b>25.6</b>
34 Finanzaufwand	-118.0	-130.0	-123.5	6.5	5.0	-5.5	-4.7
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-118.0</b>	<b>-130.0</b>	<b>-123.5</b>	<b>6.5</b>	<b>5.0</b>	<b>-5.5</b>	<b>-4.7</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-3'748.3</b>	<b>-4'615.3</b>	<b>-2'823.4</b>	<b>1'791.9</b>	<b>38.8</b>	<b>924.8</b>	<b>24.7</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-3'748.3	-4'615.3	-2'823.4	1'791.9	38.8	924.8	24.7

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-770.3	-15'000.0	-160.0	14'840.0	98.9	610.3	79.2
Ausgaben Kleininvestitionen	-306.7	0.0	-174.5	-174.5	n.a.	132.2	43.1
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-1'077.0</b>	<b>-15'000.0</b>	<b>-334.5</b>	<b>14'665.5</b>	<b>97.8</b>	<b>742.5</b>	<b>68.9</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-1'077.0</b>	<b>-15'000.0</b>	<b>-334.5</b>	<b>14'665.5</b>	<b>97.8</b>	<b>742.5</b>	<b>68.9</b>

## Kommentar

- 1 Tiefere Personalkosten resultieren aus interner Umstrukturierung 933'000 Franken (Abteilung ISO im Generalsekretariat FD) sowie fluktuationsbedingter Vakanzen 316'000 Franken.
- 2 Infolge interner Umstrukturierung von 638'000 Franken sowie nicht getätigten Gutachten und Expertisen von 415'000 Franken entstand ein Minderaufwand.  
Ein Mehraufwand der Abt. SAP-CCC in der Höhe von 722'000 Franken wurde mit 407'000 Franken an die anderen Dienststellen weiterverrechnet (s.a. FDK 42).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	31.5	33.8	35.4	34.5	29.8
Verwaltete Vermögen Dritter	MioFr	3'916	4'039	3'462	3'716	3'541
Anträge zur Aufnahme ins Investitionsprogramm	Anz	116	65	67	68	71
Finanzierungskosten mittel- und langfristige Schulden	%	2.9	2.4	2.0	1.7	1.4

Der Regierungsrat hat die konkreten Massnahmen in seiner Klausur von Mitte November durchberaten und am 25. November 2014 beschlossen. Er hat gleichzeitig den Departementen den Auftrag gegeben, bis im Januar 2015 diese Massnahmen im Detail auszuarbeiten, damit er sie anfangs Februar 2015 der Öffentlichkeit präsentieren kann.

## Steuerverwaltung

FD-404

Die Steuerverwaltung ist zuständig für die Erhebung der direkten Steuern für den Kanton und den Bund. Die periodischen und die nicht periodischen direkten Steuern werden veranlagt und bezogen, damit die kantonalen und eidgenössischen Staatsausgaben finanziert werden können. Die Pflege eines nachhaltigen Steuersubstrats mit sozial gerechten, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der steuerpflichtigen Person Rechnung tragenden Steuern ist dabei ein wichtiger Leitgrundsatz. Bei der Pflege des Steuersystems wird auf Einfachheit und Transparenz geachtet. Durch die verstärkte Wirkung von Bundesrecht und vermehrten Vorstössen im Steuerrecht auf Bundesebene ist die Mitarbeit in gesamtschweizerischen Gremien intensiv gefordert.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Unternehmenssteuerreform III** Die Steuerverwaltung arbeitet aktiv in den technischen Arbeitsgruppen des Bundes zur Unternehmenssteuerreform III mit. Sie erarbeitet Lösungsansätze, steht laufend in Kontakt mit den zuständigen Stellen des Bundes und steht im Austausch mit den im Kanton Basel-Stadt betroffenen Unternehmen.

**Steuersoftware NEST** Die Gemeinschaft der elf Eigentümer-Kantone konzipiert und erneuert veraltete Programmteile von Grund auf neu. Mit diesem Refactoring in den Jahren 2014 bis 2018 wird die Zukunftstauglichkeit des Produkts erhalten.

**Elektronisches Meldesystem** Das schweizweite elektronische Meldesystem (CH-Meldewesen) wurde weiter ausgebaut. Seit Ende 2013 können aus swissdec-zertifizierten Unternehmensbuchhaltungen Lohnausweis- und Quellensteuermeldungen direkt medienbruchfrei an die Steuerverwaltungen weitergeleitet werden. Im Verein Swissdec sind alle kantonalen Steuerverwaltungen, die SUVA, die AHV/IV, das Bundesamt für Statistik sowie der schweizerische Versicherungsverband zusammengeschlossen. Die Realisierung weiterer Meldetypen ist ab dem Jahr 2016 geplant.

**Kantonale Inkassostelle** Seit April 2013 werden Betreibungen aller angeschlossenen Dienststellen vorgenommen. Bereits seit April 2012 besteht die zentrale Verlustscheinbewirtschaftung aller kantonalen Verlustscheine. Die Implementierung aller Informatikerweiterungen und die organisatorischen Anpassungen wurden 2014 erfolgreich abgeschlossen.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-30'364.6	-31'285.4	-31'027.0	258.3	0.8	-662.4	-2.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-10'030.4	-9'993.3	-14'863.4	-4'870.0	-48.7	-4'833.0	-48.2 <sup>1</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-40'395.0</b>	<b>-41'278.7</b>	<b>-45'890.4</b>	<b>-4'611.7</b>	<b>-11.2</b>	<b>-5'495.4</b>	<b>-13.6</b>
42 Entgelte	8'632.8	13'879.0	12'205.2	-1'673.8	-12.1	3'572.4	41.4 <sup>2</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>8'632.8</b>	<b>13'879.0</b>	<b>12'205.2</b>	<b>-1'673.8</b>	<b>-12.1</b>	<b>3'572.4</b>	<b>41.4</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-31'762.2</b>	<b>-27'399.7</b>	<b>-33'685.2</b>	<b>-6'285.5</b>	<b>-22.9</b>	<b>-1'923.0</b>	<b>-6.1</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-398.0	-312.0	-634.3	-322.3	<-100.0	-236.2	-59.4
<b>Abschreibungen</b>	<b>-398.0</b>	<b>-312.0</b>	<b>-634.3</b>	<b>-322.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-236.2</b>	<b>-59.4</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-32'160.2</b>	<b>-27'711.7</b>	<b>-34'319.5</b>	<b>-6'607.8</b>	<b>-23.8</b>	<b>-2'159.2</b>	<b>-6.7</b>
34 Finanzaufwand	-295.2	0.0	-270.8	-270.8	n.a.	24.4	8.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-295.2</b>	<b>0.0</b>	<b>-270.8</b>	<b>-270.8</b>	<b>n.a.</b>	<b>24.4</b>	<b>8.3</b> <sup>3</sup>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-32'455.4</b>	<b>-27'711.7</b>	<b>-34'590.3</b>	<b>-6'878.6</b>	<b>-24.8</b>	<b>-2'134.8</b>	<b>-6.6</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-32'455.4	-27'711.7	-34'590.3	-6'878.6	-24.8	-2'134.8	-6.6

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-435.4	0.0	0.0	0.0	n.a.	435.4	100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-435.4</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>435.4</b>	<b>100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-435.4</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>435.4</b>	<b>100.0</b>

**Kommentar**

- 1 Aufgrund der HRM2-Vorgaben wurden die bisher im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis verbuchten und auch dort budgetierten Delkredere sowie die Abschreibungen auf Gebühren in das Zweckgebundene Betriebsergebnis transferiert.
- 2 Der Aufbau der Inkassostelle hat sich verzögert, deshalb wurden die budgetierten Erträge im 2014 noch nicht vollständig erreicht.
- 3 Bruttoausweis Bankspesen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	210.8	214.3	216.7	217.5	216.3
Bestand Steuerpflichtige Juristische Personen	Anz	10'045	10'275	10'054	10'179	10'449
Bestand Steuerpflichtige Natürliche Personen	Anz	127'847	127'237	127'816	128'502	129'286
Einsprache-Entscheide	Anz	1'950	2'600	2'850	2'650	2'320 <sup>1</sup>
Grundstückgewinnsteuer-Fälle	Anz	1'248	1'224	1'007	1'158	1'130
Fristgerechte Bearbeitung der Steuerfälle	%	91.3	93.2	93.5	92.9	93.7 <sup>2</sup>

**Kommentar**

- 1 Einspracheentscheide für kantonale Steuern und direkte Bundessteuer
- 2 Die Kennzahl berechnet sich aus der Anzahl in Rechnung gestellter Fälle innerhalb von 270 Tagen nach Eingang der Steuererklärung und der Anzahl innert drei Monate nach Eingang erledigter nichtperiodischer Fälle im Verhältnis zu allen eingegangenen Steuererklärungen/Fällen.

## Immobilien Basel-Stadt

FD-405

Immobilien Basel-Stadt ist das Kompetenzzentrum für das Immobilienmanagement des Kantons Basel-Stadt. Immobilien Basel-Stadt ist zuständig für die Immobilien des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens und nutzt die möglichen Synergien zwischen den kantonalen Immobilienportfolios. Die Aufgaben bestehen aus dem Portfoliomanagement (Portfolioplanung, Eigentümervertretung Bauprojekte, Projektentwicklung und Transaktionen), dem Facility Management und der Bewirtschaftung von Liegenschaften, Parkhäusern und Parzellen, der Bewirtschaftung von Baurechten und der Führung von Immobilienbuchhaltung und -controlling.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Finanzvermögen wurde die aktive Immobilienpolitik zur nachhaltigen Entwicklung der staatlichen Areale und Liegenschaften und zur Unterstützung des Stadtwohnens weitergeführt. Verschiedene Arealentwicklungen wurden vorwärts gebracht und weitere Liegenschaftssanierungen im Sinne des Konzepts für ein nachhaltiges Immobilienmanagement umgesetzt. Im Verwaltungsvermögen standen die Wahrung der Eigentümerinteressen zur langfristigen Wertentwicklung und die wirtschaftliche Raumnutzung im Zentrum.

#### Immobiliendienste

**Stadtwohnen** Der Schwerpunkt Stadtwohnen konnte im vergangenen Jahr durch Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen unterstützt werden. Dabei wurden sowohl staatliche Projekte umgesetzt als auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen. Auch die Zusammenarbeit mit den Genossenschaften zur Förderung von günstigem Wohnraum wurde weitergeführt (Areal Niederholz, Belforterstrasse, Schoren). Mit dem speziell für Genossenschaften entwickelten Baurechtsvertrag Plus wurden in den letzten Jahren Grundstücke an der Hegenheimerstrasse, am Riehenring 3 und an der Rauracherstrasse in Riehen sowie im Jahr 2014 das Areal Niederholz in Riehen an Genossenschaften abgegeben. An der Hegenheimerstrasse und an der Rauracherstrasse wurden bereits Wohnbauten durch die Genossenschaften realisiert und am Riehenring 3 das Baugesuch eingereicht.

Auf dem Areal Neudorfstrasse soll ausserdem im Sinne der Verdichtung und des haushälterischen Umgangs mit dem Boden ein mehrgeschossiges Gebäude als Gewerbepark für das produzierende und handwerkliche Gewerbe erstellt werden. Die Ausschreibung für die Abgabe im Baurecht wurde im Jahr 2014 durchgeführt.

**Verwaltungsliegenschaften** Die nachhaltige Werterhaltung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens durch Investitionen und Unterhalt wurde weitergeführt. Ein Fokus lag aufgrund der Schulharmonisierung bei den Schulhäusern.

**Nachhaltigkeit** Die nachhaltige Entwicklung des Liegenschaftsbestandes unter Beachtung ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Aspekte konnte weiter umgesetzt werden. Zur Förderung von Solaranlagen auf den Dächern staatlicher Liegenschaften wurden bereits erste Fotovoltaik-Anlagen gebaut, und in den nächsten Jahren sollen laufend weitere Anlagen im Rahmen von Sanierungen realisiert werden.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7'650.8	-8'128.5	-7'932.5	196.0	2.4	-281.7	-3.7 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'285.8	-4'083.4	-3'851.3	232.1	5.7	434.5	10.1 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-11'936.6</b>	<b>-12'211.9</b>	<b>-11'783.8</b>	<b>428.1</b>	<b>3.5</b>	<b>152.8</b>	<b>1.3</b>
42 Entgelte	11'547.1	11'957.1	11'966.2	9.1	0.1	419.0	3.6
<b>Betriebsertrag</b>	<b>11'547.1</b>	<b>11'957.1</b>	<b>11'966.2</b>	<b>9.1</b>	<b>0.1</b>	<b>419.0</b>	<b>3.6</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-389.5</b>	<b>-254.8</b>	<b>182.4</b>	<b>437.2</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>571.8</b>	<b>&gt;100.0</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-172.6	0.0	172.6	100.0	0.0	n.a.
<b>Abschreibungen</b>	<b>0.0</b>	<b>-172.6</b>	<b>0.0</b>	<b>172.6</b>	<b>100.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-389.5</b>	<b>-427.4</b>	<b>182.4</b>	<b>609.7</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>571.8</b>	<b>&gt;100.0</b>
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	-38.6	-38.6	n.a.	-38.6	<-100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-38.6</b>	<b>-38.6</b>	<b>n.a.</b>	<b>-38.6</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-389.5</b>	<b>-427.4</b>	<b>143.8</b>	<b>571.1</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>533.3</b>	<b>&gt;100.0</b>
davon Funktionen:							
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	-389.5	-427.4	143.8	571.1	>100.0	533.3	136.9

**Kommentar**

- Die Personalkosten liegen aufgrund während längerer Zeit nicht besetzter Stellen infolge von Fluktuation unter dem Budget.
- Bei den Betriebskosten fielen die Kosten für Drucksachen und Beratungsleistungen tiefer als budgetiert aus.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	69.0	69.6	69.2	64.2	60.6
Bruttoertrag Baurechte Finanzvermögen	MioFr	30.5	32.9	33.5	34.0	37.9 <sup>1</sup>
Verwaltete Objekte im Finanz- und Verwaltungsvermögen	Anz	6'481	6'488	6'214	6'355	6'356
Bruttorendite Finanzvermögen	%	5.9	5.8	6.1	6.0	6.1
Investitionsquote Finanzvermögen	%	4.2	3.1	2.5	3.4	6.2 <sup>2</sup>

**Kommentar**

- Der Baurechtsertrag liegt dank neu abgeschlossener Baurechte und einer Abschlagszahlung für ein vorzeitig beendetes Baurecht über den Vorjahren.
- Die Investitionsquote lag 2014 insbesondere wegen der Altlastensanierung auf dem Areal Niederholz auf sehr hohem Niveau.

## Zentrale Informatikdienste

FD-406

Die Zentralen Informatikdienste (ZID) stellen eine zuverlässige, anforderungsgerechte und wirtschaftliche Informatikgrundversorgung für die Verwaltung des Kantons Basel-Stadt sicher. Dazu gehören im Wesentlichen die folgenden Querschnittsleistungen:

- Verwaltungsnetzwerk, Internetzugang und Fernzugriff
- Rechenzentrum (RZ-Infrastruktur, Server, Speicher, Backup/Restore usw.)
- Telefonie (Infrastruktur und Telefonzentrale)
- Zentrale Verzeichnisse
- Zentrale Dateiablage, Mail/Kalender und Kollaborations-Plattform
- Kantonaler Datenmarkt
- Zentrale Geschäftsverwaltung
- Bewilligungs-/E-Government-Plattform
- Kantonale Websites/zentrales Web Content Management
- Kantonaler Standard-IT-Arbeitsplatz

Zusätzlich zu den oben erwähnten IT-Services erbringt die ZID weitere Leistungen für einzelne Departemente und Dienststellen wie die Realisierung von E-Government-Anwendungen für Online-Transaktionen und von Webauftritten, Client-Management und die Einbindung von Mobilgeräten in das Verwaltungsnetzwerk.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr standen die folgenden Schwerpunkte im Zentrum:

1. Migration der bestehenden kantonalen Websites auf das neuen Web Content Management System und das neue Web Corporate Design (zusammen mit den Dienststellen). Die Migration konnte per Jahresende erfolgreich abgeschlossen werden. Die Websites des Kantons sind im neuen Design und in einer für Mobilgeräte optimierten Darstellung verfügbar. Als nächstes erfolgt die Ablösung von Applikationen auf dem Altsystem und dessen Ausserbetriebnahme.
2. Migration der bestehenden dezentralen IT-Arbeitsplätze auf den neuen standardisierten elektronischen Arbeitsplatz (zusammen mit den Departementsinformatikern). Der neue Service WorkplaceBS wurde mit 3'200 Standard-Arbeitsplätzen in Betrieb genommen. Das vom Hersteller nicht mehr unterstützte Betriebssystem Windows XP sowie Office 2003 wurde damit in den von den ZID bedienten Departementen abgelöst.
3. Ausbau der Bewilligungs- und E-Government-Plattform zur Abwicklung von Verwaltungsgeschäften über das Internet (im Rahmen des Impulsprogramms E-Government). Die technische Konzeption für die Realisierung von weiteren E-Government-Basisdiensten wurde erarbeitet (Portal/Kundenkonto, Integrationsplattform).
4. Konsolidierung der verwaltungsinternen Serverlandschaft durch Migration dezentraler Server in das neue Rechenzentrum respektive auf die zentrale virtuelle Serverplattform. Die Anzahl für Departemente und Dienststellen im kantonalen Rechenzentrum betriebene Server-Racks stieg im 2014 von 7.5 um 3 Racks auf 10.5. Die Konsolidierung ist noch unvollständig und wird mit dem Ziel einer sicherheitstechnischen und betriebswirtschaftlichen Optimierung des Serverbetriebs weitergeführt.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-15'060.3	-16'998.3	-15'290.3	1'708.0	10.0	-229.9	-1.5 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-19'286.4	-19'860.6	-19'159.4	701.2	3.5	127.0	0.7 <sup>2</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-316.2	-1'039.1	-1'061.6	-22.5	-2.2	-745.4	<-100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-34'662.9</b>	<b>-37'897.9</b>	<b>-35'511.2</b>	<b>2'386.6</b>	<b>6.3</b>	<b>-848.3</b>	<b>-2.4</b>
42 Entgelte	33'551.1	34'562.6	32'055.9	-2'506.6	-7.3	-1'495.2	-4.5 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>33'551.1</b>	<b>34'562.6</b>	<b>32'055.9</b>	<b>-2'506.6</b>	<b>-7.3</b>	<b>-1'495.2</b>	<b>-4.5</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-1'111.8</b>	<b>-3'335.3</b>	<b>-3'455.3</b>	<b>-120.0</b>	<b>-3.6</b>	<b>-2'343.5</b>	<b>&lt;-100.0</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4'854.8	-4'106.9	-4'156.1	-49.2	-1.2	698.7	14.4
<b>Abschreibungen</b>	<b>-4'854.8</b>	<b>-4'106.9</b>	<b>-4'156.1</b>	<b>-49.2</b>	<b>-1.2</b>	<b>698.7</b>	<b>14.4</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-5'966.6</b>	<b>-7'442.2</b>	<b>-7'611.4</b>	<b>-169.2</b>	<b>-2.3</b>	<b>-1'644.8</b>	<b>-27.6</b>
34 Finanzaufwand	-0.4	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	0.4	93.6
44 Finanzertrag	11.3	0.0	9.8	9.8	n.a.	-1.5	-13.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>10.9</b>	<b>0.0</b>	<b>9.7</b>	<b>9.7</b>	<b>n.a.</b>	<b>-1.1</b>	<b>-10.4</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-5'955.7</b>	<b>-7'442.2</b>	<b>-7'601.6</b>	<b>-159.5</b>	<b>-2.1</b>	<b>-1'645.9</b>	<b>-27.6</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-5'955.7	-7'442.2	-7'601.6	-159.5	-2.1	-1'645.9	-27.6

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-2'461.3	0.0	-1'609.0	-1'609.0	n.a.	852.3	34.6
Ausgaben Kleininvestitionen	-1'111.9	-1'000.0	-1'036.4	-36.4	-3.6	75.6	6.8
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-3'573.3</b>	<b>-1'000.0</b>	<b>-2'645.4</b>	<b>-1'645.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>927.9</b>	<b>26.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-3'573.3</b>	<b>-1'000.0</b>	<b>-2'645.4</b>	<b>-1'645.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>927.9</b>	<b>26.0</b>

## Kommentar

- Die positive Abweichung im Resultat 2014 ist begründet in diversen Vakanzen, die längere Zeit nicht besetzt werden konnten, sowie noch nicht besetzten, jedoch budgetierten Stellen in den Projekten WorkplaceBS und eGovernment.
- Die Korrekturen im Service WorkplaceBS im Rahmen des Realisationsprojektes resultieren in tieferen Kosten und auch tieferen Erträgen.
- Die budgetierten verrechenbaren Erträge sind stark abhängig von Kundenprojekten (Serverzentralisierung, eGovernment, etc.) und vom Service WorkplaceBS. Seitens Kundenprojekte sind Mengenabweichungen gegenüber den budgetierten Einnahmen zu verzeichnen. So wurden weniger Server ins zentrale Rechenzentrum verschoben als budgetiert, diverse Kundenprojekte wurden verschoben oder nicht durchgeführt und das Datenwachstum entspricht nicht den Prognosen. Die grössten Abweichungen resultieren aus dem Service WorkplaceBS. Einerseits wurden die Servicepreise im Oktober 2013, nach der Budgetierung 2014, nochmals nach unten angepasst (Kosten und Erträge) und andererseits ergab sich eine Abweichung der Anzahl genutzter Geräte im Service.



Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	100.1	96.8	93.0	95.4	95.4 <sup>1</sup>
Verfügbarkeit IKT-Basisdienste	Fälle	1	1	2	2	0 <sup>2</sup>
Datenintegrität IKT-Basisdienste	Min	0	0	0	0	0 <sup>3</sup>
Basis05 Accounts	Anz	6'562	6'809	7'015	7'179	7'191 <sup>4</sup>

#### Kommentar

- 1 Der geplante HC für 2014 war 112.4 Stellen. Durch Anpassungen im Laufe des Projektes WorkplaceBS und eine vorsichtige Einstellungspolitik wurde der Plan HC stark unterschritten. Die konstante Unterbesetzung musste zeitweise durch den Einsatz von temporär Personal kompensiert werden.
- 2 Die Kennzahl misst die Anzahl Störungen mit einer Ausfallzeit von > 4 Stunden gemäss Service Level Agreement.
- 3 Die Kennzahl umfasst die maximale Datenverlustzeit für IKT-Basisdienste gemäss Service Level Agreement (technische Schadensereignisse; sie umfasst keine Verluste, die durch Fehlmanipulation von Anwendern, Malware oder SW-Fehler verursacht werden).
- 4 Die Kennzahl misst die Anzahl aller in der zentralen Administration eröffneten IT-Benutzer/-innen, wobei nur Personen gezählt werden, die in einem Anstellungsverhältnis mit Basel-Stadt sind. Bei angeschlossenen Instituten werden alle gezählt. Diese Kennzahl ist nur bedingt beeinflussbar, zeigt aber die Entwicklung der aktiven Benutzer/innen.

#### IT-Plattformen

- Ausbau der kantonalen IT-Plattform für die Servervirtualisierung zur Sicherstellung des steigenden Kapazitätsbedarfes.
- Migration von dezentralen Servern auf die zentrale virtuelle Server-Plattform respektive in die neuen Rechenzentren.
- Ausbau der zentralen Web-Plattform zur Stabilisierung des Betriebes im Rahmen der Migration auf die neue Web Content Management-Plattform.
- Ersatz von Systemen im Bereich der Datensicherungsinfrastruktur durch leistungsfähigere und kostengünstigere Alternativen.
- Durchführung von Telefonie- und Netzwerkprojekten insb. für Schulhausanbindungen.
- Erfolgreiche Neuausschreibung des externen DANEBS Support-Dienstleisters mit einer Kosteneinsparung von 50%.

#### IT-Arbeitsplatz

- Unterstützung der Departemente bei der Migration der bestehenden IT-Arbeitsplätze auf den neuen kantonalen Standard-IT-Arbeitsplatz
- Umsetzung von Massnahmen zur Einführung von Voice-over-IP (VoIP)

#### E-Government

- Weiterentwicklung der E-Government-Basisdienste zwecks Realisierung neuer E-Government-Anwendungen für die Dienststellen
- Migration der bestehenden Websites auf die neue Web Content Management-Plattform und das neue Corporate Design abgeschlossen
- Unterstützung der Staatskanzlei und der Departemente beim weiteren Ausbau der zentralen Geschäftsverwaltung

## Zentraler Personaldienst

FD-409

Der Zentrale Personaldienst (ZPD) entwickelt Konzepte, Systeme und Instrumente zur gezielten Förderung und Weiterentwicklung eines professionellen, zukunftsgerichteten Personalmanagements bei BASEL-STADT. Durch kompetente Beratung der Dezentralen Personaldienste sorgt er für die korrekte und einheitliche Anwendung der gesetzlichen Grundlagen bzw. Vorgaben des Regierungsrates, und liefert mittels einem verwaltungsweiten Personalcontrolling die relevanten Steuerungsgrößen für die Ressourcen im Personalbereich. Im Weiteren pflegt er zur Gewährleistung einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft einen regelmässigen Austausch mit den Sozialpartnern.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Als Querschnittsfunktion unterstützt, steuert und koordiniert die Personalfachorganisation die Personalprozesse. Entsprechend den personalstrategischen Leitlinien, steht dabei Professionalität in Organisation, Gestaltung und Dienstleistungserbringung an oberster Stelle.

### Zentrales Personalmanagement

Neben personalpolitisch bzw. personalstrategisch relevanten Projekten (siehe dazu Unterkapitel Personalentwicklung), wurde im ZPD schwerpunktmässig folgendes Thema bearbeitet:

**Weiterführung der Standardisierung im operativen Personalmanagement** Im Rahmen der Standardisierung im operativen Personalmanagement wurden weitere wichtige Prozesse, wie die Behandlung der Administration und Verrechnung von Grenzgängerbewilligungen, die Abrechnung der Kranken- und Unfalltaggelder sowie auch die Verrechnung von Weiterbildungskosten im Kanton vereinheitlicht. Im Zuge dieser Standardisierung wurden die Prozesse ebenfalls vereinfacht und auch die Datensicherheit verbessert.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-8'850.6	-10'454.1	-8'863.6	1'590.5	15.2	-12.9	-0.1 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'011.9	-2'566.1	-2'170.5	395.6	15.4	-158.6	-7.9 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-10'862.5</b>	<b>-13'020.2</b>	<b>-11'034.1</b>	<b>1'986.1</b>	<b>15.3</b>	<b>-171.6</b>	<b>-1.6</b>
42 Entgelte	5'846.9	5'489.7	5'575.8	86.1	1.6	-271.1	-4.6
<b>Betriebsertrag</b>	<b>5'846.9</b>	<b>5'489.7</b>	<b>5'575.8</b>	<b>86.1</b>	<b>1.6</b>	<b>-271.1</b>	<b>-4.6</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-5'015.6</b>	<b>-7'530.5</b>	<b>-5'458.3</b>	<b>2'072.2</b>	<b>27.5</b>	<b>-442.7</b>	<b>-8.8</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4.9	-462.4	-308.7	153.7	33.2	-303.8	<-100.0 <sup>3</sup>
<b>Abschreibungen</b>	<b>-4.9</b>	<b>-462.4</b>	<b>-308.7</b>	<b>153.7</b>	<b>33.2</b>	<b>-303.8</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-5'020.4</b>	<b>-7'992.9</b>	<b>-5'766.9</b>	<b>2'226.0</b>	<b>27.8</b>	<b>-746.5</b>	<b>-14.9</b>
34 Finanzaufwand	0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	n.a.
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>-0.0</b>	<b>n.a.</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-5'020.4</b>	<b>-7'992.9</b>	<b>-5'766.9</b>	<b>2'226.0</b>	<b>27.8</b>	<b>-746.5</b>	<b>-14.9</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-5'020.4	-7'992.9	-5'766.9	2'226.0	27.8	-746.5	-14.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-897.4	0.0	-802.2	-802.2	n.a.	95.2	10.6
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-897.4</b>	<b>0.0</b>	<b>-802.2</b>	<b>-802.2</b>	<b>n.a.</b>	<b>95.2</b>	<b>10.6</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-897.4</b>	<b>0.0</b>	<b>-802.2</b>	<b>-802.2</b>	<b>n.a.</b>	<b>95.2</b>	<b>10.6</b>

**Kommentar**

- 1 91% der nicht ausgeschöpften Mittel ZPD begründen in einer Praxisänderung der Mittelvergabe bei den Einzelposten Sozialstellenplan und Reintegrationsstellenbudget/Chancenkasse. Die restlichen 9% der Mittel wurden infolge Mutterschaftsurlaub, Personalfuktuation bzw. vorübergehender Vakanzen nicht ausgeschöpft.
- 2 Die nicht ausgeschöpften Mittel beim Sach- und Betriebsaufwand erklären sich hauptsächlich aufgrund der erneuten Verschiebung des Umzugstermins an die Spiegelgasse ins Jahr 2015. Ausserdem wurden wie 2012 und 2013 auch im 2014 die Kräfte auf das Projekt Systempflege konzentriert und keine grösseren Vorhaben begonnen bzw. umgesetzt.
- 3 Die Abschreibungen der Anlage „Systempflege Teil 2“ fielen tiefer aus als geplant.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	40.8	41.1	47.4	50.4	51.9
Einbinden der Führungskräfte ins Personalmanagement	%	87	90	88	89	88
Einhaltung der Geschlechterquote von mind. 25% Frauen/Männer	%	80	80	80	77	77
Durchschnittlicher Erfüllungsgrad der Qualitätsstandards ZPD	%	83	-	-	-	- <sup>1</sup>

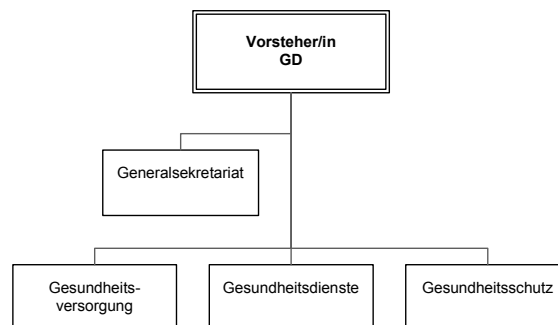
**Kommentar**

- 1 Diese Kennzahl wird erst ab 2015 wieder erhoben.



### 4.2.5 Gesundheitsdepartement

GD-701	Generalsekretariat GD	287
GD-702	Gesundheitsdienste	289
GD-706	Gesundheitsschutz	292
GD-720	Öffentliche Zahnkliniken	296
GD-730	Gesundheitsversorgung	299



## Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-43.7	-45.1	-44.3	0.8	1.8	-0.6	-1.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-15.3	-16.6	-15.8	0.8	4.7	-0.5	-3.3 <sup>1</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.6	-0.5	-0.7	-0.1	-21.0	-0.1	-13.8 <sup>2</sup>
36 Transferaufwand	-516.2	-507.0	-508.2	-1.3	-0.2	8.0	1.5 <sup>3</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-575.8</b>	<b>-569.2</b>	<b>-569.0</b>	<b>0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>6.8</b>	<b>1.2</b>
42 Entgelte	19.6	20.0	19.6	-0.4	-2.1	-0.1	-0.4 <sup>4</sup>
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.1	0.1	n.a.	0.1	n.a.
46 Transferertrag	2.6	3.1	3.0	-0.1	-2.7	0.4	14.1
<b>Betriebsertrag</b>	<b>22.3</b>	<b>23.1</b>	<b>22.6</b>	<b>-0.4</b>	<b>-1.9</b>	<b>0.4</b>	<b>1.6</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-553.6</b>	<b>-546.2</b>	<b>-546.4</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>7.2</b>	<b>1.3</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.5	-0.5	-0.5	-0.0	-3.7	-0.0	-3.4
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.1	0.0	-0.5	-0.5	n.a.	-0.4	<-100.0 <sup>5</sup>
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	0.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-0.6</b>	<b>-0.5</b>	<b>-1.0</b>	<b>-0.5</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-0.4</b>	<b>-76.2</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-554.1</b>	<b>-546.6</b>	<b>-547.4</b>	<b>-0.8</b>	<b>-0.1</b>	<b>6.7</b>	<b>1.2</b>
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	5.8	0.0	18.7
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	>100.0	0.0	14.9
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>45.6</b>	<b>0.0</b>	<b>33.5</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-554.2</b>	<b>-546.7</b>	<b>-547.4</b>	<b>-0.8</b>	<b>-0.1</b>	<b>6.7</b>	<b>1.2</b>
davon Funktionen:							
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	100.0
2 Bildung	-74.3	-75.3	-71.9	3.4	4.5	2.5	3.3
4 Gesundheit	-414.6	-407.4	-410.4	-3.1	-0.8	4.1	1.0
5 Soziale Sicherheit	-64.3	-63.0	-64.1	-1.1	-1.8	0.2	0.3
7 Umweltschutz und Raumordnung	-0.0	0.0	0.0	-0.0	-74.6	0.0	>100.0
8 Volkswirtschaft	-0.9	-1.0	-1.0	0.0	2.5	-0.1	-11.7

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-0.8	0.0	-1.2	-1.2	n.a.	-0.4	-46.8
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.8	-0.4	-0.5	-0.1	-12.5	0.3	35.1
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-10.4	0.0	-13.2	-13.2	n.a.	-2.8	-26.9
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-12.0</b>	<b>-0.4</b>	<b>-14.9</b>	<b>-14.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-2.9</b>	<b>-24.4</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-12.0</b>	<b>-0.4</b>	<b>-14.9</b>	<b>-14.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-2.9</b>	<b>-24.4</b>

## Kommentar

- 1 Durch Minderaufwendungen und Einsparungen bei den Materialkosten und Dienstleistungsbezügen konnte das Budget bei mehreren Dienststellen kumuliert unterschritten werden.
- 2 Diverse Ersatzanschaffungen im Bereich von Apparaten im Preissegment bis 300'000 Franken konnten zum Teil früher getätigt werden oder waren ursprünglich bei den Abschreibungen als Grossinvestitionen geplant gewesen.
- 3 Rund 5.2 Mio. Franken höheren Ausgaben im Bereich der Beiträge an die stationäre Spitalbehandlung stehen Minderaufwendungen von rund 3.3 Mio. Franken bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler gegenüber. Der Aufwand in der Langzeitpflege fiel rund 3 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Der Auflösungsvertrag betreffend den Abgeltungsvertrag Bürgerspital führte zu nicht budgetierten Mehraufwendungen von 2 Mio. Franken, wofür der Regierungsrat eine Kreditüberschreitung bewilligte hatte.
- 4 Die Unterschreitung ist vor allem auf die Schliessung der Aussenstelle der Schulzahnklinik in Riehen und dem damit verbundenen Umsatzrückgang zurückzuführen. Zudem entstanden bei den Öffentlichen Zahnklinien Mindererträge aufgrund krankheitsbedingter Abwesenheiten von Mitarbeitenden.

- 5 Aufgrund der Umstellung auf HRM2 werden neu Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime aktiviert und abgeschrieben.
-

## Generalsekretariat GD

GD-701

Das Generalsekretariat stellt die Geschäftsabwicklung des Departements mit dem Regierungsrat, dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, den weiteren kantonalen Verwaltungsstellen sowie mit Dritten sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Dienstleistungen in den Abteilungen Personal, Kanzlei und Recht und den drei Stabsstellen Kommunikation, Planungskoordination und Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen, unterstützt es den Vorsteher und die Bereiche des Departements. Die Stabsstelle Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen vertritt seit 2012 die Eigentümerinteressen gegenüber den verselbständigten öffentlichen Spitälern des Kantons Basel-Stadt sowie gegenüber dem Universitäts-Kinderspital beider Basel.

Internet: [www.gd.bs.ch](http://www.gd.bs.ch)

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Beteiligungsmanagement** Die öffentlichen Spitäler wurden per 1. Januar 2012 verselbstständigt. Die Stabsstelle Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen des Gesundheitsdepartements nimmt als zuständige Fachstelle auf der Basis des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler, des Staatsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über das Universitäts-Kinderspital beider Basel sowie der Public Corporate Governance-Richtlinien des Regierungsrates die Aufgaben der Vertretung der Eigentümerinteressen gegenüber den öffentlichen Spitälern des Kantons Basel-Stadt (Universitätsspital Basel, Felix Platter-Spital, Universitäre Psychiatrische Kliniken) sowie dem Universitäts-Kinderspital beider Basel, die gesetzliche Aufsicht und das entsprechende Beteiligungscontrolling wahr.

Der Regierungsrat beschloss im September 2014 die Veröffentlichung der an die Richtlinien zur Public Corporate Governance angepassten Eignerstrategien zu den ausgegliederten öffentlich-rechtlichen Unternehmungen. Ende 2014 hat der Regierungsrat somit die Eignerstrategien für das Universitätsspital Basel, das Felix Platter-Spital und die Universitären Psychiatrischen Kliniken zur Veröffentlichung genehmigt. Ebenfalls wurde - gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft - die Eignerstrategie für das Universitäts-Kinderspital beider Basel veröffentlicht. Zudem wurde durch die Regierungen der beiden Trägerkantone der Verwaltungsrat des Universitäts-Kinderspital für die Amtsperiode 2015-2018 gewählt.

Im Jahr 2014 standen bei den öffentlichen Spitälern verschiedene grosse Bauvorhaben im Fokus: Die Universitären Psychiatrischen Kliniken planen einen Neubau für die Kinder- und Jugendpsychiatrische Klinik auf dem eigenen Areal. Dagegen wurde im September 2014 eine Verfassungsinitiative eingereicht, welche fordert, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrie räumlich in der Nähe des Universitäts-Kinderspitals beider Basel betrieben werden soll. Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat beantragt, die Initiative für rechtlich zulässig zu erklären sowie ihm diese zur Berichterstattung zu überweisen. Das Universitätsspital Basel hatte Mitte 2013 den Wettbewerb für die Erneuerung des Klinikums 2 abgeschlossen. Der Regierungsrat hat Mitte 2014 dem Grossen Rat den Ratschlag für den für die Umsetzung erforderlichen Bebauungsplan zugestellt, wozu ein Entscheid für das erste Semester 2015 erwartet wird. Schliesslich konnte Ende 2014 das Felix Platter-Spital das Wettbewerbsverfahren für einen Ersatzneubau auf dem bisherigen Areal erfolgreich abschliessen. Die Bauarbeiten sollen Mitte 2015 in Angriff und der Neubau in 2018 in Betrieb genommen werden.



**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'986.8	-4'324.3	-4'004.4	319.9	7.4	-17.6	-0.4 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'617.2	-1'784.0	-1'454.3	329.7	18.5	162.9	10.1 <sup>2</sup>
36 Transferaufwand	-32.8	-33.5	-33.0	0.5	1.6	-0.2	-0.6
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-5'636.8</b>	<b>-6'141.8</b>	<b>-5'491.7</b>	<b>650.1</b>	<b>10.6</b>	<b>145.1</b>	<b>2.6</b>
42 Entgelte	193.8	130.8	125.1	-5.7	-4.3	-68.7	-35.4
46 Transferertrag	300.0	300.0	300.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>493.8</b>	<b>430.8</b>	<b>425.1</b>	<b>-5.7</b>	<b>-1.3</b>	<b>-68.7</b>	<b>-13.9</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-5'142.9</b>	<b>-5'711.0</b>	<b>-5'066.5</b>	<b>644.5</b>	<b>11.3</b>	<b>76.4</b>	<b>1.5</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-5'142.9</b>	<b>-5'711.0</b>	<b>-5'066.5</b>	<b>644.5</b>	<b>11.3</b>	<b>76.4</b>	<b>1.5</b>
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	-0.0	-6.0	0.0	2.2
44 Finanzertrag	1.3	0.0	2.4	2.4	n.a.	1.2	91.7
<b>Finanzergebnis</b>	<b>1.1</b>	<b>-0.2</b>	<b>2.2</b>	<b>2.4</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>1.2</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-5'141.9</b>	<b>-5'711.2</b>	<b>-5'064.3</b>	<b>646.9</b>	<b>11.3</b>	<b>77.6</b>	<b>1.5</b>
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-23.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	23.1	100.0
29 Übriges Bildungswesen	-65.1	-72.8	-78.7	-5.9	-8.1	-13.6	-20.8
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-5'053.6	-5'638.4	-4'985.6	652.7	11.6	68.0	1.3

**Kommentar**

- 1 Nichtbesetzungen von Vakanzen, geringere Aufwendungen für Rekrutierungen sowie höhere Rückzahlungen von Kranken- und Unfalltaggeldern führen zu einer Unterschreitung des Personalaufwandes um rund 320'000 Franken.
- 2 Aufgrund von tiefer als budgetierten Aufwendungen für Dienstleitungen, Spesen, Veranstaltungen sowie geringerem Bedarf für Mobilien und Einrichtungen wurde der Sachaufwand um rund 330'000 Franken unterschritten.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	29.1	29.1	27.5	25.0	25.2
Von der Psychiatrie-Rekurskommission behandelte Rekurse	Anz	154	189	183	0	0 <sup>1</sup>
Beim Rechtsdienst eingegangene Rekurse	Anz	6	5	9	14	5
Anteil Rekursentscheide in 3 Mt seit StN VI.	%	100	80	100	67	60

**Kommentar**

- 1 Aufgrund der Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts per 1. Januar 2013 entfallen beim Gesundheitsdepartement die Aufgaben der Psychiatrierekurskommission.

## Gesundheitsdienste

GD-702

Die Gesundheitsdienste erbringen in drei Abteilungen (Medizinisch-pharmazeutische Dienste, Prävention sowie Sucht) Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt.

Die Aufgaben der Medizinisch-pharmazeutischen Dienste sind die Unterstützung der Aufsicht über sowie teilweise die Erteilung von Bewilligungen für Medizinalpersonen, das Förderprogramm für angehende Hausärztinnen und -ärzte, die Aufsicht und Qualitätssicherung im Heilmittelwesen, das Wohnungswesen, die Gefängnismedizin, die fürsorgerische Unterbringung, die Unterstützung des Kantonsarztes in epidemiologischen Fragestellungen und die Registrierung von Krebserkrankungen für die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

Die Abteilung Prävention erhält und fördert mit gezielten Aktivitäten die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt. Innerhalb der Abteilung setzt sich der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst für eine gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und das Fachteam Gesundheitsförderung und Prävention für die allgemeine Gesundheitsvorsorge ein. Hinzu kommen kantonsärztliche Aufgaben wie die Leitung des Fachbereichs Gesundheit der kantonalen Krisenorganisation und die kantonale Pandemieplanung sowie weitere epidemiologische Aufgaben.

Die Abteilung Sucht sorgt dafür, dass ein adäquates Suchthilfeangebot zur Verfügung steht und effizient genutzt wird. Ziel ist dabei, die Anzahl neuer Suchtmittelabhängiger zu senken, die Zahl jener zu steigern, denen der Ausstieg gelingt, die gesundheitlichen Schäden und die soziale Ausgrenzung von Suchtmittelabhängigen zu vermindern und den öffentlichen Raum vor negativen Auswirkungen der Drogenproblematik zu schützen.

Schliesslich sind die Gesundheitsdienste verantwortlich für die konkrete Umsetzung der regierungsrätlichen Leitlinien zu Basel 55+.

Internet: [www.gesundheitsdienste.bs.ch](http://www.gesundheitsdienste.bs.ch)

[www.mixyourlife.ch](http://www.mixyourlife.ch)

[www.allesgutebasel.ch](http://www.allesgutebasel.ch)

[www.gesundheit.bs.ch](http://www.gesundheit.bs.ch)

[www.sucht.bs.ch](http://www.sucht.bs.ch)

[www.aelterbasel.ch](http://www.aelterbasel.ch)

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Abteilung Medizinisch-pharmazeutische Dienste** Im Berichtsjahr wurden 25 (2013: 92) Berufsausübungsbewilligungen zur selbstständigen Tätigkeit an Ärztinnen/Ärzte und 12 (15) Betriebsbewilligungen für ambulante Einrichtungen für Ärztinnen/Ärzte erteilt. Im Berichtsjahr nutzten 5 (6) Personen das kantonale Förderprogramm zur Weiterbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten in Hausarztpraxen. 2014 wurden unter der Leitung des Kantonsarztes umfangreiche Ressourcen für die Vorbereitung auf mögliche Ebolafälle eingesetzt. Bei vier Asylsuchenden wurde eine differenzierte Risikoeinschätzung einer möglichen Ebolaexposition vorgenommen. Im Berichtsjahr wurden 1'139 (1'233) Fälle meldepflichtiger Infektionskrankheiten mitgeteilt. Nach der starken Zunahme von Tuberkulose-Infektionen im Vorjahr konnte 2014 ein Rückgang auf 18 (34) Fälle beobachtet werden. Im Jahr 2014 wurde wie im Vorjahr kein Masernfall gemeldet. 2014 wurden 360 (420) vertrauensärztliche Abklärungen durchgeführt, von denen 177 (252) mit und 183 (168) ohne Konsultation erfolgten. Im Bereich Wohnungswesen wurden 878 (500) telefonische Beratungen und Abklärungen sowie 86 (62) Begehungen vorgenommen. Auch im Jahr 2014 wurde die medizinische Versorgung in den zwei Gefängnissen sowie in den Kontakt- und Anlaufstellen sichergestellt. Es erfolgten dort 809 (760) bzw. 112 (85) Konsultationen. Bei 417 (461) von insgesamt 612 (669) Einsätzen musste eine fürsorgerische Unterbringung ausgesprochen werden. Der umfassende Jahresbericht des Krebsregisters beider Basel, welcher wertvolle Hinweise zur Erforschung von Krebserkrankungen in der Region liefert, wurde online publiziert und analysiert die Daten der Jahre 1982-2011. Von 1981 bis Ende des Berichtsjahres wurden die Daten von 87'571 neu diagnostizierten invasiven Tumoren erfasst. Die Zahl der Apotheken im Kanton Basel-Stadt betrug im Berichtsjahr 76 (75), diejenige der Drogerien 13 (14).

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-8'935.4	-9'604.0	-9'503.6	100.4	1.0	-568.2	-6.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'842.5	-4'838.0	-5'288.7	-450.7	-9.3	-446.2	-9.2 <sup>1</sup>
36 Transferaufwand	-10'685.8	-10'593.0	-10'178.2	414.8	3.9	507.7	4.8 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-24'463.8</b>	<b>-25'035.0</b>	<b>-24'970.5</b>	<b>64.5</b>	<b>0.3</b>	<b>-506.7</b>	<b>-2.1</b>
42 Entgelte	676.7	645.7	789.0	143.3	22.2	112.3	16.6 <sup>3</sup>
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	68.7	68.7	n.a.	68.7	n.a. <sup>1</sup>
46 Transferertrag	1'705.3	2'159.3	2'143.3	-16.0	-0.7	438.0	25.7
<b>Betriebsertrag</b>	<b>2'382.0</b>	<b>2'805.0</b>	<b>3'001.0</b>	<b>196.0</b>	<b>7.0</b>	<b>619.0</b>	<b>26.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-22'081.8</b>	<b>-22'230.0</b>	<b>-21'969.5</b>	<b>260.5</b>	<b>1.2</b>	<b>112.3</b>	<b>0.5</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-146.6	0.0	-74.1	-74.1	n.a.	72.5	49.5
<b>Abschreibungen</b>	<b>-146.6</b>	<b>0.0</b>	<b>-74.1</b>	<b>-74.1</b>	<b>n.a.</b>	<b>72.5</b>	<b>49.5</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-22'228.4</b>	<b>-22'230.0</b>	<b>-22'043.6</b>	<b>186.4</b>	<b>0.8</b>	<b>184.8</b>	<b>0.8</b>
44 Finanzertrag	0.0	0.0	1.0	1.0	n.a.	1.0	n.a.
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>1.0</b>	<b>1.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>1.0</b>	<b>n.a.</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-22'228.4</b>	<b>-22'230.0</b>	<b>-22'042.6</b>	<b>187.4</b>	<b>0.8</b>	<b>185.8</b>	<b>0.8</b>
davon Funktionen:							
43 Gesundheitsprävention	-11'717.9	-11'466.4	-10'746.5	719.9	6.3	971.5	8.3
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-10'510.5	-10'763.6	-11'296.2	-532.5	-4.9	-785.7	-7.5

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-51.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	51.0	100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-51.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>51.0</b>	<b>100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-51.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>51.0</b>	<b>100.0</b>

**Kommentar**

- 1 Im Vorfeld der Einführung der neuen Software NicerStat im Krebsregister sind ungeplante Aufwendungen angefallen, welche zum Teil durch Mehreinnahmen auf Konto 43 kompensiert werden konnten. Die medizinische Betreuung der Gefängnisse musste auf Grund personeller Engpässe durch Dritte unterstützt werden. Dies führte ebenfalls zu nicht-budgetierten Mehrkosten. Im Bereich der Prävention wurden bedeutend mehr Informationsveranstaltungen und Schüleruntersuchungen durchgeführt als im Vorjahr, was zu deutlich höheren Kosten beim Sach- und Betriebsaufwand führte.
- 2 Aufgrund geringerer Beanspruchung mussten für die Suchttherapien nach Alkohol- und Drogengesetz (ADG) rund 700'000 Franken weniger aufgewendet werden als budgetiert.
- 3 Mit der Umsetzung der neuen Gebührenverordnung können bisher nicht verrechnete Leistungen in Rechnung gestellt werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	54.1	55.9	59.8	61.0	62.8
Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit als Arzt/Ärztin	Anz	42	62	90	92	25
Auf dem Kantonsgebiet betriebene Apotheken	Anz	73	74	74	75	76
Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien	Anz	79	116	94	99	70
Termingerechte Dossiereröffnung Bewilligungen Apoth./Drog.	%	100	100	100	100	100
Termingerechte Kostengutsprachen für stat. Suchttherapien	%	100	100	100	100	100

**Abteilung Prävention** Im Berichtsjahr wurden verschiedenste Kampagnen (z.B. Psychische Gesundheit, Förderung gesunder Ernährung und Bewegung, Suchtprävention, Sexualerziehung, Frühförderung und Alter und Gesundheit) durchgeführt. Die einzelnen Aktivitäten und Angebote sind ausführlich unter [www.gesundheit.bs.ch](http://www.gesundheit.bs.ch) beschrieben. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung erfolg-

ten 320 (2013: 178) Informationsveranstaltungen und es wurden 36 (24) Fachbeiträge zu Gesundheitsthemen veröffentlicht. Im Schuljahr 2013/14 untersuchte der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst 4'371 (4'205) Kinder und Jugendliche. Es erfolgten 1'969 (1'725) Spezialuntersuchungen, Abklärungen und Beratungen. Bei 2'760 (2'792) Schülerinnen und Schülern wurden die vorhandenen Impfungen überprüft und bei Bedarf individuelle Impfangebote gemacht. Es wurden 2'142 (2'060) Gesundheitsbeurteilungen bei Lernenden vorgenommen. Mitte 2014 wurden alle bestehenden Homepages an das neue Design von [www.bs.ch](http://www.bs.ch) angepasst. Über die überarbeitete Homepage [www.gesundheitsdienste.bs.ch](http://www.gesundheitsdienste.bs.ch) erhält die breite Bevölkerung einfach zugängliche Informationen und Angebote zur Gesundheit und zu weiteren Dienstleistungen des Bereichs Gesundheitsdienste.

**Abteilung Sucht** Aus Anlass des 100-jährigen Bestehens der heutigen Abteilung Sucht wurde im Berichtsjahr eine Festschrift aus der Reihe „ausgesucht.bs“ veröffentlicht und eine Jubiläumsausstellung zur Geschichte der schweizerischen und baselstädtischen Suchtpolitik organisiert. Vom 7.-9. Mai 2014 fand in Basel die Europäische Harm Reduction Konferenz statt, welche die Förderung der fachlichen Weiterentwicklung der Schadensminderung zum Ziel hatte und von der Abteilung Sucht mitorganisiert wurde. Im Berichtsjahr wurde das Projekt „Neue Abhängigkeitserkrankungen“ in Zusammenarbeit mit den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel weiter entwickelt. In Kooperation mit Infodrog und unter Mitwirkung weiterer Kantone wurde das Portal Safe Zone (Onlineberatung zu Suchtfragen) eingeführt. Im November 2014 fand das Forum für Suchtfragen zum Thema „E-Mail Chat Forum - Zeitgemässe Beratungsformen“ statt. Mit der Inbetriebnahme der neuen Kontakt- und Anlaufstelle (K+A) am Dreispitz im November 2013 wurde die K+A Spitalstrasse Ende Oktober und die K+A Heuwaage Ende Februar 2014 geschlossen. Seit März letzten Jahres erfolgt der Betrieb der K+A nur noch an den Standorten Wiesenkreisel und Dreispitz. Gespräche mit den Anliegern zeigten, dass der Betrieb der K+A Dreispitz ruhig angelaufen ist. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 833 (2013: 864) Personen betreut. Davon entfielen 47% (49%) auf das Team Suchtberatung und 53% (51%) auf das Team Case Management. Zudem wurden im Berichtsjahr bei 309 (211) Personen Kurzberatungen oder -abklärungen durchgeführt. 2014 erfolgten 373 (411) Neumeldungen. Davon wurden 155 (171) Personen vom Team Suchtberatung und 218 (240) vom Team Case Management aufgenommen. Von den 373 Neumeldungen waren 8% (9%) Drittberatungen (Angehörige, Arbeitgeber usw.). Bei rund 81% (79%) aller Betreuten lag ein Alkoholproblem vor (Alkohol allein oder in Kombination mit anderen Substanzen). Es wurden 70 (99) neue Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien erteilt. Im Rahmen des Moduls Arbeitsabklärung Sucht haben im Berichtsjahr 30 (26) Personen mit der Abklärungsphase begonnen.

**Basel 55+** Angebote und Anbieter zu den zehn regierungsrätlichen Leitlinien von Basel 55+ wurden in einer umfangreichen Dokumentation zusammengetragen. Darauf basierend wurde am 22. September 2014 eine grosse Fachtagung zum Thema „Braucht der Kanton eine Anlaufstelle für Alterfragen“ durchgeführt. Eine bei den Teilnehmenden vernehmlasste Ergebnisdokumentation der Tagung liegt vor. Neu wurde die kantonale Bevölkerung mit zwei Gratisausgaben der Zeitung „Basel 55+“ über relevante Fragestellungen innerhalb des Alterssegments 55+ informiert. Nach dem erfolgreichen Projektstart 2010 wurde Café Bâalance kontinuierlich erweitert und findet mittlerweile in zehn Quartiertreffpunkten statt. Ziel ist es, ein flächendeckendes Angebot im Kanton Basel-Stadt zur Verfügung stellen zu können, sodass alle Basler Seniorinnen und Senioren einen Standort von Café Bâalance zu Fuss oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können. Schliesslich wurden in zwei breit abgestützten Arbeitsgruppen Unterstützungsangebote für ältere Menschen, die unfreiwillig auf Wohnungssuche gehen müssen, sowie für pflegende Angehörige konzipiert.

## Gesundheitsschutz

GD-706

Der Bereich Gesundheitsschutz wird gebildet durch die Abteilungen Kantonales Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin, den Kantonszahnärztlichen Dienst und den Betrieb der öffentlichen Zahnkliniken (siehe GD-720).

Internet: [www.gesundheitsschutz-bs.ch](http://www.gesundheitsschutz-bs.ch) und <http://www.zahnkliniken.bs.ch>

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

### Kantonales Laboratorium

**Lebensmittel- und Produktesicherheit** Das Kantonale Labor kontrolliert laufend das Verhalten von Produzenten, Importeuren und Detaillisten. Die Untersuchungsergebnisse werden auf der Webseite des Labors publiziert. Ende 2014 waren von 2'797 beurteilten basel-städtischen Lebensmittelbetrieben 92% in den Gefahrenstufen „unbedeutend“ oder „klein“ und 8% in der Gefahrenstufe „gross“ eingeteilt. Seit 2010 haben sich dabei keine Veränderungen dieser Verteilung ergeben. In der grössten Risikoklasse ist knapp 1% aller Betriebe eingeteilt.

**Chemikaliensicherheit und Störfallvorsorge** Der Eintrag von gentechnisch veränderten Organismen an den Umschlagsplätzen des Hafens Kleinhüningen sowie am Bahnhof St. Johann wurde 2014 weiter untersucht. Im Oktober war an beiden Standorten kein gentechnisch veränderter Raps nachweisbar. Dies deutet darauf hin, dass die von den ortsansässigen Betrieben ergriffenen Massnahmen erfolgreich sind.

**Gefahrguttransporte** Im vergangenen Jahr hat das Kantonale Labor bei der Kontrolle des Gefahrguttransportes in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei einige Mängel bei Lastwägen sowie bei den Gefahrguttransportbetrieben festgestellt. Die kontrollierten Betriebe müssen sich vermehrt mit der Problematik des Gefahrguttransportes auseinandersetzen und regelmässig interne Überprüfungen sowohl der betriebseigenen Fahrzeuge als auch von Fremdfirmen durchführen. Die Überprüfungen der Gefahrgutprozesse in den Betrieben werden in diesem Sinne fortgesetzt.

### Veterinäramt

**Ausbildungsprogramm Kind & Hund** Im Präventionskurs Kind & Hund, der sehr erfolgreich in sämtlichen Kindergärten des Kantons durchgeführt wird, lernen die Kinder elementare Regeln, wie sie sich in Alltagssituationen gegenüber Hunden verhalten sollen, damit es nicht zu Bissverletzungen kommt. Im Jahr 2014 haben 83 (78) Kindergartenklassen die Grundkurse im Veterinäramt besucht. 52 Klassen wurden im Rahmen des neu eingeführten Ergänzungskurses im Kindergarten besucht.

**Policy Mensch & Hund** Das Veterinäramt verfolgt das Ziel eine tierschutzkonforme, artgerechte und sozialverträgliche Hundehaltung in einem urbanen - primär auf den Menschen ausgerichteten - Umfeld zu ermöglichen. Im Berichtsjahr wurden das Zusammenleben von Hundehaltern und anderen Nutzern des öffentlichen Raums erneut untersucht und weitere Hundereale evaluiert.

**Hundewesen** 92 (93) Meldungen über auffällige Hunde (Bissverletzungen und aggressive Hunde) wurden abgeklärt. In 12 (22) Fällen mussten Massnahmen beim gemeldeten Hund und/oder bei seinem Halter verfügt werden. Wegen Missachtung der Pflicht zur Absolvierung des obligatorischen Sachkundenachweises der Hundehaltenden mussten 68 (56) Personen verzeigt werden.

**Artenschutz Import/Export** Insgesamt 3'392 (3'319) Sendungen von in die Schweiz eingeführten Tieren und Waren, welche der Artenschutzgesetzgebung unterliegen, wurden kontrolliert. Bei 117 (123) Sendungen handelte es sich um lebende Tiere.

**Tierversuche** Die Zahlen für das Jahr 2014 liegen erst Mitte 2015 vor. Im Kanton Basel-Stadt wurden im Jahr 2013 158'263 Tiere in Tierversuchen eingesetzt. Das sind 3'372 Tiere (2,1%) weniger als 2012. 2014 fanden im Beisein von Mitgliedern der Tierversuchskommission 23 Inspektionen von Tierversuchen und der Haltung von Versuchstieren statt.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-14'876.1	-14'713.6	-14'934.5	-220.9	-1.5	-58.4	-0.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'072.2	-5'394.6	-5'271.3	123.4	2.3	-199.0	-3.9 <sup>1</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-530.2	-488.3	-578.3	-90.0	-18.4	-48.1	-9.1 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-20'478.5</b>	<b>-20'596.5</b>	<b>-20'784.0</b>	<b>-187.5</b>	<b>-0.9</b>	<b>-305.5</b>	<b>-1.5</b>
42 Entgelte	7'472.1	7'415.5	7'603.7	188.2	2.5	131.6	1.8
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	-0.6	-0.6	n.a.	-0.6	n.a.
46 Transferertrag	604.3	601.0	533.2	-67.8	-11.3	-71.1	-11.8
<b>Betriebsertrag</b>	<b>8'076.4</b>	<b>8'016.5</b>	<b>8'136.2</b>	<b>119.7</b>	<b>1.5</b>	<b>59.9</b>	<b>0.7</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-12'402.1</b>	<b>-12'580.0</b>	<b>-12'647.8</b>	<b>-67.8</b>	<b>-0.5</b>	<b>-245.7</b>	<b>-2.0</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-200.2	-464.0	-291.5	172.5	37.2	-91.3	-45.6 <sup>2</sup>
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	13.6	0.0	13.6	13.6	n.a.	0.0	0.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-186.6</b>	<b>-464.0</b>	<b>-277.9</b>	<b>186.1</b>	<b>40.1</b>	<b>-91.3</b>	<b>-48.9</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-12'588.7</b>	<b>-13'044.0</b>	<b>-12'925.7</b>	<b>118.3</b>	<b>0.9</b>	<b>-337.0</b>	<b>-2.7</b>
34 Finanzaufwand	-12.7	-8.6	-5.3	3.3	37.9	7.4	57.9
44 Finanzertrag	9.4	0.0	9.0	9.0	n.a.	-0.4	-4.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-3.3</b>	<b>-8.6</b>	<b>3.7</b>	<b>12.3</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>7.0</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-12'592.0</b>	<b>-13'052.6</b>	<b>-12'922.0</b>	<b>130.6</b>	<b>1.0</b>	<b>-330.0</b>	<b>-2.6</b>
davon Funktionen:							
43 Gesundheitsprävention	-1'985.5	-2'038.6	-2'063.6	-25.0	-1.2	-78.1	-3.9
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-9'660.4	-9'974.0	-9'841.3	132.7	1.3	-180.8	-1.9
73 Abfallwirtschaft	-34.6	4.8	1.2	-3.6	-74.6	35.8	103.5
81 Landwirtschaft	-670.9	-751.7	-786.7	-35.1	-4.7	-115.8	-17.3
83 Jagd und Fischerei	-310.7	-404.6	-281.6	123.0	30.4	29.1	9.4
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	70.2	111.4	50.0	-61.4	-55.1	-20.2	-28.8

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-778.9	0.0	-408.4	-408.4	n.a.	370.5	47.6
Ausgaben Kleininvestitionen	-408.9	-434.0	-404.0	30.0	6.9	4.9	1.2
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-1'187.8</b>	<b>-434.0</b>	<b>-812.4</b>	<b>-378.4</b>	<b>-87.2</b>	<b>375.4</b>	<b>31.6</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-1'187.8</b>	<b>-434.0</b>	<b>-812.4</b>	<b>-378.4</b>	<b>-87.2</b>	<b>375.4</b>	<b>31.6</b>

## Kommentar

- 1 Es mussten deutlich weniger externe Dienstleistungen in Anspruch genommen werden als budgetiert.
- 2 Diverse Apparatebeschaffungen im Laufe des Jahres 2013 fielen entgegen der Annahmen zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht in den Bereich der Grossinvestitionen. Es kam daher zu einer Erhöhung der Abschreibungen auf Kleininvestitionen und einer entsprechend tieferen Belastung im Bereich der Abschreibungen auf Grossinvestitionen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	77.1	80.3	77.5	79.9	81.8
Überprüfung Beissvorfälle mit auffälligen Hunden	Anz	62	90	99	93	92
Gutgeheissene Rekurse gg. Verfügungen des Veterinäramtes	Anz	0	0	0	0	0 <sup>1</sup>
Anteil kontrollierter Lebensmittelbetriebe im Kanton	%	48	45	42	45	37
Unters. Proben bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen	Anz			25.7	28.2	29.6 <sup>2</sup>
Anteil kontrollierter Betriebe	%	49	55	45	45	43 <sup>3</sup>
Anzahl bearbeiteter Fälle im Institut für Rechtsmedizin	Anz	5'690	7'300	8'100	8'380	8'590 <sup>4</sup>
Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden des IRM ist hoch	%	93	99	100	100	100 <sup>5</sup>

#### Kommentar

- 1 Es handelt sich um Verfügungen betreffend Hundehaltung. Im Budgetbericht 2014 ist bei der Bezeichnung der Kennzahl ein Fehler unterlaufen. Wie hier korrekt geschrieben, werden die gutgeheissenen Rekurse ausgewiesen und nicht die abgelehnten.
- 2 Neue Kennzahl ab 2012. Der Anteil wird pro 1'000 Einwohner berechnet.
- 3 Es handelt sich um Betriebe, die der Störfall- und Einschliessungsverordnung unterstehen.
- 4 Seit 2011 wird eine neue Zählweise im Bereich Genetik angewendet.
- 5 Kundenbefragung wird alle zwei Jahre durchgeführt.

**Tiergesundheit und Fleischgewinnung** Der Kanton wurde im Jahr 2014 von Tierseuchen verschont. Die Seuchenlage wird durch die Amtstierärzte im Schlachthof Basel anlässlich der Schlachtier- und Fleischuntersuchung bei sämtlichen Tieren (im Jahr 2014 betrug die Anzahl geschlachtete Tiere 593'213), aber auch im Fachbereich Import des Veterinäramtes laufend genau überwacht und kontrolliert.

#### Institut für Rechtsmedizin

Prof. Volker Dittmann ist Mitte Jahr nach 18 Jahren als Direktor des Instituts für Rechtsmedizin emeritiert und pensioniert worden. Das IRM hat zu seinem Abschied die Oberrheinische/Süddeutsche Tagung der Deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin mit Erfolg ausgerichtet. Die Nachfolge hat Frau Prof. Eva Scheurer am 1. November angetreten.

Die Abteilungen Forensische Chemie und Toxikologie und Forensische Genetik sind durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS) reakkreditiert worden. Auch die Überwachung der Forensischen Medizin durch die SAS ist erfolgreich verlaufen.

**Forensische Medizin & Verkehrsmedizin** Bei gleich bleibender personeller Besetzung wurden 1566 Leistungen und damit rund 400 Leistungen mehr als im Vorjahr erbracht. Im Vergleich zum Vorjahr blieb die Anzahl der Begutachtung von lebenden Personen zur Abklärung von Körperverletzungs- und Sexualdelikten konstant. Dafür erhöhte sich die Anzahl der durchgeführten Legalinspektionen erneut deutlich (465 / 385) und auch die Zahl der Obduktionen stieg im Vergleich zum Vorjahr wieder an (144 / 101). In 75 (65) Fällen wurden Identifikationen vorgenommen. Die Leistungen im Bereich der Verkehrsmedizin verdreifachten sich (480 / 158).

**Forensische Chemie und Toxikologie** Mit über 1'800 Analysen wurden mehr forensisch-toxikologische Untersuchungen als im Vorjahr durchgeführt. Durch den Ausbau der Verkehrsmedizin haben dabei vor allem die Haaruntersuchungen auf Alkohol, Betäubungsmittel und Medikamentenwirkstoffe markant zugenommen (700 / 548). Forensisch-chemische Untersuchungen, bei denen es sich vor allem um die Untersuchung von Betäubungsmittelstoffproben handelt, verblieben bei steigender Fallzahl in der Grössenordnung des Vorjahrs (knapp 1'000). Die Anzahl der in der Abteilung erstellten Gutachten und Berichte ist auf über 1'700 (1'511) stark angestiegen.

**Forensische Genetik** Im Berichtsjahr wurden insgesamt 2'271 (2'429) Spurenfälle untersucht und 28 (40) Abstammungsbegutachtungen durchgeführt. Es wurden bei 3'948 (3'806) einzelnen Spuren DNA-Analysen durchgeführt. Für 276 (300) Proben wurde die Spurenart bestimmt [Blut 65 (66),

Ejakulat 51 (61), Speichel 160 (173)]. Aus Proben von Personen wurden 1'621 (1'614) DNA-Profile erstellt. 1'086 (936) DNA-Profile aus Spuren und 1'231 (1'399) DNA-Profile von Personen wurden in die Eidgenössische DNA-Datenbank (EDNA-Informationssystem) eingestellt. Davon erzielten 535 (424) Profile eine Übereinstimmung („Hit“) mit bereits im EDNA-IS erfassten Spuren oder Personen-Profilen.

Abstammungsuntersuchungen wurden bei 93 (100) Personen durchgeführt. In 12 (12) Fällen wurden die Untersuchungen gerichtlich angeordnet, in 16 (21) Fällen von Privatpersonen in Auftrag gegeben. In 5 (4) Fällen wurden Probenentnahmen im Auftrag anderer Institute durchgeführt.

Es wurden 2 (2) nationale und 5 (5) internationale Ringversuche erfolgreich abgeschlossen.

### **Kantonszahnärztlicher Dienst**

**Neue Kantonszahnärztin** Der bisherige Kantonszahnarzt Dr. Peter Wiehl ist im Berichtsjahr pensioniert worden. Seine Nachfolgerin, Frau Dr. Irène Hitz Lindenmüller, hat am 1. September 2014 diese Aufgabe übernommen.

**Berufsausübungs- und Betriebsbewilligungen** 2014 hat der kantonszahnärztliche Dienst 63 Gesuche, Anfragen oder gesetzlich vorgeschriebene Bearbeitungen vorgenommen. Unter anderem wurden 5 (13) Berufsausübungsbewilligungen, 12 (6) Bewilligungen für eine Stellvertretung, 7 (11) Prüfungen für die Anstellung von Assistenzzahnärzten sowie 2 (1) Betriebsbewilligung ausgestellt, eine davon für ein weiteres zahnärztliches Behandlungszentrum in Bahnhofsnähe. Die zur Bearbeitung eingereichten Dossiers waren leider wie in den vergangenen Jahren mehrheitlich unvollständig, was zu einer unnötigen Arbeitsbelastung und damit zu einer Verzögerung für das Ausstellen einer Bewilligung führte.

**Spezialbewilligungen** Zudem konnten 4 (2) Bewilligungen für eine 90 Tage Tätigkeit sowie 8 (3) Berufsausübungsbewilligungen für über 70-Jährige erteilt werden. Es wurden 6 Briefe versandt mit der Aufforderung, sich einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen zwecks Bestätigung der Arbeitsfähigkeit über das 71. Altersjahr hinaus für weitere zwei Jahre.

2014 wurden 10 (8) Certificates of good Standing verfasst.

**Selbstdeklarationen** Aufgrund der neuen Gesetzgebung sind alle Betriebe, welche Kleinstereisatoren, Reinigungs- und Desinfektionsgeräte einsetzen, verpflichtet, dem kantonszahnärztlichen Dienst eine Selbstdeklaration zur Wiederaufbereitung und Instandhaltung von Medizinalprodukten einzureichen. Dies ist 2014 in 83 Fällen erfolgt und dient dem Schutz der Patienten vor Übertragung von Infektionskrankheiten.



## Öffentliche Zahnkliniken

GD-720

Der Aufgabenbereich der öffentlichen Zahnkliniken umfasst die soziale Zahnpflege für Kinder mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt Wohnsitz, die regelmässige und unentgeltliche Durchführung von gruppenprophylaktischen Massnahmen (Instruktionen und Informationen über Zahnreinigung und Kariesprophylaxe) sowie eine sich daraus ergebende einmalige individuelle Beratung.

Zum Leistungsspektrum der Schulzahnklinik Basel gehören weiter die jährliche kostenlose Kontrolle des Gebisses und die Behandlung der erkrankten Zähne gegen Entgelt gemäss UVG-Tarif. Bei entsprechendem Anspruch (in Analogie zur Verbilligung der Krankenkassenprämien) werden Reduktionen auf den Rechnungsbetrag gewährt. Jugendliche ab 12 Jahren werden in den Bereichen Zahnerhaltung und Prophylaxe bis zu ihrem 16. Altersjahr in der Abteilung Jugendzahnmedizin in der Volkszahnklinik betreut. Es gelten die gleichen Tarife und Reduktionsansprüche wie in Schulzahnklinik.

Die Volkszahnklinik steht vorab allen nicht mehr schulpflichtigen Kantoneinwohnerinnen und -einwohnern mit Reduktionsberechtigung zur umfassenden zahnärztlichen Behandlung und Betreuung offen. Anspruch auf einen gestaffelt reduzierten Tarif gemäss Zahnpflegegesetz haben alle Personen, die in Basel-Stadt Beiträge zu den Krankenkassenprämien erhalten. Die übrigen Einwohnerinnen und Einwohner können sich in der Volkszahnklinik behandeln und betreuen lassen, soweit dies die Auslastung des Klinikbetriebs zulässt. Die Verrechnung der Leistungen erfolgt gemäss UVG-Tarif.

Die Öffentlichen Zahnkliniken haben neben der Durchführung der sozialen Zahnpflege auch die Aufgabe, als Weiter- und Fortbildungsstätte für diplomierte Zahnärztinnen und Zahnärzte und weitere Berufsangehörige aus dem zahnmedizinischen Bereich zu wirken. Im Weiteren werden Dental-Assistentinnen und Büro-Assistentinnen ausgebildet.

Internet: [www.zahnkliniken.bs.ch](http://www.zahnkliniken.bs.ch)

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Neue Leitung** Der bisherige Direktor, Dr. Peter Wiehl, ist im Berichtsjahr pensioniert worden. Sein Nachfolger Andreas Stutz hat am 1. September 2014 die Leitung der Kliniken übernommen.

**Zahnmedizinische Prophylaxe** Die Zahngesundheit der 12-jährigen Kinder im bleibenden Gebiss ist konstant geblieben. Die jährliche Verbesserung konnte nicht mehr festgestellt werden. So ist der durchschnittliche Kariesindex an bleibenden Zähnen mit einer Veränderung von 0.76 auf 0.74 praktisch gleich geblieben. Diese Zahl zeigt auf, dass durchschnittlich bei jedem 12-jährigen Kind rund 0.74 bleibende Zähne entweder kariös, wegen Karies geflickt sind oder wegen Karies fehlen. Der Anteil der kariesfreien Kinder bei den 5-jährigen erhöhte sich von 64.6% auf 68.7%. Auch bei den 6-jährigen konnte eine Zunahme von 8.7% der kariesfreien Kinder festgestellt werden; der Anteil erhöhte sich nämlich von 56% auf 60.9%. Diese Entwicklung gibt klare Hinweise, dass die koordinierten Anstrengungen des Kantons im Frühbereich Wirkung zeigen.

**Zahnmedizinische Behandlung** Die zahnmedizinischen Behandlungskriterien richten sich nach dem Leistungsstandard der Schweizerischen Zahnärztesgesellschaft sowie den Behandlungsempfehlungen der Vereinigung der Kantonszahnärzte und Kantonszahnärztinnen der Schweiz für die soziale Zahnmedizin. Sie bezwecken den Erhalt der Kaufähigkeit mit wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Therapiemassnahmen. Eine erfolgreiche aktive Mitarbeit des Patienten oder der Patientin an seiner/ihrer oralen Gesundheit über die letzten 18 Monate muss zahnärztlich gesichert und attestiert sein, bevor grössere Sanierungen oder kieferorthopädische Massnahmen durchgeführt werden.

**Zahnärztliche Behandlung in Narkose im Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB** Insgesamt wurden im UKBB 421 (Vorjahr 483) Behandlungen in Vollnarkose durchgeführt. Dabei ist der Anteil der Behandlungen von Kindern aus dem Kanton Basel-Stadt mit 221 (Vorjahr 266) von 55% auf 52.5% aller Narkosepatientinnen und -patienten gesunken. Der Anteil Schweizer aus dem Kanton Basel-Stadt sank von 55% auf 43% (96 Kinder und Jugendliche). Von den im UKBB behandelten Kindern aus dem Stadtkanton leben 80% (Vorjahr 79%) seit ihrem Geburtsjahr hier. Der Anteil der Kinderbehandlungen in Vollnarkose bis zum 6. Altersjahr erhöhte sich von 68.5% auf 72.4%. Die

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-11'960.5	-11'973.4	-11'549.6	423.8	3.5	410.9	3.4 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'487.3	-2'724.6	-2'495.8	228.7	8.4	-8.5	-0.3 <sup>2</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-2.5	-27.3	-10.7	16.6	60.8	-8.2	<-100.0
36 Transferaufwand	-3'046.5	-2'700.0	-2'969.7	-269.7	-10.0	76.7	2.5 <sup>3</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-17'496.8</b>	<b>-17'425.3</b>	<b>-17'025.9</b>	<b>399.4</b>	<b>2.3</b>	<b>470.9</b>	<b>2.7</b>
42 Entgelte	11'255.0	11'755.3	10'998.4	-756.9	-6.4	-256.6	-2.3 <sup>4</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>11'255.0</b>	<b>11'755.3</b>	<b>10'998.4</b>	<b>-756.9</b>	<b>-6.4</b>	<b>-256.6</b>	<b>-2.3</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-6'241.8</b>	<b>-5'670.0</b>	<b>-6'027.5</b>	<b>-357.5</b>	<b>-6.3</b>	<b>214.4</b>	<b>3.4</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-121.1	-2.5	-10.1	-7.6	<-100.0	111.0	91.7
<b>Abschreibungen</b>	<b>-121.1</b>	<b>-2.5</b>	<b>-10.1</b>	<b>-7.6</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>111.0</b>	<b>91.7</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-6'363.0</b>	<b>-5'672.5</b>	<b>-6'037.6</b>	<b>-365.1</b>	<b>-6.4</b>	<b>325.4</b>	<b>5.1</b>
34 Finanzaufwand	-22.8	-22.0	-23.5	-1.5	-6.7	-0.7	-3.0
44 Finanzertrag	0.2	0.5	0.1	-0.4	-73.2	-0.1	-42.8
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-22.5</b>	<b>-21.5</b>	<b>-23.3</b>	<b>-1.8</b>	<b>-8.5</b>	<b>-0.8</b>	<b>-3.5</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-6'385.5</b>	<b>-5'694.0</b>	<b>-6'060.9</b>	<b>-366.9</b>	<b>-6.4</b>	<b>324.6</b>	<b>5.1</b>
davon Funktionen:							
43 Gesundheitsprävention	-2'911.9	-2'508.6	-2'411.3	97.3	3.9	500.5	17.2
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-3'473.7	-3'185.4	-3'649.6	-464.2	-14.6	-175.9	-5.1

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-99.9	0.0	-84.0	-84.0	n.a.	15.9	15.9
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-99.9</b>	<b>0.0</b>	<b>-84.0</b>	<b>-84.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>15.9</b>	<b>15.9</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-99.9</b>	<b>0.0</b>	<b>-84.0</b>	<b>-84.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>15.9</b>	<b>15.9</b>

## Kommentar

- 1 Einerseits konnte der Personalaufwand aufgrund der Schliessung der Schulzahnklinik-Aussenstelle Riehen reduziert werden, andererseits aber auch durch den Abbau von Rückstellungen für Ferien und Dienstaltersgeschenke.
- 2 Die Schliessung der Aussenstelle Riehen der Schulzahnklinik wirkte sich auch auf den Aufwand für externe Zahntechniker für kieferorthopädische Behandlungen sowie auf den übrigen Materialverbrauch aus. Im Weiteren konnten die Kosten für den Unterhalt der Geräte- und IT-Infrastruktur tiefer gehalten werden als erwartet.
- 3 Die effektiven Kosten zur Deckung der gesetzlichen Gratisleistungen (Kinder/Jugendliche) und der Tarifiereduktionen betragen rund 270'000 Franken mehr als im langjährigen Mittel. Im Berichtsjahr konnte keine weitere Steigerung bei der Patientengruppe mit den höchsten Tarifiereduktionen beobachtet werden.
- 4 Wird die Schliessung der Aussenstellen Riehen berücksichtigt, sind die realisierten Erträge für zahnmedizinische Behandlungen etwa auf demselben Niveau wie im Vorjahr, wobei die vorgegebenen Werte nicht erreicht werden konnten. Ein weiterer grosser Teil der Abweichung bei den Mindereinnahmen von insgesamt 756'900 Franken ist auf längere krankheitsbedingte Abwesenheiten von wichtigen Leistungserbringern zurück zu führen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	92.4	98.3	99.7	99.1	91.9
Anteil Kinder mit Empfehlung Kariesbehandlung MZ/bleib.Z	%	14.0	11.9	12.2	12.6	11.5
Prozentuale Veränderung Kariesindex im Vergleich zum Vorjahr	%	-1.0	-11.7	-9.8	2.7	-2.6
Anteil Garantieleistungen (zahnärztliche Leistungsqualität)	%	0.6	0.8	0.7	0.9	0.6

Anzahl der Kleinkinder bis zum 3. Altersjahr sank von 46 auf 38 Kinder. 45 resp. 39 Kinder wurden im Altern von 5 resp. 6 Jahren behandelt, was 20.3% resp. 17.7% entspricht (Vorjahr je 18 %).

**Universitäres Zentrum für Zahnmedizin** Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat am 17. September 2014 dem Gesetz zum Universitären Zentrum für Zahnmedizin (UZBG) zugestimmt. Gegen diesen Entscheid wurde das Referendum ergriffen. Somit wird die Bevölkerung am 8. März 2015 abschliessend über das Gesetz befinden.

## Gesundheitsversorgung

GD-730

Der Bereich Gesundheitsversorgung ist im Sinn eines Regulators und Mitfinanzierers verantwortlich für die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung in denjenigen Sektoren, in denen dem Kanton gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) sowohl Planungskompetenz wie auch Finanzierungsverpflichtung zukommen: die Spitalversorgung und die Langzeitpflege. Hauptaufgaben sind Angebotsplanung, Förderung und Durchführung von Qualitätssicherungsmassnahmen, Aufsicht über die Leistungserbringer, Monitoring der Versorgungsleistung und Sicherstellung sowie Abwicklung der Finanzierung. Der Bereich umfasst folgende drei Abteilungen:

Die Abteilung Langzeitpflege plant, koordiniert und beaufsichtigt die Anbieter von Pflege-, und Spitexangeboten im Kanton Basel-Stadt und ist für die Pflegebedarfsabklärung und Vermittlung von Pflegeplätzen im Kanton Basel-Stadt zuständig.

Die Abteilung Spitalversorgung plant die bedarfsgerechte Versorgung der basel-städtischen Bevölkerung mit stationären Spitalleistungen mittels Spitalliste und Leistungsaufträgen. Die Koordination einer systematischen Qualitätssicherung in den Spitälern und ein Versorgungsmonitoring sind die Instrumente zur Sicherung einer qualitativ hochstehenden medizinischen Versorgung.

Die Abteilung Projekte und Services leitet und unterstützt die Umsetzung von internen und externen Projekten in der Gesundheitsversorgung. Sie deckt die Querschnittsfunktionen des Bereichs (Finanzen, Recht und zentrales Sekretariat) ab und ist zuständig für die Erstellung des Gesundheitsversorgungsberichts über die stationäre Spitalversorgung und die Langzeitpflege im Kanton Basel-Stadt.

Internet: [www.gesundheitsversorgung.bs.ch](http://www.gesundheitsversorgung.bs.ch)

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Gesundheitsversorgungsbericht** Der vierte Gesundheitsversorgungsbericht über die Spitäler, Pflegeheime, Tagespflegeheime und Spitex-Einrichtungen des Kantons Basel-Stadt über das Jahr 2013 wurde veröffentlicht. Dieser Bericht untersucht die Versorgungsbereiche, in denen dem Kanton gemäss Bundesgesetzgebung sowohl Planungskompetenz wie auch Finanzierungsverpflichtung zukommen: die Langzeitpflege und die stationäre Spitalversorgung. Dargestellt werden quantitative wie qualitative Aspekte aus Angebot, Leistungserstellung, Kosten und Finanzierung sowie der Qualitätssicherung. Zwei Jahre nach Einführung der Regeln der neuen Spitalfinanzierung, konkretisieren sich die Auswirkungen dieses Systemwechsels. Nicht unerwartet kann festgestellt werden, dass der Zustrom von Patientinnen und Patienten aus anderen Kantonen in die Basler Spitäler im Vergleich zum Jahr 2011 um knapp 13% zugenommen hat.

Link: [www.bs.ch/publikationen/gesundheitsversorgung/gsv-2013.html](http://www.bs.ch/publikationen/gesundheitsversorgung/gsv-2013.html)

**Spitalplanung** Seit dem 1. Januar 2014 besteht die volle Freizügigkeit in der Spitalwahl zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Dadurch können Patientinnen und Patienten beider Kantone unter sämtlichen Listenspitälern in Basel-Stadt und Basel-Landschaft auch bei einer Wahlbehandlung ohne zusätzliche Kostenfolge frei wählen. Nach Ablauf eines Jahres kann eine durchwegs positive Bilanz zu dieser Neuerung gezogen werden.

Die Zwischenberichte des Monitorings der Patientenströme in der Nordwestschweiz für die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn wurden fertiggestellt. Auf den 1. Januar 2015 ist eine neue Spitalliste erlassen worden. Dafür wurden die bestehenden Leistungsaufträge an die Spitäler überarbeitet und Anträge der Spitäler auf neue Leistungsaufträge (Wirbelsäulenchirurgie, Viszeralchirurgie und Hals-Nasen-Ohren-Behandlungen) auf ihre Bedarfsgerechtigkeit überprüft. Die Spitalliste gilt für drei Jahre (2015 - 2017).

**Spitalfinanzierung** Für stationäre Spitalbehandlungen gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) wurden 275.1 Mio. Franken (Budget 269.9 Mio. Franken) ausbezahlt. Das sind 5.2 Mio. Franken mehr als budgetiert und 5.6 Mio. Franken mehr als im Vorjahr. Im Vergleich zum Budget liegen die Kosten höher, weil es im Zuge der Einführung der neuen Spitalfinanzierung zu einer Praxisänderung kam, indem forensische Behandlungen in der Psychiatrie bei Vorliegen einer Spitalbedürftigkeit zu Lasten von Krankenversicherung und Kanton abgerechnet werden dürfen (rund

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'936.2	-4'480.7	-4'311.2	169.5	3.8	-375.0	-9.5 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'300.6	-1'862.1	-1'313.9	548.2	29.4	-13.3	-1.0 <sup>2</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-45.5	-28.1	-69.1	-41.0	<-100.0	-23.7	-52.1
36 Transferaufwand	-502'463.0	-493'654.0	-495'059.1	-1'405.1	-0.3	7'403.9	1.5 <sup>3</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-507'745.2</b>	<b>-500'025.0</b>	<b>-500'753.4</b>	<b>-728.4</b>	<b>-0.1</b>	<b>6'991.8</b>	<b>1.4</b>
42 Entgelte	47.9	45.0	57.4	12.4	27.5	9.4	19.7
<b>Betriebsertrag</b>	<b>47.9</b>	<b>45.0</b>	<b>57.4</b>	<b>12.4</b>	<b>27.5</b>	<b>9.4</b>	<b>19.7</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-507'697.3</b>	<b>-499'980.0</b>	<b>-500'696.1</b>	<b>-716.1</b>	<b>-0.1</b>	<b>7'001.2</b>	<b>1.4</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	0.0	-108.0	-108.0	n.a.	-108.0	n.a. <sup>4</sup>
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-117.7	0.0	-538.0	-538.0	n.a.	-420.3	<-100.0 <sup>5</sup>
<b>Abschreibungen</b>	<b>-117.7</b>	<b>0.0</b>	<b>-646.0</b>	<b>-646.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>-528.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-507'815.0</b>	<b>-499'980.0</b>	<b>-501'342.1</b>	<b>-1'362.1</b>	<b>-0.3</b>	<b>6'472.9</b>	<b>1.3</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-507'815.0</b>	<b>-499'980.0</b>	<b>-501'342.1</b>	<b>-1'362.1</b>	<b>-0.3</b>	<b>6'472.9</b>	<b>1.3</b>
davon Funktionen:							
27 Hochschulen	-74'266.7	-75'179.5	-71'781.1	3'398.4	4.5	2'485.6	3.3
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-345'801.9	-329'290.6	-336'230.0	-6'939.5	-2.1	9'571.8	2.8
42 Ambulante Krankenpflege	-22'051.6	-24'500.0	-21'912.9	2'587.1	10.6	138.7	0.6
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-1'423.6	-8'010.0	-7'312.5	697.5	8.7	-5'888.9	-413.7
53 Alter + Hinterlassene	-64'271.2	-63'000.0	-64'105.6	-1'105.6	-1.8	165.6	0.3

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	0.0	0.0	-810.0	-810.0	n.a.	-810.0	n.a.
Ausgaben Kleininvestitionen	-242.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	242.7	100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-10'385.3	0.0	-13'175.3	-13'175.3	n.a.	-2'790.0	-26.9
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-10'628.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-13'985.3</b>	<b>-13'985.3</b>	<b>n.a.</b>	<b>-3'357.3</b>	<b>-31.6</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-10'628.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-13'985.3</b>	<b>-13'985.3</b>	<b>n.a.</b>	<b>-3'357.3</b>	<b>-31.6</b>

## Kommentar

- Die Budgetunterschreitung ist auf eine temporäre Penumreduktion und Krankentaggeldentschädigungen zurückzuführen.
- Verschiedene Projektverzögerungen führten zu einer Budgetunterschreitung beim Betriebs- und Sachaufwand.
- Der Transferaufwand beinhaltet die kantonalen Anteile der Spital- und Pflegefinanzierung. Für die Spitalfinanzierung wurden 1.9 Mio. Franken mehr ausgegeben als geplant, wobei für den Kantonsanteil für stationäre Spitalbehandlungen rund 5.2 Mio. Franken mehr anfielen. Hier ist vorab der um rund 5 Mio. Franken höhere Beitrag an die Universitären Psychiatrischen Kliniken zu erwähnen, welcher einerseits eine Erhöhung der Rückstellungen für Tarifriskiken enthält (1.6 Millionen Franken), andererseits auf die veränderte Verrechnungspraxis für Straftäter in der Psychiatrie, welche vormals vollumfänglich vom Straf- und Massnahmenvollzug übernommen worden war, zurückzuführen ist (rund 1 Million Franken). Die Beiträge für gemeinwirtschaftliche Leistungen der Spitäler liegen um 3.3 Mio. Franken unter Budget. In der Langzeitpflege lagen die Kosten für die Beiträge für die Pflege zu Hause, Spitex Hauswirtschaftsleistungen und die Tagespflegeheime aufgrund einer geringeren Beanspruchung rund 3 Mio. Franken unter Budget. Der Auflösungsvertrag betreffend den Abgeltungsvertrag Bürgerspital führte zu nicht budgetierten Mehraufwendungen von 2 Mio. Franken, wofür der Regierungsrat eine Kreditüberschreitung bewilligte hatte.
- Im Zug der HRM2 Umstellung konnten die Abschreibungen für Grossinvestitionen noch nicht budgetiert werden. Es handelt sich um Abschreibung der Investitionssumme zum Einkauf in die E-Health Basisinfrastruktur.
- Unter HRM2 werden neu auch Abschreibungen von Investitionsbeiträgen an Pflegeheimbauten vorgenommen, dies war zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht klar.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.9	25.3	25.8	26.0	28.1
Stationäre Fälle Privatspitäler	Anz	7'000	6'739	7'747	8'292	8'812 <sup>1</sup>
Stationäre Spitalfälle mit Kantonsbeitrag	Anz	93'500	91'678	91'860	87'666	90'692 <sup>2</sup>
Durchschnittliche Wartezeit für Eintritt in Pflegeheime	Tg	67.0	69.2	89.1	87.3	58.2

**Kommentar**

1 Es handelt sich um innerkantonale Patientinnen und Patienten in der allgemeinen Abteilung.

2 Spitalbehandlungstage von halbprivat und privat versicherten Patienten.

1 Million Franken). Zuvor wurden diese Kosten im Rahmen des Straf- und Massnahmenvollzugs gedeckt. Zudem ist der Mehraufwand beim Kantonsanteil auf eine Erhöhung der Rückstellungen für Tarifrissen zurückzuführen (1.6 Millionen Franken).

Die Spitäler erhielten Beiträge zur Finanzierung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) von insgesamt 92.5 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang von 12.9 Mio. Franken zu verzeichnen und das Budget wird somit um 3.3 Mio. Franken unterschritten. Die Beiträge zur Finanzierung der Sozialdienste in den Spitälern wurden in das Budget des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt übertragen, weil die sachgerechte Bewirtschaftung des Leistungsauftrags dort wahrgenommen wird. Ein Abbau von 9.2 Mio. Franken betrifft die geplante, stark degressive ausgestaltete Abgeltung der ungedeckten Kosten der ambulanten Behandlungen in öffentlichen Spitälern. Die Finanzierung der ungedeckten Kosten der Lehre und Forschung bildet mit 60.8 Mio. Franken (Budget: 62.4 Mio. Franken) den grössten Anteil der GWL. Die Budgetunterschreitung geht zudem mit 1.8 Mio. Franken auf eine geringere Beanspruchung der Beiträge für die Versorgung von Langzeitpatienten in den Spitälern zurück (schnellere Übernahme der Patienten aus den Langzeitpflegebereichen der Spitälern aufgrund des Angebotsausbaus bei den Pflegeheimplätzen). Die Gesamtbelastung der kantonalen Rechnung durch die Spitalfinanzierung hat sich weiter reduziert. Im Vergleich zum Jahr 2011 (vor Einführung der neuen Finanzierungsregeln) wird der Finanzierungssaldo um 12.2 Mio. Franken entlastet.

**Versorgungsmonitoring** Im Rahmen des Versorgungsmonitorings wurden befristete und unbefristete Leistungsaufträge der Spitalliste überprüft. Wo Mindestfallzahlen nicht erreicht werden konnten wurden in Rücksprache mit den betroffenen Spitälern notwendige Anpassungen durchgeführt (Reduktion des Leistungsauftrages im betreffenden Gebiet).

**Qualitätssicherung in den Spitälern des Kantons Basel-Stadt** Die Ergebnisse der Mortalitätsstatistik des Bundesamtes für Gesundheit und der Messungen des Nationalen Vereins für Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken (ANQ) wurden analysiert und mit einzelnen Spitälern besprochen.

Das Thema Medikationssicherheit wurde im Kanton Basel-Stadt zusätzlich zu den national vorgeschriebenen Qualitätsindikatoren und -messungen bearbeitet. Dies war denn auch das zentrale Thema am Tag der Qualität 2014. Zur Medikationssicherheit wurden erste Erhebungen für die Erarbeitung eines diesbezüglichen Qualitätsindikators durchgeführt.

**Palliative Care** Eine erste Koordinationskonferenz „Palliativ Care“ fand statt. Daran beteiligt waren betroffene Leistungserbringer, wie z.B. das Universitätsspital Basel, Palliativzentrum Hildegard, Medizinische Gesellschaft Basel, Spitex, Pflegeheime, Kirchenvertreter, GGG, etc., die sich im Rahmen der Umsetzung der nationalen Palliative Care Strategie engagieren. Die positive Resonanz auf die Veranstaltung hat den Bedarf für diese Austauschplattform bestätigt. Die Angebote einer neu geschaffenen Anlauf- und Koordinationsstelle Palliative Care wurden gut genutzt, was die angestrebte Vernetzung der Palliative Care-Anbieter im Kanton intensiviert hat.

**Spitaltarife 2014** Der Regierungsrat hat 24 Verträge betreffend stationäre Spitaltarife in der allgemeinen Abteilung gemäss KVG genehmigt. Weiter hatten 27 Verträge, welche bereits in den Vorjahren genehmigt wurden, auch für das Jahr 2014 Geltung. Ein Tarifvertrag aus dem Jahr 2013 wurde für das Jahr 2014 verlängert. Des Weiteren sind 12 Festsetzungsverfahren durch den Kanton eröffnet

und sogleich bis zum Vorliegen der Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts betreffend die Leistungsabgeltung der Spitäler im Kanton Basel-Stadt sistiert worden. In diesem Zusammenhang war in sechs Fällen die Festsetzung von provisorischen Tarifen für die Leistungsabgeltung während der Dauer der Verfahren notwendig. Die im Jahr 2013 provisorisch festgesetzten Tarmed Taxpunktwerte im ambulanten Spitalbereich für die Leistungsabgeltung in den Basler Spitälern haben weiterhin Bestand. Dies gilt ebenfalls für die Abgeltung der im UKBB erbrachten ambulanten nicht-ärztlichen Leistungen (z.B. Physiotherapie). Die Verfahren sind bis zum Vorliegen eines erwarteten Leitescheides des Bundesverwaltungsgerichts sistiert.

**Pflegefinanzierung** Die Kosten für die Finanzierung von Heimaufenthalten beliefen sich auf 96.9 Mio. Franken (wovon 64.1 Mio. Franken Ergänzungsleistungen zur AHV und 32.8 Mio. Franken Restfinanzierung gemäss KVG sind). Die Kosten der Pflegeheimfinanzierung liegen damit genau im Budget und sind gegenüber dem Vorjahr aufgrund eines Rückgangs der Restfinanzierung gemäss KVG um 0.7 Mio. Franken gesunken. Die Kosten für die Restfinanzierung der Spitex-Pflegeleistungen beliefen sich auf 13.8 Mio. Franken. Sie kommen rund 0.3 Mio. Franken über dem veranschlagten Wert zu liegen und haben gegenüber dem Vorjahr um rund eine Million Franken zugenommen. Der Anstieg ist auf die vermehrt zu erbringenden komplexen Pflegeleistungen durch eine frühere Übernahme der Patienten aus dem Akutbereich zurückzuführen.

**Angebotsplanung Langzeitpflege** Im Durchschnitt warteten im Jahr 2014 immer noch rund 250 Personen auf den Eintritt in ein geeignetes Pflegeheim. Dank der Eröffnung von neuen sowie erweiterten Pflegeheimen ging die Zahl gegen Ende Jahr deutlich zurück. Die Planung des Neubauprojekts für das Pflegeheim Humanitas an einem neuen Ort in Riehen konnte weiter konkretisiert werden. Der Grosse Rat hat einen entsprechenden Investitionsbeitrag gesprochen.

**Qualität und Aufsicht Langzeitpflege** Die Qualitätsüberprüfungen der Pflegeheime mit dem neuen Instrument „Qualivista“ haben sich bewährt. Eine Spitex-Bewilligung wurde aufgrund laufender Strafverfahren lediglich unter Auflagen erteilt. Aufgrund einer Widerhandlung gegen das Gesundheitsgesetz wurde ausserdem bei der Staatsanwaltschaft ein Bussenantrag gestellt.

**Pflegeberatung und -bedarfsabklärung** Durch die Abteilung Langzeitpflege wurden über 1'000 Pflegeberatungen durchgeführt. Diese haben zum Ziel, betagten Menschen durch Vermittlung entsprechender Unterstützungsangebote so lange wie möglich ein Leben in der gewohnten Umgebung zu erhalten. Wird ein Pflegebedarf festgestellt, der einen Heimeintritt notwendig macht, erfolgt die Vermittlung eines geeigneten Heimplatzes. Im Rahmen dieses Prozesses wurden über 800 Heimeintritte vermittelt.

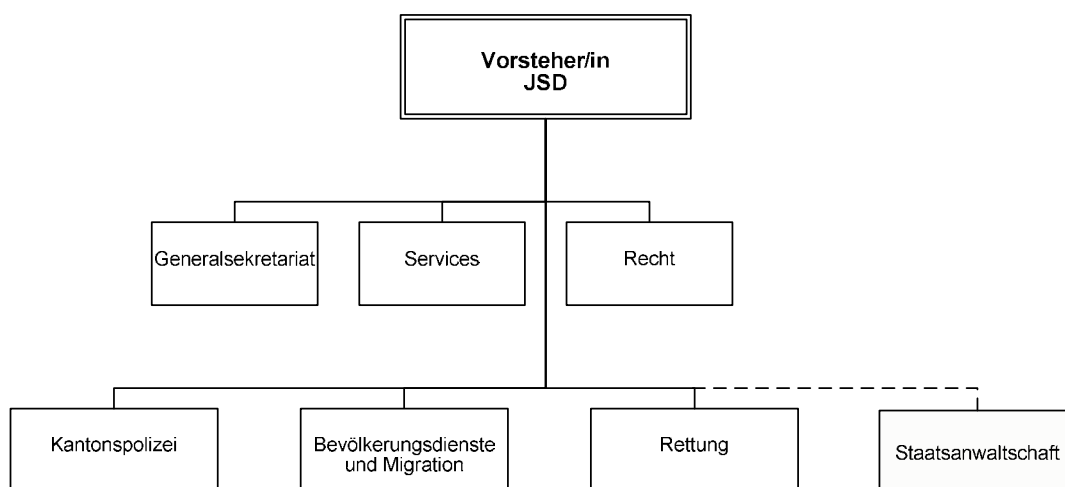
**eHealth – elektronisches Patientendossier** Der Grosse Rat hat einen Investitionsbeitrag bewilligt, der die Finanzierung des eHealth Modellversuchs in Basel-Stadt für fünf Jahre sicherstellt. Zudem hat er das Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG; SG 153.260) um einen Paragraphen (§9a) erweitert. Dieser erlaubt, Pilotprojekte mit schützenswerten Personendaten auf dem Verordnungsweg für fünf Jahre zu regeln. Ein entsprechender Verordnungsentwurf für die Durchführung des eHealth Modellprojektes wird in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Datenschutzbeauftragten erarbeitet. Die kantonalen Leistungsvereinbarungen mit den Spitälern wurden entsprechend mit einer Zusammenarbeitsklausel zu eHealth ergänzt.





#### 4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

JSD-501/1	Generalsekretariat JSD	306
JSD-501/2	Services	308
JSD-501/3	Recht	310
JSD-506	Kantonspolizei	312
JSD-509	Rettung	315
JSD-510	Bevölkerungsdienste und Migration	318
JSD-520	Staatsanwaltschaft	322



**Finanzen**

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-223.2	-227.2	-227.6	-0.3	-0.1	-4.4	-2.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-110.9	-116.0	-122.7	-6.7	-5.8	-11.8	-10.6 <sup>1</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.5	-1.6	-1.3	0.3	17.6	0.2	13.5
36 Transferaufwand	-4.8	-5.4	-14.1	-8.8	<-100.0	-9.3	<-100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-340.4</b>	<b>-350.1</b>	<b>-365.6</b>	<b>-15.5</b>	<b>-4.4</b>	<b>-25.2</b>	<b>-7.4</b>
42 Entgelte	98.1	100.9	101.7	0.8	0.8	3.6	3.7
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	0.0	n.a.
46 Transferertrag	5.7	10.2	20.0	9.8	95.5	14.3	>100.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>103.8</b>	<b>111.2</b>	<b>121.7</b>	<b>10.5</b>	<b>9.5</b>	<b>17.9</b>	<b>17.3</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-236.6</b>	<b>-238.9</b>	<b>-243.9</b>	<b>-5.0</b>	<b>-2.1</b>	<b>-7.3</b>	<b>-3.1</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4.2	-5.9	-5.6	0.4	6.2	-1.3	-31.6
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.4	-0.3	-0.5	-0.2	-69.9	-0.1	-15.5
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.6	0.0	0.6	0.6	n.a.	0.0	1.1
<b>Abschreibungen</b>	<b>-4.1</b>	<b>-6.2</b>	<b>-5.5</b>	<b>0.8</b>	<b>12.2</b>	<b>-1.4</b>	<b>-34.3</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-240.7</b>	<b>-245.2</b>	<b>-249.4</b>	<b>-4.2</b>	<b>-1.7</b>	<b>-8.7</b>	<b>-3.6</b>
34 Finanzaufwand	-0.8	-0.3	-0.4	-0.1	-16.2	0.4	50.6
44 Finanzertrag	0.3	0.0	0.1	0.1	>100.0	-0.3	-80.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.5</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.2</b>	<b>0.1</b>	<b>28.8</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-241.1</b>	<b>-245.5</b>	<b>-249.7</b>	<b>-4.2</b>	<b>-1.7</b>	<b>-8.6</b>	<b>-3.6</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-19.4	-20.6	-21.5	-0.9	-4.3	-2.1	-10.9
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-218.1	-220.5	-224.3	-3.8	-1.7	-6.3	-2.9
4 Gesundheit	-3.7	-4.3	-3.9	0.5	10.9	-0.2	-5.9

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-4.1	0.0	-3.4	-3.4	n.a.	0.7	16.9
Ausgaben Kleininvestitionen	-2.0	-0.9	-0.8	0.1	5.7	1.1	57.8
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.8	0.0	-1.0	-1.0	n.a.	0.8	44.4
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-7.8</b>	<b>-0.9</b>	<b>-5.2</b>	<b>-4.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>2.6</b>	<b>33.6</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-7.8</b>	<b>-0.9</b>	<b>-5.2</b>	<b>-4.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>2.6</b>	<b>33.6</b>

**Kommentar**

- 1 Der Mehraufwand begründet sich hauptsächlich durch a) erhöhte Wertberichtigungen auf Forderungen, resultierend aus der vermehrten Umwandlung von Bussen in Haftstrafen (2 Mio. Franken), b) Mehraufwendungen im Strafvollzug aufgrund der steigenden Anzahl Vollzugstage (2 Mio. Franken) und c) diverse sicherheitsrelevante Ersatzbeschaffungen bei den Blaulichtorganisationen sowie in den Gefängnissen (2 Mio. Franken). Im Weiteren beeinflussten die hohe Anzahl an ausgestellten Pässen und Identitätskarten die Ausgaben für Rohmaterialien sowie der Einsatz von Temporärpersonal bei der Sanität die Ausgaben für Drittleistungen.

## Generalsekretariat JSD

JSD-501/1

Der Bereich Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements. Er stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den anderen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit dem Politikreferat und der Beschwerdestelle, dem Fachreferat, dem Medienreferat und der Kanzlei unterstützt es die operativen Bereiche. Das im Jahr 2014 neu geschaffene Fachreferat vereint die Fachstelle Häusliche Gewalt, die Betreuung verschiedener beim Departement angesiedelter subventionierten Institutionen und anderer Organisationen sowie die Behandlung jener Querschnittsthemen, für die das Departement verantwortlich zeichnet (Prostitution, Extremismus etc.). Damit sind die betroffenen Stellen und Themen strukturell besser in das Departement eingebunden. Mit Geldern aus dem Swisslos-Fonds werden schwerwichtig regionale Projekte und Vorhaben in Kultur und Sport sowie im Sozialen unterstützt.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Politikreferat** Im Berichtsjahr bearbeitete das Justiz- und Sicherheitsdepartement 91 (Vorjahr 58) parlamentarische Geschäfte. Diese teilten sich auf in elf (8) Anzüge, vier (2) Motionen (inhaltlich), 18 (25) Interpellationen, 57 (21) Schriftliche Anfragen und einen (0) Planungsantrag.

**Beschwerdewesen** 2014 bearbeitete das Beschwerdewesen 63 (2013: 76) Beschwerden; darin nicht enthalten sind 42 (33) an den Vorsteher gerichtete Beschwerden sowie die gegen Ordnungsbussen eingereichten Beschwerden, die auf den ordentlichen Rechtsweg geleitet wurden. In 36 (45) Fällen beschwerten sich Männer, in 25 (25) Frauen und in zwei (6) Fällen (Ehe-)Paare oder juristische Personen. Vier (1) Beschwerden richteten sich gegen den Bereich Bevölkerungsdienste und Migration, davon eine berechtigt und drei unberechtigt. Die restlichen 59 (74) Beschwerden richteten sich gegen die Kantonspolizei. In neun (11) Fällen wurde die Beschwerde als berechtigt angesehen, in elf (11) Fällen als teilweise berechtigt und in 39 (52) als unberechtigt.

**Medienreferat** Mit dem elektronischen Versand von rund 500 Medienmitteilungen (inklusive Staatsanwaltschaft Basel-Stadt) sowie gut 4000 zu bearbeitenden Medienanfragen bewegte sich die situative und proaktive Medienarbeit im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Neben Journalistenanfragen gingen beim Medienreferat auch zahlreiche Anfragen aus der Bevölkerung ein, namentlich zu den Auswirkungen der verkehrs- und sicherheitspolizeilichen Massnahmen rund um die Ministerratskonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 4. und 5. Dezember 2014. Im Berichtsjahr mussten die bestehenden Dispositive einer Krisen- und Katastrophenkommunikation lediglich in Übungsszenarien umgesetzt werden. Der 24-Stunden-Pikettdienst war jederzeit gewährleistet.

**Fachreferat** Im Fachreferat werden verschiedene Themen, die eine überdurchschnittliche soziale und politische Bedeutung haben, gebündelt und innerhalb des Departements unter ein gemeinsames Dach gebracht. Zu diesen Themen zählen neben der Häuslichen Gewalt auch Prostitution und Menschenhandel, Opferhilfe, Gewalt im Sport sowie Extremismus. Gleichzeitig betreut das Fachreferat verschiedene Staatsbeiträge, die im Zusammenhang mit den oben genannten Themen stehen (Opferhilfe, Frauenhaus, Männerbüro, Aliena und Telehilfe). Das Know-how beim Thema Staatsbeiträge wird damit innerhalb des Justiz- und Sicherheitsdepartements weitgehend im Fachreferat zusammengefasst. Das erste Fazit nach rund einem Jahr in dieser neuen Struktur fällt positiv aus, die angestrebten Ziele konnten erreicht werden. Nicht zuletzt wurden in der Zusammenarbeit zwischen den Fachstellen und den operativen Blaulichtorganisationen neue Massstäbe gesetzt.

**Swisslos-Fonds** Der Swisslos-Fonds Basel-Stadt wird von der interkantonalen Landeslotterie SWISSLOS aus den Erträgen von Zahlenlotto, Sportwetten und Losverkäufen geäufnet. 2014 lag der Anteil der ausgeschütteten SWISSLOS-Gelder im Kanton Basel-Stadt bei 10,9 Mio. Franken. 558 Gesuche für den Swisslos-Fonds sind 2014 eingegangen (Vorjahr 538). Der Regierungsrat hat 239 (269) Gesuche bewilligt, 195 (175) wurden abgelehnt. 23 (22) Anfragen wurden an Fachstellen anderer Departemente überwiesen und 14 (15) Gesuchstellende haben ihren Antrag zurückgezogen. 87 (57) Gesuche sind weiter in Bearbeitung. An Kulturprojekte wurden 3,9 (3,8) Mio. Franken ausgezahlt, in den Sportbereich flossen 3,6 (3,5) Mio. Franken – inklusive der Abgabe an den

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'087.2	-1'811.3	-1'877.9	-66.6	-3.7	209.4	10.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-448.3	-503.9	-533.2	-29.3	-5.8	-84.9	-18.9
36 Transferaufwand	-92.0	-1'475.0	-10'580.4	-9'105.4	<-100.0	-10'488.4	<-100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-2'627.5</b>	<b>-3'790.2</b>	<b>-12'991.5</b>	<b>-9'201.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-10'364.0</b>	<b>&lt;-100.0</b>
42 Entgelte	368.1	457.9	425.1	-32.8	-7.2	57.0	15.5
46 Transferertrag	0.0	0.0	8'870.0	8'870.0	n.a.	8'870.0	n.a.
<b>Betriebsertrag</b>	<b>368.1</b>	<b>457.9</b>	<b>9'295.1</b>	<b>8'837.2</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>8'927.0</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-2'259.4</b>	<b>-3'332.3</b>	<b>-3'696.4</b>	<b>-364.1</b>	<b>-10.9</b>	<b>-1'437.0</b>	<b>-63.6</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-2'259.4</b>	<b>-3'332.3</b>	<b>-3'696.4</b>	<b>-364.1</b>	<b>-10.9</b>	<b>-1'437.0</b>	<b>-63.6</b>
44 Finanzertrag	12.5	12.5	19.5	7.0	56.2	7.0	56.2
<b>Finanzergebnis</b>	<b>12.5</b>	<b>12.5</b>	<b>19.5</b>	<b>7.0</b>	<b>56.2</b>	<b>7.0</b>	<b>56.2</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-2'246.9</b>	<b>-3'319.8</b>	<b>-3'676.8</b>	<b>-357.1</b>	<b>-10.8</b>	<b>-1'429.9</b>	<b>-63.6</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-2'246.9	-3'319.8	-3'676.8	-357.1	-10.8	-1'429.9	-63.6

**Kommentar**

- Die Änderung der Buchungspraxis für Auszahlungen des Swisslos-Fonds führt zu erfolgsneutralen Aufwands- und Ertragsbuchungen von je 8.9 Mio. Franken. Die Subventionen an die Opferhilfe beider Basel (Drittkosten) waren 0.2 Mio. Franken höher als budgetiert.
- Die Änderung der Buchungspraxis für Auszahlungen des Swisslos-Fonds führt zu erfolgsneutralen Aufwands- und Ertragsbuchungen von je 8.9 Mio. Franken.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.1	11.5	11.5	10.8	13.5
Eingegangene Beschwerden	Anz	75	70	79	76	63
- davon ganz oder teilweise gutgeheissen	%	26.7	31.4	35.4	30.3	33.3
Gesuche an den Swisslos-Fonds	Anz	556	530	518	538	558
- davon bewilligt	%	43.7	46.4	55.2	50.6	42.8
Medienmitteilungen	Anz	650	600	500	530	490

Swisslos-Sportfonds für Jugendsport, Vereine und Verbände –, in Sozial-, Jugend- und Umweltprojekte gingen 1,8 (2,0) Mio. Franken, für Katastrophenhilfe im Ausland wurden 0,1 Mio. Franken und für baselstädtische Spezialprojekte 0,5 Mio. Franken bewilligt.

## Services

JSD-501/2

Vom Bereich Services werden die Unterstützungsaufgaben in den Gebieten Finanzen und Gebäudemanagement, Controlling, Personal, Bauprojekte und Sicherheit, Beschaffung und Informatik für das gesamte Justiz- und Sicherheitsdepartement wahrgenommen bzw. koordiniert. Zudem übernimmt der Bereich Services verschiedene betriebswirtschaftliche und projektbezogene Aufgaben für die Departementsleitung und die operativen Bereiche.

Als übergeordnete Zielsetzung soll der Bereich Services für effiziente betriebswirtschaftliche Abläufe im Departement sorgen und einen wesentlichen Beitrag zum optimalen Einsatz der vorhandenen personellen, finanziellen, materiellen und räumlichen Ressourcen leisten.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Kreditorenworkflow** Der Kreditorenworkflow wurde im 4. Quartal 2014 bei der Kantonspolizei als letzter Bereich im Justiz- und Sicherheitsdepartement erfolgreich eingeführt.

**Konsolidierung der Serverstandorte** Die Server des Justiz- und Sicherheitsdepartement sind heute auf mehrere Standorte verteilt. Künftig werden die Server an zwei erdbebensicheren Standorten (Spiegelhof und Lützelhof) zusammengefasst. Im Jahr 2014 wurde in Zusammenarbeit mit den Zentralen Informatik Diensten das Konzept zur Netzwerkanbindung erarbeitet und weitgehend umgesetzt. Die Grundlagen zur Ausschreibung der SAN (Storage Area Network) und der Firewall-Infrastruktur wurde erarbeitet. Die Umsetzung erfolgt im Jahr 2015.

**Überprüfung der Effizienz und Effektivität diverser Organisationseinheiten** Die Abteilung Controlling überprüfte im Verlauf des Jahres 2014 folgende Organisationseinheiten des Justiz- und Sicherheitsdepartements auf deren Effizienz und Effektivität: das Generalsekretariat, die Personaladministration, den Strafvollzug, das Ressort Sicherheit und Transporte der Kantonspolizei und den Stabsbereich der Sanität Basel. Die Aufgaben und Prozesse dieser Organisationseinheiten wurden im Detail dokumentiert und analysiert und die Organisation wurde gegebenenfalls neu gegliedert mit dem Ziel eines optimaleren Ressourceneinsatzes.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-10'355.0	-10'361.6	-10'496.0	-134.4	-1.3	-141.0	-1.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-7'312.4	-7'179.3	-7'449.7	-270.4	-3.8	-137.3	-1.9
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-68.4	-27.0	-68.4	-41.4	<-100.0	-0.0	0.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-17'735.9</b>	<b>-17'567.9</b>	<b>-18'014.1</b>	<b>-446.2</b>	<b>-2.5</b>	<b>-278.2</b>	<b>-1.6</b>
42 Entgelte	738.1	477.9	396.4	-81.5	-17.0	-341.6	-46.3
<b>Betriebsertrag</b>	<b>738.1</b>	<b>477.9</b>	<b>396.4</b>	<b>-81.5</b>	<b>-17.0</b>	<b>-341.6</b>	<b>-46.3</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-16'997.8</b>	<b>-17'090.0</b>	<b>-17'617.7</b>	<b>-527.7</b>	<b>-3.1</b>	<b>-619.8</b>	<b>-3.6</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-149.9	-220.0	-216.2	3.8	1.7	-66.3	-44.3
<b>Abschreibungen</b>	<b>-149.9</b>	<b>-220.0</b>	<b>-216.2</b>	<b>3.8</b>	<b>1.7</b>	<b>-66.3</b>	<b>-44.3</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-17'147.7</b>	<b>-17'310.0</b>	<b>-17'833.9</b>	<b>-523.9</b>	<b>-3.0</b>	<b>-686.2</b>	<b>-4.0</b>
34 Finanzaufwand	-0.4	0.0	-0.2	-0.2	n.a.	0.1	31.5
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.4</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>n.a.</b>	<b>0.1</b>	<b>31.5</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-17'148.1</b>	<b>-17'310.0</b>	<b>-17'834.1</b>	<b>-524.1</b>	<b>-3.0</b>	<b>-686.1</b>	<b>-4.0</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-17'148.1	-17'310.0	-17'834.1	-524.1	-3.0	-686.1	-4.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-552.6	0.0	-378.4	-378.4	n.a.	174.2	31.5
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-552.6</b>	<b>0.0</b>	<b>-378.4</b>	<b>-378.4</b>	<b>n.a.</b>	<b>174.2</b>	<b>31.5</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-552.6</b>	<b>0.0</b>	<b>-378.4</b>	<b>-378.4</b>	<b>n.a.</b>	<b>174.2</b>	<b>31.5</b>

**Kommentar**

1 Die Abweichung ist mehrheitlich auf technisch notwendige Software-Upgrades zum kantonalen Standard zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	75.1	76.7	77.2	80.2	78.0
Lehrstellen im Departement	Anz	25	26	24	23	23
Raumkosten (Miete, Reinigung, Nebenkosten) pro m2	Fr	311	302	292	291	297
Betreute Mitarbeiterdossiers im Personaldienst pro Stelle	Anz	207	212	223	221	223
Betreute Arbeitsplätze pro Mitarbeiter im PC-Support	Anz	223	249	391	405	450

**Kommentar**

1 Von 2011 auf 2012 erfolgte eine Reduktion der Ressourcen im PC-Support um 2 Vollzeitstellen bei gleichbleibender Anzahl betreuter Arbeitsplätze.

## Recht

JSD-501/3

Der Bereich Recht des Justiz- und Sicherheitsdepartements ist zum einen eine Stabsstelle des Vorstehers und gewährleistet zum anderen die juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates. Er setzt sich zusammen aus der Rechtsabteilung sowie dem Handelsregisteramt. Zur Rechtsabteilung gehören zudem diverse Kommissionen (Justizkommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission, Kontrollorgan Staatsschutz) und die Notariatsprüfungsbehörde.

Zu den juristischen Dienstleistungen beziehungsweise Aufgaben der Rechtsabteilung gehören im Wesentlichen die erwähnte juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates, die Ausarbeitung von Erlassen und (Staats-)Verträgen sowie die Einholung entsprechender Vernehmlassungen und die Einarbeitung berechtigter Anliegen, die juristische Bearbeitung politischer Geschäfte (Initiativen, Motionen, Interpellationen, Anzüge, schriftliche Anfragen), die Führung der Gesetzessammlung von Kanton und Gemeinden, die Instruktion von Rekursverfahren und die Ausarbeitung von Rekursentscheiden des Departements, die Vertretung von Rekursverfahren vor richterlichen Instanzen von Bund und Kanton und die Ausarbeitung entsprechender Stellungnahmen, die Aufsicht über das Handelsregisteramt, die Behandlung von Namensänderungen sowie die Bewältigung von Aufgaben im Zusammenhang mit den bei der Rechtsabteilung angesiedelten Kommissionen und der Notariatsprüfungsbehörde.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Rechtsabteilung** Im Anschluss an die im Berichtsjahr erfolgte öffentliche Vernehmlassung hat der Regierungsrat den Entwurf zu einem Gesetz betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft dem Grossen Rat zur Bearbeitung und Beschlussfassung überwiesen. Die Beratungen in der zuständigen Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates wurden im Berichtsjahr aufgenommen. Mit dem Projekt stehen die beiden Teilprojekte „Justizreform zweite Etappe“ und „Neuorganisation der Justizverwaltung gemäss §112 Abs. 2 KV“ im Zusammenhang.

Das Kontrollorgan Staatsschutz hat im Berichtsjahr an acht Sitzungen zwei Gespräche mit dem Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements, zwei Gespräche mit Vertretern der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates (an einem dieser Gespräche war auch der Präsident der Geschäftsprüfungsdelegation der Bundesversammlung anwesend), eine interne Sitzung, eine Visitation bei der Kantonspolizei Basel-Stadt und deren zwei bei der kantonalen Staatsschutzbehörde (Fachgruppe 9) durchgeführt.

Das Verfassungsgericht des Kantons Basel-Stadt hat die Beschwerde gegen den Beschluss des Grossen Rates bezüglich der rechtlichen Unzulässigkeit der kantonalen Volksinitiative für ein kantonales Vermummungsverbot im öffentlichen Raum im Berichtsjahr abgewiesen. Der Entscheid des Verfassungsgerichts ist in Rechtskraft erwachsen.

Die Justizkommission hat im Berichtsjahr zwei ordentliche Sitzungen abgehalten, einen Notar ernannt und im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Aufsichtstätigkeit die Staatsanwaltschaft und ein Notariatsbüro visitiert. An den beiden genannten Sitzungen wurden neben der Behandlung der üblichen Geschäfte (Genehmigung des Protokolls der vorangehenden Sitzung, Entgegennahme der Visitationsberichte, diverse weniger aufwendige Fälle im Zusammenhang mit der Tätigkeit von Urkundspersonen) ein Verfahren betreffend Notariatsexamen, ein Verfahren betreffend eine aufsichtsrechtliche Anzeige gegen einen Notar sowie eine Tarifbeschwerde abschliessend behandelt.

Die Nomenklaturkommission befasste sich im Berichtsjahr an vier Sitzungen mit verschiedenen Strassenbenennungsprojekten sowie mit diversen Anfragen und Vorstössen aus der Verwaltung, der Bevölkerung, den Landgemeinden und dem Kanton Basel-Landschaft. Beim Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements wurden Anträge zur offiziellen Benennung von folgenden Strassen gestellt: Giesslipark, Max Kämpf-Platz, Tangentenweg, Wiesentunnel, Zollfreie Strasse.

**Handelsregisteramt** Die Anzahl Handelsregistereinträge lag 2014 mit 7248 auf dem Niveau der Jahre 2007, 2008, 2011 und 2013. Wie bereits in den Vorjahren hat die seit 2008 bestehende Möglichkeit, unbeglaubigte Handelsregister-Auszüge kostenlos über Internet zu beziehen, auch im Berichtsjahr zu einem weiteren markanten Rückgang an in beglaubigter Form ausgestellten Auszügen

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'569.1	-3'410.6	-3'321.4	89.2	2.6	247.7	6.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-262.0	-223.8	-209.8	14.0	6.3	52.3	19.9
36 Transferaufwand	-1'507.4	0.0	0.0	0.0	n.a.	1'507.4	100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-5'338.6</b>	<b>-3'634.4</b>	<b>-3'531.2</b>	<b>103.2</b>	<b>2.8</b>	<b>1'807.4</b>	<b>33.9</b>
42 Entgelte	1'744.6	2'001.0	1'931.9	-69.1	-3.5	187.3	10.7
<b>Betriebsertrag</b>	<b>1'744.6</b>	<b>2'001.0</b>	<b>1'931.9</b>	<b>-69.1</b>	<b>-3.5</b>	<b>187.3</b>	<b>10.7</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-3'594.0</b>	<b>-1'633.4</b>	<b>-1'599.3</b>	<b>34.1</b>	<b>2.1</b>	<b>1'994.7</b>	<b>55.5</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-3'594.0</b>	<b>-1'633.4</b>	<b>-1'599.3</b>	<b>34.1</b>	<b>2.1</b>	<b>1'994.7</b>	<b>55.5</b>
34 Finanzaufwand	-1.3	-2.0	-1.3	0.7	34.5	-0.0	-2.7
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-1.3</b>	<b>-2.0</b>	<b>-1.3</b>	<b>0.7</b>	<b>34.5</b>	<b>-0.0</b>	<b>-2.7</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-3'595.2</b>	<b>-1'635.4</b>	<b>-1'600.6</b>	<b>34.8</b>	<b>2.1</b>	<b>1'994.6</b>	<b>55.5</b>
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-3'595.2	-1'635.4	-1'600.6	34.8	2.1	1'994.6	55.5

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	26.4	25.1	21.7	23.8	22.5
Eingegangene Rekurse JSD	Anz	197	230	262	168	241
Gesuche um Namensänderung	Anz	192	195	217	189	194
Formelle Prüfung der Erlasse für Kanton und Gemeinden	Anz	231	224	266	195	209
Rechtliche Zulässigkeit von Initiativen und Motionen	Anz	29	19	18	25	19
Vorgenommene Eintragungen im Handelsregister	Anz	8'483	7'465	8'586	7'350	7'248
Ausgestellte beglaubigte Handelsregister-Auszüge	Anz	6'554	6'117	5'898	5'197	4'233

geführt. Die seit 2013 bestehende Möglichkeit der Einreichung von Anmeldungen und Belege in elektronischer Form über das Portal juspace.ch hat dagegen noch keine nennenswerte Resonanz gefunden. Eine vom Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt und der Sicherheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft gemeinsam in Auftrag gegebene Studie über die Konsequenzen einer Zusammenführung der beiden kantonalen Handelsregisterämter hat ergeben, dass eine solche Zusammenlegung keine nennenswerten Synergien oder Kosteneinsparungen bringen würde. Deswegen und weil beide Kantonsregierungen einen standortpolitischen Vorteil darin sehen, an ihrem Ort einen eigenen Schalterdienst aufrecht zu erhalten, sind sie übereingekommen, das Projekt vorerst nicht weiterzuverfolgen.



## Kantonspolizei

JSD-506

Gemäss allgemeinem Auftrag des Polizeigesetzes §1 sorgt die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung des Gesetzes: präsent zu sein, Aufklären, Informieren sowie Intervenieren und Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren bei objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses; positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten, Regeln der Verkehrszulassungen von Personen und Fahrzeugen; rasches und zielgerichtetes Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthaltes und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Federführung in der Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen (Kantonale Krisenorganisation).

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**OSZE 2014** Ein positives Fazit hat die Kantonspolizei Basel-Stadt nach der Ministerratskonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vom 4. und 5. Dezember 2014 ziehen können – wie auch die baselstädtische Projektleitung. Rund um diesen Grossanlass mit internationaler Ausstrahlung war die Kantonspolizei zuständig für die Sicherheit. Sie konnte dabei auf die Unterstützung von Polizeikorps aus der ganzen Schweiz zählen. Subsidiär zur Seite stand ihr auch die Schweizer Armee. Der Gesamteinsatzleitung gelang es, einerseits die internationalen Sicherheitsstandards zu gewährleisten und andererseits die Einschränkungen für die Bevölkerung rund um die Messe Basel während der Konferenztage gering zu halten. Die Sicherheit der rund 1500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz aus siebzig Ländern sowie der Bevölkerung war jederzeit gewährleistet.

**Personal** Der Headcount der Kantonspolizei Basel-Stadt wurde im Jahr 2014 um 12.5 Stellen erhöht. Elf Stellen – zehn für das Einsatzelement Brennpunkte und eine für das Community Policing – gehen zurück auf die vom Regierungsrat beschlossene stufenweise Aufstockung des Korps um 45 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten. 1.5 Stellen hängen mit der neuen Parkraumbewirtschaftung zusammen.

### Querschnittsdienstleistungen

**Einsatzzentrale** Im Berichtsjahr gingen auf der Einsatzzentrale der Kantonspolizei 50'716 Anrufe (2013: 54'325) über die Notrufnummern 117 und 112 ein. Daraus eröffnete die Einsatzzentrale 27'036 (27'420) Fälle. 30'037 (31'242) Mal bot sie aufgrund von Meldungen eine Fahrzeugpatrouille auf.

### Sicherheitspolizei

**Grundversorgung** Die Sicherheitspolizei hat auch im Berichtsjahr an 365 Tagen – rund um die Uhr – die polizeiliche Grundversorgung sichergestellt. Insgesamt wurden 16'313 (2013: 17'167) Anzeigen an den Schaltern der Polizeiwachen und -posten entgegengenommen. Dazu kommen 27'036 (26'782) Meldungen.

**Community Policing (CP)** Der Begriff „Community Policing“ bezeichnet die Partnerschaft zwischen der Polizei und der Bevölkerung in einem permanenten Problemlösungsprozess. Dabei geht es vorwiegend darum, Probleme im Ansatz zu erkennen und korrigierend einzuwirken. Die insgesamt elf Mitarbeitenden des CP bei der Sicherheitspolizei haben im Berichtsjahr 866 (2013: 944) Sachgeschäfte einer Problemlösung zugeführt. Hinzu kamen – erstmals in dieser Form statistisch erfasst – 1989 Hilfestellungen und Auskünfte. Einen deutlichen Anstieg der Anfragen im Vergleich zum Vorjahr erlebten die Mitarbeitenden des CP, nachdem die neue Broschüre „Ihre Ansprechpartnerinnen und -partner der Basler Polizei“ Ende Januar 2014 an die Haushalte verteilt worden waren.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-112'683.6	-114'352.7	-115'670.1	-1'317.4	-1.2	-2'986.5	-2.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-26'242.7	-27'607.2	-28'191.1	-583.9	-2.1	-1'948.3	-7.4
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1'134.6	-1'265.0	-1'034.2	230.8	18.2	100.4	8.8 <sup>1</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-140'060.9</b>	<b>-143'224.9</b>	<b>-144'895.4</b>	<b>-1'670.5</b>	<b>-1.2</b>	<b>-4'834.5</b>	<b>-3.5</b>
42 Entgelte	31'585.6	34'729.9	31'412.8	-3'317.1	-9.6	-172.9	-0.5 <sup>2</sup>
46 Transferertrag	754.5	5'931.3	6'181.4	250.1	4.2	5'426.9	>100.0 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>32'340.1</b>	<b>40'661.2</b>	<b>37'594.2</b>	<b>-3'067.0</b>	<b>-7.5</b>	<b>5'254.1</b>	<b>16.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-107'720.8</b>	<b>-102'563.6</b>	<b>-107'301.2</b>	<b>-4'737.6</b>	<b>-4.6</b>	<b>419.6</b>	<b>0.4</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2'318.9	-2'632.5	-2'473.1	159.4	6.1	-154.2	-6.6
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	363.8	0.0	363.8	363.8	n.a.	0.0	0.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-1'955.2</b>	<b>-2'632.5</b>	<b>-2'109.4</b>	<b>523.1</b>	<b>19.9</b>	<b>-154.2</b>	<b>-7.9</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-109'675.9</b>	<b>-105'196.1</b>	<b>-109'410.6</b>	<b>-4'214.4</b>	<b>-4.0</b>	<b>265.4</b>	<b>0.2</b>
34 Finanzaufwand	-261.6	-283.0	-314.4	-31.4	-11.1	-52.8	-20.2
44 Finanzertrag	27.5	0.0	32.6	32.6	n.a.	5.2	18.9
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-234.1</b>	<b>-283.0</b>	<b>-281.8</b>	<b>1.2</b>	<b>0.4</b>	<b>-47.6</b>	<b>-20.3</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-109'910.1</b>	<b>-105'479.1</b>	<b>-109'692.4</b>	<b>-4'213.2</b>	<b>-4.0</b>	<b>217.7</b>	<b>0.2</b>
davon Funktionen:							
11 Öffentliche Sicherheit	-107'765.5	-102'303.5	-107'397.8	-5'094.4	-5.0	367.6	0.3
16 Verteidigung	-2'144.6	-3'175.7	-2'294.5	881.1	27.7	-149.9	-7.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'330.5	0.0	-783.3	-783.3	n.a.	547.2	41.1
Ausgaben Kleininvestitionen	-1'798.3	-887.0	-653.2	233.8	26.4	1'145.1	63.7
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-3'128.7</b>	<b>-887.0</b>	<b>-1'436.4</b>	<b>-549.4</b>	<b>-61.9</b>	<b>1'692.3</b>	<b>54.1</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-3'128.7</b>	<b>-887.0</b>	<b>-1'436.4</b>	<b>-549.4</b>	<b>-61.9</b>	<b>1'692.3</b>	<b>54.1</b>

**Kommentar**

- 1 Die Abweichung von 0.2 Mio. Franken begründet sich mehrheitlich durch eine Verschiebung in den Sachaufwand zu den «Nicht aktivierbaren Anlagen».
- 2 Die Abweichung von -3.3 Mio. Franken begründet sich mehrheitlich durch tiefere Bussenerträge (-3.9 Mio. Franken) und Mehrerträgen aus Motorfahrzeuggebühren (ohne Steuern; 0.5 Mio. Franken).
- 3 Der Mehrertrag stammt aus dem Bundesbeitrag an die Sicherheitskosten für das Asylempfangs- und -verfahrenszentrum.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	870.3	792.6	792.6	831.5	828.4
Fluktuation	%	3.3	4.3	4.5	3.3	4.0
Gesamtzufriedenheit der Bevölkerung	Wert			7.5		<sup>1</sup>
Hilfsbereitschaft der Polizei	Wert			8.2		<sup>2</sup>
Notrufe bei der Einsatzzentrale (Tel. 112/117)	Anz	48'621	53'261	55'488	54'325	50'716
Polizeieinsätze	Anz	25'650	27'549	28'267	27'420	27'036
Requisitionseinträge	Anz	25'992	28'138	28'394	26'712	26'291
Schwerverletzte im Strassenverkehr	Pers.	96	90	81	82	88
Tote im Strassenverkehr	Pers.	4	3	5	2	2

#### Kommentar

- 1 Resultat aus der Kundenbefragung, die 2012 erstmals in dieser Form durchgeführt wurde. Der Wert beschreibt auf einer Skala von 1 bis 10 die Zufriedenheit der baselstädtischen Bevölkerung mit der Kantonspolizei Basel-Stadt. Die nächste Befragung findet 2015 statt.
- 2 Resultat aus der Kundenbefragung, die 2012 erstmals in dieser Form durchgeführt wurde. Der Wert beschreibt auf einer Skala von 1 bis 10 die Zufriedenheit der baselstädtischen Bevölkerung mit der Kantonspolizei Basel-Stadt. Die nächste Befragung findet 2015 statt.
- 3 Entspricht der Anzahl Falleröffnungen in der Einsatzzentrale.

#### Spezialformationen

**Fahndungsdienst** Im Berichtsjahr wurden 3719 (2013: 5122) Geschäfte registriert, was einer Abnahme von rund 27 Prozent entspricht. Die Gesamtzahl der Festnahmen belief sich auf 417 (550). Die Anzahl der Anzeigen „Vermisste und Entlaufene“ war mit 816 (825) leicht tiefer als im Vorjahr. Die Anzahl der allgemeinen Aufträge bewegte sich innerhalb der üblichen Schwankungen. Die Anzahl Aufträge betreffend die vom Strafvollzug Basel-Stadt umgewandelten Bussen beliefen sich auf rund 750 (1750). Dies entspricht einem Rückgang von knapp 57 Prozent. Insgesamt wurden 104'159 Franken (353'330 Franken) eingezogen. Die Zahl der ausserkantonalen Busseneinzüge liegt mit 328 (334) Aufträgen auf demselben Niveau wie im Vorjahr. Bei den Ein- und Ausgrenzungen sind die Aufträge mit 121 (393) gegenüber dem Vorjahr um 69 Prozent gesunken. Für das Migrationsamt wurden sechs (12) Wegweisungen nach Asylgesetz (AsylG) und Ausländergesetz (AuG) erfasst. Die Vorführungsbefehle des Militärs sind von 33 im Vorjahr auf 27 gesunken.

#### Verkehrsmanagement

**Autobahn-Polizei-Stützpunkt** Der Umbau des Autobahn-Polizei-Stützpunktes wurde im vergangenen Jahr plangemäss abgeschlossen. Das Ressort Kontrollen konnte so erfolgreich in die Verkehrspolizei integriert werden. Dank des Umbaus lassen sich die grössere personelle Belegung gut verkräften sowie Synergien wie angedacht personell und materiell nutzen. Zudem wurde das Gebäude auf einen zeitgemässen Stand bezüglich Sicherheit gebracht und erdbebenertüchtigt.

## Rettung

JSD-509

Zu den Aufgaben des Bereiches Rettung gehören: Gewährleisten von Schutz und Sicherheit; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Einsatzvorbereitung; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brandbekämpfungs-, Chemiewehr-, Ölwehr- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Erarbeiten und Durchführen vorbeugender Massnahmen, Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Administration der Wehrpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Justiz- und Sicherheitsdepartements und Dritter.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Personal Sanität** Der Soll-Personalbestand der Sanität Basel wurde um zwei Vollzeitstellen aufgestockt. Dadurch konnte der in den vergangenen Jahren entstandene Mehraufwand wieder mit den personellen Ressourcen in ein Gleichgewicht gebracht werden. Zwei weitere Vollzeitstellen wurden geschaffen, um innerhalb der nächsten drei Jahre die rückständigen Zeitguthaben abzubauen. Diese konnten trotz Mehrbelastung durch die Ministerratskonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa um insgesamt rund 600 Stunden auf 139 Stunden pro Mitarbeiterin oder Mitarbeiter reduziert werden. Die vollständige Besetzung der neu geschaffenen Stellen wird sich aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels voraussichtlich bis Mai 2015 hinziehen.

**Bereich ABC** Gemeinsam mit der Kontrollstelle für Chemie- und Biosicherheit (KCB) sowie dem Amt für Umwelt und Energie wurde eine Fachstelle ABC geschaffen. Diese wurde bei der KCB angegliedert und ist verantwortlich für die kantonhoheitlichen Aufgaben bei atomaren, biologischen und chemischen Ereignissen.

**Projekt Cambiale** Mit dem Projekt Cambiale wurde die bikantonale Ausbildung der Milizfeuerwehr mit Blick auf das gesamtschweizerische Konsenspapier „Feuerwehr 2015“ überprüft und den heutigen Methoden der Erwachsenenbildung angepasst. Das gesamte Kurswesen wurde somit grundlegend überarbeitet. Dies geschah in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft.

**Projekt Milizfeuerwehr** Eine Überprüfung von Leistungsauftrag und Struktur der Milizfeuerwehr ist gestartet worden. Ziel ist zudem eine klare Abgrenzung gegenüber den Partnerorganisationen und ein möglichst hoher Grad an Selbständigkeit. Konkrete Ergebnisse sollen im Jahr 2015 vorliegen.

## Militär und Zivilschutz

**Kurse und Dienstage** Im Berichtsjahr haben 2140 (2013: 2102) Zivilschutz-Dienstpflichtige in 161 (179) Kursen total 7530 (8551) Dienstage geleistet. An den Orientierungstagen als Vorbereitung auf die Rekrutierung nahmen in Basel 590 (548) Stellungspflichtige teil.

## Feuerwehr

**Einsätze** Die Gesamtanzahl liegt mit 2267 im Bereich der Vorjahre. Die Berufs- und die Milizfeuerwehr rückte unter anderem zu 241 Brandbekämpfungen, 330 Elementarereignissen und 711 Fehlalarmeinsätzen aus. Unter den Einsätzen im Berichtsjahr hervorzuheben ist jener nach der Havarie des Gütermotorschiffes MS Merlin vom 4. August 2014.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-32'716.0	-34'167.0	-33'743.8	423.2	1.2	-1'027.8	-3.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14'035.0	-12'989.4	-14'405.4	-1'416.0	-10.9	-370.4	-2.6
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-135.6	-152.8	-143.5	9.3	6.1	-8.0	-5.9
36 Transferaufwand	0.0	-160.0	0.0	160.0	100.0	0.0	n.a.
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-46'886.6</b>	<b>-47'469.2</b>	<b>-48'292.7</b>	<b>-823.5</b>	<b>-1.7</b>	<b>-1'406.1</b>	<b>-3.0</b>
42 Entgelte	24'993.6	19'382.8	20'641.3	1'258.5	6.5	-4'352.3	-17.4
43 Verschiedene Erträge	0.0	40.0	0.0	-40.0	-100.0	0.0	n.a.
46 Transferertrag	2'222.5	2'170.6	2'460.8	290.2	13.4	238.3	10.7
<b>Betriebsertrag</b>	<b>27'216.1</b>	<b>21'593.3</b>	<b>23'102.0</b>	<b>1'508.7</b>	<b>7.0</b>	<b>-4'114.1</b>	<b>-15.1</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-19'670.5</b>	<b>-25'875.9</b>	<b>-25'190.6</b>	<b>685.2</b>	<b>2.6</b>	<b>-5'520.2</b>	<b>-28.1</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'099.2	-1'861.3	-2'157.1	-295.8	-15.9	-1'057.9	-96.2
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-76.8	0.0	-76.8	-76.8	n.a.	0.0	0.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	73.8	0.0	73.8	73.8	n.a.	0.0	0.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-1'102.1</b>	<b>-1'861.3</b>	<b>-2'160.0</b>	<b>-298.8</b>	<b>-16.1</b>	<b>-1'057.9</b>	<b>-96.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-20'772.6</b>	<b>-27'737.1</b>	<b>-27'350.6</b>	<b>386.5</b>	<b>1.4</b>	<b>-6'578.1</b>	<b>-31.7</b>
34 Finanzaufwand	-12.1	0.0	-12.2	-12.2	n.a.	-0.1	-0.9
44 Finanzertrag	0.8	0.0	0.1	0.1	n.a.	-0.7	-88.6
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-11.2</b>	<b>0.0</b>	<b>-12.1</b>	<b>-12.1</b>	<b>n.a.</b>	<b>-0.8</b>	<b>-7.6</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-20'783.8</b>	<b>-27'737.1</b>	<b>-27'362.7</b>	<b>374.4</b>	<b>1.3</b>	<b>-6'578.9</b>	<b>-31.7</b>
davon Funktionen:							
15 Feuerwehr	-6'407.8	-12'836.1	-12'931.1	-95.0	-0.7	-6'523.3	-101.8
16 Verteidigung	-10'720.0	-10'556.5	-10'559.0	-2.5	0.0	161.0	1.5
42 Ambulante Krankenpflege	-3'656.0	-4'344.5	-3'872.7	471.9	10.9	-216.7	-5.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'632.3	0.0	-1'163.2	-1'163.2	n.a.	469.1	28.7
Ausgaben Kleininvestitionen	-185.6	0.0	-183.1	-183.1	n.a.	2.5	1.4
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-1'817.9</b>	<b>0.0</b>	<b>-1'346.3</b>	<b>-1'346.3</b>	<b>n.a.</b>	<b>471.6</b>	<b>25.9</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-1'817.9</b>	<b>0.0</b>	<b>-1'346.3</b>	<b>-1'346.3</b>	<b>n.a.</b>	<b>471.6</b>	<b>25.9</b>

**Kommentar**

- 1 Mit dem Einsatz von Rettungssanitätern von Temporärfirmen sind Mehrkosten in der Höhe von -0.2 Mio. Franken angefallen. Im Weiteren haben dringende Gebäudeunterhalts- und Instandstellungsarbeiten v. a. am Standort der Sanität von -0.4 Mio. Franken, sicherheitsrelevante Erneuerungen bei Gerätschaften (bspw. Beatmungsgeräte) von -0.7 Mio. Franken und dringliche Ersatzbeschaffungen im Zusammenhang mit Korpsmaterial von -0.1 Mio. Franken zur Budgetüberschreitung beigetragen.
- 2 Aufgrund der neuen Rechnungslegungsgrundsätze (HRM2) sind Buchungen im Zusammenhang mit Fonds im Fremdkapital in der Rechnung 2014 über die Bilanz abgewickelt worden.
- 3 Sowohl die Sanität als auch die Feuerwehr verzeichnen gewisse Mehrerträge aus der Verrechnung von Einsätzen (0.9 Mio. bzw. 0.1 Mio. Franken). Auch die Versicherungsbeiträge zur Schadenverhütung im Zusammenhang mit Feuer generieren höhere Einnahmen von 0.1 Mio. Franken.
- 4 Durch Verzögerungen bei der Beschaffung von verschiedenen Grossfahrzeugen (v. a. bei der Feuerwehr) sind Abschreibungsverschiebungen von 2013 auf 2014 feststellbar.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	235.0	230.7	227.4	231.4	229.8
Betreute Angehörige Armee/Zivilschutz	Anz	13'188	12'729	12'618	12'161	12'084
Aktive Dienstleistende im Zivilschutz	Anz	1'943	1'820	1'890	1'913	1'868
Interventionszeit der Feuerwehr <=13 Min.	%	95	96	96	96	95
Einsätze von Berufs- und Milizfeuerwehr	Anz	2'158	2'239	2'199	2'161	2'267
Interventionszeit der Sanität <=10 Min.	%	91	90	91	90	91
Einsätze der Sanität	Anz	17'816	17'938	17'827	18'729	18'823

### Sanität

**Einsätze** Die Sanität Basel leistete im Berichtsjahr 18'823 Einsätze, was im Bereich der Vorjahre liegt. Die Teams der Sanität wurden zu 12'774 Notfall- und 3824 planbaren Patiententransporten gerufen.

## Bevölkerungsdienste und Migration

JSD-510

Der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration übernimmt eine breite Aufgabenpalette im Dienste der Öffentlichkeit.

Das Einwohner- und Zivilstandsamt regelt das Meldewesen im Einwohnerbereich und führt das Einwohner- und das Personenstandsregister. Es hält Ziviltrauungen ab, stellt Ausweise und Dokumente für die Kundschaft aus und erfasst die dafür nötigen biometrischen Daten. Es beglaubigt Dokumente, stellt Apostillen aus und verwaltet Fundsachen. Ausserdem ist es Kontakt- und Triagestelle für Fragen rund um die kantonale Verwaltung.

Das Migrationsamt erteilt Einreise-, Aufenthalts- und Grenzgängerbewilligungen. Es ist zuständig für Aufenthaltsverlängerungen und die erste Anlaufstelle für ausländische Staatsangehörige, die sich einbürgern lassen wollen. Für Personen, die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben und nicht freiwillig ausreisen, leitet das Migrationsamt die erforderlichen Vollzugshandlungen ein. Es ist zudem Strafverfolgungsbehörde im Ausländerrecht.

Das Amt für Justizvollzug ist verantwortlich für die Inhaftierung von Personen zur Sicherung laufender Untersuchungs-, Gerichts- und Migrationsverfahren. Es plant und vollzieht gerichtlich angeordnete Strafen und Massnahmen und leistet Bewährungshilfe mit dem Ziel, die betreuten Personen vor Rückfälligkeit zu bewahren und sozial zu integrieren.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

### Migrationsamt

**Neue nationale Visadatenbank** Das bisherige Visaerteilungssystem wurde im Januar 2014 durch eine – von der bestehenden Ausländerdatenbank – unabhängige neue Visadatenbank ORBIS abgelöst und in den Kantonen eingeführt. Das neue Informationssystem ist EU-kompatibel und wird wie bisher Visadaten an die zentrale Datenbank des Schengen-Raumes übermitteln. Das neue System lässt eine benutzerfreundliche Anwendung und effiziente Bearbeitung von Visaanträgen zu.

**Kontrollierte Ausreisen ab dem EuroAirport** Seit Februar 2014 wurden während einer Pilotphase kontrollierte Ausreisen von weggewiesenen Personen des Asyl- und Ausländerbereichs aus der Schweiz ab dem EuroAirport (EAP) abgewickelt. Die Vollzugsorgane an den Flughäfen Zürich und Genf sollten mit Ausreisen ab Basel entlasten werden. Dieses Ziel wurde erreicht. Im Berichtsjahr konnten insgesamt 356 Personen ab dem EAP ausreisen. Nach Abschluss der Pilotphase haben die Regierungen beider Basel mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren und dem Grenzwachkorps per 1. Januar 2015 eine Leistungsvereinbarung für die Fortsetzung des Betriebes abgeschlossen. Neu erhalten die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für jede kontrollierte Ausreise, die über den EAP abgewickelt wird, bei der Zuweisung von Asylsuchenden durch den Bund eine Reduktion um jeweils zwanzig Personen auf hundert Ausreisen.

### Einwohner- und Zivilstandsamt

**Personenauskunft-, Registratur- und Informationssystem (PaRIS)** Mit dem Projekt „PaRIS“ sollen die Fachanwendungen EWIS (Einwohneramt) und Konsul (Migrationsamt sowie Amt für Wirtschaft und Arbeit) durch ein einziges Informatiksystem gemeinsam abgelöst werden. Nach Abschluss des Submissionsverfahrens konnte im August 2014 die Konzeptionsphase durchgeführt und anschliessend im Dezember 2014 die Umsetzungsphase gestartet werden. Der Projektabschluss ist auf Anfang Dezember 2016 geplant.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-25'965.5	-26'738.3	-26'080.8	657.5	2.5	-115.2	-0.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-47'243.5	-48'943.4	-51'658.3	-2'714.9	-5.5	-4'414.8	-9.3 <sup>1</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.2	-1.2	-1.2	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-118.2	-117.0	-113.9	3.1	2.6	4.3	3.6
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-73'328.3</b>	<b>-75'799.8</b>	<b>-77'854.1</b>	<b>-2'054.3</b>	<b>-2.7</b>	<b>-4'525.8</b>	<b>-6.2</b>
42 Entgelte	21'095.2	26'936.4	30'083.5	3'147.1	11.7	8'988.2	42.6 <sup>2</sup>
46 Transferertrag	2'014.0	1'520.0	1'750.4	230.4	15.2	-263.6	-13.1 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>23'109.2</b>	<b>28'456.4</b>	<b>31'833.9</b>	<b>3'377.5</b>	<b>11.9</b>	<b>8'724.7</b>	<b>37.8</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-50'219.2</b>	<b>-47'343.5</b>	<b>-46'020.3</b>	<b>1'323.2</b>	<b>2.8</b>	<b>4'198.9</b>	<b>8.4</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-596.5	-1'179.0	-669.2	509.8	43.2	-72.7	-12.2
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-359.1	-296.4	-426.9	-130.5	-44.0	-67.8	-18.9
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	155.0	0.0	161.7	161.7	n.a.	6.7	4.3
<b>Abschreibungen</b>	<b>-800.6</b>	<b>-1'475.4</b>	<b>-934.4</b>	<b>541.0</b>	<b>36.7</b>	<b>-133.7</b>	<b>-16.7</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-51'019.8</b>	<b>-48'818.8</b>	<b>-46'954.7</b>	<b>1'864.2</b>	<b>3.8</b>	<b>4'065.1</b>	<b>8.0</b>
34 Finanzaufwand	-38.7	-33.1	-37.3	-4.2	-12.6	1.4	3.6
44 Finanzertrag	0.3	0.1	0.2	0.1	91.6	-0.1	-35.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-38.4</b>	<b>-33.0</b>	<b>-37.1</b>	<b>-4.1</b>	<b>-12.4</b>	<b>1.3</b>	<b>3.3</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-51'058.2</b>	<b>-48'851.8</b>	<b>-46'991.7</b>	<b>1'860.1</b>	<b>3.8</b>	<b>4'066.4</b>	<b>8.0</b>
davon Funktionen:							
13 Strafvollzug	-41'700.2	-37'877.0	-37'735.1	141.9	0.4	3'965.1	9.5
14 Allgemeines Rechtswesen	-9'357.9	-10'974.8	-9'256.6	1'718.2	15.7	101.3	1.1

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-541.6	0.0	-1'047.9	-1'047.9	n.a.	-506.3	-93.5
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1'800.0	0.0	-1'000.0	-1'000.0	n.a.	800.0	44.4
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-2'341.6</b>	<b>0.0</b>	<b>-2'047.9</b>	<b>-2'047.9</b>	<b>n.a.</b>	<b>293.7</b>	<b>12.5</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-2'341.6</b>	<b>0.0</b>	<b>-2'047.9</b>	<b>-2'047.9</b>	<b>n.a.</b>	<b>293.7</b>	<b>12.5</b>

## Kommentar

- Die Abweichung von -2.7 Mio. Franken ist mehrheitlich auf a) steigende Fallzahlen im Straf- und Massnahmenvollzug (-2.1 Mio. Franken) und b) Mehraufwendungen für Pässe und Identitätskarten (-0.6 Mio. Franken) aufgrund steigender Nachfrage zurückzuführen.
- Die Mehrerträge von 3.1 Mio. Franken sind zurückzuführen auf a) den Anstieg der ausgestellten Pässe und Identitätskarten sowie der Beglaubigungen (1.3 Mio. Franken) und b) höhere Kostgeldeinnahmen aufgrund des Anstiegs der Vollzugstage (1.8 Mio. Franken).
- Die Abweichung ist durch einen Ertragsüberschuss der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel begründet.



Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	197.8	205.2	207.7	213.9	215.6
Durchschnittliche Wartezeit im Kundenzentrum	Min	22	20	14	14	9
Ausgestellte Pässe und Identitätskarten	Anz	26'582	25'129	29'735	36'503	39'031
Ziviltrauungen	Anz	934	919	938	853	920
Bearbeitete Gesuche um Einbürgerung	Anz	470	1'050	737	688	893
Einreiseentscheide (über 3 Monate)	Anz	7'039	7'510	7'952	7'904	6'223
Gutgeheissene Rekurse der Ausländerbehörde (Fremdenpolizei)	Anz	4	7	10	7	13
Vollzugstage Straf- und Massnahmenvollzug	Anz	82'214	89'093	99'012	104'000	113'464

## Strafvollzug und Gefängnisse

**Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt** Das Untersuchungsgefängnis verzeichnete im Berichtsjahr 49'700 Hafttage (2013: 53'990). Nachdem das Gefängnis in der ersten Jahreshälfte stark überbelegt war, sank die Nachfrage nach Haftplätzen in der zweiten Hälfte leicht, wobei namentlich bei der Untersuchungshaft ein Rückgang zu verzeichnen war. Im Tagesdurchschnitt zählte das Untersuchungsgefängnis 136 (149) Inhaftierte. Die Gesamtauslastung lag bei 98 Prozent (108%). Anfang Mai wurden die Bauarbeiten für eine zusätzliche Haftstation plangemäss abgeschlossen und die neun Haftplätze in Betrieb genommen. Die erste Etappe der Fenster- und Stationssanierung erfolgte zwischen März und November 2014. Die Sanierungsarbeiten erforderten zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen und führten zu einer Reduktion der Aufnahmekapazität, da jeweils eine Haftstation für rund einen Monat geschlossen werden musste. Die zweite Etappe der Sanierung erfolgte zwischen März und November 2015.

**Gefängnis Bässlergut** Das Gefängnis Bässlergut verzeichnete inklusive der zusätzlichen, provisorischen Station für den Strafvollzug mit gesamthaft 24'597 Hafttagen eine Zunahme der Auslastung gegenüber dem Vorjahr (2013: 23'769 Hafttage). Davon entfallen 15'578 Hafttage (63%) auf den Straf- und Massnahmenvollzug. Die reduzierten Kapazitäten von Haftplätzen für die Ausschaffungshaft wurden zu sechzig Prozent von ausserkantonalen Insassen belegt (65%). Das Vorprojekt zum geplanten Erweiterungsbau für den Strafvollzug wurde termingerecht per Ende 2014 abgeschlossen. Es besteht nunmehr die Entscheidungsgrundlage für zwei Ausbauvarianten (40 Zellen mit max. 52 Vollzugsplätzen bzw. 66 Zellen mit max. 78 Vollzugsplätzen).

**Vollzugszentrum Klosterfiechten** Im Vollzugszentrum Klosterfiechten (VZK) waren 2014 insgesamt 31 Personen stationär untergebracht. Dabei wurden total 4759 Hafttage vollzogen. (2013: 29 Personen, 3620 Hafttage). Im Arbeitsexternat wurden 965 (1057) Hafttage an zwölf (10) Personen vollzogen, in der Halbgefangenschaft wurden an zehn (11) Personen 1'519 (898) Hafttage vollzogen; fünf (2) Personen durchliefen die Progressionsstufe des Wohn- und Arbeitsexternats mit insgesamt 615 (187) Vollzugstagen. Im stationären Massnahmenvollzug wurden an neun (7) Personen insgesamt 1660 (1567) Hafttage vollzogen. Die Umwandlungen in Gemeinnützige Arbeiten (GA) für Bussen und Geldstrafen betrafen 347 (423, korrigiert) Personen, diese leisteten insgesamt 13'303 (13'264, korrigiert) Arbeitsstunden. Im Electronic Monitoring (EM) Vollzug wurden insgesamt 3673 (3640) Hafttage an 24 (33) Personen vollzogen. Somit leistete der GA- und der EM- Vollzug zusammen total 6999 Vollzugstage.

**Strafvollzug** Am 31. Dezember 2014 standen 199 (2013: 205) Personen im Strafvollzug beziehungsweise im vorzeitigen Strafvollzug. Die Zahl der Vollzugstage stieg von 71'531 im Vorjahr auf 79'787. Ende 2014 befanden sich 94 (90) Personen im Massnahmenvollzug beziehungsweise im vorzeitigen Massnahmenvollzug. Die Zahl der Vollzugstage stieg von 32'527 auf 33'677. Die Strafvollzugsbehörde erliess im Berichtsjahr 228 (204) Verfügungen zu Entlassungen von verurteilten Personen aus dem Straf- und Massnahmenvollzug. Den Hauptteil bildeten dabei die 204 (177) Entscheide zu bedingten Entlassungen aus dem Vollzug einer Freiheitsstrafe. 24 (27) Entscheide fällt die Behörde zu Aufhebungen der Massnahme oder zu bedingten Entlassungen aus dem Vollzug einer Massnahme.

**Bewährungshilfe** Im Berichtsjahr führte die Bewährungshilfe 459 (2013: 457) Mandate im Rahmen des gesamten Strafverfahrens, des Straf- beziehungsweise Massnahmenvollzugs (Art. 96 StGB) und nach der bedingten Entlassung (Art. 93-95 StGB). Davon sind 147 (138) Mandate mit Bewährungsaufgaben und Weisungskontrollen verbunden. Per Ende 2014 wurden 204 (186) Personen im Strafverfahren und Straf- beziehungsweise Massnahmenvollzug (Art. 96 StGB) sowie 85 (86) Personen mit Bewährungsaufgaben und Weisungskontrollen (Art. 93-95 StGB) von der Bewährungshilfe betreut. 46 (40) Anmeldungen im Rahmen des §37c des Polizeigesetzes Basel-Stadt (Wegweisung bei häuslicher Gewalt) trafen bei der Bewährungshilfe ein. 28 (24) Personen nahmen die freiwillige Beratung in Anspruch.

#### **Interkantonale Strafanstalt Bostadel**

Die Auslastung der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel betrug insgesamt 97 Prozent (2013: 97,7%), im Normalvollzug 99 Prozent (98,6%) und in der Sicherheitsabteilung 79,2 Prozent (95,3%). Nur leicht verändert haben sich die Anzahl Gefangene mit lebenslänglicher Strafe (2014: 13; 2013: 10) und Gefangene mit Verwahrung (13; 14). Über die Hälfte der Eingewiesenen verbüsst Strafen von mehr als fünf Jahren, Verwahrungen eingeschlossen. Nach wie vor besteht eine Warteliste. Die Anzahl Gefangener in der Kategorie der über Fünfzigjährigen nimmt zu. Die neue Malerei und Ablauerei konnte im März 2014 fristgerecht in Betrieb genommen werden. Die Rechnung 2014 schliesst mit einem Gewinn von 424'446 Franken (1'027'179 Franken).

## Staatsanwaltschaft

JSD-520

Aufgrund von Anzeigen, von Amtes wegen oder auf Ersuchen auswärtiger Strafverfolgungsbehörden, untersucht die Staatsanwaltschaft Sachverhalte hinsichtlich ihrer strafrechtlichen Relevanz. Die Ermittlungen und Untersuchungen betreffen sowohl die Fälle der allgemeinen Kriminalität wie auch der Wirtschafts- oder Jugendkriminalität. Die Sachverhaltsfeststellungen dienen der Initiierung und als Grundlage eines strafrechtlichen Verfahrens und des Entscheides über den Abschluss des Vorverfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Form einer Anklageerhebung, eines Strafbefehls, eines Einstellungsbeschlusses oder einer Nichtanhandnahmeverfügung.

Durch eine materiell und formell korrekte, rechtsgenügende und zeitgerechte Feststellung des relevanten Sachverhalts und eine entsprechende Darstellung und Bewertung des Ermittlungsergebnisses in Anklagen, Strafbefehlen oder Einstellungsbeschlüssen leistet die Staatsanwaltschaft einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts zur Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung.

Die Staatsanwaltschaft steht unter der Aufsicht des Regierungsrates. Diese beschränkt sich auf die administrativen Abläufe. Die Strafverfolgungstätigkeit der Staatsanwaltschaft ist hingegen nicht Gegenstand der Aufsicht des Regierungsrates. Der Verkehr zwischen Regierungsrat und der Staatsanwaltschaft wird durch das Justiz- und Sicherheitsdepartement vermittelt (§50 GOG).

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Projekt Neue Geschäfts- und Dokumentenverwaltung** Das Projekt Neue Geschäfts-/Dokumentenverwaltung befindet sich derzeit im Abschluss der Konzeptphase. Mit den entsprechenden Software-Partnern wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, welche aufzeigen sollte, ob und in welchem Umfang JURIS bei der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt eingeführt werden kann. Die Test-Resultate waren positiv; eine Bewilligung der entsprechenden Mittel wird für Anfang 2015 angestrebt.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-35'806.6	-36'405.5	-36'373.4	32.1	0.1	-566.8	-1.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-15'360.9	-18'518.1	-20'245.4	-1'727.3	-9.3	-4'884.4	-31.8 <sup>1</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-140.9	-107.1	-32.9	74.2	69.3	108.0	76.7
36 Transferaufwand	-3'110.7	-3'600.0	-3'411.9	188.1	5.2	-301.2	-9.7 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-54'419.1</b>	<b>-58'630.7</b>	<b>-60'063.6</b>	<b>-1'432.9</b>	<b>-2.4</b>	<b>-5'644.4</b>	<b>-10.4</b>
42 Entgelte	17'570.6	16'926.5	16'843.9	-82.6	-0.5	-726.7	-4.1
46 Transferertrag	719.1	600.0	723.2	123.2	20.5	4.1	0.6 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>18'289.7</b>	<b>17'526.5</b>	<b>17'567.0</b>	<b>40.5</b>	<b>0.2</b>	<b>-722.7</b>	<b>-4.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-36'129.5</b>	<b>-41'104.2</b>	<b>-42'496.5</b>	<b>-1'392.3</b>	<b>-3.4</b>	<b>-6'367.1</b>	<b>-17.6</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-55.3	-24.9	-36.6	-11.7	-46.9	18.7	33.7
<b>Abschreibungen</b>	<b>-55.3</b>	<b>-24.9</b>	<b>-36.6</b>	<b>-11.7</b>	<b>-46.9</b>	<b>18.7</b>	<b>33.7</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-36'184.8</b>	<b>-41'129.2</b>	<b>-42'533.2</b>	<b>-1'404.0</b>	<b>-3.4</b>	<b>-6'348.4</b>	<b>-17.5</b>
34 Finanzaufwand	-481.9	-20.0	-27.5	-7.5	-37.5	454.4	94.3
44 Finanzertrag	298.7	0.0	15.6	15.6	n.a.	-283.1	-94.8
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-183.2</b>	<b>-20.0</b>	<b>-11.9</b>	<b>8.1</b>	<b>40.7</b>	<b>171.3</b>	<b>93.5</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-36'368.0</b>	<b>-41'149.2</b>	<b>-42'545.1</b>	<b>-1'395.9</b>	<b>-3.4</b>	<b>-6'177.1</b>	<b>-17.0</b>
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-36'368.0	-41'149.2	-42'545.1	-1'395.9	-3.4	-6'177.1	-17.0

## Kommentar

- 1 Der Mehraufwand begründet sich durch erhöhte Wertberichtigungen auf Forderungen, resultierend vor allem aus der vermehrten Umwandlung von Bussen in Haftstrafen.
- 2 Die Position beinhaltet den Vollzug jugendstrafrechtlicher Schutzmassnahmen und ist in Bezug auf die Anzahl, den Umfang und die Komplexität der Jugendstraffälle nicht beeinflussbar.
- 3 Der Mehrertrag stammt aus dem Bundesbeitrag an die Sicherheitskosten für das Asylempfangs- und -verfahrenszentrum.

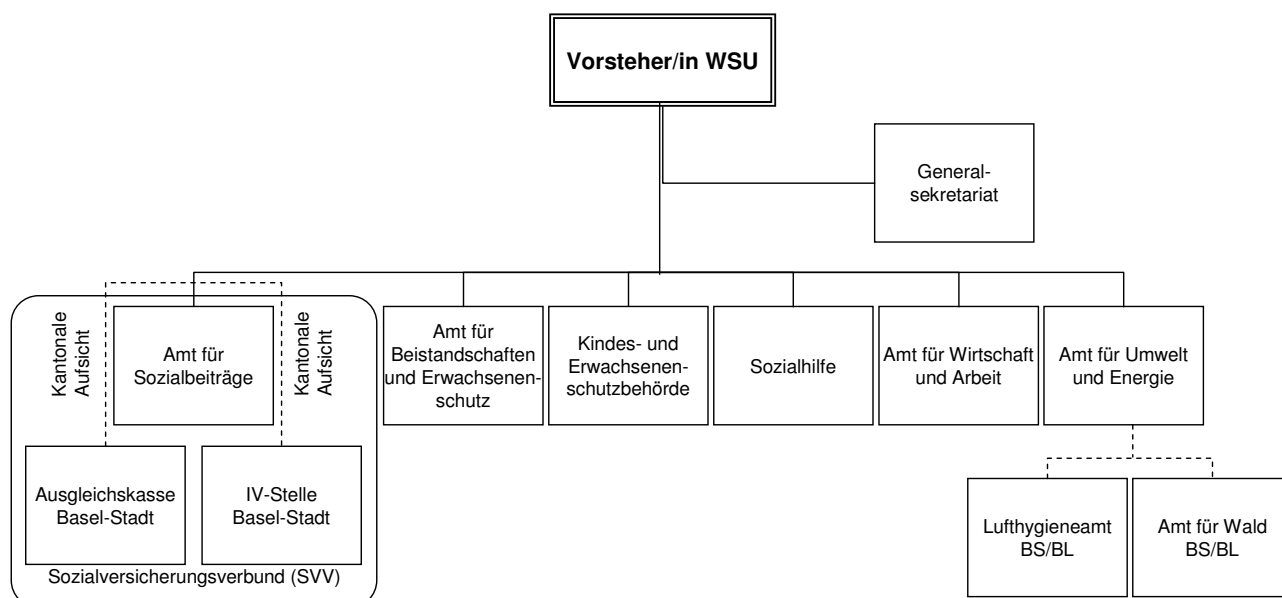
Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	106.4	231.4	234.0	241.7	241.4
Gesamtzahl der Strafanzeigen (Quelle PKS)	Anz	21'933	24'729	30'900	28'804	25'971
- davon Gewaltdelikte	Anz	2'366	2'545	2'536	2'495	2'394
- davon Vermögensdelikte	Anz	14'885	17'647	20'790	18'224	15'672
Ausländeranteil (Auf Basis Gesamtzahl der Strafanzeigen)	%	59	67	63	63	61
Überweisungen mit Antrag an das Strafbefehlsdezernat	Anz		9'158	26'327	25'098	23'063 <sup>1</sup>
Rückstände gemäss §14 EG StPO	Anz	454	649	832	715	583 <sup>2</sup>

## Kommentar

- 1 Bis 2010 gingen Verzeigungen der Kantonspolizei und anderen Verwaltungsbehörden direkt ans Strafgericht.
- 2 Ab 2011 werden auch die Rückstände des seit 1. Januar 2011 bei der Staatsanwaltschaft geschaffenen Strafbefehlsdezernats ausgewiesen (2011: 354 Fälle). Rückstände sind Verfahren, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurück liegt und noch nicht abgeschlossen sind.

### 4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

WSU-801	Generalsekretariat WSU	326
WSU-806	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	329
WSU-807	Amt für Sozialbeiträge	332
WSU-822	Sozialhilfe	335
WSU-825	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)	339
WSU-826	Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES)	341
WSU-831	Amt für Umwelt und Energie	343



**Finanzen**

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-106.1	-111.0	-111.7	-0.8	-0.7	-5.7	-5.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-56.8	-55.8	-55.9	-0.1	-0.1	0.9	1.6
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.2	-0.1	0.1	43.5	-0.0	-22.2
36 Transferaufwand	-623.9	-602.8	-693.8	-91.0	-15.1	-69.9	-11.2 <sup>1</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-786.9</b>	<b>-769.9</b>	<b>-861.6</b>	<b>-91.7</b>	<b>-11.9</b>	<b>-74.7</b>	<b>-9.5</b>
41 Regalien und Konzessionen	10.4	10.4	10.4	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	116.8	67.0	161.3	94.3	>100.0	44.5	38.1 <sup>1</sup>
43 Verschiedene Erträge	0.0	1.1	1.8	0.7	65.8	1.8	n.a.
46 Transferertrag	190.2	193.3	188.7	-4.6	-2.4	-1.5	-0.8
<b>Betriebsertrag</b>	<b>317.4</b>	<b>271.8</b>	<b>362.2</b>	<b>90.4</b>	<b>33.3</b>	<b>44.8</b>	<b>14.1</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-469.4</b>	<b>-498.0</b>	<b>-499.3</b>	<b>-1.3</b>	<b>-0.3</b>	<b>-29.9</b>	<b>-6.4</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-5.3	-5.0	-4.9	0.2	3.2	0.4	7.6
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.9	-1.3	-1.1	0.2	15.6	-0.2	-23.6
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	0.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-6.2</b>	<b>-6.4</b>	<b>-6.0</b>	<b>0.4</b>	<b>6.3</b>	<b>0.2</b>	<b>2.9</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-475.6</b>	<b>-504.4</b>	<b>-505.3</b>	<b>-0.9</b>	<b>-0.2</b>	<b>-29.7</b>	<b>-6.2</b>
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-56.4	0.0	5.1
44 Finanzertrag	1.8	0.0	0.0	0.0	46.4	-1.8	-99.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>1.8</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-60.9</b>	<b>-1.8</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-473.8</b>	<b>-504.4</b>	<b>-505.4</b>	<b>-0.9</b>	<b>-0.2</b>	<b>-31.5</b>	<b>-6.7</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-9.7	-10.5	-10.7	-0.2	-1.9	-1.1	-10.9
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-11.3	-15.5	-16.3	-0.8	-5.1	-5.1	-44.9
5 Soziale Sicherheit	-456.5	-482.7	-479.0	3.7	0.8	-22.5	-4.9
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-0.5	2.2	-0.5	-2.8	<-100.0	-0.0	-1.5
7 Umweltschutz und Raumordnung	5.3	4.3	5.5	1.1	26.4	0.2	4.0
8 Volkswirtschaft	-1.1	-2.3	-4.2	-1.9	-85.5	-3.1	<-100.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1.4	0.0	-1.3	-1.3	n.a.	0.1	6.8
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.3	-0.6	-0.5	0.2	24.4	-0.1	-39.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.9	0.0	-1.1	-1.1	n.a.	-0.2	-23.6
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-2.7</b>	<b>-0.6</b>	<b>-2.9</b>	<b>-2.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-0.3</b>	<b>-9.5</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-2.7</b>	<b>-0.6</b>	<b>-2.9</b>	<b>-2.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-0.3</b>	<b>-9.5 <sup>2</sup></b>

**Kommentar**

- Die Veränderungen in den Positionen 36 und 42 hängen insbesondere mit der Umstellung in der Verbuchung der Ergänzungsleistungen zusammen (neu Bruttoprinzip). Details dazu finden sich im Dienststellenbericht des Amtes für Sozialbeiträge (Kommentar Finanzzahlen).
- Investitionen werden in der Rechnung, nicht aber im Budget der Departemente angezeigt, da die Budgetierung der Investitionen zentral in den jeweiligen Investitionsbereichen erfolgt.

## Generalsekretariat WSU

WSU-801

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt es für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik und Recht unterstützt es den Departementsvorsteher und die Dienststellen des WSU, damit das Departement leistungsfähig ist und die gesetzlichen und politischen Vorgaben erfolgreich umsetzen kann.

Fachlich zuständig ist das Generalsekretariat auch für das Dossier Luftverkehr. Im Zentrum steht das Geltendmachen der Interessen des Kantons Basel-Stadt im Hinblick auf eine wirtschaftlich und betrieblich stabile Entwicklung des EuroAirports unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Anwohnerschaft des Flughafens. Darüber hinaus betreut es das Verhältnis des Kantons zur Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft (BPG). Generell stellt das Generalsekretariat das Beteiligungsmanagement für die dem WSU zugeordneten Betriebe (insbesondere die IWB Industrielle Werke Basel sowie die Schweizerischen Rheinhäfen SRH) sicher und nimmt die Eigentümerinteressen gegenüber diesen selbstständigen Einheiten wahr.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Allgemeine Dienste** Die Dienste im Generalsekretariat stellen mit ihren Unterstützungs- und Supportleistungen einen funktionierenden Departementsbetrieb in der Personal- und Lohnadministration, im IT-Servicedesk, im Bereich der Finanz- und Rechnungslegungsprozesse sowie im Rekurswesen sicher. Im Berichtsjahr waren gewichtige Projektaufgaben zu erledigen: Für die Personalabteilung stand die Lohn-Systempflege im Zentrum, deren sorgfältige Vorbereitung und Umsetzung erheblichen Aufwand und viel Einsatz erforderte. Bis Mitte Jahr konnte die IT die Einführung des kantonsweit standardisierten IT-Arbeitsplatzes im WSU abschliessen. In der zweiten Jahreshälfte konzentrierten sich die Arbeiten auf die Etablierung der neuen Betriebsprozesse. Der Ausbau des departementalen Management Informationssystem (MIS) sowie die Mitwirkung in verschiedenen Organisationsentwicklungsprozessen waren die Themen in der Finanzabteilung. Obwohl mehr Rekurse eingereicht wurden, konnte der Rechtsdienst dank konsequenter Bewirtschaftung der Fälle und Termine die Rekursdauer verkürzen.

**Beteiligungen Betriebe** Mit 123'494 TEU konnten die Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) im Berichtsjahr den Umschlag im Containerverkehr um 5,1% ein weiteres Mal auf Rekordniveau steigern. Gewichtsmässig betrachtet sank der Umschlag gegenüber 2013 jedoch um gut 12 Prozent auf 6 Mio. t, was auf Sonderfaktoren im Bereich Mineralöl zurückzuführen ist. Im 2015 ist aufgrund der Schliessung der Inlandraffinerie im Wallis ein Wiederanstieg im Mineralumschlag zu erwarten. Im Berichtsjahr gelangte auf nationaler Ebene das revidierte Gütertransportgesetz in die parlamentarische Beratung. Die nationalrätliche Verkehrskommission überwies dabei den Antrag an das Plenum, dass eine klare gesetzliche Grundlage für die Mitfinanzierung von Hafenanlagen für den kombinierten Verkehr durch den Bund geschaffen wird. Damit sollte der Bund die Möglichkeit bekommen, das Hafenbecken 3 bzw. die Schiffszufahrt für das Containerterminal Basel Nord mitzufinanzieren.

Die Basler Personenschiffahrt AG (BPG) verzeichnet im Berichtsjahr eine eher durchwachsene Saison. Das schlechte Wetter in den Sommermonaten brachte Umsatzeinbussen, die durch das gute Geschäft am Jahresende (Charterfahrten, Weihnachtsanlässe, Sylvester-Fahrten) nur teilweise kompensiert werden konnten. In dieser Lage machte sich die konsequente Professionalisierung der Vertriebsorganisation der BPG bezahlt. Gehalten werden konnte die gute Qualität im Bereich der Gastronomie-Angebote. Auch die im Vorjahr erfolgte Rundumerneuerung der MS Christoph Merian war wichtig, um das Produkt „BPG“ weiterhin attraktiv zu gestalten. Vor diesem Hintergrund wurden die Planungen zur Ersatzbeschaffung eines neuen Personenschiffs vorangetrieben. Im 2015 sollen die dafür notwendigen Beschlüsse erfolgen.

Mit dem Erwerb von drei weiteren Wind- und Solarkraftwerken in Europa hat die IWB Industrielle Werke Basel das im Leistungsauftrag 2011-2014 definierte Ziel, bis 2015 insgesamt 500 GWh zusätzliche Produktionskapazität an erneuerbarer Energie aufzubauen, mit Erfolg erreicht. Eine wachsende

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5'090.1	-5'224.3	-5'192.6	31.7	0.6	-102.5	-2.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'420.9	-6'207.1	-6'260.0	-52.9	-0.9	-839.1	-15.5
36 Transferaufwand	-470.0	-475.0	-554.4	-79.4	-16.7	-84.4	-18.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-10'981.0</b>	<b>-11'906.4</b>	<b>-12'007.1</b>	<b>-100.7</b>	<b>-0.8</b>	<b>-1'026.1</b>	<b>-9.3</b>
41 Regalien und Konzessionen	10'395.0	10'395.0	10'395.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	774.2	927.5	738.2	-189.3	-20.4	-36.0	-4.6 <sup>1</sup>
46 Transferertrag	5.9	2'800.0	5.9	-2'794.1	-99.8	0.0	0.0 <sup>2</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>11'175.1</b>	<b>14'122.5</b>	<b>11'139.1</b>	<b>-2'983.4</b>	<b>-21.1</b>	<b>-36.0</b>	<b>-0.3</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>194.1</b>	<b>2'216.1</b>	<b>-868.0</b>	<b>-3'084.0</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-1'062.1</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>194.1</b>	<b>2'216.1</b>	<b>-868.0</b>	<b>-3'084.0</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-1'062.1</b>	<b>&lt;-100.0</b>
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.2	-0.1	0.1	45.8	-0.0	-47.5
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.1</b>	<b>0.1</b>	<b>45.8</b>	<b>-0.0</b>	<b>-47.5</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>194.0</b>	<b>2'215.9</b>	<b>-868.1</b>	<b>-3'083.9</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-1'062.1</b>	<b>&lt;-100.0</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-9'666.5	-10'518.3	-10'721.0	-202.7	-1.9	-1'054.5	-10.9
63 Verkehr, übrige	-534.5	2'239.2	-542.4	-2'781.6	<-100.0	-8.0	-1.5
71 Wasserversorgung	2'598.8	2'618.8	2'598.8	-19.9	-0.8	0.1	0.0
73 Abfallwirtschaft	0.0	20.0	0.1	-19.9	-99.7	0.1	0.0
87 Brennstoffe und Energie	7'796.3	7'856.3	7'796.5	-59.8	-0.8	0.2	0.0

**Kommentar**

- 1 IT-Support-Leistungen konnten nicht im budgetierten Umfang verrechnet werden.
- 2 Der Anteil des Kantons Basel-Stadt am Jahresgewinn der Schweizerischen Rheinhäfen wird neu direkt bei der Finanzverwaltung vereinnahmt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	28.5	27.7	31.6	28.5	28.4
Eingegangene Rekurse	Anz	247	261	205	144	182 <sup>1</sup>
Anteil Standard PC-Arbeitsplätze im WSU	%	97.0	98.0	99.0	99.0	100 <sup>2</sup>
Anteil Rekursentscheide in 3 Mt seit StN Vorinstanzen	%	67.0	58.0	48.7	64.5	96 <sup>3</sup>
Passagieraufkommen EuroAirport (in Mio.)	Anz	4.1	5.1	5.4	5.8	6.5 <sup>4</sup>

**Kommentar**

- 1 Zunahme gegenüber dem Vorjahr wegen mehr Rekurseingängen gegen Verfügungen der Sozialhilfe und des Amtes für Wirtschaft und Arbeit.
- 2 IT-Arbeitsplätze im WSU sind flächendeckend in kantonalen Standard überführt.
- 3 Die starke Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis der Aufarbeitung von Pendenzen und der konsequenteren Bewirtschaftung der Rekursfälle und Termine.
- 4 Dank des weiteren Ausbaus der Basis von easyJet setzte sich der Zuwachs im Passagieraufkommen am EAP fort.



Konkurrenz auf den Energiemärkten sowie historisch tiefe Strompreise im europäischen Grosshandel, die sich nachteilig auf die heimische Wasserkraft auswirken, haben das Berichtsjahr besonders geprägt. Die raschen technologischen Veränderungen (Internet of things) sowie die grundlegenden Debatten über die künftigen regulatorischen Rahmenbedingungen (Energierategie 2050 des Bundes, vollständige Strommarktöffnung u.a.) fordern das Unternehmen zusätzlich. Diese Entwicklungen haben auch im neuen Leistungsauftrag 2015-2018 ihren Niederschlag gefunden. Insgesamt war die Versorgung der Kunden mit Strom, Gas, Fernwärme, Trinkwasser und Telekomdienstleistungen auf gewohnt hohem Niveau. Nach langen Verhandlungen ist es der IWB im Berichtsjahr zudem gelungen, mit dem Unternehmen Sunrise einen Rahmenvertrag zur Nutzung der Basler Glasfaser-Infrastruktur abzuschliessen.

Am EuroAirport erreichte das Passagieraufkommen mit 6,5 Millionen Fluggästen einen neuen Höchstwert. Treiber für diese Entwicklung ist der im Berichtsjahr fortgesetzte Ausbau der easyJet-Basis sowie die ungebrochen hohe Reisenachfrage in der Region. Auch der Frachtverkehr konnte mit einem Umschlag von 98'175 Tonnen um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die seit Herbst zusätzlich operierenden Frachtflüge sind erstes Resultat der Investitionen in ein temperaturkontrolliertes neues Cargo Terminal, das am 25. November eingeweiht wurde und am 26. Januar 2015 vollständig in Betrieb geht. Per Jahresende waren auf der Plattform EuroAirport total rund 6'000 Personen beschäftigt. Auf politischer Ebene war das Berichtsjahr geprägt von der Auseinandersetzung mit Frankreich zur Frage des im Schweizer Sektor anwendbaren Steuerrechts. Mit Interventionen auf allen Ebenen konnten zum Jahresende die zwischenzeitlich unterbrochenen Gespräche wieder in Gang gebracht und der Rahmen für eine gemeinsamen Lösung definiert werden. Während das Passagierwachstum 11 Prozent betrug, ist die Anzahl der Flugbewegungen (Starts und Landungen) mit plus 2 Prozent nur leicht gewachsen. 2014 wurden rund 89 000 Flugbewegungen registriert (2013: 87 000). Mit einem Wert von 6,5 Prozent lag die Quote der Südlandungen abermals unter dem Vorjahreswert (7 Prozent). Bis auf die Monate Mai und Juni herrschten im Berichtsjahr sehr ruhige Wetterverhältnisse mit wenig Nordwindlagen.

## Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

WSU-806

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist für Arbeitgebende, Arbeitnehmende und Arbeitsuchende die zentrale Anlaufstelle in Basel-Stadt.

Das AWA bewilligt die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, je nach Herkunft mit Zustimmung der Bundesbehörden, und erarbeitet die Grundlagen der kantonalen Wirtschafts-, Tourismus- und Medienpolitik. Es fördert die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Basel.

Stellensuchende und arbeitslose Menschen werden vom AWA beraten und vermittelt. Die Unterstützung erfolgt finanziell (Arbeitslosenversicherung) und mit Massnahmen zur Verbesserung der Qualifikation.

Das AWA berät und kontrolliert Arbeitgebende bezüglich Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Einhaltung der Arbeitszeiten. Es bewilligt verlängerte Ladenöffnungszeiten sowie Sonntags- und Nachtarbeit. Das AWA ist zuständig für den gewerbmässigen Personalverleih und die private Arbeitsvermittlung, für die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Arbeitgebende und Arbeitnehmende erhalten Beratung in Fragen des Einzel- und Gesamtarbeitsvertrages. Das AWA berät und schlichtet bei Arbeitskonflikten.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die zweite Ausbaustufe des vom Kanton betriebenen Technologieparks Basel wurde im Sommer in Betrieb genommen. Aktuell sind 13 Unternehmen und die ebenfalls kantonale China Business Plattform mit gesamthaft rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Technologiepark tätig. Die Arbeiten am Swiss Innovation Park (SIP) in Allschwil schritten planmässig voran, dies, nachdem das von den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura getragene Projekt von der Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren in die Startformation des SIP aufgenommen und dem Bundesrat zur Umsetzung empfohlen worden waren. Die Inbetriebnahme des Initialstandorts erfolgt 2015.

**Arbeitslosigkeit** Die Arbeitslosigkeit sank leicht unter das Niveau des Vorjahres, die Quote lag im Jahresdurchschnitt bei 3,6 Prozent (2013: 3,7 Prozent). Bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) wurden durchschnittlich pro Monat 4'824 stellensuchende Personen registriert (2013: 5'021). Ende des Berichtsjahres waren rund 30 Personen weniger auf Stellensuche als im Vorjahr. Ausgesteuert wurden im Berichtsjahr insgesamt etwa 1'164 Personen, rund 75 Personen weniger als im Vorjahr (Stand Ende Januar 2015). Die Jugendarbeitslosigkeit nahm ebenfalls leicht ab. Im Jahresdurchschnitt waren monatlich 409 Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen (2013: 439). Die Jugendarbeitslosenquote lag im Berichtsjahr im Durchschnitt bei 4,3 Prozent (2013: 4,6 Prozent). Wie erwartet und konjunkturell bedingt ging die Quote im Frühsommer auf 3,3 Prozent und stieg ab Herbst wieder an (Dezember 2014: 4,6 Prozent). Im Berichtsjahr wurden zehn Massenentlassungsverfahren durchgeführt (2013: 13). Betroffen waren 778 Personen (2013: 548), davon erhielten 291 die Kündigung (2013: 409).

**Tourismus** Basel Tourismus hat die übertragenen, öffentlich finanzierten Aufgaben weiterhin zur Zufriedenheit des Kantons erfüllt. Die vom Regierungsrat mit Zustimmung der Finanzkommission lancierte Kongressförderung konnte erfolgreich eingeführt werden. Das Gremium, das zu Händen des Departementsvorstehers bzw. des Regierungsrates Empfehlungen für die finanzielle Förderung ausspricht, arbeitet sehr gut. Dasselbe gilt für die Koordinationsstelle, die unentgeltlich vom Congress Center der MCH Messe Basel betreut wird. Von den für die Jahre 2014 bis 2017 zur Verfügung stehenden Mitteln im Umfang von 2 Mio. Franken wurden 532'500 Franken zu Lasten des Standortförderungsfonds bewilligt; sie verteilen sich auf 22 Kongresse, die im genannten Zeitraum stattfinden.

**Industrie, Gewerbe und Handel** Der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, vor allem in der Life Sciences-Branche und im Gesundheitswesen, besteht weiterhin. Angesichts der hohen Kontingente für EU/EFTA Staatsangehörige gab es für Basel-Stadt keine Einschränkungen. Auch die erforderlichen Kontingente für gut qualifizierte Drittstaatsangehörige standen im Berichtsjahr ausreichend zur Verfügung. Einzig die Kontingente für die Dienstleistungserbringung (Kurzaufenthaltsbewilligungen) von über 90 respektive 120 Tage aus EU/EFTA Staaten wurden vollständig ausgeschöpft. Die am 8. Februar angenommene Masseneinwanderungsinitiative hat noch keine direkten Auswirkungen auf

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-21'926.3	-25'802.5	-25'699.5	103.0	0.4	-3'773.2	-17.2 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-13'953.2	-14'155.7	-13'329.1	826.6	5.8	624.0	4.5 <sup>2</sup>
36 Transferaufwand	-8'702.3	-9'377.4	-9'001.2	376.2	4.0	-298.9	-3.4 <sup>3</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-44'581.8</b>	<b>-49'335.6</b>	<b>-48'029.9</b>	<b>1'305.8</b>	<b>2.6</b>	<b>-3'448.1</b>	<b>-7.7</b>
42 Entgelte	4'567.2	4'747.1	4'365.0	-382.1	-8.0	-202.2	-4.4 <sup>4</sup>
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	8.0	8.0	n.a.	8.0	n.a.
46 Transferertrag	17'029.7	16'686.6	17'785.2	1'098.6	6.6	755.6	4.4 <sup>5</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>21'596.9</b>	<b>21'433.7</b>	<b>22'158.2</b>	<b>724.5</b>	<b>3.4</b>	<b>561.4</b>	<b>2.6</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-22'984.9</b>	<b>-27'901.9</b>	<b>-25'871.6</b>	<b>2'030.3</b>	<b>7.3</b>	<b>-2'886.7</b>	<b>-12.6</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-22'984.9</b>	<b>-27'901.9</b>	<b>-25'871.6</b>	<b>2'030.3</b>	<b>7.3</b>	<b>-2'886.7</b>	<b>-12.6</b>
34 Finanzaufwand	-1.5	-1.1	-1.8	-0.7	-69.9	-0.3	-20.9
44 Finanzertrag	0.2	0.0	0.1	0.1	n.a.	-0.0	-19.2
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-1.3</b>	<b>-1.1</b>	<b>-1.7</b>	<b>-0.6</b>	<b>-57.2</b>	<b>-0.3</b>	<b>-26.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-22'986.2</b>	<b>-27'903.0</b>	<b>-25'873.3</b>	<b>2'029.7</b>	<b>7.3</b>	<b>-2'887.0</b>	<b>-12.6</b>
davon Funktionen:							
55 Arbeitslosigkeit	-15'233.9	-19'111.1	-14'662.5	4'448.6	23.3	571.4	3.8
84 Tourismus	-2'012.6	-2'136.7	-2'105.9	30.8	1.4	-93.4	-4.6
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-5'739.8	-6'655.2	-9'104.9	-2'449.7	-36.8	-3'365.1	-58.6

**Kommentar**

- Die Erhöhung des Personalaufwands gegenüber dem Vorjahr ist Folge einer geänderten Buchungspraxis: Die Lohnkosten der Projekte Passage und Arbeitslosenhilfe, welche durch den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit refinanziert werden, wurden auf den effektiven Lohnkonti belassen und nicht – wie bisher – als Projektkosten auf die Kontengruppe 31 umgebucht.
- Die Verbesserung resultiert aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Die Projektkosten fielen tiefer aus als budgetiert. Ausserdem weniger hoher Sachaufwand als budgetiert.
- Im Wesentlichen kommt die Budgetunterschreitung durch den tieferen Kantonsbeitrag an die arbeitsmarktlichen Massnahmen zustande.
- Aus Bewilligungsgebühren, Bussen und verrechneten Dienstleistungen resultierten tiefere Erträge als budgetiert.
- Die wesentlichen Mehreinnahmen resultieren aus der Verrechnung der gesamten PK-Beiträge der AVIG-Mitarbeitenden (gemäss neuer Finanzweisungen Bund) und nicht budgetierter Weiterverrechnung im Bereich Standortförderungsfonds.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (inkl. refinanzierte Stellen 100%)	Anz	186.5	187.1	191.3	206.4	199.7
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	63.1	66.1	65.0	59.4	59.8
Firmengespräche	Anz	17	15	15	15	15
Wirkungsindikator gemäss der AVIG-Vereinbarung mit dem seco	%	100	107	107	105	folgt <sup>1</sup>
Stellensuchende (Jahresdurchschnitt)	Anz	5'692	5'021	4'946	5'021	4'824 <sup>2</sup>
Berufsunfälle auf 1000 Beschäftigte pro Jahr	Anz	58	58	55	55	folgt <sup>3</sup>
Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen	Anz	530	530	585	545	545

**Kommentar**

- Das Ziel einer raschen und dauerhaften Wiedereingliederung der Stellensuchenden wird anhand von vier Kennzahlen gemessen, welche im Gesamtwirkungsindikator zusammengeführt sind. Der schweizerische Durchschnitt ist bei 100 Prozent. Für die Vorjahre wird der jeweils effektive Wert angezeigt, die Zahl für das Jahr 2014 wird vom SECO voraussichtlich im Mai/ Juni 2015 publiziert. Der Wert von Basel-Stadt hat sich in den letzten Jahren verbessert; ein Wert im schweizerischen Durchschnitt ist auch für 2014 realistisch.
- Die Arbeitslosenquote sank leicht unter das Niveau des Vorjahres, sie lag im Jahresdurchschnitt bei 3,6 Prozent (2013: 3,7 Prozent). Die Kennzahl entspricht den bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) registrierten stellensuchenden Personen.
- Die Kennzahl für das Jahr 2013 ist wie gewohnt tiefer als der gesamtschweizerische Vergleich. Die Zahl für das Berichtsjahr wird im Verlauf des Jahres 2015 veröffentlicht.

den Arbeitsmarkt und die Zuwanderung. Die Umsetzungsarbeiten sind unter Einbezug der Kantone und der Sozialpartner im Gang. Am 28. November kürzte der Bundesrat jedoch die Kontingente für Kurz- und Daueraufenthaltsbewilligungen sowie für die Dienstleistungserbringung (Kurzaufenthaltsbewilligungen) um je 1'000 Einheiten. Es ist zu befürchten, dass den in Basel domizilierten Firmen die erforderlichen Fachkräfte aus Drittstaaten nicht mehr vollumfänglich zur Verfügung gestellt werden können. Auslagerungen und Abwanderungen ins nahe und ferne Ausland sind daher nicht auszuschliessen. Die Regierungsräte der beiden Basel ersuchten den Bundesrat noch im Dezember, den Beschluss wirtschaftsverträglich umzusetzen und die Kontingente wieder zu erhöhen, sofern nicht genügend Fachkräfte auf dem inländischen und EU/EFTA-Markt gefunden werden können und Auslagerungen und Standortverschiebungen drohen.

Die Arbeitsmarktbeobachtung im Rahmen der flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen Schweiz - EU sowie die Schwarzarbeitsbekämpfung bildeten wiederum einen Schwerpunkt. Die Kontrollvorgaben gemäss den Leistungsvereinbarungen mit dem Bund wurden erfüllt. Dank der guten Zusammenarbeit mit den Paritätischen Kommissionen und der Baustellenkontrolle Basel konnten die Verfahren weiter optimiert und die Sanktionsverfahren beschleunigt werden. Wegen Verstössen gegen die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen wurden vom AWA aufgrund von Meldungen der Paritätischen Kommissionen im Berichtsjahr 54 (2013: 39) Firmen sanktioniert bzw. 38 (2013: 17) Bussen, 12 (2013: 19) Sperren und 4 (2013: 3) Verwarnungen ausgesprochen. Ferner wurden 75 (2013: 60) Bussen und 99 (2013: 98) Verwarnungen wegen Verletzung der Meldepflichten verhängt.

Im Bereich der Schwarzarbeit wurden vom AWA 549 (2013: 507) Betriebe bzw. 1195 (2013: 1'296) Arbeitnehmende kontrolliert und 140 (2013: 254) Verdachtsmeldungen an die zuständigen Sozialversicherungs- und Steuerbehörden weitergeleitet. Diese sind für allfällige Sanktionen direkt zuständig. In Zusammenhang mit der Baselworld 2014 wurden von der Zentralen Paritätischen Kommission 100 (2013: über 200) Selbständige auf Scheinselbständigkeit kontrolliert. Da diese Abklärungen sehr aufwändig und kompliziert sind, konnten erst im Berichtsjahr, die auf den Kontrollen 2013 basierenden Sanktionsverfahren (13) gegen die Arbeitgebenden eingeleitet werden. Bezüglich der per 1. Juli 2013 eingeführten Subunternehmerhaftung waren im Berichtsjahr ebenso wie im Vorjahr keine Verfahren zu verzeichnen. Betreffend den NAV Hauswirtschaft des Bundes wurden bei 21 (2013: 28) Schweizer Arbeitgebenden Kontrollen durchgeführt. Die Mindestlöhne wurden grossmehrheitlich beachtet. In einem Fall wurde eine Verwarnung ausgesprochen.

Im Berichtsjahr führte das AWA 411 (2013: 424) inhaltlich anspruchsvolle Plangenehmigungs- und Planbegutachtungsverfahren durch. Ferner wurde die Arbeitssicherheit in 38 (2013: zwölf) Basler Betrieben gemäss den Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) kontrolliert. Ferner wurden in 42 (2013: 20) Betrieben Arbeitszeitkontrollen durchgeführt.

## **Amt für Sozialbeiträge**

WSU-807

Das Amt für Sozialbeiträge (ASB) ist Berechnungs- und Auszahlungsstelle für die Ergänzungsleistungen und die kantonalen Beihilfen zur AHV und IV, die individuelle Prämienverbilligung sowie die Familienmietzinsbeiträge. Es stellt sicher, dass die im Kanton Basel-Stadt krankenversicherungspflichtigen Personen versichert sind. Ebenfalls leistet das ASB Bevorschussung und Inkassohilfe für Alimente.

Im Rahmen des Opferhilfegesetzes berechnet und zahlt das ASB die Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen an Opfer von Straftaten aus.

Das ASB ist auch zuständig für die Behindertenhilfe, d.h. für Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Leistungsangebotes für erwachsene Menschen mit Behinderung und es betreibt die kantonalen Wohnheime und Tageszentren.

## **Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte**

Die zum Kantonalen Verbundsystem für Menschen mit einer Behinderung (KVS) gehörenden kantonseigenen Institutionen (vier Wohnheime und Tageszentren) wurden im Berichtsjahr zu einer Organisation unter der Leitung einer Geschäftsführerin zusammengeführt. Das KVS ist neu in drei Fachbereichen auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtet und fokussiert sich auf die schwer- und mehrfachbehinderten Klientinnen und Klienten. Mit dieser organisatorischen Veränderung konnten Synergien realisiert und die Wirtschaftlichkeit und Kundenorientierung verbessert werden. Das KVS ist nun für die Herausforderungen des anstehenden Systemwechsels in der Behindertenhilfe gerüstet.

### **Krankheit und Unfall**

Der einheitliche Datenaustausch zwischen den kantonalen Durchführungsstellen der Prämienverbilligung und den Krankenversicherern läuft seit einem Jahr ohne grössere Probleme. Eine Herausforderung wird noch die Verarbeitung der Jahresabrechnungen 2014 Anfangs des Jahres 2015 sein, welche ebenfalls elektronisch erfolgt. Die ursprünglich für Ende März 2014 geplante elektronische Schnittstelle zwischen den Fachapplikationen Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligung konnte mit etwas Verspätung im November produktiv in Betrieb genommen werden.

Bei der Obligatoriumskontrolle wurden am Ende des Berichtsjahrs die letzten EDV-Anpassungen abgeschlossen, um den vom Bund angeordneten Wechsel zu einer systematischen Kontrolle einschliesslich der Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie der Forschenden ab 1. Januar 2015 produktiv umzusetzen.

### **Invalidität**

Die Leistungen der Behindertenhilfe sollen in Zukunft subjektorientiert bemessen und vergütet werden. Der entsprechende Systemwechsel wird in einem partnerschaftlichen Projekt zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft vorbereitet. Der bikantonal erarbeitete Gesetzesentwurf ging Anfang Oktober in eine dreimonatige Vernehmlassung. Dabei zeigte sich, dass die grundsätzliche Stossrichtung auf gute Zustimmung stösst, dass aber noch gewisse Anpassungen beim Bedarfsermittlungsverfahren nötig sind.

### **Alter und Hinterlassene**

Nachdem im März 2013 die neue Fachapplikation für Ergänzungsleistungen eingeführt worden war, stellte ein Jahr später der Fachbereich Krankheitskosten auf die papierlose Belegbewirtschaftung um. Dank der stufenweisen Umstellung waren in der Einführungsphase laufend Korrekturen möglich. Dieses Vorgehen hat sich bewährt: Die Durchlaufzeiten zwischen Belegeingang bis zur Rückvergütung der Leistungen konnten reduziert werden. Seit Spätherbst ist der ganze Fachbereich Krankheitskosten vollständig auf elektronische Dossierführung umgestellt. Die eingehenden Belege werden direkt in die Fachapplikation eingelesen und danach prozessgesteuert abgearbeitet. In einem zweiten Schritt sind nun die Partnerorganisationen eingeladen, die Daten ebenfalls elektronisch zu übermitteln.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-30'774.9	-32'011.3	-31'081.3	930.1	2.9	-306.4	-1.0 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-8'430.3	-7'789.6	-7'588.9	200.7	2.6	841.5	10.0
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-29.4	-40.0	-29.4	10.6	26.6	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-456'390.5	-432'939.0	-519'566.1	-86'627.1	-20.0	-63'175.6	-13.8 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-495'625.1</b>	<b>-472'779.9</b>	<b>-558'265.6</b>	<b>-85'485.7</b>	<b>-18.1</b>	<b>-62'640.5</b>	<b>-12.6</b>
42 Entgelte	68'647.4	18'244.0	112'754.6	94'510.6	>100.0	44'107.3	64.3 <sup>2</sup>
46 Transferertrag	144'998.0	148'777.2	144'848.0	-3'929.2	-2.6	-150.0	-0.1 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>213'645.4</b>	<b>167'021.2</b>	<b>257'602.7</b>	<b>90'581.4</b>	<b>54.2</b>	<b>43'957.3</b>	<b>20.6</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-281'979.8</b>	<b>-305'758.7</b>	<b>-300'662.9</b>	<b>5'095.7</b>	<b>1.7</b>	<b>-18'683.2</b>	<b>-6.6</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-434.3	-425.0	-295.2	129.8	30.6	139.2	32.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-434.3</b>	<b>-425.0</b>	<b>-295.2</b>	<b>129.8</b>	<b>30.6</b>	<b>139.2</b>	<b>32.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-282'414.1</b>	<b>-306'183.7</b>	<b>-300'958.1</b>	<b>5'225.6</b>	<b>1.7</b>	<b>-18'544.0</b>	<b>-6.6</b>
34 Finanzaufwand	-19.6	-16.2	-18.1	-2.0	-12.1	1.5	7.8
44 Finanzertrag	8.2	5.0	11.3	6.3	>100.0	3.1	37.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-11.4</b>	<b>-11.2</b>	<b>-6.9</b>	<b>4.3</b>	<b>38.6</b>	<b>4.6</b>	<b>40.1</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-282'425.5</b>	<b>-306'194.8</b>	<b>-300'965.0</b>	<b>5'229.9</b>	<b>1.7</b>	<b>-18'539.4</b>	<b>-6.6</b>
davon Funktionen:							
51 Krankheit und Unfall	-65'904.6	-83'220.5	-83'222.8	-2.4	0.0	-17'318.3	-26.3
52 Invaldität	-155'793.5	-155'132.6	-150'861.5	4'271.1	2.8	4'932.0	3.2
53 Alter + Hinterlassene	-32'370.5	-29'670.0	-30'164.8	-494.8	-1.7	2'205.6	6.8
54 Familie und Jugend	-17'001.6	-18'539.0	-18'590.1	-51.1	-0.3	-1'588.5	-9.3
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-11'355.4	-19'632.7	-18'125.6	1'507.1	7.7	-6'770.2	-59.6

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-158.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	158.1	100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-158.1</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>158.1</b>	<b>100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-158.1</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>158.1</b>	<b>100.0</b>

## Kommentar

- Die Unterschreitung gegenüber dem Budget ist im Wesentlichen auf Unterbelegungen in den Behindertenwohnheimen des kantonalen Verbundsystems (KVS) zurückzuführen.
- Bei den Sozialleistungen ergaben sich gegenüber dem Budget wesentliche Mehraufwände bei den Ergänzungsleistungen (rund 0.8 Mio. Franken) und bei den Familienzulagen für Nichterwerbstätige (rund 2.0 Mio. Franken). Wesentliche Minderaufwände ergaben sich bei den Beihilfen (rund 1.2 Mio. Franken), bei den Familienmietzinsbeiträgen (rund 1.4 Mio. Franken), bei der Alimentenhilfe (rund 0.4 Mio. Franken) und bei der Behindertenhilfe (rund 4.1 Mio. Franken). Dieser Kommentar bezieht sich auf die Nettowerte der aufgeführten Leistungen (Saldo aus den FDK-Positionen 33, 36, 42, 43 und 46). Systemtechnisch werden seit der Einführung der neuen Fachapplikation für Ergänzungsleistungen im Mai 2013 die Rückforderungen neu nach dem Bruttoprinzip ausgewiesen. Dadurch erhöhen sich die Positionen 36 und 42 gegenüber dem Budget im gleichen Umfang um je rund 90 Mio. Franken. Diese Veränderung ist ergebnisneutral.
- Die Bundesbeiträge für Prämienverbilligungen sind um rund 0.3 Mio. Franken tiefer als budgetiert ausgefallen. Bei den Ergänzungsleistungen liegt der Bundesbeitrag rund 3.2 Mio. Franken unter dem Budget.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	236.3	237.4	239.8	246.4	244.65 <sup>1</sup>
Personen mit Ergänzungsleistungen (EL)	Anz	13'339	13'750	14'155	14'506	14'567
Personen mit Prämienverbilligungen (ohne EL)	Anz	26'745	27'011	27'601	27'977	27'194
Max. gutgeheissener Einsprachen EL	Anz	75	47	51	59	46
Max. vollständig gutgeheissener Einsprachen IPV	Anz	12	12	11	19	24

#### Kommentar

1 Gegenüber dem Vorjahr blieb der geplante Headcount unverändert. Jedoch waren die vakanten Stellen im Dezember 2014 etwas höher.

## Familie und Jugend

Die Zahl der unterstützten Haushalte mit Familienmietzinsbeiträgen stieg im Berichtsjahr auf 1'861 (2013: 1'696). Die Alimentenbevorschussung sank im Rechnungsjahr 2014 leicht auf 4.1 Mio. Franken (2013: 4.2 Mio. Franken). Ebenso sank die Anzahl der Fälle mit Alimentenbevorschussung auf 774 (2013: 798).

## Sozialhilfe und Asylwesen

Im Berichtsjahr erfolgte zum zweiten Mal die Abgeltung für uneinbringliche Prämienausstände der Krankenversicherer gemäss neuem Bundesrecht. Demgemäss übernimmt der Kanton 85 Prozent der belegten Verlustscheinsumme aus dem Jahr 2013. Die Abgeltung wurde mit 8 Mio. Franken budgetiert, der Rechnungswert lag bei rund 7.9 Mio. Franken. Längerfristig werden die Kosten bei rund 10 Mio. Franken liegen.

## Sozialhilfe

WSU-822

Die öffentliche Sozialhilfe hat die Aufgabe, bedürftige und von Bedürftigkeit bedrohte Personen zu beraten und ihre materielle Grundversorgung (Wohnen, Gesundheit, wirtschaftliche Hilfe) zu gewährleisten sowie deren Selbstständigkeit zu erhalten und zu fördern. Unterstützung finden auch Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Personen, die während ihres Aufenthaltes im Kanton in Not geraten sind. Die Sozialhilfe erledigt die interkantonale Rückerstattung von Sozialhilfekosten. Sie stellt Notwohnungen und die Notschlafstelle bereit, auch an nicht unterstützte Personen.

Die Sozialhilfe fördert die Möglichkeiten zur Selbsthilfe mit dem Ziel der sozialen und beruflichen Integration. Sie vermittelt und ermöglicht den Zugang zu Angeboten, die diesem Ziel dienen.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Vorjahr war im Rahmen des Reorganisationsprozesses das Grundlagenkonzept für die Sozialberatung erarbeitet worden. Es bildete die Basis für die Überarbeitung der Kernprozesse der Allgemeinen Sozialhilfe und für die Überprüfung der Schnittstellen. Auf der strukturellen Ebene wurden die Abteilungen im Kernbereich (Bereich Existenzsicherung und Sozialberatung) enger zusammengeführt und die zukünftige Aufteilung der Teams nach Professionen (kaufmännische Sachbearbeitung und Sozialarbeit) vorbereitet. Auf dieser Grundlage startet 2015 ein Pilotprojekt.

### Fallentwicklung

Wie bereits im Vorjahr erreichte die Fallzahl im Berichtsjahr ihren Höchstwert im April mit 5'443 Zahlfällen. Danach sank sie kontinuierlich bis Dezember auf 5'248 Zahlfälle. Der Jahresmittelwert liegt mit 5'347 Zahlfällen um 0.75 Prozent über dem Vorjahresmittel (2013: 5'307 Zahlfälle).

Mit 48 Prozent ist „Arbeitslosigkeit“ im Berichtsjahr wieder der häufigste Unterstützungsgrund (2013: 50%). Um jeweils 1 Prozent zugenommen haben gesundheitliche Gründe (17 Prozent) sowie der Unterstützungsgrund „ungenügendes Einkommen“ aus Arbeit oder Rentenbezug (15 Prozent).

### Migration

Im Berichtsjahr stellten in der Schweiz 23'800 Personen ein Asylgesuch, das sind gut 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zuweisungen an den Kanton Basel-Stadt waren vor allem im ersten Halbjahr überdurchschnittlich hoch, vor allem wegen der Einreise von syrischen Flüchtlingsfamilien, welche von der Möglichkeit einer erleichterten Einreise im Oktober/November 2013 Gebrauch gemacht hatten. Die meisten Asylsuchenden kamen aus Eritrea, viele davon im Rahmen einer Familienzusammenführung. Die Zahl der vorläufig Aufgenommenen nahm um 200 Personen, die Zahl von Flüchtlingen um 50 Personen zu. Die Zahl der Asylsuchenden im Verfahren sank von 370 Personen im Januar auf 230 Personen Ende Jahr.



**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13		
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-26'212.9	-26'220.0	-27'343.2	-1'123.3	-4.3	-1'130.3	-4.3	<sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-12'714.9	-11'796.0	-12'638.6	-842.6	-7.1	76.3	0.6	<sup>2</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.4	-58.5	-20.0	38.5	65.8	-18.6	<-100.0	
36 Transferaufwand	-149'831.1	-145'561.9	-151'419.5	-5'857.6	-4.0	-1'588.4	-1.1	<sup>3</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-188'760.3</b>	<b>-183'636.4</b>	<b>-191'421.3</b>	<b>-7'785.0</b>	<b>-4.2</b>	<b>-2'661.1</b>	<b>-1.4</b>	
42 Entgelte	293.7	197.0	347.7	150.7	76.5	54.0	18.4	<sup>4</sup>
43 Verschiedene Erträge	0.0	1'102.0	1'818.5	716.5	65.0	1'818.5	n.a.	<sup>5</sup>
46 Transferertrag	27'813.8	24'935.4	25'854.2	918.8	3.7	-1'959.6	-7.0	<sup>6</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>28'107.5</b>	<b>26'234.4</b>	<b>28'020.4</b>	<b>1'786.1</b>	<b>6.8</b>	<b>-87.0</b>	<b>-0.3</b>	
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-160'652.8</b>	<b>-157'402.0</b>	<b>-163'400.9</b>	<b>-5'998.9</b>	<b>-3.8</b>	<b>-2'748.1</b>	<b>-1.7</b>	
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-160'652.8</b>	<b>-157'402.0</b>	<b>-163'400.9</b>	<b>-5'998.9</b>	<b>-3.8</b>	<b>-2'748.1</b>	<b>-1.7</b>	
34 Finanzaufwand	-24.2	-11.0	-18.2	-7.2	-65.5	6.0	24.8	
44 Finanzertrag	1'833.1	4.0	1.7	-2.3	-56.3	-1'831.3	-99.9	<sup>5</sup>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>1'808.9</b>	<b>-7.0</b>	<b>-16.5</b>	<b>-9.5</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-1'825.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-158'843.9</b>	<b>-157'409.0</b>	<b>-163'417.4</b>	<b>-6'008.4</b>	<b>-3.8</b>	<b>-4'573.4</b>	<b>-2.9</b>	
davon Funktionen:								
56 Sozialer Wohnungsbau	-1'618.1	-2'216.3	-1'307.9	908.4	41.0	310.2	19.2	
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-157'225.8	-155'192.7	-162'109.5	-6'916.8	-4.5	-4'883.7	-3.1	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-85.1	-175.0	-89.9	85.1	48.6	-4.8	-5.6
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-85.1</b>	<b>-175.0</b>	<b>-89.9</b>	<b>85.1</b>	<b>48.6</b>	<b>-4.8</b>	<b>-5.6</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-85.1</b>	<b>-175.0</b>	<b>-89.9</b>	<b>85.1</b>	<b>48.6</b>	<b>-4.8</b>	<b>-5.6</b>

**Kommentar**

- 1 Anstelle der 5'300 budgetierten Fälle wurden in der Allgemeinen Sozialhilfe durchschnittlich 5'347 Fälle (+ 0.9 Prozent) unterstützt. In der Migration wurden 1'091 Personen unterstützt, 36.4 % mehr als budgetiert. In beiden Bereichen musste deshalb mehr Personal eingesetzt werden.
- 2 Der Mehraufwand für den Ausbau der Unterbringungskapazitäten für die zu betreuenden Personen im Bereich Migration überwiegt den Minderaufwand im Liegenschaftsbereich (Unterhalt Notunterkünfte) in der Allgemeinen Sozialhilfe.
- 3 Die Zunahme der betreuten Personen führte zu Mehrausgaben. Weiterhin negativ wirkt sich die deutliche Abnahme der Rückerstattungen aus Sozialversicherungen aus.
- 4 Die Mietzinseinnahmen im Bereich Migration (selbstzahlende Personen) sowie der höhere Stromsparbonus liessen die Entgelte ansteigen.
- 5 Die Erträge aus den Notwohnungen werden seit dem Berichtsjahr als Betriebserfolg verbucht, entsprechend den Ausgaben, welche im Betriebsaufwand erscheinen. Bis 2013 wurden die Erträge im Finanzertrag geführt.
- 6 Im Wesentlichen resultieren die Mehrerträge aus den höheren Bundespauschalen im Bereich Migration und aus den höheren Rückerstattungen bei den Familienzulagen für Nichterwerbstätige.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	184.9	183.3	199.7	200.5	203 <sup>1</sup>
Mittlerer Zahlfallbestand Sozialhilfe	Fälle	4'888	5'036	5'254	5'307	5'347
Mittlerer Personenbestand Migration	Pers.	633	794	1'023	1'043	1'091 <sup>2</sup>
Rückerstattungen aus Sozialversicherungen	MioFr	28.5	32.5	30.2	29.6	27.3 <sup>3</sup>
Ablösung aus SH innerhalb der ersten 12 Mte	%	4.0				4 <sup>4</sup>

**Kommentar**

- 1 Für die Sozialhilfe gilt eine automatische fallzahlenbezogene Ressourcensteuerung. Wegen der gestiegenen Fallzahlen in der allgemeinen Sozialhilfe und im Migrationsbereich ergab sich daher ein Anstieg um 2.45 Stellen.
- 2 Im Berichtsjahr nahm die Zahl der in Basel-Stadt betreuten Personen um 4.6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Im Vergleich dazu stieg in der Schweiz die Zahl der Asylgesuche um 11 Prozent auf 23'765. Grund für die nicht lineare Zunahme der Zuweisungen an den Kanton Basel-Stadt sind die zahlreichen Kompensationen, die bei der Zuteilung noch angerechnet wurden.
- 3 Die Revisionen der vorgelagerten Sozialleistungen führen zu deutlich tieferen Erträgen. Im Berichtsjahr nahmen vor allem die Rückerstattungen von Ergänzungsleistungen und Arbeitslosentaggeldern ab.
- 4 Kennzahl wird nicht mehr verwendet.

**Sozialhilfe und Asylwesen****Sozialhilfe**

Im Lohnmodell iJob werden Dauerarbeitsplätze in Sozialfirmen an langzeitarbeitslose Sozialhilfebeziehende vermittelt, deren Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt als wenig aussichtsreich erscheint. Im Projekt Passage wird arbeitsfähigen Gesuchstellenden mit dem Ziel, ihre (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern, ein entlohnter, einmonatiger Arbeitseinsatz vermittelt. Die beiden Pilotprojekte wurden im Berichtsjahr weiter optimiert, etwa durch die Anpassung von Schnittstellen. Beide Projekte werden bis Ende 2015 über den Krisenfonds finanziert. Auf Grundlage einer Wirkungsevaluation wird 2015 entschieden, ob die beiden Programme aus dem Budget der Sozialhilfe weitergeführt werden.

Im Berichtsjahr wurden im Zug des 2012 initiierten Reorganisationsprozesses notwendige strukturelle Entscheide getroffen. Zukünftig arbeiten die Fallführenden in sogenannten „Funktionenteams“, die nach Professionen (kaufmännische Sachbearbeitung und Sozialarbeit) aufgeteilt sind. Zudem wurde ein spezialisiertes Team „Qualität + Controlling“ geschaffen. Das zweite Teilprojekt „Prozessorganisation“ konnte im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden. Eine Projektgruppe überprüfte auf Basis des im Vorjahr abgeschlossenen Grundlagenkonzepts für die Sozialberatung sämtliche Kernprozesse und Schnittstellen der Allgemeinen Sozialhilfe und nahm wo nötig Anpassungen vor. Ende des Berichtsjahrs startete die Planung des Pilotprojektes: In einer einjährigen Testphase werden die erarbeiteten konzeptuellen und strukturellen Grundlagen in die Praxis umgesetzt und geprüft.

**Asylwesen**

Die Unterbringungssituation im Asylbereich war im Berichtsjahr unvermindert angespannt. Die Zivilschutzanlage Grün80 ist zwar nicht voll belegt, der Betrieb konnte aber - obwohl als Übergangslösung gedacht - noch nicht eingestellt werden. Weiterhin wohnen dort allein reisende Männer, die auf ihren Asylentscheid warten oder Nothilfe beziehen. Beim Wohnraum für Familien gab es Ende des Berichtsjahrs keine Reserven. Neu bezogen wurden Liegenschaften an der Freiburgerstrasse (25 Plätze), an der Missionsstrasse (40 Plätze), an der Schönbeinstrasse (20 Plätze), weitere Wohnungen am Burgweg (unterdessen 75 Plätze) sowie zwei Liegenschaften in Riehen (30 Plätze). Ende des Berichtsjahrs betreute die Sozialhilfe rund 35 Liegenschaften mit insgesamt 770 Plätzen. Wegen der Prognosen des Bundes, die für 2015 von rund 30'000 Asylgesuchen ausgehen, intensivierten die Sozialhilfe und Immobilien Basel-Stadt die Suche nach zusätzlichen Unterkünften.

Über die „Schnittstelle Integration von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen“ konnten über 60 Personen in Arbeit vermittelt werden (2013: 40 Personen). 26 Personen konnten vollständig von der Sozialhilfe abgelöst werden (2013: 16).

Weiterhin rund 100 Personen beziehen Nothilfe. 30 davon sind Kinder. Der Anteil von Personen, die länger als zwei Jahre Nothilfe beziehen, nimmt weiter zu. In der Regel ist ihre Ausreise blockiert.

### **Soziales Wohnungswesen**

Dieser Bereich umfasst die Notschlafstelle und ca. 140 Notwohnungen an verschiedenen Standorten im Kanton. Die Notschlafstelle bietet obdachlosen Personen eine günstige Übernachtungsmöglichkeit. Die Notwohnungen werden befristet an obdachlos gewordene oder von Obdachlosigkeit bedrohte Familien mit Kindern vermietet, die ihren Wohnsitz seit mindesten zwei Jahren in Basel-Stadt hatten. Da der Bedarf an Unterbringungsplätzen für Asylsuchende nach wie vor sehr hoch ist, wurden auch im Berichtsjahr einige der Notwohnungen dem Migrationsbereich zur Verfügung gestellt.

Obwohl sowohl die Notschlafstelle als auch die Notwohnungen zur Überbrückung von Notsituationen gedacht sind, werden die Angebote von zahlreichen Personen über einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen. Aus diesem Grund prüft der Notwohnbereich eine konzeptionelle Überarbeitung der Praxis. Die für das Berichtsjahr geplante umfassende Strategie für den Notwohnbereich konnte mangels Wohnungen noch nicht abgeschlossen werden.

Für die Notschlafstelle wurde im Berichtsjahr ein Notfallszenario für den Fall einer Vollbelegung entwickelt. Es sieht für einen solchen Fall die Zivilschutzanlage als Ausweichmöglichkeit für männliche Gäste vor. Trotz zwischenzeitlich sehr hoher Belegung ist dieser Notfall im Berichtsjahr nicht eingetreten.

Auch im Berichtsjahr bemühte sich der Notwohnbereich in Zusammenarbeit mit Immobilien Basel-Stadt intensiv um die Akquirierung neuer Liegenschaften. Mit dem Ausbau des Dachstockes mehrerer Liegenschaften an der Theodor Herzl-Strasse konnten per Ende Berichtsjahr 24 neue Wohnungen geschaffen werden, weitere acht folgen 2015. Darunter sind auch einige Einzimmerwohnungen. Somit kann das Pilotprojekt Notwohnungen für Einzelpersonen Anfang 2015 gestartet werden.

## **Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)**

WSU-825

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ist die Nachfolgeorganisation der Vormundschaftsbehörde, deren Aufgaben sie gemäss dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht per 1. Januar 2013 übernommen hat. Zusätzlich hat die KESB über ein stark ausgeweitetes Portfolio an Schutzmassnahmen zu entscheiden. Ziel der KESB ist es, dass die in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigten Erwachsenen in einem geordneten Alltag leben, und dass gefährdete Kinder und Jugendliche geschützt sind und sich angemessen weiterentwickeln können. Mit dem neuen Recht gibt es das Institut der Vormundschaft nur noch für Minderjährige. Für Erwachsene kann die KESB verschiedene Arten von Beistandschaften anordnen und dabei die Ausgestaltung der Beistandschaft auf die Bedürfnisse der betroffenen Person ausrichten. Die Selbstbestimmung der betroffenen Person soll so weit wie möglich erhalten und gefördert werden. Die KESB hat seit 1. Juli 2014 auch Aufgaben im Zusammenhang mit der gemeinsamen elterlichen Sorge.

### **Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte**

Das Berichtsjahr war das zweite Betriebsjahr seit Schaffung der KESB am 1. Januar 2013. Es war geprägt durch die Weiterentwicklung der im Vorjahr umgesetzten neuen Organisation. Die Mitarbeitenden haben dank Praxis und Schulung kontinuierlich an Wissen und Routine gewonnen. Die KESB hat insgesamt 110 verschiedene Aufgaben, welche grösstenteils neu oder verändert sind. Auch auf gesamtschweizerischer Ebene setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Implementierung des neuen Rechts und der damit veränderten Organisation länger dauert als erwartet. Mit einer gefestigten Praxis und optimierten Abläufen wird der Aufwand zurückgehen. Die KESB ist Praxispartner der Hochschule für Soziale Arbeit in Luzern, welche ein wissenschaftlich basiertes Abklärungstool entwickelt. Ein weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld war die Implementierung eines Fallentwicklungs- und Fallsteuerungsprogramm, welches bei der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung unterstützt.

#### **Allgemeines Rechtswesen**

Per 1. Juli 2014 traten die neuen bundesrechtlichen Bestimmungen über das elterliche Sorgerecht in Kraft. Das Aufgabenportfolio der KESB hat sich dadurch erweitert. Die gemeinsame elterliche Sorge ist für unverheiratete und geschiedene Ehegatten nun die Regel. Wenn sich die Eltern nicht einigen können, muss bei unverheirateten Paaren die KESB und bei geschiedenen Eltern das Gericht über die Zuteilung der elterlichen Sorge entscheiden. Gleichzeitig wurden die gesetzlichen Bestimmungen zur Feststellung der Vaterschaft und Regelung des Unterhalts geändert.

Im Berichtsjahr bereitete sich die KESB auf die Umsetzung der neuen Bestimmung der Verordnung zur AHV vor. Denn ab 1. Januar 2015 ist die KESB in bestimmten Fällen zuständig für den Entscheid über die Anrechnung von Erziehungsgutschriften.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5'521.5	-5'291.8	-5'941.5	-649.7	-12.3	-420.0	-7.6 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-618.2	-437.3	-545.0	-107.8	-24.6	73.1	11.8 <sup>2</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-14.0	-20.0	-18.7	1.3	6.5	-4.7	-33.3
36 Transferaufwand	-207.6	-260.0	-299.7	-39.7	-15.3	-92.1	-44.4
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-6'361.3</b>	<b>-6'009.1</b>	<b>-6'804.9</b>	<b>-795.8</b>	<b>-13.2</b>	<b>-443.6</b>	<b>-7.0</b>
42 Entgelte	1'314.9	1'140.3	1'205.9	65.6	5.8	-109.0	-8.3
46 Transferertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.1	-100.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>1'315.0</b>	<b>1'140.3</b>	<b>1'205.9</b>	<b>65.6</b>	<b>5.8</b>	<b>-109.1</b>	<b>-8.3</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-5'046.3</b>	<b>-4'868.8</b>	<b>-5'599.0</b>	<b>-730.3</b>	<b>-15.0</b>	<b>-552.7</b>	<b>-11.0</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	100.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>0.0</b>	<b>100.0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-5'046.3</b>	<b>-4'868.8</b>	<b>-5'599.0</b>	<b>-730.3</b>	<b>-15.0</b>	<b>-552.7</b>	<b>-11.0</b>
34 Finanzaufwand	-1.9	0.0	-1.8	-1.8	n.a.	0.1	3.3
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	>100.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-1.9</b>	<b>0.0</b>	<b>-1.8</b>	<b>-1.8</b>	<b>n.a.</b>	<b>0.1</b>	<b>3.4</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-5'048.2</b>	<b>-4'868.8</b>	<b>-5'600.8</b>	<b>-732.1</b>	<b>-15.0</b>	<b>-552.7</b>	<b>-10.9</b>
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-5'048.2	-4'868.8	-5'600.8	-732.1	-15.0	-552.7	-10.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-187.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	187.0	100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-187.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>187.0</b>	<b>100.0</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-187.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>187.0</b>	<b>100.0</b>

**Kommentar**

- 1 Der gegenüber dem Budget höhere Personalaufwand resultiert zum einen aus Mehrkosten für befristet angestellte Mitarbeitende. Zum anderen spiegelt sich die Lohneinreihung der mit der KESB geschaffenen neuen Stellen, die bereits nach den Kriterien der Lohnsystempflege erfolgte.
- 2 Der Mehraufwand gegenüber Budget entstand im Wesentlichen durch letzte Umzugs- und Mobiliarkosten sowie die höheren Erlasse von Gebühren zu Gunsten der Klienten (gemäss Verordnung zum kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz VoKESG).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz			35.3	37.0	35.4 <sup>1</sup>
Meldungen an die KESB	Anz				1'890	1'793 <sup>2</sup>
Mündliche Verhandlungen gemäss § 3 Abs. 2 KESG	Anz				96	123 <sup>3</sup>
Beschwerden an die gerichtliche Beschwerdeinstanz	Anz				26	61
Anteil gutgeheissene Beschwerden	%				15	5 <sup>4</sup>

**Kommentar**

- 1 Die Anzahl headcountrelevanter Vollzeitstellen konnten wieder auf Niveau des Budgets 2014 stabilisiert werden.
- 2 Die Anzahl Meldungen war leicht rückläufig. Der Planwert orientierte sich noch an der Vorgängerorganisation. Zudem stellen einige der neuen Aufgaben der KESB administrative Verwaltungsakte dar, die keine Eröffnung eines Verfahrens zur Folge haben. Diese Aufgaben sind somit in der Meldestatistik nicht enthalten.
- 3 Im Vorjahr hatten die Spruchkammern erst ab Frühjahr begonnen, Verhandlungen durchzuführen.
- 4 Die niedrige Zahl der erfolgreichen Beschwerden zeigt die hohe Qualität der KESB-Entscheide. Diese ist auch das Ergebnis einer sich festigenden Praxis.

## Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES)

WSU-826

Das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES) ist die Nachfolgeorganisation der bisherigen Amtsvormundschaft, welche umfassend reorganisiert und zu einer eigenen Dienststelle ausgestaltet wurde. Das ABES stellt berufliche Mandatstragende zur Verfügung, welche entsprechend dem Beschluss der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Beistandschaften bzw. Vormundschaften (Kinder- und altrechtliche Massnahmen) führen. Es führt den grössten Teil der Erwachsenenschutz-Massnahmen (neben privaten Mandatsträgerinnen und -trägern sowie Heimbeiständen). Zu den Dienstleistungen einer Berufsbeiständin oder eines Berufsbeistandes gehören je nach beschlossener Massnahme auch die Einkommens- und Vermögensverwaltung für die Klientinnen und Klienten mit Führen der Buchhaltung und Auszahlen von Bargeld an der amtseigenen Kasse. Das ABES ist ausserdem für die Leistungsvereinbarungen mit den Spitalsozialdiensten zur Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen zuständig.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr konnte das ABES nach einem anspruchsvollen Changeprozess in eine Konsolidierungsphase überführt werden. Abgeschlossen wurde die Reorganisation durch einen weiterführenden Strategieprozess, in dem Mission, Vision und Werte diskutiert, Ziele formuliert und deren priorisierte Umsetzung mit einem Massnahmenplan festgelegt wurden. Durch weitere Optimierungen konnten die Abläufe verbessert werden. Wichtig für den optimalen Personaleinsatz ist die Fallzuteilung, welche einerseits die Eignung der Berufsbeiständin oder des Berufsbeistandes berücksichtigen andererseits auch deren Fallbelastung.

**Allgemeines Rechtswesen** Die Zahl der dem ABES zugewiesenen Mandate nahm im Berichtsjahr auf 2'415 zu (2013: 2'350). Die unterjährigen Schwankungen sind jedoch mit durchschnittlich 30 Neuzugängen pro Monat intensiv. Im Durchschnitt übernimmt eine Berufsbeiständin oder ein Berufsbeistand ein bis zwei neue Fälle pro Monat. Personelle Abgänge sind für eine Organisation, die eine langjährige Betreuung der verbeiständeten Personen durch die gleiche Beiständin und den gleichen Beistand sicherstellen will, eine Herausforderung.

Die vom neuen Bundesrecht verlangten massgeschneiderten Massnahmen sind anspruchsvoll, vor allem bei neu errichteten Beistandschaften: Die von der KESB heute detaillierter formulierten Aufträge passen allenfalls nicht mehr zur aktuellen Situation der verbeiständeten Person, weil seit den Abklärungen Änderungen eingetreten sind. Das (familiäre) Umfeld der verbeiständeten Personen ist mit dem neuen Bundesrecht erwartungs- und anspruchsvoller geworden und möchte in viele Entscheide der Beiständin oder des Beistandes einbezogen werden, was jedoch unter Berücksichtigung des Amtsgeheimnisses schwierig zu handhaben ist.

Viele Stiftungen unterstützen die Klientinnen und Klienten in Notlagen mit Fondsgeldern. Im Berichtsjahr durfte das ABES einen grosszügigen Fondsbetrag vom Verein Leonardsheim entgegennehmen. Die Zusammenarbeit mit den Spitalsozialdiensten entwickelte sich gut. Eine grosse Herausforderung für die Spitalsozialdienste und das ABES ist die Suche nach einer geeigneten betreuten Unterbringung für die psychisch kranken Personen, vor allem wenn sie älter sind.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7'684.9	-6'998.0	-7'555.2	-557.2	-8.0	129.7	1.7 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-780.9	-631.0	-1'033.4	-402.4	-63.8	-252.5	-32.3 <sup>2</sup>
36 Transferaufwand	0.0	-4'400.0	-4'400.0	0.0	0.0	-4'400.0	n.a.
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-8'465.8</b>	<b>-12'028.9</b>	<b>-12'988.6</b>	<b>-959.7</b>	<b>-8.0</b>	<b>-4'522.8</b>	<b>-53.4</b>
42 Entgelte	2'255.6	1'381.5	2'277.4	895.9	64.8	21.8	1.0 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>2'255.6</b>	<b>1'381.5</b>	<b>2'277.4</b>	<b>895.9</b>	<b>64.8</b>	<b>21.8</b>	<b>1.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-6'210.1</b>	<b>-10'647.4</b>	<b>-10'711.2</b>	<b>-63.8</b>	<b>-0.6</b>	<b>-4'501.1</b>	<b>-72.5</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-6'210.1</b>	<b>-10'647.4</b>	<b>-10'711.2</b>	<b>-63.8</b>	<b>-0.6</b>	<b>-4'501.1</b>	<b>-72.5</b>
34 Finanzaufwand	-0.1	0.0	-0.2	-0.2	n.a.	-0.1	-63.9
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.1</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>n.a.</b>	<b>-0.1</b>	<b>-63.9</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-6'210.3</b>	<b>-10'647.4</b>	<b>-10'711.4</b>	<b>-64.0</b>	<b>-0.6</b>	<b>-4'501.2</b>	<b>-72.5</b>
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-6'210.3	-10'647.4	-10'711.4	-64.0	-0.6	-4'501.2	-72.5

**Kommentar**

- 1 Der gegenüber dem Budget höhere Personalaufwand resultiert zum einen aus Mehrkosten für befristet angestellte Mitarbeitende zur Überbrückung von langen Krankheitsabsenzen sowie für diverse Einführungsarbeiten. Zum anderen spiegelt sich die Lohnneinreihung der mit dem ABES geschaffenen neuen Stellen, die bereits nach den Kriterien der Lohnsystempflege erfolgte.
- 2 Der höhere Aufwand entstand im Wesentlichen wegen der höheren Erlasse von Entschädigungen zu Gunsten der Klienten (gemäss Verordnung zum kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz VoKESG).
- 3 Die Mehreinnahmen begründen sich aus der Aufarbeitung der „alten“ Rechenschaftsberichte aus dem Vorjahr mit verzögerter Rechnungstellung im Berichtsjahr.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	%			47.9	50.9	53 <sup>1</sup>
Mandate des Amtes für Beistandschaften und Erwachsenenschutz	Anz	2'160	2'242		2'350	2'415
Fallbelastung pro Vollzeitstelle (FTE)	Anz	n/v	n/v		107	110

**Kommentar**

- 1 Mehrbedarf an headcountrelevanten Vollzeitstellen aufgrund der Verlängerung einer befristeten Projektstelle sowie Zusatzbedarf zur Deckung der Personalengpässen aufgrund Abwesenheiten von Langzeitkranken.

## Amt für Umwelt und Energie

WSU-831

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) trifft Vorkehrungen, um Menschen und Umwelt vor schädlichen und lästigen Einflüssen zu schützen. Es sorgt dafür, dass die vorhandenen Ressourcen geschont werden, Wasser sparsam genutzt und Abfälle vermieden werden. Es schützt die Bevölkerung vor übermässigem Lärm. Das AUE wirkt darauf hin, dass Energie sparsam und effizient genutzt wird und dass erneuerbare Energien gefördert werden. Im Abwasserbereich sollen Massnahmen bei Industrie und Gewerbe Verunreinigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer verhindern. Das AUE engagiert sich für eine zukunftsfähige, ökologische Landwirtschaft im Kanton. Es fördert ferner das Umweltbewusstsein und die Eigenverantwortung von Bevölkerung und Wirtschaft.

Das Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und das Amt für Wald beider Basel (AfW) sind affilierte Dienststellen des AUE. Das LHA ist für die Erfassung der Luftschadstoffe und für die Erfassung der nichtionisierenden Strahlen zuständig. Es sorgt dafür, dass Belastungen unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegen. Das AfW vollzieht die Waldgesetzgebung und wahrt die öffentlichen Interessen am Wald. Es sorgt für einen Ausgleich der unterschiedlichen Ansprüche an den Wald.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Das Vorprojekt für den Neubau des AUE an der Spiegelgasse 11/15 konnte abgeschlossen werden. Der geplante Bau wird nicht nur das Label MINERGIE-P-ECO erreichen, sondern – erstmalig in der Schweiz für Verwaltungsgebäude – auch das Label MINERGIE-A. Auf dieser Basis wird im Jahr 2015 der Ratschlag für den Baukredit erstellt.

### Abwasserbeseitigung

Der Grosse Rat beschloss Ende 2013, dass ein Projekt für den Bau einer Anlage zur Reduktion von Stickstoffverbindungen, zur Reduktion von Mikroverunreinigungen und zum Bau einer Faulung in der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProRheno AG (Projekt EABA) ausgearbeitet werden darf. Im Berichtsjahr wurde die geplante Pilotanlage mit Industrieabwasser und Abwasser ARA Basel erstellt, sie läuft stabil. Die Versuche mit Ozon und Aktivkohle zur Reduktion der Mikroverunreinigungen sind noch im Gang. Abgeschlossen ist die Submission für die Ingenieurleistungen zur Projektierung. Am 20. August startete die Projektierung.

### Abfallwirtschaft

Der Grosse Rat beschloss am 12. November die Mehrwegpflicht bei öffentlichen Veranstaltungen, welche nun umgesetzt werden kann. Der weitere Ausbau der Bioklappen wurde vorerst zurückgestellt, da eine Lösung mit Unterflurcontainern bei Wertstoffsammelstellen geprüft werden soll. Die Totalrevision der Verordnung über Abfallsammlungen wurde zurückgestellt, weil noch kein rechts-gültiger Entscheid über die zukünftige Abfallentsorgung mit Unterflurcontainern vorliegt. Gegen den Beschluss des Grossen Rates für eine teilweise Einführung von Unterflurcontainern wurde erfolgreich das Referendum ergriffen.

Das AUE hat die Produktion und Lieferung der Gebührensäcke (Bebbi-Säcke) nach GATT/WTO ausgeschrieben und per 1. Januar 2015 an den bisherigen Lieferanten vergeben.

### Bekämpfung von Umweltverschmutzung

**Luftreinhaltung** Bei 31 Betrieben der Chemiebranche in Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde durch das LHA die Umsetzung der revidierten Verordnung zum Luftreinhalteplan 2010 überprüft, 33 stehen noch aus. Bei 15 der kontrollierten Betrieben ist die beste verfügbare Technik im Einsatz und



## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-8'855.0	-9'424.9	-8'925.8	499.1	5.3	-70.8	-0.8 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14'871.7	-14'817.7	-14'506.2	311.5	2.1	365.5	2.5
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-55.2	-97.9	-54.1	43.8	44.7	1.1	2.0
36 Transferaufwand	-8'298.2	-9'824.5	-8'578.1	1'246.4	12.7	-280.0	-3.4 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-32'080.0</b>	<b>-34'164.9</b>	<b>-32'064.2</b>	<b>2'100.8</b>	<b>6.1</b>	<b>15.8</b>	<b>0.0</b>
41 Regalien und Konzessionen	17.7	17.0	19.1	2.1	12.5	1.4	7.9
42 Entgelte	38'973.7	40'332.9	39'619.1	-713.7	-1.8	645.5	1.7
46 Transferertrag	330.7	134.8	198.0	63.2	46.9	-132.7	-40.1
<b>Betriebsertrag</b>	<b>39'322.1</b>	<b>40'484.7</b>	<b>39'836.3</b>	<b>-648.4</b>	<b>-1.6</b>	<b>514.2</b>	<b>1.3</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>7'242.1</b>	<b>6'319.7</b>	<b>7'772.1</b>	<b>1'452.3</b>	<b>23.0</b>	<b>530.0</b>	<b>7.3</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4'833.3	-4'607.5	-4'574.7	32.8	0.7	258.6	5.4
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-919.6	-1'346.0	-1'136.7	209.3	15.6	-217.1	-23.6 <sup>3</sup>
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	30.0	0.0	30.0	30.0	n.a.	0.0	0.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-5'723.0</b>	<b>-5'953.5</b>	<b>-5'681.4</b>	<b>272.1</b>	<b>4.6</b>	<b>41.6</b>	<b>0.7</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>1'519.1</b>	<b>366.2</b>	<b>2'090.7</b>	<b>1'724.5</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>571.6</b>	<b>37.6</b>
34 Finanzaufwand	-0.6	-0.7	-5.3	-4.6	<-100.0	-4.7	<-100.0
44 Finanzertrag	0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.1	-83.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.7</b>	<b>-5.3</b>	<b>-4.6</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-4.9</b>	<b>&lt;-100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>1'518.7</b>	<b>365.5</b>	<b>2'085.4</b>	<b>1'719.9</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>566.7</b>	<b>37.3</b>
davon Funktionen:							
72 Abwasserbeseitigung	7'629.4	7'712.6	7'557.2	-155.4	-2.0	-72.2	-0.9
73 Abfallwirtschaft	-1'162.8	-978.6	-753.5	225.2	23.0	409.3	35.2
76 Bekämpfung von Umweltverschmutzung	-3'779.0	-5'024.3	-3'904.2	1'120.1	22.3	-125.2	-3.3
81 Landwirtschaft	-81.2	-90.0	-124.1	-34.0	-37.8	-42.9	-52.8
82 Forstwirtschaft	-269.7	-411.0	-322.9	88.1	21.4	-53.2	-19.7
83 Jagd und Fischerei	-330.3	-327.5	-278.1	49.4	15.1	52.3	15.8
87 Brennstoffe und Energie	-487.8	-515.7	-89.1	426.6	82.7	398.7	81.7

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'262.7	0.0	-1'324.8	-1'324.8	n.a.	-62.1	-4.9
Ausgaben Kleininvestitionen	-66.9	-448.5	-381.4	67.1	15.0	-314.4	<-100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-919.6	0.0	-1'136.7	-1'136.7	n.a.	-217.1	-23.6
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-2'249.3</b>	<b>-448.5</b>	<b>-2'842.9</b>	<b>-2'394.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-593.6</b>	<b>-26.4</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-2'249.3</b>	<b>-448.5</b>	<b>-2'842.9</b>	<b>-2'394.4</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-593.6</b>	<b>-26.4</b>

## Kommentar

- 1 Die Unterschreitung des Personalbudgets ergibt sich aus geringeren PK-Prämien wegen Pensionierungen, aus verzögerten Neubesetzungen von drei Stellen sowie aus Rückerstattungen der Unfallversicherung.
- 2 Die Unterschreitung gegenüber Budget resultiert im Wesentlichen aus den tieferen Betriebskosten der ARA Basel von ca. 0.6 Mio. Franken und den Minderausgaben für die 2000 Watt-Gesellschaft von 0.6 Mio. Franken. Die Umsetzung der vom GR bewilligten Projekte braucht eine grössere Anlaufzeit als angenommen.
- 3 Die geringeren Investitionen in die Projekte der 2000 Watt-Gesellschaft bewirken tiefere Abschreibungen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	45.2	45.0	46.5	46.0	47.8 <sup>1</sup>
Jährlich energetisch sanierte Gebäudehüllefläche	Anz	117'560	217'207	–	–	–
Mit Schallschutzfenstern ausgerüstete Gebäude	Anz	646	754	843	885	917
Grenzwertüberschreitungen der Abwasserreinigungsanlage	Anz	21	32	25	16	31 <sup>2</sup>
Ökologische landwirtschaftliche Ausgleichsflächen in ha	Anz	45.7	48.8	53.0	52.4	54.4
Anzahl gesamt sanierte Gebäude pro Jahr	Anz		104	131	39	46

**Kommentar**

- 1 Die Erhöhung des Headcounts von 1.8 Stellen wird mit der befristeten Weiterbeschäftigung einer Praktikantin sowie der Erhöhung von Beschäftigungsgraden begründet. Gegenüber dem Budget wurde der Headcount jedoch unterschritten.
- 2 Der Anstieg der Überschreitungen hängt vor allem mit dem schlechten Absetzen des Klärschlammes in den Nachklärbecken zusammen, was mit der Erneuerung der ARA behoben wird.

sind somit keine weiteren Massnahmen notwendig. Bei sechs Betrieben sind Sanierungs- bzw. Optimierungsmassnahmen in Umsetzung, und bei neun Betrieben werden weitere Erhebungen gemacht werden. Für die Metallbranche wurde ein Erhebungstool entwickelt. Die Erhebung dieser Betriebe erfolgt im 2015.

In beiden Kantonen konnten bei 16 Betrieben die Kontrollen der eingereichten Massnahmepläne gemäss Art. 9 der eidgenössischen Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) abgeschlossen werden. Verschiedene Betriebe wurden bei der Ausarbeitung von Sanierungsplänen beraten. Dabei stellte sich heraus, dass einige Betriebe die Gesetzgebung nicht erfüllen und somit noch nicht von der Lenkungsabgabe befreit werden können.

Im Berichtsjahr startete der Bund die Erarbeitung von gesetzlichen Grundlagen zum Schutz vor übermässigen Lichtimmissionen. Er wird dabei die Kantone einbeziehen. Auf kantonaler Ebene stellte das Lufthygieneamt beider Basel Informationen zur Verfügung, damit Reklamationen und Einsprachen beantwortet werden können. Zudem wurde für die MUBA 2015 eine Sonderschau zum Thema Lichtimmissionen vorbereitet („Stille Nacht...?“).

In beiden Kantonen wurden bei 61 Mobilfunkbasisstationen von Orange, Sunrise und Swisscom vor Ort die Antennen auf Senderichtung, Typ und Lage kontrolliert. In nur einem Fall wurde eine gering falsche Senderichtung festgestellt, welche sofort korrigiert wurde. In mehreren Fällen wurden Abweichungen bezüglich Montagehöhe und Antennentyp festgestellt, welche im Rahmen der Toleranzen liegen und belassen wurden. Zudem wurden bei 49 Anlagen aller drei Betreiber Stichprobenkontrollen auf den Qualitätssicherungssystemen (QSS) vorgenommen. Hierbei zeigten sich ausschliesslich und bei nur sechs Anlagen administrative Unstimmigkeiten, welche keinen relevanten Einfluss auf das korrekte Funktionieren der QSS hatten.

Der Beitrag des Kantons Basel-Stadt an die Finanzierung des bikantonalen Lufthygieneamts beliefen sich 2014 auf 1.116 Mio. Franken, budgetiert worden waren 1.175 Mio. Franken. Basel-Stadt und Basel-Landschaft tragen je die Hälfte der Kosten des LHA.

**Lärm** Das im Jahr 2013 erarbeitete Beurteilungsinstrument für Veranstaltungen (BIV) wird dank seiner Weiterentwicklung zu einem integrierenden Bestandteil der Sondernutzungspläne und der Umsetzung des Gesetzes über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG). Mit dem BIV werden heute auch die Bespielungen von privaten Aussenplätzen beurteilt.

Die Überarbeitung des Strassenlärmkatasters verzögerte sich, weil die nötigen Daten aus dem Gesamtverkehrsmodell noch nicht vorlagen. Für einzelne Strassenabschnitte stehen Belagsgütemessungen zur Verfügung. Diese lassen Rückschlüsse über das Lärminderungspotenzial eines lärmarmen Strassenbelages zu. Der Luzernerring erhielt einen lärmarmen Strassenbelag. Im Berichtsjahr wurden im Rahmen der Strassenlärmreduktion 36 Gebäude mit Schallschutzfenstern versehen. Total sind nun 918 Gebäude in Gebieten mit Immissionsgrenzwertüberschreitungen mit Schallschutzfenstern ausgerüstet.

Die Lärmbeschwerden wegen Gastgewerbebetrieben gingen gegenüber dem Vorjahr um 40 Prozent zurück, hingegen erhöhten sich die Beschwerden wegen Baulärm um 63 Prozent, die übrigen Beschwerden um 23 Prozent.

**Gewässerschutz** Der Regierungsrat behandelte im Februar einen Vorschlag für das Projekt Wiese-Vital, beschloss aber mit Blick auf die Kosten die Prüfung und Ausarbeitung einer zusätzlichen, re-dimensionierten Variante, bei der keine Massnahmen für den Grundwasserschutz erforderlich sind. Diese Variante sieht eine Gerinneverbreiterung und -strukturierung innerhalb der bestehenden Hochwasserschutzdämme vor. Dadurch wird das Gewässer stark aufgewertet, und es darf daher mit Bundessubventionen gerechnet werden. Der Vorteil der Variante liegt darin, dass keine grösseren Eingriffe in das Grundwasser erfolgen müssen. Dadurch kommt es nicht zu einer Verschlechterung der Grundwasserqualität und auch nicht zu einer Beeinträchtigung der Trinkwassersicherheit. Der Regierungsrat wird Anfang 2015 entscheiden, welche Variante weiterverfolgt werden soll.

### **Forstwirtschaft**

Das Amt für Wald (AfW) definierte in enger Zusammenarbeit mit der kantonalen Natur- und Landschaftsschutzkommission das Verfahren zur Ausscheidung und Sicherung von Waldreservaten und bestimmte den Fahrplan für die Unterschutzstellungen. Das Monitoring zur Bekämpfung von Neobiota, insbesondere dem asiatischen Laubholzbockkäfer, wurde fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurden keine Individuen dieses Käfers entdeckt. Auf Bundesebene verzögert sich die Revision des Waldgesetzes, entsprechend muss die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung aufgeschoben werden.

Der Anteil von Basel-Stadt an den Kosten des AfW wird im Wesentlichen nach dem Verursacherprinzip ermittelt. Er betrug für das Jahr 2014 0.374 Mio. Franken (budgetiert: 0.459 Mio. Franken). Nach Abzug des im AUE vereinnahmten Bundesbeitrags von 0.062 Mio. Franken ergeben sich Nettokosten von 0.312 Mio. Franken.

### **Brennstoffe und Energie**

In der Aktion Solarkraftwerk blieben die Zusatzbeiträge für die Dachsanierungen in Kombination mit einer Photovoltaikanlage klar hinter den Erwartungen zurück: im Berichtsjahr wurden lediglich 100'000 Franken (2013: 0,5 Mio. Franken) ausbezahlt. Der Zuwachs der realisierten Photovoltaikanlagen liegt dennoch im Rahmen der Erwartungen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 49 Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von gesamthaft 1,5 MW (2013: 2,6 MW) in Betrieb genommen. Die meisten Anlagen wurden demnach ohne gleichzeitige Dachsanierung installiert.

Im Rahmen der 2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel wurden die vom Grossen Rat im Jahr 2013 bewilligten Projekte weiterentwickelt: Erste Pilotprojekte sind fertiggestellt (z.B. Gebäudesanierung mit Hochleistungsdämmputz) oder stehen kurz vor Abschluss (z.B. Fassade mit farbigen Photovoltaikanlagen). Der 3. Modernisierungswettbewerb startete am 17. März. Die Jury nahm im Dezember eine Beurteilung der Projekte vor. Nach der Berichterstattung durch die Jury wird das interessierte Publikum die Projekte in einer Ausstellung besichtigen können.

**4.2.8 Gerichte**

GER-111	Appellationsgericht	348
GER-112	Gericht für Strafsachen	357
GER-113	Zivilgericht	363
GER-114	Sozialversicherungsgericht	367
GER-115	Jugendgericht und Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen	371

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-40.2	-40.7	-40.6	0.1	0.2	-0.4	-1.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-24.0	-23.0	-21.4	1.6	7.0	2.6	10.7
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	74.1	-0.0	0.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-64.2</b>	<b>-63.7</b>	<b>-62.0</b>	<b>1.7</b>	<b>2.7</b>	<b>2.1</b>	<b>3.3</b>
42 Entgelte	25.6	26.0	28.4	2.4	9.4	2.9	11.2
<b>Betriebsertrag</b>	<b>25.6</b>	<b>26.0</b>	<b>28.4</b>	<b>2.4</b>	<b>9.4</b>	<b>2.9</b>	<b>11.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-38.6</b>	<b>-37.8</b>	<b>-33.6</b>	<b>4.1</b>	<b>11.0</b>	<b>5.0</b>	<b>12.9</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-0.2	0.0	0.2	100.0	0.0	n.a.
<b>Abschreibungen</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.2</b>	<b>0.0</b>	<b>0.2</b>	<b>100.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-38.6</b>	<b>-38.0</b>	<b>-33.6</b>	<b>4.4</b>	<b>11.5</b>	<b>5.0</b>	<b>12.9</b>
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	10.0	0.0	15.6
44 Finanzertrag	0.1	0.1	0.1	0.0	14.3	0.0	22.6
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>0.0</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-38.6</b>	<b>-38.0</b>	<b>-33.6</b>	<b>4.4</b>	<b>11.5</b>	<b>5.0</b>	<b>13.0</b>
davon Funktionen:							
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-38.6	-38.0	-33.6	4.4	11.5	5.0	13.0

## Appellationsgericht

GER-111

Das Appellationsgericht ist die oberste Justizbehörde des Kantons. Als solche übt das Appellationsgericht die Aufsicht über die erstinstanzlichen Gerichte aus und untersteht seinerseits der Oberaufsicht durch das Parlament. Es urteilt im Rechtsmittelverfahren über die Entscheide der erstinstanzlichen Gerichte, über jene des Sozialversicherungsgerichts allerdings nur in wenigen Ausnahmefällen, da diese in der Regel an das Eidgenössische Versicherungsgericht weiterziehbar sind. Als Verwaltungsgericht überprüft es ferner die Verfügungen und Entscheide von Verwaltungsbehörden sowie von gerichtlichen Instanzen, wie der Steuerrekurskommission und der Baurekurskommission. Ausserdem fungiert es als kantonales Verfassungsgericht. Das Appellationsgericht wendet in seiner Rechtsprechung Normen aus der gesamten Rechtsordnung, einschliesslich internationaler Übereinkommen, an.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Personelle Änderungen: Auf Anfang Mai 2014 hat lic. iur. Barbara Grange nebst der Tätigkeit als Gerichtsschreiberin das Amt als Einzelrichterin für Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht von Dr. Caroline Meyer Honegger übernommen, welche eine freiberufliche Tätigkeit als Advokatin aufgenommen hat. Sonstige Wechsel hat es im Richterghremium des Appellationsgerichts im Berichtsjahr nicht gegeben.

Von grosser Bedeutung ist für die Gerichte die im Gange befindliche Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG). Der vom Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) ausgearbeitete Entwurf desselben ist vom Regierungsrat am 28. Mai 2014 an den Grossen Rat überwiesen worden (vgl. Ratsschlag Nr. 14.0147.01). Es wird davon ausgegangen, dass das neue GOG auf Anfang 2016 in Kraft treten kann. Das Präsidium des Appellationsgerichts begrüsst es sehr, dass es zu den Beratungen der dafür zuständigen Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) jeweils eine Vertretung hat entsenden können.

Im Rahmen der Erstellung des vom Appellationsgericht und dem Regierungsrat in Auftrag gegebenen Gutachtens des Kompetenzzentrums für Public Management (kpm) der Universität Bern sind die Arbeiten fortgesetzt worden. Ende Februar 2014 ist die Phase der Datenerhebung für die Geschäftslastuntersuchung bei den Gerichten (ebenso wie bei der Staatsanwaltschaft) zu Ende gegangen. In der Folge haben die Gutachter die Angaben elektronisch ausgewertet. Erste Rückmeldungen haben einen gewissen Bedarf von Nachkontrollen und Korrekturen gezeigt. Ferner haben die Experten im Herbst 2014 einen ersten kurzen Teilbericht mit den für die Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes relevanten Punkten abgeliefert, welcher an die zuständige JSSK weitergeleitet worden ist. Das vollständige Gutachten zur Geschäftslastuntersuchung und Organisationsanalyse wird im ersten Halbjahr 2015 folgen.

Aufgrund einer grossrätlichen Motion ist seit einiger Zeit ein Projekt im Gang mit dem Ziel der Verbesserung bzw. Sicherung der Qualität der Übersetzungsleistungen in gerichtlichen Verfahren. Es soll eine Professionalisierung des Dolmetschwesens stattfinden, indem künftig für den Einsatz neuer Dolmetschenden der Besuch eines entsprechenden Kurses mit Abschlussprüfung vorausgesetzt wird, wie dies schon in wenigen andern Kantonen der Fall ist. Im Jahr 2014 hat die dazu eingesetzte Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretungen des Präsidialdepartements und der Gerichte, umfangreiche Arbeiten zur Umsetzung des Projekts per Mitte 2015 geleistet. Insbesondere müssen die Anforderungen und Modalitäten des Kurses und der Prüfung in einem Reglement festgelegt werden und muss die notwendige Organisation aufgebaut werden. Dabei kann auf die Erfahrungen in den Kantonen Zürich und Bern zurückgegriffen werden. Auch nach der Umsetzung soll die Zusammenarbeit mit diesen Kantonen fortgesetzt werden.

Im letzten Jahresbericht wurde auf die zunehmende Platznot der Gerichte für die zu archivierenden Akten hingewiesen. Die angekündigte Entlastungsmassnahme durch die Anmietung externer Archivräume ist nun umgesetzt worden. Im Sommer 2014 hat ein Archiv in Birsfelden bezogen werden können, das die Anforderungen an eine sichere Aufbewahrung der Akten erfüllt. Dieses steht allen Gerichten zur Verfügung.

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7'157.2	-6'735.5	-7'150.0	-414.5	-6.2	7.3	0.1 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-6'396.8	-5'786.6	-6'784.1	-997.5	-17.2	-387.3	-6.1 <sup>2</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	-20.2	0.0	20.2	100.0	0.0	n.a.
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-13'554.0</b>	<b>-12'542.3</b>	<b>-13'934.0</b>	<b>-1'391.7</b>	<b>-11.1</b>	<b>-380.0</b>	<b>-2.8</b>
42 Entgelte	1'916.7	1'282.1	2'070.2	788.1	61.5	153.5	8.0 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>1'916.7</b>	<b>1'282.1</b>	<b>2'070.2</b>	<b>788.1</b>	<b>61.5</b>	<b>153.5</b>	<b>8.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-11'637.3</b>	<b>-11'260.2</b>	<b>-11'863.8</b>	<b>-603.6</b>	<b>-5.4</b>	<b>-226.5</b>	<b>-1.9</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-201.5	0.0	201.5	100.0	0.0	n.a.
<b>Abschreibungen</b>	<b>0.0</b>	<b>-201.5</b>	<b>0.0</b>	<b>201.5</b>	<b>100.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-11'637.3</b>	<b>-11'461.7</b>	<b>-11'863.8</b>	<b>-402.1</b>	<b>-3.5</b>	<b>-226.5</b>	<b>-1.9</b>
34 Finanzaufwand	-0.5	-0.4	-0.5	-0.1	-16.6	0.0	0.7
44 Finanzertrag	0.1	0.4	0.1	-0.3	-73.1	-0.0	-28.5
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-10.1</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-11'637.6</b>	<b>-11'461.8</b>	<b>-11'864.2</b>	<b>-402.4</b>	<b>-3.5</b>	<b>-226.6</b>	<b>-1.9</b>
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-11'637.6	-11'461.8	-11'864.2	-402.4	-3.5	-226.6	-1.9

## Kommentar

- Die Überschreitung im Personalbereich ist auf den Einsatz von a.o. Präsidien und Einsätze von a.o. Gerichtsschreiberinnen bzw. a.o. Gerichtsschreibern zurückzuführen. Durch die gestiegene Arbeitslast musste mit unterjähriger Personalanstellung Abhilfe geschaffen werden. Die gesetzlichen Fristen erlauben keine längere Anhäufung von Pendenzen.
- Die Überschreitung im Sachaufwand ist zum grossen Teil auf massiv gestiegene Debitorenverluste zurückzuführen. Des Weiteren sind stark erhöhte Kosten auf Seiten der Rechtsberatung und der Officialverteidigung entstanden. Die Höhe der Sachaufwände ist zum grössten Teil nicht durch das Appellationsgericht beeinflussbar, sondern vom Verhalten der Bevölkerung abhängig.
- Die Entgelte haben einen Bezug zu den Sachaufwänden (starke Zunahme - siehe Pos. 31) der „Rechtsberatung“ und der „Officialverteidigung“ und fallen höher aus als budgetiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	24.8	31.3	33.9	34.2	33.5
Hängige Verfahren	Anz	1'512	1'927	1'968	1'626	1'687
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	35'277	7'735	123'029	483'224	846'397 <sup>1</sup>

## Kommentar

- Zufolge Änderung der Abrechnungsverfahren wird das Appellationsgericht mit Debitorenverlusten des Strafgerichts konfrontiert werden. Der Umfang ist schwer abzuschätzen.

Ebenfalls eine Entlastung von der bestehenden akuten Raumnot der Gerichte und Betriebe an der Bäumleingasse hat dadurch erreicht werden können, dass von Immobilien Basel-Stadt vier Büros im Dachstock der Liegenschaft Rittergasse 11 haben gemietet werden können. Dort sind die IT-Mitarbeitenden des Appellationsgerichts, welche zentral für die Informatik-Belange aller Gerichte zuständig sind, untergebracht worden. Der Platzbedarf war umso dringender, als zur Fehlerbehebung und Optimierung des Geschäftsprogramms JURIS im Budget 2015 eine zusätzliche Stelle bewilligt und auf Anfang 2015 auch besetzt worden ist. Durch den Auszug der IT-Mitarbeitenden steht nun im Gerichtsgebäude an der Bäumleingasse ein Raum zur Verfügung, in welchem die Polizei inhaftierte Angeschuldigte vor der Verhandlung und während der Gerichtsberatung platzieren kann, was sie aus Sicherheitsgründen seit Längerem gefordert hat. Auch wird nun garantiert, dass als Opfer eines Gewaltdelikts zur Verhandlung geladene Personen dem mutmasslichen Täter nicht in den Gängen des Appellationsgerichts begegnen.

Im Herbst 2015 ist der Internetauftritt der Gerichte im Rahmen des entsprechenden gesamtstaatlichen Projektes neu gestaltet worden. Dabei hat eine umfassende Überarbeitung und Aktualisierung

mit zahlreichen neuen Inhalten stattgefunden. Es ist davon auszugehen, dass für die Öffentlichkeit nun erheblich bessere und umfangreichere Informationen über die verschiedenen Gerichte und Verfahren zugänglich sind. Im Berichtsjahr haben ausserdem die technischen Voraussetzungen zum Empfang elektronischer Dokumente durch die Gerichte an die Prozessparteien, insbesondere Anwältinnen und Anwälte, geschaffen werden können. Dies wird nach den vom Bund für Zivil- und Strafprozesse geschaffenen Normen verlangt. Die praktische Bedeutung der elektronischen Übermittlung ist bislang aber gering.

Weiterhin im Aufbau begriffen ist die bereits im letzten Jahresbericht erwähnte Datenbank der Entscheide des Appellationsgerichts im Internet ([www.rechtsprechung.gerichte-bs.ch](http://www.rechtsprechung.gerichte-bs.ch)). Diese wird vor allem von den Anwältinnen und Anwälten sowie von Medienschaffenden bereits rege benutzt. In Anbetracht dessen, dass alle Entscheide ab 2014 in dieser Form elektronisch publiziert werden, wird bei der vorliegenden Berichterstattung auf eine zusätzliche elektronische Übermittlung ausgewählter Entscheide zwecks Publikation im Internet unter der Rubrik „Spezialberichte“ verzichtet. Würden ein und dieselben Entscheide zweimal ins Internet gestellt, so hätte dies eine unnötige Doppelspurigkeit zur Folge und würde der praktische Gebrauch für die User bei der Entscheidungsfindung sogar erschwert. Es wird jedoch im Folgenden auf diverse Entscheide des Appellationsgerichts aus dem Jahr 2014 hingewiesen, die für die Adressaten dieses Berichts von Interesse sein könnten.

Die Statistik der im Jahre 2014 eingegangenen Fälle entspricht weitgehend der Entwicklung der Zahlen in den vergangenen Jahren. Ein über die Jahre hinweg stetiger Anstieg der Fallzahlen ist vor allem bei den vom Verwaltungsgericht zu beurteilenden Rekursen im Bereich des öffentlichen Rechts zu verzeichnen. Angewachsen sind im Berichtsjahr insbesondere die Rekursverfahren betreffend die Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge (Submissionen) sowie betreffend Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Die Zunahme der letztgenannten Fallkategorie war allerdings zu erwarten, da die Entscheide der KESB direkt beim Verwaltungsgericht anfechtbar sind, wohingegen nach dem früheren Recht die Entscheide der Vormundschaftsbehörde zunächst vom zuständigen Departement überprüft wurden und erst dessen Entscheide an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden konnten. Dass generell die Neuordnung des Kindes- und Erwachsenenschutzes auf Bundesebene in letzter Zeit stark in der Kritik der Öffentlichkeit stand, hat sich hingegen, soweit erkennbar, bislang kaum in vermehrten Rekursen niedergeschlagen. 11 Rekurse an das Verwaltungsgericht richteten sich gegen die vom Grossen Rat im Januar 2014 verabschiedete Zonenplanrevision. Die Mehrheit derselben wurde jedoch zurückgezogen, während in den verbleibenden 4 Verfahren die Beurteilung durch das Verwaltungsgericht Anfang 2015 erfolgen wird.

Im Jahr 2014 gab es mehr zivilrechtliche Verfahren, bei denen das Appellationsgericht nach der schweizerischen Zivilprozessordnung als erste Instanz entscheidet (in der Statistik unter „Direktklagen“ aufgeführt). Auch wenn die absoluten Zahlen immer noch eher gering erscheinen mögen, handelt es sich doch teilweise um ausserordentlich umfangreiche und schwierige Prozesse.

Wiederum deutlich zugenommen haben die Beschwerdeverfahren, und zwar im Zivilrecht wie im Strafrecht. In Bezug auf die strafrechtlichen Beschwerden wurde bereits im Jahresbericht 2013 darauf hingewiesen, dass die vor der Einführung der hierfür massgeblichen schweizerischen Strafprozessordnung getroffenen Annahme von ca. 100 Beschwerdeverfahren mit rund 140 derselben in den Jahren 2012 und 2013 weit überschritten worden sei. Diese Zahl ist nun im Jahr 2014 auf 181 angestiegen, so dass zu deren Bearbeitung wesentlich mehr Ressourcen haben aufgewendet werden müssen, als ursprünglich vorgesehen war.

Lediglich bei den Haftbeschwerden waren 2014 weniger Eingänge zu verzeichnen als im Jahr zuvor. Bei dieser Kategorie sind aber über die Jahre hinweg immer die grössten Schwankungen zu verzeichnen gewesen. Diese wirken sich nicht sehr stark auf die Belastung des Appellationsgerichts aus, weil die Behandlung von Haftbeschwerden im Vergleich zu den sonstigen Strafsachen in der Regel weniger aufwendig ist.

Die strafrechtlichen Berufungsverfahren (Rubrik Strafsachen) haben sich nach der erheblichen Zunahme im Jahr 2013 auf hohem Stand mehr oder weniger stabilisiert. Bei dieser Kategorie hat sich der Bearbeitungsaufwand aber nicht nur durch den seit 2011 zu verzeichnenden Anstieg der Fallzahlen erhöht, sondern in sehr ausgeprägtem Masse auch durch den in vielen Fällen stark gestiegenen

Aufwand aufgrund der Argumentation der Verteidigung. So werden in zunehmendem Masse rein formelle Einwendungen erhoben, die sich nicht gegen die Beurteilung des Anklagevorwurfs selbst richten, sondern mit denen (angebliche) Verfahrensfehler (z.B. ungenügende Detaillierung der Anklageschrift, Beweisverwertungsverbote, Befangenheit von Instruktionsrichterinnen und Instruktionsrichtern wegen missliebiger prozessleitender Verfügungen) behauptet werden, die einer Verurteilung der angeschuldigten Person – ungeachtet der Tatbegehung – entgegenstehen sollen. Es soll hier die Wichtigkeit der Einhaltung prozessualer Vorschriften keinesfalls in Zweifel gezogen werden. Indessen besteht aus Sicht des Gerichts bei einigen Verteidigern die Neigung, die fraglichen formellen Rügen mehr oder weniger schematisch in allen Fällen geltend zu machen, d.h. auch dann, wenn eine eingehende Prüfung der Umstände das Verfahren als völlig korrekt erscheinen lässt. Diese Art der Rechtsvertretung führt nicht nur zu Mehraufwand bei der Urteilsredaktion, sondern auch zu einer Verlängerung und Verkomplizierung des Instruktionsverfahrens (d.h. der Vorbereitungsphase vor der Verhandlung und Entscheidungsfindung) sowie zu einer Verlängerung der Verhandlung selbst. Nicht zuletzt wird dadurch der Verteidigungsaufwand, der in den meisten dieser Fälle im Rahmen der amtlichen Verteidigung vom Staat entschädigt werden muss, deutlich erhöht. Im selben Zusammenhang kann auch auf die steigende Zahl von offensichtlich aussichtslosen Revisionsgesuchen hingewiesen werden, welche in der Statistik unter der Rubrik „Diverse Eingaben und Geschäfte“ erfasst werden. Ein Revisionsgesuch kann gestellt werden, wenn sich ein rechtskräftig gewordener Entscheid nachträglich, z.B. durch ein erst später aufgetauchtes Beweismittel, als unrichtig erweist. In vermehrtem Mass werden nun jedoch Revisionsgesuche gestellt, ohne dass irgendetwas Neues vorliegt, einfach weil sich die Betroffenen nicht mit einem für sie ungünstigen Entscheid abfinden wollen.

Zahlreiche strafrechtliche Beschwerdeentscheide des Appellationsgerichts haben sich mit der Frage befasst, ob die von der Staatsanwaltschaft erlassenen Strafbefehle, insbesondere wegen Verkehrsregelverletzungen, an Adressatinnen und Adressaten im Ausland korrekt eröffnet worden sind. Dabei ging es vor allem um Zustellungen an Angeschuldigte in Frankreich, welche die an sie gerichteten Strafbefehle aus sprachlichen Gründen nicht verstanden hatten. Zu dieser Problematik hat das Appellationsgericht bereits im Jahr 2013 festgehalten, die schweizerische Strafprozessordnung verlange, dass einer an einem Strafverfahren beteiligten Person, die der Verfahrenssprache nicht mächtig ist, der wesentliche Inhalt der wichtigsten Verfahrenshandlungen in einer ihr verständlichen Sprache mündlich oder schriftlich zur Kenntnis zu bringen ist. Dementsprechend müssen Strafbefehle, die ins Ausland an Personen verschickt werden, welche die deutsche Sprache nicht verstehen, mit einer Übersetzung versehen werden. In Anbetracht der insgesamt riesigen Anzahl von Strafbefehlen ist verständlich, dass die Staatsanwaltschaft das Problem der fehlenden Übersetzungen nicht unverzüglich hat beheben können. Gleichwohl ist bedauerlich, dass während des ganzen Jahres 2014 in den betreffenden Entscheiden des Appellationsgerichts immer wieder derselbe formelle Mangel beanstandet werden müssen und die Staatsanwaltschaft erst am Ende der Berichtsperiode eine Lösung in Aussicht gestellt hat.

Folgende Entscheide des Appellationsgerichts aus dem Jahr 2014 könnten von Interesse sein (alle im Internet publiziert: [www.rechtssprechung.gerichts-bs.ch](http://www.rechtssprechung.gerichts-bs.ch))

#### **Öffentlich-rechtliche Entscheide:**

VD.2012.179 (Gesuch um Zugang zu Informationen betr. Basler Kantonalbank)

VD.2014.5 (öffentliche Ausschreibungen Kabelnetz Riehen und Bettingen).

VG.2013.1 (Unzulässigkeit Vermummungsverbots-Initiative)

VD.2013.39 (Baubewilligungspflicht für Umnutzung zum Sexbetrieb, Unverhältnismässigkeit einer sofortigen Schliessung)

VD.2014.36 (Baubewilligungspflicht für Umnutzung von Wohnungen für Sexbetriebe, keine Verwirkung nach 29-jährigem unbewilligtem Betrieb)

VD.2013.42 (Basel Tattoo, Baubewilligungspflicht, Legitimation von Anwohnern, Kosten)

VD.2013.60 (Unterstützungsrichtlinien, kein allgemeines Verbot der Haltung eines Autos für Sozialhilfebezügler. Nichteintreten auf Beschwerde ans Bundesgericht BGer 8C\_722/2014)



**Zivilrechtliche Entscheide:**

ZB.2013.12 (Berechtigung eines Direktors einer Gesellschaft, deren Bankkonto zu verpfänden. Beschwerde beim Bundesgericht hängig)

ZB.2013.35 (Persönlichkeitsverletzung durch Beiträge in TV-Sendung „Kassensturz“; Weiterzug ans Bundesgericht erfolglos BGer 5A\_521/2014)

ZB.2013.39 (Führung eines Restaurants, einfache Gesellschaft oder Vertrag über Arbeitsleistungen; Beschwerde beim Bundesgericht hängig)

ZK.2014.3 (vorsorgliche Massnahmen im Designrecht)

ZK.2014.8 (vorsorgliche Massnahmen nach dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb betr. TV-Werbespot)

**Strafrechtliche Entscheide:**

BES.2012.123 und BGer 1B\_293/2013 (Zeugnisverweigerungsrecht einer Journalistin betr. Identität eines Haschischverkäufers. Unterschiedliche Bewertung der Interessen durch das Appellationsgericht und das Bundesgericht)

BES.2013.1 (Pflicht der Ermittlungsbehörden zum Anlegen eines Aktenverzeichnisses)

BES.2014.11 (Ersatzforderung des Bundes nach Verurteilung wegen gewerbsmässigem Betrieb von Glücksspielen ausserhalb konzessionierter Spielbanken [Pokertourier-Club], Berechnungsmethode)

SB.2013.106 (Sexuelle Nötigungshandlungen, ermöglicht durch Verabreichung eines starken Schlafmittels, lebenslängliche Verwahrung; Frist zum Weiterzug ans Bundesgericht zur Zeit der Verfassung des Berichts noch offen.)

Für die detaillierte Fassung der im Folgenden in gekürzter Form angeführten Statistiken des Appellationsgerichts wird auf die im Internet abrufbare Rubrik „Spezialberichte“ verwiesen.

Die tabellarische Aufstellung über die zahlenmässige Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle in den letzten 10 Jahren präsentiert sich wie folgt:

**Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle**

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Zivilsachen (alt)	39	53	42	65	38	40	42	3	1	0	0
Zivilsachen (neu)	-	-	-	-	-	-	-	37	56	57	52
Direktklagen	-	-	-	-	-	-	-	4	14	6	13
Schutzschriften								18	7	6	2
Strafsachen (alt)	83	98	94	102	109	105	144	77	2	0	0
Verzeigungssachen (alt)	12	18	18	12	23	16	14	5	0	0	0
Strafsachen (neu)											
inkl. Verzeigungen	-	-	-	-	-	-	-	84	99	125	130
Verwaltungs-, Verfassungs- und Lohnrekurse	157	178	195	168	174	159	291	217	268	240	267
Beschwerden total	124	150	152	123	122	113	124	205	255	216	280 <sup>1</sup>
davon Beschwerden Zivilrecht								92	110	75	99
davon Beschwerden Strafrecht								113	145	141	181 <sup>2</sup>
Haftbeschwerden	32	27	21	19	19	19	35	40	54	75	37
Diverse Eingaben und Geschäfte	670	672	727	665	736	923	781	1'160	1'105	818	824
davon strittige Verfahren								37	39	37	45
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	131	149	138	248	192	94	81	77	107	83	82
<b>Total</b>	<b>1'248</b>	<b>1'345</b>	<b>1'387</b>	<b>1'402</b>	<b>1'413</b>	<b>1'469</b>	<b>1'512</b>	<b>1'927</b>	<b>1'968</b>	<b>1'626</b>	<b>1'687</b>

**Kommentar**

- 1 Bis 2010 wurde keine separate Statistik für Beschwerden in Zivilsachen und Beschwerden in Strafsachen geführt.
- 2 Davon 92 (95) Beschwerden gegen Entscheide der Staatsanwaltschaft und 8 (7) Beschwerden gegen solche der Jugendanwaltschaft

**Fallstatus Appellationsgericht**

	2013	2014	Abw. 14/13	
			abs.	%
Zivilsachen altrechtlich	3	1	-2	-66.7
Zivilsachen neurechtlich	27	33	6	22.2
Direktklagen und Schutzschriften	4	6	2	50.0
Strafsachen altrechtlich	14	2	-12	-85.7
Strafsachen neurechtlich	117	140	23	19.7
Verzeigungssachen	3	0	-3	-100.0
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	167	133	-34	-20.4
Beschwerden (nicht unterteilt)	0	0	0	n.a.
Beschwerden in Strafsachen	63	70	7	n.a.
Beschwerden in Zivilsachen	34	19	-15	n.a.
Haftbeschwerden	6	7	1	n.a.
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	0	1	1	
<b>Unerledigte, aus dem Vorjahr übernommene Fälle</b>	<b>438</b>	<b>412</b>	<b>-26</b>	<b>-5.9</b>
Im Berichtsjahr gingen ein:			0	n.a.
Zivilsachen altrechtlich	0	0	0	n.a.
Zivilsachen neurechtlich	57	52	-5	-8.8
Direktklagen	6	13	7	116.7
Schutzschriften	6	2	-4	-66.7
Strafsachen altrechtlich	0	0	0	n.a.
Strafsachen neurechtlich	125	130	5	4.0
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	240	267	27	11.3
Beschwerden in Strafsachen	141	181	40	28.4
Beschwerden in Zivilsachen	75	99	24	32.0

	2013	2014	Abw. 14/13	
			abs.	%
Haftbeschwerden	75	37	-38	-50.7
Diverse Eingaben und Geschäfte	818	824	6	0.7
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	83	82	-1	-1.2
<b>Im Berichtsjahr eingegangene Fälle</b>	<b>1'626</b>	<b>1'687</b>	<b>61</b>	<b>3.8</b>
<b>Total Fälle</b>	<b>2'064</b>	<b>2'099</b>	<b>35</b>	<b>1.7</b>
Zivilsachen altrechtlich	2	1	-1	-50.0
Zivilsachen neurechtlich	18	34	16	88.9
Direktklagen und Schutzschriften	3	3	0	0.0
Strafsachen altrechtlich	1	0	-1	-100.0
Strafsachen neurechtlich	18	28	10	55.6
Verzeigungssachen	0	0	0	n.a.
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	88	125	37	42.0
Beschwerden in Strafsachen	42	59	17	40.5
Beschwerden in Zivilsachen	44	36	-8	-18.2
Haftbeschwerden	13	7	-6	-46.2
<b>Total zurückgezogene, zurückgewiesene, verglichene, gegenstandslos erklärte, dahingefallene, nicht eingetretene oder sonstwie erledigte Fälle am 31. Dezember 2013</b>	<b>2</b>	<b>294</b>	<b>292</b>	<b>14'600.0</b>
Zivilsachen altrechtlich	1	0	-1	-100.0
Zivilsachen neurechtlich	33	24	-9	-27.3
Direktklagen und Schutzschriften	6	10	4	66.7
Strafsachen altrechtlich	2	0	-2	-100.0
Strafsachen neurechtlich	140	131	-9	-6.4
Verzeigungssachen	0	0	0	n.a.
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	133	138	5	3.8
Beschwerden in Strafsachen	70	91	21	30.0
Beschwerden in Zivilsachen	19	23	4	21.1
Haftbeschwerden	7	2	-5	-71.4
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	1	2	1	n.a.
<b>Total unerledigt Fälle am 31. Dezember 2013</b>	<b>412</b>	<b>421</b>	<b>9</b>	<b>2.2</b>
Zivilsachen altrechtlich	1	0	-1	-100.0
Zivilsachen neurechtlich	33	27	-6	-18.2
Direktklagen und Schutzschriften	7	9	2	28.6
Strafsachen altrechtlich	11	2	-9	-81.8
Strafsachen neurechtlich	84	111	27	32.1
Verzeigungssachen	3	0	-3	-100.0
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	186	137	-49	-26.3
Beschwerden in Strafsachen	92	99	7	7.6
Beschwerden in Zivilsachen	45	59	14	31.1
Haftbeschwerden	61	35	-26	-42.6
Diverse Eingaben und Geschäfte	818	824	6	0.7
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	82	81	-1	-1.2
<b>Total erledigte Fälle am 31. Dezember 2013</b>	<b>1'423</b>	<b>1'384</b>	<b>-39</b>	<b>-2.7</b>
<b>Total Fälle</b>	<b>2'064</b>	<b>2'099</b>	<b>35</b>	<b>1.7</b>
Erstinstanzliche Urteil bestätigt	1	0	-1	-100.0
Erstinstanzliche Urteil abgeändert	0	0	0	n.a.
<b>Total erledigte Fälle Zivilsachen altrechtlich</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>-1</b>	<b>-100.0</b>
Erstinstanzliche Urteil bestätigt	20	24	4	20.0
Erstinstanzliche Urteil abgeändert	13	3	-10	-76.9
<b>Total erledigte Fälle Zivilsachen neurechtlich</b>	<b>33</b>	<b>27</b>	<b>-6</b>	<b>-18.2</b>
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils	5	0	-5	-100.0

	2013	2014	Abw. 14/13	
			abs.	%
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten des Beurteilten	4	2	-2	-50.0
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zuungunsten des Beurteilten	2	0	-2	-100.0
<b>Total erledigte Fälle Strafsachen altrechtlich</b>	<b>11</b>	<b>2</b>	<b>-9</b>	<b>-81.8</b>
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils	43	55	12	27.9
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten des Beurteilten	38	48	10	26.3
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zuungunsten des Beurteilten	3	8	5	166.7
<b>Total erledigte Fälle Strafsachen neurechtlich</b>	<b>84</b>	<b>111</b>	<b>27</b>	<b>32.1</b>
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils	2	0	-2	-100.0
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten des Beurteilten	1	0	-1	n.a.
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zuungunsten des Beurteilten	0	0	0	n.a.
<b>Total erledigte Fälle Verzeigungssachen</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>-3</b>	<b>-100.0</b>
Abgewiesene Fälle	144	97	-47	-32.6
Gutgeheissen/teilweise gutgeheissene Fälle	42	40	-2	-4.8
<b>Total erledigte Fälle der Verwaltungs- und Verfassungsrekurse</b>	<b>186</b>	<b>137</b>	<b>-49</b>	<b>-26.3</b>
Abgewiesene Fälle	58	71	13	22.4
Gutgeheissen/teilweise gutgeheissene Fälle	34	28	-6	-17.6
<b>Total erledigte Fälle der Beschwerden in Strafsachen</b>	<b>92</b>	<b>99</b>	<b>7</b>	<b>7.6</b>
Abgewiesene Fälle	37	45	8	21.6
Gutgeheissen/teilweise gutgeheissene Fälle	8	14	6	75.0
<b>Total erledigte Fälle der Beschwerden in Zivilsachen</b>	<b>45</b>	<b>59</b>	<b>14</b>	<b>31.1</b>
Abgewiesene Fälle	57	32	-25	-43.9
Gutgeheissen/teilweise gutgeheissene Fälle	4	3	-1	-25.0
<b>Total erledigte Fälle der Haftbeschwerden</b>	<b>61</b>	<b>35</b>	<b>-26</b>	<b>-42.6</b>

Im Berichtsjahr gab es 194 (166) Sitzungshalbtage, wovon 35 (38) auf die drei Kammern, 74 (67) auf den Ausschuss sowie 85 (61) auf die Einzelrichterinnen und Einzelrichter entfielen.

Von den 137 (186) behandelten Rekursen an das Verwaltungsgericht wurden 40 (42) gutgeheissen und 97 (144) abgewiesen.

Von den 99 (92) behandelten Beschwerden in Strafsachen gegen Urteile und Verfügungen der ersten Instanz wurden 28 (34) gutgeheissen und 71 (58) abgewiesen.

Von den 59 (45) behandelten Beschwerden in Zivilsachen gegen Urteile und Verfügungen der ersten Instanz wurden 14 (8) gutgeheissen und 45 (37) abgewiesen.

Von den 35 (61) behandelten Haftbeschwerden wurden 3 (4) gutgeheissen und 32 (57) abgewiesen.

Es wurden 2 Schutzschriften entgegengenommen. Unter den 13 zivilrechtlichen Direktklagen befanden sich 3 Verfahren betreffend Design, 5 Gesuche um Erlass einer superprovisorischen Massnahme, 1 Verfahren betreffend Prosequierung des vorsorglichen Massnahmeverfahrens, 1 Klage betreffend unlauteren Wettbewerb, 1 Klage betreffend Forderung aus Urheberrecht und verwandten Schutzrechten, 1 Gesuch um Bescheinigung der Vorstreckbarkeit eines Schiedsentscheids sowie 1 Gesuch um Kraftloserklärung von Beteiligungspapieren.

Im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wurden im Jahr 2014 (2013) insgesamt 81 (82) Entscheide getroffen. Davon ergingen 78 (81) in 62 (54) Sitzungen, während 3 (1) Fälle ohne Verhandlung beurteilt wurden.

Insgesamt wurde 57 (51) Mal eine vom Migrationsamt angeordnete Ausschaffungshaft richterlich überprüft. Davon erwiesen sich 55 (47) Fälle als zulässig; in 2 (4) Fällen wurde die Ausschaffungshaft als unzulässig beurteilt. Weiter standen 6 (15) Verlängerungen der Ausschaffungshaft zur Beurteilung, wovon 5 (14) bewilligt und 1 (1) nicht bewilligt wurden. In 13 (7) Fällen wurde Vorbereitungshaft genehmigt. In 0 (1) Fall wurde die Vorbereitungshaft nicht genehmigt. 0 (2) Haftentlassungs-

gesuche wurden abgewiesen und 1 (0) gutgeheissen. Sodann wurden 3 (4) Rekurse gegen eine Ausgrenzungs- bzw. Eingrenzungsverfügung erhoben. 0 (1) Fall wurde abgewiesen. 1 (1) Fall wurde als gegenstandslos erklärt und 2 (2) Fälle wurden gutgeheissen. In 0 (1) Fall wurde Durchsetzungshaft angeordnet, in 0 (1) Fall wurde die Verlängerung der Durchsetzungshaft genehmigt. In 1 (0) Fall wurde die Vorbereitungshaft genehmigt. Von den 81 (82) beurteilten Fällen betrafen 74 (76) Männer und 7 (6) Frauen.

Das Bundesgericht hatte im Berichtsjahr 4 (4) öffentlich-rechtliche Beschwerden gegen Entscheide der Einzelrichterin und des Einzelrichters zu beurteilen. Auf zwei Beschwerden wurde nicht eingetreten und zwei Beschwerden wurden gutgeheissen.

Fünf Mal (5) tagte im Berichtsjahr die Präsidiumskonferenz, einmal (1) das Plenum zur Erledigung der in ihre Zuständigkeit fallenden Geschäfte.

35 (27) Kandidatinnen und Kandidaten ist nach bestandener Prüfung das Anwaltspatent zur Ausübung der Advokatur im Kanton Basel-Stadt erteilt worden, 23 (37) Kandidatinnen und Kandidaten haben die Prüfung nicht bestanden.

In 66 (59) Fällen wurde die Substitution von Anwaltspraktikantinnen und -praktikanten registriert und 35 (37) Anwältinnen sowie Anwälte mit Geschäftsadresse in Basel-Stadt wurden in das hiesige Anwaltsregister aufgenommen. Es wurde 4 (3) Gesuchen von Anwältinnen und Anwälten aus dem EU-Raum um Eintragung unter der ursprünglichen Berufsbezeichnung und Anerkennung der Berechtigung zur ständigen Vertretung von Parteien vor Gerichtsbehörden in der Schweiz entsprochen. In 9 (7) Verfahren war über Fragen der Zulassung zur anwaltlichen Berufsausübung oder des Disziplinarrechts zu entscheiden.

## Bundesgericht

	Beschwerden in Zivilsachen		Beschwerden in Strafsachen		Beschwerden in öffentlich- rechtlichen Angelegenheiten		Verfassungs- beschwerden	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014
Am 1. Januar waren pendent	15	11	26	32	17	34	5	6
Im Berichtsjahr gingen ein	26	39	62	66	65	63	7	7
<b>Total</b>	<b>41</b>	<b>50</b>	<b>88</b>	<b>98</b>	<b>82</b>	<b>97</b>	<b>12</b>	<b>13</b>
Zurückgezogen, nicht eingetreten	14	19	13	29	23	29	2	5
Gutgeheissen	4	3	2	6	4	4	0	1
Abgewiesen	12	14	41	28	21	40	4	2
Unerledigt blieben	11	14	32	35	34	24	6	5
<b>Total</b>	<b>41</b>	<b>50</b>	<b>88</b>	<b>98</b>	<b>82</b>	<b>97</b>	<b>12</b>	<b>13</b>

## Gericht für Strafsachen

GER-112

Das Gericht für Strafsachen beurteilt erstinstanzlich von der Staatsanwaltschaft überwiesene Anklagen sowie Einsprachen gegen Strafbefehle der Staatsanwaltschaft. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das Schweizerische Strafgesetzbuch und die Schweizerische Strafprozessordnung sowie eidgenössische und kantonale Nebenstrafgesetze. Ausserdem entscheidet das Strafgericht als Zwangsmassnahmengericht über die Anordnung und Verlängerung von Untersuchungs- bzw. Sicherheitshaft sowie über Überwachungsmassnahmen (z.B. Telefonüberwachung). Die neun Präsidentinnen und Präsidenten rotieren im jährlichen Turnus innerhalb der verschiedenen Abteilungen (ordentliches Verfahren, Einspracheverfahren, Zwangsmassnahmengericht).

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

#### a) Entwicklung der Fallzahlen

Einleitend ist darauf hinzuweisen, dass unter einem *Fall* nicht zwingend ein Verfahren gegen eine einzelne Person zu verstehen ist, sondern dieser auch die Beurteilung von mehreren Personen umfassen kann. Entsprechend fällt in der Regel die Anzahl der beurteilten Personen deutlich höher aus als die Anzahl der beurteilten Fälle.

2014 gingen im *ordentlichen Verfahren* 301 Fälle ein. Dies sind deutlich weniger als im Jahr 2013 (353). Ob es sich bereits um einen Trend handelt oder sich dies eher auf eine einmalige Schwankung zurückführen lässt, muss offenbleiben. Berücksichtigt man allerdings auch die Zahlen des Jahres 2012 (346 Fälle), so spricht dies eher für Letzteres. Nicht im gleichen Mass verringert hat sich dagegen die Anzahl der beurteilten Personen (2014 432 Personen, 2013 458 Personen), so dass entsprechend mehr Fälle mit mehreren Beurteilten zu behandeln waren. Der Rückgang der Falleingänge erlaubte es, vermehrt pendente Verfahren abzubauen, so dass sich die Anzahl unerledigter Fälle von 105 (2013) auf 89 (2014) reduzierte.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den *Verfahren auf Einsprache*. Einem etwas weniger deutlichen Rückgang eingegangener Fälle (2013 867 Fälle, 2014 841 Fälle) steht eine umso markantere Erhöhung bei den erledigten Fällen gegenüber (2013 855 Fälle, 2014 893 Fälle). Dadurch verringerte sich die Anzahl unerledigter Fälle von 238 (2013) auf 186 Fälle (2014). Die im Jahr 2013 erfolgte, interne Aufstockung bzw. Verschiebung der Präsidialstellenprozente für die Einsprachefälle auf 200 hat sich somit ein weiteres Mal bewährt.

Die blossen Fallzahlen eignen sich allerdings sowohl bei den ordentlichen Verfahren als auch bei den Verfahren auf Einsprache nur bedingt, um die *Entwicklung der Arbeitsbelastung* des Gerichts nachzuvollziehen. Ein etwas umfassenderes Bild ergibt sich dagegen, wenn zusätzlich die *Anzahl der Sitzungshalbtage* berücksichtigt wird. An deren Zahl wird der Zeitaufwand für die Verhandlungen deutlich, der für die Beurteilung der Verfahren innerhalb eines Jahres erforderlich war.

Bei den *ordentlichen Verfahren* zeigte sich ebenfalls ein Rückgang (2013 627 Halbtage, 2014 602 Halbtage) wie bei den Falleingängen, wobei er aufgrund des vorerwähnten, verstärkten Abbaus von pendenten Verfahren in relativ moderatem Rahmen blieb.

Bei den *Einspracheverfahren* erhöhte sich dagegen die Anzahl Sitzungshalbtage markant von 164 Halbtagen (2013) auf 209 Halbtage (2014), womit sich der Trend zum Anstieg auch gegenüber 2012 (128 Sitzungshalbtage) weiter verstärkt hat. Dies deutet auch darauf hin, dass die Komplexität der Verfahren weiter zugenommen hat.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass im Jahr 2014 sowohl im ordentlichen als auch im Einspracheverfahren eine Abnahme der ans Strafgericht überwiesenen Fälle zu beobachten ist, wobei die Abnahme bei den ordentlichen Verfahren etwas höher ausfällt als bei den Einspracheverfahren. Hingegen konnte die Anzahl unerledigter Fälle jeweils reduziert werden.

Festzustellen ist schliesslich, dass die *Anordnung von Untersuchungshaft bzw. Sicherheitshaft* durch das Zwangsmassnahmengericht gegenüber dem Vorjahr ebenfalls rückläufig ist (Untersuchungshaft: 2014 299 Anordnungen, 2013 359 Anordnungen; Sicherheitshaft: 2014 133 Anordnungen, 2013 155 Anordnungen), während die Anzahl bei den *Haftentlassungen* (2014 23, 2013 26) in etwa konstant

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-9'322.2	-9'479.9	-9'807.5	-327.5	-3.5	-485.2	-5.2 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-8'599.9	-8'056.3	-5'201.8	2'854.5	35.4	3'398.1	39.5 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-17'922.1</b>	<b>-17'536.2</b>	<b>-15'009.2</b>	<b>2'527.0</b>	<b>14.4</b>	<b>2'912.9</b>	<b>16.3</b>
42 Entgelte	2'186.2	2'105.0	2'028.7	-76.3	-3.6	-157.6	-7.2 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>2'186.2</b>	<b>2'105.0</b>	<b>2'028.7</b>	<b>-76.3</b>	<b>-3.6</b>	<b>-157.6</b>	<b>-7.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-15'735.9</b>	<b>-15'431.2</b>	<b>-12'980.5</b>	<b>2'450.7</b>	<b>15.9</b>	<b>2'755.4</b>	<b>17.5</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-15'735.9</b>	<b>-15'431.2</b>	<b>-12'980.5</b>	<b>2'450.7</b>	<b>15.9</b>	<b>2'755.4</b>	<b>17.5</b>
34 Finanzaufwand	-5.2	-10.0	-4.8	5.2	51.9	0.4	7.9
44 Finanzertrag	0.2	0.7	0.2	-0.5	-76.6	-0.0	-20.6
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-5.0</b>	<b>-9.3</b>	<b>-4.6</b>	<b>4.7</b>	<b>50.1</b>	<b>0.4</b>	<b>7.4</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-15'740.9</b>	<b>-15'440.5</b>	<b>-12'985.2</b>	<b>2'455.3</b>	<b>15.9</b>	<b>2'755.7</b>	<b>17.5</b>
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-15'740.9	-15'440.5	-12'985.2	2'455.3	15.9	2'755.7	17.5

**Kommentar**

- Der Personalaufwand fiel um 327'548 Franken höher aus als budgetiert. Dies ist darauf zurückzuführen, dass auf Empfehlung der Finanzkontrolle per 31. Dezember 2014 eine Rückstellung für noch nicht ausbezahlte Ruhegehälter von 600'836 Franken vorgenommen werden musste, was zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht bekannt war.
- Der gegenüber dem Budget um 2'854'528 Franken tiefer ausgefallene Betriebsaufwand ist darauf zurückzuführen, dass das Delkredere im Restatement für 2013 zu gering ausgewiesen war. Der Revisionsbericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2013 führt dazu aus, dass bei einem per 1. Januar 2013 gebuchten Delkredere von 21'134'904.95 Franken und einem Debitorenbestand per 31. Dezember 2013 von 19'793'350.33 Franken per Jahresabschluss 2013 ein Delkredere von 17'806.688.15 Franken nötig gewesen wäre und entsprechend eine Auflösung von 3'328'218.80 Franken hätte gebucht werden müssen. Da die Delkredere-Wertberichtigung per 31. Dezember 2013 somit insgesamt um 2'961'387.46 Franken zu hoch ausgewiesen war, musste per 1. April 2014 eine Korrekturbuchung in dieser Höhe erfolgen. Ohne diese hätte ein Betriebsaufwand von 8'163'104 Franken resultiert, welcher entsprechend um 106'859 Franken höher ausgefallen wäre als budgetiert. Diese Summe wiederum ist zur Hauptsache auf die gegenüber der budgetierten Summe von 150'000 Franken mit 313'224 Franken markant höher ausgefallenen, vom Strafgericht kaum beeinflussbaren Prozesskosten zurückzuführen.
- Im Gegensatz zur deutlichen Abweichung im Jahr 2013 konnte die aus dieser Erfahrung heraus deutlich zurückhaltendere Budgetvorgabe bei den Einnahmen des Strafgerichts (vgl. dazu Kommentar Ziff. 3 des Jahresberichts 2013) beinahe erreicht werden. Die aktuelle Unterschreitung ist auf den nicht voraussehbaren Rückgang bei den naturgemäss stets schwankenden Einnahmen aus Geldstrafen und Bussen zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	54.7	46.8	46.0	46.4	47.1
Total Fälle (Anklagen, Verzeigungen, Rekurskammer)	Anz	30'000	769	1'077	1'210	1'199 <sup>1</sup>
Halbtagesitzungen (ohne Haftrichter)	Anz	1'009	795	723	791	811
Betreibungen für Bussen u. Geldstr., Verf.kosten, Urteilsgeb.	Anz	1'565	1'326	0	0	0 <sup>2</sup>
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	MioFr	5.1	3.6	1.8	4.7	-1.6 <sup>3</sup>

**Kommentar**

- Seit 2011 erlässt nicht mehr das Strafgericht, sondern die Staatsanwaltschaft die Strafbefehle, die bis 2010 den mit Abstand grössten Anteil bei den Fallzahlen ausgemacht haben. Ausserdem sind seit 2011 das Privatklage- und das Rekurskammerverfahren weggefallen (bis Ende 2010 eingegangene Fälle wurden nach 2011 weiter behandelt).
- Seit 2011 ist nicht mehr das Strafgericht, sondern die neu geschaffene Inkassostelle beim JSD für den Einzug der Forderungen aus Strafverfahren zuständig; Prognosen bezüglich eingeleiteter Betreibungen kann das Strafgericht daher keine mehr stellen.
- Vgl. dazu Bemerkung unter Fussnote 2 bei den Finanzzahlen.

blieb. Einen massiven Rückgang gab es wiederum bei der Bewilligung von *Überwachungsmaßnahmen* (2013 210 Verfahren, 2014 118 Verfahren). Bezieht man dort allerdings die Zahlen des Jahres 2012 ein (160 Verfahren), so zeigt sich, dass auch hier grössere Schwankungen nicht aussergewöhnlich sind.

#### **b) Entwicklung bei den einzelnen Sanktionen**

Wie in den Jahresberichten vergangener Jahre ist zunächst darauf hinzuweisen, dass seit dem Inkrafttreten der eidgenössischen StPO im Jahre 2011 keine Strafbefehle mehr durch das Strafgericht verfügt werden. Entsprechend haben sich seither die Anzahl und Art der verschiedenen ausgesprochenen Sanktionen verändert.

Insgesamt überwogen 2014 – wie schon in den Jahren 2011-2013 – die *Freiheitsstrafen* (bedingte und unbedingte) mit 305 Verurteilungen, welche sich auf dem Niveau des Vorjahres (311 Verurteilungen) einpendelten. Auf die Thematik des mit unbedingten Freiheitsstrafen – diese stiegen 2014 mit 163 Verurteilungen etwas an (2013 143 Verurteilungen) – verbundenen Bedarfs an Vollzugsplätzen und die entsprechenden politischen Vorstösse wurde im letztjährigen Jahresbericht bereits eingegangen, weshalb hier auf jene Ausführungen verwiesen wird.

Einen deutlichen Rückgang gab es 2014 bei den bedingten, teil- und unbedingten *Geldstrafen* mit 164 Verurteilungen (2013 204 Verurteilungen). Dass er bei der Summe aller im Einspracheverfahren unbedingte ausgesprochenen Geldstrafen mit rund 90 Prozent etwas gar extrem ausgefallen ist (2014 12'540 Franken, 2013 122'810 Franken), lässt sich allerdings darauf zurückführen, dass im Jahr 2013 in einem einzelnen Einspracheverfahren eine Geldstrafe im Totalbetrag von über 100'000 Franken ausgefällt worden war. *Geldbussen* wurden 2014 120 Mal ausgesprochen (2013 128 Mal), wobei diese überwiegend im Verfahren auf Einsprache erfolgten.

Etwas an Bedeutung gewonnen hat die unbedingte *gemeinnützige Arbeit* (2014 13 Verurteilungen, 2013 4 Verurteilungen), während sie als bedingte Sanktion 2014 kein einziges Mal ausgesprochen wurde (2013 2 Verurteilungen).

Ein gewisser Rückgang zeigt sich bei der Anordnung von *stationären Massnahmen*. So nahm deren Anzahl von 14 (2013) auf 8 (2014) ab. Ebenso wurde 2014 keine *Verwahrung* ausgesprochen, während es im Jahr 2013 eine solche gab. Hingegen wurden 2014 drei *ambulante Massnahmen* angeordnet, im Vorjahr dagegen keine einzige.

#### **c) Amtliche Verteidigungen**

Entgegen der Vermutung im letzten Jahresbericht sind die Kosten für die amtlichen Verteidigungen weiter angestiegen (2014 2'434'485.91 Franken, 2013 2'193'373.55 Franken). Dasselbe gilt auch für die Summe der ausgerichteten Parteientschädigungen (2014 313'224.10 Franken, 2013 230'812.25 Franken). Auch dies deutet auf eine erhöhte Komplexität der Fälle mit entsprechend höherem Verteidigungsaufwand hin.

#### **d) Administratives**

Die laufenden Geschäfte wurden in einer Plenargerichtssitzung und sieben Präsidentenkonferenzen, durch Zirkulationsbeschlüsse sowie durch die vorsitzende Präsidentin und den Verwaltungschef erledigt.



## Statistiken

### 1. Strafgericht (ordentliches Verfahren)

	2013	2014	Abw. 14/13	
			abs.	%
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	120	105	-15.0	-12.5
Im Berichtsjahr neu eingegangene Fälle (Aktenordner: 2013 1426, 2014 1043)	353	301	-52.0	-14.7
<b>Total Fälle</b>	<b>473</b>	<b>406</b>	<b>-67.0</b>	<b>-14.2</b>
Im Berichtsjahr erledigte Fälle	355	306	-49.0	-13.8
davon in abgekürzten Verfahren erledigt Fälle	7	2	-5.0	-71.4
Mit einem andern Fall zusammengelegte Fälle	13	11	-2.0	-15.4
Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr	105	89	-16.0	-15.2
<b>Total</b>	<b>473</b>	<b>406</b>	<b>-67.0</b>	<b>-14.2</b>
Einzelrichter/in	170	147	-23.0	-13.5
Dreiergericht	156	132	-24.0	-15.4
Kammer	29	27	-2.0	-6.9
<b>Total Verhandlungen</b>	<b>355</b>	<b>306</b>	<b>-49.0</b>	<b>-13.8</b>
<b>Sitzungshalbtage</b>	<b>627</b>	<b>602</b>	<b>-25.0</b>	<b>-4.0</b>
<b>Erledigungsarten</b>				
Bedingte Freiheitsstrafen	127	109	-18.0	-14.2
Teilbedingte Freiheitsstrafen	40	28	-12.0	-30.0
Unbedingte Freiheitsstrafen	140	161	21.0	15.0
Bedingte Geldstrafen	70	55	-15.0	-21.4
Teilbedingte Geldstrafen	1	2	1.0	100.0
Unbedingte Geldstrafen	10	9	-1.0	-10.0
Nur Geldbussen	4	8	4.0	100.0
Bedingte gemeinnützige Arbeit	1	0	-1.0	-100.0
Unbedingte gemeinnützige Arbeit	3	5	2.0	66.7
Umgangnahme von Strafe	0	0	0.0	n.a.
Verzicht auf Ausfällung einer Zusatzstrafe	0	0	0.0	n.a.
Stationäre Massnahmen	14	8	-6.0	-42.9
Ambulante Massnahmen	0	3	3.0	n.a.
Verwahrung	1	0	-1.0	-100.0
Freisprüche	18	23	5.0	27.8
Einstellungen	7	8	1.0	14.3
Selbständige Konfiskations-, Vollzugs-, Widerrufs- und Busseumwandlungsverfahren etc.	22	13	-9.0	-40.9
<b>Total zur Beurteilung gekommene Personen</b>	<b>458</b>	<b>432</b>	<b>-26.0</b>	<b>-5.7</b>
Unentgeltliche Verteidigungen in den im Berichtsjahr beurteilten Fällen	303	327	24.0	7.9
Unentgeltliche Opfervertretungen in den im Berichtsjahr beurteilten Fällen	71	37	-34.0	-47.9

## 2. Einsprachen

	2013	2014	Abw. 14/13	
			abs.	%
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	226	238	12	5
Im Berichtsjahr eingegangene Fälle	867	841	-26	-3
<b>Total</b>	<b>1'093</b>	<b>1'079</b>	<b>-14</b>	<b>-1</b>
Erledigte Fälle per Ende Berichtsjahr	855	893	38	4
Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr	238	186	-52	-22
<b>Total</b>	<b>1'093</b>	<b>1'079</b>	<b>-14</b>	<b>-1</b>
<b>Sitzungshalbtage</b>	164	209	45	27
<b>Erledigungsarten</b>				
Bedingte Freiheitsstrafen	1	2	1	100
Unbedingte Freiheitsstrafen	3	5	2	67
Bedingte Geldstrafen	110	88	-22	-20
Teilbedingte Geldstrafen	3	0	-3	-100
Unbedingte Geldstrafen	10	10	0	0
Nur Geldbussen	124	112	-12	-10
Unbedingte gemeinnützige Arbeit	2	8	6	300
Bedingte gemeinnützige Arbeit	1	0	-1	-100
Umgangnahme von Strafe	8	6	-2	-25
Freisprüche	88	99	11	13
Einstellung, Abtretung usw.	499	477	-22	-4
Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen (Bussen)	6	4	-2	-33
Schriftlicher Kostenentscheid auf Einsprachen (2014 neu eingeführte Kategorie)	0	91	91	n.a.
<b>Total zur Beurteilung gekommene Personen</b>	<b>855</b>	<b>902</b>	<b>47</b>	<b>5</b>

## 3. Zwangsmassnahmengericht

	2013	2014	Abw. 14/13	
			abs.	%
<b>a) Untersuchungs-/Sicherheitshaft</b>				
Anordnung von Untersuchungshaft	328	272	-56	-17.1
Anordnung von Sicherheitshaft	5	2	-3	-60.0
Anordnung von Untersuchungshaft Zoll	0	0	0	n.a.
Verlängerung der Untersuchungshaft	5	1	-4	-80.0
Verlängerung der Sicherheitshaft	0	0	0	n.a.
Entlassung aus dem Polizeigewahrsam	14	20	6	42.9
Entlassung aus der Untersuchungshaft	2	1	-1	-50.0
Entlassung aus der Sicherheitshaft	0	0	0	n.a.
Gutheissung Entlassungsgesuch	3	7	4	133.3
Ablehnung Entlassungsgesuch	4	18	14	350.0
<b>Total mündliche Verhandlungen</b>	<b>361</b>	<b>321</b>	<b>-40</b>	<b>-11.1</b>
Anordnung von Untersuchungshaft	31	27	-4	-12.9
Anordnung von Sicherheitshaft	150	131	-19	-12.7
Verlängerung der Untersuchungshaft	115	135	20	17.4
Verlängerung der Sicherheitshaft	33	35	2	6.1
Entlassung aus Polizeigewahrsam	3	0	-3	-100.0
Entlassung aus Untersuchungshaft	7	2	-5	-71.4
Entlassung aus der Sicherheitshaft	0	0	0	n.a.
Gutheissung Entlassungsgesuch	0	4	4	n.a.
Ablehnung Entlassungsgesuch	27	24	-3	-11.1
Rückzüge Entlassungsgesuch	0	1	1	n.a.
<b>Total schriftliche Verfahren</b>	<b>366</b>	<b>359</b>	<b>-7</b>	<b>-1.9</b>

a) Untersuchungs-/Sicherheitshaft	2013	2014	Abw. 14/13	
			abs.	%
Anordnung von Untersuchungshaft	359	299	-60	-16.7
Anordnung von Sicherheitshaft	155	133	-22	-14.2
Anordnung von Untersuchungshaft Zoll	0	0	0	n.a.
Verlängerung der Untersuchungshaft	120	136	16	13.3
Verlängerung der Sicherheitshaft	33	35	2	6.1
Entlassung aus dem Polizeigewahrsam	17	20	3	17.6
Entlassung aus der Untersuchungshaft	9	3	-6	-66.7
Entlassung aus der Sicherheitshaft	0	0	0	n.a.
Gutheissung Entlassungsgesuch	3	11	8	266.7
Ablehnung Entlassungsgesuch	31	42	11	35.5
Rückzüge Entlassungsgesuch	0	1	1	n.a.
<b>Total</b>	<b>727</b>	<b>680</b>	<b>-47</b>	<b>-6.5</b>

b) Bewilligung von Überwachungen etc.	2013	2014	Abw. 14/13	
			abs.	%
Gesuche um Bewilligung der Post- und Telefonüberwachung usw.	68	18	-50	-73.5
Gesuche um Verlängerung der Telefonüberwachung	4	2	-2	-50.0
Gesuche um Bewilligung der Überwachung mittels GPS	19	7	-12	-63.2
Gesuche um Verlängerung der Überwachung mittels GPS	2	1	-1	-50.0
Gesuche um Bewilligung eines V-Manneinsatzes	9	1	-8	-88.9
Gesuche um Bewilligung der Verlängerung eines V-Manneinsatzes	3	1	-2	-66.7
Gesuche um Bewilligung von Randdatenerhebungen	72	69	-3	-4.2
Gesuche um Bewilligung der Standortbestimmung	6	2	-4	-66.7
Gesuche um Bewilligung der Videoüberwachung	2	2	0	0.0
Gesuche um Verlängerung der Videoüberwachung	0	0	0	n.a.
Gesuche um Audioüberwachung	2	2	0	0.0
Gesuche um Bewilligung der Verwendung nachträglicher Erkenntnisse/ Zufallsfunde	14	9	-5	-35.7
Gesuche um Bewilligung der Notsuche (Standortbestimmung)	4	1	-3	-75.0
Gesuche um Entsiegelung	5	2	-3	-60.0
Anonymität	0	1	1	n.a.
<b>Total</b>	<b>210</b>	<b>118</b>	<b>-92</b>	<b>-43.8</b>

#### 4. Weitere wichtige Zahlen

in Franken	2013	2014	Abw. 14/13	
			abs.	%
Durch das Strafgericht	67'445.0	61'850.0	-5'595.0	-8.3
Durch den/die Einzelrichter/in Privatklagesachen (alte StPO)	500.0	500.0	0.0	0.0
Im Einspracheverfahren	69'380.0	47'820.0	-21'560.0	-31.1
<b>Total der ausgesprochenen Geldbussen</b>	<b>137'325.0</b>	<b>110'170.0</b>	<b>-27'155.0</b>	<b>-19.8</b>
Durch das Strafgericht	74'950.0	130'210.0	55'260.0	73.7
Durch den/die Einzelrichter/in Privatklagesachen (alte StPO)	6'100.0	0.0	-6'100.0	-100.0
Im Einspracheverfahren	122'810.0	12'540.0	-	-89.8
			110'270.0	
<b>Total der ausgesprochenen unbedingten Geldstrafen</b>	<b>203'860.0</b>	<b>142'750.0</b>	<b>-61'110.0</b>	<b>-30.0</b>
Ausgerichtet wurden:				
Unentgeltliche Verteidigungen / Opfervertretungen	2'194'373.6	2'434'485.9	240'112.4	10.9
Parteientschädigungen	230'812.3	313'224.1	82'411.9	35.7

## Zivilgericht

GER-113

Das Zivilgericht urteilt erstinstanzlich in Zivilsachen. Die am Zivilgericht zu beurteilenden Fälle werden grösstenteils durch das Zivilgesetzbuch und das Obligationenrecht bestimmt. Dazu gehören etwa Eheschutzmassnahmen, Scheidungen, Erbschaften, Kauf-, Miet- und Arbeitsverträge, Werkverträge und Aufträge sowie gesellschafts- und handelsrechtliche Fragestellungen. Zudem überprüft das Zivilgericht die polizeilichen Wegweisungs- und Rückkehrverbotsverfügungen bei häuslicher Gewalt. Schliesslich beurteilt das Zivilgericht Streitigkeiten aus dem Bereich des Zwangsvollstreckungsrechts, wo das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) den Richter für zuständig erklärt.

Nach Massgabe von Art. 197 ff. der neuen Zivilprozessordnung (ZPO) geht dem Entscheidverfahren ein Schlichtungsverfahren voraus (ausgenommen summarisches Verfahren, Scheidungsverfahren, Klagen nach SchKG; vgl. ZPO Art. 198). Das Zivilgericht führt darum seit 2011 für die in seine Zuständigkeit fallenden Verfahren eine Schlichtungsbehörde.

Dem Zivilgericht angegliedert sind das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt. Das Betreibungs- und Konkursamt ist zuständig für die Zwangsvollstreckung von Geldforderungen auf dem ganzen Gebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Erbschaftsamt ist zuständig für das gesamte Nachlassverfahren. Dazu gehören unter anderem Sicherungsmassnahmen in einem Todesfall und die Aufnahme der Vermögenswerte (Aktiven) und Schulden (Passiven) einer verstorbenen Person. Es gehört auch zu seinen Aufgaben, die gesetzlichen Erben ausfindig zu machen und diese sowie die eingesetzten Erben und die Vermächtnisnehmer über das Vorhandensein und den Inhalt einer Verfügung von Todes wegen in Kenntnis zu setzen. Wo erforderlich oder verlangt, führt das Erbschaftsamt amtliche Liquidationen und Versteigerungen durch, verwaltet die Erbschaft oder wirkt bei der Erbteilung mit.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Schlichtung** Die Zahl der eingegangenen Schlichtungsgesuche bleibt stabil im Rahmen der üblichen Schwankungen: 2013 waren 1'286 Schlichtungsgesuche zu verzeichnen, 2014 deren 1'208. Von den im Jahr 2014 eingereichten Verfahren konnten bis Ende Berichtsjahr 851 Verfahren abgeschlossen werden; 617 Verfahren sind per 31. Dezember 2014 noch hängig, davon stammen 260 Verfahren aus den Jahren 2011, 2012 und 2013 (in der Regel sistierte Verfahren). Bei den abgeschlossenen Verfahren liegt die Quote der definitiven Fallerledigung im Schlichtungsverfahren bei nach wie vor sehr hohen 78 %. Bei den Erledigungsarten steht der Vergleich im Vordergrund (rund 40 % der Fälle). Auf eine hohe Akzeptanz stösst auch das mit der neuen ZPO eingeführte Instrument des Urteilsvorschlags (möglich für Fälle mit einem Streitwert bis 5'000 Franken). Bei den Fällen aus dem Jahr 2013 blieben von 41 Urteilsvorschlägen von den Parteien deren 38 unangefochten und wurden zum rechtskräftigen Entscheid; im Jahr 2014 wurden aus 37 Urteilsvorschlägen 30 rechtskräftige Entscheide.

**Übrige Abteilungen** In der Abteilung Einzelgericht in Zivilsachen wurden im Berichtsjahr 1'989 Fälle erledigt (Vorjahr 2'275). Der Grund für die Differenz zum Vorjahr liegt hier vorab in den vom Jahr 2012 ins Jahr 2013 übernommenen Massenfällen, die von der Bereinigung des Handelsregisters herrührten. Die Zahl der Neueingänge von 1'978 ist gegenüber dem Vorjahr (2'039 Verfahren) nur gering gesunken.

Beim Arbeitsgericht sind im Berichtsjahr 36 Fälle neu eingegangen, 47 Klagen wurden vom Vorjahr übernommen. 52 Verfahren konnten 2014 abgeschlossen werden. Am häufigsten waren Fälle aus den Gewerbegruppen 1 – 3 zu behandeln (Bau, Holz, Gewerbe, Industrie, Gastgewerbe, Nahrungs- und Genussmittel, Handel, Verkauf, Chemie).

In der Abteilung Familienrecht hat die Zahl der behandelten Begehren inklusive Scheidungen nach einem leichten Rückgang im Jahr 2013 im Berichtsjahr wieder etwas zugenommen. Die Veränderung (685 im Berichtsjahr gegenüber 631 im Vorjahr, davon Scheidungen 504 resp. 490 im Vorjahr) liegt im Rahmen der normalen Schwankung. Dies gilt auch für die Neueingänge (678 gegenüber 646 im Vorjahr). Vom Vorjahr übernommen wurden 264 Klagen; insgesamt waren im Berichtsjahr also 942 Klagen hängig. Auf konstant hohem Niveau bleiben im Berichtsjahr auch die Massnahmen im

## Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-20'559.0	-21'137.2	-20'473.0	664.2	3.1	86.0	0.4 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-8'235.1	-8'196.2	-8'593.1	-396.9	-4.8	-358.1	-4.3 <sup>2</sup>
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-6.5	-4.9	-6.5	-1.6	-31.6	-0.0	0.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-28'800.6</b>	<b>-29'338.3</b>	<b>-29'072.6</b>	<b>265.8</b>	<b>0.9</b>	<b>-272.0</b>	<b>-0.9</b>
42 Entgelte	21'259.5	22'322.0	24'104.8	1'782.8	8.0	2'845.3	13.4 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>21'259.5</b>	<b>22'322.0</b>	<b>24'104.8</b>	<b>1'782.8</b>	<b>8.0</b>	<b>2'845.3</b>	<b>13.4</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-7'541.1</b>	<b>-7'016.3</b>	<b>-4'967.8</b>	<b>2'048.5</b>	<b>29.2</b>	<b>2'573.3</b>	<b>34.1</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-7'541.1</b>	<b>-7'016.3</b>	<b>-4'967.8</b>	<b>2'048.5</b>	<b>29.2</b>	<b>2'573.3</b>	<b>34.1</b>
34 Finanzaufwand	-60.2	-51.0	-50.3	0.7	1.3	9.8	16.3
44 Finanzertrag	64.5	68.5	79.3	10.8	15.8	14.8	22.9
<b>Finanzergebnis</b>	<b>4.4</b>	<b>17.5</b>	<b>29.0</b>	<b>11.5</b>	<b>65.6</b>	<b>24.6</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-7'536.7</b>	<b>-6'998.8</b>	<b>-4'938.8</b>	<b>2'060.0</b>	<b>29.4</b>	<b>2'597.9</b>	<b>34.5</b>
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-10'201.5	-10'328.8	-10'738.7	-409.9	-4.0	-537.2	-5.3
14 Allgemeines Rechtswesen	2'664.8	3'330.0	5'799.9	2'469.9	74.2	3'135.1	117.6

## Kommentar

- 1 Der Minderaufwand ist begründet durch Vakanzen sowie eine Reduktion der Richtereinsätze im Berichtsjahr. Dieser Effekt macht sich dann auch bei den niedrigeren Personalnebenkosten bemerkbar. Positiv auf die Rechnung ausgewirkt haben sich zudem erhöhte Rückerstattungen beim Krankentaggeld.
- 2 Die Abweichung ist hier zu einem wesentlichen Teil in der Budgetierung der Einzelpostenposition (EP) 313200 begründet. Das Rechnungsergebnis 2014 liegt in der gleichen Grössenordnung wie die Rechnungsbasis 2013. Für den EP wurden die Auslagen in der Fällen gemäss Vorgabe mit einem um rund 600'000 Franken geringeren Betrag budgetiert. Eine weitere Abweichung erklärt sich durch erhöhte Ausgaben für Porti beim Betreibungsamt (mengenabhängig).
- 3 Der Betriebsertrag (Staatsgebühren/Urteilgebühren), ebenfalls EP, liegt wegen dem erhöhten Volumen beim Betreibungsamt über dem Budget. Beim Erbschaftsamt konnte der Rückstau aufgearbeitet werden, was zusammen mit weiteren Nachlässen, die im Berichtsjahr abgerechnet werden konnten, zu einer Verbesserung der Einnahmenposition geführt hat.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	138.4	145.1	144.7	144.7	148.2
Hängige Verfahren	Anz	5'714	5'943	6'619	6'644	6'839
Schlichtungsverfahren neu ab 2011	Anz		1'376	1'783	1'183	1'727
Zahlungsbefehle	Anz	72'940	72'353	73'479	72'673	77'379
Konkurseröffnungen	Anz	524	501	755	603	580
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	1'200'556	147'560	687'823	347'168	393'263

Eheschutz; jährlich ergehen hier rund 3'000 Verfügungen/Entscheide (2'928 im Berichtsjahr, 2'834 im Vorjahr).

Die Zahl der Rechtshilfeersuchen (Requisitionen) auswärtiger schweizerischer Gerichte oder ausländischer Gesuchsteller beträgt im Berichtsjahr 747 (Vorjahr 701). Das bedeutet eine leichte Zunahme der Zahl der Gesuche, die sich im Rahmen der üblichen Schwankungen bewegt.

Im Berichtsjahr wurden 281 Ausweisungsbegehren gestellt, es wurden 164 Räumungen verlangt, in 90 Fällen musste eine amtliche Räumung durchgeführt werden (Vorjahr 114).

Die Betriebsstatistik weist mit 77'379 für das Berichtsjahr (Vorjahr 72'673) eine erhebliche Zunahme bei den ausgestellten Zahlungsbefehlen aus. Mit der höheren Zahl der Betreibungen steigt auch der Arbeitsaufwand für das Betreibungsamt. Mit 8,87 Mia. Franken liegt die Forderungssumme trotz mehr Betreibungen aber unter der Vorjahreszahl von 9,69 Mia. Franken Die Zahl der Verlustscheine blieb mit 34'299 gegenüber dem Vorjahr mit 34'216 nahezu konstant. Weiter rückläufig ist

dagegen die Zahl Konkurseröffnungen (580, Vorjahr 603). Diese Konkurseröffnungen betrafen 379 Einzelpersonen (Vorjahr 349) und 201 Gesellschaften (Vorjahr 254). Im Jahr 2014 wurden 17 Ganten durchgeführt, etwas weniger als im Vorjahr (23).

Das Erbschaftsamt weist für 2014 mit 2'119 obligatorischen Inventarisierungen (gem. Art. 553 ZGB) eine gegenüber dem Vorjahr (2'027) leicht höhere Zahl aus. Weiter zugenommen haben die öffentlichen Inventare von 17 im Vorjahr auf 21. Jährlich werden mehr als 1'000 letztwillige Verfügungen dem Erbschaftsamt zur Aufbewahrung gegeben, im Berichtsjahr waren es 1'167 (Vorjahr 1'091).

**Verwaltung und Rechtsprechung** Das oberste Leitungsgremium des Zivilgerichts ist die Präsidentenkonferenz, bestehend aus den neun Präsidentinnen und Präsidenten (7 x 100%, 2 x 50 %, vorübergehend mit einer Umlagerung von 20% von einem Vollpensum auf die beiden Teilpensen) sowie beisitzend dem Verwaltungschef des Zivilgerichts, dem Vorsteher des Betreibungs- und Konkursamts sowie der Vorsteherin des Erbschaftsamts. Zur Erledigung der Leitungsaufgaben wurden im Berichtsjahr 12 Sitzungen abgehalten, wovon zwei Sitzungen als Klausuren.

**Personelles** Der Personalbestand blieb im Berichtsjahr bei wenigen Mutationen im Wesentlichen unverändert. Mehrere Mutterschaften konnten durch befristete Mutterschaftsvertretungen abgedeckt werden. Die Stellenprozente sind nach wie vor sehr eng bemessen, sodass immer wieder Kapazitäten zu Lasten anderer Ressourcen eingesetzt werden müssen und Krankheitsabwesenheiten von Mitarbeitenden sofort zu Rückständen führen können. Dies betrifft hier vorab die Kanzleiarbeit. Personell deutlich unterdotiert ist nach wie vor auch die Schlichtungsbehörde. Für die Erledigung der Schlichtungen müssen Gerichtsschreiberressourcen abgezogen werden, was auf Dauer nicht geht.

Bei den Gerichtspräsidien sind keine Veränderungen eingetreten. Als neuen Richter durfte das Gericht Herrn Dr. Jens van der Meer (Ersatzwahl für Amtsperiode 2010 - 2015) begrüßen.

**Räumliches Schlichtungskanzlei** Die räumlichen Verhältnisse beim Zivilgericht sind nach wie vor sehr beengt. Selbst bei den Verhandlungsräumen kommt es immer wieder zu Engpässen. Mit dem Bezug eines externen Archivs, das von den Gerichten, dem Betreibungs- und Konkursamt sowie dem Erbschaftsamt gemeinsam genutzt wird, konnte für diesen Bereich im Berichtsjahr eine gewisse Entlastung erreicht werden.

Im Berichtsjahr hat unter der Leitung des BVD eine Arbeitsgruppe „Sicherheitsmassnahmen Gerichte“ ihre Tätigkeit aufgenommen, die eine substantielle Verbesserung der Sicherheitsanforderungen in der überalterten Gebäudestruktur der Gerichtsgebäude Bäumleingasse 1 – 5 und eine bessere Signaletik zum Ziel hat.

Zur Erhöhung der Benutzerfreundlichkeit hat das Zivilgericht im Eingangsbereich des Gebäudes Bäumleingasse 5 eine Empfangstheke eingerichtet (im Einsatz ab Januar 2015), welche auch eine bessere Publikumsführung ermöglichen soll.

**Neuer Internetauftritt** Im Berichtsjahr neu gestaltet wurde der Internetauftritt des Zivilgerichts. Das Aussehen entspricht den für den Kanton einheitlichen Vorgaben mit visuellen Elementen. Inhaltlich wurde der Auftritt komplett neu gestaltet und es konnte die Benutzerfreundlichkeit wesentlich verbessert werden. Den Nutzern stehen nun auch weitgehende Informationen über die verschiedenen Verfahrensarten mit den entsprechenden Merkblättern und Formularen für Eingaben ans Gericht zur Verfügung.

**Geschäftslaststudie** Im Rahmen der vom Regierungsrat und dem Appellationsgericht in Auftrag gegebenen Geschäftslaststudie für die Gerichte wurden zwischen März 2013 und Februar 2014 die Erhebungsarbeiten für die dossierbezogene und die nichtdossierbezogene Arbeitszeit durchgeführt. Im weiteren Verlauf des für den Gerichtsbetrieb aufwändigen Prozesses wurden im Berichtsjahr unter Leitung des für die Studie zuständigen Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern die Auswertungen vorgenommen. Der Abschlussbericht wird im Frühjahr 2015 vorliegen. Die für die GOG-Revision relevanten Punkte sind von der Projektleitung der zuständigen Grossratskommission vorab mitgeteilt worden, damit diese gegebenenfalls bereits in die laufenden Gesetzgebungsarbeiten einfließen können.

**Elektronische Eingaben** Seit dem Berichtsjahr ist es für Anwälte möglich, Eingaben an die Gerichte mit entsprechenden Signaturen auf elektronischem Weg zu tätigen. Von dieser Möglichkeit wurde bisher kaum Gebrauch gemacht.

**GOG** Im Mai 2014 verabschiedete der Regierungsrat die Vorlage des totalrevidierten Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) zuhanden des Grossen Rates. Zentraler Angelpunkt des vorliegenden Gesetzesentwurfs ist die Unabhängigkeit der Justizverwaltung, wie sie mit der Kantonsverfassung von 2005 verankert wurde. Neben der Schaffung eines neuen Gerichtsrates wird die Revision für die Gerichte wesentliche Anpassungen in der Kompetenzordnung und der Organisation bedingen. Das Zivilgericht hat sich im Rahmen der Vernehmlassung intensiv mit der Vorlage befasst und sich in den Hearings der Grossratskommission zu den das Gericht betreffenden Fragen geäussert. Je nach Ausmass der Gesetzesänderungen muss berücksichtigt werden, dass für die Umsetzungs- und Anpassungsarbeiten genügend Zeit eingeplant wird, damit der Gerichtsbetrieb nicht beeinträchtigt wird.

## Sozialversicherungsgericht

GER-114

Das Sozialversicherungsgericht Basel-Stadt hat seine Tätigkeit im April 2002 aufgenommen. Es ist zuständig zur Beurteilung von Streitigkeiten aus allen Zweigen des Sozialversicherungsrechts:

- Alters- und Hinterlassenenversicherung,
- Invalidenversicherung,
- Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen,
- Berufliche Vorsorge,
- Obligatorische Unfallversicherung,
- Krankenversicherung (obligatorische Krankenversicherung sowie Zusatzversicherungen); Prämienbeiträge,
- Militärversicherung,
- Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz),
- Familien- und Kinderzulagen sowie
- Arbeitslosenversicherung.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

1. Im Berichtsjahr 2014 ergab sich im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Erhöhung der Fallzahlen. Zugenommen haben vor allem die Fälle in den Bereichen der Krankenversicherung und der Unfallversicherung. Konstant blieben die Eingänge aus der Invalidenversicherung. Im Vergleich zum Vorjahr wurden mit 382 etwas weniger Fälle erledigt. Die Jahresendpendenzen erhöhten sich von 173 auf 197. Des entspricht knapp dem Stand Ende 2012. Weiterhin pendent sind je ein Fall aus den Jahren 2004 und 2007.

Rund 65% der Fälle wurden durch die drei Kammern des Sozialversicherungsgerichts erledigt, rund 35% einzelrichterlich. Die Kammern haben knapp 46% der Beschwerden und Klagen (ganz oder teilweise) gutgeheissen und rund 54% abgewiesen.

2. Die Fälle werden weiterhin sowohl aktenmässig umfangreicher als auch inhaltlich komplexer. Die elektronische Aktenführung der Vorinstanzen führt oft zu einer unübersichtlichen Aktendichte. Auch die Länge der eingereichten Rechtsschriften hat im letzten Jahr überproportional zugenommen. In der Invalidenversicherung mussten viele Revisionsfälle beurteilt werden. Diese erweisen sich stets als aufwändig. Anspruchsvoll zeigen sich auch die Fälle im Zusammenhang mit der eingliederungsorientierten Rentenrevision (IV-Revision 6a). Das Bundesgericht hat seine Praxis zur Gutachtenvergabe wiederum verfeinert, auf den Bereich der Unfallversicherung ausgedehnt und Verfahrensfragen geklärt.

Im Berichtsjahr waren 24 (Vorjahr: 24) Fälle aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung hängig. Hier haben sich vor allem Verfahrensfragen gestellt sowie Abgrenzungsprobleme zwischen der ZPO und dem SVGG. In 5 der genannten 24 Fälle wurden Vermittlungsverhandlungen angesetzt. In 4 Fällen kam ein (rechtskräftiger) Vergleich zu Stande.

Nach wie vor stehen die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber an ihrer Belastungsgrenze und können immer häufiger die zeitlichen Vorgaben nicht mehr einhalten. Es erwies sich deshalb als unumgänglich, ab 1. Mai 2014 temporär eine ausserordentliche Gerichtsschreiberin einzusetzen.

3. Die administrativen Belange wurden an 9 Konferenzen des Präsidiums besprochen. Wir begleiteten unter anderem die Revision des GOG beim Justiz- und Sicherheitsdepartement sowie bei der Grossratskommission und bereiteten die Möglichkeit vor, den Richterinnen und Richtern elektronische Akten zur Verfügung stellen zu können. Im Rahmen des Projekts WebBS wurde im Berichtsjahr der Webauftritt des Sozialversicherungsgerichts neu gestaltet.

Für alle Gerichte des Kantons Basel-Stadt wird ab 1. Januar 2015 ein zentrales Dolmetschendenverzeichnis geführt. Wer sich ab 1. Juli 2015 neu in dieses Verzeichnis eintragen lassen will, ist verpflichtet, nach vorgängigem Kursbesuch eine Zulassungsprüfung zu bestehen. Ziel dieser Massnahmen ist die Erhöhung der Qualität der Dolmetscherdienste an den Gerichten. Dem



**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'408.8	-2'604.1	-2'457.5	146.7	5.6	-48.6	-2.0 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-557.6	-688.9	-578.8	110.2	16.0	-21.2	-3.8 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-2'966.4</b>	<b>-3'293.1</b>	<b>-3'036.2</b>	<b>256.9</b>	<b>7.8</b>	<b>-69.8</b>	<b>-2.4</b>
42 Entgelte	192.9	246.4	180.9	-65.5	-26.6	-12.0	-6.2 <sup>3</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>192.9</b>	<b>246.4</b>	<b>180.9</b>	<b>-65.5</b>	<b>-26.6</b>	<b>-12.0</b>	<b>-6.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-2'773.6</b>	<b>-3'046.7</b>	<b>-2'855.4</b>	<b>191.4</b>	<b>6.3</b>	<b>-81.8</b>	<b>-2.9</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-1.3	0.0	1.3	100.0	0.0	n.a.
<b>Abschreibungen</b>	<b>0.0</b>	<b>-1.3</b>	<b>0.0</b>	<b>1.3</b>	<b>100.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-2'773.6</b>	<b>-3'048.1</b>	<b>-2'855.4</b>	<b>192.7</b>	<b>6.3</b>	<b>-81.8</b>	<b>-2.9</b>
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.5	-0.1	0.4	74.4	0.0	15.5
44 Finanzertrag	0.1	0.1	0.1	-0.0	-40.2	-0.0	-24.4
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.1</b>	<b>0.3</b>	<b>83.0</b>	<b>0.0</b>	<b>5.8</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-2'773.6</b>	<b>-3'048.5</b>	<b>-2'855.4</b>	<b>193.0</b>	<b>6.3</b>	<b>-81.8</b>	<b>-2.9</b>
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-2'773.6	-3'048.5	-2'855.4	193.0	6.3	-81.8	-2.9

**Kommentar**

- 1 Die Unterschreitung ist darauf zurückzuführen, dass für Aufwendungen sowohl für Aushilfspersonal als auch Richterinnen und Richter (exkl. Präsidien), in geringerem Mass als prognostiziert herangezogen werden musste.
- 2 Die positive Abweichung beruht im Wesentlichen auf der Position Kostenerlasse (Kto. 318115). In diesem Punkt war – wie im Vorjahr - der geschätzte Aufwand für zu Lasten des Staates gehende Gerichtsgebühren tiefer als bei der Budgetierung erwartet. Ebenso waren entgegen den Erwartungen in geringerem Mass als prognostiziert Auslagen für Gerichtsgutachten vom Staat zu tragen. Diese konnten den Vorinstanzen weiterbelastet werden.
- 3 Die negative Abweichung ist hauptsächlich auf das Konto Ertrag Verfahrensgeb. /-ausl (Kto. 421025) zurückzuführen. Es waren im Rechnungsjahr 2014 weniger Auslagen für durchgeführte Expertisen bei den Parteien zurückzufordern, als im Budgetprozess prognostiziert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.9	11.7	11.7	11.7	12.1
Hängige Verfahren	Anz	561	611	616	583	579
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	193'500	2'175	87'930	53'178	36'342

Verwaltungschef des Sozialversicherungsgerichts ist es ein Anliegen, im Rahmen einer aus Delegierten aller Gerichte zusammengesetzten Fachgruppe zum guten Gelingen dieses Projektes beizutragen.

Eine interne Arbeitsgruppe traf sich zweimal zu einem fachlichen Austausch. Für das Gesamtgericht wurde eine Informationsveranstaltung durchgeführt.

4. Auf den 31. März 2014 trat die Ersatzrichterin Frau Samantha Fedeli Reisch, CVP, von ihrem Amt zurück. An ihre Stelle trat nach der Ersatzwahl durch den Grossen Rat per 1. April 2014 Frau Sarah Khan, CVP. Die Kanzleimitarbeiterin Frau Doris Balsiger verliess uns per 31. Oktober 2014. An ihre Stelle trat Herr Gentian Sulejmani.

**Finanzen** Im Berichtsjahr wurden Gebühren im Gesamtbetrag von 125'140 Franken (Berichtsperiode 2013: 122'100 Franken) gesprochen.

Im Rahmen der unentgeltlichen Rechtspflege gelangten in der Berichtsperiode Honorare von total 188'802 Franken (Berichtsperiode 2013: 146'317.70 Franken) zur Auszahlung.

### Erledigungsstatistik 2014

	Pendent per 1.1.2014	Eingänge 2014	Total hängig	Total Erledi- gungen 2014	Total Pendenzen per 31.12.2014
Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	2	11	13	7	6
Arbeitslosenversicherung (AL)	13	44	57	40	17
Berufliche Vorsorge (BV)	27	21	48	30	18
Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen (EL)	1	4	5	4	1
Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz, EO)	0	0	0	0	0
Familien- und Kinderzulagen (FZ)	1	5	6	4	2
Invalidenversicherung (IV)	91	202	293	198	95
Obligatorische Krankenversicherung; Prämienbeiträge (KV)	4	25	29	20	9
Militärversicherung (MV)	0	1	1	0	1
Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen (SG)	0	2	2	1	1
Obligatorische Unfallversicherung (UV)	25	75	100	64	36
Zusatzversicherung zur Krankenversicherung (ZV)	9	15	24	13	11
Keinem Rechtsgebiet zuordbare Fälle bei Falleingang (D)	0	1	1	1	0
<b>Total</b>	<b>173</b>	<b>406</b>	<b>579</b>	<b>382</b>	<b>197</b>

### Erledigungsstatistik 2014 Details Erledigungsarten

Gremium und Entscheidart	AHV	AL	BV	EL	EO	FZ	IV	KV	MV	SG	UV	ZV	D	Total
<b>Kammer</b>														
Gutheissung	0	1	6	0	0	1	39	3	0	0	8	3	0	61
Teilweise Gutheissung	0	3	2	0	0	0	7	0	0	0	5	1	0	18
Gutheissung mit Rückweisung zur ergänzenden Abklärung	0	0	0	1	0	0	28	1	0	0	4	0	0	34
Abweisung	3	10	10	1	0	1	68	6	0	0	30	4	0	133
Nichteintreten	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	2
<b>Einzelrichter/-in</b>														
Gutheissung	0	0	4	0	0	0	16	1	0	0	0	0	0	21
Teilweise Gutheissung	0	2	1	0	0	0	0	3	0	0	0	0	0	6
Gutheissung mit Rückweisung zur ergänzenden Abklärung	0	1	0	0	0	0	7	0	0	0	0	0	0	8

Gremium und Entscheidart	AHV	AL	BV	EL	EO	FZ	IV	KV	MV	SG	UV	ZV	D	Total
Abweisung	2	9	1	1	0	0	3	2	0	0	8	0	0	26
Abschreibung zufolge Vergleichs	0	1	1	0	0	0	2	1	0	0	0	4	0	9
Nichteintreten	2	5	2	0	0	2	19	1	0	0	2	0	0	33
Abschreibungen zufolge Wiedererwägung des angefochtenen Entscheides durch die Vorinstanz oder Rückzugs von Beschwerde/Klage	0	8	3	1	0	0	7	2	0	1	7	1	0	30
Sonstige Erledigungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
<b>Total</b>	<b>7</b>	<b>40</b>	<b>30</b>	<b>4</b>	<b>0</b>	<b>4</b>	<b>198</b>	<b>20</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>64</b>	<b>13</b>	<b>1</b>	<b>382</b>

## Jugendgericht und Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen

GER-115

**Jugendgericht** Das Jugendgericht ist erstinstanzliche kantonale Gerichtsbehörde für Personen, die zum Zeitpunkt der Begehung einer Straftat das 18. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben und deren Beurteilung nicht in die Kompetenz der Jugendanwaltschaft (JUGA) fällt. Es handelt sich um ein interdisziplinär zusammengesetztes Fachgericht, bestehend aus Fachleuten aus dem medizinischen, psychosozialen und pädagogischen Bereich. Zuständigkeit und Kompetenzen des Jugendgerichts ergeben sich aus den Bestimmungen der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (JStPO) und dem kantonalen Gesetz über die Einführung der JStPO vom 13. Oktober 2010 (EG JStPO).

**Fürsorgerische Unterbringung Rekurskommission (FU-Rekurskommission)** Die Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen (FU-Rekurskommission) ist eine unabhängige vom Regierungsrat gewählte Instanz. Sie entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde im Zusammenhang mit einer fürsorgerischen Unterbringung (Art. 450 und 450 e Zivilgesetzbuch (ZGB)) und gegen Entscheide der Medizinisch-pharmazeutischen Dienste oder der Einrichtung (Art. 439 ZGB). Die Entscheide der FU-Rekurskommission erfolgen jeweils in interdisziplinär zusammengesetzten Spruchkammern (Dreiergremium) und sind kantonal letztinstanzlich.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

### Jahresstatistik Jugendgericht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Durch das Jugend(straf)gericht beurteilte Personen/Sachentscheide	38	31	24	23	15	26
Durch das Jugendgericht behandelte Beschwerde gegen einen Vollzugsentscheid der Jugendanwaltschaft Präsidialentscheide			1	3		0
Präsidialentscheide	32	36	9	5	0	3
Mit Präsidialentscheid beurteilte Beschwerde gegen einen Vollzugsentscheid der Jugendanwaltschaft			1	0	2	0
Als Mitglied des Zwangsmassnahmegerichts beurteilte Personen			4	14	13	10
<b>Total</b>	<b>70</b>	<b>67</b>	<b>39</b>	<b>45</b>	<b>30</b>	<b>39</b>

Insgesamt wurden in 15 Verhandlungen (2013: 11) 17 Personen beurteilt (2013: 11), wobei in 3 Fällen einen ½ Tag, in 5 Fällen den ganzen Tag, in 2 Fällen 1½ Tage, in 4 Fällen 2 und in 1 Fall 3 Tage verhandelt wurde. Bei den Verurteilungen wurden insgesamt 9 unterschiedliche Sanktionen (2013: 5) ausgesprochen. 4 Personen wurden mit einem Freiheitsentzug sanktioniert (2013: 2), gegen 9 Personen wurden Schutzmassnahmen und Strafen (Dualismus) ausgesprochen (2013: 3) und in 3 Fällen wurde bei der Verhängung einer Schutzmassnahme von einer Strafe abgesehen (2013: 2). In 1 Fall wurde eine persönliche Betreuung in eine offene Unterbringung abgeändert. In 2 Fällen (2013: 1) wurde über die Honorarrechnung der Rechtsvertretung ein Kostenentscheid gefällt. 4 Mal wurde in der Verhandlung eine Sicherheitshaft angeordnet bzw. eine vorsorgliche Massnahme aufgehoben. In 2 Fällen wurde eine Ordnungsbusse verhängt.

In 1 Fall (Einsprache gegen einen Strafbefehl der Juga) wurde das Verfahren dahingestellt und der Strafbefehl der Juga bestätigt, weil der Beschwerdeführer unentschuldigt nicht zur Verhandlung erschienen ist. Eine 2. Beschwerde gegen einen Strafbefehl der Juga ist noch hängig.

Gegen einen Entscheid des Jugendgerichts wurde 2014 eine Berufung angekündigt, welche noch hängig ist. Ein Präsidialentscheid wurde, nach dem Entscheid des Appellationsgerichts, an das Bundesgericht weitergezogen. Der Entscheid des Bundesgerichts ist noch ausstehend.

Mitglieder des Jugendgerichtspräsidiums entschieden im Rahmen des Zwangsmassnahmegerichts in 9 Fällen (2013: 9) über die Anordnung einer Untersuchungshaft von insgesamt 6 Jugendlichen. Weitere Verfügungen im Zwangsmassnahmengericht erfolgten in einem Fall (2013: 4)

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-729.8	-728.3	-727.4	0.9	0.1	2.4	0.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-186.8	-310.1	-257.9	52.2	16.8	-71.1	-38.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-916.7</b>	<b>-1'038.4</b>	<b>-985.3</b>	<b>53.1</b>	<b>5.1</b>	<b>-68.7</b>	<b>-7.5</b>
42 Entgelte	3.0	20.4	27.7	7.3	35.5	24.6	>100.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>3.0</b>	<b>20.4</b>	<b>27.7</b>	<b>7.3</b>	<b>35.5</b>	<b>24.6</b>	<b>&gt;100.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-913.6</b>	<b>-1'018.0</b>	<b>-957.7</b>	<b>60.4</b>	<b>5.9</b>	<b>-44.1</b>	<b>-4.8</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-913.6</b>	<b>-1'018.0</b>	<b>-957.7</b>	<b>60.4</b>	<b>5.9</b>	<b>-44.1</b>	<b>-4.8</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-913.6</b>	<b>-1'018.0</b>	<b>-957.7</b>	<b>60.4</b>	<b>5.9</b>	<b>-44.1</b>	<b>-4.8</b>
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-913.6	-1'018.0	-957.7	60.4	5.9	-44.1	-4.8

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz				2.4	2.6

2014 wurden 14 Personen (2013: 9) von der Jugendanwaltschaft an das Jugendgericht zur Beurteilung angeklagt.

**Jahresstatistik Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringung****Beschwerden gegen Verfügungen der Medizinisch-pharmazeutischen Dienste und gegen Anordnungen der Universitären Psychiatrischen Kliniken**

Insgesamt sind 164 Beschwerden eingegangen. Über 121 Beschwerden wurden von den Spruchkammern in 74 Verhandlungen entschieden. Dabei wurden 103 abgewiesen (88 Entscheide betreffend fürsorgerische Unterbringungen, 15 betreffend Behandlung ohne Zustimmung), 6 wurden dahingestellt oder ausgestellt, 12 wurden gutgeheissen (9 Beschwerden gegen eine Anordnung einer fürsorgerischen Unterbringung, 3 betreffend einer Behandlung ohne Zustimmung). 43 Entscheide wurden mittels Präsidialentscheid gefällt.

7 Entscheide der FU-Rekurskommission wurden an das Bundesgericht weitergezogen. Davon wurden 4 abgewiesen soweit einzutreten war, auf 3 Entscheide wurde nicht eingetreten.

	2013	2014	Abw. 14/13	
			abs.	%
Abweisung einer Beschwerde gegen eine fürsorgerische Unterbringung (FU)	78	55	-23	-29.5
Abweisung einer Beschwerde gegen FU - Ansetzen einer kürzeren Frist	4	6	2	50.0
Abweisung einer Beschwerde gegen Nichtentlassung	6	2	-4	-66.7
Abweisung einer Beschwerde gegen eine Behandlung ohne Zustimmung	15	21	6	40.0
Dahinstellen wegen Übertritt in einen freiwilligen Aufenthalt	1	0	-1	-100.0
Dahinstellen wegen Rückzugs der Beschwerde	4	1	-3	-75.0
Ausgestelltes Verfahren	1	3	2	200.0
Gutheissen einer Beschwerde gegen eine FU	9	7	-2	-22.2
Gutheissen eine Beschwerde gegen eine Behandlung ohne Zustimmung	3	1	-2	-66.7
<b>Total Spruchkammerentscheide</b>	<b>121</b>	<b>99</b>	<b>-22</b>	<b>-18.2</b>
Dahinstellen wegen Entlassung/Verlegung	16	4	-12	-75.0
Dahinstellen wegen Rückzugs der Beschwerde	26	44	18	69.2
Nichteintreten wegen Nichtentlassung	1	6	5	500.0
<b>Total Präsidialentscheide</b>	<b>43</b>	<b>54</b>	<b>11</b>	<b>25.6</b>

### Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

Die Beschwerden gegen KESB-Entscheide haben stark zugenommen, was aufgrund des Aktenumfanges zu einer erheblichen Mehrbelastung der Mitglieder der Spruchkammer und der Gutachter bedeutete. Ebenso zeigte sich in diesen Fällen, dass die gesetzliche Frist der Behandlung von „in der Regel 5 Arbeitstagen“ (Art. 450e Abs.5 ZGB) realistischlicherweise nicht eingehalten werden kann.

Von den insgesamt 22 eingegangenen Beschwerden (2013: 7) wurden 2 gutgeheissen und 1 Beschwerde wurde aufgrund anderer rechtlicher Beurteilung in der Hauptsache abgelehnt, die Beschwerde aber teilweise gutgeheissen.

Am 31.12.2014 waren 2 Beschwerden noch hängig. Ein Entscheid der FU-Rekurskommission wurde an das Bundesgericht weitergezogen, wo der Fall noch hängig ist.

	2013	2014	Abw. 14/13		1
			abs.	%	
Abweisung der Beschwerde	4	13	9	225.0	
Abweisung der Beschwerde in der Hauptsache/Gutheissung betr. Unterbringungsort	2	1	-1	-50.0	1
Gutheissen der Beschwerde	2	2	0	0.0	
<b>Total Spruchkammerentscheide</b>	<b>8</b>	<b>16</b>	<b>8</b>	<b>100.0</b>	
Als Gegenstandslos abgeschrieben	0	4	4	n.a	
Sistierung. Fall zurück an KESB zur Wiedererwägung	0	1	1	n.a	
Rückzug der Beschwerde	1	1	0	0.0	
<b>Total Präsidialentscheide</b>	<b>1</b>	<b>6</b>	<b>5</b>	<b>500.0</b>	

### Kommentar

1 Je ein Fall am 1. Januar 2013 zuständigkeitshalber vom Verwaltungsgericht übernommen.

### Verhandlungen

Die Entscheide der Spruchkammern der FU-Rekurskommission wurden wie im Vorjahr in insgesamt 74 halbtägigen Sitzungen gefällt.

## 4.2.9 Behörden und Parlament

PARL-402	Finanzkontrolle	375
PARL-410	Ombudsstelle	377
PARL-410	Grosser Rat und Parlamentsdienst	380
PARL-410	Datenschutzbeauftragter	382

### Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7.0	-8.5	-7.6	0.9	10.2	-0.7	-9.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2.4	-2.0	-2.0	0.1	3.7	0.4	18.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-9.4</b>	<b>-10.6</b>	<b>-9.6</b>	<b>0.9</b>	<b>8.9</b>	<b>-0.2</b>	<b>-2.4</b>
42 Entgelte	0.0	0.0	0.0	0.0	41.8	-0.0	-7.2
<b>Betriebsertrag</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>41.8</b>	<b>-0.0</b>	<b>-7.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-9.3</b>	<b>-10.5</b>	<b>-9.6</b>	<b>1.0</b>	<b>9.1</b>	<b>-0.2</b>	<b>-2.5</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-9.3</b>	<b>-10.5</b>	<b>-9.6</b>	<b>1.0</b>	<b>9.1</b>	<b>-0.2</b>	<b>-2.5</b>
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-1.3	0.0	0.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-1.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-9.3</b>	<b>-10.5</b>	<b>-9.6</b>	<b>1.0</b>	<b>9.1</b>	<b>-0.2</b>	<b>-2.5</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-7.6	-8.6	-7.5	1.1	13.3	0.2	2.4
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-1.7	-1.9	-2.1	-0.2	-9.7	-0.4	-24.6

## Finanzkontrolle

PARL-402

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons. Sie ist fachlich unabhängig und selbständig und in ihrer Prüfungstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet.

Die Finanzkontrolle unterstützt einerseits den Grossen Rat bei der Ausübung der Oberaufsicht über Verwaltung und Rechtspflege und andererseits den Regierungsrat, das Appellationsgericht und die selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten bei der Ausübung der Dienstaufsicht über die Verwaltungen.

Die Finanzkontrolle führt ihre Tätigkeit nach den Bestimmungen des Finanz- und Verwaltungskontrollgesetzes (FVKG) vom 17. September 2003 und nach anerkannten Prüfungsgrundsätzen durch. Ihre Aufgaben gehen über jene der privatrechtlichen Revisionsstellen hinaus.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Finanzkontrolle ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushaltes. Besonders zu erwähnen sind die Prüfung der Staatsrechnung, der konsolidierten Rechnung, der separaten Rechnungen der Dienststellen sowie der Anstalten und Betriebe des Kantons. Weitere Aufgaben der Finanzkontrolle betreffen die Prüfung der internen Kontrollsysteme, die Vornahme von Systemprüfungen, Projektprüfungen sowie Prüfungen der Leistungen und der Wirksamkeit. Zudem werden Prüfungen im Auftrag des Bundes oder bei im öffentlichen Interesse stehenden Organisationen durchgeführt.

Die Finanzkontrolle erstattet der Finanzkommission, der Geschäftsprüfungskommission, dem Regierungsrat sowie dem Appellationsgericht jährlich einen Tätigkeitsbericht, in dem sie über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Prüftätigkeit sowie über wichtige Feststellungen und Beurteilungen informiert.



**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'757.2	-3'071.2	-2'596.9	474.3	15.4	160.3	5.8 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-494.8	-521.1	-390.0	131.1	25.2	104.8	21.2 <sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-3'251.9</b>	<b>-3'592.3</b>	<b>-2'986.9</b>	<b>605.4</b>	<b>16.9</b>	<b>265.1</b>	<b>8.2</b>
42 Entgelte	30.7	22.0	31.5	9.5	43.4	0.9	2.8
<b>Betriebsertrag</b>	<b>30.7</b>	<b>22.0</b>	<b>31.5</b>	<b>9.5</b>	<b>43.4</b>	<b>0.9</b>	<b>2.8</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-3'221.3</b>	<b>-3'570.3</b>	<b>-2'955.3</b>	<b>615.0</b>	<b>17.2</b>	<b>265.9</b>	<b>8.3</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-3'221.3</b>	<b>-3'570.3</b>	<b>-2'955.3</b>	<b>615.0</b>	<b>17.2</b>	<b>265.9</b>	<b>8.3</b>
44 Finanzertrag	2.7	2.7	2.7	-0.0	-1.3	0.0	0.0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>2.7</b>	<b>2.7</b>	<b>2.7</b>	<b>-0.0</b>	<b>-1.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-3'218.6</b>	<b>-3'567.6</b>	<b>-2'952.7</b>	<b>614.9</b>	<b>17.2</b>	<b>265.9</b>	<b>8.3</b>
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-3'218.6	-3'567.6	-2'952.7	614.9	17.2	265.9	8.3

**Kommentar**

- 1 Der Personalaufwand ist weitgehend aufgrund der budgetierten, jedoch vakanten Stelle, des neu angestellten jüngeren Mitarbeiters, einer Arbeitszeitreduktion sowie einer tieferen Ferien- und Überstundenabgrenzung unter dem Budget 2014.
- 2 Der Sachaufwand ist weitgehend aufgrund weniger bezogener Dienstleistungen von Dritten sowie der tieferen internen Verrechnung von IT-Dienstleistungen des ZID unter dem Budget 2014.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	13.9	13.9	13.9	13.1	13.7

## Ombudsstelle

PARL-410

Die Aufgaben und Ziele der Ombudsstelle sind im Ombudsgesetz festgehalten: die Verbesserung der verfassungs- und gesetzmässigen Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner, die Verstärkung der parlamentarischen Verwaltungskontrolle, die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen dem Einzelnen und der Verwaltung, der Schutz der Verwaltung vor ungerechtfertigten Vorwürfen sowie die Berichterstattung an den Grossen Rat.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Seit Oktober 2013 ist die Ombudsstelle gemäss Verordnung betreffend Meldung von Missständen (Whistleblowing-Verordnung) zuständige Anlaufstelle für Whistleblowing. Konkret bedeutet dies, dass Mitarbeitende des Kantons Basel-Stadt berechtigt sind, Missstände an ihrem Arbeitsplatz der kantonalen Ombudsstelle zu melden, ohne damit einen Verstoss gegen die Schweigepflicht und eine Verletzung des Amtsgeheimnisses zu begehen. 2014 haben sich bereits sieben Whistleblower gemeldet. Die Ombudsstelle ist auf alle Anliegen eingetreten und bei einer Mehrheit konnte zur Aufklärung von Missständen beigetragen werden.

Der Ombudsstelle ist es ein grosses Anliegen sicherzustellen, dass Mitarbeitende keine Benachteiligungen im Anstellungsverhältnis erleiden, wenn sie einen Missstand melden. Erste Erfahrungen bei der Anwendung der entsprechenden Rechtsgrundlagen haben der Ombudsstelle gezeigt, dass hier noch Handlungsbedarf besteht. Zwar ist in der „Verordnung betreffend Meldung von Missständen“ klar festgelegt, dass Mitarbeitende aufgrund von zulässigen Meldungen im Anstellungsverhältnis nicht benachteiligt werden dürfen: Mitarbeitende, die aufgrund einer zulässigen Meldung von einer Benachteiligung betroffen sind, können bei der Anstellungsbehörde deren Beseitigung beantragen. Dies kann aber nach Einschätzung der Ombudsstelle in jenen Fällen zu Problemen führen, in denen das Whistleblowing die Anstellungsbehörde selbst betrifft. In solch einer Situation braucht es ergänzende Schutzbestimmungen, um sicherzustellen, dass der Whistleblower die nötige Hilfe erhält und seine Anonymität gewahrt bleibt.

Aus Sicht der Ombudsstelle sind folgende Massnahmen denkbar: Der Whistleblower kann ein Coaching in Anspruch nehmen, beispielsweise in Fällen, in denen er „diffusen Repressionen“ am Arbeitsplatz ausgesetzt ist und nicht mehr weiss, wie er sich der Anstellungsbehörde gegenüber verhalten soll. Möglich sollte auch die Vermittlung einer juristischen Begleitung/Vertretung sein, wenn personalrechtliche Handlungen oder Verfahren gegen Betroffene eingeleitet werden, die ihre Ursache in der Meldung eines Missstands haben. Diese Vorschläge liegen dem Regierungsrat zur Prüfung vor.

### Statistisches zur Arbeit der Ombudsstelle

Seit sechs Jahren bewegt sich die Zahl der neu eröffneten Dossiers im Rahmen von jeweils etwa 500. Diese Konstanz erstaunt doch eher, da wir keinen Einfluss auf die Eröffnung neuer Dossiers nehmen können und die Differenz sich um lediglich rund +/- 20 Fälle bewegt. Daran hat sich auch nichts geändert, seit die Ombudsstelle nicht mehr im Job-Sharing von einem Mann und einer Frau geleitet wird.

Im Jahr 2014 wurden 503 neue Dossiers eröffnet (2013: 522). Mit den telefonischen und schriftlichen Anfragen und den Dossiers aus den Vorjahren wurden total 666 Anfragen bearbeitet. Diese Zahl liegt leicht über der Vorjahrzahl (657). Die Anzahl eröffneter Dossier ging leicht zurück, die Anzahl telefonisch und schriftlich bearbeiteter Anfragen hat sich demgegenüber erhöht.

Wir unterteilen unsere Tätigkeit grundsätzlich in drei Bereiche: Überprüfen der Verwaltungstätigkeit, Vermitteln zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung sowie Beraten von Personen im Hinblick auf ihre Rechte und Pflichten gegenüber der Verwaltung. Zwischen diesen drei Bereichen gibt es jedes Jahr Verschiebungen. So hat sich die Arbeit im Bereich „Überprüfen der Verwaltungstätigkeit“ in den letzten drei Jahren doch erheblich vergrössert: Überprüften wir 2012 noch in 22% aller Fälle die Verwaltungstätigkeit, so war das Überprüfen der Verwaltungstätigkeit 2014 in 33% aller Fälle das Anliegen der uns aufsuchenden Personen. Interessant ist, dass wir bei der Überprüfung der Verwaltungstätigkeit immer öfter feststellen, dass die Verwaltungstätigkeit korrekt ist (2012 in 66% der überprüften Fälle, 2014 in 80% der Fälle). Dies könnte den Schluss zulassen, dass die Kluft zwischen

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-623.8	-669.0	-1'026.1	-357.1	-53.4	-402.3	-64.5 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-121.1	-158.1	-103.1	55.0	34.8	18.1	14.9
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-744.9</b>	<b>-827.0</b>	<b>-1'129.1</b>	<b>-302.1</b>	<b>-36.5</b>	<b>-384.2</b>	<b>-51.6</b>
42 Entgelte	1.7	0.0	1.6	1.6	n.a.	-0.1	-4.4
<b>Betriebsertrag</b>	<b>1.7</b>	<b>0.0</b>	<b>1.6</b>	<b>1.6</b>	<b>n.a.</b>	<b>-0.1</b>	<b>-4.4</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-743.2</b>	<b>-827.0</b>	<b>-1'127.5</b>	<b>-300.5</b>	<b>-36.3</b>	<b>-384.3</b>	<b>-51.7</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-743.2</b>	<b>-827.0</b>	<b>-1'127.5</b>	<b>-300.5</b>	<b>-36.3</b>	<b>-384.3</b>	<b>-51.7</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-743.2</b>	<b>-827.0</b>	<b>-1'127.5</b>	<b>-300.5</b>	<b>-36.3</b>	<b>-384.3</b>	<b>-51.7</b>
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-743.2	-827.0	-1'127.5	-300.5	-36.3	-384.3	-51.7

**Kommentar**

1 Die negative Abweichung ist auf die einmalige Bildung von Rückstellungen des Ruhegehalts für Magistratspersonen zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	2.5	2.5	2.7	2.7	3.7
Neue Dossiers	Anz	524	529	526	522	503
Dossiers aus den Vorjahren	Anz	47	71	32	44	24
Telefonisch bearbeitete Anfragen	Anz	66	76	81	62	36
Per Mail oder Brief eingegangene Anfragen	Anz	33	44	45	29	103
Weiterverweisungen	Anz	203	202	234	192	273

dem Rechtsempfinden der Bevölkerung und den rechtlichen Grundlagen behördlicher Entscheidungen grösser wird.

Bei unserer Vermittlungstätigkeit (11% unserer Arbeit) waren wir bei 93% der Dossiers ganz oder teilweise erfolgreich. Nur bei 7% der Fälle blieb unsere Vermittlungstätigkeit erfolglos.

Die Beratung von Personen über ihre Rechte und Pflichten hat gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen, um 5% auf 46%, wobei diese Beratungen unsere Arbeitszeit nach wie vor am meisten beanspruchen. Darunter fallen auch die Beratungen von Angestellten des Kantons in personalrechtlicher Hinsicht, denn Personen, die öffentlich-rechtlich angestellt sind, können sich nicht an die Beratungsstelle des Amtes für Wirtschaft und Arbeit wenden, da diese nur Personen in privatrechtlichen Arbeitsverhältnissen berät. Die von uns behandelten personalrechtlichen Belange können meistens in einer einmaligen Beratung geklärt werden.

Bei 8% (2013: 6%) unserer Arbeit war die Ausgangslage so komplex, dass wir in verschiedenster Hinsicht aktiv wurden: Wir haben überprüft, vermittelt und beraten. Prozentual hat sich die Arbeit an solchen Fällen verdoppelt, in denen wir mehr als 50 Interventionen (Kontakte, Telefongespräche, Mails etc.) unternehmen mussten, um zu einem Abschluss zu gelangen. Dies war bei der Arbeit spürbar.

In Bezug auf die Verteilung der Beschwerden auf die verschiedenen Departemente haben sich wenige Veränderungen ergeben. Erwähnenswert sind allerdings die um 6% auf 31% aller Dossiers angewachsenen Beschwerden gegen das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Im gleichen Ausmass haben die Beschwerden über andere öffentlich-rechtliche Institutionen abgenommen, und zwar um 6% auf 15%. Leicht abgenommen haben die Zahlen im Justiz- und Sicherheitsdepartement, nämlich um 3% auf 17%. Die übrige Verteilung bleibt seit Jahren ungefähr gleich. Im Bereich „andere öffentlich-rechtliche Institutionen“ sind vor allem die Basler Verkehrsbetriebe (BVB), das Betriebsamt, das Universitätsspital, das Erbschaftsamt und die Universitäre Psychiatrische Klinik erwähnenswert, da mehrfach betroffen.

Es ist uns wichtig, die Wartezeit bis zum ersten persönlichen Gespräch möglichst kurz zu halten. Das Erstgespräch soll in der Regel innert einer Arbeitswoche stattfinden. Seit Jahren gelingt es uns in 80 bis 90% der Fälle, den Hilfesuchenden einen Vorsprachetermin innert zehn Tagen zu geben. Dies wird ausserordentlich geschätzt.

Seit Jahren kommen jedes Jahr auch ungefähr gleich viele Frauen wie Männer, und zwischen 70 und 80% der uns aufsuchenden Personen sind zwischen 30 und 60 Jahre alt. Die jüngste Person war eine 14-jährige Schülerin, die älteste eine 89-jährige Frau.

Erwähnenswert erscheint uns auch, dass noch nie in den letzten neun Jahren so viele Personen (273) sich mit einem „falschen“ Anliegen an die Ombudsstelle gewandt haben, sodass wir sie weiterverweisen mussten. Es ist uns ein grosses Anliegen, diese Personen an die richtige Stelle weiterverweisen zu können, was manchmal nur mit weiteren Abklärungen unsererseits möglich ist. Mit Erstaunen stellen wir auch immer wieder fest, wie viele Personen (61) sich die Mühe machen, mit uns zu telefonieren, ihr Problem zu schildern, einen Termin zu vereinbaren, und dann ohne Abmeldung nicht erscheinen.

### Dank

Wiederum wurden die Dienste der Ombudsstelle von der Bevölkerung rege in Anspruch genommen. Wir danken für das uns entgegengebrachte Vertrauen ganz herzlich. Es wird ausserordentlich geschätzt, dass die Anmeldung unkompliziert erfolgen kann und in 89% aller Fälle ein Termin innert 10 Tagen angeboten werden kann. Wir danken auch für das Verständnis, dass die Abklärungen manchmal etwas länger dauern, weil wir in der Arbeit Prioritäten setzen müssen.

Durch die vielen Jahre des auf gegenseitigem Respekt basierenden Kontakts mit der Verwaltung können viele Anliegen, Fragen und Abklärungen unkompliziert und schnell erledigt werden. Dies wissen wir ausserordentlich zu schätzen und bedanken uns herzlich dafür.

Das Parlament hat uns auch im vergangenen Jahr verschiedene Möglichkeiten geboten um den Kontakt zu den Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu pflegen. Dadurch ergeben sich wertvolle Begegnungen und spannende Diskussionen, die wir nicht missen möchten. Danke.

Ohne die ausgezeichnete Unterstützung unserer juristischen Mitarbeiterin, Helen Eschenmoser, unseren Mitarbeiterinnen im Sekretariat, Marianne Röthlisberger (bis 30.9.14), Colette Gisel (ab 1.10.14) und Jacqueline Zeuggin, und unserer Volontäre Aziz Cengiz, Ivana Milutinovic und Ebru Karaagac, wäre es uns nicht möglich den grossen Arbeitsaufwand zu leisten. Vielen herzlichen Dank.

Beatrice Inglin-Buomberger  
Ombudsfrau

## Grosser Rat und Parlamentsdienst

PARL-410

Der Parlamentsdienst ist zuständig für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für den Grossen Rat und die Gewährleistung der Grundfunktionalität des Parlamentes; die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Ratsmitglieder und Verbesserung der Wirkung des Parlamentes nach aussen; Stärkung des Parlamentes gegenüber den anderen Staatsgewalten; Entlastung der Mitglieder und Organe des Parlamentes von administrativen und im weiteren Sinne „unpolitischen“ Aufgaben.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Neben der Abwicklung der Standardprozesse wurden im Jahr 2014 folgende Projekte und Tätigkeiten umgesetzt:

#### Parlamentsdienst

- **Relaunch des Internetauftritts des Grossen Rates** ([www.grosserrat.bs.ch](http://www.grosserrat.bs.ch))  
Der Relaunch 2015 brachte neben einem Ausbau des allgemeinen Informationsteils zum Parlament (Schauplatz) mit aktuellen und historischen Themen (Parlamentsgeschichte) auch eine markante Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit und des optischen Auftritts.
- **Forum der Parlamentsdienste**  
Die jährlich von einem kantonalen oder städtischen Parlamentsdienst ausgetragene Informationsveranstaltung für Mitarbeitende von Parlamentsverwaltungen fand am 13. Juni 2014 in Basel statt. Themen waren das papierlose Parlament und die Weiterbildungsangebote für Mitarbeitende von Parlamentsverwaltungen.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'785.4	-3'920.3	-3'177.6	742.7	18.9	-392.2	-14.1 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'642.2	-1'115.7	-1'329.1	-213.4	-19.1	313.1	19.1 <sup>1</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-4'427.6</b>	<b>-5'036.0</b>	<b>-4'506.7</b>	<b>529.3</b>	<b>10.5</b>	<b>-79.1</b>	<b>-1.8</b>
42 Entgelte	7.5	8.3	7.7	-0.6	-7.1	0.2	2.8
<b>Betriebsertrag</b>	<b>7.5</b>	<b>8.3</b>	<b>7.7</b>	<b>-0.6</b>	<b>-7.1</b>	<b>0.2</b>	<b>2.8</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-4'420.1</b>	<b>-5'027.7</b>	<b>-4'499.0</b>	<b>528.7</b>	<b>10.5</b>	<b>-78.9</b>	<b>-1.8</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-4'420.1</b>	<b>-5'027.7</b>	<b>-4'499.0</b>	<b>528.7</b>	<b>10.5</b>	<b>-78.9</b>	<b>-1.8</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-4'420.1</b>	<b>-5'027.7</b>	<b>-4'499.0</b>	<b>528.7</b>	<b>10.5</b>	<b>-78.9</b>	<b>-1.8</b>
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-4'420.1	-5'027.7	-4'499.0	528.7	10.5	-78.9	-1.8

**Kommentar**

1 Durch die Umstellung auf das Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM2) im Jahre 2013, werden die nicht AHV-pflichtigen Entschädigungen neu im FDK 31 statt wie bisher im FDK 30 verbucht.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.9	7.9	7.9	8.2	8.9 <sup>1</sup>
Halbtagesitzungen Plenum	Anz	46	45	35	41	34
Kommissionssitzungen	Anz	418	407	396	422	467
Verabschiedete Sachgeschäfte	Anz	134	119	101	115	100
Eingereichte parl. Vorstösse	Anz	315	278	311	395	592

**Kommentar**

1 Die Zahlen sind für eine Amtsdauer erhoben, welche vom 1.2. bis 31.1. dauert.

## Datenschutzbeauftragter

PARL-410

Der vom Grossen Rat gewählte und organisatorisch dem Büro des Grossen Rates zugeordnete Datenschutzbeauftragte hat die völlig unabhängige Aufsicht über den Umgang mit Informationen und insb. das Bearbeiten von Personendaten durch öffentliche Organe des Kantons entsprechend den Anforderungen des internationalen, nationalen und kantonalen Rechts zu gewährleisten. Zuständig ist er umfassend für alle öffentlichen Organe von Kanton und Gemeinden im Sinne des Informations- und Datenschutzgesetzes (die Verwaltungsstellen des Kantons Basel-Stadt und aller Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden, inkl. den unselbständigen und selbständigen Körperschaften und Anstalten des kantonalen oder kommunalen Rechts, sowie der Privaten, soweit ihnen von Kanton oder Gemeinden die Erfüllung öffentlicher Aufgaben übertragen ist).

Er hat im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:

- Beratung der öffentlichen Organe von Kanton und allen Gemeinden im Bereich Datenschutz (inkl. Informationssicherheit) und Öffentlichkeitsprinzip;
- Kontrolle der Anwendung der Bestimmungen über den Umgang mit Informationen nach einem autonom aufzustellenden Prüfprogramm (Datenschutz-Audits);
- Vorabkontrolle von Projekten zur Bearbeitung von Personendaten, insb. bei IT-Projekten, beim Erlass und der Verlängerung von Videoüberwachungsreglementen und bei der Einräumung von Online-Zugriffen auf Personendaten eines anderen öffentlichen Organs;
- selbständige Wahrnehmung der datenschutzrechtlichen Einwirkungsbefugnisse (Empfehlung, Weisung);
- Beratung der von behördlichen Datenbearbeitungen betroffenen Personen über ihre Rechte;
- Vermittlung zwischen betroffenen Personen und öffentlichen Organen;
- permanente Beobachtung der aktuellen nationalen und internationalen Situation im Bereich Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip und Ergreifen/Initiiieren der notwendigen Massnahmen;
- Stellungnahme zu erlassen, die für den Umgang mit Informationen oder den Datenschutz relevant sind;
- Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der politischen Organe und der öffentlichen Organe;
- Zusammenarbeit mit den Organen der anderen Kantone, des Bundes und des Auslandes, welche die gleichen Aufgaben erfüllen;
- Berichterstattung.

## Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Zahl der abgeschlossenen Datenschutz-Audits (inklusive sog. Querschnittskontrollen) konnte gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden.

Die Beratungstätigkeit wurde unvermindert stark in Anspruch genommen; die Zahl der neu eröffneten Geschäftsfälle war geringfügig niedriger als im Vorjahr. Hingegen stieg der Anteil komplexer und damit ressourcenintensiver Beratungen (insbesondere Vorabkontrollen) weiter.

Die Zahl der Schulungen für öffentliche Organe hat sich auf dem bisherigen Niveau eingependelt. Hinzu kommen noch anderthalb mal so viele Referate und Weiterbildungsbeiträge, die dem gleichen Zweck dienen.

Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im separaten Tätigkeitsbericht (§50 IDG).

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-823.3	-858.0	-849.2	8.7	1.0	-26.0	-3.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-137.5	-243.5	-141.4	102.1	41.9	-3.8	-2.8 <sup>1</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-960.8</b>	<b>-1'101.5</b>	<b>-990.6</b>	<b>110.8</b>	<b>10.1</b>	<b>-29.8</b>	<b>-3.1</b>
42 Entgelte	6.4	0.0	2.1	2.1	n.a.	-4.3	-67.5
<b>Betriebsertrag</b>	<b>6.4</b>	<b>0.0</b>	<b>2.1</b>	<b>2.1</b>	<b>n.a.</b>	<b>-4.3</b>	<b>-67.5</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-954.4</b>	<b>-1'101.5</b>	<b>-988.5</b>	<b>112.9</b>	<b>10.3</b>	<b>-34.1</b>	<b>-3.6</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-954.4</b>	<b>-1'101.5</b>	<b>-988.5</b>	<b>112.9</b>	<b>10.3</b>	<b>-34.1</b>	<b>-3.6</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-954.4</b>	<b>-1'101.5</b>	<b>-988.5</b>	<b>112.9</b>	<b>10.3</b>	<b>-34.1</b>	<b>-3.6</b>
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-954.4	-1'101.5	-988.5	112.9	10.3	-34.1	-3.6

**Kommentar**

- 1 Weniger Ausgaben im Bereich der externen Beratungs- und IT-Dienstleistungen (Durchführung von Datenschutz-Audits mit eigenen Mitarbeitenden, ohne externe Unterstützung, nur teilweise Durchführung eines Audits im Jahr 2014, Fortsetzung im Jahr 2015) und tiefere Publikationskosten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.1	4.3	4.7	4.8	4.4
Geschäftsfälle	Anz		341	366	403	400
Komplexe Beratungen (gemessen an der Anzahl Beratungen)	%		7	9	11	15
Abgeschlossene Datenschutz-Audits	Anz		2	2	4	5
Durchgeführte Schulungen für öffentliche Organe	Anz		12	11	7	6
Innert 14 Tagen abgeschlossene nicht komplexe Beratungen	%		61	50	54	58



## 4.2.10 Regierungsrat und Übriges

### Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	22.9	-16.4	-9.5	7.0	42.4	-32.4	<-100.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-71.5	-64.1	-82.3	-18.2	-28.4	-10.9	-15.2
36 Transferaufwand	-0.9	-0.9	-0.8	0.0	0.2	0.0	4.5
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-49.5</b>	<b>-81.4</b>	<b>-92.6</b>	<b>-11.2</b>	<b>-13.8</b>	<b>-43.2</b>	<b>-87.3</b>
42 Entgelte	107.8	108.6	111.2	2.6	2.4	3.5	3.2
43 Verschiedene Erträge	11.3	0.0	26.2	26.2	n.a.	14.9	>100.0
46 Transferertrag	7.7	8.0	7.7	-0.3	-3.6	0.0	0.2
<b>Betriebsertrag</b>	<b>126.7</b>	<b>116.6</b>	<b>145.1</b>	<b>28.6</b>	<b>24.5</b>	<b>18.4</b>	<b>14.5</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>77.3</b>	<b>35.1</b>	<b>52.5</b>	<b>17.4</b>	<b>49.4</b>	<b>-24.8</b>	<b>-32.1</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-94.1	-55.0	-91.0	-36.0	-65.5	3.1	3.3
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.0	-1.0	-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	4.8	2.1	4.3	2.3	>100.0	-0.5	-10.5
<b>Abschreibungen</b>	<b>-90.3</b>	<b>-53.9</b>	<b>-87.7</b>	<b>-33.8</b>	<b>-62.6</b>	<b>2.6</b>	<b>2.9</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-13.0</b>	<b>-18.8</b>	<b>-35.2</b>	<b>-16.4</b>	<b>-87.3</b>	<b>-22.2</b>	<b>&lt;-100.0</b>
34 Finanzaufwand	-6.3	-6.0	-6.2	-0.2	-2.9	0.2	2.6
44 Finanzertrag	58.2	58.6	58.3	-0.3	-0.5	0.2	0.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>51.8</b>	<b>52.6</b>	<b>52.2</b>	<b>-0.5</b>	<b>-0.9</b>	<b>0.3</b>	<b>0.7</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>38.8</b>	<b>33.8</b>	<b>17.0</b>	<b>-16.9</b>	<b>-49.9</b>	<b>-21.9</b>	<b>-56.3</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	75.9	34.8	48.1	13.3	38.1	-27.8	-36.6
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-6.6	0.0	-2.2	-2.2	n.a.	4.4	66.8
2 Bildung	-16.7	0.0	-18.3	-18.3	n.a.	-1.5	-9.1
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-9.2	0.0	-7.5	-7.5	n.a.	1.7	18.8
4 Gesundheit	-1.1	0.0	-0.5	-0.5	n.a.	0.6	53.5
5 Soziale Sicherheit	-0.2	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	0.2	78.5
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-0.9	0.0	-0.7	-0.7	n.a.	0.2	19.1
7 Umweltschutz und Raumordnung	-1.4	0.0	-0.3	-0.3	n.a.	1.1	77.6
8 Volkswirtschaft	-1.3	-1.0	-1.6	-0.6	-64.7	-0.3	-25.9
9 Finanzen und Steuern	0.3	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.3	-100.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-145.3	-155.0	-191.3	-36.3	-23.4	-46.0	-31.6
Einnahmen Grossinvestitionen	7.6	0.0	1.7	1.7	n.a.	-6.0	-78.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	12.6	0.0	25.6	25.6	n.a.	13.0	>100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-125.0</b>	<b>-155.0</b>	<b>-164.0</b>	<b>-9.0</b>	<b>-5.8</b>	<b>-38.9</b>	<b>-31.1</b>
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	52.6	0.0	55.3	55.3	n.a.	2.7	5.2
<b>Veränderungen Darlehen, Beteiligungen</b>	<b>52.6</b>	<b>0.0</b>	<b>55.3</b>	<b>55.3</b>	<b>n.a.</b>	<b>2.7</b>	<b>5.2</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-72.5</b>	<b>-155.0</b>	<b>-108.7</b>	<b>46.3</b>	<b>29.9</b>	<b>-36.2</b>	<b>-49.9</b>

## Regierungsrat

RR-416

Zum Wohl des Kantons Basel-Stadt, seiner Bewohnerschaft und Wirtschaft und zur Prosperität der in- und ausländischen Region verfolgt der Regierungsrat eine politische Strategie der regionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer Metropolitanregion mit Basel als attraktivem, urbanem Zentrum.

### Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

**Kritik an der Urne** Die Politik des Regierungsrates fand nicht durchwegs Zustimmung: Die Stimmberechtigten haben zwar die Quotenregelung für die Besetzung von Verwaltungsratssitzen, das Ausländerwahlrecht für die Ständeratswahlen und die Ablehnung der Volksinitiative „Grossbasler Rheinuferweg jetzt!“ gemäss Antrag des Regierungsrates beschlossen, aber die drei städtebaulich wegweisenden Vorlagen „Stadtrandentwicklung Ost“, „Stadtrandentwicklung Süd“ und das „Erlenmatt-Tram“ fielen in der Referendumsabstimmung durch.

Die Nachanalyse zur Abstimmung „Stadtrandentwicklung Ost“ vom 28. September 2014 zeigt nun, dass das knappe Nein (Nein: 50,8%; Ja: 49,2%) von vielen Befürchtungen geprägt war, die sich weder auf ein politisch breites Spektrum noch auf eine spezifische Bevölkerungsschicht übertragen lässt. Rund 72 Prozent der Befragten sind jedoch der Meinung, dass die Behörden zu gegebener Zeit noch einmal über die „Stadtrandentwicklung Ost“ nachdenken sollten.

**Fusion mit dem Nachbarkanton** Im September haben sich knapp 55 Prozent der Stimmberechtigten für eine Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung eines fusionierten Kantons Basel ausgesprochen. Da der Nachbarkanton jedoch in allen Gemeinden die Initiative zur Einsetzung eines gemeinsamen Verfassungsrates ablehnte, und dies obwohl ihm in den parlamentarischen Beratungen durch einen Gegenvorschlag eine Mehrheit der Sitze im Verfassungsrat eingeräumt worden war, ist die Frage einer Fusion der beiden Halbkantone aufs Neue negativ beantwortet worden. Das Resultat erledigt aber nicht automatisch die Anliegen der eng verflochtenen Bevölkerung der Region: Gerade in den Bereichen der Raumplanung, der Gesundheitsversorgung und der Bildung müssen Lösungen erarbeitet werden, die für beide Kantone nicht nur finanzierbar sind, sondern auch zukunftsweisend für die Bevölkerungsinteressen.

**Basel und die OSZE** Im Dezember fand die Ministerratskonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unter dem Vorsitz der Schweiz in Basel statt. Der Regierungsrat hatte sich schon vor zwei Jahren beim Bundesrat für einen Entschied zugunsten Basels als Austragungsort eingesetzt, der Grosse Rat genehmigte die dafür eingesetzten drei Millionen Franken mit grosser Mehrheit. Die beiden Ziele, sich beim Bund auch im Bereich von politischen Grossveranstaltungen als verlässlicher Partner zu etablieren und die Konferenz mit über sechzig Aussenministern sicher durchzuführen, konnten erreicht werden. Der im Voraus unterschätzte personelle Aufwand in der kantonalen Verwaltung wird bei kommenden Anfragen in die Beurteilung einfließen müssen.

**Finanzen**

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'165.2	-2'834.0	-4'404.0	-1'570.0	-55.4	-1'238.8	-39.1 <sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-6.0	-22.3	-14.3	8.0	35.9	-8.3	<-100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-3'171.2</b>	<b>-2'856.2</b>	<b>-4'418.3</b>	<b>-1'562.0</b>	<b>-54.7</b>	<b>-1'247.1</b>	<b>-39.3</b>
42 Entgelte	2.6	3.0	2.6	-0.4	-14.9	-0.0	-1.2
<b>Betriebsertrag</b>	<b>2.6</b>	<b>3.0</b>	<b>2.6</b>	<b>-0.4</b>	<b>-14.9</b>	<b>-0.0</b>	<b>-1.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-3'168.6</b>	<b>-2'853.2</b>	<b>-4'415.7</b>	<b>-1'562.5</b>	<b>-54.8</b>	<b>-1'247.1</b>	<b>-39.4</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-3'168.6</b>	<b>-2'853.2</b>	<b>-4'415.7</b>	<b>-1'562.5</b>	<b>-54.8</b>	<b>-1'247.1</b>	<b>-39.4</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-3'168.6</b>	<b>-2'853.2</b>	<b>-4'415.7</b>	<b>-1'562.5</b>	<b>-54.8</b>	<b>-1'247.1</b>	<b>-39.4</b>
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-3'168.6	-2'853.2	-4'415.7	-1'562.5	-54.8	-1'247.1	-39.4

**Kommentar**

1 Die Abweichung ist auf eine einmalige Bildung einer Rückstellung für die Ruhegehälter der Alt-Regierungsräte zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0

## Übriges: Finanzen Liegenschaften

### Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-55'781.0	-60'714.4	-60'480.9	233.5	0.4	-4'699.9	-8.4
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-55'781.0</b>	<b>-60'714.4</b>	<b>-60'480.9</b>	<b>233.5</b>	<b>0.4</b>	<b>-4'699.9</b>	<b>-8.4</b>
42 Entgelte	106'433.3	107'757.1	109'660.9	1'903.8	1.8	3'227.6	3.0 <sup>1</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>106'433.3</b>	<b>107'757.1</b>	<b>109'660.9</b>	<b>1'903.8</b>	<b>1.8</b>	<b>3'227.6</b>	<b>3.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>50'652.3</b>	<b>47'042.8</b>	<b>49'180.0</b>	<b>2'137.3</b>	<b>4.5</b>	<b>-1'472.3</b>	<b>-2.9</b>
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-93'503.7	-55'000.0	-91'020.4	-36'020.4	-65.5	2'483.3	2.7 <sup>2</sup>
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	4'847.8	2'080.0	4'339.8	2'259.8	>100.0	-508.0	-10.5
<b>Abschreibungen</b>	<b>-88'655.9</b>	<b>-52'920.0</b>	<b>-86'680.6</b>	<b>-33'760.6</b>	<b>-63.8</b>	<b>1'975.3</b>	<b>2.2</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-38'003.6</b>	<b>-5'877.2</b>	<b>-37'500.5</b>	<b>-31'623.3</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>503.0</b>	<b>1.3</b>
34 Finanzaufwand	-6'341.3	-6'004.9	-6'177.5	-172.7	-2.9	163.7	2.6
44 Finanzertrag	38'575.9	40'243.1	39'945.3	-297.8	-0.7	1'369.4	3.5
<b>Finanzergebnis</b>	<b>32'234.6</b>	<b>34'238.2</b>	<b>33'767.8</b>	<b>-470.5</b>	<b>-1.4</b>	<b>1'533.2</b>	<b>4.8</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-5'769.0</b>	<b>28'361.0</b>	<b>-3'732.8</b>	<b>-32'093.8</b>	<b>&lt;-100.0</b>	<b>2'036.2</b>	<b>35.3</b>
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-696.3	0.0	-469.4	-469.4	n.a.	226.9	32.6
02 Allgemeine Dienste	31'007.8	28'361.0	26'876.2	-1'484.8	-5.2	-4'131.6	-13.3
11 Öffentliche Sicherheit	-3'435.5	0.0	-834.1	-834.1	n.a.	2'601.4	75.7
12 Rechtsprechung	-941.1	0.0	-149.7	-149.7	n.a.	791.4	84.1
13 Strafvollzug	-375.7	0.0	-323.3	-323.3	n.a.	52.4	13.9
14 Allgemeines Rechtswesen	-1'000.9	0.0	-282.1	-282.1	n.a.	718.8	71.8
15 Feuerwehr	-259.7	0.0	-89.1	-89.1	n.a.	170.5	65.7
16 Verteidigung	-568.9	0.0	-504.0	-504.0	n.a.	64.9	11.4
21 Obligatorische Schule	-9'641.2	0.0	-17'575.9	-17'575.9	n.a.	-7'934.7	-82.3
22 Sonderschulen	-1'373.0	0.0	-215.7	-215.7	n.a.	1'157.3	84.3
23 Berufliche Grundbildung	-3'516.2	0.0	-710.7	-710.7	n.a.	2'805.4	79.8
25 Allgemeinbildende Schulen	-2'232.7	0.0	-63.0	-63.0	n.a.	2'169.7	97.2
27 Hochschulen	326.7	0.0	344.6	344.6	n.a.	17.9	5.5
28 Forschung	-143.3	0.0	0.0	0.0	n.a.	143.3	100.0
29 Übriges Bildungswesen	-142.9	0.0	-30.7	-30.7	n.a.	112.2	78.5
31 Kulturerbe	-2'569.3	0.0	-1'952.1	-1'952.1	n.a.	617.2	24.0
32 Kultur, übrige	-1'492.2	0.0	-1'876.3	-1'876.3	n.a.	-384.1	-25.7
34 Sport und Freizeit	-5'163.8	0.0	-3'624.1	-3'624.1	n.a.	1'539.7	29.8
35 Kirchen und religiöse Angelegenheiten	0.0	0.0	-35.8	-35.8	n.a.	-35.8	0.0
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-526.2	0.0	-217.9	-217.9	n.a.	308.2	58.6
43 Gesundheitsprävention	-275.0	0.0	-222.8	-222.8	n.a.	52.2	19.0
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-285.1	0.0	-64.7	-64.7	n.a.	220.3	77.3
53 Alter + Hinterlassene	0.0	0.0	-1.9	-1.9	n.a.	-1.9	0.0
54 Familie und Jugend	-31.3	0.0	0.0	0.0	n.a.	31.3	100.0
55 Arbeitslosigkeit	-103.5	0.0	0.0	0.0	n.a.	103.5	100.0
56 Sozialer Wohnungsbau	0.0	0.0	-39.5	-39.5	n.a.	-39.5	0.0
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-64.6	0.0	-1.6	-1.6	n.a.	63.0	97.5
61 Strassenverkehr	-883.9	0.0	-714.8	-714.8	n.a.	169.2	19.1
72 Abwasserbeseitigung	-86.0	0.0	-0.7	-0.7	n.a.	85.3	99.1
74 Verbauungen	-71.9	0.0	-6.1	-6.1	n.a.	65.8	91.5
77 Übriger Umweltschutz	-1'217.3	0.0	-300.6	-300.6	n.a.	916.7	75.3
81 Landwirtschaft	0.0	0.0	-147.5	-147.5	n.a.	-147.5	0.0

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	-308.2	0.0	-499.3	-499.3	n.a.	-191.1	-62.0
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	302.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	-302.1	-100.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-145'305.4	-155'000.0	-191'269.7	-36'269.7	-23.4	-45'964.3	-31.6
Einnahmen Grossinvestitionen	7'642.5	0.0	1'670.7	1'670.7	n.a.	-5'971.8	-78.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	12'629.9	0.0	25'630.7	25'630.7	n.a.	13'000.8	>100.0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-125'033.0</b>	<b>-155'000.0</b>	<b>-163'968.3</b>	<b>-8'968.3</b>	<b>-5.8</b>	<b>-38'935.3</b>	<b>-31.1</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-125'033.0</b>	<b>-155'000.0</b>	<b>-163'968.3</b>	<b>-8'968.3</b>	<b>-5.8</b>	<b>-38'935.3</b>	<b>-31.1</b>

#### Kommentar

- 1 Die intern verrechneten Mieterträge liegen 1.9 Mio. Franken über dem Budget.
- 2 Die Abschreibungen der Hochbauten im Verwaltungsvermögen liegen wegen den Auswirkungen des neuen Rechnungslegungsmodells 2 der Kantone (HRM2) um 36 Mio. Franken über Budget. Die Auswirkungen auf die Abschreibungen durch die Umstellung auf HRM2 waren zum Zeitpunkt der Budgeterstellung im Mai 2013 noch nicht bekannt.

## Übriges: Allgemeine Verwaltung

### Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13		
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	26'049.9	-13'616.0	-5'069.0	8'547.0	62.8	-31'119.0	<-100.0	<sup>1</sup>
31 Sach- und Betriebsaufwand	-15'665.7	-3'392.5	-21'816.9	-18'424.4	<-100.0	-6'151.2	-39.3	<sup>2</sup>
36 Transferaufwand	-888.7	-850.0	-848.4	1.6	0.2	40.2	4.5	
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>9'495.6</b>	<b>-17'858.5</b>	<b>-27'734.4</b>	<b>-9'875.9</b>	<b>-55.3</b>	<b>-37'230.0</b>	<b>&lt;-100.0</b>	
42 Entgelte	1'319.6	850.0	1'549.4	699.4	82.3	229.8	17.4	<sup>3</sup>
43 Verschiedene Erträge	11'302.0	0.0	26'241.4	26'241.4	n.a.	14'939.4	>100.0	<sup>4</sup>
46 Transferertrag	7'663.0	7'959.0	7'676.2	-282.8	-3.6	13.2	0.2	<sup>5</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>20'284.6</b>	<b>8'809.0</b>	<b>35'467.1</b>	<b>26'658.1</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>15'182.4</b>	<b>74.8</b>	
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>29'780.2</b>	<b>-9'049.5</b>	<b>7'732.7</b>	<b>16'782.2</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>-22'047.6</b>	<b>-74.0</b>	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-602.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	602.7	100.0	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1'000.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
<b>Abschreibungen</b>	<b>-1'602.7</b>	<b>-1'000.0</b>	<b>-1'000.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>602.7</b>	<b>37.6</b>	
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>28'177.6</b>	<b>-10'049.5</b>	<b>6'732.7</b>	<b>16'782.2</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>-21'444.9</b>	<b>-76.1</b>	
44 Finanzertrag	19'584.0	18'386.0	18'388.0	2.0	0.0	-1'196.0	-6.1	
<b>Finanzergebnis</b>	<b>19'584.0</b>	<b>18'386.0</b>	<b>18'388.0</b>	<b>2.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-1'196.0</b>	<b>-6.1</b>	
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>47'761.6</b>	<b>8'336.5</b>	<b>25'120.7</b>	<b>16'784.2</b>	<b>&gt;100.0</b>	<b>-22'640.9</b>	<b>-47.4</b>	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	48'761.6	9'336.5	26'120.7	16'784.2	>100.0	-22'640.9	-46.4	
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-1'000.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	52'560.0	0.0	55'304.0	55'304.0	n.a.	2'744.0	5.2
<b>Veränderungen Darlehen, Beteiligungen</b>	<b>52'560.0</b>	<b>0.0</b>	<b>55'304.0</b>	<b>55'304.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>2'744.0</b>	<b>5.2</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>52'560.0</b>	<b>0.0</b>	<b>55'304.0</b>	<b>55'304.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>2'744.0</b>	<b>5.2</b>

### Kommentar

- Da der Deckungsgrad bei der Pensionskasse Basel-Stadt über 100% liegt, konnte die Rückstellung in Höhe von 30.8 Mio. Franken aufgelöst werden.  
Neu werden die von der Rimas Insurance Broker AG ausbezahlten Schadensfälle z.B. Krankentaggelder in der Erfolgsrechnung verbucht (20.8 Mio. Franken).
- Die Abweichung ist auf die Bildung der Rückstellungen für den Abbau des Atomreaktors der Universität Basel über 10 Mio. Franken sowie der Altlastensanierung Deponie Muttentz über 5.5 Mio. Franken zurückzuführen.  
Die Zahlungen für Sach- und Haftpflichtschäden werden seit HRM2 im Aufwand verbucht. Demgegenüber stehen die an die Dienststellen in Rechnung gestellten Versicherungsprämien als Ertrag unter FDK 43.
- Bei der Abweichung zu Budget handelt es sich um die Feuerwehersatzabgabe (625'000 Franken). Diese wurde im 2013 abgeschafft. Die Erträge aus den Rektifikaten aus den früheren Steuerjahren werden neu im FD und nicht im JSD verbucht.
- Die durch die Rimas Insurance Broker AG in Rechnung gestellten Versicherungsprämien werden seit 2013 über die Erfolgsrechnung verbucht. Demgegenüber stehen die Schadenszahlungen in FDK 30 und 31.
- Der kantonale Anteil an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe ist um 368'000 Franken tiefer ausgefallen als budgetiert.

### 4.3 Konsolidierung Stammhaus

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	1.7	1.5	22.5	21.0	>100.0	20.9	>100.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	182.9	183.5	174.1	-9.4	-5.1	-8.7	-4.8
36 Transferaufwand	56.5	42.4	58.0	15.7	36.9	1.5	2.7
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>241.1</b>	<b>227.4</b>	<b>254.7</b>	<b>27.3</b>	<b>12.0</b>	<b>13.7</b>	<b>5.7</b>
39 Interne Verrechnungen	-241.8	-228.2	-255.4	-27.1	-11.9	-13.6	-5.6
<b>Betriebsaufwand inkl. interne Verrechnungen</b>	<b>-0.7</b>	<b>-0.8</b>	<b>-0.6</b>	<b>0.2</b>	<b>20.3</b>	<b>0.1</b>	<b>11.4</b>
42 Entgelte	-182.1	-182.8	-181.1	1.7	0.9	1.0	0.6
43 Verschiedene Erträge	-2.5	-2.3	-15.6	-13.4	<-100.0	-13.2	<-100.0
46 Transferertrag	-56.5	-42.4	-58.0	-15.7	-36.9	-1.5	-2.7
<b>Betriebsertrag</b>	<b>-241.1</b>	<b>-227.4</b>	<b>-254.7</b>	<b>-27.3</b>	<b>-12.0</b>	<b>-13.7</b>	<b>-5.7</b>
49 Interne Verrechnungen	241.8	228.2	255.4	27.1	11.9	13.6	5.6
<b>Betriebsertrag inkl. interne Verrechnungen</b>	<b>0.7</b>	<b>0.8</b>	<b>0.6</b>	<b>-0.2</b>	<b>-20.3</b>	<b>-0.1</b>	<b>-11.4</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>
34 Finanzaufwand	0.7	0.8	0.6	-0.2	-20.3	-0.1	-11.4
44 Finanzertrag	-0.7	-0.8	-0.6	0.2	20.3	0.1	11.4
<b>Finanzergebnis</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>	<b>0.0</b>	<b>n.a.</b>

#### Kommentar

Die Erfolgsrechnung der einzelnen Dienststellen und Departemente enthält aufwand- wie ertragsseitig interne Leistungsverrechnungen. Auf Stufe Kanton erfolgt die Umgliederung dieser Umsätze in die Kontengruppen 39 „Interne Verrechnungen Ausgaben“ und 49 „Interne Verrechnungen Einnahmen“. Ebenso werden die Kontokorrente zwischen den Dienststellen konsolidiert.

## 4.4 Jahresrechnung Nichtzweckgebundene Positionen

### Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-49.1	-45.1	-33.5	11.6	25.7	15.6	31.7
36 Transferaufwand	-172.0	-163.8	-165.9	-2.1	-1.3	6.1	3.5
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-221.0</b>	<b>-208.8</b>	<b>-199.4</b>	<b>9.5</b>	<b>4.5</b>	<b>21.7</b>	<b>9.8</b>
40 Fiskalertrag	2'481.4	2'528.6	2'619.2	90.6	3.6	137.8	5.6
41 Regalien und Konzessionen	15.7	15.7	0.0	-15.6	-99.8	-15.7	-99.8
42 Entgelte	4.3	0.0	38.7	38.7	n.a.	34.5	>100.0
43 Verschiedene Erträge	0.3	0.2	1.0	0.8	>100.0	0.7	>100.0
46 Transferertrag	247.2	229.2	257.2	27.9	12.2	10.0	4.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>2'748.8</b>	<b>2'773.7</b>	<b>2'916.2</b>	<b>142.5</b>	<b>5.1</b>	<b>167.4</b>	<b>6.1</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>2'527.8</b>	<b>2'564.9</b>	<b>2'716.8</b>	<b>151.9</b>	<b>5.9</b>	<b>189.0</b>	<b>7.5</b>
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-2.5	0.0	-4.3	-4.3	n.a.	-1.8	-70.9
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-10.3	0.0	0.0	0.0	n.a.	10.3	100.0
<b>Abschreibungen</b>	<b>-12.8</b>	<b>0.0</b>	<b>-4.3</b>	<b>-4.3</b>	<b>n.a.</b>	<b>8.6</b>	<b>66.7</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>2'514.9</b>	<b>2'564.9</b>	<b>2'712.5</b>	<b>147.7</b>	<b>5.8</b>	<b>197.6</b>	<b>7.9</b>
34 Finanzaufwand	-166.1	-129.9	-192.3	-62.4	-48.0	-26.2	-15.7
44 Finanzertrag	322.2	242.9	333.9	91.0	37.5	11.7	3.6
<b>Finanzergebnis</b>	<b>156.1</b>	<b>112.9</b>	<b>141.6</b>	<b>28.7</b>	<b>25.4</b>	<b>-14.5</b>	<b>-9.3</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>2'671.0</b>	<b>2'677.8</b>	<b>2'854.1</b>	<b>176.3</b>	<b>6.6</b>	<b>183.1</b>	<b>6.9</b>
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.1	-0.1	1.2	1.3	>100.0	1.1	>100.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	15.3	7.3	9.4	2.1	28.2	-5.9	-38.5
8 Volkswirtschaft	3.0	0.0	-1.4	-1.4	n.a.	-4.4	<-100.0
9 Finanzen und Steuern	2'652.6	2'670.6	2'844.9	174.3	6.5	192.3	7.2

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-72.6	-27.2	-12.3	14.9	54.6	60.3	83.0
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	41.0	0.0	3.0	3.0	n.a.	-38.1	-92.8
<b>Veränderungen Darlehen, Beteiligungen</b>	<b>-31.6</b>	<b>-27.2</b>	<b>-9.4</b>	<b>17.8</b>	<b>65.5</b>	<b>22.2</b>	<b>70.3</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-31.6</b>	<b>-27.2</b>	<b>-9.4</b>	<b>17.8</b>	<b>65.5</b>	<b>22.2</b>	<b>70.3</b>



## 4.4.1 Finanzdepartement

### Finanzverwaltung Allgemein

#### Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13		
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%	
31 Sach- und Betriebsaufwand	951.5	-70.0	-1'417.2	-1'347.2	<-100.0	-2'368.7	<-100.0	<sup>1</sup>
36 Transferaufwand	-171'972.7	-163'773.0	-165'870.8	-2'097.8	-1.3	6'101.8	3.5	<sup>2</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-171'021.2</b>	<b>-163'843.0</b>	<b>-167'288.0</b>	<b>-3'445.0</b>	<b>-2.1</b>	<b>3'733.1</b>	<b>2.2</b>	
41 Regalien und Konzessionen	15'687.5	15'650.0	28.7	-15'621.3	-99.8	-15'658.8	-99.8	<sup>3</sup>
42 Entgelte	0.0	0.0	38'739.3	38'739.3	n.a.	38'739.3	n.a.	<sup>4</sup>
43 Verschiedene Erträge	293.6	200.0	1'015.3	815.3	>100.0	721.7	>100.0	<sup>5</sup>
46 Transferertrag	73'922.4	70'228.0	74'153.4	3'925.4	5.6	231.0	0.3	<sup>6</sup>
<b>Betriebsertrag</b>	<b>89'903.5</b>	<b>86'078.0</b>	<b>113'936.7</b>	<b>27'858.7</b>	<b>32.4</b>	<b>24'033.2</b>	<b>26.7</b>	
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-81'117.7</b>	<b>-77'765.0</b>	<b>-53'351.4</b>	<b>24'413.6</b>	<b>31.4</b>	<b>27'766.3</b>	<b>34.2</b>	
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-2'500.0	0.0	-4'271.9	-4'271.9	n.a.	-1'771.9	-70.9	<sup>7</sup>
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-10'322.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	10'322.0	100.0	
<b>Abschreibungen</b>	<b>-12'822.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-4'271.9</b>	<b>-4'271.9</b>	<b>n.a.</b>	<b>8'550.1</b>	<b>66.7</b>	
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-93'939.7</b>	<b>-77'765.0</b>	<b>-57'623.3</b>	<b>20'141.7</b>	<b>25.9</b>	<b>36'316.4</b>	<b>38.7</b>	
34 Finanzaufwand	-57'701.6	-55'731.9	-49'478.7	6'253.2	11.2	8'222.9	14.3	<sup>8</sup>
44 Finanzertrag	117'857.9	113'631.7	89'749.7	-23'881.9	-21.0	-28'108.2	-23.8	<sup>9</sup>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>60'156.3</b>	<b>57'899.8</b>	<b>40'271.0</b>	<b>-17'628.7</b>	<b>-30.4</b>	<b>-19'885.3</b>	<b>-33.1</b>	
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-33'783.4</b>	<b>-19'865.2</b>	<b>-17'352.2</b>	<b>2'513.0</b>	<b>12.7</b>	<b>16'431.2</b>	<b>48.6</b>	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	142.5	-100.0	-34.0	66.0	66.0	-176.5	-123.9	
85 Industrie, Gewerbe, Handel	3'004.9	0.0	-1'364.6	-1'364.6	n.a.	-4'369.5	-145.4	
93 Finanz- und Lastenausgleich	-110'853.6	-104'674.0	-104'711.9	-37.9	0.0	6'141.7	5.5	
94 Ertragsanteile an Bundeseinnahmen	12'803.4	11'129.0	12'994.5	1'865.5	16.8	191.1	1.5	
95 Ertragsanteile, übrige	293.6	200.0	39'754.6	39'554.6	>100.0	39'461.0	>100.0	
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	60'825.9	73'579.8	36'009.2	-37'570.5	-51.1	-24'816.7	-40.8	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-72'616.3	-27'200.0	-12'340.9	14'859.1	54.6	60'275.4	83.0
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	41'009.8	0.0	2'959.4	2'959.4	n.a.	-38'050.4	-92.8
<b>Veränderungen Darlehen, Beteiligungen</b>	<b>-31'606.6</b>	<b>-27'200.0</b>	<b>-9'381.5</b>	<b>17'818.5</b>	<b>65.5</b>	<b>22'225.0</b>	<b>70.3</b>
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-31'606.6</b>	<b>-27'200.0</b>	<b>-9'381.5</b>	<b>17'818.5</b>	<b>65.5</b>	<b>22'225.0</b>	<b>70.3</b>

#### Kommentar

- 1 Diese Abweichung ist mit nicht budgetierten Ausgaben für den Rückbau des Hafens St. Johann zu begründen.
- 2 Der Finanz- und Lastenausgleich der Gemeinde Riehen und Bettingen fiel um 2.1 Mio. Franken höher als budgetiert aus. Die Veränderung zum Vorjahr ist auf die die finanziellen Auswirkungen zurückzuführen, dass Schüler/-innen aus Riehen und Bettingen anstatt in Basel neu in Riehen/Bettingen die 5. und 6. Klasse besuchen. Die Ausgleichszahlung dafür an Riehen wurde zu tief budgetiert.
- 3 Im Jahr 2014 fand keine Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) statt.
- 4 Die Gewährsträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank wird neu über Entgelte und nicht wie bisher über Finanzertrag (FDK 44) verbucht.

Die Umstellung auf die neue Rechnungslegungsstandards HRM2 veranlasst, dass die Beträge der Gewährsträgerabgeltung der Basler Kantonalbank neu periodengerecht verbucht werden. Es fallen somit im Jahr 2014 die Beträge für die Jahre 2013 und 2014 (2x 19.4 Mio. Franken) an.

- 
- 5 Die Vereinnahmung der Schenkungen/Erbschaften aus dem Jahr 2004 fiel höher als budgetiert aus.
  - 6 Im Zusammenhang mit der Schliessung des Spitals Riehen und der neuen Pflegefinanzierung erhält der Kanton von den Gemeinden eine befristete Abgeltung in Höhe von 1.8 Mio. Franken. Dieser Betrag ist im Budget 2014 nicht enthalten.  
Der Anteil an der Eidg. Verrechnungssteuer ist um 1.8 Mio. Franken höher als budgetiert.
  - 7 In Folge der Umstellung auf HRM2 werden zinsbegünstigte Darlehen wertberichtigt. Dies wurde im Budget nicht berücksichtigt. Die Gegenposition dazu befindet sich im Finanzertrag (FDK 44).
  - 8 Durch tiefere Verschuldung sowie tiefere Zinssätze fällt der Zinsaufwand sowohl bei kurzfristigen als auch bei langfristigen Finanzverbindlichkeiten entsprechend tiefer aus.
  - 9 Die Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank fällt um 6.9 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Neu wird die Gewährsträgerabgeltung der Basler Kantonalbank unter Entgelte (FDK 42) abgebildet.
-

## Steuern Steuerverwaltung

### Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-49'991.6	-45'000.0	-31'972.6	13'027.4	28.9	18'019.1	36.0 <sup>1</sup>
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-49'991.6</b>	<b>-45'000.0</b>	<b>-31'972.6</b>	<b>13'027.4</b>	<b>28.9</b>	<b>18'019.1</b>	<b>36.0</b>
40 Fiskalertrag	2'447'546.1	2'495'000.0	2'586'110.8	91'110.8	3.7	138'564.7	5.7
42 Entgelte	4'252.9	0.0	0.0	0.0	n.a.	-4'252.9	-100.0 <sup>2</sup>
46 Transferertrag	173'262.1	159'000.0	183'021.5	24'021.5	15.1	9'759.4	5.6
<b>Betriebsertrag</b>	<b>2'625'061.1</b>	<b>2'654'000.0</b>	<b>2'769'132.4</b>	<b>115'132.4</b>	<b>4.3</b>	<b>144'071.3</b>	<b>5.5</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>2'575'069.4</b>	<b>2'609'000.0</b>	<b>2'737'159.8</b>	<b>128'159.8</b>	<b>4.9</b>	<b>162'090.4</b>	<b>6.3</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>2'575'069.4</b>	<b>2'609'000.0</b>	<b>2'737'159.8</b>	<b>128'159.8</b>	<b>4.9</b>	<b>162'090.4</b>	<b>6.3</b>
34 Finanzaufwand	-4'164.6	-9'800.0	-3'693.4	6'106.6	62.3	471.2	11.3 <sup>3</sup>
44 Finanzertrag	18'920.6	19'000.0	18'669.7	-330.3	-1.7	-250.9	-1.3
<b>Finanzergebnis</b>	<b>14'755.9</b>	<b>9'200.0</b>	<b>14'976.3</b>	<b>5'776.3</b>	<b>62.8</b>	<b>220.3</b>	<b>1.5</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>2'589'825.4</b>	<b>2'618'200.0</b>	<b>2'752'136.1</b>	<b>133'936.1</b>	<b>5.1</b>	<b>162'310.7</b>	<b>6.3</b>
davon Funktionen:							
91 Steuern	2'589'825.4	2'618'200.0	2'752'136.1	133'936.1	5.1	162'310.7	6.3

### Kommentar

- 1 Anpassung Delkredere.
- 2 Die Erträge der kantonalen Inkassostelle sind ab 2014 als Einzelposten in der Jahresrechnung Zweckgebundene Positionen ausgewiesen.
- 3 Der Aufwand für Gutschriftszinsen wurde zu hoch budgetiert.

## Parkhäuser Finanzvermögen

### Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
34 Finanzaufwand	-10'588.5	-6'415.2	-8'759.7	-2'344.5	-36.5	1'828.8	17.3 <sup>1</sup>
44 Finanzertrag	25'904.1	13'759.4	18'178.1	4'418.7	32.1	-7'726.0	-29.8 <sup>2</sup>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>15'315.5</b>	<b>7'344.2</b>	<b>9'418.4</b>	<b>2'074.2</b>	<b>28.2</b>	<b>-5'897.1</b>	<b>-38.5</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>15'315.5</b>	<b>7'344.2</b>	<b>9'418.4</b>	<b>2'074.2</b>	<b>28.2</b>	<b>-5'897.1</b>	<b>-38.5</b>
davon Funktionen:							
61 Strassenverkehr	15'315.5	7'344.2	9'418.4	2'074.2	28.2	-5'897.1	-38.5

### Kommentar

- 1 Die Abweichung resultiert aus den Abschreibungen aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Die Wertänderungen sind nicht im Voraus budgetierbar. Bei den Erträgen resultieren entsprechend die Aufwertungsgewinne. Netto konnte eine Aufwertung des Immobilienportfolios verbucht werden.
- 2 Analog zum Finanzaufwand stammen die höheren Finanzerträge aus Aufwertungen aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Die Wertänderungen sind nicht im Voraus budgetierbar. Auch resultierte 2014 eine höhere Auslastung der Parkhäuser und damit verbunden höhere operative Erträge.

## Liegenschaften Finanzvermögen

### Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
34 Finanzaufwand	-93'685.6	-57'999.4	-130'374.3	-72'374.9	<-100.0	-36'688.7	-39.2 <sup>1</sup>
44 Finanzertrag	159'562.1	96'502.9	207'327.5	110'824.6	>100.0	47'765.5	29.9 <sup>2</sup>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>65'876.5</b>	<b>38'503.5</b>	<b>76'953.2</b>	<b>38'449.8</b>	<b>99.9</b>	<b>11'076.8</b>	<b>16.8</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>65'876.5</b>	<b>38'503.5</b>	<b>76'953.2</b>	<b>38'449.8</b>	<b>99.9</b>	<b>11'076.8</b>	<b>16.8</b>
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	0.0	0.0	1'254.2	1'254.2	n.a.	1'254.2	0.0
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	65'876.5	38'503.5	75'699.0	37'195.6	96.6	9'822.6	14.9

### Kommentar

- 1 Die Abweichung resultiert hauptsächlich aus den Abschreibungen aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Die Wertänderungen sind nicht im Voraus budgetierbar. Bei den Erträgen resultieren entsprechend die Aufwertungsgewinne. Netto konnte eine Aufwertung des Immobilienportfolios verbucht werden. Die operativen Kosten konnten unter dem Budget gehalten werden.
- 2 Analog zum Finanzaufwand stammen die höheren Finanzerträge aus Aufwertungen aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Die Wertänderungen sind nicht im Voraus budgetierbar. Zudem lagen die operativen Erträge wegen Umwidmungen und neuen Baurechtsverträgen über Budget.

## 4.4.2 Gesundheitsdepartement

### Hundesteuer

#### Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-26.9	0.0	-106.4	-106.4	n.a.	-79.5	<-100.0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-26.9</b>	<b>0.0</b>	<b>-106.4</b>	<b>-106.4</b>	<b>n.a.</b>	<b>-79.5</b>	<b>&lt;-100.0</b>
40 Fiskalertrag	644.8	635.0	627.8	-7.2	-1.1	-17.0	-2.6
<b>Betriebsertrag</b>	<b>644.8</b>	<b>635.0</b>	<b>627.8</b>	<b>-7.2</b>	<b>-1.1</b>	<b>-17.0</b>	<b>-2.6</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>617.9</b>	<b>635.0</b>	<b>521.4</b>	<b>-113.6</b>	<b>-17.9</b>	<b>-96.5</b>	<b>-15.6</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>617.9</b>	<b>635.0</b>	<b>521.4</b>	<b>-113.6</b>	<b>-17.9</b>	<b>-96.5</b>	<b>-15.6</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>617.9</b>	<b>635.0</b>	<b>521.4</b>	<b>-113.6</b>	<b>-17.9</b>	<b>-96.5</b>	<b>-15.6</b>
davon Funktionen:							
92 Steuerabkommen	617.9	635.0	521.4	-113.6	-17.9	-96.5	-15.6

## 4.4.3 Justiz- und Sicherheitsdepartement

### Motorfahrzeugsteuer

#### Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
40 Fiskalertrag	33'189.5	33'000.0	32'469.7	-530.3	-1.6	-719.8	-2.2
<b>Betriebsertrag</b>	<b>33'189.5</b>	<b>33'000.0</b>	<b>32'469.7</b>	<b>-530.3</b>	<b>-1.6</b>	<b>-719.8</b>	<b>-2.2</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>33'189.5</b>	<b>33'000.0</b>	<b>32'469.7</b>	<b>-530.3</b>	<b>-1.6</b>	<b>-719.8</b>	<b>-2.2</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>33'189.5</b>	<b>33'000.0</b>	<b>32'469.7</b>	<b>-530.3</b>	<b>-1.6</b>	<b>-719.8</b>	<b>-2.2</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>33'189.5</b>	<b>33'000.0</b>	<b>32'469.7</b>	<b>-530.3</b>	<b>-1.6</b>	<b>-719.8</b>	<b>-2.2</b>
davon Funktionen:							
92 Steuerabkommen	33'189.5	33'000.0	32'469.7	-530.3	-1.6	-719.8	-2.2

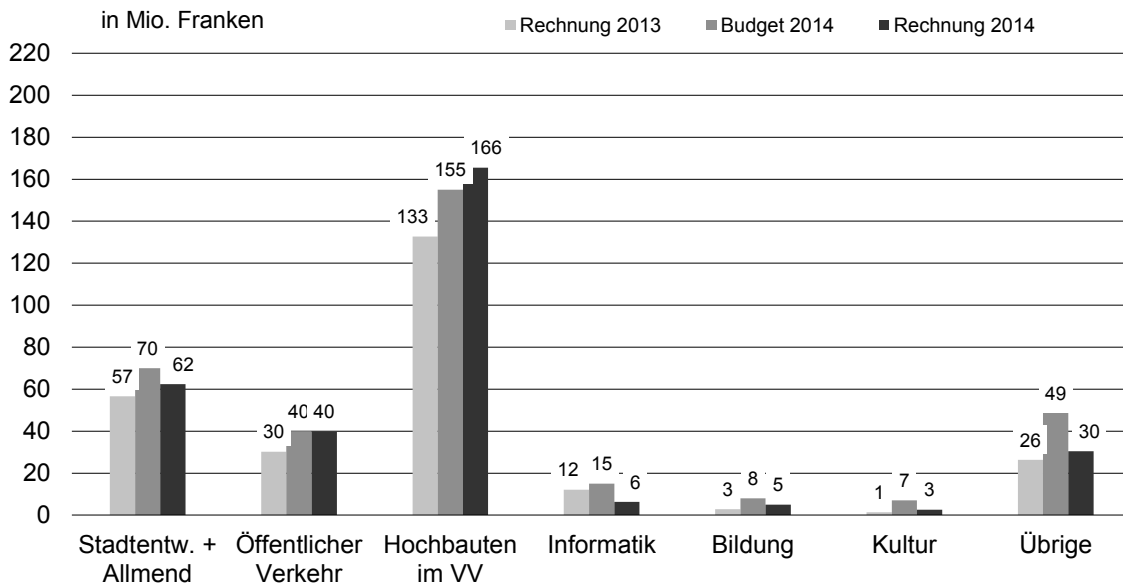


## 5 Die Investitionen



## 5.1 Kommentar zu den Investitionsbereichen und den darin enthaltenen Investitionsvorhaben

### 5.1.1 Investitionsplafonds



Der Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen hat für das Jahr 2014 mit 165.5 Mio. Franken die höchsten Ausgaben sämtlicher Bereiche realisiert. Dies entspricht einem Anteil von 53.0% an den Gesamtausgaben von 312.1 Mio. Franken. Im Jahr 2014 investierte der Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur 62.4 Mio. Franken, was einem prozentualen Anteil von 20.0% an den Gesamtausgaben entspricht. Des Weiteren haben die Investitionsbereiche Öffentlicher Verkehr mit 39.8 Mio. Franken (12.8%), Übrige mit 30.4 Mio. Franken (9.7%), Informatik mit 6.3 Mio. Franken (2.0%), Bildung 5.0 Mio. Franken (1.6%) und Kultur 2.6 Mio. Franken (0.8%) investiert.

Im Jahr 2014 wird ein Ausschöpfungsgrad von 90.8% erreicht. Im Jahr 2013 lag dieser bei 86.3%.

### 5.1.2 Die grössten Vorhaben

Die nachfolgende Liste enthält einen Überblick über diejenigen Vorhaben, für die im Jahr 2014 die höchsten Ausgaben getätigt wurden.

Vorhaben in Mio. Franken	Investitionsbereich	Brutto	Drittmittel	Netto
1 Kunstmuseum Erweiterungsbau Burghof	Hochbauten im VV Teil Bildung	31.3	13.4	17.9
2 Rahmenausgaben Gleisanlagen	Öffentlicher Verkehr	24.6		24.6
3 HGK FHNW Dreispitz Neubau	Hochbauten im VV Teil Bildung	23.9	11.9	12.0
4 Rahmenausgaben Schulharmonisierung	Hochbauten im VV Teil Bildung	16.0		16.0
5 Rahmenausgaben Strassen	Stadtentwickl. + Allmendinfrastruktur	15.7		15.7
6 Temporäre Schulbauten	Hochbauten im VV Teil Bildung	11.0		11.0
7 Sandgrube Schulhaus Neubau	Hochbauten im VV Teil Bildung	11.0		11.0
8 St. Jakob Sportanl. Tribünengebäude	Hochbauten im VV Teil Bildung	10.0		10.0
9 Theater und Schauspielhaus Sanierung	Hochbauten im VV Teil Bildung	8.3		8.3
10 Luzerner-/Wasgenring Umgestaltung	Stadtentwickl. + Allmendinfrastruktur	7.8	1.6	6.2
<b>Total</b>		<b>159.5</b>	<b>26.9</b>	<b>132.6</b>

### 5.1.3 Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Der Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur schliesst 2014 mit Ausgaben von netto 62.4 Mio. Franken ab. Davon entfallen 3.4 Mio. Franken auf Ausgaben zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, die nicht an das Budget des Investitionsbereichs Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur anzurechnen sind. Die anrechenbaren Ausgaben von netto 59.0 Mio. Franken liegen damit um 11.0 Mio. Franken unter dem Budget von 70.0 Mio. Franken bzw. 4.6 Mio. Franken über dem Wert von 2013 (54.3 Mio. Franken).

Die Rahmenausgaben zur Erhaltung der Infrastruktur (Strassen, Umgestaltung, Kunstbauten, Wasserbau, Abwasserableitungsanlagen, Lichtsignalanlagen und Stadtgrün) schliessen 2014 mit 24.2 Mio. Franken ab und liegen damit 11.7 Mio. Franken resp. 33% unter dem Budget (35.9 Mio. Franken) bzw. 1.2 Mio. Franken über dem Wert von 2013 (23.0 Mio. Franken). Die Rahmenausgaben zur Erhaltung der Infrastruktur stellen einen Anteil von 41% an den an das Budget des Investitionsbereichs Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur anrechenbaren Ausgaben (2013: 42%). Wird die Rahmenausgabe zur Wiederbeschaffung von Fahrzeugen mit Ausgaben von 1.0 Mio. Franken zusätzlich berücksichtigt, beträgt der Anteil der gebundenen Rahmenausgaben 43% der anrechenbaren Ausgaben.

Neben den Rahmenausgaben gehören 2014 die Umgestaltung des Luzerner- /Wasgenrings mit Ausgaben von netto 6.2 Mio. Franken (und einem Anteil von 10.5 % der anrechenbaren Ausgaben), der Rheinuferpromenade vom St. Johannis-Park bis zur Landesgrenze mit netto 5.7 Mio. Franken (Anteil von 9.6% der anrechenbaren Ausgaben), die Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein mit Ausgaben von 3.6 Mio. Franken (Anteil von 6% der anrechenbaren Ausgaben), Anpassung Knoten Elsässer-/Kohlenstrasse mit Ausgaben von 3.4 Mio. Franken (Anteil von 5.7% der anrechenbaren Ausgaben) sowie die Rahmenausgaben Langsamverkehr mit 3.3 Mio. Franken (Anteil von 5.6% der anrechenbaren Ausgaben) zu den grössten Projekten.

Weitere grössere Projekte waren die Umgestaltung Elisabethenstrasse mit 2.4 Mio. Franken, die Erschliessung der Westschollenstrasse auf der Erlenmatt mit 0.9 Mio. Franken und die Arbeiten für den Grundwasserschutz Aeussere Baselstrasse in Riehen mit 0.9 Mio. Franken.

Neu begonnen wurde 2014 unter anderem mit der Erschliessungsstrasse Grosspeteranlage und dem Veloweg Lange Erlen sowie den Arbeiten Grenzacher-/Landauerstrasse bis Hörnli Grenze.

### 5.1.4 Öffentlicher Verkehr

Der Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr schliesst 2014 mit netto 39.8 Mio. Franken ab und liegt mit 0.2 Mio. Franken geringfügig unter dem Budget von 40.0 Mio. Franken bzw. 9.6 Mio. Franken über dem Wert von 2013 (30.2 Mio. Franken).

Die Rahmenausgaben Gleisanlagen weisen Ausgaben von 24.6 Mio. Franken aus und liegen damit 1.4 Mio. Franken unter dem Budget resp. 5.1 Mio. Franken über dem Wert von 2013. Sie stellen im Jahr 2014 einen Anteil von 62% am Gesamtergebnis des Investitionsbereichs Öffentlicher Verkehr (2013: 65%).

Zu den grössten Vorhaben gehören die Gleisarbeiten im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Elsässer-/Hünningerstrasse mit Ausgaben von 3.0 Mio. Franken und einem Anteil von 7.5% am Gesamtergebnis, die Arbeiten an der Endhaltestelle der Tramlinie 11 im Zusammenhang mit der Anpassung des Knotens Elsässer-/Kohlenstrasse mit Ausgaben von 2.4 Mio. Franken und einem Anteil von 6% am Gesamtergebnis, die Lärminderungsmassnahmen der BVB (Gleisschmieranlagen) mit Ausgaben von 2.4 Mio. Franken und einem Anteil von 6% am Gesamtergebnis, die Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein mit Ausgaben von 2.4 Mio. Franken und einem Anteil von 6% am Gesamtergebnis sowie die Anpassung der Trams im Rahmen der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes mit Ausgaben von 1.5 Mio. Franken und einem Anteil von 3.7% am Gesamtergebnis.

Weitere grössere Projekte waren die Planungsarbeiten für die Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint Louis mit 1.3 Mio. Franken und die Sanierung der Grundwasserwanne bei der Tramschlaufe Eglisee mit 1.2 Mio. Franken.

Neu begonnen wurde mit der Projektierung der behindertengerechten Sanierung des Trams auf dem Bruderholz.

### 5.1.5 Hochbauten im Verwaltungsvermögen

Der Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen schliesst 2014 mit 165.5 Franken ab und liegt mit 10.5 Mio. Franken über dem Budget 2014 von 155 Mio. Franken, was einer Ausschöpfung von 106.8% entspricht.

Die Überschreitung des Plafonds um 10.5 Mio. Franken ist darauf zurückzuführen, dass aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre die Höhe des Plafonds pessimistischer festgelegt wurde, d.h. es wurden Ausgaben für Vorhaben im Umfang von über 130% des Plafonds budgetiert. Es konnten mehr Vorhaben umgesetzt werden, respektive bei den einzelnen Vorhaben konnte mehr früher als geplant umgesetzt werden. Es handelt sich somit nicht um Überschreitungen der bewilligten Nominalausgaben für die einzelnen Vorhaben.

Vom budgetierten Betrag 2014 von 155.0 Mio. Franken waren im Teil Bildung 137.0 Mio. Franken vorgesehen (davon 27.0 Mio. Franken für den Teil Kultur) und im Teil Übrige 18.0 Mio. Franken.

**Bildung** Die wichtigsten Vorhaben der Hochbauten im Bereich Bildung im Jahr 2014 waren der im Herbst eröffnete Um- und Neubau für die Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) der FHNW im Kunstfreilager Dreispitz mit netto 12.0 Mio. Franken, die temporären Schulbauten für Provisorien an diversen Schulstandorten mit 11.0 Mio. Franken, der Neubau des Mehrzweckgebäudes beim Leichtathletikstadion St. Jakob mit 10.0 Mio. Franken und die Projektierung der Modernisierung und Sanierung der St. Jakobshalle mit 2.7 Mio. Franken.

Die grössten Sanierungs- und Umbauvorhaben im Jahr 2014 bei den Schulen betrafen das Brunnmatt-Schulhaus mit 5.5 Mio. Franken, das Hirzbrunnen-Schulhaus mit 5.4 Mio. Franken, das Bläsischulhaus mit 4.9 Mio. Franken, das Hebelschulhaus mit 4.6 Mio. Franken sowie das Theobald Baerwart-Schulhaus mit 3.8 Mio. Franken. Im Jahr 2014 wurden für den Neubau des Sekundarschulhauses Sandgrube 11.0 Mio. Franken aufgewendet.

Aus den Rahmenausgabenbewilligungen für die Baumassnahmen zur Harmonisierung der Schulen wurden 16.0 Mio. Franken und für die Tagesstrukturen 5.7 Mio. Franken im Jahr 2014 ausgegeben.

Für die Projektierungsarbeiten der Gesamtsanierung des Kirschgarten-Gymnasiums wurden 1.6 Mio. Franken aufgewendet, für die Projektierung der neuen Primarschulhäuser Schoren 1.9 Mio. Franken und Erlenmatt 1.0 Mio. Franken.

**Kultur** Im Teil Kultur war das wichtigste Vorhaben die Sanierungen der Haus- und Bühnentechnik am Stadttheater mit 8.3 Mio. Franken. Für die vorgezogenen Sanierungsmassnahmen am Hauptbau des Kunstmuseums wurden 5.1 Mio. Franken ausgegeben. Für die Erweiterung des Kunstmuseums wurden 2014 zu Lasten der Ausgabenbewilligung 31.3 Mio. Franken aufgewendet, die Laurenz-Stiftung hat daran einen Beitrag von 13.4 Mio. Franken geleistet.

Der Plafond für die Hochbauten im Investitionsbereich Bildung wurde 2014 um 17.2 Mio. Franken überschritten. (Im Jahr 2013 verzeichnete der Investitionsbereich Hochbauten im Bereich Bildung eine Unterschreitung von 29.6 Mio. Franken.) Die Gründe für Überschreitung von 17.2 Mio. Franken im Jahr 2014 sind die pessimistischere Bemessung des Investitionsplafonds und die erfolgreiche Umsetzung der laufenden und im Berichtsjahr neu beginnenden Projekten. Auch blieben Einsparungen und Verzögerungen bei Bewilligungsprozessen und beim Bau unter dem erwarteten Ausmass.

**Übrige** Die grössten Vorhaben 2014 bei den Hochbauten im Teil Übrige waren die Massnahmen im Untersuchungsgefängnis Waaghof (Zellenerweiterung, Fensterersatz und Sicherheit) mit insgesamt 2.8 Mio. Franken, der Ausbau des Polizeipostens Gundeldingen mit 1.3 Mio. Franken, die Zellenerweiterung im Waaghof mit 1.2 Mio. Franken und der Umbau des Autobahnpolizeistützpunkts mit 1.1 Mio. Franken.

Für die Massnahmen für die Behindertengerechtigkeit der öffentlichen Bauten wurden 0.4 Mio. Franken und aus der Rahmenausgabe für die Massnahmen zur Erreichung der Ziele der klimaneutralen Verwaltung 0.5 Mio. Franken im Jahr 2014 aufgewendet.

Der Plafond für die Hochbauten im Investitionsbereich Übrige von 18.0 Mio. Franken wurde mit 11.3 Mio. Franken um 6.7 Mio. Franken unterschritten. Gründe dafür sind wiederum die zu optimistische Budgetierung neu beginnender Projekte, sowie Verzögerungen bei Bewilligungsverfahren.

### 5.1.6 Informatik

Der Investitionsbereich Informatik schliesst im 2014 mit 6.3 Mio. Franken ab und liegt mit 8.7 Mio. Franken unter dem Budget von 15.0 Mio. Franken, bzw. 5.8 Mio. Franken unter dem Wert von 2013 (12.1 Mio. Franken). Die Unterschreitung des Budgets 2014 resultiert vorwiegend aus zeitlichen Verzögerungen von grossen Projekten.

Die grössten Ausgaben 2014 wurden für die Erneuerung der Informations- und Telekommunikationsinfrastrukturen bei den Volksschulen von 1.3 Mio. Franken sowie für die Zentralen Anlagekomponenten der Zentralen Informatikdienste von 1.1 Mio. Franken getätigt. Des Weiteren wurde für die Umsetzung des Personenauskunftsregisters der Bevölkerungsdienste 1.0 Mio. Franken und für die Umsetzung des Pilotversuchs E-Health 0.8 Mio. Franken aufgewendet.

### 5.1.7 Bildung

Der Investitionsbereich Bildung schliesst im 2014 mit Ausgaben in der Höhe von 5.0 Mio. Franken ab und liegt mit 3.0 Mio. Franken unter dem Budget von 8.0 Mio. Franken, bzw. 2.1 Mio. Franken über dem Wert von 2013 (2.9 Mio. Franken).

Die Gründe für die Unterschreitung des Budgets von 3.0 Mio. Franken sind einerseits bauliche Verzögerungen und andererseits eine wohl etwas zu optimistische Planung der Jahresraten.

Der Betrag von 5.0 Mio. Franken wurde vollumfänglich für Mobiliaranschaffungen im Zusammenhang mit den beiden Rahmenausgabenbewilligungen Schulharmonisierung und Tagesstrukturen sowie für weitere zwei Objekte der Schulraumoffensive verwendet.

### 5.1.8 Kultur

Für den Investitionsbereich Kultur wurden im 2014 insgesamt Ausgaben von 2.6 Mio. Franken getätigt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 7.0 Mio. Franken um 4.4 Mio. Franken unterschritten und liegt mit 1.2 Mio. Franken über dem Wert vom Vorjahr (1.4 Mio. Franken).

Die höchsten Unterschreitungen resultieren aus der Verzögerung der folgenden Projekte: Proberäume für Bands von 1.2 Mio. Franken bei der Kultur, Sanierungen III Projektkoordinator, Externes Lager Mieterausbau, Dauerausstellung und Betriebseinrichtung von insgesamt 1.7 Mio. Franken beim Naturhistorischen Museum, die Einrichtung für die neuen permanenten Ausstellungen sowie die Wiedereröffnung des Museums der Kulturen von insgesamt 1.3 Mio. Franken.

Die grössten Vorhaben im 2014 waren die Ankäufe von Kunstwerken beim Kunstmuseum von 5.2 Mio. Franken, die Stiftung des Kunstmuseums hat daran einen Beitrag von 4.2 Mio. Franken geleistet.

Des Weiteren zählen zu den grösseren Vorhaben das externe Lager Mieterausbau beim Naturhistorischen Museum von 0.6 Mio. Franken, die Wiedereröffnung des Museums der Kulturen von 0.5 Mio. Franken sowie die neue permanente Ausstellung (Einrichtung) beim Museum der Kulturen von 0.3 Mio. Franken.

### 5.1.9 Übrige

Für den Investitionsbereich Übrige wurden im 2014 insgesamt Ausgaben in der Höhe von 30.4 Mio. Franken getätigt. Für den allgemeinen, betrieblichen Teil wurden 9.2 Mio. Franken und für die baulichen Investitionsbeiträge wurden 21.2 Mio. Franken ausgegeben. Damit liegen die Ausgaben um 18.2 Mio. markant unter dem Budget 2014 von 48.6 Mio. Franken. Dies ist auf die Unterschreitung des Budgets bei den Investitionsbeiträgen zu Gunsten der Allgemeinen Bibliotheken der GGG von 6.2 Mio. Franken infolge langsamer Rechnungsstellung der Handwerker sowie des Pflegeheims Humanitas Riehen von 5.0 Mio. Franken infolge verzögerten Baubeginns und bei der Projektierung der Erweiterung der Abwasserreinigungsanlage (Projekt EABA) von 2.7 Mio. Franken infolge zeitintensiver Submission zurückzuführen.

Die grössten Ausgaben 2014 wurden im allgemeinen Bereich für die Erweiterung der Strafanstalt Bostadel mit 1.0 Mio. Franken, für die Projektierung der Erweiterung der Abwasserreinigungsanlage (Projekt EABA) mit 0.8 Mio. Franken und für den maschinellen Teil der bestehenden Abwasserreinigungsanlage mit 0.5 Mio. Franken, für die Parkraumbewirtschaftung mit 0.5 Mio. Franken sowie für die Betriebseinrichtungen des Autobahnpolizeistützpunkts mit 0.5 Mio. Franken getätigt.

Die grössten Vorhaben im Bereich der baulichen Investitionsbeiträge waren im 2014 der Beitrag des Kantons Basel-Stadt an die Neubauten der Alters- und Pflegeheime Burgfelderhof, Bethesda und Adullam Riehen mit total 13.2 Mio. Franken, an den Denkmalschutz in der Höhe von 2.0 Mio. Franken, der Beitrag an die Allgemeine Bibliotheken der GGG in der Höhe von 3.5 Mio. Franken, der Beitrag an das Haus der elektronischen Künste mit 0.4 Mio. Franken sowie der Beitrag für Tagesheimplätze mit 0.4 Mio. Franken.

## 5.2 Investitionsübersichtsliste

### 5.2.1 Ausschöpfung der Plafonds

In der nachfolgenden Investitionsübersichtsliste werden die Ausgaben im 2014 für die einzelnen Vorhaben der jeweiligen Investitionsbereiche gezeigt.

Dabei ist zu beachten, dass die in der Investitionsübersichtsliste budgetierten Vorhaben zusammen einen maximalen Budgetbetrag von 130% des im Budget eingestellten 100%-Plafonds ergeben. Damit wird erreicht, dass bei Verzögerungen oder Budgetunterschreitungen durch ein Verschieben zwischen einzelnen Vorhaben möglichst der gesamte zur Verfügung stehende Betrag (Plafond von 100%) wirklich realisiert werden kann. Die Ausschöpfung selbst hingegen ist strikt auf den bewilligten Plafondbetrag (100%) beschränkt. Nur dieser Betrag ist auch als Pauschale im Generalsekretariat des für einen Investitionsbereich verantwortlichen Departements budgetiert.

Die nachfolgende Grafik zeigt einerseits den budgetierten Betrag 2014 (100%-Plafond), die Ausgaben im 2014 (Rechnung 2014, Total der Investitionsübersichtsliste) sowie die prozentuale Ausschöpfung des budgetierten Betrags im Jahr 2014.

Investitionsbereiche in Franken	Budget 2014	Rechnung 2014	Ausschöpfung 2014
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	70'000'000	62'441'783	89% <sup>1</sup>
Öffentlicher Verkehr	40'000'000	39'794'979	99% <sup>2</sup>
Hochbauten im Verwaltungsvermögen	155'000'000	165'532'488	107% <sup>3</sup>
Informatik	15'000'000	6'302'871	42%
Bildung	8'000'000	5'002'182	63%
Kultur	7'000'000	2'615'327	37%
Übrige	48'600'000	30'402'876	63%
<b>Total Investitionsübersicht</b>	<b>343'600'000</b>	<b>312'092'506</b>	<b>90.8%</b>

#### Kommentar

- 1 Ohne Berücksichtigung der Vorhaben, welche durch den MWA-Fonds (über die Bilanz) finanziert werden, beträgt die Ausschöpfung 84.2%.
- 2 Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 18. November 2014 wurde eine Kreditüberschreitung nach §14 FHG Abs. 1 lit. b des Plafonds 2014 im Investitionsbereich „Öffentlicher Verkehr“ von Franken 40.0 Mio. um Franken 7.0 Mio. auf Franken 47.0 Mio. bewilligt.
- 3 Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 13. Januar 2015 wurde die Kreditüberschreitung nach §14 FHG Abs. 1 lit. b des Plafonds 2014 im Investitionsbereich „Hochbauten im Verwaltungsvermögen“ von Franken 155.0 Mio. um Franken 9.0 Mio. auf Franken 164.0 Mio. bewilligt.

### 5.2.2 Investitionsübersichtsliste

Auf der Investitionsübersichtsliste wird beim Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen neben dem Saldo für den gesamten Investitionsbereich auch jeweils ein Teilsaldo für die Bauvorhaben im Bereich der Bildung (Teil Bildung) und für die allgemeinen Bauvorhaben (Teil Übrige) gezeigt. Der Investitionsbereich Übrige weist neben dem Teilsaldo für die allgemeinen Investitionen (Teil Allgemeines) zusätzlich den Teilsaldo für die baulichen Investitionsbeiträge (Teil Investitionsbeiträge) aus.

Die Investitionsübersichtsliste enthält nur Vorhaben aus dem aktuellen regierungsrätlichen Investitionsprogramm.

Bei den Investitionen sind kreditrechtlich die Plafonds für die Investitionsausgaben pro Investitionsbereich relevant. Reicht ein Plafonds nicht aus, muss das Budget für Investitionen erhöht werden. Die

einzelnen Vorhaben auf der Investitionsübersichtsliste sind somit nicht eigene Budgetkredite, ihre Auflistung dient vielmehr der transparenten Darlegung der geplanten Ausgaben, der bereits ausgeschöpften Beträge und der budgetierten Jahrestanchen. Der Grosse Rat bewilligt die finanzrechtlich neuen Ausgaben grösser 300'000 Franken (auf der Investitionsübersichtsliste mit „neu“ bezeichnet) aufgrund eines Ausgabenberichts oder Ratschlages. Die finanzrechtlich neuen Vorhaben grösser 1'500'000 Franken unterstehen dem fakultativen Referendum.

## Legende

### Finanzrechtlicher Status

- **geb** Die Abkürzung geb steht für gebundene Investitionsausgabe grösser 300'000 Franken.
- **neu ohne Datum** Neu ohne Datum steht für neue Investitionsausgaben grösser 300'000 Franken, die vom Grossen Rat noch nicht aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt wurden.
- **neu mit Datum** Neu mit Datum steht für neue Investitionsausgaben grösser 300'000 Franken, die vom Grossen Rat aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt wurden.

### Ausschöpfung

- **Total** Diese Spalte beinhaltet die insgesamt bewilligten Ausgaben pro Investitionsvorhaben sowie die erwarteten Drittmittel.
- **Ausschöpfung bis 2013** Die Spalte beinhaltet alle bis 2013 getätigten Ausgaben bzw. die bis 2013 erhaltenen Drittmittel für das jeweilige Investitionsvorhaben.
- **Ausschöpfung Budget 2014** Diese Spalte zeigt den budgetierten Investitionsbetrag sowie die Drittmittel für das Jahr 2014.
- **Ausschöpfung Rechnung 2014** Die Spalte beinhaltet alle im 2014 getätigten Ausgaben bzw. die im Jahr 2014 erhaltenen Drittmittel.
- **Ausschöpfung ab 2015** Diese Spalte umfasst alle ab 2015 geplanten Ausgaben und Drittmittel für das jeweilige Investitionsvorhaben.

## Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015
<b>350</b>	<b>Kantons- u. Stadtentwicklung</b>		<b>600</b>	<b>476</b>	<b>45</b>	<b>124</b>	<b>0</b>
501000001	APS Projekt Kasernenareal	neu 17.11.99	600	476	45	124	0
<b>601</b>	<b>Generalsekretariat BVD</b>		<b>32'977</b>	<b>2'308</b>	<b>4'385</b>	<b>3'376</b>	<b>27'293</b>
001020207	MWA Nachtigallenwäldli Parkanlage	neu 16.02.11	7'200	366	380	538	6'296
	... davon Drittmittel		-97	-97	0	0	0
001020211	MWA Liestaleranlage Umgestaltung	neu 13.03.13	1'610	15	500	11	1'585
001020214	MWA DB-Areal Reinigung/Gestaltung	neu 17.10.07	14'960	8'116	600	462	6'383
	... davon Drittmittel		-7'748	-7'748	0	0	0
001020216	MWA DB-Areal Reinigung	neu 17.10.07	1'000	387	100	14	599
	... davon Drittmittel		-352	-352	0	0	0
001020217	MWA Voltamatte Neugestaltung	neu 19.05.10	4'436	2'889	50	355	1'191
	... davon Drittmittel		-2'032	-2'032	0	0	0
001020221	MWA St. Johannis-Park	neu 20.10.10	2'599	2'271	150	203	124
	... davon Drittmittel		-2'052	-2'052	0	0	0
001020222	MWA Heuwaage Umgestaltung	neu 16.02.11	3'960	161	178	122	3'677
	... davon Drittmittel		-54	-54	0	0	0
001020223	MWA Schwarzpark sanfte Öffnung	neu 22.01.13	3'100	163	2'000	1'594	1'343
001020224	MWA Bläsiring-Müllheimerstr.	neu 20.10.10	415	299	45	0	116
	... davon Drittmittel		-24	-24	0	0	0
001020225	MWA Klingentalweglein Öffnung	neu 08.02.12	1'485	0	0	10	1'475
001020227	MWA Landhof-Areal Planung	neu	880	0	192	0	880
001020228	MWA Schwarzwaldallee	neu 15.01.13	1'151	0	150	4	1'147
001020233	MWA Grenzacherstrasse	neu 23.10.13	1'650	0	40	47	1'603
001020235	MWA Breitematte	neu 08.07.14	890	0	0	16	874
<b>614</b>	<b>Stadtgärtnerei</b>		<b>10'405</b>	<b>4'394</b>	<b>2'650</b>	<b>362</b>	<b>5'649</b>
030020306	RV Erh. Infr. Stadtgrün 2014-2016	geb 12.11.13	5'105	0	1'750	18	5'087
030050502	Sicherheit auf Kinderspielplätzen	neu 17.01.07	5'300	4'394	900	344	562
<b>617</b>	<b>Tiefbauamt</b>		<b>521'241</b>	<b>237'344</b>	<b>77'350</b>	<b>52'456</b>	<b>231'441</b>
010020007	Elsässer-/Kohlenstr. Knoten Anpassung	neu 14.04.10	8'100	1'861	3'100	3'414	2'824
010020010	Neugestaltung Lichtstrasse	neu 19.05.10	988	479	0	8	501
010020011	Schanzenstr/Spitalstr UKBB Umg.	neu 23.06.10	785	776	10	6	Abschluss
010020013	Spalen-Gems-Heuberg Trillergässlein	neu 13.10.10	1'715	1'790	0	4	Abschluss
	... davon Drittmittel		-109	-109	0	0	0
010020014	Chrischonarain Abschn. Leimgrub.	neu 09.06.10	2'900	2'408	30	12	480
010020015	Grosspeteranlage (Erschliessung)	neu 11.05.11	872	13	500	513	346
010020016	Güterstrasse Baumreihe Anpassung	neu	500	0	100	0	500
010020017	Veloweg Lange Erlen	neu 16.10.13	1'630	0	500	124	1'506
010020019	Wielandplatz Umgestaltung	neu	3'500	0	80	0	3'500
010020020	Wiesenplatz Umgestaltung	neu 15.02.12	3'750	22	200	90	3'637
010020023	Elsässerstr. Hünigerstr. Umgestaltung	neu 06.04.11	3'700	614	1'700	1'397	1'689
010020027	St. Jakobs-Strasse Veloweg	neu	1'000	0	50	0	1'000
010020030	RAB Tempo 30 Zonen Erweiterung	neu 09.01.13	3'000	194	600	342	2'464
010020032	Hegenheimerstr.-Belforterstr.	neu 05.06.13	1'520	0	300	106	1'414
010020033	Rheinuferpromenade Schaffhauserstr.	neu	1'480	0	300	0	1'480
011021051	St. Johann Verkehrsinfrastruktur	neu 19.01.05	22'000	20'294	10	16	Abschluss
	... davon Drittmittel		-1'163	-1'163	0	0	0
011021061	Rahmenkredit neu Velo/Mofa	neu 18.01.06	8'000	6'251	800	651	1'098
	... davon Drittmittel		-228	-228	0	0	0
011021063	Grenzacherstr., Landauer-Hörnli	neu 06.04.11	1'440	30	600	635	776
011021072	Elisabethenstr. Umgestaltung	neu 19.01.11	9'381	151	2'000	2'420	6'810
011021078	Erlenmatt Erschliessung Mitte	neu 17.10.07	4'868	3'686	280	99	1'083
	... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
011021083	Luzerner-/Wasgenring Umgestaltung	neu 10.12.08	29'950	14'208	7'100	7'823	7'919
	... davon Drittmittel		-3'909	-2'340	-1'500	-1'569	0
011021084	Erlenmatt Erschliessung Ost	neu 09.12.09	9'570	3'004	350	171	6'396
011021086	Reinacherstr.Süd	neu 09.01.13	1'020	0	20	0	1'020
011021088	Aeuessere Baselstr. Riehen Strasse	neu 02.03.11	12'000	278	1'600	928	10'793



Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben					
			Total	Ausschöpfung				
				bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015	
011021090	Morgartenring Im langen Loh-Gen.	neu	20.10.10	3'420	3'212	10	23	185
	... davon Drittmittel			-199	-199	0	0	0
012120001	N2 Projekt und Bauleitung	geb			10'451	188	0	1
012140001	N2 Projekt und Bauleitung	geb			-86	0	147	1
012220002	N2 Landerwerb	geb			-4'914	1'080	0	1
012240002	N2 Landerwerb	geb			62	0	59	1
012320003	N2 Bauausführung	geb			46'984	417	0	1
012320400	N2 Einnahmen und Rückerstattung	geb			0	0	0	2
	... davon Drittmittel				-39'498	-1'290	-965	
012320003	N2 Bauausführung	geb			1'818	0	117	1
020020001	Rheinuferpromenade St. Johann	neu	29.06.11	27'970	4'449	11'000	6'915	16'606
	... davon Drittmittel				-1'243	0	-1'243	0
020020005	Fussgängersteg inkl. Abgänge	neu	20.10.10	2'700	1'913	0	306	481
020020006	Hafenentwicklung Klybeckquai Öffnung	neu	11.01.12	900	1'018	150	15	-133
	... davon Drittmittel				-124		-124	
020020007	Wiese Revitalisierung	neu	08.05.12	0	36	800	119	-155
	... davon Drittmittel				0	-1'070	0	0
021028002	IB1 Tramverl. Nr.8 K. Hünigen	neu	16.01.08	32'736	23'966	9'000	3'580	5'190
	... davon Drittmittel				-8'840	-8'840	-2'000	0
025020001	Aeschengraben Veloverbind. Umgest.	neu			3'521	0	150	0
025020003	Rheinuferpromenade Fabrikstrasse	neu			3'000	0	150	0
025020004	RAB Gest. Innenstadt stabile Räume	neu			30'000	0	400	0
025020005	Grosspeteranlage Erschliessung	geb	04.09.12	1'630	17	50	0	1'613
025020006	Baselstr. - Lörracher Umg.	neu	12.02.14	6'922	0	350	113	6'809
025020009	Grenzacherstrasse	neu	23.10.13	2'830	1	1'500	637	2'192
025020010	Erlenmatt Erschl. West Westscho.	geb	04.09.12	3'700	117	2'100	952	2'631
030051000	OT 7: A2-ABAC GP-AP Anschl.BS-City	geb	29.03.11	2'750	0	1'300	0	2'750
	... davon Drittmittel				0	0	-845	0
030055002	OT 7: A2-ABAC Projektst. An.	geb	06.07.04	0	2'178	0	43	-2'220
	... davon Drittmittel				-1'433	-1'398	0	-35
040050001	RAB Fahrzeuge und Geräte 2013-2017	geb	04.09.12	18'580	2'213	3'770	991	15'376
060020001	Containerentsorgung Pilotprojekt	neu			590	0	1'000	0
070020002	Novartis Campus + Entwässerungsk.	neu	14.10.09	19'860	14'477	0	2'254	3'129
	... davon Drittmittel				-13'699	-10'999	-2'700	-2'700
070020557	Kanalinformationssystem	neu	14.12.95	1'880	467	50	74	1'339
070050676	Erlenmatt/DB Areal Kanal. Goldb.	neu	17.10.07	700	0	300	0	700
070050677	Erlenmatt/DB Areal Kanal. Erlenkönigw.	neu	17.10.07	580	4	580	354	221
070050709	Anschlussleitung auf Allmend 3	geb	01.09.09	5'000	3'155	1'000	606	1'238
099990001	RAB WUV Wohnumfeldaufwertung	neu	17.11.99	22'500	21'337	230	326	837
<b>010052001</b>	<b>RV Erh. Infr. Strassen 2009-2012</b>	<b>geb</b>	<b>09.09.08</b>	<b>37'600</b>	<b>58'543</b>	<b>0</b>	<b>11'134</b>	<b>-32'077</b> <sup>3</sup>
010052002	Sammelposition Projekte Strasse	geb	09.09.08		11'598		390	
010052003	Gärtnerstrasse (Inselstr.-Bänd.)	geb	09.09.08		530		0	Abschluss
010052004	Im tiefen Boden (Wasserturm-Bat.)	geb	09.09.08		361		0	Abschluss
010052005	Kannenfeldplatz	geb	09.09.08		700		0	Abschluss
010052006	Dornacherstr. (Reinacher-Münch.)	geb	09.09.08		25		461	
010052007	Klybeckstrasse (Gärtner-Kleinhün.)	geb	09.09.08		399		0	Abschluss
010052008	Schwarzwaldallee	geb	09.09.08		182		0	Abschluss
010052009	Baselstrasse Riehen (Bettinger-St.)	geb	09.09.08		444		1	
010052010	Grenzacherstrasse (Allmendstr.)	geb	09.09.08		36		602	
010052011	Inzlingerstrasse	geb	09.09.08		1'524		2	
010052012	Morgartenring	geb	09.09.08		0		0	Abschluss
010052014	Strassburgerallee (Kannenfeld-H.)	geb	09.09.08		15		0	Abschluss
010052015	Tödistrasse	geb	09.09.08		16		27	
010052019	Allschwilerstrasse	geb	09.09.08		2'036		10	
010052020	Blotzheimerstrasse	geb	09.09.08		894		0	
010052021	Dufourstrasse	geb	09.09.08		585		69	
010052022	Klingelbergstrasse	geb	09.09.08		19		0	Abschluss
010052023	Missionsstrasse	geb	09.09.08		455		0	Abschluss
010052025	Zürcherstrasse	geb	09.09.08		1'030		0	
010052027	Lehenmattstrasse	geb	09.09.08		14		53	Abschluss

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl.		Bruttoausgaben						
			Status	Total	Ausschöpfung				
					bis 2013	B 2014		R 2014	ab 2015
010052029	Redingstrasse	geb	09.09.08		5		16	Abschluss	
010052030	Reinacherstrasse Nord	geb	09.09.08		1'334		219		
010052031	St. Johannis-Ring	geb	09.09.08		87		180		
010052032	Aeschengraben	geb	09.09.08		0		0		
010052033	Riehenstrasse Süd	geb	09.09.08		24		1'141		
010052034	Rümelinsplatz	geb	09.09.08		7		64		
010052035	Giornicostrasse	geb	09.09.08		156		1'261		
010052036	Gotthelfstrasse	geb	09.09.08		279		160		
010052037	Thürkheimerstrasse	geb	09.09.08		9		428	Abschluss	
010052038	Elsässerstrasse	geb	09.09.08		444		1495		
010052040	Feldbergstrasse	geb	09.09.08		299		477		
010052041	Grosspeterstrasse / Nauenstrasse	geb	09.09.08		83		1301		
010052042	Hauptstrasse Bettingen	geb	09.09.08		627		-3		
010052044	Riehenstrasse	geb	09.09.08		869		25		
	... davon Drittmittel				-51		-51	0	
010052045	Aeussere Baselstrasse/Riehenstr	geb	09.09.08		130		396		
010052046	Bundesstrasse/Bundesplatz	geb	09.09.08		710		219		
010052049	Reinacherstrasse Süd	geb	09.09.08				8		
010052051	Wiesenplatz	geb	09.09.08				5		
010052052	In den Schorenmatten	geb	09.09.08		78		424		
010052053	Lothringerstrasse	geb	09.09.08		439		2		
010052054	Viaduktstrasse	geb	09.09.08		296		94		
010052055	Neuhausstr./Grenzstr. Beton-Kre.	geb	09.09.08		9		304		
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		7'997		1'284		
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		1'841		1		
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		5'936		0		
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		12'315		18		
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		3'755		0		
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		11		0		
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		9		0		
	... davon Drittmittel				-18		-18	0	
091050001	Neubadstr./Neuweilerpl. Brücke	geb	09.09.08		0		0	Abschluss	
<b>010053001</b>	<b>RV Erh. Infr.Umgest. Allmend</b>	<b>geb</b>	<b>16.09.08</b>		<b>6'000</b>		<b>2'335</b>	<b>-13</b>	<b>3'678</b> <sup>4</sup>
010053002	Sammelposition Projekte Umgestaltung	geb	16.09.08				4	0	
010053002	Sammelposition Projekte Umgestaltung	geb	16.09.08				2	0	
010053002	Sammelposition Projekte Umgestaltung	geb	16.09.08				1'638	-13	
010053002	Sammelposition Projekte Umgestaltung	geb	16.09.08				227	0	
010053002	Sammelposition Projekte Umgestaltung	geb	16.09.08				464	0	
<b>020054001</b>	<b>RV Erh. Infr. Kunstbauten 2009-2012</b>	<b>geb</b>	<b>09.09.08</b>		<b>8'800</b>		<b>7'622</b>	<b>284</b>	<b>894</b>
020054002	Margarethentalbrücke	geb	09.09.08				71		Abschluss
020054003	Sammelposition Projekte Kunstbauten	geb	09.09.08				3'390	398	
020054003	Sammelposition Projekte Kunstbauten	geb	09.09.08				9	0	
	... davon Drittmittel				-30		-30		
020054004	3 Viaduktstrasse	geb	09.09.08				540	128	Abschluss
020054005	4 Birskopfsteig Anteil Gebunden	geb	09.09.08				232		Abschluss
	... davon Drittmittel				-113		-113		
020054007	Eiserner Steg Obj. 805	geb	09.09.08				30	2	Abschluss
020054008	Erlenspielsteig Obj. 806	geb	09.09.08				16		Abschluss
020054009	Luzernerringbrücke Sofortmassnahmen	geb	09.09.08				1'009	-214	
023056001	Markthallenbrücke: Instandsetzung	geb	12.04.05				2'262	0	
091050001	Neubadstr./Neuweilerpl. Brücke Dorenbach	geb	09.09.08				176		
<b>020055001</b>	<b>RV Erh. Infr. Wasserbau 2009-2012</b>	<b>geb</b>	<b>09.09.08</b>		<b>10'240</b>		<b>2'209</b>	<b>72</b>	<b>7'959</b> <sup>6</sup>
020055002	Sammelposition Projekte Wasserbau	geb	09.09.08				1'362	-198	
	... davon Drittmittel				-315		-315	0	
020055003	Birsigrinne	geb	09.09.08				806	-17	
	... davon Drittmittel				-6		-6	0	
020055004	Gewährleistung Grossschiffahrt	geb	09.09.08				197	81	Abschluss
020055005	Hochwasserschutz Birsig	geb	09.09.08				254	169	
020055005	Hochwasserschutz Birsig	geb	09.09.08					37	
020055005	... davon Drittmittel				-89		-89	0	

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015
<b>025052000 RV Erh. Infr. Strassen 2013 - 2016</b>	<b>geb</b>	<b>25.09.12</b>	<b>58'300</b>	<b>3'343</b>	<b>15'000</b>	<b>4'593</b>	<b>50'364</b> <sup>7</sup>
025052001 Sammelposition Infra Strassen	geb	25.09.12		105		0	
025052001 Sammelposition Infra Strassen	geb	25.09.12		0		28	
025052001 Sammelposition Infra Strassen	geb	25.09.12		1'343		1'791	
025052002 General Guisan-Strasse	geb	25.09.12		37		152	
025052003 Schützenmattstrasse	geb	25.09.12		7		0	
025052004 Falkensteinerstrasse	geb	25.09.12		280		2	
025052005 Messeplatz	geb	25.09.12		194		0	
025052006 Schwarzwaldallee Abschn. Wettsteinallee	geb	25.09.12		18		2	
025052007 Maulbeerstrasse	geb	25.09.12		500		-64	
025052008 St. Jakobs-Str./Münchensteinerstr.	geb	25.09.12		354		82	
025052009 Gärtnerstrasse	geb	25.09.12		64		646	
025052010 Steinenring	geb	25.09.12		119		17	
025052012 Eisenbahnweg	geb	25.09.12		1		116	
025052013 Bettingerstrasse	geb	25.09.12		10		8	
025052015 Rütimeyerstrasse	geb	25.09.12		3		0	
025052017 Hegenheimerstrasse Belforstr.	geb	25.09.12				554	
025052018 Stadionstrasse	geb	25.09.12				8	
025052019 Wettsteinallee	geb	25.09.12		7		10	
025052020 Hermann Albrecht-Strasse	geb	25.09.12		7		0	
025052021 Kapellenstrasse	geb	25.09.12				3	
025052022 Hegenheimerstrasse West	geb	25.09.12		12		31	
025052023 Güterstrasse	geb	25.09.12				23	
025052025 Reservoirstrasse	geb	25.09.12		1		15	
025052026 Friedrich Miescher-Strasse	geb	25.09.12		8		35	
025052027 Thiersteinerrain	geb	25.09.12		5		476	
025052029 Walkeweg	geb	25.09.12		2		9	
025052030 Auf dem Wolf	geb	25.09.12		1		12	
025052031 Göschenenstrasse West	geb	25.09.12		3		41	
025052032 Petersgraben Leonhardsgraben	geb	25.09.12		214		1	
025052033 Engelgasse	geb	25.09.12		48		6	
025052034 Beim Letziturm	geb	25.09.12				10	
025052035 Grenzacherstrasse	geb	26.09.12				245	
025052036 Neuensteinerstrasse	geb	25.09.12				311	
025052037 St. Alban-Ring	geb	25.09.12				6	
025052038 Dorfstrasse	geb	25.09.12				17	
<b>025053000 RV Erh. Infr. Umgest. Allmend 2013-2016</b>	<b>geb</b>	<b>25.09.12</b>	<b>4'000</b>	<b>454</b>	<b>1'100</b>	<b>848</b>	<b>2'698</b> <sup>8</sup>
025053001 Sammelposition Infra Umgestaltung	geb	25.09.12				3	
025053001 Sammelposition Infra Umgestaltung	geb	25.09.12		454		691	
025053001 Sammelposition Infra Umgestaltung	geb	25.09.12				152	
025053001 Sammelposition Infra Umgestaltung	geb	25.09.12				2	
<b>025054000 RV Erh. Infr. Kunstbauten 2013-2016</b>	<b>geb</b>	<b>25.09.12</b>	<b>8'960</b>	<b>60</b>	<b>1'900</b>	<b>40</b>	<b>8'860</b> <sup>9</sup>
025054001 Sammelposition Infra Kunstbauten	geb	25.09.12		34		33	
025054002 Fussgängerbrücke Brüglingerstrasse	geb	25.09.12		26		7	
<b>025055000 RV Erh. Infr. Wasserbau 2013-2016</b>	<b>geb</b>	<b>25.09.12</b>	<b>10'240</b>	<b>190</b>	<b>2'300</b>	<b>688</b>	<b>9'362</b> <sup>10</sup>
025055001 Sammelposition Infra Wasserbau	geb	25.09.12		289		438	
025055001 ... davon Drittmittel			-32	-32		0	
025055001 ... davon Drittmittel			-67	-67		0	
025055002 Revitalisierung Mühletych (Zollfrei)	geb	25.09.12		27		0	
025055002 ... davon Drittmittel			-27	-27		0	
025055003 Birsgrinne	geb	25.09.12				110	
025055004 Wiese Böschungsfuss	geb	25.09.12				44	
025055005 Rhein Galgen	geb	25.09.12				26	
025055006 Rhein Pfalz	geb	25.09.12				43	
025055008 Dorenbach Margarethental	geb	25.09.12				27	
<b>025056000 RV Erh. Infr. Abwasserabl. 2013-2016</b>	<b>geb</b>	<b>25.09.12</b>	<b>35'000</b>	<b>424</b>	<b>11'750</b>	<b>1'244</b>	<b>33'332</b> <sup>11</sup>
025056001 Sammelposition Infra Abwasserleitungen	geb	25.09.12		158		130	
025056002 AW Rufacherstrasse	geb	25.09.12				19	
025056004 AW Angensteinerstrasse	geb	25.09.12				1	
025056004 AW Angensteinerstrasse	geb	25.09.12				25	

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015
025056006 AW Hirzbodenweg	geb	25.09.12				5	
025056007 AW Grellingerstrasse	geb	25.09.12				1	
025056007 AW Grellingerstrasse	geb	25.09.12				137	
025056008 AW Burgfelderstrasse	geb	25.09.12		28		0	
025056010 AW Palmenstrasse	geb	25.09.12				55	
025056011 AW Rümelinsplatz	geb	25.09.12		178		56	
025056012 AW Pumpwerk Birskopf	geb	25.09.12		46		64	
... davon Drittmittel	geb	25.09.12	-16			-16	
025056013 AW Umsetzung Störfallverordnung	geb	25.09.12				30	
025056014 AW Pumpwerk Giessliweg	geb	25.09.12		6		42	
025056015 AW General Guisan-Strasse	geb	25.09.12		8		193	
025056016 AW Hegenheimerstrasse West	geb	25.09.12				360	
025056017 AW Ableitung Entenweiher Lange	geb	25.09.12				43	
025056018 AW Entlastungskanal Lange Erlen	geb	25.09.12				11	
025056019 AW Kapellenstrasse	geb	25.09.12				9	
025056020 AW Schwörstadterstrasse	geb	25.09.12				20	
025056021 AW Winkelriedplatz	geb	25.09.12				13	
025056022 AW St. Jakobs-Strasse	geb	25.09.12				23	
025056023 AW In den Klostermatten	geb	25.09.12				23	
<b>070056001 RV Abwasserableitungsanl. 2009-2012</b>	<b>geb</b>	<b>09.09.08</b>	<b>47'610</b>	<b>38'004</b>		<b>3'812</b>	<b>5'794</b> <sup>12</sup>
070050130 Allg. Sanierung Kanalisation	geb	18.10.78		906		0	
070050130 Allg. Sanierung Kanalisation	geb	18.10.78		117			
070050455 Abflusssimulationsrechnung Kanalnetz BS	geb	26.08.97		1			Abschluss
070050636 Kanalisation Spalenberg	geb	27.05.03		1'480		0	
070050655 Projektierung Kanalisation	geb	30.08.05		94			Abschluss
070050661 Kanalisation im Langen Loh (Globalkre.)	geb	07.02.06		62			
070050679 Kanalisation Elsässerstrasse	geb	10.07.07		459			Abschluss
070050680 Kanalisation Utengasse / Lindenberg	geb	10.07.07		1'603			Abschluss
070050682 Gasstrasse Pro Volta (Globalkredit)	geb	10.07.07		658			
070050685 Kanalisation Breisacherstrasse Süd	geb	10.07.07		3'234			Abschluss
070050689 Kanal. Wasgen-/Luzerneriring	geb	12.08.08		811		-7	
... davon Drittmittel			-66	-66			
070050692 Kanalisation Dornacherstrasse	geb	27.05.08		533			Abschluss
070050693 Hochbergerstrasse	geb	27.05.08		46			Abschluss
070050694 Kan. Münsterhügel 2. Etappe (Globalkre.)	geb	27.05.08		3'462		76	
070050697 Tramverl. L 8 Kanalisation	geb	12.08.08		1'118			Abschluss
070050699 Kan. Markkircherstrasse	geb	12.08.08		463			
070050699 Kan. Markkircherstrasse	geb	12.08.08		1			Abschluss
070050700 Kanalisation Giessliweg	geb	12.08.08		268			
070050701 Kan. Kleines Klingental	geb	12.08.08		662			
070050703 Kanalisation Gärtnerstrasse	geb	12.08.08		596			
070050704 Kanalisation Wiesenschanz	geb	12.08.08		594			
070050706 Kan. Münsterhügel 3. Etappe	geb	12.08.08		16			
070050708 Kanal. Strassburgerallee (Globalkredit)	geb	12.08.08		1'015			
070050710 Kanal. Ryffstrasse	geb	12.08.08		263			
070056002 SE Kleinprojekte Diverses	geb	09.09.08		769		149	
070056713 AW Schönaustr.	geb	09.09.08		382			
070056715 AW Elisabethenstr.	geb	09.09.08		57		604	
070056716 AW Klybeckstr.	geb	09.09.08		123			
070056717 AW Schönbein-/Hebelstr.	geb	09.09.08		133		162	
070056718 AW Allschwilerstr.	geb	09.09.08		582			
070056719 AW Schorenweg	geb	09.09.08		2'207			
070056720 AW Leimgruben-/Walkenweg	geb	09.09.08		8'128			
070056723 AW Neubadstrasse	geb	09.09.08		70			
070056724 AW Bachletten	geb	09.09.08		638			
... davon Drittmittel			-591	-591			
070056725 AW Morgartenring	geb	09.09.08		343			
... davon Drittmittel			-55	-48		-7	
070056726 AW Furkastrasse	geb	09.09.08		179			
070056727 AW Redingstrass/Steinenschanze	geb	09.09.08		273			

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015
070056728	AW Schwarzwaldallee/Beuggenstrasse	geb 09.09.08		13		113	
070056729	AW Giornicostrasse	geb 09.09.08		1'656		1'677	
	... davon Drittmittel		-345	-6		-339	
070056730	AW Lehenmattstrasse	geb 09.09.08		870			
070056731	AW Oekolampad	geb 09.09.08		75		3	
070056732	AW Engelgasse	geb 09.09.08		333		84	
070056734	AW Gundeldingerstrasse West	geb 09.09.08		333		17	
070056735	AW St. Johans-Ring	geb 09.09.08		406		24	
070056736	AW Allschwilerstrasse Ost	geb 09.09.08		152		5	
070056737	AW Viaduktstrasse/Antilopenweg	geb 09.09.08		137			
070056738	AW Pelikanweg	geb 09.09.08		431			
070056739	AW Missionsstrasse	geb 09.09.08		60			
070056740	AW Kleinhüningerstrasse	geb 09.09.08		4			
070056741	AW Röschenzerstrasse	geb 09.09.08		16		34	
070056742	AW Dittingerstrasse	geb 09.09.08		16		34	
070056743	AW Reservoirstrasse	geb 09.09.08				8	
070056745	AW Schwörstädterstrasse	geb 09.09.08				71	
070056746	AW Pfarrgasse	geb 09.09.08		27		366	
070056749	AW Friedensgasse	geb 09.09.08		258		105	
070056750	AW Gotthelfstrasse	geb 09.09.08		559		279	
070056751	AW Grenzstrasse	geb 09.09.08		313		0	
070056752	AW Gundeldingerstrasse Mitte	geb 09.09.08		396		136	
070056753	AW Amerbachstrasse	geb 09.09.08		5		49	
070056754	AW Offenburgerstrasse	geb 09.09.08				169	
091050002	Dornacherstr. (Reinacher-Münchensteiner)	geb 09.09.08		309			
<b>651</b>	<b>Städtebau und Architektur</b>		<b>11'072</b>	<b>8'260</b>	<b>2'418</b>	<b>732</b>	<b>2'080</b>
030020005	APS Stadtentwicklung St. Johann	neu 17.11.99	2'200	1'580	100	102	518
030020014	Zonenplanrevision Basel-Stadt	neu 09.11.05	0	2'001	200	100	-2'101
	... davon Drittmittel		-50	-50	0	0	0
030020022	Rheinuferpromenade Kl.BS Schaffhauser.	neu 18.11.09	400	332	0	38	30
030020023	Bad Bhf Siedlungsstruktur Konzepterarb.	neu 08.12.10	465	440	65	34	-9
030020024	Lörracherstrasse Riehen Umgestaltung	neu 23.06.10	300	91	140	0	209
030020025	Dreispitz Entwicklungsplanung	neu 08.12.10	1'900	657	400	272	971
030020027	Hafenentwicklung Klybeck Kleinh. Planung	neu 14.05.14	1'380	0	500	161	1'219
030020028	Erlenmatt Wettbewerb Stadtplätze	neu 16.12.10	650	635	0	10	5
	... davon Drittmittel		-4	-4	0	0	0
030020029	Grenzacherstr Peter Rot Schwarzwaldallee	neu 08.06.11	350	169	50	50	131
030020031	Innenstadt Qualität im Zentrum 2. Proj.	neu 16.12.10	725	525	113	27	173
030020032	Birsig - Birsigparkplatz Entwickl. Proj.	neu 12.01.11	600	0	100	0	600
030020033	RAB Gest. Innenstadt dyn. Räume	neu	2'000	0	150	0	2'000
030020034	Bad Bhf Veloparking, Planung	neu 23.10.13	540		350	5	535
030026000	Internat. Bauausst. 2020 (IBA)	neu 09.09.09	0	2'256	250	-55	-2'200
	... davon Drittmittel		-384	-372	0	-12	0
<b>661</b>	<b>Mobilität</b>		<b>20'884</b>	<b>5'897</b>	<b>4'830</b>	<b>3'938</b>	<b>11'049</b>
010020003	RAB Langsamverkehr	neu 23.06.10	10'000	5'257	2'400	3'304	1'439
	... davon Drittmittel		-49	-49	0	0	0
010050000	GVM Gesamtverkehrsmodell	geb 01.09.09	1'300	382	360	116	803
	... davon Drittmittel		-17	-17	-180	0	0
020020009	Burgfelder - Missions - Spalenvorstadt	neu 16.10.13	350	0	200	59	291
020020012	Veloparking Bhf SBB Planung	neu	300	0	150	0	300
020020013	Heuwaage-Binnerstrasse Planung	neu	450	0	300	0	450
030020003	Verkehrsregime Innenstadt	neu 12.01.11	1'350	324	930	459	567
<b>030057000</b>	<b>RAB Erh. Infr. Lichtsignalanl. 2013-2016</b>	<b>geb 25.09.12</b>	<b>7'200</b>	<b>0</b>	<b>2'100</b>	<b>1'441</b>	<b>5'759</b> <sup>13</sup>
830057001	Sammelposition Infra Lichtsignalanlagen	geb 25.09.12				869	
830057002	Elisabethenstrasse, Erneuerung	geb 25.09.12				108	
830057003	Schützenhaus, Erneuerung LSA	geb 25.09.12				464	
	<b>Total inkl. Drittmittel</b>		<b>640'989</b>	<b>342'706</b>	<b>103'793</b>	<b>69'482</b>	<b>228'801</b>
	... davon Drittmittel		-31'451	-84'054	-10'685	-7'040	0
	<b>Stadtentwicklung + Allmendinfrastruktur</b>		<b>609'538</b>	<b>258'652</b>	<b>93'108</b>	<b>62'442</b>	<b>228'801</b>

**Kommentar**

- 1 Vollzug des Bundesgesetzes vom 8. März 1960 und Verordnung des Regierungsrates vom 28. Februar 1961 (vom Schweiz. Bundesrat genehmigt am 16. März 1961), 50. Rate (Bundesrechtliche gebundene Ausgaben und Einnahmen).
- 2 Bundesanteil an Nationalstrassenbauten. Die Höhe der Rückerstattung hängt direkt von der Höhe der Ausgaben ab.
- 3 Aufgrund Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind Ausgaben von 11'145'902 Franken der Position 617025052000 RV Erhaltung Infrastruktur Strassen 2013-2016 zuzuordnen. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Strassen 2009-2012 beträgt 35'804'977 Franken.
- 4 Aufgrund Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind die Einnahmen 2014 von -12'692 Franken der Position 617025053000 RV Erhaltung Infrastruktur Umgestaltung Allmend 2013-2016 zuzuordnen. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Umgestaltung Allmend 2009-2012 beträgt 2'146'480 Franken.
- 5 Aufgrund Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind die Ausgaben 2014 von 283'479 Franken Position 617025054000 RV Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten 2013-2016 zuzuordnen. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten 2009-2012 beträgt 6'288'530 Franken.
- 6 Aufgrund Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind die Ausgaben 2014 von 72'029 Franken Position 617025055000 RAB Erhaltung Infrastruktur Wasserbau 2013-2016 zuzuordnen. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Wasserbau 2009-2012 beträgt 2'127'714 Franken.
- 7 Dieser Position sind auch die Ausgaben von 11'145'902 Franken der Position 617010052001 zuzuordnen, für Projekte, die im RV Erhaltung Infrastruktur Strassen 2009-2012 begonnen und im 2013 und 2014 fortgeführt wurden. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Strassen 2013-2016 beträgt 29'050'591 Franken.
- 8 Dieser Position sind auch die Einnahmen von -12'692 Franken der Position 617010053001 zuzuordnen, für Projekte, die im RV Erhaltung Infrastruktur Umgestaltung Allmend 2009-2012 begonnen und im 2013 und 2014 fortgeführt wurden. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Umgestaltung Allmend 2013-2016 beträgt 1'478'995 Franken
- 9 Dieser Position sind auch die Ausgaben von 283'479 Franken der Position 617020054001 zuzuordnen, für Projekte, die im RV Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten 2009-2012 begonnen und im 2013 und 2014 fortgeführt wurden. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten 2013-2016 beträgt 2'011'429 Franken.
- 10 Dieser Position sind auch die Ausgaben von 72'029 Franken der Position 617020055001 zuzuordnen, für Projekte, die im RV Erhaltung Infrastruktur Wasserbau 2009-2012 begonnen und im 2013 und 2014 fortgeführt wurden. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Wasserbau 2013-2016 beträgt 1'030'263 Franken.
- 11 Dieser Position sind auch die Ausgaben von 3'811'811 Franken der Position 617070056001 zuzuordnen, für Projekte, die im RV Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen 2009-2012 begonnen und im 2013 und 2014 fortgeführt wurden. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen 2013-2016 beträgt 10'714'257 Franken.
- 12 Aufgrund Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind die Ausgaben 2014 von 3'811'811 Franken Position 617025056000 RV Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen 2013-2016 zuzuordnen. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen 2009-2012 beträgt 33'756'416 Franken.
- 13 Die Ausgaben 2013 wurden irrtümlicherweise der Position 661830051070 RV Erhaltung Infrastruktur Lichtsignalanlagen 2009-2012 belastet. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Lichtsignalanlagen 2013-2016 beträgt 2'871'386 Franken.

## Öffentlicher Verkehr

Investitionsvorhaben in '000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015
<b>617</b>	<b>Tiefbauamt</b>		<b>166'325</b>	<b>16'023</b>	<b>12'105</b>	<b>5'966</b>	<b>144'336</b>
010020008	Elsässerstr./Kohlenstr. Knoten	neu 14.04.10	4'900	68	3'800	2'398	2'434
010020024	Elsässerstr./Hünningerstr. Umgest.	neu 06.04.11	5'700	66	4'900	2'981	2'654
010020025	Tram 2020 Margarethenstich Bau	neu 07.01.15	4'075	0	800	0	4'075
	... davon Drittmittel		0	0	-400	0	0
010020034	Tram 2020 Erlenmatt Projekt	neu 23.10.13	67'091	0	800	0	Abschluss
010020035	BehiG Wiesenplatz Tramhaltestelle	neu 15.02.12	1'130	0	300	0	1'130
011021056	Erschliessung St. Johann	neu 19.01.05	18'200	13'597	40	0	4'603
	... davon Drittmittel		-6'798	-6'798	-20	0	0
011021079	Erlenmatt ÖV 1. Etappe	neu 09.12.09	970	665	30	0	305
011021089	Aeussere Baselstr. Riehen Gleis	neu 02.03.11	4'223	114	1'095	46	4'064
021028003	Tram 8 Kl.Hünigen-Weil am Rhein	neu 16.01.08	17'329	13'801	100	440	3'089
	... davon Drittmittel		-5'490	-5'490	-40	0	0
025020007	Tram 3 Basel-St. Louis	neu 25.06.14	14'995	0	500	101	14'894
025020012	BehiG RAB Umsetzung Massnahmen	neu	40'000	0	200	0	40'000
<b>651</b>	<b>Städtebau und Architektur</b>		<b>3'860</b>	<b>898</b>	<b>800</b>	<b>197</b>	<b>2'765</b>
030020003	Erlenmatt ÖV 2. Etappe Projektierung	neu 09.12.09	1'000	863	100	0	137
030020030	BehiG Projektierung Infrastruktur	neu 14.11.12	1'460	35	400	197	1'228
030020036	BehiG RAB Massnahmen Projekt.	neu	1'400	0	300	0	1'400
<b>661</b>	<b>Mobilität</b>		<b>174'786</b>	<b>42'439</b>	<b>38'375</b>	<b>33'635</b>	<b>98'612</b>
820020001	Margarethenstich Tram Vorprojekt	neu 16.12.10	640	213	240	44	382
	... davon Drittmittel		0	0	-70	0	0
820020008	BehiG Tram Bruderholz Projektierung	neu 09.04.14	450	0	300	140	310
820040104	Tram 8 Weil am Rhein Beteil. Plan.	neu 16.01.08	3'330	1'364	100	185	1'781
820040108	Tram 3 St. Louis Planung	neu 08.12.10	4'000	1'601	1'350	1'266	1'133
820040110	Tramverläng. Weil am Rhein Zinsen	neu 16.01.08	1'560	0	400	0	1'560
830020001	Pauschale ÖV-Behinderungen	neu 18.01.06	1'500	437	200	35	1'028
850025601	ÖV Erlenmatt Planung	neu 09.06.04	200	120	60	0	80
850026307	Tram 3 Basel - St. Louis	neu 25.06.14	10'430	0	0	14	10'416
850027319	Normwarteallen BVB Sammelkredit	neu 09.04.08	3'000	2'879	0	29	92
850027325	Trolley Fahrleitung Rückbau	geb 14.08.07	3'500	1'522	500	196	1'782
	... davon Drittmittel		-105	-105	0	0	0
850028310	St. Johann-Vorstadt Gleisanpassung	neu 22.04.09	1'100	940	100	209	-49
850028321	Tramverl. Weil am Rhein Bahnba	neu 16.01.08	13'466	12'101	2'000	1'789	-424
	... davon Drittmittel		-5'005	-5'005	-800	0	0
850029601	Tiefbauarbeiten Montage DFI	neu 23.06.10	540	337	153	16	187
850051307	BehiG Versuchshaltestelle Tram	neu 14.11.12	300	0	300	0	300
850051404	BehiG Anpassung von Fahrzeugen	neu 14.11.12	6'000	3'351	1'142	1'495	1'155
850052312	Lärminderungsmaßnahmen BVB	neu 17.10.12	8'300	2'472	2'000	2'377	3'450
850052318	Grundwasserwanne Tramschlaufe	geb 04.09.12	2'000	100	1'950	1'207	693
850054306	BehiG Versuchshaltestelle Bus	neu	350	0	350	0	350
851020001	EuroAirport, Schienenanschluss	neu	10'000	0	50	0	10'000
851020002	Elektr. Hochrheinstrecke Planung	neu 10.12.14	1'400	0	2'000	0	1'400
851040016	Regio S-Bahn Herzstück Projektierung	neu 14.10.09	830	679	50	44	107
<b>850029001</b>	<b>RV Gleisanlagen 2013-2016</b>	<b>geb 04.09.12</b>	<b>107'000</b>	<b>19'533</b>	<b>26'000</b>	<b>24'589</b>	<b>62'878</b> <sup>1</sup>
850026304	IA Riehen Aeussere Baselstrasse	geb 04.09.12		8		1'110	
850027308	IA Steinenring Fahrleitung	geb 04.09.12		1'417		7	
850027317	St. Alban-Graben	geb 04.09.12		466		67	
850028302	IA Elisabethenstr. 15-62	geb 04.09.12		232		2'889	
850028308	IA Allschwilerstr. 2-120 Fahrl.	geb 04.09.12		1'578		0	
850028309	IA Spalenring Fahrleitung	geb 04.09.12		2'099		0	
850029305	IA SEK-05 Burgfelder Rückbau	geb 04.09.12		3'286		272	
850029312	IA Diensträume	geb 04.09.12		979		0	
850029602	IA S-POS Anteil Infrastruktur	geb 04.09.12		2'897		0	
850050300	Neuweilerstrasse Tramschlaufe	geb 04.09.12		0		599	
850050302	IA Baselstr. (Bettinger-Schmied.)	geb 04.09.12		2'123		0	
850050305	IA Gärtnerstrasse	geb 04.09.12		795		141	

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben					
			Total	Ausschöpfung				
				bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015	
850051302	IA Zürcherstrasse	geb 04.09.12		5'849		0		
850051304	IA Ersatz Zungenvorrichtungen	geb 04.09.12		1'138		0		
850052302	Baselstrasse	geb 04.09.12		0		2'005		
850052305	IA Viaduktstrasse	geb 04.09.12		2'154		126		
850052314	IA Fahrkopfvergütung	geb 04.09.12		9'506		4'680		
850052316	Depot Dreispitz Einfahrt und Ab.	geb 04.09.12		1'123		521		
850052317	IA Riehenstr. Schlaufe Eglisee	geb 04.09.12		89		1'237		
850052319	Aeschengraben Centralbahnplatz	geb 04.09.12		2'678		55		
850052320	IA Barfüsserplatz, Leonhards-Str.	geb 04.09.12		595		3		
850052321	IA Elisabethenanlage	geb 04.09.12		371		7		
850052322	IA Greifengasse (Ob.Rheinweg)	geb 04.09.12		356		0		
850052323	IA Äussere Baselstr. (Burgstr.)	geb 04.09.12		1'340		0		
850053304	IA Schiffflände (Marktg.Mitt.-B.)	geb 04.09.12		3'373		13		
850053307	Wolfsschlucht	geb 04.09.12		314		20		
850053308	Bundesplatz	geb 04.09.12		426		4		
850053309	Centralbahnplatz	geb 04.09.12		477		6		
850053310	Jakobsberg	geb 04.09.12		43		1'577		
850053312	Betonkreisel Dorenbach	geb 04.09.12		0		22		
850053314	Bruderholzallee	geb 04.09.12		754		83		
850053321	Gärtnerstrasse	geb 04.09.12		1'306		633		
850053327	Allschwilerplatz	geb 04.09.12		431		8		
850053328	Güterstrasse Tellplatz	geb 04.09.12		0		3'390		
850053333	Claraplatz	geb 04.09.12		0		647		
850053336	Thiersteinerallee	geb 04.09.12		0		471		
850053337	Bankverein	geb 04.09.12		0		295		
850053338	Notersatz St. Jakobsstrasse	geb 04.09.12		0		508		
850053339	Rückbau Bahnsicherungsanlage	geb 04.09.12		0		56		
850054301	IA Allschwilerstr. (A.Platz-Sp.)	geb 04.09.12		3'607		0		
850054307	Spalenvorstadt	geb 04.09.12		0		616		
850054308	Sanierung Wartehallen	geb 04.09.12		0		15		
850054309	Riehenstrasse (Messepl.-Wettst.)	geb 04.09.12		0		489		
850054310	Ersatz St. Johannsvorstadt	geb 04.09.12		0		538		
850054324	Güterstrasse	geb 04.09.12		0		41		
850055300	Hechtliacker	geb 04.09.12		17		1'345		
850055302	Bruderholzweg	geb 04.09.12		90		93		
<b>Total inkl. Drittmittel</b>				<b>362'369</b>	<b>76'858</b>	<b>52'610</b>	<b>39'768</b>	<b>245'713</b>
... davon Drittmittel				-17'398	-17'398	-1'330	0	0
<b>Öffentlicher Verkehr</b>				<b>344'971</b>	<b>59'460</b>	<b>51'280</b>	<b>39'768</b>	<b>245'713</b>

**Kommentar**

- 1 In der Ausschöpfung bis 2013 sind auch die Ausgaben bis 2012 von Projekten enthalten, die bereits im RV Gleisanlagen 2009-2012 begonnen und im 2013 und 2014 auf dieser Position fortgeführt wurden. Die effektive Ausschöpfung bis und mit 2014 des RV Gleisanlagen 2013-2016 beträgt 44'121'854 Franken.



## Hochbauten im Verwaltungsvermögen

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben					
		Total	Ausschöpfung				
			bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015	
<b>420</b>	<b>Liegenschaften VV</b>	<b>175'451</b>	<b>47'644</b>	<b>23'060</b>	<b>11'299</b>	<b>116'508</b>	
010026003	Rathaus Mehrzweckraum	neu 18.12.13	750	0	0	12	738
013026001	Öffentliche Bauten Behinderteng.	neu 04.06.08	7'000	6'743	400	351	-94 <sup>1</sup>
013026002	Erdbebenmassnahmen Risikoanalyse	neu 18.11.09	600	333	90	24	243
013026003	RAB Klimaneutrale Verwaltung BS	neu 25.06.08	33'500	6'996	3'000	528	25'976
013026005	RAB Fotovoltaikanlagen diverse	neu 09.01.13	8'500	0	1'000	17	8'483
119456001	Erlenmatt Erbkönig Gesamtsanierung	neu 19.10.11	1'000	964	0	5	Abrechn.
	... davon Drittmittel		-24	-24	0	0	0
177226001	Klosterfiechten Wohnheim Ersatz	neu 14.01.15	4'275	0	200	0	4'275
189456000	Spalantor Gesamt-Aussensanierung	geb 26.06.12	2'155	1'291	100	473	391
320056000	Waaghof Ersatz Zellenfenster	geb 10.08.10	3'140	670	1'350	964	1'505
320056001	Waaghof Sicherheitsanpassungen	geb 03.09.13	2'000	0	1'000	819	1'181
510029000	Spiegelhof Umbau+Instandsetzung	neu 19.10.11	700	279	470	305	116
512056002	Waaghof Untersuchungsgefängnis	geb 06.11.12	2'300	1'245	1'000	1'010	46
516056000	Hebelstr 51/53 Sanität San/Erdb.	geb 04.09.12	14'000	179	550	421	13'401
517056000	Autobahnpolizeistützpunkt Büror.	geb 01.09.09	2'020	774	0	1'116	130
522056001	Polizeiausbildungszentrum G.Guisan	geb 06.11.12	4'160	0	2'000	10	4'150
525056000	Clarahof SID II Innensanierung	geb 06.09.11	3'180	2'879	0	1	301
525056002	Gundeldingen Polizeiposten Miete	geb 04.09.12	1'300	1'294	0	25	-19
	... davon Drittmittel		-19	-19	0	0	0
526029001	Bässlergut Anbau + Neubau Diensthunde	neu 12.09.12	1'000	0	350	620	380
526056000	Ausschaffungsgefängnis prov. Au.	geb 01.11.11	1'100	1'450	0	34	Abrechn. <sup>2</sup>
531056000	Zeughaus Instandsetzung Dach	geb 11.09.07	1'700	1'480	100	386	-166 <sup>3</sup>
	... davon Drittmittel		-33	0	0	-33	0
532056000	Scherkessel Zivilschutzlager Werkst.	geb 03.09.13	3'531	0	250	52	3'479
540026000	Lützelhof Einsatzzentrale Rettung	neu	4'300	0	100	0	4'300
610056000	Münsterplatz 10-12 Rittergasse	geb 06.11.12	3'750	0	500	78	3'672
614056000	Rittergasse 4 Brandschutzmassnahmen	geb 06.11.12	980	0	400	0	980
615026001	Spiegelgasse AUE Neubau	neu 06.06.12	800	295	270	425	81
617026003	Friedhof Hörnli Neubau Krematorium	neu 08.02.12	18'200	979	710	282	16'938
626029000	Brüssel-Str Montagehalle Neubau	neu 11.05.11	500	1	350	63	436
627026000	TBA Stadtreinigung neues Magazin	neu 16.04.08	450	727	0	258	Abchluss <sup>4</sup>
627026001	TBA Stadtreinigung neues Magazin	neu 11.05.11	5'625	4'534	750	444	647
	... davon Drittmittel		-19	0	0	-19	0
627026002	Hagenastrasse 40A TBA Instandsetzung	neu	8'680	0	3'500	0	8'680
630026001	Stadtgärtnerei neues Magazinkonzept	neu 10.04.13	7'300	0	500	835	6'465
630026002	Liestaleranlage Unterstand Neubau	neu 13.03.13	530	0	500	0	530
634026000	WC-Anlage St.Alban-Rheinweg	neu	640	0	320	0	640
634026003	Neue öffentliche WC-Anlagen	neu 09.06.04	7'460	5'996	600	84	Abchluss <sup>5</sup>
634056001	WC-Anlage Andreasplatz Sanierung	geb 30.08.11	390	178	0	5	Abrechn.
634056002	WC-Anlage Euroville/Elisabethen	geb 03.09.13	330	0	330	203	127
660056000	Breite Allmendverw Brückenkopf	neu 11.05.11	6'900	6'623	350	325	-49 <sup>6</sup>
710056000	GD Departementssekretariat Fenster	geb 04.09.12	440	0	400	1	439
719026001	Dreispietz Kontakt- + Anlaufstelle	neu 06.06.12	2'650	1'777	520	539	334
770056005	Felix Platter-Areal Arealvorbereitung	geb 03.09.13	1'650	0	1'100	621	1'029
<b>422</b>	<b>Liegenschaften VV</b>		<b>6'060</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>15</b>	<b>6'045</b>
001121000	Zeughaus Ersatzstandort KaPo	geb 02.09.14	6'060	0	0	15	6'045
	<b>Total inkl. Drittmittel</b>		<b>175'546</b>	<b>47'687</b>	<b>23'060</b>	<b>11'351</b>	<b>116'508</b>
	... davon Drittmittel		-95	-43	0	-52	0
	<b>Hochbauten im VV Teil Übrige</b>		<b>175'451</b>	<b>47'644</b>	<b>23'060</b>	<b>11'299</b>	<b>116'508</b>
<b>420</b>	<b>Liegenschaften VV</b>		<b>767'554</b>	<b>210'876</b>	<b>149'662</b>	<b>130'245</b>	<b>426'433</b>
100026000	RAB Tagesstrukturen	neu 09.11.11	39'000	2'126	6'200	5'663	31'211 <sup>7</sup>
100026001	RAB Schulharmonisierung	neu 09.11.11	93'000	6'234	20'600	16'013	70'754 <sup>8</sup>
100026002	Brandschutzmassnahmen in Schulhäuser	geb 01.09.09	4'500	4'073	0	12	415
	... davon Drittmittel		-63	-63	0	0	0
100029001	Schulstrukturen (Harmonisierung) Proj.	neu 05.05.10	2'400	890	350	138	1'372
100056000	Schulhäuser Brandschutzmassnahmen	geb 30.08.11	2'705	1'288	1'224	475	942

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben				
		Total	Ausschöpfung			
			bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015
... davon Drittmittel		-23	-23	0	0	0
100056002 Temporäre Schulbauten, diverse	geb 01.11.11	29'500	17'584	6'000	10'977	938
100526000 Dreispitz FHNW HGK Neubau	neu 22.04.09	121'600	77'090	21'595	23'906	20'604
... davon Drittmittel		-16'193	-4'238	-11'000	-11'956	0
119456002 Kaserne Reithalle	geb 30.08.11	800	780	0	47	-28 <sup>9</sup>
119456003 Kaserne Unterer Rossstall Brands.	geb 04.09.12	1'050	541	650	429	80
119459000 Kaserne Hauptbau Gesamtsanierung	neu 20.03.13	1'900	208	400	125	1'568
124026000 Theaterpassage Nutzungsanpassung	neu 18.12.13	2'500	0	1'700	334	2'166 <sup>10</sup>
124056006 Stadttheater + Schauspielhaus	geb 30.08.11	4'870	4'707	0	65	98
124056008 Theater und Schauspielhaus San.	geb 11.06.13	62'000	0	10'000	8'308	53'692
126056000 AGS Sanierung Kanalisation	geb 01.09.09	1'560	1'562	0	-57	55
128056001 BFS Steinenbachgässlein San. Theatersaal	neu	2'280	0	550	0	2'280
128456000 BFS Kohlenberggasse 10 Innensanierung	geb 01.09.09	3'000	2'664	0	279	57
... davon Drittmittel		-33	0	0	-33	0
128856001 BFS Kohlenberggasse 11 Kapazitätserw.	neu 14.11.12	586	0	486	410	176
131059000 Gymnasium Kirschgarten Projekt	geb 01.11.11	1'800	102	600	1'569	129
133856000 Leonhard-Schule Sek Teilsan.	geb 03.09.13	500	0	500	0	500
134656000 Holbein WBS I Fassadenrenovation	geb 10.08.10	1'800	1'647	0	173	-20 <sup>11</sup>
... davon Drittmittel		-53	-30	0	-22	0
136056002 Bäumlhof-Gymnasium Gesamtsanierung	neu 08.09.10	4'000	5'683	0	4'964	-6'647 <sup>12</sup>
138056000 Kaserne Oberer Rossstall Sanierung	geb 03.09.13	3'055	0	800	0	3'055
139429000 Bläsi-Schule Sanierung+Erweiterung	neu 09.11.11	910	59	300	18	832
139856000 Bruderholz-Schule WC-Anlagen	geb 12.08.08	1'620	1'518	0	1	102
140056000 Div Schulhäuser Kanalisation	geb 30.08.11	5'900	757	1'400	989	4'154
140256003 Brunnmatt-Schule Gesamtsanierung	geb 02.11.10	24'985	14'409	7'000	5'589	4'987
... davon Drittmittel		-76	0	0	-76	0
140629000 Christoph Merian-/Gellert-Schule	neu 09.11.11	680	38	200	0	642
141456001 Dreirosen-Schule Teilsanierung	geb 03.09.13	1'731	96	1'615	1'175	460
141456002 Leonhard-Gymnasium Sanierung	geb 03.09.13	1'750	0	1'750	571	1'179
... davon Drittmittel		-22	0	0	-22	0
141726001 Erlenmatt-Schule Neubau/Foto.	neu 22.10.14	33'430	0	0	312	33'118
141729000 Erlenmatt-Schule Projektierung/	neu 09.11.11	1'960	1'007	960	1'065	-112 <sup>13</sup>
144429000 Isaak Iselin-Schule San/Erweiterung	geb 04.09.12	750	0	400	1	749
146456000 Peters-Schule Gesamtsanierung	geb 02.09.14	10'600	283	1'909	434	9'883
147626000 Sandgruben-Schule Neubau	neu 09.11.11	60'000	4'208	15'000	10'961	44'831
148426001 Schoren-Schulhaus+TH Neubau/Fot.	neu 10.12.14	21'930	0	0	6	21'924
148429000 Schoren-Schule Neubau Projektierung	neu 09.11.11	1'340	704	170	1'949	-1'313 <sup>14</sup>
148856001 Sevogel-Schule Teilsanierung	geb 03.09.13	738	36	688	437	265
149656000 Theobald Baerwart-Schule	geb 03.09.13	15'696	0	6'500	3'822	11'874
149659000 Theobald Baerwart-Schule San.	geb 01.11.11	1'100	708	0	389	3
151829000 Volta-Schule Erweiterung Projekt.	neu 09.11.11	1'370	0	1'000	0	1'370
152026000 Bachgraben Spezial Angebote Aus.	neu 22.10.14	3'689	0	0	87	3'602
152029000 Wasgenring Bachgraben Isaak Iselin	neu 09.11.11	1'460	27	1'220	585	847
156426001 Bettingen Schule Erw. Sa. Proj.	neu 19.03.14	490	0	0	11	479
174056000 Zentrum Frühförderung Behindert.	geb 03.09.13	460	0	160	9	451
181056004 Theaterturnhalle Sanierung Dach	geb 04.09.12	850	0	600	0	850
182056000 St. Johann-Schule SH/TH Sanierung	geb 01.11.11	3'600	2'865	0	4	731
... davon Drittmittel		-16	-16	0	0	0
182056002 Rittergasse TH + SA Innen-/Dach	geb 01.11.11	7'900	7'261	0	189	450
... davon Drittmittel		-114	-83	0	-31	0
183029001 St. Jakobshalle Sanierung/Ausbau	neu 09.11.11	4'800	2'151	1'925	2'622	27
183056006 St. Jakobshalle Sanierungen	geb 01.11.11	3'700	3'641	0	73	-14 <sup>15</sup>
184026001 St. Jakob Sportanlage Tribühnengeb.	neu 10.04.13	22'100	694	10'500	9'956	11'450
184026005 Schorenmatte Sportanlage Inst.	neu	4'315	0	1'000	0	4'315
184029005 Sportanlage Bachgraben Erweiterung	neu	1'200	0	300	0	1'200
184056003 Schützenmatte Sportanlage Tribüne	geb 01.09.09	1'200	1'476	0	3	Abrechn.
... davon Drittmittel		-47	-47	0	0	0
184056007 Sportplatz Buschweillerhof Rest.	geb 01.09.09	2'970	3'889	0	24	-943 <sup>16</sup>
184056008 Rankhof Sportanlage Tennisplatz	geb 28.01.14	325	0	0	287	38
185156000 Bachgraben Gartenbad Restaurant	geb 29.08.06	1'500	0	1'000	0	1'500

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben Total	Ausschöpfung			
			bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015
185256002 St. Jakob Gartenbad Eingangsb.	geb 03.11.09	1'000	1'101	0	7	Abrechn. <sup>17</sup>
185256003 St. Jakob Gartenbad Sprungturm	geb 04.09.12	600	381	100	318	-99
185356000 Hallenbad Rialto Badewasseraufb.	geb 06.11.12	1'800	1'865	0	19	-85 <sup>18</sup>
185926000 KEB Eglisee Sanierung	neu 18.09.13	1'100	101	0	885	114
185956000 St. Margarethen KEB Sofortm./Proj.	geb 10.08.10	2'600	968	0	796	835
185956002 KEB Eglisee Sofortmassnahmen	geb 02.09.14	600	0	0	712	-112 <sup>19</sup>
216026000 Kunstmuseum Erweiterungsbau Burghof	neu 17.11.10	100'000	28'079	36'800	31'313	40'608
... davon Drittmittel		-27'500	-14'100	-18'400	-13'400	0
216029001 Kunstmuseum/Laurenzbau Projekt	geb 31.08.10	2'900	2'856	840	4	40
216056000 Kunstmuseum Vorgezogene Sanierung	geb 04.09.12	24'715	1'012	8'000	5'060	18'643
220856001 Kirschgarten-Museum Fassadensan.	geb 03.09.13	750	0	750	15	735
222029000 Naturhistorisches Museum Verlegung	neu 26.06.13	5'800	0	200	0	5'800
222056000 Naturhistorisches Museum Sanierung	geb 01.11.11	7'500	0	3'600	312	7'188
222056001 NMB Präparatorien + Werkstätten	geb 21.09.10	9'500	8'736	0	183	581
222056002 NMB Externes Lager Mieterausbau	geb 06.11.12	3'350	3'072	350	17	261
222056003 NMB Schlüsselberg 3/5 Dach-+Fassad.	geb 03.09.13	1'100	0	600	473	627
226026076 NMB Berri-Bau Sanierung II	geb 12.08.08	9'100	7'722	70	154	1'224
638026000 Kaserne Abbruch Zwischenbau Neu	neu 08.02.12	3'775	59	300	3	3'713
812026001 NMB und Staatsarchiv Neubau	neu 26.06.13	3'150	3	200	0	3'147
812056001 Lyonstrasse 41 Ausbau für prov.	geb 06.11.12	900	516	0	115	268
... davon Drittmittel		-1	-1	0	0	0
<b>422 Liegenschaften VV</b>		<b>66'385</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>3'040</b>	<b>63'345</b>
000451000 St. Johann-Schule Sanierung/Anp.	geb 04.11.14	6'800	0	0	505	6'295
009151000 De Wette-Schule Sanierung/An.	geb 02.09.14	5'500	0	0	1'389	4'111
009251000 Kirschgarten-Gymnasium Gesamtsan.	geb 02.09.14	35'444	0	0	3	35'441
012151000 Vogelsang-Schule Sanierung	geb 02.09.14	1'655	0	0	44	1'611
014251000 Insel-Schule Innensanierung	geb 02.09.14	2'563	0	0	380	2'183
014551000 Theodor-Schule Sanierung	geb 02.09.14	585	0	0	10	575
016551000 Margarethen-Schule Sanierung	geb 04.11.14	2'030	0	0	80	1'950
017051000 Holbein-Schule I + II Gesamt.	geb 02.09.14	6'400	0	0	113	6'287
017251000 Thierstein-Schule Sanierung	geb 04.11.14	1'050	0	0	81	969
018251000 Th Platter/R Linder/Wettstein S.	geb 02.09.14	4'358	0	0	435	3'923
<b>423 Liegenschaften VV</b>		<b>59'375</b>	<b>24'740</b>	<b>16'525</b>	<b>20'946</b>	<b>13'689</b>
130056001 Schulen am Münsterplatz Umbau+San.	geb 04.09.12	8'110	1'394	3'773	4'544	2'172
139456002 Bläsi-Schule Gesamtsanierung	geb 01.11.11	8'150	3'363	2'111	4'869	-83 <sup>20</sup>
142456001 Gotthelf/Gottfried Keller PS Sa.	geb 02.09.14	4'985	0	0	781	4'204
143656000 Hirzbrunnen-Schule Instandsetzung/	geb 06.09.11	15'925	7'840	3'531	5'364	2'722
145256000 Kleinhüniger-Schule Sanierung	geb 31.08.10	3'000	653	1'337	814	1'533
154856000 Hebel-Schule Gesamtsan Umbau TH	geb 02.11.10	19'245	11'490	5'773	4'614	3'141
... davon Drittmittel		-40	0	0	-40	0
<b>Total inkl. Drittmittel</b>		<b>937'495</b>	<b>254'217</b>	<b>195'587</b>	<b>179'811</b>	<b>503'467</b>
... davon Drittmittel		-44'181	-18'601	-29'400	-25'580	0
<b>Hochbauten im VV - Teil Bildung + Kultur</b>		<b>893'314</b>	<b>235'616</b>	<b>166'187</b>	<b>154'231</b>	<b>503'467</b>
<b>Total inkl. Drittmittel</b>		<b>1'113'041</b>	<b>301'904</b>	<b>218'647</b>	<b>191'162</b>	<b>619'975</b>
... davon Drittmittel		-44'276	-18'644	-29'400	-25'632	0
<b>Hochbauten im Verwaltungsvermögen</b>		<b>1'068'765</b>	<b>283'260</b>	<b>189'247</b>	<b>165'530</b>	<b>619'975</b>

### Kommentar

- 1 Bewilligung zur Kreditüberschreitung um 300'000 Franken auf 7'300'000 Franken gemäss RRB 10/09/9 vom 9.3.2010.
- 2 Kreditüberschreitung gemäss RRB 12/30/11 vom 16.10.2012 um 360'000 Franken auf 1'460'000 Franken .
- 3 Die Mehrkosten werden durch die aufgelaufene Teuerung begründet.
- 4 Die die Nominalausgaben übersteigenden Planerkosten hätten richtig auf der Ausführungsausgabe verbucht werden sollen (4206.270.26001). Diese wird daher um den entsprechenden Betrag unterschritten.
- 5 GRB Nr. 12/16/23G vom 18.04.2012 Erhöhung der Nominalausgabe um Franken 280'000.
- 6 Die Mehrkosten werden durch die aufgelaufene Teuerung begründet.
- 7 Die Ausgaben für Mobilien zulasten des am 9. November 2011 vom Grossen Rat bewilligten Ratschlags Baumassnahmen für die Tagesstrukturen sind im Investitionsbereich Bildung abgebildet

- 8 Die Ausgaben für Mobilien zulasten des am 9. November 2011 vom Grossen Rat bewilligten Ratschlags Baumassnahmen für die Schulharmonisierung sind im Investitionsbereich Bildung abgebildet.
  - 9 Die Mehrkosten werden durch die aufgelaufene Teuerung begründet.
  - 10 Derjenige Teil der Investitionskosten, der die nutzungsspezifischen Einbauten und Einrichtungen des Kinos betrifft, wird vom kult.kino betragen. Der von den kult.kino übernommene Kostenanteil an der Investition von Total 3.7 Mio. Franken beträgt 1.2 Mio. Franken.
  - 11 Die Mehrkosten werden durch die aufgelaufene Teuerung begründet.
  - 12 Die Überschreitung wird zu Lasten der Ausgabenbewilligung für die Realisierung GRB Nr. 14/20/05G vom 14.05.2014 kompensiert.
  - 13 Die Überschreitung wird zu Lasten der Ausgabenbewilligung für die Realisierung GRB Nr. 14/43/14G vom 22.10.2014 kompensiert (4201.417.26001)
  - 14 Die Überschreitung wird zu Lasten der Ausgabenbewilligung für die Realisierung GRB 14/50/17G vom 10.12.2014 kompensiert (4201.484.26001).
  - 15 Die Mehrkosten werden durch die aufgelaufene Teuerung begründet.
  - 16 Kreditüberschreitung gem. RRB 12/17/8 vom 05.06.2012 über 800'000.00 Franken auf 3'770'000 Franken, Mehrkosten von 97'711 Franken (2.56% der Nominalausgaben) durch die aufgelaufene Teuerung begründet.
  - 17 Die Mehrkosten von 98'957 Franken (16.49% der Nominalausgaben) ohne Handlungsspielraum wurden gemäss §29 V-FHG bewilligt.
  - 18 Die Mehrkosten von 84'653 Franken (4.70% der Nominalausgaben) ohne Handlungsspielraum wurden gemäss §29 V-FHG bewilligt.
  - 19 Mehrkosten 112'180 Franken (18.70% der Nominalausgaben). Der Bericht für die Überschreitung der Mehrkosten für Sofortmassnahmen an der KEB Eglisee folgt (ED an RR).
  - 20 Die Mehrkosten werden durch die aufgelaufene Teuerung begründet.
-

## Informatik

Investitionsvorhaben in '000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben	Ausschöpfung				
			Total	bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015
<b>271 Hochschulen</b>		<b>5'751</b>	<b>175</b>	<b>2'138</b>	<b>1'267</b>	<b>4'309</b>	
878000100 ICT Volksschule Erweiterung	neu 18.04.12	5'751	175	2'138	1'267	4'309	
<b>330 Staatskanzlei</b>		<b>815</b>	<b>16</b>	<b>550</b>	<b>44</b>	<b>755</b>	
501000000 Kantonsblatt online	neu	500	0	300	0	500	
502000000 Konsul Aktualisierung	geb 06.11.12	315	16	250	44	255	
<b>376 Staatsarchiv</b>		<b>1'346</b>	<b>272</b>	<b>186</b>	<b>198</b>	<b>876</b>	
500000000 StaBS Mikroverfilm.Digit.Sicherh.	neu 27.06.12	1'346	272	204	198	875	
... davon Drittmittel		0	0	-18	0	0	
<b>401 Generalsekretariat FD</b>		<b>14'100</b>	<b>6'587</b>	<b>1'000</b>	<b>904</b>	<b>6'609</b>	
000000002 WorkplaceBS	geb 01.11.11	10'600	6'587	1'000	487	3'526	
860000000 Impulsprogramm E-Government	neu 07.12.11	3'500	0	0	417	3'083 <sup>1</sup>	
<b>403 Finanzverwaltung</b>		<b>3'500</b>	<b>658</b>	<b>1'100</b>	<b>0</b>	<b>2'842</b>	
010000022 Impulsprogramm E-Government	neu 07.12.11	3'500	658	1'100	0	2'842 <sup>2</sup>	
<b>406 ZID</b>		<b>15'475</b>	<b>3'537</b>	<b>2'475</b>	<b>1'601</b>	<b>10'337</b>	
0P0000024 IK-WebBS-Mobileoptimierung	geb 12.11.13	475	0	475	498	-23	
A10100718 Zentrale Anlagekomponenten Erneuer.	geb 10.08.10	15'000	3'537	2'000	1'103	10'360	
<b>501 Stabsbereiche JSD</b>		<b>3'534</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>378</b>	<b>3'156</b>	
109021400 Storage Area Netw. Blaulichtorg.	geb 28.01.14	3'534	0	0	378	3'156	
<b>509 Bereich Rettung</b>		<b>1'850</b>	<b>0</b>	<b>1'540</b>	<b>41</b>	<b>1'809</b>	
030021402 Einsatzleitsystem Sanität, Ersatz	geb 03.09.13	1'850	0	1'540	41	1'809	
<b>510 Bevölk.dienste/ Migration</b>		<b>4'400</b>	<b>114</b>	<b>2'149</b>	<b>1'023</b>	<b>3'263</b>	
001020001 PaRIS Personenauskunfts-,Reg.+Infs.	geb 16.04.13	4'400	114	2'149	1'023	3'263	
<b>614 Stadtgärtnerei</b>		<b>352</b>	<b>46</b>	<b>120</b>	<b>37</b>	<b>269</b>	
030020301 IMS-Avanti SF Phase I- III	geb 04.09.12	352	46	120	37	269	
<b>651 Städtebau + Architektur</b>		<b>1'100</b>	<b>0</b>	<b>300</b>	<b>0</b>	<b>1'100</b>	
051020002 Software kundenorient. Denkmalpflege	neu	1'100	0	300	0	1'100	
<b>730 Gesundheitsversorgung</b>		<b>750</b>	<b>0</b>	<b>350</b>	<b>810</b>	<b>-60</b>	
001000001 eHealth	neu 08.01.14	750	0	350	810	Abrechn. <sup>3</sup>	
<b>Total inkl. Drittmittel</b>		<b>52'973</b>	<b>11'405</b>	<b>11'926</b>	<b>6'303</b>	<b>35'265</b>	
... davon Drittmittel		0	0	-18	0	0	
<b>Informatik</b>		<b>52'973</b>	<b>11'405</b>	<b>11'908</b>	<b>6'303</b>	<b>35'265</b>	

## Kommentar

- 1 Budgettranche 2014 unter Position 403010000022.
- 2 Ausgaben 2014 unter Position 401860000000.
- 3 Überschreitung aufgrund nicht eingeplanter MWST.

**Bildung**

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben					
		Total	Ausschöpfung				
			bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015	
<b>201</b>	<b>Zentrale Dienste</b>	<b>2'532</b>	<b>2'862</b>	<b>8'648</b>	<b>5'002</b>	<b>-5'332</b>	
862000022	Bäumlihof-Gymnasium Mobilien	neu 14.05.14	1'879	0	0	379	1'500
862000032	Brunnmatt-Schule Mobilien	geb 02.11.10	653	282	200	257	114 <sup>1</sup>
862010001	RAB Schulharmonisierung Mobilien	neu 09.11.11	(93'000)	2'149	6'526	3'880	-6'029 <sup>2</sup>
862010002	RAB Tagesstrukturen Mobilien	neu 09.11.11	(39'000)	431	1'922	485	-917 <sup>3</sup>
	<b>Total inkl. Drittmittel</b>		<b>2'532</b>	<b>2'862</b>	<b>8'648</b>	<b>5'002</b>	<b>-5'332</b>
	... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
	<b>Bildung</b>		<b>2'532</b>	<b>2'862</b>	<b>8'648</b>	<b>5'002</b>	<b>-5'332</b>

**Kommentar**

- 1 Zuzüglich zur Auftragsnummer 201862000032 zählt die Auftragsnummer 201862000021 für das Projekt Brunnmatt-Schule. Für beide Auftragsnummern beträgt die Nominalausgabe Franken 950'000 und die Ausschöpfung bis 2013 Franken 579'000.
- 2 Ausgaben zulasten Vorhaben 420100026001 RAB Schulharmonisierung über 93 Mio. Franken
- 3 Ausgaben zulasten Vorhaben 420100026000 RAB Tagesstrukturen über 39 Mio. Franken

**Kultur**

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben					
		Total	Ausschöpfung				
			bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015	
<b>370</b>	<b>Kultur</b>		<b>1'700</b>	<b>0</b>	<b>1'200</b>	<b>0</b>	<b>1'700</b>
821000023	Proberäume für Bands	neu 12.01.11	1'700	0	1'200	0	1'700
<b>371</b>	<b>Kunstmuseum</b>		<b>-1'071</b>	<b>0</b>	<b>1'000</b>	<b>985</b>	<b>-2'055</b>
500000001	KMB Ankäufe Kunstwerke 2014-2017	neu 21.05.14	3'200	0	1'000	5'255	-2'055
	... davon Drittmittel		-4'271	0	0	-4'271	0
<b>373</b>	<b>Historisches Museum</b>		<b>320</b>	<b>107</b>	<b>140</b>	<b>6</b>	<b>207</b>
502000006	HMB Schranksysteme Genuastrasse	geb 04.09.12	320	107	140	6	207
<b>374</b>	<b>Naturhistorisches Museum</b>		<b>4'868</b>	<b>904</b>	<b>2'410</b>	<b>683</b>	<b>3'282</b>
500000000	NMB Sanierungen III Projektkoordination	geb 01.11.11	168	0	118	0	168
500000001	NMB Externes Lager Mieterausbau	geb 06.11.12	1'950	613	950	607	730
830000000	NMB Dauerausst.+Betriebseinrichtung	geb 03.11.09	2'750	291	1'342	76	2'383
<b>375</b>	<b>Museum der Kulturen</b>		<b>5'390</b>	<b>2'550</b>	<b>2'277</b>	<b>934</b>	<b>1'906</b>
830000000	MKB Neue perm. Ausstellungen Einr.	neu 13.11.13	1'580	41	1'000	395	1'143
835000000	MKB Museum der Kulturen Wiedereröffnung	neu 03.02.10	3'810	2'509	1'277	538	763
<b>376</b>	<b>Staatsarchiv</b>		<b>258</b>	<b>187</b>	<b>58</b>	<b>8</b>	<b>63</b>
103000000	StaBS Prov. Lager Lyonstr. 41 A	geb 06.11.12	258	187	58	8	63
	<b>Total inkl. Drittmittel</b>		<b>15'736</b>	<b>3'748</b>	<b>7'085</b>	<b>6'886</b>	<b>5'102</b>
	... davon Drittmittel		-4'271	0	0	-4'271	0
	<b>Kultur</b>		<b>11'465</b>	<b>3'748</b>	<b>7'085</b>	<b>2'615</b>	<b>5'102</b>

## Übrige

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015
<b>350</b>	<b>Kantons- u. Stadtentwicklung</b>		<b>2'916</b>	<b>0</b>	<b>200</b>	<b>0</b>	<b>2'916</b>
500000001	Neue Fussgängerorientierung Basel	neu 17.09.14	2'916	0	200	0	2'916
<b>376</b>	<b>Staatsarchiv</b>		<b>534</b>	<b>423</b>	<b>148</b>	<b>170</b>	<b>-59</b>
500000001	StaBS Ers.nicht-arch.Verp.Urk.	geb 10.08.10	534	423	148	170	-59
<b>403</b>	<b>Finanzverwaltung</b>		<b>1'085</b>	<b>653</b>	<b>441</b>	<b>160</b>	<b>272</b>
831000000	HRM2 in Anbindung an IPSAS	geb 02.11.10	1'085	653	441	160	272
<b>406</b>	<b>ZID</b>		<b>656</b>	<b>0</b>	<b>500</b>	<b>8</b>	<b>648</b>
0P0000025	ZID-SP2-Betriebseinrichtg. Ersatz	geb 12.11.13	656	0	500	8	648
<b>409</b>	<b>Zentraler Personaldienst</b>		<b>2'852</b>	<b>897</b>	<b>1'445</b>	<b>802</b>	<b>1'152</b>
4000002	Systempflege, Überführung 2 des Proj.	geb 06.09.11	2'852	897	1'445	802	1'152
<b>506</b>	<b>Kantonspolizei</b>		<b>4'070</b>	<b>1'578</b>	<b>1'730</b>	<b>783</b>	<b>1'709</b>
559020000	Erdbebenvorsorge (partnerschaft.)	neu 07.12.11	870	459	230	204	207
559020001	Mobilisierungssystem	geb 02.11.10	1'090	998	Abschluss	Abrechn.	
559020002	Einsatzzentralen Tel-Infrastr.	geb 03.09.13	1'610	0	1'500	44	1'566
582020000	Autobahnpolizeistützpunkt Umbau	geb 09.09.08	500	121	0	438	Abschluss
<b>509</b>	<b>Bereich Rettung</b>		<b>5'761</b>	<b>1'301</b>	<b>2'340</b>	<b>1'123</b>	<b>3'337</b>
010021500	Sirenenanlagen im Kanton BS, Ersatz	geb 02.09.14	500	0	0	1	499
020020010	Drehleiter „32“ Feuerwehr, Ersatz	geb 01.11.11	1'200	914	0	7	Abschluss
020021400	Tanklöschfahrz. der Berufsfeuerw.	geb 12.11.13	1'400	0	840	0	1'400
027021300	Löschfahrzeuge Bezirksfeuerwehr	geb 06.11.12	1'161	387	0	774	Abschluss
027021400	Rüstfahrzeuge der Miliz Feuerwehr	geb 03.09.13	510	0	510	0	510
030021401	Patientenmonitoring Sanität, Ersatz	geb 03.09.13	650	0	650	0	650
030021403	Rettungswagen Sanität, Ersatz	geb 12.11.13	340	0	340	341	Abschluss
<b>510</b>	<b>Bevölk.dienste/ Migration</b>		<b>4'146</b>	<b>2'515</b>	<b>1'146</b>	<b>1'025</b>	<b>606</b>
094020001	Risk Assessment	neu 16.04.08	1'200	715	0	25	Abschluss
097020000	Strafanstalt Bostadel Erweiter.	neu 09.05.12	2'946	1'800	1'146	1'000	Abschluss
<b>614</b>	<b>Stadtgärtnerei</b>		<b>9'532</b>	<b>7'935</b>	<b>2'188</b>	<b>1'484</b>	<b>113</b>
030020304	RV Freizeitgartenareale	geb 03.09.13	2'500	16	610	337	2'147
030020305	RV Friedhöfe 2013-2016	geb 12.11.13	1'954	0	657	110	1'844
030020307	Grünflächenkataster Aktualisier.	geb 06.11.12	1'328	112	421	124	1'092
030020503	Gemeinschaftsgrabanlage Abt. 9	neu 24.03.09	3'000	2'926	Abschluss	Abrechn.	
030020603	Baumpflanzungen laut Richtplan	neu 23.06.99	0	4'212	500	662	-4'874 <sup>1</sup>
030020951	Förderung der Wohnlichkeit	neu 07.01.09	750	669	0	251	-170 <sup>2</sup>
<b>617</b>	<b>Tiefbauamt</b>		<b>2'500</b>	<b>1'680</b>	<b>300</b>	<b>188</b>	<b>633</b>
600500001	Öffentl. Toilettenanlagen II	geb 01.09.09	2'500	1'680	300	188	633
<b>651</b>	<b>Städtebau + Architektur</b>		<b>900</b>	<b>1'578</b>	<b>20</b>	<b>50</b>	<b>-728</b>
30020020	Hafen St. Johann Campus Novartis	neu 18.01.06	900	1'578	20	50	Abschluss <sup>3</sup>
<b>661</b>	<b>Mobilität</b>		<b>1'850</b>	<b>566</b>	<b>450</b>	<b>496</b>	<b>788</b>
001020001	Parkraumbewirtschaftung	neu 21.09.11	1'850	566	450	496	788
<b>706</b>	<b>Gesundheitsschutz</b>		<b>450</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>408</b>	<b>42</b>
022020132	LC-MS-Massenspektrum 2013/2	neu 16.10.13	450	0	0	408	Abrechn.
<b>831</b>	<b>Amt für Umwelt und Energie</b>		<b>19'553</b>	<b>6'815</b>	<b>6'346</b>	<b>2'461</b>	<b>10'277</b>
080004009	2000-Watt-Gesellschaft	neu 22.04.09	2'080	1'107	523	262	711
081022006	Abwasserreinigungsanl. BS best.	neu 25.06.75	0	0	1'500	488	0
081022022	Abwasserreinigungsanl. BS Proj.	neu 11.12.13	10'800	0	3'500	837	9'963
083004003	Lärmschutzmassnahmen Strassenabsch. ... davon Drittmittel	neu 15.12.04	3'600	2'210	1'050	266	1'124 <sup>4</sup>
083004004	Lärmschutzmassnahmen Strassenabsch. ... davon Drittmittel	neu 15.12.04	5'000	5'425	0	608	-1'033 <sup>5</sup>
				-1'259	0	0	0
	<b>Total inkl. Drittmittel</b>		<b>58'732</b>	<b>27'868</b>	<b>17'481</b>	<b>9'158</b>	<b>21'706</b>
	... davon Drittmittel		-1'927	-1'927	-227	0	0
	<b>Übrige Teil Allgemein</b>		<b>56'805</b>	<b>25'941</b>	<b>17'254</b>	<b>9'158</b>	<b>21'706</b>
<b>290</b>	<b>Jugend Familie und Sport</b>		<b>6'650</b>	<b>2'793</b>	<b>1'062</b>	<b>372</b>	<b>3'485</b>
039000001	Tagesheimplätze I Invest.-Beiträge	neu 03.06.09	3'750	2'793	662	372	585
039000002	Tagesheimplätze II Invest.-Beiträge	geb 03.09.13	2'900	0	400	0	2'900
<b>370</b>	<b>Kultur</b>		<b>12'176</b>	<b>1'266</b>	<b>11'644</b>	<b>4'950</b>	<b>5'960</b>

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2013	B 2014	R 2014	ab 2015
821100007	Theater Basel Probebühne Steine.	neu 23.10.13	1'000	0	1'000	1'000	Abschluss
821300008	Allgemeine Bibliotheken der GGG	neu 07.12.11	10'296	1'266	9'764	3'544	5'486
821400000	Haus el. Künste Oslostr. Ausstatt.	neu 25.06.14	520	0	520	406	114
822100000	Proberäume Tanz + Theater Erlen.	neu	360	0	360	0	360
<b>401</b>	<b>Generalsekretariat FD</b>		<b>2'570</b>	<b>1'470</b>	<b>970</b>	<b>735</b>	<b>365</b>
001000001	St. Alban Kirche Instandstellung	neu 14.03.12	2'570	1'470	970	735	365
<b>651</b>	<b>Städtebau + Architektur</b>		<b>27'300</b>	<b>5'095</b>	<b>2'500</b>	<b>2'010</b>	<b>20'195</b>
051020001	Denkmalschutz 2013-2017 Invest.	neu 09.01.13	14'800	390	1'600	1'076	13'334
051020099	Denkmalschutz 2008-2012 Invest.	neu 12.09.07	12'500	4'705	900	934	6'861
<b>730</b>	<b>Gesundheitsversorgung</b>		<b>36'948</b>	<b>10'386</b>	<b>18'205</b>	<b>13'176</b>	<b>13'386</b>
072000001	Alterszentrum Burgfelderhof Invest.	neu 19.10.11	10'431	5'170	5'000	5'170	Abrechn.
072000002	Pflegezentrum Bethesda Inv. Beiträge	neu 17.10.12	10'614	5'216	5'183	5'216	Abrechn.
072000003	Pflegeheim Adullam Riehen Invest.	neu 12.02.14	5'580	0	3'000	2'790	2'790
072000004	Pflegeheim Humanitas Inv. Beiträge	neu 12.11.14	10'323	0	5'022	0	10'323
	<b>Total inkl. Drittmittel</b>		<b>85'644</b>	<b>21'010</b>	<b>34'381</b>	<b>21'243</b>	<b>43'391</b>
	... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
	<b>Übrige Teil Investitionsbeiträge</b>		<b>85'644</b>	<b>21'010</b>	<b>34'381</b>	<b>21'243</b>	<b>43'391</b>
	<b>Total inkl. Drittmittel</b>		<b>144'376</b>	<b>48'878</b>	<b>51'862</b>	<b>30'401</b>	<b>65'097</b>
	... davon Drittmittel		-1'927	-1'927	-227	0	0
	<b>Übrige</b>		<b>142'449</b>	<b>46'951</b>	<b>51'635</b>	<b>30'401</b>	<b>65'097</b>

**Kommentar**

- 1 Es stehen jährlich 500'000 für Baumpflanzungen gemäss Alleenplan zur Verfügung
- 2 Die Massnahmen zur Förderung der Wohnlichkeit werden ab Budget 2015 über die Erfolgsrechnung abgewickelt. Massnahmen 2014 wurden der Rahmenausgabebewilligung 2009-2013 belastet.
- 3 Mehrausgaben werden per Projektende über den „Campus-Kredit“, abgerechnet.
- 4 Unter Berücksichtigung der Drittmittel beträgt die Ausschöpfung bis 2013 Franken 1'542'000 sowie die Ausschöpfung ab 2015 Franken 1'792'000.
- 5 Unter Berücksichtigung der Drittmittel beträgt die Ausschöpfung bis 2013 Franken 4'166'000 sowie die Ausschöpfung ab 2015 Franken 227'000.





## **6 Die Zahlungsströme an eigene, ausserkantonale und an private Institutionen**

## 6.1 Beiträge an eigene Institutionen

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Rechnung (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Globalbeitrag Universität Basel	2010-2013	599'800	599'800			0
Globalbeitrag Universität Basel	2014-2017	650'100		161'000	161'100	489'000
Globalbeitrag für Studienberatung an der Universität	2010-2013	1'932	1'932			0
Globalbeitrag für Studienberatung an der Universität	2014-2017	1'992		498	498	1'494
Globalbeitrag für Universitätsbibliothek	2010-2013	4'427	4'427			0
Globalbeitrag für Universitätsbibliothek	2014-2017	5'026		1'256	1'256	3'770
Globalbeitrag Fachhochschule Nordwest- schweiz	2012-2014	126'138	80'278	45'860	45'860	0
Swiss Tropical and Public Health Institute	2012-2016	9'400	3'400	2'000	2'000	4'000
Rententeuerung ex FHBB/HPSA-BB An- teil BS	jährlich		0	150	0	
Volkshochschule BB	2013-2016	2'765	692	691	692	1'382
<b>Hochschulen</b>			<b>690'528</b>	<b>211'455</b>	<b>211'406</b>	<b>499'646</b>
<b>Erziehungsdepartement</b>			<b>690'528</b>	<b>211'455</b>	<b>211'406</b>	<b>499'646</b>
BVB RPV	jährlich		3'667	3'650	3'628	
Abgeltung Ortsverkehr BVB	jährlich		52'592	55'537	53'767	
U-Abo Beiträge	jährlich		20'160	20'100	20'468	
<b>Mobilität</b>			<b>76'419</b>	<b>79'287</b>	<b>77'863</b>	
<b>Bau- u. Verkehrsdepartement</b>			<b>76'419</b>	<b>79'287</b>	<b>77'863</b>	
Universitätsspital - Beiträge KVG stationär	jährlich		101'935	106'450	106'773	
Felix Platter-Spital - Beiträge KVG statio- när	jährlich		27'734	26'650	27'746	
Univ. Psych. Kliniken - Beiträge KVG sta- tionär	jährlich		28'076	25'250	30'575	
UKBB - Beiträge KVG stationär	jährlich		8'296	8'900	8'232	
Abgeltung amb öffentl. Spitäler	2012-2013	42'213	46'479			-4'266
Abgeltung amb öffentl. Spitäler	2014-2015	14'700		9'200	9'171	5'529
Ungedeckte Leistungen Tageskliniken	2012-2013	8'902	5'672			3'230
Ungedeckte Leistungen Tageskliniken	2014-2015	5'500		2'500	2'878	2'622
Weiterbildung FMH Facharzt	2012-2013	25'880	25'453			427
Weiterbildung FMH Facharzt	2014-2015	22'850		11'300	12'221	10'629
L + F Diff.Abzug	2012-2013	113'045	109'590			3'455
L + F Diff.Abzug	2014-2015	114'500		58'000	56'749	57'751
Übrige Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2012-2013	20'785	5'163			15'622
Übrige Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2014-2015	3'740		2'370	1'906	1'834
Versorgung Langzeitpflege-Bereich Spitä- ler	2012-2013	6'000	7'433			-1'433
Versorgung Langzeitpflege-Bereich Spitä- ler	2014-2015	3'071		4'500	3'071	0
Spital Sozialdienst	2012-2013	4'000	7'918			-3'918
<b>Gesundheitsversorgung</b>			<b>373'748</b>	<b>255'120</b>	<b>259'322</b>	<b>91'482</b>
<b>Gesundheitsdepartement</b>			<b>373'748</b>	<b>255'120</b>	<b>259'322</b>	<b>91'482</b>

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Rechnung (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Defizit Basl. Personenschiff. BPG	2010-2014	2'350	1'880	470	470	0
<b>Generalsekretariat WSU</b>			<b>1'880</b>	<b>470</b>	<b>470</b>	<b>0</b>
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitä- ler	2014-2015	8'800		4'400	4'400	4'400
<b>Amt für Beistandschaften und Erwach- senenschutz</b>			<b>0</b>	<b>4'400</b>	<b>4'400</b>	<b>4'400</b>
<b>Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt</b>			<b>1'880</b>	<b>4'870</b>	<b>4'870</b>	<b>4'400</b>
<b>Entschädigungen/Beiträge an eigene Institutionen</b>			<b>1'142'575</b>	<b>550'732</b>	<b>553'461</b>	<b>595'528</b>

## 6.2 Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Rechnung (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Schweizer Schule Sao Paulo	2013-2017	125	25	25	25	75
Musikakademie der Stadt Basel	2012-2016	65'000	26'000	13'000	13'000	26'000
Bim Buur in d'Schuel, ab 2014 siehe DST 271	jährlich		20	0	0	
Projekt AKEP, ab 2014 siehe DST 271	2012-2015	140	70	0	0	70
<b>Leitung Bildung</b>			<b>26'115</b>	<b>13'025</b>	<b>13'025</b>	<b>26'145</b>
Lukasclub	2013-2016	172	43	43	43	86
<b>Volksschulen</b>			<b>43</b>	<b>43</b>	<b>43</b>	<b>86</b>
Handelsschule KV Basel „Defizitabdeckung“ (Budgetdach 16.5 Mio. p.a. zuz. Teuerung)	2010-2014	71'434	56'627	14'565	14'807	0
HKV „PK-Kosten“ gemäss eff. Aufwand	2010-2014	11'281	9'192	2'330	2'088	0
Überbetr. Kurse an Partnerfirmen LW AGS	jährlich		15	18	17	
<b>Berufsbildende Schulen</b>			<b>65'834</b>	<b>16'913</b>	<b>16'912</b>	<b>0</b>
Kurse Berufsbildner, BBG Art. 11	jährlich		19	26	47	
Lehrabschlussprüfungen LAP	jährlich		2'490	2'530	2'626	
Beiträge Sitzkanton Basel: ÜK	jährlich		2'906	2'523	2'839	
Beiträge Sitzkanton Basel: WB	jährlich		162	72	100	
Beiträge Überkantonale: ÜK	jährlich		1'138	909	943	
Beiträge Überkantonale: WB	jährlich		112	69	6	
Overall Basel Lehrverbund	2012-2014	420	255	140	115	49
Lehrbetriebe LBB	2010-2013	8'100	8'087			13
Lehrbetriebe LBB	2014-2017	6'240		1'560	1'468	4'772
<b>Leitung Mittelschulen und Berufsbildung</b>			<b>15'168</b>	<b>7'830</b>	<b>8'144</b>	<b>4'835</b>
Preis der Stadt Basel für w. Forschung	jährlich		20	20	20	
Histor.-/Antiquar.Gesellschaft: Publikation	jährlich		20	20	20	
Geogr.-ethnologische Gesellschaft Basel	jährlich		15	15	15	
Archäologie Schweiz	jährlich		20	20	20	
Stiftung Wildt'sches Haus „Defizitdeckung“ (Staatsbeitrag max. Fr. 85'000.– p.a.)	2012-2016	228	58	85	0	170
Zschokkehaus Engelberg	jährlich		12	12	12	
Bim Buur in d'Schuel, bis 2013 siehe DST 220	jährlich			20	20	
Projekt AKEP, bis 2013 siehe DST 220	2012-2015	140	70	35	35	35
<b>Hochschulen</b>			<b>215</b>	<b>227</b>	<b>142</b>	<b>205</b>
Familien-, Paar- und Erziehungsberatung	2012-2015	7'200	3'600	1'800	1'800	1'800
Begleitete Besuchstage	2012-2015	260	130	65	65	65
Mütter- und Väterberatung	2011-2014	3'160	2'270	890	890	0
Verein Elternhilfe beider Basel	2013-2016	40	10	10	10	20
PEB Programm für Elternbildung	2012-2015	126	63	32	32	32
Familienpass	2013-2014	45	23	23	23	0
Pflegefamiliendienst	2013-2016	800	200	200	200	400
Bürgerliches Waisenhaus	jährlich		3'323	3'100	3'441	
Kinderheim Lindenberg	jährlich		1'499	1'500	1'646	
Kinderhaus Gellert	jährlich		1'184	1'200	1'360	
Schifferkinderheim	jährlich		1'279	1'100	1'477	
Kinderhaus Holee	jährlich		1'285	1'400	1'474	

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Rechnung (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
AHBasel	jährlich		196	200	317	
Durchgangsheim im Vogelsang	jährlich		1'177	700	758	
Erlenhof	jährlich		524	700	808	
Wohnheim Schlössli	jährlich		307	400	368	
Beobachtungsstation FoyersBasel	jährlich		194	150	398	
Durchgangsstation FoyersBasel	jährlich		345	500	388	
Wohngruppe FoyersBasel	jährlich		337	350	288	
JuAr Basel	2012-2015	13'064	6'532	3'266	3'266	3'266
Verein Robi-Spiel-Aktionen	2012-2015	5'375	2'688	1'344	1'344	1'343
Verein Mobile Jugendarbeit	2012-2015	1'519	760	380	380	379
Spielwerkstatt Kleinhüningen	2012-2015	921	460	230	230	231
Jugendzentrum Dalbeloch	2012-2015	900	450	225	225	225
Freizeitzentrum Dreirosen	2013-2015	675	225	225	225	225
Spilraum Elsässerstrasse	2012-2015	509	255	127	127	127
Verein Eulerstrooss nüün	2012-2015	379	189	95	95	95
Basler Kindertheater	2012-2015	400	200	100	100	100
Off. Kinderarbeit oberes Kleinbasel	2012-2015	171	86	43	43	42
Verein zum Burzelbaum	2012-2015	102	51	25	25	26
Pro Juventute - Beratung und Hilfe 147	2013-2015	60	20	20	20	20
Stiftung Idée Sport	2012-2015	102	51	25	25	26
Familea Tagesheime	jährlich		13'883	15'000	14'845	
Gundeldinger Krippe	jährlich		1'580	1'600	1'489	
Kinderkrippen Bläsistift	jährlich		2'343	2'350	2'330	
Tagesfamilien Basel-Stadt	jährlich		1'701	1'700	1'528	
Kinderhaus Gellert	jährlich		1'610	1'600	1'551	
Krippe zu St. Peter	jährlich		970	930	902	
Kindertagesheim Verenhof	jährlich		961	1'030	911	
Generationenhaus Neubad	jährlich		1'036	1'020	1'451	
Krippe zu St. Leonhard	jährlich		527	520	507	
Guardia Infantil Espanola	jährlich		566	600	535	
Tagesheim Rhy-Spatze	jährlich		389	510	437	
Tagesheim Fourmi	jährlich		513	510	503	
Kindernest Gundeli	jährlich		266	280	268	
Kindertagesstätte vagalume	jährlich		583	560	650	
profawo (Kids u Co.)	jährlich		402	260	517	
Kopfquotenbeiträge Sportvereine	jährlich		96	130	122	
Betriebsbeiträge Sportvereine	jährlich		57	30	28	
Basler Stiftung für Ferienkolonien	2013-2014	120	60	60	60	0
Verein Fanprojekt	2012-2014	240	160	80	80	0
<b>Jugend, Familie und Sport</b>			<b>57'616</b>	<b>49'194</b>	<b>50'564</b>	<b>8'422</b>
<b>Erziehungsdepartement</b>			<b>164'992</b>	<b>87'232</b>	<b>88'830</b>	<b>39'693</b>
Beratung Frauenverein	2014-2017	1'520	0	380	380	1'140
Medien-/Theaterfalle	2012-2015	600	300	150	150	150
<b>Gleichstellung Frauen und Männer</b>			<b>300</b>	<b>530</b>	<b>530</b>	<b>1'290</b>
Reg. Basiliensis	2011-2014	1'372	1'029	343	343	0
N. Projekte im Regiobereich	jährlich		1	6	0	
Gem. Sekr. ORK	2011-2014	130	102	30	45	-18
Del.-Sokr. ORK	2011-2014	240	174	60	58	8
Einm. Proj. Regio unbe	jährlich		75	110	0	
Eurodistrict TEB	2014-2016	285		90	90	195
Infobest Palmrain	2011-2013	218	129			89

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Rechnung (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Infobest Palmrain	2014-2016	218		52	54	164
NRP/ETZ Interreg IV	2007- 2013/2015	1'750	952	0	250	548 <sup>1</sup>
NRP/ETZ Interreg V	2014- 2020/22	1'750		250	0	1'750
Anschubfinanz. Konfuzius-Institut Basel	2014-2017	200		50	50	150
<b>Aussenbez. und Standort-Marketing</b>			<b>2'462</b>	<b>991</b>	<b>890</b>	<b>2'887</b>
Ausländerberatung GGG	2011-2014	1'207	863	345	345	-1
Jukibu	2014-2015	120		60	60	60
V. Treffpunkt Breite	2014-2016	270		90	90	180
QTP LoLa	2014-2016	270		90	90	180
V. Famzentr. Gundeli	2014-2016	270		90	90	180
V.KS Elt. + Kinder BW	2014-2016	270		90	90	180
V. QT Kasernenareal	2014-2016	270		90	90	180
V. Burg am Burgweg	2014-2016	270		90	90	180
Trägerverein QuBa	2014-2016	270		90	90	180
V. QTP Kleinhüningen	2014-2016	270		90	90	180
Stadtteilsekr.KI'basel	2014-2016	420		120	140	280
V. QT Hirzbrunnen	2014-2016	270		90	90	180
V. ElternC.Hirzbrunnen	2014-2016	270		50	90	180
TS Eltern-Kind-Z.MaKly	2014-2016	270		90	90	180
V. Beg.zentr.KB Union	2014-2016	270		90	90	180
V. ATD Vierte Welt	2013-2015	120	40	40	40	40
Stadtteilsekr.Basel-W	2014-2016	330		90	110	220
QTP Bruderholz	2014-2016	150		50	50	100
KT Eltern+Kinder	2014-2016	150		50	50	100
Proj. Quartiertreffp.	2014-2016	300		100	49	251
QTP Rosental	2014-2016	150		50	50	100
Quartierk.Gundeldingen	2014-2016	150		50	50	100
<b>Kantons- und Stadtentwicklung</b>			<b>903</b>	<b>1'995</b>	<b>2'024</b>	<b>3'410</b>
Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz	jährlich		42	42	42	
<b>Statistisches Amt</b>			<b>42</b>	<b>42</b>	<b>42</b>	
Kulturpauschale	2011-2014	1'200	907	300	292	1
Augusta Raurica	jährlich		100	100	100	
Stift. BS Papiermühle	2012-2015	1'040	520	260	260	260
Kulturbüro	2011-2014	200	150	50	50	0
Kulturprojekte	jährlich		212	63	59	
Jugendkulturpauschale	2014-2018	1'000	0	200	200	800
Zolli Basel	2013-2016	5'800	1'450	1'450	1'450	2'900
Stift. Basler Orch.	2011/12- 2014/15	27'460	15'944	6'840	6'840	4'676
SBO Pers.fürsorge	2011/12- 2014/15	4'328	3'801	1'082	1'153	-626
Knabenmusik Basel	2014-2017	648		162	162	486
Musikverband b. Basel	2014-2017	440		110	110	330
Knabekantorei Basel	2014-2017	300		75	75	225
Musikwerkstatt Basel	2014-2017	800		200	200	600
Freunde alter Musik				0	0	0
Kammerorchester Basel	2014-2015	1'010		505	505	505
Int.Ges.f.neue Musik				0	0	0
Mädchenkantorei	2014-2017	300		75	75	225
Ensemble Phoenix	2014-2015	260		130	130	130

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Rechnung (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Basel Sinfonietta	2014-2015	668		334	334	334
Ver. Jazz-Live Basel	2014-2017	240		60	60	180
Orch.-leist. Theater	2012/13- 2014/15	19'724	9'314	6'575	6'575	3'835
Rockförderverein	2012-2015	1'560	780	390	390	390
Theater Basel (Strukturbeitrag)	2012/13- 2014/15	3'000	1'462	1'000	1'000	538
Theater Basel	2012/13- 2014/15	90'974	42'834	30'464	30'464	17'676
Theater PK	2012/13- 2014/15	7'350	4'932	2'450	2'604	-186
Gen. BS Kleintheater	2011-2014	400	300	100	100	0
Vorstadt-Theater	2011-2014	960	720	240	240	0
Kulturwerkst.Kaserne	2013-2016	8'414	2'104	2'109	2'104	4'207
IG-Tanz/Tanzbüro Basel	2011-2014	112	84	28	28	0
Beyeler Museum AG	2012-2015	7'860	3'930	1'965	1'965	1'965
Basler Kunstverein	2012-2015	3'420	1'710	855	855	855
Ausstl.raum Klingental	2012-2015	516	258	129	129	129
Kaskadenkondensator	2011-2014	100	75	25	25	0
dock:akt. Kunst aus Basel	2011-2014	100	75	25	25	0
Allg. Biblioth. GGG	2012-2015	20'187	10'094	5'047	5'047	5'047
Verein Literatur	2012-2015	1'400	700	350	350	350
Stadt-/Landkino	2011-2014	1'160	850	310	310	0
Haus der elektron. Künste	2011-2014	880	660	220	220	0
Jüdisches Museum	2012-2015	320	160	80	80	80
Sportmuseum Schweiz	2013-2015	450	150	150	150	150
Schw.Architekturmuseum	2014-2017	320		80	80	240
FA Musik BS/BL	2014-2017	360		90	90	270
FA Theater, Tanz BS/BL	2013-2016	2'260	535	565	568	1'157
Kunstkredit	2011-2014	2'080	1'560	520	426	94
Cité Paris	jährlich		55	50	51	
Atelierkredit	2013-2015	225	81	85	83	62
FA Literatur BS/B	2011-2014	640	328	160	152	160
FA Audiov.+Multimed.	2011-2014	2'000	1'107	500	500	393
Kulturpreis der Stadt Basel	jährlich		20	20	20	
Kultur Förderpreis Nachwuchs	jährlich		10	10	0	
Kulturp. Abfederung Sparmassnahmen A+L	jährlich		430	430	425	
<b>Kultur</b>			<b>108'401</b>	<b>67'017</b>	<b>67'111</b>	<b>48'438</b>
Publikationsfonds	jährlich		5	5	0	
<b>Staatsarchiv</b>			<b>5</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	
<b>Präsidialdepartement</b>			<b>112'113</b>	<b>70'580</b>	<b>70'597</b>	<b>56'025</b>
Telehilfe,dargebotene Hand	2013-2015	148	50	50	50	48
Neustart	2013-2014	110	60	60	60	-10
BAS/Rechtsberatung	2013-2015	150	50	50	50	50
Opferberatungsstelle	2013-2014	1'890	1'067	945	1'127	-305
Stiftung Frauenhaus	2013-2014	880	440	440	440	0
Aliena	2014-2016	150	0	0	50	100
Männerbüro Region Basel	2012-2014	120	80	40	40	0
<b>Generalsekretariat JSD/Recht</b>			<b>1'747</b>	<b>1'585</b>	<b>1'817</b>	<b>-117</b>
<b>Justiz- und Sicherheitsdepartement</b>			<b>1'747</b>	<b>1'585</b>	<b>1'817</b>	<b>-117</b>
Pro Infirmis (Vertrag)	2011-2015	250	100	50	50	100



in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Rechnung (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
<b>Bauinspektorat</b>			<b>100</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>
Erlenverein BS	2012-2015	1'380	770	425	425	185
Verein Beirat Natur	2012-2014	450	300	150	150	0
<b>Stadtgärtnerei</b>			<b>1'070</b>	<b>575</b>	<b>575</b>	<b>185</b>
Feste Betriebsbeiträge Münster	jährlich		0	825	823	
<b>Städtebau + Architektur S+A</b>			<b>0</b>	<b>825</b>	<b>823</b>	<b>0</b>
Wanderwege BS/BL ab 2013	2013-2018	42	7	7	7	28
SBB Stadion St. Jakob	jährlich		37	37	37	
SBB Shuttle St. Jakob	jährlich		128	133	111	
SBB Bahnhof St. Johann	jährlich		119	60	60	
SBB Haltestelle Dreispitz	jährlich		84	85	84	
SBB/BLT RPV	jährlich		2'879	2'950	3'085	
KBB Behinderten Transport	jährlich		1'163	1'600	1'235	
<b>Mobilität</b>			<b>4'418</b>	<b>4'872</b>	<b>4'619</b>	<b>28</b>
<b>Bau- u. Verkehrsdepartement</b>			<b>5'588</b>	<b>6'322</b>	<b>6'067</b>	<b>313</b>
Toxikologisches Infozentrum	jährlich		33	34	33	
<b>Generalsekretariat GD</b>			<b>33</b>	<b>34</b>	<b>33</b>	<b>0</b>
Diabetesgesellschaft	2012-2014	270	175	90	90	5
Krebsregister	jährlich		0	205	205	
GWL-Leitender Notarzt (Beitrag an USB)	2012 ff.		0	500	500	
Gsünder Basel	2013-2014	240	120	120	120	0
Verein für Suchtprävention	2012-2014	720	480	240	240	0
Band Jugendhilfe	jährlich		40	40	40	
SSJ: JoBShop	2012-2013	100	104			-4
SSJ: JoBShop	2014-2015	100		50	50	50
FrauSuchtGesundheit	2011-2013	570	570			0
FrauSuchtGesundheit	2014-2015	380		190	190	190
Blaues Kreuz	2013		435			
Blaues Kreuz	2014-2015	870		435	435	435
Multikulturelle Suchtberatungsstelle b. Basel	2010-2013	1'400	1'400			0
Multikulturelle Suchtberatungsstelle b. Basel	2014-2015	700		350	350	350
Suchthilfe Region Basel	2010-2013	12'620	12'620			0
Suchthilfe Region Basel	2014-2015	6'310		3'155	3'155	3'155
Aids-Hilfe beider Basel (AHbB)	2010-2013	1'512	1'512			-30
Aids-Hilfe beider Basel (AHbB)	2014	378		378	378	0
Stiftung Sucht	2013-2015	1'580	790	395	395	395
<b>Gesundheitsdienste</b>			<b>18'246</b>	<b>6'148</b>	<b>6'148</b>	<b>4'546</b>
Patientenstelle Basel	2011-2013	177	177			0
Patientenstelle Basel	2014-2016	177		59	59	118
Zentrum Selbsthilfe	2013-2014	600	300	300	300	0
MedGes. ärztlicher Notfalldienst	2012-2013	200	200			0
MedGes. ärztlicher Notfalldienst	2014-2015	100		100	0	100
St. Claraspital KVG stationär	jährlich		32'057	32'800	28'761	
Merian Iselin - KVG stationär	jährlich		14'066	14'450	14'571	
Bethesda - KVG stationär	jährlich		8'580	8'250	8'911	
Adullam Spital - KVG stationär	jährlich		10'739	9'000	10'233	
Sonnenhalde - KVG stationär	jährlich		2'921	2'850	3'229	
REHA Chrischona - KVG stationär	jährlich		4'215	4'000	4'648	
Rehab Basel - KVG stationär	jährlich		4'583	4'200	4'346	

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Rechnung (Noch) nicht 2014 ausgeschöpft	
Hildegard Hospiz - KVG stationär	jährlich		1'958	1'650	2'189	
Schmerzklinik - KVG stationär	jährlich		659	550	515	
Ausserkantonale Spitäler - KVG stationär	jährlich		23'653	24'850	24'343	
Geburtsstätte - KVG stationär	jährlich		36	50	27	
Ungedeckte gemeinwirtschaftliche Leistungen Tageskliniken	2012-2013	1'163	1'544			-381
Ungedeckte gemeinwirtschaftliche Leistungen Tageskliniken	2014-2015	1'800		1'000	768	1'032
Weiterbildung FHM Facharzt	2012-2013	3'320	2'736			584
Weiterbildung FHM Facharzt	2014-2015	2'850		1'500	1'096	1'754
Lehre und Forschung Diff. Abzug	2012-2013	8'766	8'986			-220
Lehre und Forschung Diff. Abzug	2014-2015	8'800		4'400	4'006	4'794
Übrige gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2012-2013	370	178			192
Übrige gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2014-2015	0		0	0	0
Versorgung Langzeitpflege-Bereich Spitäler	2012-2013	1'750	1'633			117
Versorgung Langzeitpflege-Bereich Spitäler	2014-2015	1'900		1'000	632	1'268
Spital Sozialdienst	2012-2013	500	936			-436
Spital Sozialdienst	2014-2015	0		0	0	0
Liegenschaftsbeiträge Pflegeheime	jährlich		6'547	4'800	3'706	
Pflegeheim-Restfinanzierung gemäss KVG	jährlich		33'458	33'900	33'164	
Akut- und Übergangspflege in PH	jährlich		1	50	1	
Härtefälle in der Langzeitpflege	jährlich		0	50	0	
Pro Senectute	2010-2013	2'415	2'415			0
Pro Senectute	2014-2016	2'415		805	805	1'610
Spitex Restfinanzierung gemäss KVG	jährlich		2'429	2'500	2'822	
Spitex BS HW	2012-2014	13'197	8'342	4'500	4'036	819
Akut- und Übergangspflege Spitex	jährlich		18	100	20	
Spitex-Restfinanzierung mit bes. LA	2012-2014	32'544	20'525	10'900	10'999	1'020
Tagespflegeheime	jährlich		2'768	3'500	1'960	
<b>Gesundheitsversorgung</b>			<b>196'658</b>	<b>172'114</b>	<b>166'147</b>	<b>12'371</b>
<b>Gesundheitsdepartement</b>			<b>214'937</b>	<b>178'296</b>	<b>172'328</b>	<b>16'917</b>
BTG	jährlich		0	30	13	
SAFFA	jährlich		11	0	22	
Alpeninitiative 2011 bis 2013	2011-2013	8	10	0	0	-2
Basel Tourismus	2010-2013	7'600	7'600			0
Basel Tourismus	2014-2017	7'600		1'900	1'900	5'700
Basel Area	2010-2013	3'530	3'530			0
Basel Area	2014-2017	3'030		758	758	2'273
Basler Gewerkschaftsbund	jährlich		20	20	20	
<b>Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)</b>			<b>11'171</b>	<b>2'708</b>	<b>2'713</b>	<b>7'971</b>
Bildungsclub Regio	2011-2013	150	150			0
Bildungsclub Regio	2014-2016	150		50	50	100
Behindertenhilfe Vermeidung Härtefälle	jährlich		0	157	41	
Beratungsstelle PSAG	2014-2017	1'160	290	320	290	580
FZZ insieme	2011-2014	80	60	20	20	0
<b>Amt für Sozialbeiträge</b>			<b>500</b>	<b>547</b>	<b>401</b>	<b>680</b>
Winterhilfe Basel-Stadt	2012-2015	120	60	30	30	30
Verein Budget- und Schuldenberatung	2013-2016	960	240	240	240	480

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	(Noch) nicht ausgeschöpft
Konsumentenvereinigung NW	2011-2013	18	18	0	0	0
Beratungsstelle für Asylsuchende	2011-2014	250	130	30	50	70
Kontaktstelle für Arbeitslose	2010-2014	90	72	18	18	0
Treffpunkte Gundeli + Glai Basel	2013-2016	608	152	152	152	304
IG-Wohnen	2014-2017	280	0	110	70	210
Gassenarbeit „Schwarzer Peter“	2013-2016	1'040	260	260	260	520
Verein „Gassenküche“	2012-2016	590	148	148	148	295
Verein „Soup + Chill“	2014-2017	180	0	45	30	150
<b>Sozialhilfe Basel SHB</b>			<b>1'080</b>	<b>1'033</b>	<b>998</b>	<b>2'059</b>
Stiftung Umwelt-Einsatz Schweiz	jährlich		0	2	1	
Finanzierungsbeitrag Gentech-Dossier	jährlich		2	2	2	
Betriebskosten ARA BS	jährlich		6'820	7'420	6'861	
Beiträge Tierzucht Kanton	jährlich		1	2	0	
Lufthygieneamt beider Basel	jährlich		1'034	1'175	1'116	
Amt für Wald beider Basel	jährlich		321	459	374	
Abgeltungsbeitrag Öko-Flächen Landwirt.	jährlich		29	28	27	
<b>Amt für Umwelt und Energie</b>			<b>8'208</b>	<b>9'088</b>	<b>8'379</b>	<b>0</b>
<b>Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt</b>			<b>20'959</b>	<b>13'375</b>	<b>12'491</b>	<b>10'709</b>
<b>Entschädigungen/Beiträge an private Institutionen</b>			<b>520'336</b>	<b>357'389</b>	<b>352'130</b>	<b>123'540</b>

#### Kommentar

- 1 Ohne Berücksichtigung der Kreditübertragung auf das Budget 2014 in der Höhe von 750'000 Franken (RRB 14/07/52 vom 25.02.2014)

## **7 Die gesonderten Berichte**

## 7.1 Staatsanwaltschaft

### 7.1.1 Allgemeines

Auch 2014 gelang es, die Zahl der am Jahresende hängigen Verfahren wieder deutlich zu verringern. Dazu beigetragen haben die seit Anfang 2013 in der Allgemeinen Abteilung eingesetzten ausserordentlichen Staatsanwältinnen wie auch die sechs zusätzlichen Kriminalistinnen und Kriminalisten, die im zweiten Semester 2013 gestaffelt ihre Arbeit bei der Kriminalpolizei aufgenommen haben. Somit konnten – mit Ausnahme in der Abteilung Wirtschaftsdelikte – die Rückstände insgesamt reduziert und gleichzeitig die Verfahrensdauer verkürzt werden.

Die Kriminalstatistik weist für das Jahr 2014 erneut eine Abnahme an Anzeigen auf. Auffällig ist allerdings die gegenläufige Entwicklung im Bereich des Betrugs. In den vergangenen Jahren erfolgte hier eine Zunahme, die in den meisten Kantonen zu beobachten ist. Dafür gibt es verschiedene Gründe, v. a. auch eine tendenzielle Verlagerung von den Kontakt- hin zu den Distanzdelikten (vgl. unten Kriminalitätslage).

Die Abschlussarbeiten im Zusammenhang mit dem Projekt „Lohnsystempflege“ haben das obere Kader und die Personalverantwortlichen in der zweiten Hälfte und vor allem in den letzten Kalenderwochen zeitlich sehr in Anspruch genommen. Dank der sehr guten Zusammenarbeit mit dem Personaldienst des Justiz- und Sicherheitsdepartementes und dem Zentralen Personaldienst konnten die auferlegten Aufgaben zeitgerecht und in hoher Qualität bewältigt werden.

Das Erfassen sämtlicher verfahrensbezogener und nicht-verfahrensbezogener Tätigkeiten im Rahmen der Organisations- und Geschäftslastanalyse durch das Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) konnte am 28. Februar 2014 abgeschlossen werden. Für die oberen und mittleren Kader der Staatsanwaltschaft folgte in den darauffolgenden Monaten eine Vielzahl von zeitintensiven Besprechungen mit den Experten von KPM, um den Schlussbericht zu bereinigen bzw. zu ergänzen.

Im vierten Jahr nach der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnungen sind die Spielräume, welche Unsicherheiten verursachten, doch etwas kleiner geworden. Bei einzelnen gesetzgeberischen Vorgaben, welche in der Praxis am Schwierigsten umzusetzen sind, sind Revisionsbestrebungen im Gange, andere erschweren die Arbeit weiterhin erheblich.

### Erledigungen

	Rechnung		Abw. R13/R12	
	2013	2014	abs.	%
ohne Jugendanwaltschaft				
Anklagen	440	400	-40	-9.1
Strafbefehle	25'100	23'065	-2'035	-8.1
Einstellungen, Nichtanhandnahmen, Abtretungen	3'030	2'880	-150	-5.0
IT-Ermittlungen, abgeschlossen	105	90	-15	-14.3
Rückstände, d.h. Verfahren deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt	715	585	-130	-18.2

Der Rückgang der Anzahl erledigter Verfahren im Strafbefehlsdezernat ist mit dem Weggang einer der vier Verfahrensleitenden anfangs 2014 sowie der Tatsache zu erklären, dass die dadurch frei gewordene Stelle erst am 1. Juli 2014 wieder mit einem akademischen Mitarbeiter besetzt werden konnte. Dieser musste zunächst unter Anleitung und Verantwortung eines Staatsanwaltes in sein neues Aufgabengebiet eingearbeitet werden.

## 7.1.2 Abteilungen

### Kriminalpolizei

**Allgemeines** Im Verlauf des ersten Halbjahres war ein Rückgang der Anzeigen um bis zu 16 Prozent festzustellen. Daraus abgeleitet liess sich eine entsprechende Abnahme des Arbeitsdrucks erwarten und die Möglichkeit, dadurch gewonnene Freiräume für die vermehrte Bearbeitung namentlich von Verfahren mit unbekannter Täterschaft zu nutzen, die im Rückblick der Jahre immer etwa rund sechzig Prozent aller Anzeigen ausmachten. Allerdings ist die Zahl der Anzeigen im Verlauf des Jahres wieder gestiegen, so dass der Rückgang insgesamt zehn Prozent betrug. Auch blieb die Anzahl der Verfahren, in denen sich Beschuldigte zuhanden der Kriminalpolizei (Kripo) in Haft befanden, nahezu konstant. Zwar bezog sich dies im Berichtsjahr lediglich auf durchschnittlich 35 Personen pro Woche, was im Vergleich zum Vorjahr (37) einer Abnahme um fünf Prozent entspricht. Dies ist aber immer noch 25 Prozent mehr als 2012 (28), gleich viel wie 2011 und 59 Prozent mehr als 2010 und 2009 (je 22). Gerade Haftverfahren sind arbeitsaufwendig, weil sie vordringlich zu behandeln sind und zu Lasten anderer Verfahren Arbeitskräfte binden. Dies vor allem dann, wenn sie sich nicht auf Einzeltäter beziehen und es im Rahmen der von der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) geforderten Verteidigungs- und Teilnahmerechte gilt, Geschädigte, Zeugen und allfällige Mittäter mit den Beschuldigten zu konfrontieren. Trotzdem scheinen aber mehr Verfahren bearbeitet worden zu sein bzw. bearbeitet zu werden, bei denen die Täterschaft zum Zeitpunkt der Anzeige nicht bekannt gewesen ist. Entsprechend wurden deutlich weniger Verfahren (6523) wegen nicht ermittelter Täterschaft vorläufig eingestellt als in den Vorjahren (2013: 8422; 2012: 9005; 2011: 7050). Dies lässt sich nicht allein mit dem Rückgang der Anzeigen erklären, weil die Abnahme der provisorischen Verfahrenseinstellungen mit 23 Prozent deutlich über dem Anzeigerückgang liegt. Unter anderem die vertiefte Beschäftigung mit diesen Fällen hatte wohl aber auch zur Folge, dass per Ende Jahr mit 5145 Fällen mit einer Ausnahme insgesamt mehr Verfahren bei der Kripo hängig waren als in den Vorjahren (2013: 4896; 2012: 5160; 2011: 4389; 2010: 3943; 2009: 3557).

Eine weitere Belastung ergab sich aus der vom Appellationsgericht geforderten Umsetzung von Art. 100 Abs. 2 StPO, wonach die systematische Ablage der Verfahrensakten – ausser in einfachen Fällen – in einem fortlaufenden Verzeichnis zu erfassen ist. So einfach diese Forderung prima vista erscheinen mag, so arbeitsaufwendig ist ihre Umsetzung vor allem dann, wenn sich ein Fall entwickelt, neue Anzeigen oder Beteiligte mit erfasst werden müssen oder aus anderen Kantonen zu übernehmende Verfahren in ein hier hängiges einzuordnen sind. Da diese Arbeiten fortlaufend erledigt werden müssen, lassen sie sich in der Regel nur bei der Abschlussbereinigung an Sekretariate delegieren, d. h. der Arbeitsaufwand liegt primär bei den kriminalistischen Sachbearbeitern, deren Kompetenzen eigentlich anderweitig genutzt werden sollten.

Ebenfalls stark gefordert war die Kripo mit den Planungs- und Umsetzungsarbeiten zur OSZE-Ministerrats-Konferenz, die vom 1. bis 5. Dezember 2014 in Basel stattgefunden hat. Davon waren nicht nur Stabsdienste und Staatsanwälte der Kripo betroffen, sondern auch die Kriminalisten, die rund 10'000 Personensicherheitsüberprüfungen vorzunehmen und in der kritischen Phase verschiedene operative Positionen zu besetzen hatten.

Die bereits in den Vorjahren geschilderten Problemfelder des Büros für Datenverarbeitung blieben unverändert. Zu hoffen ist in diesem Zusammenhang, dass das Projekt Kapo 2016 der Kantonspolizei Basel-Stadt zumindest die bestehenden Schnittstellenprobleme behebt und überwiesene Verfahrensdaten keiner weiteren Bearbeitung mehr bedürfen. Ebenfalls zu hoffen ist, dass sich die Bewirtschaftung der DNA-Löschfristen durch Kooperation der Partnerdienste weiter vereinfacht. Dies ist schon deshalb erforderlich, weil seit dem 1. September 2014 sämtliche Erkennungsdienstdaten, d. h. auch Fingerabdrücke und Fotos, nach dem gleichen System zu löschen sind und der bisher nur für den Teilbestand DNA zu betreibende Aufwand für die Löschung des gesamten Datenbestandes schlechterdings nicht zu leisten ist.

Die Belastung der Kriminalkommissäre im Pikett-Dienst ist trotz des Rückgangs der Anzeigen konstant geblieben. Dies ist möglicherweise auch darauf zurückzuführen, dass sich die Menschen im Zeitalter von Google und Wikipedia vermehrt angewöhnt haben, immer weniger selber zu wissen,

sondern bei sich stellenden Fragen umgehend zu jeder Tages- und Nachtstunde die Auskunft gebende Stelle zu kontaktieren. Auch der Ermittlungsdruck an Wochenenden hat trotz des Rückgangs der Anzeigen nicht abgenommen. Dies ergibt sich allein daraus, dass die StPO den Fristenstillstand nicht mehr kennt und alle Fälle, in denen Tatverdächtige festgenommen wurden, möglichst umfassend zu bearbeiten sind. Dies wirkt sich auch auf den Pikett-Dienst der Staatsanwälte der Kripo aus. Sie haben nach wie vor sicherzustellen, dass sich Verfahren gegen festgenommene Kleinkriminelle ausländischer Herkunft oder ungesicherten Aufenthaltes, die nicht in Untersuchungshaft genommen werden können und derer man später kaum mehr habhaft wird, auch an Wochenenden und Feiertagen in Form eines Strafbefehls und dessen Eröffnung innert 48 Stunden abschliessen lassen. Entsprechend haben sie im Berichtsjahr wieder 735 Strafbefehle (2013: 822; 2012: 841; 2011: 604) erlassen, davon 527 (2013: 618; 2012: 642; 2011: 472) gegen Personen in Polizeigewahrsam.

**Kriminalitätslage** Seit 2009 erscheint jeweils im März die Schweizerische Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Sie gibt Auskunft über die kriminalpolizeiliche Lage im Berichtsjahr, insbesondere aber auch die Lageentwicklung. Zudem ist sie eine wichtige Grundlage für den interkantonalen Vergleich. Daraus abgeleitet können sich auch Hinweise auf allfällige Möglichkeiten nationaler und kantonaler Strategien zur Kriminalitätsbekämpfung ergeben. Im Tätigkeitsbericht sind daher nur noch diejenigen Entwicklungen darzustellen, die den Dienstbetrieb wesentlich beeinflusst haben oder beeinflussen werden.

Sicher auffällig ist zunächst, dass nach der signifikanten Zunahme der Anzeigen 2012 um 26 Prozent und einem Rückgang um elf Prozent im Vorjahr auch im Berichtsjahr eine Abnahme um zehn Prozent zu verzeichnen ist. Dies indiziert, die früher signalisierten Entwicklungen hin zu einer Internationalisierung der Delinquenz sowie einer Zunahme des Kriminaltourismus und der Kriminalität mit oder über die digitalen Medien sei rückläufig und die Gefahr durch effizienten Polizeieinsatz sozusagen gebannt. Dem ist aber nicht so. Zwar lässt der Rückgang in bestimmten Deliktsbereichen – etwa beim Raub – vermuten, dass namentlich die vermehrte Polizeipräsenz und die sich daraus ergebende Möglichkeit schneller Interventionen diese Entwicklung bewirkt haben könnten. Dies wäre erfreulich, hätte allerdings zur Folge, dass die Polizeipräsenz mindestens im heutigen Rahmen aufrechterhalten bleiben muss.

Weiterhin nötig sind gezielte Ermittlungen bezüglich Prostitution und Menschenhandel sowie Menschenschmuggel, aber auch der Internetkriminalität. In diesen Bereichen ist ein grosses Dunkelfeld zu vermuten. Dass die Vermutung begründet ist, zeigen teilweise anonyme Betroffenenberichte in den Medien sowie Anzeigen, die allerdings nur in Ausnahmefällen eingehen. Und gerade diese Ausnahmefälle verdeutlichen, dass viele Opfer die Strafverfolgungsbehörden nicht kontaktieren, weil sie entweder die Konsequenzen für sich und ihre Sicherheit fürchten oder aber davon ausgehen, dass man der oft aus dem Ausland tätigen bzw. die technischen Möglichkeiten des World Wide Web nutzenden Täterschaft trotz massivem Ermittlungsaufwand ohnehin kaum habhaft werden dürfte. Daraus ergeben sich auch gewisse Deliktsverlagerungen. Möglicherweise dürften gezielt vorgehende Täter aus gewissen Herkunftsländern festgestellt haben, dass das Risiko bei Taschen- (- 5%), Entreiss- (- 50%) und Trickdiebstählen (- 28%) gefasst zu werden im Vergleich zum möglichen Gewinn deutlich grösser ist, als wenn man beispielsweise im Internet nicht disponible günstige Ferien- oder Mietwohnungen gegen Kautions anbieten oder wenn im Rahmen von Social Engineering Firmen bewogen werden, grosse Geldsummen auf fremde Konten zu überweisen. Ebenfalls festzustellen sind Nachnahmesendungen, die von den Adressaten bezahlt werden, obwohl sie keine geldwerte Leistung betreffen. Sicher auch relevant ist, dass die Sozialwerke Ansprüche zunehmend aufmerksam prüfen und gegebenenfalls Anzeige wegen Betruges erstatten. (Dass Kriminaltourismus als Problem weiterhin nicht zu unterschätzen ist, ergibt sich allein schon aus der permanent hohen Zahl von Personen ausländischer Herkunft, die sich in Untersuchungshaft befinden. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Vermögensdelinquenten, denen sich dank verbesserter Spurensicherung und -auswertung aktuell und oft auch bei früheren Deliktstouren durch die Schweiz begangene Taten nachweisen lassen. Im Rahmen der Ermittlungen zeigt sich auch regelmässig, dass solche Touren gezielt unternommen werden und nicht das Produkt von Zufallsentschlüssen sind. Dieses Problem wird so lange bestehen, als es ein für die Täterschaft lohnendes Reichtumsgefälle und ein vergleichsweise geringes Risiko gibt, gefasst und mit einer empfindlichen Sanktion bestraft zu werden.

Annähernd unverändert präsentiert sich die Lage bei der Betäubungsmittelkriminalität. Zwar ist auch

hier die Zahl der Verfahren leicht rückläufig. Das Konsumverhalten ist aber weiterhin in hohem Mass politoxikoman – und wird es angesichts des breit gefächerten Angebots und der Wertung des Drogenkonsums in einer Genuss- und Freizeitgesellschaft wohl auch bleiben. Die Versorgung der Konsumenten stellen vorwiegend Ausländer oder Personen mit Migrationshintergrund sicher, wobei hier die alten Muster zu beobachten sind: Kokain wird vorzugsweise von Westafrikanern verkauft, Heroin von Albanern bzw. Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Die teilweise aus Eigenproduktion stammenden Cannabisprodukte werden von Personen unterschiedlichster Provenienz durch Kuriere oder neuerdings wieder vermehrt in sogenannten Hanfshops vertrieben.

### Allgemeine Abteilung

Im Berichtszeitraum waren auf der Allgemeinen Abteilung (AA) insgesamt 2044 (Vorjahr 2068) neu eingehende Verfahren (- 1,2%) zu verzeichnen. Erledigt werden konnten 2212 (2183) Verfahren (+ 1,3%), am Jahresende pendent waren noch 488 (656) Verfahren (- 24,9%).

Die erledigten Verfahren wurden wie folgt abgeschlossen, wobei die jeweiligen Zahlen mit minimalen Abweichungen dem seit dem Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung ermittelten, mittlerweile mehrjährigen Durchschnitt entsprechen:

12 Prozent Anklagen (Vorjahr 14%),  
54 Prozent Strafbefehle (52%),  
32 Prozent Einstellungen (31%) sowie  
2 Prozent andere (3%).

Der Umstand, dass die Anzahl der am Jahresende noch hängigen Verfahren nun schon zum zweiten Mal in Folge – und diesmal ganz besonders deutlich – verringert werden konnte, ist nebst dem grossen Einsatz aller regulären Mitarbeitenden einmal mehr der Tatsache zu verdanken, dass mit den seit 1. Dezember 2012 bzw. 1. Januar 2013 mit bis Ende 2014 befristeten Arbeitsverträgen angestellten ausserordentlichen Staatsanwältinnen (BG 230%) die Abteilung im Bereich der Fallbearbeitung eine spürbare Unterstützung erhielt, die sich unmittelbar auf die Erledigungszahlen auswirkte. Aus diesem Grund konnten die befristeten Anstellungen noch im Berichtsjahr um ein Jahr bis Ende 2015 verlängert werden. Desgleichen werden seit September 2014 auch die Assistentinnen durch eine weitere, ihrerseits mit einem bis Ende 2015 befristeten Arbeitsvertrag angestellte Kollegin unterstützt, was im Bereich der im Vorjahr noch prekären Situation bei den administrativen Arbeiten ebenfalls eine sofort wahrnehmbare Verkürzung der Durchlaufzeiten zur Folge hatte.

Nebst dieser willkommenen Ergänzung des Teams musste bzw. durfte die Allgemeine Abteilung im Herbst 2014 einen ihrer langjährigen Untersuchungsbeamten in den Ruhestand verabschieden. Seine Nachfolge ist mittlerweile bestimmt und wird im April 2015 zur Allgemeinen Abteilung stossen.

Die Allgemeine Abteilung kann mit dieser positiven Jahresbilanz grundsätzlich zuversichtlich in die Zukunft schauen. Sorge bereitet ihr allerdings weiterhin, dass im strafprozessualen Bereich die aktuelle Gesetzgebung sowie die darauf aufbauende Rechtsfortbildung durch die Gerichte zu einer immer grösseren Bedeutung von formellen Fragen sowohl bei der Fallbearbeitung als auch bei der Aktenaufbereitung – und damit zu entsprechendem Zusatzaufwand – geführt haben. So besteht Anlass zur Annahme, dass mit dem Wegfall der temporär bewilligten Juristen- und Juristinnen- bzw. Assistentinnenstellen die Fallerledigung in einem Ausmass, wie es vorliegend präsentiert werden kann, nicht mehr aufrechterhalten werden können – sollte es nicht zu einem spürbaren und dauerhaften Rückgang der Falleingänge kommen.

### Abteilung Wirtschaftsdelikte

In personeller Hinsicht kam es in der Abteilung Wirtschaftsdelikte (WA) im Jahr 2014 zu keinen Wechseln bei den Mitarbeitenden. Hervorzuheben gilt es die sehr guten Leistungen der juristischen Volontärinnen und Volontäre, welche die Abteilung jeweils ein halbes Jahr tatkräftig unterstützen und so dazu beitragen, dass der Pendenzenberg nicht noch weiter anschwillt. Einen persönlichen



Erfolg konnte der auf die Sozialstraffälle spezialisierte Staatsanwalt mit der Absolvierung des CAS Sozialversicherungsrecht verbuchen. Im Weiteren besucht erneut ein Ermittler den vom Competence Center Forensik und Wirtschaftskriminalistik der HSW Luzern durchgeführten berufsbegleitenden Weiterbildungskurs für Ermittler in Financial Investigation.

Die WA verzeichnete im vergangenen Jahr einen grossen Anstieg an Wirtschaftsstraffällen: Kam es im Jahre 2013 zur Eröffnung von 313 Verfahren, so stieg diese Zahl im Jahre 2014 auf 365 Verfahren an. Neben der gleichbleibend hohen Anzahl von Verfahren im Bereich der Sozialstraffälle ist insbesondere ein Zuwachs von Anzeigen in den Bereichen Geldwäscherei und unlauterer Wettbewerb festzustellen. Zu diesem Anstieg der „normalen“ Wirtschaftsstraffälle hinzu kam der Umstand, dass die sieben Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die zehn Kriminalistinnen und Kriminalisten der WA das ganze Jahr hindurch stets mit mindestens einem – prioritär zu behandelnden – Haftfall beschäftigt waren bzw. Verfahren zu führen hatten, welche aufgrund besonderer Rahmenbedingungen und grosser Öffentlichkeitswirksamkeit vordringlich zu behandeln waren oder noch sind. Im Weiteren vertraten die verfahrensleitenden Staatsanwälte gleichzeitig und erfolgreich an den Gerichten des Kantons zahlreiche, teilweise hochkomplexe Fälle. Insbesondere bestätigte das Strafgericht Basel-Stadt in weiten Teilen die Anklage gegen eine Person, welche sich im Vorfeld publikumsträchtig und medienwirksam zum Opfer hatte stilisieren lassen und auch vor persönlichen Verunglimpfungen gegen den verfahrensleitenden Staatsanwalt nicht Halt gemacht hatte.

Erneut erwies sich die Behandlung der internationalen Rechtshilfeersuchen im Jahre 2014 mit 57 Fällen als sehr zeit- und personalaufwendig. So mussten Ermittler und Staatsanwälte der WA an zahlreichen Zwangsmassnahmenhandlungen teilnehmen und wiederum überdurchschnittlich viele Einvernahmen für die ersuchenden ausländischen Behörden durchführen. Wie in den Vorjahren betrifft die überwiegende Zahl der Rechtshilfeersuchen solche aus der Bundesrepublik Deutschland, gefolgt von denjenigen aus den Benelux-Staaten.

Auch in administrativer Hinsicht hat das Jahr 2014 mit der Einführung eines fortlaufenden Verzeichnisses aller Verfahrensakten (vgl. auch oben Kriminalpolizei) eine nicht zu unterschätzende Mehrbelastung mit sich gebracht: Insbesondere in den umfangreichen Wirtschaftsstraffällen bedeutet diese Erstellung eine der Effizienz der Strafverfolgung nicht gerade förderliche Vorgabe, welche in erster Linie vom Sekretariat der Abteilung mit 150 Stellenprozenten zu bewältigen ist.

Die bereits thematisierte Zunahme der Wirtschaftskriminalität führt bei gleichbleibendem Personalbestand und im Bestreben, die hohe Qualität der Strafverfolgung beizubehalten, zwangsläufig zu einer Verlangsamung der Fallerledigungen. Die WA ist wie bis anhin bestrebt, dieser Entwicklung mit der internen Umschichtung von Stellenprozenten entgegenzuwirken, jedoch ist der diesbezügliche Spielraum weitestgehend ausgereizt.

### **Strafbefehlsdezernat**

In der Berichtsperiode hielt sich die Leistungsfähigkeit des Strafbefehlsdezernats (SBD) auf dem gleich hohen Niveau der Vorjahre. Ein geringer Rückgang der Anzahl erledigter Verfahren ist mit dem Weggang einer der vier Verfahrensleitenden (Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die gemeinsam 375 Stellenprocente belegen) anfangs 2014 sowie der Tatsache zu erklären, dass die dadurch frei gewordene Stelle erst im Sommer 2014 wieder mit einem akademischen Mitarbeiter besetzt werden konnte. Dieser muss zunächst unter Anleitung und Verantwortung eines Staatsanwaltes in sein neues Aufgabengebiet eingearbeitet werden. Hinzu kommt, dass die Anforderungen in der Verfahrensführung durch erhöhte Qualitätsstandards und die Rechtsprechung der Gerichte gestiegen und entsprechen ressourcenintensiver geworden sind. Zumindest teilweise ausgeglichen wurde deshalb jener Effizienzgewinn, der aufgrund der Ende 2013 in Betrieb genommenen elektronischen Schnittstelle zwischen den EDV-Applikationen der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft, mit der Datenfelder und Dokumente aus dem Ordnungsbussenverfahren automatisiert übermittelt und importiert werden können, erzielt worden ist.

In der Kanzlei kam es erfreulicherweise zu keiner Veränderung in der personellen Zusammensetzung. Da sich zeigte, dass alle acht Mitarbeiterinnen mit total 700 Stellenprozenten aufgrund stetig zunehmender Aufgaben und Anforderungen stets vollständig ausgelastet sind, konnte im Verlauf des

vergangenen Jahres erfreulicherweise eine befristete in eine unbefristete Anstellung umgewandelt werden, so dass nun alle Sachbearbeiterinnen über unbefristete Arbeitsverträge verfügen.

Insgesamt wurden in der Berichtsperiode 20'702 (Vorjahr 22'809) Strafbefehle erlassen und drei (5) Anklagen erhoben. Von den Strafbefehlen wurden 212 (368) an Personen ausgehändigt, die sie sich noch im Freiheitsentzug befanden. Ausserdem wurden 269 (279) Einstellungs- bzw. Nichtanhandnahmeverfügungen erlassen sowie 175 (245) Nachentscheide gefällt. Gegen 1800 (1980) Strafbefehle ging eine Einsprache ein. Die Einsprachequote entsprach daher mit 8,7 Prozent exakt dem Wert der Vorperiode. Nach erhobener Einsprache und allfälligen zusätzlich durchgeführten Abklärungen wurden 653 (660) Verfahren zur weiteren Beurteilung ans Strafgericht überwiesen, wobei das erstinstanzliche Gericht in rund vierzig Prozent (ebenfalls unverändert) der Fälle lediglich über die Gültigkeit der zumeist verspätet eingereichten Einsprache befinden musste. 1253 (1141) der Einspracheverfahren wurden im Strafbefehlsdezernat nach ergänzender Beurteilung und allenfalls zusätzlich erfolgter Beweisabnahme abgeschlossen (Rückzug der Einsprache durch die beschuldigte Person, Erlass eines neuen Strafbefehls oder Einstellung des Verfahrens). Die statistisch nicht erfasste und daher nicht genauer quantifizierbare Parteivertretung in Berufungs- und Beschwerdesachen sowie die Wahrnehmung der Aufgaben als Verfahrensleitung gegenüber der Kantonspolizei sowie zahlreichen Verwaltungsbehörden mit Ermittlungsbefugnis nahmen in den vergangenen zwölf Monaten ebenfalls einen erheblichen Teil der Kapazitäten der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Strafbefehlsdezernats in Anspruch. Die Kanzlei sorgte im Jahre 2014 erneut durch Einsätze an Wochenenden, Frei- und Feiertagen dafür, dass dringliche Strafbefehle auch an diesen Tagen ausgefertigt und an Personen ausgehändigt werden konnten, die sich in Haft befanden.

Die Zusammenarbeit mit den Behörden, welche Verfahren nach der Durchführung der erforderlichen Ermittlungen ans Strafbefehlsdezernat überweisen (Kantonspolizei und Verwaltungsbehörden mit Ermittlungsbefugnis) konnte auch im vergangenen Jahr insbesondere durch die Erteilung von Weisungen und Auskünften im Einzelfall sowie die Wahrnehmung der Aufsicht im Allgemeinen durch die Leitung des Strafbefehlsdezernats positiv weiter entwickelt werden.

### **Jugendanwaltschaft**

2014 war im Hinblick auf die Jugendkriminalität im Kanton Basel-Stadt ein ruhiges Jahr. Höchst erfreulich ist der Einbruch der Zahlen im Bereich der Gewaltdelinquenz um fast dreissig Prozent.

Dafür verantwortlich dürfte ein ganzes Bündel von Gründen sein wie beispielsweise: verbesserte Integration der jugendlichen Ausländer, Präventionsbemühungen von Schulen und Kantonspolizei, weitgehende Vollbeschäftigung, konsequentes Vorgehen bei Delikten bereits im jungen Alter. Ebenfalls spürbar rückläufig waren die Vermögensdelikte und dabei insbesondere die Einbrüche durch Fahrende.

Neue Phänomene sind 2014 nicht hinzugekommen. Nach wie vor Thema ist Sexting, wobei sich allmählich bei den Jugendlichen herumzusprechen scheint, welche Gefahren beim Versenden von Nacktbildern auch an aktuell intensive Sozialpartner entstehen können. Es kann daher hier eine Beruhigung erwartet werden.

Tendenzen, dass sich baselstädtische Jugendliche islamistischen Vereinigungen anschliessen würden, waren im Jahr 2014 bei den der Jugendanwaltschaft bekannten Jugendlichen nicht erkennbar.

Ausserhalb der Kernaufgaben verursachte die überfällige Renovation des Gebäudes viel Aufwand. Ziel der Jugendanwaltschaft muss es sein, die dafür nötigen beträchtlichen Mittel langfristig investieren zu lassen und von den bisherigen auf kurze Sicht erfolgten Renovationen wegzukommen.

2014 wurden in Basel-Stadt 128 Jugendliche im Rahmen eines hängigen Strafverfahrens festgenommen. Nur 43 davon, d. h. ein Drittel war im Kanton Basel-Stadt wohnhaft, weitere 23 kamen aus anderen Kantonen. 62 der Festgenommenen, also beinahe die Hälfte, hatten keinen Wohnsitz in der Schweiz. Untersuchungshaft wurde in dreissig Fällen angeordnet; bei acht Jugendlichen wurde

sie durch das Zwangsmassnahmengericht nach Ablauf von sieben Tagen verlängert. Die Jugendanwältinnen und die Jugendanwälte führten 2014 mit 213 Kindern und Jugendlichen einzelrichterliche Verhandlungen durch. An das Jugendgericht wurden zwölf Beschuldigte angeklagt.

Die Opferbefragungsgruppe befragte 43 mögliche Opfer von Sexualdelikten und innerfamiliärer Gewalt und 44 Auskunftspersonen. Insgesamt wurden 33 Einvernahmen mit Videoaufzeichnungen durchgeführt.

Im stationären Massnahmenvollzug befanden sich Ende 2014 insgesamt zwanzig Personen; bei zwei dieser Personen war die Unterbringung sistiert. Bei 28 Personen waren ambulante Massnahmen angeordnet. Im Verlaufe des Jahres 2014 wurden insgesamt 16 Personen zur Verbüßung von kurzen Freiheitsentzügen resp. im stationären Massnahmenvollzug in der Jugendabteilung des Untersuchungsgefängnisses untergebracht. Der Nettoaufwand für Untersuchungshaft ausserhalb des Untersuchungsgefängnisses, für Beobachtungsaufenthalte in Institutionen und für den Straf- und Schutzmassnahmenvollzug lag bei rund drei Millionen Franken.

### **Ausblick**

Abschliessend ist noch auf die im Lauf des Jahres auf nationaler Ebene immer wieder gehörte Kritik gegenüber den staatsanwaltschaftlichen Kompetenzen einzugehen.

Eine deutliche Mehrheit der Kantone hat sich bei der Einführung der StPO für das heutige Staatsanwaltschaftsmodell ausgesprochen und eine noch deutlichere Mehrheit des Bundesparlaments hat das Gesetz verabschiedet, das den Strafverfolgungsbehörden im Vergleich zu früher mehr Kompetenzen einräumte.

Die der Staatsanwaltschaft vorgeworfene Machtfülle besteht nur vordergründig. Mit der Stärkung der Parteirechte durch die Einführung des Anwalts der ersten Stunde, dem Ausbau der Teilnahmerechte, der über die Ansprüche der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) hinausgeht, und der Einführung der Zwangsmassnahmengerichts wurde den Kompetenzen der Staatsanwaltschaft ein starkes Korrektiv entgegengesetzt. Verfahrensunterworfenen können staatsanwaltschaftliches Handeln mittels Beschwerde anfechten und eine Überprüfung durch ein unabhängiges Gericht verlangen. Der Gesetzgeber hat ein wirksames Instrumentarium eingeführt, das allfälliges staatsanwaltschaftliches Machtgebaren einschränkt, und garantiert damit ein austariertes „checks-and-balances-System im Vorverfahren bestehend aus dem polizeilichen Ermittlungsverfahren und der staatsanwaltschaftlichen Untersuchung.

Insbesondere im Strafbefehlsbereich wurde schon von einem „dramatischen Rückzug der Justiz“ gesprochen. Die Staatsanwaltschaft weiss um die weitreichenden Kompetenzen, die ihr vom Gesetz übertragen werden; sie ist bestrebt, im Strafbefehlsverfahren als „Gericht“ verantwortungsbewusst zu handeln und beim Abgekürzten Verfahren, welches in Basel-Stadt im Vergleich zu anderen Kantonen im laufenden Jahr selten zur Anwendung gelangt ist, das Prinzip der Rechtsgleichheit gegenüber denjenigen Beschuldigten, die sich einem ordentlichen Verfahren unterziehen müssen, zu wahren.

Den Kritikern muss aber auch entgegengehalten werden, dass sowohl das Strafbefehlsverfahren wie auch das Abgekürzte Verfahren den Rechtsunterworfenen entgegenkommen. Strafanzeigen können mittels Strafbefehls auf unkomplizierte, rasche und kostengünstige Art erledigt werden, wobei jeder von der Staatsanwaltschaft erlassene Strafbefehl in der Regel uneingeschränkt eingesehen werden kann.

## 7.2 Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen

**Rechtsgrundlagen** In Anwendung von Art. 202 Abs. 2 der Schweizerischen Zivilprozessordnung und §3 EG GIG besteht eine dem Zivilgericht bzw. der Personalrekurskommission vorgeschaltete Schlichtungsstelle. Sie berät die Parteien und versucht, eine Einigung herbeizuführen, damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden kann.

**Konstituierung und Zusammensetzung der Schlichtungsstelle** Die Schlichtungsstelle ist doppelt paritätisch zusammengesetzt (Vertreter/-innen von Arbeitnehmenden, Arbeitgebenden, kantonaler Verwaltung / Personen beider Geschlechter). Sie tagt in Dreierbesetzung unter dem Vorsitz der Präsidentin oder der Vizepräsidentin in Anwesenheit der Schreiberin.

**Verhandlungen und Beratungen** Zu Jahresbeginn waren zwei sistierte Verfahren und zwei laufende Verfahren pendent. Hinzu kamen im Jahr 2014 vier neue Fälle (2013: zwei Fälle).

Die beiden sistierten Fälle – beide betreffend sexuelle Belästigung – wurden zufolge fehlenden Antrags auf Weiterführung und nach erfolgloser Rückfrage bei den Gesuchstellerinnen als gegenstandslos abgeschrieben.

Die zwei pendenten Fälle aus dem Jahr 2013 konnten je durch einen Vergleich erledigt werden.

Bei den vier neuen Fällen kam in zwei Fällen keine Einigung vor der Schlichtungsstelle zustande und es wurde die Klagebewilligung ausgestellt; ein Fall wurde infolge Rückzugs als erledigt abgeschrieben und in einem Fall konnte die Schlichtungsstelle einen Vergleich erzielen. Gegenstand der Verfahren waren Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts im Zusammenhang mit Schwangerschaft/Mutterschaft sowie diskriminierende Kündigungen im Zusammenhang mit Schwangerschaft/Mutterschaft.

Die Schlichtungsstelle hat wiederum Ratsuchende in Gleichstellungsfragen beraten. Die Anfragen betrafen in erhöhtem Masse das Thema Schwangerschaft/Mutterschaft.

**Erfahrungsaustausch** Der Erfahrungsaustausch zwischen den Schlichtungsstellen und den Gleichstellungsfachstellen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde auch in diesem Jahr fortgeführt.

Am 20. November 2014 fand die 8. Nationale Tagung der Schlichtungsstellen nach Gleichstellungsgesetz in Aarau statt.

## 7.3 Rekurskommissionen

### 7.3.1 Baurekurskommission

Im Berichtsjahr gingen 205 neue Rekurse ein (2013: 108). Die Anzahl der total bearbeiteten Rekurse beläuft sich auf 253 (158). Aufgrund mehrerer Verfahren mit zahlreichen Rekurrierenden ist die Anzahl deutlich höher als im Vorjahr. Die Baurekurskommission (BRK) fällte 42 (49) begründete Kommissionsentscheide. In 12 (13) Fällen erhoben Nachbarn Rekurs. 33 (36) Entscheide entfielen auf Rekurse der Bauherrschaft. Betreffen mehrere Rekurse denselben Gegenstand, werden die Rekurse häufig in einem einzigen Entscheid zusammengefasst.

Die BRK befasste sich im Berichtsjahr zum letzten Mal mit Rekursen gegen Verfügungen gestützt auf das GAZW (Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern). Mit Inkrafttreten des neuen WRFG (Gesetz über die Wohnraumförderung) ist die Bewilligungspflicht für Grundrissänderungen bei der Zusammenlegung von Wohnungen entfallen. Das ebenfalls im Berichtsjahr in Kraft getretene NÖRG (Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes) hat Unklarheiten bei der Zuständigkeit für die Beurteilung von Rekursen gegen Verfügungen der Bewilligungsbehörde offenlegt, die in der Praxis zu klären sein werden. Ebenfalls noch nicht rechtskräftig ist der Entscheid über die Bewilligungspflicht der Erweiterung der Öffnungszeiten einer Moschee.

11 (9) der im Jahr 2014 gefällten Entscheide wurden an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Von den 5 (5) durch das Verwaltungsgericht im Berichtsjahr entschiedenen Verfahren wurden 1 Rekurs abgewiesen und 4 ganz oder teilweise gutgeheissen. 4 Rekurse wurden durch Rückzug erledigt. Zurzeit sind 6 (3) Rekursverfahren am Verwaltungsgericht hängig.

In den beiden vergangenen Jahren kassierte das Verwaltungsgericht einige Entscheide der BRK. Mehrfach wurden Entscheide gestützt auf wesentlich ausführlichere Sachverhaltsabklärungen vor Ort durch das Verwaltungsgericht aufgehoben. Um den gestiegenen Anforderungen zu genügen und um die Qualität der Rechtsprechung der BRK weiter zu verbessern, werden künftig maximal drei Verfahren mit Augenscheinverhandlungen pro monatliche Sitzung angesetzt.

Die Dauer von Rekursverfahren ist von verschiedenen Faktoren abhängig und lässt sich nur beschränkt beeinflussen. Dies kommt auch beim Jahresvergleich zum Ausdruck. Die abgeschlossenen Rekursverfahren dauerten im Berichtsjahr durchschnittlich 3.5 (3) Monate. Dabei wurden die Verfahren ohne Entscheid durchschnittlich nach 3 (5.6) Monaten abgeschlossen. Die Verfahren mit Entscheid dauerten durchschnittlich 5.8 (6.7) Monate von der Rekursanmeldung bis zum Versand des Entscheids. Zwischen Entscheid und Versand des begründeten Entscheids lagen durchschnittlich 1.8 (1.8) Monate.

### 7.3.2 Steuerrekurskommission

Im Berichtsjahr sind bei der Steuerrekurskommission 238 Rekurse und Beschwerden eingegangen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr wiederum eine leichte Reduktion. Im langjährigen Vergleich sind aber die Eingänge weiterhin auf einem hohen Niveau.

	Berichtsjahr 2011	Berichtsjahr 2012	Berichtsjahr 2013	Berichtsjahr 2014
Kategorie A	200 (58)	282 (90)	264 (45)	238 (30) <sup>1</sup>

#### Kommentar

<sup>1</sup> Kategorie A : Anzahl der eingegangenen Rekurs- und Beschwerdeverfahren in der Berichtsperiode (davon Anzahl Erlassverfahren).

Die Steuerrekurskommission fällte im Berichtsjahr 159 Rekurs- und Beschwerdeentscheide (Vorjahr 168), wovon 72 als Präsidialentscheide ergingen. 38 Entscheide mussten nicht schriftlich motiviert

werden, da die Parteien keine Begründung verlangt haben. Zudem konnten im Berichtsjahr 93 Verfahren mit einem Abschreibungsbeschluss (infolge Rückzugs, Wiedererwägung durch die Steuerverwaltung, Nichtleistung des Kostenvorschusses und dergleichen) erledigt werden.

Die Anzahl der Fälle, in denen der Schriftenwechsel abgeschlossen ist, aber der Entscheid der Steuerrekurskommission noch aussteht, ist im Vergleich zum Vorjahr von 96 auf 68 Verfahren gesunken (siehe Kategorie B).

Die Anzahl bereits entschiedener aber noch zu motivierender Fälle konnte im Berichtsjahr deutlich auf 13 Verfahren reduziert werden (siehe Kategorie C). So lag am Ende des Berichtsjahres der Entscheid im ältesten noch zu motivierenden Fall weniger als 5 Monate zurück. Es ist seit längerem angestrebt, dass die Begründungsdauer in ausnahmslos allen Fällen weniger als 6 Monate beträgt. Dieses Ziel konnte am Ende des Berichtsjahres klar erreicht werden. Die Anzahl der bearbeiteten Präsidialentscheide konnte ebenfalls (von 64 auf 72) nochmals leicht gesteigert werden. Die derzeit bei der Steuerrekurskommission hängigen 189 Verfahren bewegen sich auf dem Vorjahresniveau (siehe Kategorie D).

Das juristische Sekretariat war im Berichtsjahr mit drei Festanstellungen von insgesamt 200 Stellenprozenten, einer befristeten Anstellung von 50 Stellenprozenten und während sechs Monaten mit einer Volontariatsstelle besetzt.

Per 1. Januar 2015 gab es bei der Steuerrekurskommission folgende Pendenzen (zum Vergleich die Zahlen aus den Vorjahren):

	Berichtsjahr 2011 per 31.12.2011	Berichtsjahr 2012 per 31.12.2012	Berichtsjahr 2013 per 31.12.2013	Berichtsjahr 2014 per 31.12.2014
Kategorie B	93 (40)	113 (90)	96 (36)	68 (22) <sup>2</sup>
Kategorie C	76	39	36	13 <sup>3</sup>
Kategorie D	238	297	227	189 <sup>4</sup>

#### Kommentar

- 2 Kategorie B : Rekurse / Beschwerden mit abgeschlossenem Schriftenwechsel, über welche die Steuerrekurskommission noch nicht entschieden hat (davon als Präsidialentscheide vorgesehene Verfahren, welche noch entschieden und redigiert werden müssen).
- 3 Kategorie C : Rekurse / Beschwerden, welche von der Steuerrekurskommission entschieden worden sind jedoch noch schriftlich motiviert werden müssen.
- 4 Kategorie D : Anzahl der insgesamt bei der Steuerrekurskommission hängigen Verfahren (Zeitraum vom Eingang bis zur Erledigung des Rekurs bzw. Beschwerdeverfahrens).

### 7.3.3 Personalrekurskommission

Im Berichtsjahr 2014 sind bei der PRK 16 neue Rekurse eingegangen. Die Rekurse betrafen Kündigungen während der Probezeit (2), Kündigungen (6), Versetzungen (2), Kündigungsandrohung (1), Stellenaufhebung und Abfindung (2), Auflösung des Arbeitsverhältnis (1) und Freistellungen (2). Aus dem Jahr 2011 war noch ein Rekurs pendent und aus dem Jahr 2013 waren noch 7 Rekurse pendent. Von den insgesamt 24 Rekursen konnten 17 wie folgt erledigt werden:

	2014
Gutheissung	6
Abweisung	2
Abschreibung	6
Nichteintreten	3

Bis anhin wurden von den im Berichtsjahr 2014 eingegangenen und beurteilten Rekursen 3 Entscheide an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Aus den Vorjahren sind drei Fälle vor dem Ver-

waltungsgericht hängig.

## 7.4 Immobilienbericht Finanzvermögen

**Definition** Gemäss Finanzhaushaltgesetz sind jene Liegenschaften dem Verwaltungsvermögen zuzuordnen, die unmittelbar der Erfüllung öffentlich-rechtlich festgelegter Verwaltungs- bzw. Staatsaufgaben auf längere Zeit dienen. Im Finanzvermögen befinden sich demzufolge diejenigen Liegenschaften, die nicht unmittelbar und auf längere Zeit der Erfüllung einer staatlichen Aufgabe dienen.

**Bewertung** Das Portfolio wird zum Fair Value bewertet. Der Fair Value wird durch Spezialisten von IBS entweder anhand von Vergleichswerten (zonenabhängige Landwerte, Transaktionspreise) oder mittels der Schätzwertmethode Discounted Cash Flow (DCF) ermittelt.

Der Gesamtportfoliowert für die Immobilien im Finanzvermögen beträgt per Ende 2014 1'751 Mio. Franken und ist damit 62.7 Mio. Franken höher als per Ende 2013. Diese Aufwertung ist auf neue Baurechte, auf Neuzugänge in das Portfolio (Umwidmungen und Akquisitionen) und auf Investitionen in den Bestand zurückzuführen.

Der Wert der Kategorie Baurechte stieg aufgrund von Objektzusammenlegungen, die zuvor bei den Liegenschaften geführt wurden, sowie neu abgeschlossenen und angepassten Baurechten auf 777.3 Mio. Franken. Der Wert der Liegenschaften stieg per Ende 2014 aufgrund von Sanierungen um 23.2 Mio. Franken auf total 888.2 Mio. Franken an. Die Grünflächen sind aufgrund der neuen, tieferen Bewertungen um 2.1 Mio. Franken auf 85.3 Mio. Franken gesunken.

in Mio. Franken	Marktwert	Marktwert	Abw. R14/R13	
	31.12.2013	31.12.2014	abs.	%
Baurechte	735.7	777.3	41.6	5.7
Liegenschaften	865.0	888.2	23.2	2.7
Grünflächen	87.4	85.3	-2.1	-2.4
<b>Total</b>	<b>1'688.1</b>	<b>1'750.8</b>	<b>62.7</b>	<b>3.7</b>

### Kommentar

Der Anlagespiegel wird im Anhang unter „Bilanz Kontogruppe 108 Sachanlagen Finanzvermögen“ offengelegt.

**Bestandesveränderungen** Nachfolgend sind die im 2014 erfolgten Käufe, Verkäufe und Umwidmungen tabellarisch aufgeführt.

Käufe	Fläche (m <sup>2</sup> )	Kommentar
Dreispietz, S-Bahn-Haltestelle, Parz. 5/1339	410	Kauf von SBB für Bereinigung im Bereich der S-Bahn-Haltestelle Dreispietz (Veloparkierung)
Hünigerstrasse 25, 31 und 33	1'070	Arrondierungskauf im Gebiet VoltaWest zwecks Abgabe im Baurecht für Wohnüberbauung

Verkäufe	Fläche (m <sup>2</sup> )	Kommentar
Zum Bischofstein, 2,4,10	1'361	Arrondierungsverkauf an Fa. Roche
div. Parzellen im Gebiet Nonnenholz in Weil am Rhein	12'060	Verkauf von Landwirtschaftsparzelle an Wasserverband Südliches Markgräflerland zwecks Grundwasserversorgung

Umwidmungen ins Finanzvermögen	Fläche (m <sup>2</sup> )	Kommentar
Allschwiler Weiher (Baufeld Herrenweg)	17'000	Umwidmung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen per 1.7.2014, da für Wohnbauten entwickelbar (GBR vom 10.4.2013)



**Liegenschaftserfolg** Die Tabelle unten gibt einen Überblick über den Erfolgsausweis der Immobilien im Finanzvermögen.

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R14/B14		Abw. R14/R13	
	2013	2014	2014	abs.	%	abs.	%
Einnahmen Brutto-Soll	96'050	93'732	103'714	9'982	10.6	7'664	8.0
Baurechtsabgaben	498	271	1'055	784	289.3	557	111.9
Leerstände	1'217	2'034	1'168	-866	-42.6	-49	-4.0
Ertragsausfälle	-191	300	-3	-303	-100.8	188	98.7
<b>Brutto-Ist-Ertrag</b>	<b>94'526</b>	<b>91'127</b>	<b>101'493</b>	<b>10'366</b>	<b>11.4</b>	<b>6'967</b>	<b>7.4</b>
Betriebskosten	14'179	14'749	12'283	-2'466	-16.7	-1'896	-13.4
Ordentlicher Unterhalt	5'940	6'126	6'637	511	8.3	697	11.7
Werterhaltende Investitionen	12'148	42'357	38'217	-4'140	-9.8	26'069	214.6
<b>Immobilienenerfolg</b>	<b>62'260</b>	<b>27'895</b>	<b>44'356</b>	<b>16'461</b>	<b>59.0</b>	<b>-17'903</b>	<b>-28.8</b>
Realisierte Verkaufsgewinne	3	0	2'264	2'264		2'261	88'653.9
<b>Cashflow vor Wertvermehrung</b>	<b>62'262</b>	<b>27'895</b>	<b>46'620</b>	<b>18'725</b>	<b>67.1</b>	<b>-15'642</b>	<b>-25.1</b>
<b>Netto-Cashflow-Rendite</b>	<b>3.9%</b>	<b>1.8%</b>	<b>2.8%</b>				
Wertvermehrende Investitionen	15'693	24'708	22'500	-2'208	-8.9	6'807	43.4
<b>Wertänderung</b>	<b>17'585</b>		<b>39'986</b>				
<b>Wertänderungsrendite</b>	<b>1.0%</b>		<b>2.2%</b>				
<b>Total Return</b>	<b>4.9%</b>		<b>5.0%</b>				
<b>Total Investitionen</b>	<b>27'841</b>	<b>67'065</b>	<b>60'716</b>	<b>-6'349</b>	<b>-9.5</b>	<b>32'876</b>	<b>118.1</b>

Die Einnahmen Brutto-Soll liegen um 10 Mio. Franken höher als budgetiert. Der Grund besteht vor allem in neuen Baurechtsverträgen und Neuzugängen von Liegenschaften (Umwidmungen und Akquisitionen).

Die Baurechtsabgaben haben sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt und liegen rund 0.8 Mio. Franken über dem Budget. Ausschlaggebend dafür ist die Uferstrasse.

Bei den werterhaltenden und wertvermehrenden Investitionen handelt es sich in der Summe um die gesamten Investitionen. Die Gesamtinvestitionen liegen 6.3 Mio. Franken unter dem budgetierten Wert. Die einzelnen Abweichungen stammen aus Entwicklungs- und Sanierungsprojekten, die sich anders als geplant ins 2015 und später verschoben haben.

Verglichen mit dem Budget fällt der Immobilienenerfolg um 16.4 Mio. Franken höher aus. Dies aufgrund der tiefer ausgefallenen Investitionen und der höheren Einnahmen Brutto-Soll. Gemessen am Vorjahresergebnis resultiert der um 18 Mio. Franken tiefere Immobilienenerfolg aufgrund höherer werterhaltender Investitionen in Liegenschaften.

Die Wertänderung beträgt rund 40.0 Mio. Franken. Der Total Return als wichtige Kennzahl von Immobilienanlagen beträgt 5.0 %. Diese Performance ist im derzeitigen Marktumfeld als gut zu bezeichnen, vor allem vor dem Hintergrund der vielen Entwicklungsprojekte und Investitionen, die regelmässig im Portfolio des Finanzvermögens vorgenommen werden.

**8 Über die Beteiligungen des Kantons Basel-Stadt  
wird separat berichtet**



**9 Über die konsolidierte Jahresrechnung wird  
separat berichtet**



## 10 Das Glossar

### **Abschreibungen**

Abschreibungen bilden den Werteverzehr von Sachgütern und Positionen des immateriellen Vermögens ab. Es wird zwischen planmässigen und ausserplanmässigen Abschreibungen unterschieden. Planmässige Abschreibungen werden aufgrund der Entwertung durch Alterung und durch Nutzung auf die Abschreibungsdauer verteilt. Ausserplanmässige Abschreibungen sind dauernde Wertminderungen, die nicht durch ordentliche Nutzung begründet sind.

### **Abweichungen in Prozent**

Sind positive oder negative Abweichungen in Prozent grösser als 100.0 wird anstatt des Wertes der Ausdruck „>100.0“ bzw. „<-100.0“ angegeben. Beträgt der Wert des Budgets bzw. des Vorjahres Null wird aufgrund der Division durch Null „n.a.“ für „nicht anwendbar“ angezeigt.

### **Accrual Accounting**

Unter Accrual Accounting ist der Grundsatz zu verstehen, dass Geschäftsvorfälle dann in der Buchhaltung erfasst werden, wenn sie auftreten (und nicht im Zeitpunkt wenn der Mittelzufluss bzw. Mittelabfluss stattfindet).

### **Anhang**

Der Anhang ist ein integraler Bestandteil der Jahresrechnung. Er enthält alle jene Angaben, die in Ergänzung zu den übrigen Elementen notwendig sind, um eine zuverlässige Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons vornehmen zu können. Beispielsweise können erst mit der Angabe des angewendeten Regelwerks und der Rechnungslegungsgrundsätze die anderswo präsentierten Zahlen interpretiert werden.

### **Anlagen**

Anlagen sind langfristig investierte Sachmittel, die dem dauernden Geschäftsbetrieb für die Erzeugung von Leistungen dienen und nicht unmittelbar in die Erzeugung eingehen, wie z.B. Verbrauchsmaterial.

### **Anlagespiegel**

Der Anlagespiegel ist eine detaillierte Information im Anhang zur Entwicklung wesentlicher Positionen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens (Sachgüter, Darlehen, Beteiligungen).

### **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung**

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung sind gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen frei den Verwendungszweck bestimmt.

### **Artengliederung**

Artengliederung bezeichnet die Gliederung der Verwaltungsrechnung nach dem Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte.

## **Aufwand**

Als Aufwand werden Ausgaben der Erfolgsrechnung bezeichnet wie z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw. Investitionsausgaben für Vorhaben, die mehr als 300'000 Franken betragen, sind in der Investitionsrechnung abgebildet und belasten die Erfolgsrechnung über die Abschreibungen.

## **Aufwertungsreserve**

Das Konto Aufwertungsreserve dient im Fall der Bewertung nach dem True and Fair View-Prinzip und bei einem überhöhten Stand der Reserven nach Neubewertung dazu, in den Folgejahren die - allfällig überhöhten - Abschreibungen darüber zu verbuchen, so dass diese Abschreibungen in den Folgejahren nicht erfolgswirksam sind.

## **Beiträge für eigene Rechnung**

Beiträge für eigene Rechnung sind eingehende laufende Beiträge, die das Gemeinwesen von Dritten erhält und die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Im Gegensatz zu den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung ist hier das Gemeinwesen in der Verwendung dieser Mittel nicht frei.

## **Benchmarking**

Benchmarking bedeutet den Vergleich der eigenen Leistung mit der des „klassenbesten“ Konkurrenten.

## **Betriebsergebnis (= Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit)**

Das Betriebsergebnis ist der betriebliche Ertrag abzüglich des betrieblichen Aufwands.

## **Bilanz**

Die Bilanz zeigt Vermögen, Verpflichtungen und das Eigenkapital am Stichtag 31.12.. Im FHG §39 sind die grundsätzliche Struktur und die Inhalte der Bilanz dargelegt. Gemäss FHG enthält die Bilanz auf der Aktivseite das Umlauf- und das Anlagevermögen, auf der Passivseite das Fremd- und das Eigenkapital. Das Umlaufvermögen umfasst das kurzfristig realisierbare Finanzvermögen. Das Anlagevermögen ist in das nicht kurzfristig realisierbare Finanzvermögen und das Verwaltungsvermögen gegliedert.

Die international übliche (und von IPSAS vorgeschriebene) Obergliederung der Aktivseite in Umlauf- und Anlagevermögen wird somit übernommen. Damit kann die Realisierbarkeit der Vermögenspositionen dargelegt werden. Die zweite Gliederungsstufe ist die in der Schweiz übliche Aufteilung in Finanz- und Verwaltungsvermögen.

## **Bilanzfehlbetrag**

Unter Bilanzfehlbetrag (= negatives Eigenkapital) sind durch Eigenkapital nicht abgedeckte Aufwandüberschüsse der Erfolgsrechnung zu verstehen. Ein Bilanzfehlbetrag kann nur durch Rechnungsüberschüsse oder durch Zugänge von Umbewertungs- oder Neubewertungsreserven in den Folgejahren abgetragen werden.



**Bonität**

Die Zahlungsfähigkeit eines Schuldners wird als Bonität bezeichnet. Sie umfasst die Beurteilung von Marktteilnehmern bezüglich Zahlungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit und Liquiditätsfähigkeit. Je besser die Bonität eines Schuldners eingestuft wird, desto geringer fällt der Risikozuschlag als Bestandteil des zu bezahlenden Zinses aus.

**Bruttoprinzip**

Das Bruttoprinzip verbietet die Verrechnung von Aktiven mit Passiven oder Aufwendungen mit Erträgen (Verrechnungs- oder auch Saldierungsverbot). Ziel des Bruttoprinzips ist das Erreichen einer Transparenz der einzelnen Positionen des Haushalts.

**Bruttoschulden**

Die Bruttoschulden entsprechen dem Fremdkapital, d.h. Passiven der Bilanz abzüglich Eigenkapital.

**Buchführungsgrundsätze**

Buchführungsgrundsätze sind allgemeine Handlungsanleitungen für die Buchführung. Der Zweck von Buchführungsgrundsätzen ist die Sicherstellung der Vollständigkeit, der Nachprüfbarkeit und der Verhinderung von Willkür bei der Verbuchung der Geschäftsvorfälle.

**Buchwert**

Als Buchwert wird der nach den Grundsätzen der Vermögensbewertung in der Bilanz eingestellte Wert eines Vermögensbestandteiles (Finanz- und/oder Sachanlagen) bezeichnet.

**Budget**

Das Budget ist eine Zusammenstellung der Finanzzahlen (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) für das kommende Jahr. Das Budget wird vom Regierungsrat dem Grossen Rat vorgelegt und von diesem beschlossen.

**Budgetkredit**

Budgetkredite werden festgelegt für die Aufwandgruppen des betrieblichen Aufwandes ohne Abschreibungen pro Dienststelle sowie für die Investitionsausgaben pro Investitionsbereich.

**Cash Flow**

Die selbst erarbeiteten Mittel, die zur Finanzierung von Investitionen oder zur Schuldentilgung zur Verfügung stehen, werden als Cash Flow bezeichnet. Der Cash Flow zeigt die Selbstfinanzierungskraft einer Organisation und damit auch ihren Finanzierungsspielraum.

### **Darlehen und Beteiligungen (Investitionsrechnung)**

Dabei handelt es sich um Investitionsausgaben für Darlehen und Beteiligungen, die mit der öffentlichen Aufgabenerfüllung im Zusammenhang stehen und deshalb nicht realisiert, d.h. auch nicht verkauft werden dürfen. Die Ausgaben werden am Ende der Rechnungsperiode im Verwaltungsvermögen aktiviert.

### **Dienststelle**

Die Dienststelle ist die kleinste organisatorische Verwaltungseinheit, die in einer vollständigen, in sich geschlossenen Buchhaltung, bestehend aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung abgebildet werden kann. Auf Ebene Dienststelle wird das Budget durch den Grossen Rat beschlossen.

### **Diskontierung**

Mittels Diskontierung wird der heutige Barwert eines zukünftigen Betrages ermittelt.

### **Eigene Beiträge**

Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung für den entrichteten Betrag erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen sowie Sozialleistungen an private Haushalte.

### **Eigenkapital**

Das Eigenkapital ist die Residualgrösse der Vermögenswerte (Aktiven) abzüglich der Schulden.

### **Eigenkapitalnachweis**

Der Eigenkapitalnachweis dient dem vollständigen Nachweis der Bewegungen im Eigenkapital. Damit werden auch erfolgsneutral verbuchte Transaktionen (via Eigenkapital) transparent offen gelegt.

### **Einnahmen**

Einnahmen sind Zahlungen von Dritten einschliesslich Debitoren-Guthaben (= an Dritte fakturierte und abgegrenzte transitorische Beträge).

### **Entgelte**

Entgelte beinhalten Gebühren (Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren sowie Konzessionsgebühren), Verkaufserträge, Rückerstattungen sowie Bussen.

### **Erfolgsrechnung**

Die Erfolgsrechnung zeigt die Werteflüsse des ganzen Jahres. Sie ist nach Arten der Aufwände und Erträge gegliedert und zeigt somit eine kantonsweite Sicht.

**Eventualforderung**

Eine Eventualforderung wird als mögliche Vermögensposition aus einem vergangenen Ereignis definiert, deren Existenz erst durch eines oder mehrere zukünftige Ereignisse bestätigt werden muss. Der Eintritt dieser Ereignisse kann nicht beeinflusst werden (daher keine Bilanzierung, Offenlegung im Anhang).

**Eventualverbindlichkeit**

Eine Eventualverbindlichkeit ist entweder eine mögliche Verpflichtung (z.B. Garantien) aus einem vergangenen Ereignis, deren Existenz erst durch eines oder mehrere zukünftige Ereignisse bestätigt werden muss. Der Eintritt dieser Ereignisse kann nicht beeinflusst werden. Oder eine Eventualverbindlichkeit ist eine gegenwärtige Verbindlichkeit aus einem vergangenen Ereignis, die auf Grund der geringeren Wahrscheinlichkeit oder mangels zuverlässiger Messbarkeit nicht bilanziert werden konnte. Es findet keine Bilanzierung statt. Der Ausweis erfolgt im Anhang.

**Fair Presentation**

Die Jahresrechnung gibt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Lage des Vermögens, der Finanzen und des Ertrags wieder. Synonym von true and fair view.

**Finanzielle Zusicherungen (Commitments)**

Finanzielle Zusicherungen sind künftige Verpflichtungen, die im Moment noch nicht zu Zahlungen führen, aber in Zukunft eine Zahlung auslösen werden, welche den Nutzenzufluss in der Zukunft entschädigt. Finanzielle Zusicherungen werden nicht bilanziert (Offenlegung im Anhang).

**Finanzierungsfehlbetrag**

Der durch eigene Mittel (Selbstfinanzierung) nicht gedeckte Teil an den Nettoinvestitionen wird als Finanzierungsfehlbetrag bezeichnet. Der Fehlbetrag kann durch kurzfristige überschüssige Liquidität oder aber durch Geldaufnahme am Kapitalmarkt (Neuverschuldung) ausgeglichen werden.

**Finanzierungssaldo**

Der Finanzierungssaldo ist die Differenz zwischen den in einer Periode erzielten (erwirtschafteten) eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Investitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden mussten.

**Finanzierungsüberschuss**

Der Finanzierungsüberschuss ist ein positiver Finanzierungssaldo. Der Finanzierungsüberschuss umfasst die für die Finanzierung der Nettoinvestitionen nicht benötigten eigenen Mittel der Rechnungsperiode, die z. B. für Schuldentrückzahlung oder für Anlagen verwendet werden können (= Gegenteil vom Finanzierungsfehlbetrag).

**Finanzinstrument**

Ein Finanzinstrument ist definitionsgemäss ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Vertragspartner zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Vertragspartner zu einer

finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

### **Finanzplan**

Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument, welches über die mutmassliche mittelfristige Entwicklung des Aufwandes und Ertrags der Erfolgsrechnung und über die vorgesehenen Investitionen orientiert. Ein Planungshorizont umfasst in der Regel zwischen drei und fünf Jahren (im Kanton Basel-Stadt vier Jahre).

### **Finanzvermögen**

Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Die Entscheidung über Kauf oder Verkauf von Teilen des Finanzvermögens liegt in der Kompetenz der Exekutive (Regierungsrat).

### **Flüssige Mittel**

Flüssige Mittel sind Gelder, die jederzeit zur Verfügung stehen und die sofort als Zahlungsmittel eingesetzt werden können (Kassa-, Post- und Bankguthaben).

### **Fonds**

Fonds sind zweckgebundene Mittel zur Sicherstellung der Finanzierung bestimmter öffentlicher Aufgaben. Die Schaffung von Fonds sowie die Zuweisung und Verwendung der Mittel bedarf einer gesetzlichen Grundlage.

### **Forderungen**

Forderungen sind monetäre Guthaben. Zu ihnen gehören alle ausstehenden, in der Regel in kurzfristigen und in Rechnung gestellten Ansprüche gegenüber Dritten.

### **Fortführung der Tätigkeiten**

Bei der Rechnungslegung wird davon ausgegangen, dass die Tätigkeiten der Einheiten des Kantons Basel-Stadt fortbestehen. Somit ist die Bilanzierung grundsätzlich zu Fortführungswerten und nicht zu Veräusserungswerten vorzunehmen.

### **Fremdkapital**

Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den öffentlichen Schulden (Kurz-, Mittel- und Langfrist-schulden), den Rückstellungen, den transitorischen Passiven/passiven Rechnungsabgrenzungen, den verwalteten Geldern und Verpflichtungen für Sonderrechnungen (z.B. Stiftungsgelder, Legate u.a.) sowie den im Fremdkapital geführten Fonds.

### **Funktionale Gliederung**

Die Funktionale Gliederung ist eine statistische Gliederung der Verwaltungsrechnung nach Aufgaben. Sie gewährt einen Einblick in die unterschiedlichen Aufgabenstrukturen (z.B. Öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit etc.) eines Gemeinwesens. Die funktionalen

Bereiche sind gesamtschweizerisch einheitlich für alle Gemeinwesen verbindlich vorgegeben.

### **Geldflussrechnung**

Geldflussrechnung wird auch Mittelflussrechnung genannt. Sie ist eine verfeinerte finanzwirtschaftliche Bewegungsbilanz. Es werden Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel und der Liquiditätsstatus dargestellt.

### **Globalbudget**

Das Globalbudget bildet einen Teil der Finanzrechnung und basiert auf einer Kostenrechnung. Die Mittelzuteilung erfolgt nicht mehr nach Ausgabenarten (Personal, Sachaufwand, Zinsen, etc.). Die Legislative beschliesst jährlich die Einnahmen und Ausgaben pro Produktegruppe, wobei Mehrausgaben bei entsprechenden Mehreinnahmen pro Produktegruppe möglich sind. Die Verwaltungsstellen mit Globalbudget erhalten damit einen grösseren Handlungsspielraum in der Verwendung der ihnen zugeteilten finanziellen Ressourcen. Globalbudgets sind dabei mit einem Leistungsauftrag verknüpft. Im Kanton Basel-Stadt arbeiten beispielsweise die staatlichen Museen und der Öffentliche Verkehr (ÖV) mit Globalbudgets (vergleiche auch §9 Museumsgesetz oder §14 Gesetz über den Öffentlichen Verkehr).

### **Grossinvestitionen**

Als Grossinvestition gilt in Basel-Stadt die Ausgabe für ein Anlagengut, sofern die Anschaffungs- oder Herstellkosten dieses Gutes mehr als 300'000 Franken betragen. Grossinvestitionen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und gemäss Rechnungslegungsgrundsätzen linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben (vergleiche auch Kleininvestitionen).

### **Guthaben**

Guthaben sind kurzfristig realisierbare Forderungen, die auf einem öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Anspruch des Kantons gegenüber anderen öffentlichen Körperschaften oder Privaten beruhen und entsprechend ihrer Fälligkeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können, also kurzfristig realisierbar sind.

### **Harmonisiertes Rechnungsmodell (HRM)**

Harmonisiertes Rechnungsmodell für die öffentlichen Haushalte. 1970 nahm die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FdK) das Nebeneinander der verschiedenen Rechnungslegungen der Kantone zum Anlass, einen neuen Anlauf für eine Harmonisierung der öffentlichen Rechnungslegung einzuleiten. 1977 erschien die erste Ausgabe des Handbuchs des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte (heute HRM). 1981 wurde eine zweite, erweiterte Auflage publiziert.

### **HRM2**

Im 2008 hat die FdK die Fachempfehlungen, die eine von ihr eingesetzte Fachkommission ausgearbeitet hat, verabschiedet und den Kantonen und Gemeinden empfohlen, diese so rasch wie möglich, d.h. innerhalb von zehn Jahren, umzusetzen. HRM2 soll das HRM ablösen und orientiert sich an den gängigsten, auch international anerkannten Rechnungslegungsstandards sowie nach dem neuen Rechnungsmodell des Bundes (NRM).

## **Impairment**

Vermögensgegenstände sind neben der „Abnutzung“ durch Gebrauch oder Zeit auch anderen meist nicht planbaren Wertschwankungen unterzogen. Der vorhersehbaren „Abnutzung“ wird mit der Abschreibung der Vermögenswerte Rechnung getragen. Um sicherzustellen, dass ein Gegenstand noch den in der Bilanz eingesetzten Wert hat, ist mindestens einmal jährlich zu prüfen, ob nicht Umstände vorliegen, welche den Wert dieses Gegenstandes nachhaltig beeinträchtigen. Ist dies der Fall, handelt es sich um eine dauernde Wertminderung beziehungsweise eben um ein Impairment.

## **International Financial Reporting Standards (IFRS)**

Die IFRS sind eine Sammlung von Regeln für die Rechnungslegung betriebswirtschaftlicher Unternehmen. Sie umfassen die Standards, wie sie vom International Financial Accounting Standards Board (IASB) herausgegeben werden. Aktuell sind über 40 Empfehlungen publiziert, die laufend den neusten Entwicklungen und Bedürfnissen angepasst werden. Die IFRS sollen die Vergleichbarkeit der Abschlüsse kapitalmarktorientierter Unternehmen erleichtern, den Schutz der Anleger verbessern und das Vertrauen in die Finanzmärkte und den freien Kapitalverkehr im Binnenmarkt stärken, um nur die wichtigsten Ziele zu nennen. In der Schweiz hat die Zulassungsstelle der Schweizer Börse (SWX) am 11. November 2002 entschieden, dass alle inländischen börsennotierten Nichtbanken des Hauptsegmentes ab 2005 die IFRS oder die US-GAAP, das amerikanische Regelwerk für dort börsenkotierte Unternehmen, einzuhalten haben.

## **Indikatoren**

Indikatoren zeigen auf, woran eine Zielerreichung gemessen werden soll.

## **Institutionelle Gliederung**

Die institutionelle Gliederung ordnet die Jahresrechnung in erster Priorität nach Departementen und Dienststellen (erste Ziffer: Klassifikationsnummer des Departementes, folgende 3 Ziffern: Klassifikationsnummer der Dienststelle). Sie gilt nur für grössere Gemeinwesen.

## **Internes Kontrollsystem (IKS)**

Das Interne Kontrollsystem bezeichnet Vorgänge, Methoden und Massnahmen um den Wirkungsgrad der operativen Geschäftsprozesse zu optimieren, die Verlässlichkeit des Rechnungswesens und der Finanzinformationen zu gewährleisten, das Kantonsvermögen vor ungerechtfertigtem Geldabfluss zu schützen und die Einhaltung bestehender und anwendbarer Gesetze, Weisungen und Richtlinien sicherzustellen.

## **Interne Verrechnungen (IVR)**

Interne Verrechnungen sind Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb des eigenen Gemeinwesens (Kantons).

## **Investitionsausgaben**

Investitionsausgaben sind Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten des Verwaltungsvermögens. Ferner Beiträge an den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von Vermögenswerten Dritter mit Nutzungsaufgaben (Investitionsbeiträge) sowie Darlehen und Beteiligungen im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung.

Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren abgeschrieben.

### **Investitionsbeiträge (erhaltene und gegebene)**

Investitionsbeiträge sind monetäre Leistungen, mit denen beim Empfänger der Beiträge dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Vermögenswerte mit Investitionscharakter werden als Investitionsgüter bezeichnet und beinhalten oder ermöglichen eine mehrjährige, neue, erweiterte oder verlängerte Nutzung und zwar in quantitativer oder qualitativer Art. Der Kanton Basel-Stadt kann sowohl Investitionsbeiträge ausrichten oder als Begünstigter von Investitionsbeiträgen auftreten.

### **Investitionseinnahmen**

Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter, an die Finanzierung von Investitionsvorhaben (Bsp. Bundesbeiträge an den Nationalstrassenbau und -unterhalt der Privatbeiträge an Kulturinvestitionen).

### **Investitionsrechnung**

Als Investitionsrechnung wird die Rechnung bezeichnet, die sämtliche Ausgaben und Einnahmen (Beiträge) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen enthält, die grösser als 300'000 Franken sind. Andere Kantone kennen andere Betragsuntergrenzen.

### **International Public Sector Accounting Standards (IPSAS)**

Es handelt sich bei IPSAS um Rechnungslegungsstandards für öffentliche Haushalte. Die IPSAS werden durch das IPSAS-Board (IPSASB) der IFAC, der International Federation of Accountants, einer internationalen Vereinigung von Wirtschaftsprüfern erlassen. Sie basieren auf den IFRS (früher IAS genannt) und sind auf die spezifischen Bedürfnisse von Organisationseinheiten des öffentlichen Sektors angepasst. Seit 1. Januar 2007 orientiert sich die Rechnung des Bundes an IPSAS. Auch das von der FdK anfangs 2008 verabschiedete neue Rechnungsmodell HRM2 orientiert sich an diesem Regelwerk. Vergleiche auch die Ausführungen zu IFRS und HRM2.

### **Jährlichkeitsprinzip**

Das Jährlichkeitsprinzip bedeutet, dass nicht beanspruchte Kredite auf Ende eines Rechnungsjahres verfallen.

### **Percentage of Completion-Methode (PoC)**

Mittels der Percentage of Completion-Methode (PoC) wird der anteilmässige Fertigstellungsgrad eines (Bau)projektes ausgewiesen.

### **Kalkulatorische Positionen**

Kalkulatorische Positionen sind Grössen, die nicht direkt geldwirksam bei der nutzniessenden Dienststelle ausgegeben bzw. eingenommen werden, sondern rein rechnerisch zum Ergebnis zugeschlagen werden. Einerseits betrifft dies Querschnittskosten für Leistungen v.a. aus den

Bereichen Informatik, Personal und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Produkts erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Andererseits sind die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen (da die Beschaffung von Anlagen über die Finanzverwaltung finanziert wird, werden diese Zinsen nicht durch die nutzniessenden Dienststellen bezahlt) sowie Abschreibungen (gemäss Nutzungsdauer einer Investition) bzw. kalkulatorischen Mieten enthalten.

### **Kameralistik**

Kameralistik (lateinisch: camera „fürstliche Schatztruhe“) ist ein Verfahren der Buchführung. Im Gegensatz zur Doppik, der doppelten Buchführung werden bei der Kameralistik kassenwirksame Einnahmen (Einzahlungen) und Ausgaben (Auszahlungen) betrachtet, dies jedoch nicht im betriebswirtschaftlichen Sinne und auch ohne Erträge und Aufwendungen zu ermitteln. Der Fokus der Kameralistik liegt daher eher auf Finanzziele als auf Sachzielen.

### **Kapitalkosten**

Als Kapitalkosten werden Zinsen und Abschreibungen auf dem investierten Kapital bezeichnet.

### **Kennzahlen**

Kennzahlen stellen Grössen dar, die als Zahlen einen quantitativ messbaren Sachverhalt wiedergeben und relevante Tatbestände sowie Zusammenhänge in einfacher und verdichteter Form kennzeichnen sollen. Als Kennzahlen lassen sich sowohl absolute als auch Verhältniszahlen verwenden. Kennzahlen ermöglichen rasche Vergleiche (siehe auch Benchmarking).

### **Kleininvestitionen**

Als Kleininvestitionen werden in Basel-Stadt Sachanlagen gezählt, die einen Anschaffungswert von mindestens 50'000 Franken und maximal 300'000 Franken haben. Diese Anlagen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionen von weniger als 50'000 Franken werden nicht über die Anlagenbuchhaltung geführt sondern direkt im Sachaufwand einer Kostenstelle belastet.

### **Kurzfristige Schulden**

Kurzfristige Schulden sind Kontokorrent-Schulden bei Banken und kurzfristige Darlehens-Schulden, die zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe benötigt werden. Kurzfristige Schulden sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.

### **Laufende Verbindlichkeiten**

Laufende Verbindlichkeiten sind monetäre Schulden, die auf einer vertraglichen Vereinbarung basieren. Sie sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Zahlung fällig und deshalb kurzfristiges Fremdkapital.

### **Legislaturplan**

Der Legislaturplan bietet einen Überblick über die mittelfristige politische Planung des Regierungsrats und umfasst einen Legislaturzeitraum. Er stützt sich auf die Analysen und Studien der



Departemente und auf Zahlen und Fakten, die beispielsweise im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung laufend aktualisiert werden. Er definiert die Stossrichtung der (baselstädtischen) Politik und entwickelt entsprechende Zielsetzungen. In den Berichterstattungen des Regierungsrates zu Budget und Rechnung wird jeweils auf die Legislaturziele Bezug genommen.

### **Leistungsverrechnung**

Unter Leistungsverrechnung wird die interne Verrechnung und die kreditwirksame Verrechnung von Leistungen zwischen Verwaltungseinheiten verstanden (siehe auch Abschnitt zu den internen Verrechnungen).

### **Mittel- und langfristige Schulden**

Mittel- und langfristige Schulden werden zur Finanzierung der Bedürfnisse der Investitionsrechnung und des Finanzvermögens benötigt. Mittelfristige Schulden haben eine Restlaufzeit zwischen zwei und fünf Jahren, Langfristschulden eine solche von über fünf Jahren.

### **Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV)**

Der Saldo zwischen Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen (z.B. Bundesbeiträge an Nationalstrassenbau) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen wird als Nettoinvestition in das Verwaltungsvermögen bezeichnet. Die Aufnahme bzw. Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen sind darin nicht enthalten. Neben dem ZBE und NZBE ist das NIV eine der finanziellen Steuerungsgrössen im Kanton Basel-Stadt.

### **Nettoschuld**

Die Nettoschuld ist der Saldo zwischen dem Total Fremdkapital und dem Finanzvermögen.

### **Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)**

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen will die Mängel des bis 2007 geltenden Finanzausgleichs beheben. Die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone und der Schweiz soll dabei nicht beeinträchtigt werden. Die NFA trägt zu einem Abbau des finanziellen Gefälles zwischen den Kantonen bei. Während Gebirgskantone in den Genuss eines geografisch/topografischen Lastenausgleichs kommen, werden Zentrums Kantone für ihre Sonderlasten neu durch den so genannten soziodemografischen Lastenausgleich entschädigt. Mit der NFA wird die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen neu geregelt. Sie beendet weitgehend unnötige doppelte Verantwortlichkeiten. Die Aufgabenentflechtung schafft klare Zuständigkeiten für den Bund und die Kantone.

### **Nichtzweckgebundener Aufwand und Ertrag**

Als Nichtzweckgebundener Aufwand und Ertrag gelten z.B. der allgemeine Steuerertrag, der Vermögensertrag, die Liegenschaftserträge, der Anteil an Bundessteuern, der Nationalbankgewinn, der Zinsaufwand auf den Staatsschulden oder der Aufwand im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung des Finanzvermögens. Nicht zweckgebundene Aufwand- und Ertragspositionen werden in einem separaten Buchungskreis dargestellt und sind für die Steuerung der betroffenen Dienststellen nicht relevant.

In der Einschränkung auf das betriebliche Ergebnis und ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen wird vom Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis (NZBE) gesprochen.

### **Nutzungsdauer**

Synonyme zu Nutzungsdauer sind Lebensdauer oder Lebenszyklus. Dabei handelt es sich um die Anzahl Jahre bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein System/eine Anlage aus technischen oder ökonomischen Gründen ersetzt werden muss. Die Abschreibungsdauer von Anlageobjekten in der Finanzbuchhaltung entspricht der geschätzten Nutzungsdauer des Objektes.

### **Passivzinsen**

Als Passivzinsen werden Zinsen bezeichnet, die für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital) bezahlt werden müssen.

### **Periodengerechtigkeit**

Die periodengerechte Verbuchung von Geschäftsvorfällen wird auch Accrual Accounting genannt (siehe entsprechenden Abschnitt).

### **Personalaufwand**

Personalaufwand umfasst Löhne, Sozial- und andere Versicherungsbeiträge, Anwerbung, Ausbildung und Information, Naturalleistungen, Zulagen, Vergünstigungen jeglicher Art an die Behördemitglieder und das aktive Personal sowie an temporäre Arbeitskräfte. Als Personalaufwand verbucht werden auch Renten, Ruhegehälter, Teuerungszulagen an Pensionierte, für deren Lohnzahlungen das Gemeinwesen zuständig war.

### **Produkte**

Produkte sind mess- und kalkulierbare Leistungen der Verwaltungsstelle zuhanden externer Dritter. Über die Produkte löst die Verwaltungsstelle ihren gesellschaftlichen Auftrag ein und deckt den Bedarf der Zielgruppe.

### **Rechnung**

Die Rechnung ist eine Zusammenstellung der Finanzzahlen für das vergangene Jahr, wobei den Ist-Werten die für die Rechnungsperiode budgetierten Werte sowie die Vorjahreswerte gegenübergestellt werden.

### **Rechnungsabgrenzung (aktive und passive)**

Rechnungsabgrenzungen dienen der Erfassung von Aufwand und Ertrag in der Periode der Verursachung.

### **Rechnungslegungsgrundsätze**

Gemäss §33 FHG folgt die Rechnungslegung den Grundsätzen der Verständlichkeit, der Wesentlichkeit, der Zuverlässigkeit, der Vergleichbarkeit, der Fortführung, der Bruttoverbuchung und der Periodengerechtigkeit (ordnungsgemässe Rechnungslegung). Die Rechnungslegungsgrundsätze gelten für die Erstellung der Jahresrechnung und der konsolidierten Rechnung sowie sinngemäss auch für die Erstellung des Budgets und der Finanzplanung.

### **Regalien und Konzessionen**

Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Erteilung von Patenten sowie der Verleihung von Konzessionen.

### **Restatement**

Unter Restatement versteht man die Neubewertung von Aktiven und Passiven aufgrund von geänderten Rechnungslegungsgrundsätzen auf den Zeitpunkt der Erstanwendung der Grundsätze.

### **Rücklagen**

Die Bildung und Verwendung von Rücklagen ist ein Anreiz für eine effiziente Leistungserbringung der globalgesteuerten Dienststellen. Rücklagen stellen Reserven (Eigenkapital) dar. Im Unterschied zu Rückstellungen stehen den Rücklagen keine Verpflichtungen oder Ansprüche Dritter gegenüber. Sie können vom Kanton jederzeit aufgelöst werden.

Auch nicht global gesteuerte Einheiten dürfen aufgrund ihrer eigenwirtschaftlichen Tätigkeit Rücklagen als limitiertes Eigenkapital bilden, wenn sie Konkurrenz ausgesetzt und im Markt tätig sind.

### **Rückstellungen**

Rückstellungen sind Verpflichtungen, deren Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt, ein Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich ist und dessen Höhe zuverlässig ermittelt werden kann. Die Bildung von Rückstellungen zur Reservebildung oder Ergebnissteuerung ist nicht erlaubt.

### **Sach- und Betriebsaufwand**

Zum Sach- und Betriebsaufwand gehört der gesamte Aufwand für die konsumativen Güter, die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht. Ferner gelten als Sachaufwand sämtliche Kosten für Dienstleistungen (wie Telefongebühren, Unterhaltsarbeiten, Reparaturen, usw.).

### **Schuldenbremse**

Die Schuldenbremse war der Titel einer Verfassungsänderung in der Schweiz, die am 22. Juni 2001 durch die Bundesversammlung und am 2. Dezember 2001 per Volksabstimmung beschlossen wurde. Durch diese Verfassungsregelung sollte der Bund verpflichtet werden, Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten. Die Schuldenbremse ist seit 2003 in Kraft. Im Kanton Basel-Stadt ist die Schuldenbremse als Nettoschuldenquote in Artikel 4 des Finanzhaushaltsgesetzes definiert und seit Mitte 2006 wirksam. Die Nettoschuldenquote

des Kantons, definiert als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als 7.5 Promille betragen. Im Juni 2010 hat der Grosse Rat die Schuldenbremse angepasst und den Satz auf 6.5 Promille gesenkt.

### **Segmentberichterstattung**

Die Segmentberichterstattung ist die Veröffentlichung zusätzlicher Informationen zu einzelnen Geschäftsbereichen. Für den Anhang des Stammhauses gliedern sich diese in die einzelnen Departemente sowie die Gerichte und Behörden.

### **Selbstfinanzierung**

Die Selbstfinanzierung zeigt die selbst erarbeiteten (flüssigen) Mittel eines Gemeinwesens und ist dem Begriff Cash Flow bei Privatunternehmen ähnlich.

### **Selbstfinanzierungsgrad**

Die Selbstfinanzierung wird berechnet als die Selbstfinanzierung in Prozent des Saldos der Investitionsrechnung (Nettoinvestitionen). Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren konnte.

### **Stetigkeit**

Als Stetigkeit wird die Beibehaltung der Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch der Strukturen der Finanzberichterstattung über einen längeren Zeitraum bezeichnet. Stetigkeit ist Voraussetzung für zuverlässige Vergleiche. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

### **Swiss GAAP FER**

Fachempfehlungen der Rechnungslegung. Schweizer Rechnungslegungsstandard hauptsächlich ausgerichtet auf die klein- und mittelständischen Betriebe.

### **Transferaufwand**

Der Transferaufwand beinhaltet Entschädigungen und Beiträge an Gemeinwesen und Dritte (siehe entsprechender Abschnitt), Aufwand im Zusammenhang mit dem Finanz- und Lastenausgleich, Ertragsanteile, welche an Dritte weitergeleitet werden, sowie Wertberichtigungen von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen.

### **Transferertrag**

Zum Transferertrag zählen Entschädigungen und Beiträge von anderen Gemeinwesen (namentlich des Bundes), Erträge im Zusammenhang mit dem Finanz- und Lastenausgleich, Anteile an Erträgen von Dritten (siehe entsprechender Abschnitt) sowie Erträge im Zusammenhang mit erhaltenen Investitionsbeiträgen.

**Transitorische Aktiven oder aktive Rechnungsabgrenzungen**

Transitorische Aktiven sind kurzfristige Geldforderungen, die in ihrer Höhe bekannt und im laufenden Rechnungsjahr Ertrag geworden sind, aber erst im neuen Jahr vereinnahmt werden.

**Transitorische Passiven oder passive Rechnungsabgrenzungen**

Transitorische Passiven sind kurzfristige Verpflichtungen, die in ihrer Höhe bekannt und im laufenden Rechnungsjahr Aufwand geworden sind, aber erst im neuen Jahr verausgabt (in Rechnung gestellt oder bezahlt) werden.

**Umlageschlüssel**

Ein Umlageschlüssel ist ein möglichst verursachergerechter Schlüssel; er dient dazu, die Kosten der Leistungen, die in einem Querschnittsprodukt zugunsten eines Produkts erbracht werden, dem entsprechenden Produkt zuzuteilen.

**Vergleichbarkeit**

Die Vergleichbarkeit ist gewährleistet, wenn die gewählten Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch die Strukturen der Jahresrechnung über einen längeren Zeitraum beibehalten werden und damit vergleichbar sind (Stetigkeit). Insbesondere die präsentierten Vorjahres- oder Budgetzahlen sind nach gleichen Grundsätzen zu erstellen und in gleicher Struktur offen zu legen.

**Vermögenserträge**

Vermögenserträge sind Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitalanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, inklusive Gewinnablieferung von selbstständigen und unselbstständigen Anstalten oder Dritter sowie Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.

**Verwaltungsvermögen**

Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen. Darunter fallen insbesondere Grundstücke, Tiefbauten, Hochbauten, Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sowie Darlehen und Beteiligungen. Der Entscheid über Kauf (= Investitionsausgabe) oder Verkauf (= vorgängige Umwidmung ins Finanzvermögen) von Teilen des Verwaltungsvermögens liegt in der Kompetenz der Legislative (Grosser Rat).

**Vollkostenrechnung**

Unter Vollkostenrechnung werden alle Kosten inklusive der Fixkosten und der Verwaltungsgemeinkosten eines Produktes oder einer Leistung verstanden, die bei allen beteiligten Kostenstellen anfallen.

**Wertberichtigung**

Eine Wertberichtigung ist eine Bewertungskorrektur von Aktivpositionen (beispielsweise Korrektur von Forderungen, Darlehen, Beteiligungen, Gebäude) für eingetretene Wertminderungen.

**Wesentlichkeit**

Nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit müssen sämtliche Informationen offen gelegt werden, die einen Adressaten in der Entscheidungsfindung beeinflussen können. Über die Wesentlichkeit wird somit immer im konkreten Kontext zu entscheiden sein. Die präsentierten Angaben müssen eine ausgewogene Beurteilung ermöglichen. Unwesentliche Beträge können mit sachlich ähnlichen Beträgen aggregiert werden.

Informationen sind wesentlich, wenn ihr Weglassen oder ihre fehlerhafte Darstellung ein falsches Bild der Jahresrechnung vermitteln.

**Wirtschaftlichkeit**

Wirtschaftlichkeit ist das Verhältnis zwischen Input und Wirkung. Wirtschaftliche Verwaltungsführung heisst, dass die Kosten für eine bestimmte Wirkung möglichst tief gehalten werden. Das Verhältnis zwischen Kosten und Wirkung ist gleichbedeutend mit dem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen (Kosten-Nutzen-Verhältnis). Dieser Haushaltsgrundsatz ist im Finanzhaushaltsgesetz verankert.

**Zuverlässigkeit**

Die veröffentlichten Informationen müssen verlässlich sein. Sie dürfen keine wesentlichen Fehler, Verzerrungen oder Manipulationen enthalten.

**Zweckgebundener Aufwand und Ertrag**

Als Zweckgebundener Aufwand und Ertrag gilt der in den Dienststellen anfallende Aufwand und Ertrag. In der Einschränkung auf das betriebliche Ergebnis und ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen wird vom Zweckgebundenen Betriebsergebnis (ZBE) gesprochen, das für die Dienststellen die verbindliche Budgetvorgabe darstellt.



## **11 Die weiteren Berichte zum Jahresbericht im Internet**



Diesen und auch weitere Berichte zur Jahresrechnung (und Budget) können im Internet unter folgendem Link elektronisch abgerufen werden:

<http://www.regierungsrat.bs.ch/geschaefte/berichte>

### Inhaltsverzeichnis

1	Kostenartengliederung
1.1	Kanton (Stammhaus)
1.2	Grobübersicht Departemente
1.3	Detailübersicht Departemente
1.4	Detailübersicht Dienststellen
1.5	Institutionelle Gliederung
2	Spezialberichte
2.1	Langsamverkehr
2.2	Statistik Gerichte

## Impressum

### **Herausgeber:**

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt  
Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Basel, im Frühjahr 2015

[www.bs.ch](http://www.bs.ch)

